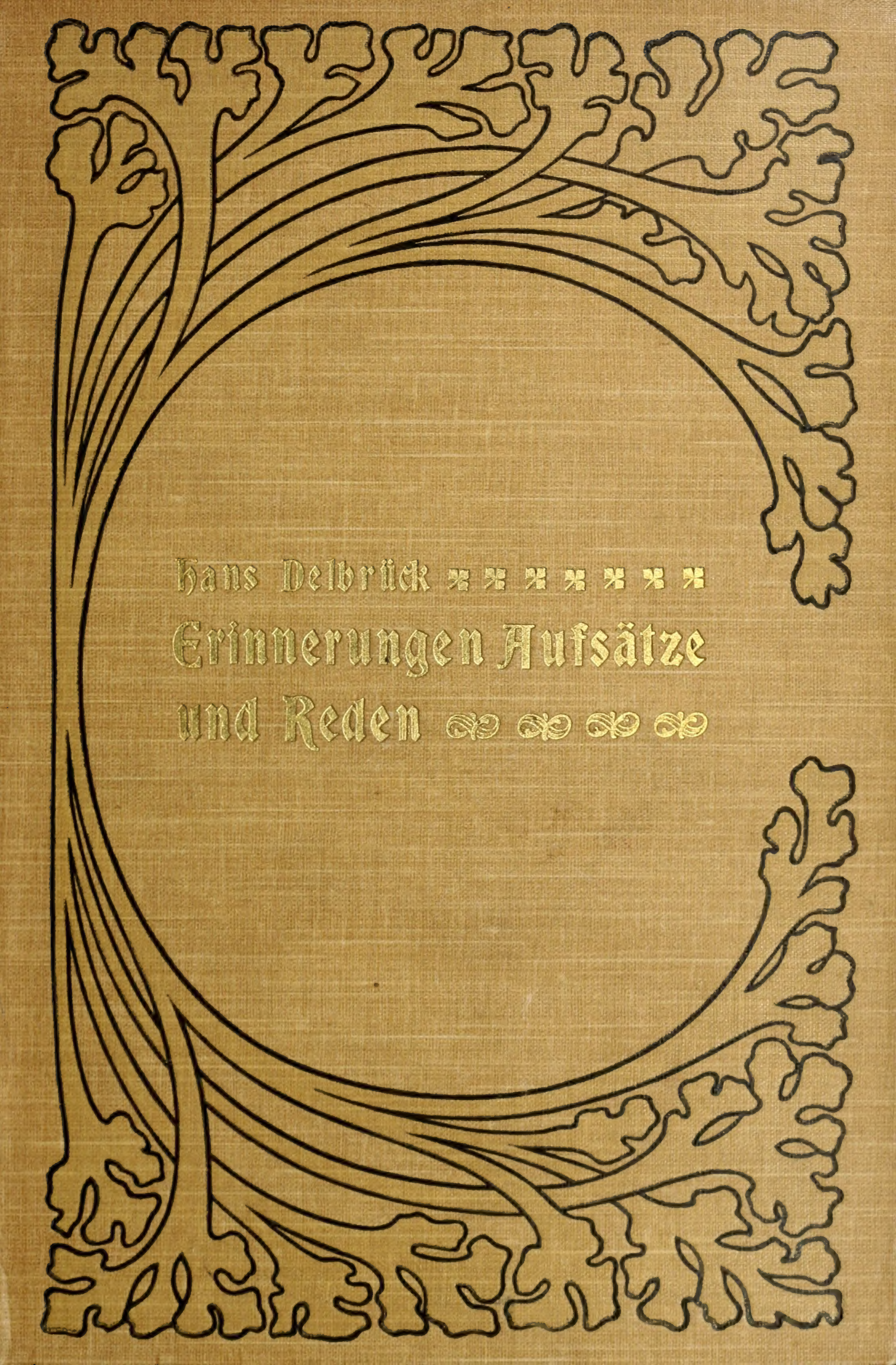

Hans Delbrück
Erinnerungen Aufsätze
und Reden







Erinnerungen Aufsätze und Reden.

Von

Hans Delbrück.

Zweite Auflage.

Berlin.
Verlag von Georg Stilke.
1902.

Nachdem ich im Jahre 1887 eine kleine Sammlung „Historische und Politische Aufsätze“ herausgegeben, lege ich jetzt eine zweite Sammlung vor, der ich wegen des starken persönlichen Elements, das in mehreren von ihnen vorwaltet, den Titel „Erinnerungen, Aufsätze und Reden“ gegeben habe. In der Mehrzahl sind es unveränderte Neudrucke, hier und da mit Zusätzen versehen oder durch Nachträge vermehrt, die bei wesentlicher Bedeutung besonders kenntlich gemacht sind. Aus mehreren Arbeiten zusammengezogen und ganz neu bearbeitet ist der „Ursprung des Siebenjährigen Krieges“, wesentlich verändert auch „Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870“. Die meisten Stücke sind in den „Preußischen Jahrbüchern“, einige auch anderswo, an nicht mehr zugänglichen Stellen, erschienen.

Spezial-Untersuchungen, in denen mir die Quellen-Forschung das allgemeine Interesse zu überwiegen schien, wie meine Abhandlung „Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg auf dem Wiener Kongreß“ (Hist. Zeitschrift Bd. 63) oder die ganz auf den Moment gestimmten „Politischen Korrespondenzen“ der „Preußischen Jahrbücher“ sind, mit zwei Ausnahmen, in diese Sammlung nicht aufgenommen.



Inhalt.



Das Generalstabswerk über den deutsch-dänischen Krieg.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 59, Januar-Heft 1887.)

Der deutsch-dänische Krieg 1864. Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. 1. Band. Berlin 1886. Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Als während des schleswig-holsteinischen Krieges die Anhänger der preußischen Regierung und der Armeeorganisation laut jubelten über die Erfolge der preußischen Waffen und in den Ereignissen dieses Krieges die Gewähr sehen wollten, daß die neugebildete Armee auch größeren Aufgaben gewachsen sein würde, da sprach Rüstow in seinem neben den Ereignissen her geschriebenen Buch über den Krieg die Meinung aus, daß die Preußen in dem französischen Revolutionskriege ähnliches gethan und dafür in ähnlichen Tönen gefeiert worden seien und sich dennoch auf dem geraden Wege zu Jena und Auerstädt befunden hätten. Man kann sich heute nicht mehr entrüsten über dieses Miß urteil, man kann nur noch darüber lächeln. Ja man könnte ohne die Gefahr, unsere Heereseinrichtungen zu diskreditieren, auf den Ruhm dieses Feldzuges wirklich verzichten und mehr Fehler als Genie in ihm finden; und wenn ein solches Urteil von der Heeresleitung selbst ausgesprochen wird, so wird man es ihr, wenn es ihr auch nicht gar zu viel kosten kann, als eine ganz besonders schöne That der Selbstverläugnung und der Selbstkritik anrechnen — und diese That hat der preußische Generalstab wirklich gethan. Das eben erschienene neue Generalstabswerk umfaßt in einem ersten Teil die Geschichte des Krieges mit Ausnahme der eigentlichen Belagerung von Duppel und der Ereignisse nach dem Waffenstillstand. Wie man diese Dinge beurteilt, muß der zweite Teil zeigen, der erste aber läßt sich kurz dahin

charakterisieren, daß er die Leistungen des preußischen Oberkommandos mit einem Freimut und einer Strenge beurteilt, die wohl in einem amtlichen Werke noch nie vorgekommen ist und diesen ganzen Teil des Feldzuges als eine ununterbrochene Kette von Fehlern erscheinen läßt.

Die verbündeten Truppen hatten gleich in den ersten Tagen des Feldzuges den Feind gezwungen, die Dannewerke zu räumen, einige vorteilhafte Gefechte geliefert, ihnen Schleswig und bald auch einen Teil von Jütland entrissen. Das scheinen doch unverächtliche Erfolge zu sein. Das erste aktenmäßige Werk über diesen Krieg von dem Grafen Waldersee ergeht sich folgendermaßen: „Ein strategischer Sieg hatte die Dannewerksstellung geöffnet. In Europa war der Ruf von der Bedeutsamkeit und der ganz besonderen Festigkeit dieser Stellung durch alle Zeitungen gegangen und in allen Schichten der Bevölkerung verbreitet worden. Allgemein wurde dies als etwas unumstößlich Richtiges betrachtet. Man hielt diese Befestigungen für den Hauptschutz Dänemarks gegen Deutschland. Besonders hielten sich die Dänen von ihrer Uneinnehmbarkeit überzeugt und ihre Streitmacht hinter denselben für vollständig gesichert. Jetzt waren die Dannewerke infolge einer einfachen strategischen Operation auf das Eiligste geräumt und ihre Verteidigung auch nicht einmal versucht worden. Dänemark und Europa war hierdurch der Beweis geliefert, daß der eigentliche Wert der so hochgerühmten Stellung doch nur ein sehr bedingter sei.

„Das ganze kostbare Material, welches die Schanzen in sich schlossen, war den Verbündeten in die Hände gefallen. Die Kosten des Baues dieser Werke — es waren über 10 Hauptwerke — die Erstehung des Grund und Bodens und das sehr bedeutende Holzwerk derselben mußten nach Millionen von Thalern berechnet werden. Ein ungeheures Material an schwerem Geschütz, ausgerüstet mit großen Munitionsvorräten, wurde mit den Schanzen erbeutet. In dem eigentlichen Dannewerk, einschließlich der Mövenberginsel, fanden sich 73 Geschütze, in Friedrichstadt 19, in Missunde 21, bei Cappeln und Arnis 6, im ganzen 119 schwere Geschütze. Hierzu kommen noch 20 Stück Feldgeschütze, welche, als Folge des übereilten Rückzuges, an den Wegen auf verschiedenen Punkten stehen geblieben waren. Das sind kolossale Verluste.

„Fernerhin ist die moralische Niederlage in Rechnung zu ziehen, welche die dänische Armee durch den wahrhaft überstürzten Rückzug

erlitt, der in Schnee und Eis, mitten in der Nacht ausgeführt, einer Flucht nicht unähnlich sah. Offizieren und Soldaten hatte man die Überzeugung von der außerordentlichen Festigkeit der Stellung, mit der man stehen und fallen müsse, förmlich aufgedrängt, der Abmarsch von hier, ohne einen sichtbaren Grund, mußte auf alle ungemein niederschlagend wirken und das Vertrauen zu den Leitern des Krieges wesentlich abschwächen. Endlich war der taktische Verlust, den der Schlag von Oeversee den Dänen bereitete und der sie die Schärfe des feindlichen Schwertes schwer empfinden ließ, für nicht unbedeutend zu erachten. Dies alles hatte man in den wenigen Tagen des Kämpfens und Marschierens erreicht."

Diese Aufzählung ist vollständig richtig; es handelt sich nur darum, wie hoch man alle diese Dinge schätzt. Im Generalstabswerke erscheinen sie sehr geringfügig. Es stellt keine geringere Forderung, als daß die ganze dänische Armee in den Dannewerken oder zwischen den Dannewerken und Flensburg gefangen werden mußte und es sucht den Grund, weshalb dies nicht geschah, nirgend wo anders als bei dem preußischen Oberkommando, bei dem Feldmarschall Wrangel.

Der Chef des Generalstabes der Armee in Berlin, der Generalleutnant von Moltke, hatte für den Feldzug einen Operationsplan ausgearbeitet und denselben, nachdem der König ihn gebilligt, dem Feldmarschall „zur Kenntnisnahme" zugehen lassen, wonach bereits am dritten oder spätestens vierten Tage nach Überschreiten der schleswigschen Grenze ein Korps bei Missunde oder abwärts von Missunde über die Schlei gehen und der Besatzung des eigentlichen Dannewerks den Rückzug abschneiden sollte. „Nicht ein erster Sieg, sondern die rastlose Ausnutzung desselben, eine Verfolgung, welche das Heer vernichtet, bevor es seinen gesicherten Einschiffungspunkt erreicht, ist das anzustrebende Ziel."

Um ganz sicher zu gehen, daß die dänische Armee nicht, oder wenigstens nicht ohne sehr großen Verlust entkomme, wollte der General von Moltke sogar eigentlich, daß auch auf dem anderen Flügel, der Nordsee zu, gleichzeitig eine Umgehung ins Werk gesetzt werde, damit, wenn sie an einer Stelle mißglücke, man noch eine zweite Chance habe. Diese letztere Idee ließ das Oberkommando gänzlich fallen und der Übergang über die Schlei wurde anstatt spätestens am vierten, erst am Morgen des sechsten Tages bewerkstelligt und diese Verspätung

hatte gerade genügt, die Dänen die Gefahr erkennen zu lassen und ihnen den Rückzug zu ermöglichen: am Abend des fünften Tages (5. Februar) waren sie abgezogen.

Der Verlauf der Dinge und der Gedanken beim preußischen Oberkommando war dieser. Gegen Ende Januar war die verbündete preußisch-österreichische Armee noch nicht ganz vollständig an der Eider aufmarschiert. Es wird beschlossen, sofort den Vormarsch zu beginnen, da man hört, daß die Dänen noch mit 20000 Mann in dem offenen Lande vor den Dannewerken stehen und hier Lieferungen eintreiben. Sie hieran zu verhindern und womöglich noch zu packen, wird ein oder zwei Tage zu früh aufgebrochen. Natürlich sind die Dänen nicht so einfältig, sich so vor ihrer Feste überfallen zu lassen. Die Verbündeten sind also im Lande, ohne etwas erreicht zu haben, und das Oberkommando ist zu ängstlich, das entscheidende Manöver, den Übergang über die Schlei, sofort in Angriff nehmen zu lassen. Das Korps des Prinzen Friedrich Karl auf dem rechten Flügel, welches hierfür bestimmt ist, wird in unmittelbarer Nähe des österreichischen Korps festgehalten, aus Besorgnis, die Dänen möchten aus dem Dannewerke einen großen Ausfall machen. Auf eigene Hand, entgegen der vom Oberkommando gegebenen Direktive, macht der Prinz den Versuch auf Missunde, den die Dänen siegreich zurückschlagen.

Nun will, nachdem die noch fehlenden Truppenteile eingetroffen sind, das Oberkommando den Stier bei den Hörnern packen und unter gänzlichem Verzicht auf die Umgehung die festen Dannewerke erstürmen. Der Feldmarschall Wrangel beruft eine Konferenz der Generale, um ihnen seinen Plan vorzulegen, erfährt aber hier so entschiedenen Widerspruch, daß er vorläufig darauf verzichtet und jetzt, nachdem ein bis zwei kostbare Tage verloren sind, die Umgehung über die Schlei anordnet. Prinz Friedrich Karl und sein Generalstabschef, von Blumenthal, haben bereits auf eigene Hand die nötigen Vorbereitungen getroffen, aber der Zeitverlust ist nicht mehr einzuholen. Es ist ein Irrtum, wenn Prinz Friedrich Karl in einer späteren Proklamation und Graf Waldersee in dem genannten Werke annehmen, die Dänen seien eben durch die drohende Umgehung der Preußen zum Rückzuge aus den Dannewerken veranlaßt worden: dieser Rückzug wurde bereits beschlossen am Abend des 4. Februar, ehe die Gefahr für die Dänen akut war, weil die dänischen Generale einsahen, daß früher oder später

der Feind an irgend einem Punkte der langen Verteidigungslinie auf jeden Fall durchbrechen und ihre Armee dann der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt sein würde. Faßten sie diesen Entschluß 24 Stunden später, so waren sie verloren.

Auch jetzt hätte man ihnen auf dem Rückzuge noch schwere Verluste beibringen können, aber Ungeschick und Unglück in der Führung der alliierten Armee kam ihnen noch weiter zu Hülfe. Die erste Meldung des Prinzen Friedrich Karl an das Oberkommando, daß die Schlei-Stellung geräumt sei, kam nicht an. Es waren Relais zwischen den beiden Kommandos eingerichtet, aber der österreichische Posten, der die Meldung von dem preußischen übernehmen sollte, war abgezogen. Der preußische Bote, ein Kürassier-Unteroffizier, ritt nun zwar pflichtmäßig selber weiter, aber auf den gefrorenen glatten Wegen wurde in der Nacht sein Pferd zuletzt so müde, daß es nicht weiter konnte. Da holte ihn ein Feld-Postillon ein, dem er die Meldung übergab. Trotz aller Versprechungen aber hat der Feld-Postillon sie nicht im Hauptquartier abgeliefert und er hat auch nicht zur Verantwortung gezogen werden können, da der Kürassier ihn im Finstern nicht genügend gesehen hatte, um ihn wiederzuerkennen. Durch einen anderen nicht aufgeklärten Zufall blieb die Meldung der Österreicher, die im Zentrum zuerst den Abzug der Dänen bemerkten, an das linke Flügel-Korps, preußische Garde unter General v. d. Mülbe, ebenfalls liegen, und da die preußischen Vorposten, unaufmerksam genug, ihrem eigenen General keine Meldung davon erstattet hatten, daß die feindlichen Posten verschwunden seien, so wurde auch an dieser Seite die Verfolgung mehrere Stunden zu spät eingeleitet.

Im Eifer der Verfolgung machte die Garde dann noch den Streich, eine Eisenbahn, die sie erreichte, schleunigst zu zerstören, welche That das Generalstabswerk mit der trockenen Anmerkung versieht: „Die Bahn, welche der Gegner doch nicht mehr hätte benutzen können, mußte sogleich wieder hergestellt werden.“

Nur den Österreichern gelang es, die Dänen noch in ein ernsthafteres Nachtrabs-Gefecht, bei Översee, zu verwickeln. Dann stellte das Oberkommando, da die Österreicher schon zu ermüdet, die Preußen noch zu entfernt waren, die Verfolgung gänzlich ein. Mit wahrer Ironie blickt den Beschauer die dem Generalstabswerk beigegebene Übersichtskarte (Skizze 5) an über die beiderseitigen Stellungen vom 7. Februar mit der sorg-

fältig darauf verzeichneten Vorpostenlinie der Preußen und dem davor liegenden meilenweiten leeren, ganz leeren Raum bis zu den Dänen — nachdem man im Text des Werkes (Seite 226) gelesen hat, es solle dahingestellt bleiben, ob es möglich gewesen wäre mit der zurückweichenden Nachhut des Feindes zugleich in die Düppel-Stellung einzudringen, und ausführlich geschildert ist (Seite 210), wie die Dänen, da die erwartete Verfolgung ausbleibt, wieder Mut fassen, sich erholen, die erforderlichen Arbeiten ausführen und sich im Sundewitt festsetzen.

Mit dem Abbruche der Verfolgung bei Flensburg hört der Krieg zunächst, abgesehen von einigen unbedeutenden Rekognoszierungsgefechten, vollständig auf. Die Verbündeten waren nicht einig über das nunmehr ins Auge zu fassende Ziel. Die Preußen, darin war der Chef des Generalstabs in Berlin und das Oberkommando an Ort und Stelle einig, legten wenig Gewicht auf die Einnahme von Düppel. Die Belagerung mitten im Winter sei schwierig, der positive Gewinn gering. Das einfachste Mittel, den Willen der Dänen zu beugen, sei die Einnahme von Jütland. Dem widersetzten sich die Österreicher: sie erklärten, der Zweck des Krieges sei die Okkupierung des schleswigschen Gebietes, dazu gehöre Düppel mit Alsen. Die Besetzung Jütlands könne europäische Verwickelungen herbeiführen. Diesen Zwiespalt zu heben, mußten diplomatische Verhandlungen zwischen Wien und Berlin eingeleitet werden, und es vergingen drei Wochen, ehe dieselben zu Ende gebracht wurden und zwar in dem Sinne, daß man beide Unternehmungen gegen Düppel wie gegen Jütland beschloß.

Vor Düppel hatte sich in dieser erzwungenen Pause der eigentümliche Zustand gebildet, daß die Preußen statt die Dänen möglichst schnell aus dem Terrain vor der eigentlichen Position zu vertreiben, sie freiwillig darin ließen, in der Hoffnung, daß ihnen so Gelegenheit zu glücklichen Streichen gegeben werde.

Die Ausführung des Beschlusses gegen Jütland trägt denselben Charakter wie die bisherigen Operationen. Die dänischen Truppen werden bei Veile angegriffen und geworfen: sie ziehen sich zurück auf die Insel Mors und ein Sturm verhinderte sie drei Tage lang am Übersetzen. Statt sie aber in der Aussicht auf einen solchen Zwischenfall zu verfolgen und ihre Vernichtung anzustreben, kehren die Österreicher, denen diese Aufgabe zufällt, nach einigen Märschen wieder um. Das Oberkommando hatte in seiner Ängstlichkeit verlangt, daß die Hälfte des Korps

bei Veile stehen bleibe, oder wenigstens sehr schnell wieder dort zur Disposition sein solle, für den Fall, daß die Dänen aus Fredericia gegen das Mülbesche Korps einen Ausfall unternehmen sollten: der Rest seiner Truppen, zwei Brigaden, schienen dem General von Gablenz für die gestellte Aufgabe zu schwach und er unterließ es, die reife Frucht, die ihm winkte, man kann kaum sagen, zu pflücken, sondern nur aufzufangen. Die vollständige Besetzung Jütlands hat erst nach der Einnahme von Düppel und nach dem Waffenstillstand stattgefunden.

Vergleicht man die Leistungen der preußischen Generalität in diesem Feldzuge mit denen von 1866 und 1870, so erscheinen diese Dinge schier unerklärlich und doch verlangen sie eine Erklärung. Das erste Moment, welches man zu diesem Zwecke eliminieren muß, ist der doppelte, sowohl politische wie militärische Einfluß des Koalitionskrieges.

Die Verfolgung kam bei Flensburg ins Stocken, weil der General von Gablenz erklärte, daß seine Avantgarden-Brigaden nicht weiter könnten. Hätten die Truppen der eigenen Armee angehört, so hätte das Oberkommando doch wohl den Entschluß gefaßt, der, nach dem Generalstabswerk, (S. 202) „den Verhältnissen am meisten entsprochen hätte", trotz der Ermüdung, eine äußerste Anspannung von diesen Truppen zu verlangen. Man beschloß „jedoch dem Wunsch des General von Gablenz Rechnung zu tragen", brachte preußische Truppen an die Spitze und verlor darüber die Fühlung mit dem Feinde.

Ganz ebenso mit dem Feldzug in Jütland. General von Gablenz hielt die ihm für seine Aufgabe überwiesenen Truppen für zu schwach und führte den erhaltenen Befehl nicht aus. Ein preußischer General hätte vielleicht ganz dieselbe Ansicht gehabt, aber doch sich durch den Befehl seines Vorgesetzten auf alle Fälle der Verantwortung enthoben gesehen und hätte den Vormarsch gewagt.

Noch bedeutsamer ist naturgemäß der Einfluß der Politik, und das Generalstabswerk ist genötigt gewesen, den politischen Auseinandersetzungen einen ziemlich breiten Raum zu gönnen. Man kann aber nicht sagen, daß es mit dieser Erweiterung seiner eigentlichen Sphäre besonders glücklich gewesen sei. Die Einleitung ist nicht ohne Fehler und Schiefheiten, und das Ganze bleibt immer zu unvollständig, um ein wirklich klares Bild zu gewähren. Hatte man sich in Preußen beim Eintritt in die Kampagne eine bestimmte Vorstellung von dem letzten Zweck dieses Krieges gemacht, oder hat man sich bis auf einen gewissen Grad von

den Ereignissen treiben lassen? Wie stand Preußen mit den anderen Mächten, namentlich mit Frankreich? Der Feldmarschall Wrangel getraute sich nicht, die ihm von Berlin vorgelegten Pläne auszuführen, die dem Kriege mit einem Schlage ein Ende gemacht hätten — warum gab man ihm nicht 10 000 Mann mehr? Glaubte man wegen gewisser anderer Eventualitäten hier nicht zu viel Truppen engagieren zu dürfen? Der Chef des Generalstabs der Armee schließt eines seiner Memoires (vom 22. Februar) mit der Wendung, daß die politischen Ziele des ganzen Unternehmens ihm nicht bekannt seien. Die politischen Ziele bestimmen zuletzt auch die Strategie eines Krieges. Als man vor Düppel ankam, stand man nach dem Ausdruck des Grafen Waldersee (S. 112) „vor einer starken Position, von der man eigentlich so gut wie Nichts wußte". Man hat also jedenfalls den Krieg in Preußen nicht von langer Hand her vorbereitet gehabt und wollte überhaupt die Entscheidung nicht bei Düppel, sondern in Jütland erzwingen. Dem widersprachen nun die Österreicher. Ganz naturgemäß hatte man, um nur den Krieg erst in Gang zu bringen und nicht zu früh Differenzen zu zeitigen, über die weiteren Stadien desselben nichts im voraus abgemacht. Infolgedessen war nun die Belagerung von Düppel nicht vorbereitet, und es entstand die lange Pause zwischen der Dannewerk- und der Düppel-Episode.

Ganz direkt wirken auch die Verhältnisse zum Deutschen Bunde und zu den Kleinstaaten ein. Holstein war im Auftrage des Bundes von Sachsen und Hannoveranern besetzt und in Bundesverwaltung. Diese Verwaltung chikanierte die Verbindung der operierenden Armee mit der Heimat so sehr (z. B. gegen das Schlachtvieh, das nachgeführt wurde, sollen die Vorschriften über den Grenzschutz gegen Viehseuchen in Anwendung gebracht worden sein), daß Wrangel endlich ankündigte, er werde die Etappen-Orte selbst besetzen. Die Bundes-Kommissare und die öffentliche Meinung in Deutschland sahen darin brutale Gewalt und die Bundestruppen rüsteten sich ganz ernstlich „Widerstand entgegenzusetzen". Dazu kam es denn doch nicht, aber immerhin mußte eine preußische Brigade in Holstein zurückbleiben.

Alle diese Momente genügen nun doch aber bei weitem nicht, die Schwächlichkeit des preußischen Oberkommandos zu erklären. Es ist wie wenn ein in sich uneiniger Geist in demselben geherrscht habe. Fortwährend werden gewaltige Anläufe gemacht, um vor dem ersten Hindernis zu stutzen und abzubiegen. Man beginnt den Krieg, obgleich die

Garde Division noch nicht zur Stelle ist; am nächsten Tage ist man zu ängstlich, die Korps zum Zwecke der Umgehung zu trennen, obgleich nunmehr die Truppen der Garde Division einrückten oder in unmittelbarer Nähe waren.

Nun wird der direkte Sturm auf die feindlichen Verschanzungen beschlossen: da die Korps-Generale widersprechen, giebt man ihn wieder auf.

Man erlaubt dem Prinzen Friedrich Karl endlich seine Umgehung: er will direkt auf Flensburg marschieren, wo er den Dänen den Rückzug abschneiden würde. Man verbietet ihm das und will ihn auch nach gelungenem Übergang über die Schlei bei Missunde in der Richtung auf das Dannewerk marschieren lassen, wiederum um alle Korps nahe beisammen zu haben. Dabei beträgt die Stärke der Verbündeten 60000*), die der Dänen nur 40000 Mann, die zum großen Teil nur den Charakter von Milizen tragen.

Nachdem die Verfolgung jenseits Flensburg aufgehört hat, wird beschlossen (Gen. St. Werk S. 207), die weiteren Operationen davon abhängig zu machen, ob der größte Teil des dänischen Heeres die Straße nach Düppel oder nach Kolding eingeschlagen habe: als ob die Verbündeten nicht stark genug gewesen wären, ihnen zunächst auf beiden Straßen zu folgen.

Das Überschreiten der Jütischen Grenze wird dem Oberkommando aus Rücksicht auf Österreich verboten. Wrangel unterläßt dieses Verbot den Truppen mitzuteilen „um nicht niederdrückend auf ihren Geist zu wirken" (S. 231). Als nun im Fortgang eines Gefechts die jütische Stadt Kolding zufällig besetzt wird, hat man die Rücksicht auf den Geist

*) Bei dieser Gelegenheit sei es gestattet, den Wunsch auszusprechen, daß in kriegsgeschichtlichen Werken ein gleichmäßiger Usus bei Stärkeberechnungen angewandt werde und zwar derart, daß auch die Artilleristen mitgezählt werden, wie es in der Denkschrift des General von Moltke (S. 114 f.) geschieht. Bei der Stärke-Berechnung auf S. 102 ist, wie der Vergleich mit der Ordre de Bataille ergiebt, dies nicht geschehen, dies Unterlassen aber auch nicht deutlich ausgedrückt. Es heißt, „56323 Mann, darunter 3773 Reiter nebst 158 Geschützen". Die alte französische Methode ist allerdings nur die „sabres et bajonnets" zu zählen, wobei die Artilleristen und auch die Offiziere ausgeschlossen sind. Das ist aber nicht praktisch: die Artillerie-Mannschaft ist doch nicht immer mit der Zahl der Geschütze gegeben, war z. B. auf preußischer Seite bei Ligny viel zu klein und das war ein wesentliches Moment der Schwäche dieser Armee.

der Truppen vergessen und will wieder zurück. Da legt sich glücklicherweise der Kronprinz ins Mittel, der ohne bestimmte Funktion dem Hauptquartier zugeteilt ist, verhindert die Absendung des bereits unterzeichneten Befehls und erlangt auch die nachträgliche Bewilligung des Königs.

Endlich getraut man sich wieder nicht, dem General v. Gablenz die Truppen, die er für nötig hält, zur Okkupierung von Jütland mitzugeben, aus Furcht, daß die Dänen unversehens einen Teil ihrer Truppen zu Schiff von Alsen nach Fredericia bringen und einen großen Ausfall machen könnten.

Das Verhalten des preußischen Oberkommandos erscheint um so rätselhafter, je mehr man sich klar macht, daß der Mangel an Einsicht zuletzt in einem tieferen Mangel, dem Mangel an der höchsten der kriegerischen Eigenschaften, Entschlossenheit und Kühnheit, wurzelt. Die anscheinend mutigen Entschlüsse lassen, indem sie nachher nicht ausgeführt werden, diesen Mangel nur um so krasser erscheinen. Das Dannewerk kurzer Hand erstürmen zu wollen, mag eine Tollheit gewesen sein: diesen Entschluß aber anzukündigen und nachher vor dem Widerspruch der Untergebenen zurückzuziehen, ist für einen Feldherrn schlimmer als eine Tollheit, es ist eine Rodomontade. In jüngeren Jahren hat der Feldmarschall Wrangel sowohl im Jahre 1814 als blutjunger Regiments-Kommandeur als bei der Wiederbesetzung von Berlin im November 1848 Beweise von kaltblütiger Entschlossenheit unzweifelhaft gegeben. Das Generalstabswerk sagt einmal (S. 241), er habe bei „großer körperlicher Rüstigkeit den oft verwickelten Erwägungen der Heeresleitung nicht immer genügend Berücksichtigung geschenkt". Umso mehr Verantwortung würde auf seinen Chef des Generalstabes fallen: sein Chef des Generalstabes war aber kein geringerer als Vogel von Falckenstein. Der Ruhm, den dieser General sich im Jahr 1866 erworben hat, ist von der Armee-Verwaltung, wie die baldige Außerdienststellung zu beweisen scheint, nie so ganz anerkannt worden und, was den ersten Teil des Feldzuges anbetrifft, neuerdings in einem höchst interessanten Buche, über das wir noch eingehend zu berichten gedenken, scharf bestritten worden — aber was auch immer weitere Publikationen und Forschungen zu Tage bringen mögen: gerade eine Eigenschaft scheint dem Führer der Main-Armee auf keine Weise abgestritten werden zu können, die Eigenschaft, auf die zuletzt und auch hier alles ankommt:

die strategische Kühnheit. Welchen Einfluß Vogel von Falckenstein nun auch auf die Heerführung im Schleswig-Holsteinischen Kriege ausgeübt haben mag, sicher war es von vornherein ein Fehler, ihn und nicht den Chef des Generalstabs der Armee zum Chef des Generalstabs der Feldarmee zu machen. Die Kriegführung hängt heute, wie Bronsart von Schellendorff in der Einleitung seines Buches über den Dienst des Generalstabs sehr schön darlegt, so eng mit der Vorbereitung des Krieges im Frieden zusammen, daß die Identität der Person des Chefs des Generalstabs im Frieden und Kriege von höchstem Werte ist. Vielleicht war es ein günstiges Geschick, welches den General von Moltke vor der peinlichen Situation bewahrte, das einzig Richtige nicht durchsetzen zu können und doch für das Verkehrte mitverantwortlich zu sein. Selbst auf den heutigen Leser macht es einen fast peinlichen Eindruck, seine wundervollen Denkschriften jetzt in dem Generalstabswerk zu lesen, zu sehen, wie auch der Hervorragendste der Unterführer, der Prinz Friedrich Karl, sich alle Mühe giebt, selbst entgegen den ihm zu teil gewordenen Befehlen im Sinne jener Denkschriften zu handeln und von Schritt zu Schritt immer wieder zu finden, daß der Eigensinn und die Verblendung des Höchstkommandierenden sich quer davor stellt und das Gefährt in eine andere Richtung drängt.

Am 30. März, als die Belagerung von Düppel eben ernstlich begonnen hatte, wurde im Oberkommando eine Änderung, freilich sehr eigentümlicher Art getroffen. Der Feldmarschall erhielt eine Kabinetts-Ordre, welche ihn anwies, den Kronprinzen „von allem und jedem genau in Kenntnis zu setzen" und „keinen Befehl, kein Schreiben und kein Telegramm" zu erlassen, bevor er nicht „darüber mit dem Kronprinzen Rücksprache gehabt habe". Am 30. April erhielt Vogel von Falckenstein ein Truppen-Kommando und Moltke trat an seine Stelle. Endlich wurde Wrangel gänzlich abberufen, der Prinz Friedrich Karl erhielt den Oberbefehl.

Vermutlich wird schon der zweite Band des Werkes einen sehr anderen Eindruck machen als dieser erste. Ideen, Wille, Persönlichkeiten, die ahnen lassen, daß man sich in der Vorhalle von Königgrätz befindet, fehlen auch im ersten Teile nicht: die wahre Bürgschaft aber giebt erst die That. Wir sind begierig zu erfahren, ob diese strengste aller Selbstkritiken auch Düppel und Alsen noch nicht als echte Propheten gelten lassen wird. Der Übergang über die Schlei und die Einnahme des

Dannewerks sind aus ihren Reihen gestrichen. Wie doch die Menschheit rund um sich her stets im Dunkeln tappt — die einen haben damals diesen Scheinerfolgen zugejubelt, die anderen machte der finstere Argwohn scharfsichtig zugleich und sinnbetört: sie sahen wohl, daß die Dänen nicht so hätten aus dem Dannewerk entkommen dürfen und schlossen daraus — alte Schleswig-Holsteiner haben es mir erzählt — alles sei abgekartetes Spiel und die Preußen hätten die Dänen absichtlich freigelassen, um ihnen Schleswig-Holstein einmal wieder auszuliefern!

Langensalza und Vogel von Falckenstein.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 59, Mai-Heft 1887.)

Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover. 1866. Mit Benutzung authentischer Quellen von Fr. von der Wengen. Gotha, Friedrich Andreas Perthes, 1886. 1206 Seiten.

Die Armeeführung des Generals Vogel von Falckenstein in den Tagen des 21.–26. Juni 1866. Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine, 1886, Juni-Heft.

General Vogel von Falckenstein und der hannoversche Feldzug 1866. Offenes Sendschreiben von Fr. von der Wengen an seine Kritiker. Gotha, F. A. Perthes. 76 Seiten.

Das größte Unglück, welches Preußen und Deutschland im Jahre 1866 traf, war unzweifelhaft das Treffen von Langensalza. Nicht weil es eine Niederlage der Preußen war: in dieser Beziehung wird es weit übertroffen durch den schimpflichen Rückzug von Trautenau und hier wie dort blieb das Unglück ohne Folgen und war sofort wieder ausgeglichen und überholt: das Unglück von Langensalza liegt vielmehr darin, daß überhaupt Blut vergossen wurde. Stellen wir uns vor, daß die hannoversche Armee ohne einen Schuß zu thun zur Kapitulation gezwungen worden wäre, so hätte die Auflösung des Königreichs Hannover einen wesentlichen anderen Charakter erhalten. In Hessen hat die kurfürstliche Partei von Anfang an geringe Bedeutung gehabt und ist bald so gut wie gänzlich verschwunden: die partikularistischen Elemente sind in die konservative Partei aufgegangen. In Hannover ist heute, zwanzig Jahre nach der Annexion, noch fast die Hälfte der Bevölkerung unversöhnt und noch im vorigen Reichstag standen von den 19 Vertretern nicht mehr als sechs auf dem Boden der vollen Hingabe an das Reich. Gewiß wirken vielerlei Umstände zu einem so verschiedenen Ergebnis in den beiden benachbarten

Provinzen zusammen: der Partikularismus in Hannover ist zäher, weil der Staat größer, seine Geschichte bedeutender, die Regierung besser war. Aber diesen und anderen Momenten ist gewiß auch das eine zuzuzählen: daß der Staat Hessen zusammenfiel, ohne daß eine Hand sich für ihn gerührt hätte, daß das hannoversche Staatsleben dagegen endete mit einer That, die wenigstens den Schein erweckte, als ob eine wirkliche, dem Zahn der Zeit noch lange zu trotzen vermögende Lebenskraft diesem Staatswesen innewohne. Keine theoretische Argumentation kommt auf gegen einen solchen blutgeschriebenen Titel. Mehr als eine Generation wird vergehen, ehe das auf diesen Titel pochende hannoversche reichsfeindliche Sondergefühl völlig abgestorben ist, und es sind nicht allein die Gefallenen hüben und drüben, welche wir beklagen müssen, es ist die sich immer noch nicht schließende Wunde im Körper des Reichs, welche uns diese unglückselige Schlacht geschlagen hat.

War nun aber das Treffen nicht nötig, um die Kapitulation zu erzwingen? Schon die Darstellung des preußischen Generalstabswerkes konnte keinen Zweifel darüber lassen, wenn es auch nicht offen ausgesprochen ist, daß das Treffen durchaus überflüssig war, daß es der Führung auf beiden Seiten nicht zur Ehre gereicht, daß es von preußischer Seite ohne klaren Zweck begonnen, ohne Überlegung durchgeführt, von hannoverscher matt ausgefochten, der den tapferen Truppen in den Schooß geworfene Sieg, die durch den Sieg geöffnete Rettungs-Pforte nicht benutzt wurde. Volle Klarheit aber, wie das Unglück entstanden, wer die persönliche Schuld daran trägt, daß die den Hannoveranern im ganzen um mehr als das Doppelte überlegenen Preußen jene mit einem isolierten, dem Feinde noch nicht zur Hälfte gewachsenen Detachement angriffen, war weder aus dem Generalstabswerk noch den zahlreichen diesem Ereignis gewidmeten Einzel-Schriften bisher zu gewinnen.

Erst jetzt können wir sagen, daß wir wirklich wissen, wie der hannoversche Feldzug geführt worden ist. Nicht eine einzelne „Enthüllung“, sondern eine wissenschaftliche That, ein auf primärer Quellenforschung aufgebautes wissenschaftliches Werk hat im Dienste der Wahrheit alle über dies Ereignis gelagerten Schleier entfernt. Friedrich von der Wengen, ein zur Zeit in Freiburg in Baden lebender ehemaliger österreichischer Offizier, ist ein schon oft genannter Militär-

historiker. Bald nach dem Kriege von 1870 trat er mit einigen, durch Sorgfalt der Forschung und Schärfe der Kritik ausgezeichneten, Untersuchungen über den Süd-Feldzug hervor, in denen er das die Gemüter in Süddeutschland beherrschende Hirngespinst bekämpfte, als ob es die Absicht der Bourbakischen Armee gewesen sei, in Süddeutschland einzudringen, und die Führung des General von Werder sehr streng beurteilte. Ob er in diesem Urteil zu weit gegangen ist, gehört nicht hierher, jedenfalls bilden diese Bücher Wengens höchst wertvolle Beiträge zur Geschichte des Krieges von 1870 und stehen turmhoch über der gewöhnlichen, wohl viel gute Gesinnung, aber auch ebenso viel Urteilslosigkeit atmenden Kriegslitteratur.

Einem ähnlichen Reize folgend, sich der auf falscher Bahn laufen den öffentlichen Meinung entgegen zu werfen und sie auf den richtigen Weg zu drängen, hat Wengen sich des hannoverschen Feldzugs bemächtigt. Mit einem unermüdlichen Fleiße hat er offenbar von allen erreichbaren an den Dingen beteiligten Persönlichkeiten Nachrichten gesammelt und diese mit ebenso scharfsinniger und freimütiger Kritik zu einer umfangreichen Geschichte des Feldzuges verarbeitet. Für das größere Publikum wird ein so gewaltiges Werk über den kurzen Feldzug nicht wohl genießbar sein, umsomehr, da die ganze Masse des Stoffes in die Darstellung hineingezogen, die Ausscheidung von Exkursen verschmäht ist. Die historische Wissenschaft aber ist Wengen einen dauernden Dank schuldig. In einem offenen „Sendschreiben“ an seine Kritiker hat Wengen endlich seinem großen Werk noch eine Ergänzung gegeben.

Die Darstellung, welche dieser Schriftsteller von dem Ursprung und Verlauf des hannoverschen Krieges giebt, ist in kurzer Übersicht folgende.

Der Grund, welcher die deutschen Mittelstaaten trieb, sich auf die Seite Österreichs zu stellen, war allein die Frage der Bundesreform, mit anderen Worten, die Furcht vor der deutschen Einheit: sie glaubten, daß ein einiges Deutschland, unter preußischer Führung, ihre eigene Mediatisierung bedeute. In Schleswig-Holstein soll Hannover einer Lösung im preußischen Sinne ursprünglich nicht abgeneigt gewesen sein, erst die Forderung einer Bundesreform trieb es definitiv auf die Gegenseite. Preußen gab sich alle Mühe, die Besorgnisse diesenhalb zu zerstreuen, und noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges

(Note vom 20. Mai) bot es dem König Georg eine Konvention an, welche „die Unabhängigkeit Hannovers in dem neuen Bundesverhältnis gewährleistete", aber alle Anerbietungen waren vergeblich, umsomehr da Österreich gleichzeitig durch den Prinzen Solms bei seiner Bundes-Reform nicht nur die eigene größere Unabhängigkeit, sondern noch die Souzeränetät über die benachbarten Kleinstaaten, auch wohl nach dem Siege über Preußen direkte Vergrößerungen in Aussicht stellte. Das Schreiben des Kaisers von Österreich, welches diese Anerbietungen enthielt, hat, nach Medings Erzählung, König Georg bei der plötzlichen Abreise von Herrenhausen offen auf dem Tisch liegen lassen; hier fand es der Hofmarschall Graf Wedel und hat es in der Bestürzung verbrannt. Wenn Meding weiter berichtet, daß König Georg die Anerbietungen Österreichs abgewiesen habe, so ist das höchst unwahrscheinlich; war man einmal entschlossen, sich auf die Seite Österreichs zu stellen, so gab es in der Welt keinen Grund, die davon im Sinne der Welfen-Dynastie zu erwartenden Vorteile abzulehnen. Zu einem förmlichen Vertrage aber ist man schwerlich gelangt, da man einer so schnellen Entwickelung der Dinge in Hannover nicht entgegensah und des Mutes und der Folgerichtigkeit des Denkens, welche der kommenden Krisis entgegengeht, auf die Gefahr hin, ihr Kommen dadurch zu beschleunigen, durchaus ermangelte.

In eben dieser Gesinnung traf man zwar eine Reihe Kriegsvorbereitungen, berief namentlich drei Jahrgänge Urlauber ein (5. Mai), unterließ jedoch die wirkliche Mobilmachung und die Bereitstellung der unerläßlichen Bedürfnisse einer operierenden Armee an Utensilien, Pferden, ja sogar an Munition.

Der Kriegsplan, mit dem man sich in ziemlich unbestimmter Weise beschäftigte, war, die hannoversche Armee an die untere Elbe zu führen, wo sie gestützt auf die kleine Festung Stade und vereinigt mit der österreichischen Besatzungsbrigade von Holstein, und wie man rechnete 10000 schleswig-holsteinischen Freiwilligen, einen selbständigen Nebenkrieg gegen Preußen führen könne. Als aber die Österreicher nach Süden abdampften und Preußen nach dem Bundesratsbeschluß vom 14. Juni sofort das Ultimatum stellte, so ließ man das Stader Projekt fallen und dirigierte Truppen, die schon nach dieser Richtung im Marsch waren, mit plötzlichem Entschluß südwärts nach Göttingen.

In Göttingen hielt man sich vorläufig geborgen und ließ sich fünf Tage Zeit, die Truppen mit dem Notdürftigsten zu versehen, Pferde zu beschaffen und die Urlauber, die in größerer Zahl einzeln zur Armee eilten, einzukleiden. Vor allem aber galt es einen Entschluß über die eigentliche Kriegführung zu fassen, da man ohne irgend eine Ansicht über das, was weiter zu geschehen habe, nur in der Empfindung, daß man im Süden den Bundesgenossen am nächsten sei, auf die Sammlung in Göttingen verfallen war. Die einen dachten nun daran, sich in der Gegend von Göttingen zu schlagen und zu halten, bis die Süddeutschen soweit vorrückten und Hülfe brächten; die anderen wollten sich mit demselben Endzweck in den Harz werfen. Als aber der an die süddeutschen Generale abgesandte Hauptmann Reichard mit der Nachricht zurückkam, daß man auf ein schnelles Anrücken der Süddeutschen nicht rechnen dürfe, und auf der anderen Seite die Preußen sich näherten, so gab man alle Ideen des unmittelbaren Widerstandes auf und begann (21. Juni) den Abzug nach Süden.

Auch jetzt war die Armee von einem größeren preußischen Korps im Marsch nicht auf ihrem Wege zu erreichen, aber die Preußen hatten die Möglichkeit, ihnen auf der Eisenbahn in großem Bogen von Hannover über Magdeburg, Halle, Eisenach zuvorzukommen und ihnen den Marsch nach Süden zu verlegen.

Dies Mannöver war es, welches der Chef des großen Generalstabes, der General von Moltke, von Berlin aus, sobald die Marschrichtung der Hannoveraner erkannt war, dem General von Falckenstein anempfahl. (21. abends.) Falckenstein lehnte es jedoch ab darauf einzugehen, unter dem Vorwande, daß die Konzentration seiner Truppen gegen Göttingen bereits zu weit vorgeschritten sei. Nach den ihm zugegangenen Meldungen seiner Vortruppen sollten nämlich die Hannoveraner an diesem Tage (21., an welchem sie thatsächlich abmarschiert waren) noch bei Göttingen stehen, und er gedachte sie hier mit Übermacht anzugreifen. Die angebliche Konzentration seiner Truppen war, wie Wengen nachweist, noch soweit zurück, daß die Truppen teilweise noch nicht einmal die Eisenbahnwagen verlassen hatten und ohne weiteres die angeratene Fahrt über Magdeburg hätten antreten können.

Neben den Truppen, die von Norden kamen (Division Goeben von Minden und Korps Manteuffel von Holstein) wurden die Hannoveraner noch bedroht durch die Division Beyer, welche von Wetzlar

kommend Kassel besetzt hatte und so dem direktesten Weg der Hannoveraner nach Süden (über Eschwege) sehr nahe stand. Um die Truppen Beyers zu vermeiden, hatten die Hannoveraner eine mehr südöstliche Richtung, nach Thüringen, eingeschlagen und, da Falckenstein wieder Beyer nach Göttingen berief, in der Meinung, daß er dort den Hannoveranern in den Rücken falle, so waren diese in der That der preußischen Umklammerung entronnen. Während sie (am 22.) nach Süden vorwärts marschierten, marschierte die Division Beyer in einem chassé croisé an ihnen vorbei von Süden nach Norden. General von Glümer bemerkte während dieses Marsches, daß er die Hannoveraner dicht vor sich habe, leistete aber dennoch, sei es aus Mangel an Initiative, sei es im Zweifel, ob man wirklich beabsichtige, zwischen Preußen und Hannoveranern Blut fließen zu lassen, dem Befehl, der ihn in der falschen Richtung nach Norden abrief, Folge.

Als Falckenstein erkannte, daß die Hannoveraner von Göttingen abgezogen seien, verzichtete er auf den Gedanken, sie noch zu packen, gab seinen strapazierten Truppen einen Ruhetag und beschloß sich jetzt, unbekümmert um die Hannoveraner, auf Frankfurt gegen die süddeutsche Armee zu wenden. Hiernach hätten die Hannoveraner nunmehr über den Thüringer Wald nach Süden abmarschieren können: auf der Thüringer Eisenbahnlinie Weimar-Erfurt-Gotha-Eisenach stand nur ein Detachement von etwa 2800 Mann, Coburg-Gothaer und preußische Ersatz- und Landwehr-Bataillone, unter Oberst von Fabeck, welche den 20000 Hannoveranern keinen ernsthaften Widerstand hätten leisten können.

Da griff Moltke von Berlin aus ein. Er sandte zwei Bataillone des vierten Garde-Regiments von Berlin dem Obersten von Fabeck zu Hülfe (der König selbst fuhr am späten Nachmittag in die Kaserne, um persönlich dem Regiment den Befehl zum sofortigen Aufbruch zu erteilen); er gab dem General von Falckenstein den Befehl, auf der Eisenbahn über Kassel-Eisenach Truppen nach Thüringen zu werfen, und endlich befahl er dem Obersten von Fabeck, die hannoversche Armee durch einen Parlamentär zur Kapitulation aufzufordern, da sie ringsum eingeschlossen sei. Die beiden Garde-Bataillone hätten immer noch nicht genügt, den Hannoveranern in Thüringen ein ernsthaftes Hindernis zu bereiten; den Befehl seinerseits, Truppen mit der Bahn zu schicken, befolgte der General von Falckenstein nicht — aber der

Parlamentär hatte einen erstaunlichen Erfolg: Moltke wußte, was man einer Armeeleitung, die im innersten Winkel des Herzens die Hoffnung trägt, sich für diesmal noch an dem Grauen der männermordenden Schlacht vorbeistehlen zu können, zumuten darf!

Man hatte im hannoverschen Hauptquartier zwar mancherlei Nachrichten und Anzeichen, daß die Besetzung der thüringischen Eisenbahnlinie, auf deren Überschreitung alles ankam, sehr schwach sei, dennoch war die Stimmung durchaus nicht zuversichtlich. Die Aussicht, mit einer halbmobilen Armee flüchtig in Süddeutschland zu erscheinen und von der Gnade der Verbündeten leben zu müssen, hatte unter keinen Umständen etwas Verlockendes. Schlachtlustig war man auch so wenig, daß man immer weiter nach Osten ausgewichen und so endlich bis nach Langensalza gelangt war. Als nun der gothaische Hauptmann von Ziehlberg mit der Aufforderung zur Kapitulation erschien, so war man zwar noch nicht geneigt, auf diese Verhandlungen sofort einzugehen, man gab sogar eine Disposition aus zum konzentrischen Angriff auf Gotha am folgenden Tage (dem 24.), aber so ganz wollte man doch die Chancen der Unterhandlungen auch nicht aus der Hand geben, umsomehr, da man bei dieser Gelegenheit vielleicht erspähen konnte, wie stark denn der gegenüberstehende Feind eigentlich sei. Man verfiel also auf den Ausweg, den Hauptmann von Ziehlberg vorläufig wegen mangelnder Legitimation festzuhalten und einen Generalstabsoffizier, Major von Jacobi, hinüberzuschicken, um zu fragen, ob Ziehlberg wirklich einen Auftrag gehabt habe und eventuell über denselben zu verhandeln. Jacobi erhielt unterwegs und in Gotha den Eindruck, daß die Preußen in bedeutender Stärke in der Nähe seien. Auf den Gedanken, nach dem kommandierenden General zu verlangen, wo es sich dann hätte herausstellen müssen, daß ein solcher nicht vorhanden war, kam er nicht. Der Oberst von Fabeck aber sprach mit der größten Zuversichtlichkeit von der Streitmacht, über die man verfüge, und als Jacobi in dem Hotel, wo er untergebracht wurde, einen unbewachten Augenblick benutzte, den Kellner auszufragen, versicherte ihm dieser, der ihn wohl für einen preußischen Offizier hielt, daß man vorher in großer Furcht vor den Hannoveranern gewesen, jetzt aber ganz ruhig sein könne, da ein preußischer General des Namens Goeben mit 10000 Mann angekommen sei. Anderswo habe ich gelesen, was Wengen nicht erzählt, daß man dafür gesorgt habe, einzelne Leute von allen

Truppenteilen, die vorhanden, deren Bataillone aber nicht viel stärker als Kompagnien waren, an Jacobi vorbeigehen zu lassen, um in ihm den Glauben zu erwecken, daß alle die Regimenter, deren Nummern er sah, zur Stelle seien; eine Batterie, die von der böhmischen Armee, von Dresden her mit der Eisenbahn ankam, fuhr ebenfalls an seinem Fenster vorbei.

Auf Grund dieser Beobachtungen begann Jacobi vorläufige Verhandlungen, und als er in der Nacht (23. auf 24.) nach Langensalza zurückkam und seinen Bericht, den andere Nachrichten zu bestätigen schienen, im Kriegsrat vortrug, da beschloß man die Operationen zu sistiren und den Generaladjutanten Oberst Dammers von neuem mit Jacobi nach Gotha zu schicken, um in aller Form zu verhandeln.

Oberst Dammers gewann auf dieser Fahrt die Überzeugung, daß Jacobi sich über die Stärke des Feindes getäuscht habe. Man sah nur ganz wenige Truppen und als man nach dem kommandierenden General verlangte, mußte Oberst Fabeck gestehen, daß ein solcher nicht vorhanden sei. Darauf hin ließ Dammers einen Offizier, den er noch mitgebracht hatte, Hauptmann Krause, nach Langensalza zurückgehen, mit der Meldung des Beobachteten und dem Vorschlag, sofort die Operationen und zwar in der Richtung auf Eisenach aufzunehmen. Um aber die Gegner in möglichste Sicherheit einzuwiegen, ließ Dammers sich gleichzeitig in Verhandlungen ein. Er wandte sich an den Herzog von Gotha, der als preußischer General und Kriegsherr der zunächst in Betracht kommenden Truppen Autorität in Anspruch nehmen konnte und zugleich als deutscher Bundesfürst doch wieder eine gewisse vermittelnde Stellung hatte, gestand das Äußerste zu, wozu er autorisiert zu sein glaubte,*) nämlich freien Abzug nach Süden gegen die Verpflichtung, ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu kämpfen, und vereinbarte endlich eine vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten, wogegen der Herzog die Verpflichtung übernahm, daß auf der Eisenbahn keine neuen Truppen herangezogen werden sollten. Man war auf preußisch gothaischer Seite des guten Ausgangs so sicher, daß man sich mit mündlicher Verabredung bezüglich der Einstellung der Feindseligkeiten begnügte, und als ein Telegramm Moltkes eintraf, das die Erlaubnis gab, den Hannoveranern Einblick in die Stellung der Preußen zu

*) König Georg hat es nachher bestritten, daß er ihn dazu autorisiert habe.

gewähren, offen gestand, daß Eisenach nur von 2 Bataillonen, Gotha von 6 schwachen Bataillonen besetzt sei. Mit dieser Kenntnis beschloß Dammers sich nach Langensalza zurückzubegeben und ließ seinen Begleiter, den Major von Jacobi, allein zurück, mit dem Auftrage, einen Generaladjutanten des Königs von Preußen, der zum Abschluß der Verhandlungen von Berlin kommen sollte, in das hannoversche Hauptquartier zu geleiten.

Dem Obersten Dammers kam unterwegs schon ein Offizier entgegen, der ihm den Befehl bringen sollte, die Verhandlungen abzubrechen. Durch eine Rekognoszierung gegen Eisenach war man auch im Hauptquartier über die schwache Besatzung dieses Punktes ins Klare gekommen und hatte übereinstimmend mit dem von Dammers aus Gotha zurückgeschickten Rat beschlossen, hier durchzubrechen. Dammers ließ also jetzt auch Jacobi von Gotha abrufen, in der Meinung, daß damit für die Operationen wieder völlig freie Bahn sei. Bezüglich der von ihm abgeschlossenen Waffenruhe hat er später behauptet, daß er sie nur in Bezug auf Gotha zugesagt habe.

Nun aber bewährte sich die alte Erfahrung, daß Verhandlungen und eine energische kriegerische Aktion sich nicht vereinigen lassen oder, wie man auch hier sagen darf, daß Untreue den eigenen Herrn schlägt. Dammers hatte den Major von Jacobi von seinen geheimen Absichten und Anordnungen nicht informiert: als er von einer Unterredung mit dem Herzog kommend, die Rückfahrt nach Langensalza antrat, hatte er mit Jacobi, weil dieser sich gerade auf dem Klosett befand, nicht mehr gesprochen, sondern ihm nur zugerufen, daß er abreise und dieser hatte ihm also auch keine Fragen weiter stellen können. Jacobi hatte von Anfang an den Krieg mit Preußen perhorresziert und dringend zu einer Abkunft geraten. Jetzt hatte er sich ganz und gar in den Gedanken des unmittelbar bevorstehenden Übereinkommens hineingelebt und verstand nicht, wie die soweit gediehenen Verhandlungen so unmotiviert wieder abgebrochen werden könnten. Als nun ein Telegramm aus Berlin kam, daß der König von Preußen die proponierten Bedingungen annehme, wenn für die Ausführung Garantien gegeben würden, glaubte Jacobi einen befriedigenden Abschluß in der Hand zu haben: der Herzog erinnerte an die abgeschlossene Waffenruhe und appellierte an seine Loyalität. Unter diesen Umständen nahm es Jacobi auf sich, der Abberufung nicht Folge zu geben, sondern im Gegenteil

an die hannoverschen Truppen, welche im Begriff standen, Eisenach anzugreifen, eine Nachricht zu senden, daß Preußen die hannoverschen Bedingungen angenommen habe und Feindseligkeiten zu vermeiden seien.

Auf Grund dieser Nachricht schloß nunmehr auch der vor Eisenach kommandierende hannoversche Offizier, Oberst von Bülow, eine Waffenruhe. Die Hannoveraner blieben vor Eisenach stehen, der Durchbruch war vereitelt (24., abends).*) In der Nacht und am anderen Tage kamen allmählich von beiden Seiten auf der Eisenbahn nach Eisenach sowohl wie nach Gotha so viel Truppen an, daß die Hannoveraner an einen Durchbruch bei Eisenach gar nicht, bei Gotha nur mit geringer Aussicht auf Erfolg hätten denken können. Die Verstärkungen für Gotha kamen von Göttingen über Magdeburg-Halle auf direkten Befehl Moltkes an den General von Manteuffel; die Verstärkungen für Eisenach zum Teil ebenfalls auf direkten Befehl Moltkes an den General Beyer, zum Teil und hauptsächlich vermöge eigenen Beschlusses des Generals von Goeben auf einen Hülferuf der Eisenacher Besatzung.

Unterbrechen wir an diesem Punkt unsere summarische Darstellung, um festzustellen, was an derselben neues ist. Auf hannoverscher Seite erscheint — offenbar auf Grund von Nachrichten, die von dem Major von Jacobi und dem Hauptmann Krause stammen — das Verfahren des Obersten Dammers in noch viel ungünstigerem Licht, als man es schon früher ansah. Seine Doppelzüngigkeit war es im letzten Grunde, welche den Major von Jacobi in eine solche moralische Verwirrung brachte, daß er direkt in die Operationen eingriff und sie, da denn die Stimmung, womöglich Blutvergießen zu vermeiden, allenthalben war, dadurch zum Stocken brachte. Dammers selbst ist noch am Abend bei den Truppen vor Eisenach erschienen, als sie im Rückmarsch waren, hat aber doch nicht die Energie gehabt, die Konsequenz seiner Treulosigkeit zu ziehen, den Waffenstillstand, der hier auf dreistündige

*) Nach der neueren Untersuchung von v. Lettow-Vorbeck „Geschichte des Krieges von 1866", Bd. I, ist das Eingreifen des Majors Jacobi vielleicht doch nicht so entscheidend gewesen, wie es oben dargestellt und wie es namentlich von hannoverscher Seite immer behauptet worden ist. Lettow weist nämlich nach, daß nach der Disposition des Generals von Arentsschildt die Hannoveraner am 24. bei Eisenach nicht mehr als 2400 Mann Infanterie, 4 Eskadrons und 8 Geschütze ins Gefecht bringen konnten. Die Preußen waren 1200 Mann stark, hätten also, wenn sie zäh waren, den Ort doch wohl bis zum Einbruch der Nacht halten können, und da langten bereits die ersten Truppen der Division Beyer ein.

Kündigungsfrist geschlossen war, sofort zu kündigen und die Operationen wieder aufnehmen zu lassen.

Viel wichtiger als die genauere Feststellung der Ereignisse auf hannoverscher Seite ist nun die völlig neue Information, die wir über den Zusammenhang auf preußischer Seite empfangen. Zum erstenmal ist ans Tageslicht gebracht die tiefgehende Differenz zwischen der höchsten Armeeleitung in Berlin, dem König mit seinem Chef des Generalstabes, dem General von Moltke, und dem Höchstkommandierenden an Ort und Stelle, dem General von Falckenstein. Am 21. Juni machte Moltke dem General Falckenstein den „Vorschlag", Truppen über Magdeburg nach Thüringen zu schicken, um den Hannoveranern den Weg zu verlegen. Falckenstein lehnte es ab, diesem Vorschlag zu folgen. Als Entschuldigung für ihn wird angeführt, daß nach den Meldungen seiner eigenen Vortruppen die Hannoveraner noch bei Göttingen stehen sollten, und daß er sie hier angreifen wollte. Wengen aber macht darauf aufmerksam, daß diese Meldungen nur ziemlich unbestimmter Natur waren, daß wirkliche Fühlung mit hannoverschen Truppen nicht genommen war, daß dagegen die Nachrichten aus Berlin über Ankunft der Hannoveraner auf preußischem Gebiet ganz positiv lauteten, daß also die Möglichkeit sehr nahe lag, daß die Hannoveraner ihren Abzug nach Göttingen nur mit einer schwachen Arriere Garde maskierten, und daß endlich auf alle Fälle Falckenstein über eine so große Überlegenheit verfügte, daß er ohne jede Gefahr ein starkes Detachement nach Thüringen hätte entsenden können. Um ganz genau feststellen zu können, wieviel Schuld den General Falckenstein persönlich, wieviel die Führer der Vortruppen oder etwa, was freilich sehr unwahrscheinlich ist, die Mittelinstanz, den General von Goeben trifft, müßte man den Wortlaut der Meldungen haben, die an Falckenstein erstattet sind. Auch ohne sie ist jedoch klar, aus den von Wengen angeführten Erwägungen, daß die Hauptschuld den Höchstkommandierenden selbst, den General von Falckenstein trifft.

Zwei Tage darauf (23.) wiederholt sich dasselbe Spiel. Moltke sendet diesmal nicht den Vorschlag, sondern den Befehl, Truppen auf der Bahn über Kassel nach Eisenach zu senden. Das Generalstabswerk hat die Nichtbefolgung dieses Befehls damit motiviert, daß die Bahn zerstört gewesen sei. Wengen weist nach, daß bis Kassel, statt der gesperrten Linie über Münden, diejenige über Holzminden benutz

bar war und daß über Kassel hinaus, die Störung so unbedeutend war, daß sie mit Leichtigkeit gehoben werden konnte, wenn nicht an jenem Tage thatsächlich schon beseitigt war.

Am folgenden Tage (24.) erteilte Moltke mit Umgehung Falckensteins dem General von Manteuffel direkt den Befehl, Truppen über Magdeburg nach Thüringen zu senden; er erteilte direkt dem General Beyer den Befehl auf Eisenach zu marschieren, und endlich der Führer der dritten Falckensteinschen Division, General von Goeben, beschloß aus eigener Initiative seine Truppen auf die Eisenbahn zu setzen und sie über Kassel nach Eisenach zu führen.

Die Richtigkeit dieser Wengenschen Angaben ist in zwei Artikeln in der Kreuz-Zeitung und dem oben genannten Aufsatz in den Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine bestritten und behauptet worden, daß Falckenstein selbst die Befehle an Manteuffel und Goeben erteilt hätte. Wengen besteht jedoch in seiner Erwiderung mit solcher Bestimmtheit auf seinen Angaben unter dem Hinzufügen, daß nach einer ihm vorliegenden Mitteilung General von Falckenstein selbst am 24., nachmittags, auch nicht einen Mann nach Thüringen dirigiert haben würde, wenn nicht die oberste Heeresleitung eingegriffen hätte, daß seine Darstellung nicht wohl mehr bezweifelt werden kann.*)

Wir werden uns danach nicht dem Rückschluß entziehen können, daß der König und Moltke höchst unzufrieden mit der bisherigen Ausführung ihrer Anordnungen durch Falckenstein waren und eben deshalb direkte Befehle an die Führer der Divisionen ergehen ließen.

Wir fahren in unserer Übersicht fort. Nachdem dem General von Falckenstein in der geschilderten Art sein Armee fast aus den Händen genommen und die Thatsache, daß der Schwerpunkt der Dinge jetzt in Thüringen liege, nicht mehr zu verkennen war, begab sich der

*) Selbst wenn es richtig wäre, daß der Befehl zur Absendung der Truppen über Magdeburg an Falckenstein und nicht an Manteuffel direkt ergangen ist, so bleibt doch die Hauptsache bestehen, daß nicht aus der Initiative Falckensteins, sondern erst auf die, nunmehr dritte Ordre aus Berlin die Bewegung ausgeführt worden ist. Wichtiger ist die Frage, ob Goeben seine Division auf Befehl oder aus eigener Initiative nach Eisenach geführt hat. Wengen hat Widerlegung seiner Behauptung aus den Akten der 13. Division verlangt. Diesem Verlangen sind die Repliken der Kreuz-Zeitung (vom 10. April) und von Marées in seinen „Jahrbüchern“ (April-Heft) nicht nachgekommen, sondern haben sich begnügt, im allgemeinen ihre Behauptungen aufrecht zu erhalten.

General selbst von Göttingen nach Eisenach (25.). Hier wurde ihm die Nachricht entgegengebracht, daß mittlerweile ein Generaladjutant, General von Alvensleben, von Berlin in Gotha angekommen sei und von neuem einen Waffenstillstand mit den Hannoveranern abgeschlossen habe.

Die Hannoveraner hatten die Hoffnung eines direkten Durchbruchs mit dem 24. aufgegeben: sie waren aber darum doch noch weit entfernt von einfacher Unterwerfung, ja auch nur von der Annahme der günstigsten Bedingungen. Der Vorschlag, den der General von Alvensleben brachte, ging dahin, den Dammersschen Bedingungen (ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu fechten) hinzuzufügen, daß der Kronprinz von Hannover seinen Aufenthalt in Preußen nähme, also sozusagen, als Geisel diene. Dies war, was wir hier zum erstenmal erfahren, die „Garantie", welche Preußen am Tage vorher telegraphisch annonciert hatte. König Georg wollte dagegen nur eine achtwöchentliche Neutralität (welche gerade genügt hätte, die Armee völlig auszurüsten und kampffähig zu machen) zusagen, unter einfacher Verpfändung seines königlichen Worts. Er hoffte, daß wenn die Armee sich nur noch einige Tage halte, die Bayern erscheinen und sie degagieren würden. So reiste General von Alvensleben unverrichteter Sache nach Berlin zurück, nachdem er den Hannoveranern noch, um sich definitiv zu entscheiden, einen weiteren Waffenstillstand zugestanden hatte. Er verfuhr dabei so ungeschickt, daß es im Unklaren blieb, wie lange der Waffenstillstand eigentlich dauern solle und daß er den Höchstkommandierenden, den General von Falckenstein, von dem Abschluß dieses Waffenstillstandes nicht einmal benachrichtigte.*)

Man kann sich die Stimmung des General von Falckenstein am Nachmittag des 25. in Eisenach denken. Zuerst das drückende Bewußtsein, mit seinem Widerstreben, seinem positiven Ungehorsam gegen die Befehle aus Berlin im Unrecht gewesen zu sein, dann die Operationen seiner Truppen ohne und gegen seinen Willen, die er doch nachträglich anerkennen, denen er selbst nachreisen mußte, endlich die Verhandlungen mit dem Feinde über seinen Kopf weg, ohne daß ihm das Resultat nur formell notifiziert wurde. Er beschloß diesen Tracasserien mit einem Schlage ein Ende zu machen und unter Ignorierung des Waffenstillstandes, der ihm amtlich nicht mitgeteilt war, am anderen Morgen (26.) die Hannoveraner ohne weiteres anzugreifen und zur Unter-

*) Nach Lettow a. a. O.

werfung zu zwingen. Vergeblich widersprach der General von Goeben und entschloß sich endlich, da Falckenstein auf seinem Befehl beharrte, seinerseits an den General von Alvensleben und den Herzog von Gotha zu telegraphieren, daß Falckenstein den Waffenstillstand nicht anerkennen wolle: von Gotha ging diese Nachricht weiter nach Berlin.

An demselben Nachmittag erschien in Eisenach der Oberstleutnant Rudorff vom hannoverschen Generalstabe mit der Bitte um einen Extrazug nach Berlin, da er dem König Wilhelm die Antwort seines Königs auf die Vorschläge des Generals von Alvensleben zu überbringen habe. Man hat den Verdacht ausgesprochen, daß die Mission Rudorffs nichts als ein neues Verzögerungsmittel habe sein sollen, da dieser Offizier sich mit seiner Bitte um Beförderung nach Eisenach wandte, obgleich er wußte, daß die Eisenbahn nach Eisenach unterbrochen war, er verständigerweise also hätte nach Gotha gehen müssen. Wengen lehnt diesen Verdacht ab, da es immerhin natürlich gewesen sei, den Weg über den Platz zu nehmen, wo sich der feindliche Oberbefehlshaber aufhielt und sowohl ein Zug von Gotha bis an die zerstörte Stelle hätte entgegengeschickt, als auch die Route über Kassel genommen werden können. Bis zum anderen Morgen konnte Rudorff immer ohne Schwierigkeiten in Berlin sein. In der That braucht in dem Umweg über Eisenach ein Mittel der Verzögerung wohl nicht gesehen zu werden: aber der Inhalt des Auftrags, den Rudorff zu überbringen hatte, und der den bisherigen Anerbietungen des Königs von Hannover durchaus nichts Wesentliches hinzufügte, zeigt sehr deutlich — was Wengen nicht genügend hervorhebt — daß es die Hannoveraner auf Verschleppung, eine an sich ja völlig erlaubte Kriegslist, abgesehen hatten. Zu einer Konstatierung dieser Thatsache aber, überhaupt zu irgend einem Aussprechen kam es gar nicht, sondern nach Wengens Darstellung entstand folgende Scene. Auf die Bitte des Oberstleutnants Rudorff um einen Extrazug zu dem angegebenen Zweck erwiderte General von Falckenstein: „Gehen Sie zum General von Alvensleben, der mag Ihnen einen Extrazug geben." Als Rudorff darauf entgegnen wollte, daß jener bereits nach Berlin abgereist sei, brachte er es nur bis zu den Worten: „General von Alvensleben ...." Hier unterbrach ihn Falckenstein mit einem barschen: „Ich empfehle mich Ihnen" — welches er in einem noch bestimmteren Tone wiederholte, als der hannoversche Abgesandte die Worte: „Gestatten Excellenz"

hervorgebracht hatte. Rudorff blieb nun nichts übrig, als sich zurückzuziehen. Unten wartete auf ihn der General von Goeben, der ihm auf dem Hinweg zufällig begegnet war und ihn zu Falckensteins Quartier geleitet hatte. Goeben war geborener Hannoveraner, ein Bruder von ihm stand in der hannoverschen Armee; er hatte daher ein doppeltes Interesse, Blutvergießen zu vermeiden und einen friedlichen Ausgleich zu befördern. Der Oberstleutnant Rudorff war ihm persönlich von früher her bekannt. Als ihm dieser das Resultat seiner Unterredung mitteilte, begab sich Goeben zu dem Kommandierenden, um ihm noch einmal die Lage der Dinge, die Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen und den abgeschlossenen Waffenstillstand vorzustellen. Die Unterredung der beiden Generale dauerte mindestens eine halbe Stunde und nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Als Goeben wieder herauskam, rief er in verzweifeltem Tone aus: „Der Mann ist verrückt; ich bin Soldat, ich muß gehorchen."

Entschlossen, dennoch das Äußerste zu thun, um die Eigenmächtigkeit des Höchstkommandierenden gegenüber dem offenbaren Willen des Königs zu hemmen, vermittelte Goeben, daß Rudorff folgendes Telegramm direkt an den König nach Berlin aufgab: „Oberstleutnant Rudorff ist beauftragt, die Antwort Seiner Majestät des Königs von Hannover nach Berlin zu bringen. Er wird von General von Falckenstein zurückgewiesen. General von Falckenstein erkennt den mit dem General von Alvensleben abgeschlossenen Waffenstillstand nicht an."

Nun kehrte Rudorff schleunigst in das hannoversche Lager zurück, um die hannoversche Armee, die im Waffenstillstand zu leben glaubte, von dem bevorstehenden Angriff zu avertieren. Am anderen Morgen (26.) in aller Frühe setzten sich die Falckensteinschen Truppen in Bewegung; um 4 Uhr stieg der General mit seinem ganzen Stabe zu Pferde, um hinauszureiten, als ein Telegramm von Berlin anlangte, welches ihm nunmehr amtlich den Waffenstillstand und zugleich die Absendung eines neuen Unterhändlers, Oberst von Döring, von Berlin ankündigte. Die Truppen kehrten also wieder um.

Man hat das Verfahren des General von Falckenstein damit entschuldigen wollen, daß er empört gewesen sei über die Hinterlist der Hannoveraner vom vorigen Tage und deshalb den neuen Unterhändler schroff abwies. Die Entschuldigung ist durchaus nicht zutreffend; zu einer Feststellung, daß die Hannoveraner nur hinziehen, nicht abschließen

wollten, ist es ja gar nicht gekommen. Man hat ferner darauf hingewiesen, daß Nachrichten eingelaufen waren, wonach die Bayern sich bereits bis auf vier Meilen (bis Vacha) genähert hätten und deshalb eine schleunige Entscheidung unbedingt notwendig gewesen sei. Auch diese Erwägung hat, wie Wengen im einzelnen nachweist, bei Falckensteins Entschließungen nicht mitgewirkt. Er war so wenig besorgt vor den Bayern, die auch noch weit entfernt waren, daß er nicht einmal seine noch bei Kassel stehenden Truppen heranzog. Die Stimmung, die ihn beherrscht hat, und die allein sein Verfahren erklärt, ist keine andere, als die der höchsten Gereiztheit und Erbitterung über die von Berlin, also vom König, Moltke und Bismarck ausgehenden Befehle und Verhandlungen, welchen gegenüber er seine selbständige Befehlsführung aufrecht zu erhalten versuchte.

Nachdem die Aktion gegen die Hannoveraner sistiert war, ließ Falckenstein den größten Teil der Truppen, die er in und bei Eisenach versammelt hatte, sofort umkehren, die Front nach Süden nehmen und schob sie vor nach Westen und Süden, um die in dieser Richtung erwarteten Bayern zu empfangen. Er ließ die Truppen im wesentlichen in dieser Stellung, auch als ihm von Berlin befohlen wurde (26., morg.), nur die „entbehrlichen" Truppen gegen die Bayern stehen zu lassen, sich also mit der Hauptmacht gegen die Hannoveraner zu wenden: auch als die vorgetriebenen Rekognoszierungen meldeten, daß die Bayern noch nicht so nahe seien: auch als die Meldung kam, daß die neuere Verhandlung mit dem König Georg (auf die wir noch zurückkommen werden) ebenfalls gescheitert und der Waffenstillstand zu Ende sei (26., nachm.): auch als ihm endlich, auf Grund eben dieses negativen Ergebnisses aus Berlin befohlen wurde (26., spät abends) nunmehr coûte que coûte die Hannoveraner zur Unterwerfung zu bringen. Es waren Nachrichten eingelaufen, daß die Hannoveraner sich wieder nach Norden zurückgewandt hätten: eine an sich wohl denkbare Bewegung, da sie die Entscheidung verzögern konnte und die Armee zugleich ihrem eigenen Lande wieder näherte. Falckenstein verlegte deshalb die Hauptaktion gegen diesen Feind wieder nach Norden: bei Göttingen stand noch immer mit einigen Truppen der General von Manteuffel: ihm wurden von Kassel und sogar von Eisenach mit der Bahn soviel Verstärkungen geschickt, daß er über 15 000 Mann verfügte, und ihm befohlen, mit diesen den Hannoveranern von Norden entgegenzugehen: vom Süden, von Gotha her beobachtete

sie der General von Flies mit etwa 9000 Mann; im Westen kotoyierte sie General von Schachtmeyer mit 4000 Mann. Es ist, wie wenn die Rollen zwischen Moltke und Falckenstein plötzlich ausgetauscht wären. Während dieser noch am Morgen dieses Tages mit einem Gewaltstreich die Sache hat zu Ende bringen wollen, von Berlin aus die Entscheidung inhibiert und Verhandlungen geführt worden sind, so kommt am Abend von hier der Befehl, mit aller Gewalt vorzugehen, Falckenstein aber läßt den erhobenen Arm sinken und verfügt Manöver, welche nicht vor dem dritten Tag (29.) eine Entscheidung erwarten lassen.

Wengen beurteilt Falckenstein wegen dieses Verfahrens sehr strenge. Nicht nur war er von neuem dem Geiste und fast auch dem Wortlaut nach einem positiven Befehl gegenüber ungehorsam; er zersplitterte auch seine Armee derart, daß die einzelnen Teile, namentlich Flies, einem Echec ausgesetzt waren und hätte endlich bei einer einigermaßen energischen Kriegführung seitens der Bayern durch das Hinausschieben der Entscheidung leicht zwischen zwei Feuer geraten können. Moltke war durchaus im Recht, wenn er, nachdem alle Verhandlungen vergeblich gewesen waren, angesichts des drohenden Anmarsches der Bayern, coûte que coûte die Niederwerfung der Hannoveraner verlangte.

Es ist Wengen gewiß zuzugeben, daß Moltkes Direktive das prinzipiell Richtige enthielt: wenn man die Hannoveraner durch Aufbietung aller Kraft entwaffnete, ehe die Bayern zur Stelle waren, so war man gegen alle Eventualitäten gesichert. Aber auch das Verfahren Falckensteins ist doch, strategisch betrachtet, also abgesehen von dem Disziplinar-Moment des Nicht-Eingehens auf die von oben gegebene Direktive, nicht so durchaus verkehrt, wie Wengen es darstellt. Daß die Verschiebung des Angriffs auf die hannoversche Armee bis zum Erscheinen Manteuffels in ihrem Rücken vielleicht zu einer Kapitulation ohne Kampf führte, darf man nicht in Anschlag bringen, da eine solche Erwägung jedenfalls bei den Entschließungen des grimmen Feldherrn der Main-Armee keine Rolle spielte. Für ihn aber darf man anführen, daß die Truppen, welche er gegen die Bayern aufstellte, wenn sie diesen auch nicht dauernden Widerstand zu leisten vermochten, doch stark genug waren, sie einigermaßen aufzuhalten, also die Entscheidung gegen die Hannoveraner nicht sofort zu erfolgen brauchte. Am 26. früh wurden die Truppen gegen die Bayern aufgestellt, da mit den Hannoveranern verhandelt wurde; am Abend war festgestellt, daß die Bayern noch wenigstens zwei Tage-

märsche entfernt waren (Wengen S. 744).*) Durch die Aufstellung an der Bahnlinie (Gerstungen-Eisenach) war die eventuelle Heranziehung an die hannoversche Operationssphäre gesichert, sobald die Hannoveraner den General Flies bei Gotha angriffen, und dieser selbst hatte weder Befehl noch Veranlassung, isoliert selber ein Gefecht zu provozieren. Sicherer, in sich korrekter, klarer gedacht war unzweifelhaft Moltkes Direktive, die jede Möglichkeit eines isolierten Gefechts ausschloß, aber auch Falckensteins Verfahren ist bei der Unsicherheit, die eine Bedrohung von zwei Seiten naturgemäß erzeugt, wohl verständlich und zeugt, wenn auch nicht von einem so klaren Kopfe, doch von Selbstvertrauen und Thatkraft.

Im hannoverschen Lager erkannte man die Schwäche der Falkensteinschen Disposition wohl und Oberstleutnant Rudorff machte den Vorschlag, mit Tagesgrauen (am 27.) das Fliessche Detachement vor Gotha

*) Wengen sagt S. 832. „Im Widerspruche mit den Anordnungen der obersten Heeresleitung sehen wir den General von Falckenstein die Detachements Glümer, Selchow und Goltz (mindestens 14000 Mann) gegen die Bayern nach Gerstungen und Vacha disponieren, während von der 13. Division 4000 Mann in Eisenach verblieben und 2 Bataillone sowie 32 Geschütze in Kassel (außer der dortigen Besatzung) noch verfügbar waren. Gegen die hannoversche Armee werden aber das Manteuffelsche Korps (15000 Mann) und das Detachement Flies (9000 Mann) und Schachtmeyer 4000 Mann bestimmt. Während somit der Schwerpunkt der Entscheidung gegen die Hannoveraner in das von Göttingen heranrückende Manteuffelsche Korps verlegt wurde, das aber, wenn der ohnehin schon sehr zweifelhafte Abmarsch der ersteren Armee über Langensalza sich nicht bestätigen sollte, bis zu seiner Herankunft mehrerer Tage bedurfte, verblieben zur Beobachtung gegen die Bayern 18000 Mann zurück, eine Truppenmacht, welche diesem Feinde voraussichtlich nicht gewachsen, auf die Defensive sich beschränkt gesehen hätte, um früher oder später den Rückzug anzutreten. Kamen mittlerweile die Bayern heran und hielten die bei Gerstungen zusammengezogene preußische Streitmacht fest, so blieb andererseits zu berücksichtigen, daß das Detachement Flies bei seiner beschränkten Stärke nicht in der Lage war, einer Offensive der hannoverschen Armee Halt zu gebieten, bis das von Norden anrückende Manteuffelsche Korps einzugreifen vermochte. Ferner war unter diesen Verhältnissen in Erwägung zu ziehen, daß die Hannoveraner noch vor Herankunft des Manteuffelschen Korps ostwärts ausweichen und vorläufig der Aufnahme eines Kampfes sich entziehen konnten, womit die Entscheidung eine abermalige Verzögerung erfuhr, der Anmarsch der Bayern aber vielleicht weitere, seinen Einfluß nicht verfehlende Fortschritte machte.“ Die Unklarheit in diesem Räsonnement liegt in den Worten, daß „früher oder spater“ die 18000 Mann vor den Bayern hätten zurückgehen müssen. Es handelte sich nur

zu überrennen und über den Thüringer Wald abzumarschieren. Das Unternehmen wäre nicht aussichtlos gewesen, aber die Entschlossenheit der hannoverschen Heerführung reichte zu einem solchen Schwunge nicht hin. Man ging lieber in eine Verteidigungsstellung hinter der Unstrut bei Langensalza zurück.

Wer der Entwickelung bis hierher gefolgt ist, erkennt, daß für den nun folgenden Tag (27.) auf keiner Seite Veranlassung zu einem blutigen Treffen gegeben war. Die Preußen warteten die Ankunft der Manteuffelschen Truppen im Rücken der Hannoveraner ab, die nicht vor dem 28. nachmittags, auftreten konnten. Die Hannoveraner erwarteten die Ankunft der Bayern. Wie kam es nun, daß dennoch der General Flies mit seinem völlig isolierten Detachement die doppelt so starken Hannoveraner angriff, um naturgemäß mit schwerem Verlust zurückgeworfen zu werden?

um 2 Tage: am 29. mußten Manteuffel, Schachtmeyer und Flies mit ihren zusammen 28000 Mann die 20000 Hannover außer Spiel gesetzt haben. Erschienen die Bayern wirklich schon am 27. oder 28. auf dem Kampfplatz und ergriffen zugleich die Hannoveraner die Offensive gegen Flies, so stand es freilich übel; aber nach den Nachrichten am 26., abends, brauchte man die Bayern so bald nicht zu erwarten und hätte also Flies eventuell von Eisenach Hülfe bringen können. Was die letzte Eventualität, das Ausweichen der Hannoveraner nach Osten, betrifft, so hätten diese sich doch dadurch auch wieder von den Bayern entfernt und insofern, wenn die Preußen vor den Bayern langsam wichen, nicht viel gewonnen.

Zusatz der Buch-Ausgabe. Die neueren Mitteilungen in dem Buche von v. Lettow nötigen mich, diese Verteidigung Falckensteins doch noch wieder etwas einzuschränken. Neben der Meldung, die Hannoveraner zögen nach Norden ab, hatte Falckenstein nämlich noch eine andere, sie zögen nach Osten ab, und dieser glaubte er eigentlich am meisten, so sehr, daß er sogar den Befehl an Manteuffel noch einmal zurücknahm. Wäre der Feind wirklich nach Osten abgezogen, so wäre aus Falckensteins Disposition zwar auch noch kein direktes Unglück entstanden, aber der Fehler, nicht sofort vor Ankunft der Bayern alle verfügbaren Truppen auf ihn zu werfen, doch noch größer gewesen, als bei der Präsumtion des Abzugs nach Norden, wo er Manteuffel in die Arme lief.

Lettow ist in diesem Abschnitt nicht ganz klar. Er legt das Hauptgewicht darauf, daß die Preußen durch den unnötigen Marsch auf Gerstungen (am 26. so abgemattet waren, daß sie nicht sofort gegen die Hannoveraner umkehren konnten. Da aber der Befehl aus Berlin erst abends 9 Uhr 45 Min. am 26. in Eisenach einlief, so konnte ohnehin die Bewegung erst am 27. stattfinden.

Das Telegramm König Wilhelms an den Herzog von Koburg, das Lettow S. 285 unten auf „1 Uhr morgens" des 27.? datiert, kann nach dem Inhalt und Zusammenhang nur vom 26., 1 Uhr mittags, sein.

Das preußische Generalstabswerk sagt im Text (S. 73), Flies habe (von Falckenstein) den Auftrag gehabt, „dem Feind an der Klinge zu bleiben“: weiterhin (S. 79) wird dies dahin erläutert, daß der Gefechtszweck gewesen sei, die hannoversche Armee „festzuhalten“. In den „Berichtigungen“ am Ende des Werkes wird dagegen bemerkt, daß der Befehl, „dem Feind an der Klinge zu bleiben“, bei dem General nicht eingegangen sei; er habe sich vielmehr durch Nachrichten über den Abmarsch der Hannoveraner, sowie über eine Annäherung der Bayern zum Vorgehen veranlaßt gefunden. Im ersteren Falle wollte er Fühlung behalten, eventuell die Gewehrfabrik von Sömmerda schützen; im anderen durch einen Angriff die Vereinigung mit den Bayern erschweren.

In dieser Erklärung ist zweierlei zu unterscheiden. Wenn der General Flies nur „Fühlung nehmen“ wollte, so fehlt die Antwort auf die Frage, warum er denn das Fühlungnehmen zu einem rangierten Treffen ausdehnte. Wenn der General aber die Fabrik von Sömmerda schützen oder die Vereinigung der Hannoveraner mit den Bayern erschweren wollte, so müßte man sagen, daß es zur Erreichung dieser Zwecke ein sehr übel gewähltes Mittel war, sich eine Niederlage zuzuziehen.

Von anderer Seite*) ist das „Fühlungnehmen“ dahin erweitert, daß der Feind gezwungen werden sollte, alle seine Kräfte zu entwickeln, damit man erfahre, ob er noch bei Langensalza stehe oder abgezogen sei und nur eine Arrieregarde zurückgelassen habe. Auch hier fehlt die Antwort auf die Frage, weshalb man soweit über das für den gesetzten Zweck Notwendige hinausging.

Von noch anderer Seite**) ist die Situation ganz anders aufgefaßt. Hiernach ist die Komplikation dadurch entstanden, daß der Befehl, die Hannoveraner coûte que coûte anzugreifen, der von Berlin an Falckenstein erging, auch direkt an den General Flies erteilt wurde, der entgegengesetzte Befehl Falckensteins aber, dem „Feind an der Klinge zu bleiben“, und wie darin liegt und sogar noch ausdrücklich hinzugefügt war, nicht anzugreifen, an den General Flies nicht gelangt ist.

Diese letztere Version, welche ja auf den ersten Blick das Engagieren eines scharfen Gefechtes auch mit unzulänglichen Kräften sehr

*) Knorr, Der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland I. 290.
**) M. Lehmann, Hist. Zeitschr. Bd. 22 S. 119.

natürlich zu erklären scheint, ist doch thatsächlich unrichtig. Weder die Thatsache, daß der Befehl „coûte que coûte anzugreifen“ auch dem General Flies abschriftlich zuging, noch die andere, daß der Falckensteinsche Befehl ihm nicht zuging, haben auf die Entwickelung des Treffens von Langensalza irgend einen Einfluß gehabt.

Der Zusammenhang war vielmehr nach den offenbar authentischen Informationen Wengens dieser. Der General Flies hat in der That nur Fühlung nehmen und den Feind zur Entwickelung seiner Kräfte zwingen wollen, um festzustellen, ob er, speziell etwa nach Osten, wo dann besondere Maßregeln hätten ergriffen werden müssen, abgezogen sei. So sagte er selbst dem Generalstabsoffizier des Generals von Goeben, Hauptmann von Jena, noch im Beginn des Gefechts. Er war so weit entfernt, ein ernsthaftes Treffen zu wollen oder zu erwarten, daß er nicht nur keine Unterstützung erbat, sondern zwei Bataillone, die schon in Gotha auf der Eisenbahn angekommen waren, wieder umkehren ließ. Daß sich aus dem bloßen Rekognoszierungs-Gefecht ein förmliches Treffen entwickelte, hatte keinen anderen Grund, als daß im entscheidenden Augenblick unter dem Einfluß der drückenden Hitze des Tages der General von Flies ohnmächtig wurde und nun zunächst Niemand da war, der die Verantwortung auf sich nahm, den Befehl zum Abbruch des Gefechts zu erteilen. Als Flies aber wieder zu sich kam, ist er dennoch nicht wieder dazu gelangt, das Gefecht weder seiner eigenen ursprünglichen Intention entsprechend, noch überhaupt in irgend einer rationellen Weise zu leiten. Nicht auf Grund einer verständigen Überlegung, sondern dem Drucke der hannoverschen Offensive weichend, haben die Preußen endlich den Rückzug angetreten.

Wie Wengen mitteilt, hat die Absicht bestanden, wegen des Tages von Langensalza gegen den General von Flies eine kriegsgerichtliche Untersuchung einzuleiten. Die Milde des Königs hat nach den überwältigenden Erfolgen der nächsten Wochen davon Abstand genommen. Auch der General von Bonin ist ja wegen seines Verhaltens bei Trautenau nicht vor ein Kriegsgericht gestellt worden.

Das Unglück und die Kopflosigkeit des Generals von Flies gab den Hannoveranern noch einmal gegen das Geschick die Gelegenheit zu entkommen. Der eiserne Ring war durchbrochen, sie brauchten nur vorwärts zu marschieren, um noch am Abend des Schlachttages Gotha in Besitz zu nehmen, die Eisenbahn nach Eisenach zu zerstören und in

der Frühe des nächsten Tages über den Thüringer Wald abzuziehen. Der König verlangte es so in einem unmittelbar nach der Schlacht gehaltenen Kriegsrat, aber die Generalität erklärte die Kräfte der Armee für erschöpft. Noch in der Nacht trafen nun auf der Eisenbahn die ersten Goebenschen Truppen bei Gotha ein; am anderen Morgen rückte auch die Division Beyer an; am Nachmittag erschien auf der anderen Seite, von Norden her, der General von Manteuffel. Da blieb der eben noch siegreichen hannoverschen Armee nichts übrig, als die Kapitulation.

Mit dem Abschluß der Kapitulation wurde nicht der Höchstkommandierende, der General von Falckenstein, sondern der General von Manteuffel beauftragt. Die einzige, freilich sehr unzulängliche Erklärung, welche man ehedem für diese auffallende Übergehung Falckensteins hatte, war, daß der eigentliche Oberbefehl nicht von ihm, sondern vom König selbst von Berlin aus geführt werde und daß der König Manteuffel als General-Adjutanten mit der Spezialmission dieser Verhandlung beauftragt habe. Wengen giebt uns jetzt die wirkliche Aufklärung. Danach ist Manteuffel nicht nur mit dem Abschluß der Kapitulation, sondern auch gleichzeitig mit dem Oberbefehl über die West-Armee betraut, Falckenstein aber, gegen den die Nachricht von der Niederlage bei Langensalza die seit Tagen angesammelte Unzufriedenheit zum Ausbruch brachte, abberufen worden. Durch einen Zufall, fährt Wengen fort, sei die Abberufung nicht an den General von Falckenstein gelangt. Ich bin in der Lage, diese Darstellung vervollständigen zu können. Moltke selbst hat mir erzählt, der König habe die Ordre ununterschrieben auf seinem Tisch liegen lassen. Gleich darauf reiste er von Berlin ab auf den Kriegsschauplatz nach Böhmen und man verlor die Verhältnisse auf dem westlichen Kriegsschauplatz einigermaßen aus den Augen. So ist es Falckenstein vergönnt gewesen, in den nächsten 20 Tagen noch alle seine glänzenden Siege gegen die Süddeutschen zu erfechten und die Abberufung erreichte ihn zum Erstaunen und Entsetzen aller Welt, als er eben lorbeergekrönt das Haupt der eigentlichen Preußenfeindschaft, Frankfurt, seinem Könige zu Füßen gelegt hatte.

Ehe wir die Frage der Berechtigung der Abberufung Falckensteins und damit die der strategischen Bedeutung dieses Generals überhaupt besprechen, wollen wir auch einmal die hauptsächlichsten Streitfragen

in dem preußisch-hannoverschen Verhältnis, mit anderen Worten die wesentlichsten der zahlreichen Beschuldigungen, die beide Parteien gegeneinander erhoben haben, durchgehen, um kurz anzugeben, was sich darüber nach dem sorgfältigen Kreuzverhör aller Zeugen in dem Wengenschen Buche als begründet oder nicht begründet herausgestellt hat.

Militärisch geht die Hauptanklage der Hannoveraner dahin, daß durch Vorspiegelung einer abgeschlossenen Konvention ihre (am 24. Juni) im Vorrücken begriffenen Truppen zum Haltmachen bewogen, dadurch das Heranziehen weiterer Truppen möglich und so der hannoverschen Armee der Abmarsch, der ihr sonst nicht verwehrt werden konnte, versperrt worden wäre. Der Herzog Ernst von Koburg wird hierbei besonders beschuldigt, durch seine Vermittelung die Täuschung befördert zu haben.

Diese Beschuldigung ist durchaus ungerechtfertigt: die einzigen, die, soweit dabei überhaupt von einer Schuld die Rede sein kann, die Schuld trifft, sind die beiden hannoverschen Offiziere Oberst Dammers und Major von Jacobi. Der letztere war es, der die Konvention unter vollständiger Kenntnis der Sachlage als abgeschlossen ansah; die Bedingung, welche Preußen hinzufügte, daß der Kronprinz von Hannover zur Sicherstellung der Ausführung seinen Wohnsitz in Preußen nehme, hätte nach dem ganzen Geist der Abmachung den formellen Abschluß nicht hindern können.

Die zweite militärische Anschuldigung der Hannoveraner richtet sich gegen die Nichtanerkennung des Alvenslebenschen Waffenstillstandes durch Falckenstein und ein Vorrücken der Fliesschen Truppen am Vormittag des 26. Diese Anklagen der Hannoveraner sind berechtigt. Die Art, wie Falckenstein den Fehler des Generals Alvensleben, ihm keine amtliche Mitteilung von dem Waffenstillstand gemacht zu haben, gegen die Hannoveraner ausnutzen wollte, war in höchstem Maße inkorrekt. Selbst wenn Falckenstein sich persönlich formell reinigen konnte, so wäre die Schuld doch immer auf Preußen gefallen, welches den Gegner durch Waffenstillstand in Sicherheit wiegte und dann die eigenen Truppen nicht zurückhielt. Dabei war Falckenstein in telegraphischer Verbindung mit Berlin; in jedem Augenblick konnte er die fehlende amtliche Nachricht extrahieren. Weniger schuldig ist der General Flies mit seinem Vorrücken am Vormittag des 26. Es war nach dem Wortlaut der Abmachung nicht klar, ob der Waffenstillstand um 10 Uhr

eo ipso zu Ende sei oder erst gekündigt werden müsse. Immerhin hätte eine formelle Kündigung nichts schaden können. Sowohl dieser Verstoß des General von Flies wie derjenige Falckensteins haben durchaus nicht die Tragweite, die die welfische Tradition ihnen geben möchte: sie haben abgesehen von einigen Patrouillen-Renkontres ganz und gar keine praktischen Erfolge gehabt. Beide mal ist das Vorrücken der Preußen rechtzeitig inhibiert und die Lage der Hannoveraner dadurch nicht verschlechtert worden.

Die Hauptbeschuldigung der Preußen gegen die Hannoveraner betrifft die Verhandlungen des Obersten Dammers in Gotha. Dammers ist in der That, wie wir sahen, höchst illoyal verfahren. Aber auch hier ist zu bemerken, daß durch das Dazwischentreten des Majors von Jacobi die Vollendung der That inhibiert worden und praktischer Schade für Preußen nicht daraus entsprungen ist; ganz im Gegenteil, der Zwischenfall ist zum Vorteil der Preußen ausgeschlagen. Die Erweiterung des Vorwurfs gegen Dammers dahin, daß die hannoversche Heeresleitung überhaupt in illoyaler Weise durch Verschleppung Zeit zu gewinnen suchte, ist nicht gerechtfertigt. Durch Verhandlungen eine Frist zu gewinnen, ist eine erlaubte Kriegslist: der Gegner braucht sich ja nicht darauf einzulassen, sondern kann sofortige Unterwerfung verlangen. Umgekehrt spiegelten ja die Preußen den Hannoveranern vor, daß sie eingeschlossen seien, als es noch recht weit entfernt davon war. Wäre Schneid in der hannoverschen Armeeführung gewesen, so hätten sie erst einmal einen Stoß probiert und nicht vor den zuversichtlichen Worten des Feindes und einigen unbestimmten Truppenerscheinungen sofort den Rückzug angetreten.

Neben diesen militärischen gegenseitigen Beschuldigungen, die also, soweit sie begründet sind, auf den praktischen Ausgang der Sache sämtlich keinerlei Einfluß gehabt haben, ist noch ein Hauptstreitpunkt der politische: ob Preußen dem König von Hannover wirklich annehmbare Bedingungen gestellt hat und nur durch seine unüberwindliche Hartnäckigkeit zum Äußersten getrieben worden ist, oder ob es etwa absichtlich den König von Hannover in eine unmögliche Lage gebracht hat, um ihn zu vernichten. Es ist die letzte Mission, die des Obersten von Döring, um die es sich dabei handelt. Nachdem die rein militärische Konvention (freier Abzug; ein Jahr Neutralität; Kronprinz als Geisel) nicht zustande gekommen war, brachte Döring

neue Bedingungen von Berlin, welche zwar darin strenger waren als die Alvenslebenschen, daß sie die Auflösung und Beurlaubung der Armee verlangten, zugleich aber Garantie des Besitzstandes innerhalb des zukünftigen neuen Bundes versprachen. Noch in dem Moment also, wo man preußischerseits völlig sicher war (26. Juni), die hannoversche Armee mit einem Schlage vernichten zu können, hat man dieselben Bedingungen wie vor dem Ausbruch des Krieges geboten. Es kann keinen stärkeren Beweis geben, daß die Annexion Hannovers ursprünglich nicht beabsichtigt war. Von hannoverscher Seite hat man dagegen eingewandt, daß Döring wohl diese Bedingungen vor dem Könige verlesen, zugleich aber erklärt habe, daß sein Auftrag thatsächlich erledigt sei, da die Falckensteinschen Truppen bereits Befehl hätten, anzugreifen. Preußischerseits hat man bestritten,*) daß Döring eine solche Äußerung gemacht habe — formell mit Unrecht, materiell mit Recht. Nach Wengen**) hat Döring in der That etwas derartiges gesagt, aber nur die Leidenschaft kann darin ein wirkliches Zurückziehen der Bedingungen oder einen Grund für die Ablehnung seitens des Königs Georg finden. Wozu wäre Döring denn gekommen? Wenn der König nun gesagt hätte, er nähme die Sommation an — sollte jener dann sagen, Preußen ziehe sie aber wieder zurück? Döring hat die angezogenen Worte, die auch in Medings Memoiren mit einem „fast", bei Wengen mit einem „eigentlich" abgeschwächt erscheinen, nur gesagt, in dem Sinne, König Georg den ganzen Ernst des Moments zu vergegenwärtigen.***) In der Verzweiflung über die Folgen der eigenen Verblendung ist dann der Welfenkönig darauf verfallen, sich selbst einzureden, die Annahme der preußischen Bedingungen würde ja doch nichts geholfen haben, da Döring selbst seinen Auftrag schon für erledigt erklärt habe. Wie weit der König aber thatsächlich gerade von der Annahme der Döringschen Bedingungen entfernt gewesen ist, zeigt sein Verhalten noch bei Abschluß der Kapitulation. Wiederholt wurde hierbei von ihm betont, daß er einen militärischen, also nicht einen politischen Vertrag abschließe; er rechnete mit solcher Sicherheit auf den Sieg Österreichs, daß ihm die Auflösung seiner Armee, um-

*) Denkschrift. Im „Staasarchiv". Bd. 12, S. 60.

**) Auch schon bei Lehmann a. a. O.

***) Was hiergegen Thimme in der Hist. Zeitschr., Bd. 84, S. 310f., eingewandt hat, ist in keiner Weise stichhaltig.

somehr, nachdem das Treffen vom 27. ihre militärische Ehre gesichert hatte, als das kleinere Übel erschien. Denn die Armee würde mit dem Königreich wieder hergestellt worden sein: ein politisches Versprechen aber, wie der Eintritt in den von Preußen neu zu gründenden deutschen Bund, wäre der Ehre der souveränen Welfendynastie zu nahe getreten und hätte selbst bei einem Siege Österreichs von irgend welchen Folgen sein können. Da nun Preußen siegte, trat die umgekehrte Folge ein: es existierte kein politischer Vertrag, keine Verpflichtung Hannovers, aber auch keine Verpflichtung Preußens, und Hannover wurde aus der Reihe der selbständigen Staaten gestrichen.

Nun zum General Vogel von Falckenstein. Wengens Urteil über ihn ist vernichtend, — und es ist ersichtlich ohne ursprüngliche Voreingenommenheit, reiner Wahrheitsliebe entsprungen, auf sorgfältigster Forschung aufgebaut. Dennoch lehnt sich der natürliche Instinkt dagegen auf. Der General, der binnen zwei Wochen mit einigen 40000 Mann zwei Armeen von zusammen 100000 Mann vollständig besiegte, kann kein so völlig nichtiger Strateg gewesen sein. Friedrich dem Großen ist es gelungen, sich mit äußerster Anstrengung und unter großen Wechselfällen gegen eine ähnliche Überlegenheit zu behaupten. Napoleon hat 1813, 1814 und 1815 wohl einzelne Siege erfochten, ist aber endlich doch und zwar 1813 gegen eine viel geringere Übermacht (anfänglich 440000 gegen 492000; bei Leipzig 200000 gegen 300000) erlegen. Zu diesen Wunderwerken der Kriegskunst aber muß man hinaufsteigen, um Ebenbürtiges zu finden zu den Thaten der preußischen Main-Armee im Jahre 1866. Und der Feldherr dieser Armee soll nach Wengen nichts gewesen sein, als ein Mann bald von unbegreiflichem Starrsinn, bald von unberechenbaren Velleitäten? Wengen weist darauf hin, daß laut Angabe des Generalstabswerks die strategische Idee des Main-Feldzuges Falckenstein von oben, also durch Moltke vorgeschrieben war, und daß das einzige Gefecht, welches Falckenstein persönlich leitete, Hammelburg, mißleitet wurde. Man kann hinzufügen, daß die strategischen Bewegungen des Feldzuges im einzelnen handgreifliche Fehler zeigen, daß das Abbrechen des Gefechts von Dermbach allen Grundsätzen der Strategie Hohn sprach.*) (Falckenstein

*) Das Generalstabswerk sagt in seiner milden andeutenden Weise: „Nichts konnte in der That erwünschter sein, als schon hier (bei Dermbach) mit den versammelten Kräften der Main-Armee dem einen der beiden feindlichen Korps allein

war an dem Tage krank), daß der Anmarsch auf Kissingen gegen die Bayern, der Anmarsch auf Aschaffenburg gegen die Süddeutschen nicht richtig geordnet waren — dennoch und dennoch wird die Kriegs- und Weltgeschichte sich niemals abhalten lassen, Falckenstein als den Feldherrn der Main-Armee zu preisen und ihn mit dem Lorbeerkranze des Siegers zu krönen.

Wengen hat Recht und die öffentliche Meinung hat auch Recht. Es giebt ein Drittes, welches die anscheinend widersprechenden Urteile vereinigt.

Man muß sich Falckenstein, darüber lassen die Enthüllungen Wengens keinen Zweifel, vorstellen als einen Mann von nicht besonders hoher und entwickelter Intelligenz. Die verschiedenen Möglichkeiten einer komplizierten Situation zu übersehen, die Kombination zu finden, die allen zugleich am besten gerecht wird, die Folgen eines Manövers auf die fernere Zukunft hinaus im voraus zu berechnen, vermochte er nicht. Die Proklamationen und Tagesbefehle, die er erlassen hat, zeigen dasselbe. Die Gedanken sind die nächstliegenden, alltäglichen in einer holprigen, auch geradezu fehlerhaften Sprache herausgepoltert. Nicht etwa die köstliche, naturfrische, bewußte Verachtung von Gram-

zu begegnen und zwar dem, dessen Gewicht die Bestandteile des anderen zu einem Ganzen zusammenhielt.

„Man nahm aber das, was man unmittelbar vor sich hatte, nur für eine Detachierung in der Stärke einer Division, um den Abmarsch des Gros auf Fulda zu sichern.

„Eine Vereinigung der Gegner dort wollte General von Falkenstein jedenfalls verhindern und beschloß daher zwar, was ihm vom Feinde zunächst stand, anzugreifen, den Vormarsch seiner Hauptkräfte aber, in der eingeschlagenen Richtung **auf Fulda nicht zu unterbrechen.**"

General von Goeben sagt in seiner Monographie über das Gefecht (S. 52): „... drängte sich die Betrachtung auf, wie sich notwendig alles ganz anders gestaltet hätte, wenn nicht gerade an diesem Tage die Erkrankung des Oberbefehlshabers ihn gezwungen hätte, sich auf dem kürzesten Wege in das neue Hauptquartier Buttlar zu begeben, anstatt nach dem Gefechtsfelde zu eilen. Denken wir uns, ganz abgesehen von allen weiter gehenden Eventualitäten, lediglich die Situation, wie sie wurde, wenn General Vogel v. Falckenstein, wie es in der Natur der Dinge lag, auch nur gegen Mittag bei Dermbach erschien, wenn er dann, wie es wohl ebenso unzweifelhaft war, der Division die Freiheit der Aktion wiedergab, der Division, von der noch 7 Bataillone und die ganze Kavallerie nebst der reitenden Batterie disponibel waren!"

matik und Orthographie, wie bei Blücher, sondern die Fehler der beschränkten Bildung und des Mangels an Originalität und Begabung, mit einem Wort, etwas kommißmäßig.

Neben dieser ziemlich subalternen, intellektuellen Veranlagung und Bildung war der General von Falckenstein begabt mit einer rücksichtslosen Energie des Willens und einer keine Verantwortung scheuenden, nicht rechts, nicht links blickenden Kühnheit des Entschlusses. Diese Charaktereigenschaften sind so sehr die Hauptsache bei der Begabung eines Generals, daß sie die Siegerlaufbahn des Führers der Main-Armee zu erklären vermögen, trotz aller Unzulänglichkeit der Intelligenz. Gerade die Geschichte der Main-Armee ist das glänzendste Beispiel der Weltgeschichte, was der bloße strategische Mut vermag: jede einzelne Maßregel ein Fehler, das Ganze ein wundervoller Sieg. Die auffallendste aller Anordnungen Falckensteins im hannoverschen Feldzuge ist die Zersplitterung seiner Streitkräfte unmittelbar vor der Entscheidung (26. Juni), auffallend deshalb, weil derselbe Mann im Main-Feldzuge gerade das Gegenteil that: erst marschierte er mit seiner ganzen Armee gegen die Bayern und ließ keinen Mann stehen, um sich gegen die 50000 Süddeutschen den Rücken zu decken. Dann, als er den Befehl dazu erhielt, kehrte er um, ließ keinen Mann gegen die ganze bayrische Armee in seinem Rücken stehen und warf sich mit voller Wucht auf die Armee des Prinzen Alexander.

Generale aus unserer Geschichte, mit denen man zum Vergleich versucht sein möchte, sind York und Blücher. Mit York hat Falckenstein gemein die rauhe Form, die doch einem gewissen Begehr nach Effekt und Popularität nicht entgegensteht, die Widerspenstigkeit nach oben, die Fürsorge für die Truppen und die Beliebtheit bei ihnen. Als Strategen aber sind sie ganz entgegengesetzt. York war ein Mann von hoher Intelligenz und originalen Antrieben, aber er entbehrte durchaus der wichtigsten und bei Falckenstein bedeutendsten Eigenschaft, der strategischen Kühnheit und der Initiative. Bei aller Tapferkeit im Gefecht war York doch eine unentschlossene Natur und hat dadurch zu Gneisenaus Zorn sich und der Schlesischen Armee manche herrliche Beute entgehen lassen. Seine welthistorische That, die Konvention von Tauroggen, wird dadurch groß, daß er es war, der sie sich, nachdem er gesetzt war, sie nicht zu thun, wider seine Natur entriß. Für einen Scharnhorst, Gneisenau, Blücher, Grolman wäre sie

selbstverständlich gewesen. York und Falckenstein dürfen deshalb nicht zusammengestellt werden.

Auch mit Blücher aber kann Falckenstein nicht verglichen werden. Von Blücher ist einmal gesagt worden: ein dummer Kerl, aber ein Genie. Sein Genie war eine, jugendlicher Lust an der Gefahr entspringende Kühnheit und eine künstlerische Geistesanlage, er hatte Phantasie und Originalität. Das Sinnfällige beurteilte er mit dem scharfen, listigen Blick des Naturkindes. Einen komplizierten strategischen Plan aber zu entwerfen oder auch nur zu fassen, wäre er noch weniger imstande gewesen, als Falckenstein; er würde sich, wenn ihm jemand dergleichen vortragen wollte, gar nicht die Mühe gegeben haben, zuzuhören. Anders als Falckenstein aber war er sich seiner Mängel bewußt. Mit allem Selbstvertrauen des Genies hatte er auch die Bescheidenheit des Genies. Er fühlte sich nicht kleiner dadurch, daß er sich von einem größeren leiten ließ: gerade darin zeigte er das Maß seiner Kühnheit, daß er auch Pläne ausführte, deren Tragweite er selbst nicht zu übersehen vermochte: er vertraute auch, wenn er das Spiel einmal verlor, sich immer noch helfen zu können. Blüchers Kühnheit ist eine geniale, unbewußte; Falckensteins Kühnheit eine bewußte und gewollte, durch Selbsterziehung gesteigerte, grimmige Entschlossenheit. Tradition des preußischen Offizierkorps und Theorie hatten ihn gelehrt, daß Kühnheit und Beharrlichkeit die besten Bürgen des Sieges seien und nun hielt er unerschütterlich fest an dem Plane, wie sein Kopf ihn sich jedesmal bildete: den Plan eines anderen in sich aufzunehmen und ihn auszuführen, nachdem er seinen eigenen bereits gebildet, war seine Kühnheit nicht ursprünglich, sein Geist nicht beweglich genug.

Versuchen wir nun, uns aus diesem Charakter das Verfahren des Generals in dem hannoverschen Feldzug zu erklären. Nachdem er erfahren, daß die Hannoveraner sich bei Göttingen aufgestellt, beschloß er (21.), sie hier von allen Seiten zugleich anzugreifen und zu erdrücken. Gleich darauf ging von Berlin die Nachricht ein, daß die Hannoveraner von Göttingen abmarschiert seien und damit der Vorschlag, ihnen auf der Bahn über Magdeburg Truppen in den Weg zu werfen. Nach dem Generalstabswerk lehnte Falckenstein diesen Vorschlag ab, da „man nach den Erfahrungen, welche bisher über Benutzung der Eisenbahnen in Hannover gemacht waren, zweifelte, ob die Detachierung

noch rechtzeitig ihre Bestimmung erreichen werde". Wengen behauptet, daß Falckenstein einen anderen, offenbar fingierten Grund, nämlich, daß seine Truppen schon zu weit gegen Göttingen konzentriert seien, angegeben habe. Der wahre Grund wird doch wohl annähernd der im Generalstabswerk angeführte gewesen sein, aber nicht so, daß wir diesem Grunde objektive Wahrheit zuerkennen müßten, sondern so, daß man ihn als die subjektive Empfindung Falckensteins auffaßt. Truppen mit der Eisenbahn über Magdeburg schicken! Die waren ja völlig aus der Hand gegeben: was konnte die auf dem weiten Wege nicht alles aufhalten! Zum Transport von den Truppen an die Grenze sind Eisenbahnen sehr gut, aber auf einen so unsicheren Faktor Operationen aufzubauen, ist von vornherein verfehlt! Das ist eine moderne Superklugheit der Herren am grünen Tisch, auf die ich mich nicht einlasse. So etwa wird Falckenstein räsonniert haben. In den nächsten Tagen bestätigte sich der Abzug der Hannoveraner und nun beschloß Falckenstein (23.), ihnen nicht ins Unbestimmte nachzulaufen, sondern sich sofort ein festes Operationsziel, die Süddeutschen bei Frankfurt, zu setzen. Eben hatte er diesen Beschluß gefaßt, da erhielt er aus Berlin den Befehl, auf der Bahn über Kassel den Hannoveranern, die bei Mühlhausen sein sollten, in Thüringen Truppen in den Weg zu werfen. Die nächste Schienenverbindung nach Kassel war bei Münden gesperrt. Über die Verhältnisse jenseits Kassel war man nicht genau orientiert. Man hätte bis Kassel einen weiten Umweg machen, Transportmaterial aus Westfalen requirieren, die Bahn jenseits Kassel vielleicht erst wiederherstellen müssen. Wer weiß, wo mittlerweile die Hannoveraner waren! Auf so weitaussehende Sachen wollte er, der General von Falckenstein, sich ein für alle Mal nicht einlassen. Um der Berliner Forderung zum Schein zu genügen, machten einige der näheren Truppenteile zu Fuß einen Marsch in der Richtung auf Eisenach.

Da kamen am anderen Morgen die direkten Befehle aus Berlin an seine Unterführer, und der General von Goeben führte seine Division auf eigene Hand nach Eisenach. Falckenstein blieb nichts übrig, als seinen Truppen nachzureisen. Was ihm als zu weit aussehend und unsicher erschienen war, war doch noch ausgeführt worden: die Hannoveraner waren gestellt. In seinem Ärger, daß Berlin doch recht behalten, wollte er sich dadurch retablieren, daß er den grünen Tisch

auf der Stelle überbot und allen Unterhandlungen durch festes Zupacken ein Ende machte. Über den Eindruck, den seine Nichtachtung des geschlossenen Waffenstillstandes nicht nur auf die öffentliche Meinung, sondern auch auf seinen eigenen Kriegsherrn machen mußte, bekümmerte er sich nicht. Daß auch politisch, so lange nicht Gefahr im Verzuge war, Preußen viel lieber ein Abkommen mit Hannover getroffen hätte, als sich mit ihm zu schlagen, lag von vornherein außerhalb seines Gesichtskreises.

Der Streich wurde rechtzeitig inhibiert und nun kommt das Auffälligste in dem ganzen Feldzuge: daß Falckenstein sich nicht bereit stellt, um den zurückgehaltenen Schlag, sobald die Verhandlungen abgebrochen sind, auszuführen, es auch nicht einmal sofort thut, als es ihm von Berlin befohlen wird, sondern nun zu einem Manöver greift, welches seine Truppen zersplittert und die Entscheidung um zwei bis drei Tage verzögert.

In Moltkes Gedankengang ist der Wechsel der Direktive durchaus korrekt und konsequent: Zurückhalten, so lange Hoffnung auf Verständigung ist, Zuschlagen sobald diese Hoffnung definitiv zerstört ist. Bei Falckenstein ist der Wechsel wohl nur dadurch zu erklären, daß die erste Angriffsidee (26., morgens) mehr der Stimmung als der strategischen Überlegung entsprang. Als aber nun dieser Angriff inhibiert war, da hatte Falckenstein sich mittlerweile klar gemacht, daß die Hannoveraner möglicherweise jetzt ins Unbestimmte nach Norden ausweichen könnten und zog es deshalb vor, ihnen erst von dieser Seite ein Korps entgegenzuschicken. Eine direkte Schuld an dem Gefecht bei Langensalza, hatte er, wie wir sahen, nicht.

Ist diese Skizze der Falckensteinschen Strategie richtig, so erkennt man, daß dieselbe, abgesehen von der Aufwallung am 25. 26. Juni, einer gewissen inneren Konsequenz doch nicht entbehrt. Von Velleitäten, welchen Ausdruck Wengen zuweilen gebraucht, das ist von Halbwillen, Unentschlossenheit, kann nicht die Rede sein. Es wird vor allem gestrebt, ein Ziel fest im Auge zu behalten, alles davon ins Ungewisse Ablenkende zu vermeiden. Selbst die zersplitterte Aufstellung am 27. Juni entspringt zuletzt dem Bestreben, hier völlig fertig zu werden, um sich dann mit ganzer Kraft wo anders hinzuwenden, eben das Prinzip, dem der General nachher seine überwältigenden Erfolge am Main verdankt.

In welcher Großartigkeit erscheint nun aber erst neben und gegenüber dem Feldherrn der Main-Armee die Überlegenheit Moltkes! Ebenso kühn, ebenso beharrlich scheut dieser klare Kopf zugleich nicht die Berechnung der weiter aussehenden, unsicheren Kombinationen, denn er weiß, daß er fähig ist, sie zu beherrschen, und leitet von Berlin aus mit ruhiger Sicherheit gleichzeitig den Einmarsch der drei Armeen in Böhmen und die Einkreisung der Hannoveraner durch die West-Armee. Es ist jedesmal eine Freude, für den Forscher zu erkennen, was das Genie zu leisten vermag, aber es ist ein Entzücken, zu dieser Erkenntnis durchzudringen, wenn das Genie sich selbst lange verborgen gehalten, wenn es die eigenen, amtlichen Publikationen nicht zur Schaustellung benutzt hat, sondern endlich nach zwanzig Jahren die mühsame Spezialforschung eines Privatgelehrten der Welt die Kunde bringt und die Erkenntnis vermittelt.

Unverkennbar ist ein Moment der Falckensteinschen Opposition gegen die Vorschläge und Befehle, die ihm von Berlin zugehen, das Streben, sich nicht in seine Armeeführung dreinreden zu lassen. Er faßte seine Stellung auf als die eines selbständigen Feldherrn, der wohl mit der politischen Leitung in der Hauptstadt in Kontakt bleiben muß, aber die Armee nach seiner eigenen Idee kommandiert. Daß diese Auffassung die einzig richtige sei, ist traditionell; sobald etwas durchleckte von Friktionen zwischen dem General und Berlin, hat die öffentliche Meinung sofort gegen den „grünen Tisch“ und für den Soldaten auf dem Kampfplatz Partei genommen. Sein Renommee eines Frondeurs half Falckenstein im Jahre 1867 in Königsberg das Mandat zum Reichstag erwerben. Ein merkwürdiges Beispiel, wie sehr diese Vorstellung heute noch herrscht, obgleich wir doch wissen, daß an dem verachteten grünen Tische kein anderer als Moltke saß, erzählt Wengen in seinem Sendschreiben. Er hatte zuerst versucht seine Auffassung in der militärischen Monatsschrift „Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine“ gegen mehrfache Angriffe zu verteidigen. Sein Manuskript war aber abgelehnt und von der Redaktion jener Monatsschrift (Oberstleutnant von Marées) mit Randglossen versehen, von denen eine lautet: „Es ist ganz ungehörig, von der Ferne aus die einzelnen Operationen leiten zu wollen!“*)

*) Im Aprilheft seiner Jahrb., S. 100, hat Marées Wengen vorgeworfen, hier „leichtfertigerweise eine grobe Entstellung geschaffen“ zu haben; er will nicht „ungehörig“, sondern „unmöglich“ geschrieben haben, was den Ausfall gegen den

Marées hat dabei offenbar an die Hofkriegsrats-Strategie des vorigen Jahrhunderts gedacht, obgleich bekannt ist, daß Moltke nicht nur 1866 den Einmarsch in Böhmen von Berlin aus geleitet, sondern auch 1870 von Versailles aus sowohl an der Loire, als auch sogar vor Belfort entscheidend eingegriffen hat. Moltke konnte das (Gambetta, der ähnliches versuchte, konnte es freilich nicht), weil der moderne Telegraph Meldungen und Befehle ebenso schnell zu übermitteln imstande ist, wie früher Adjutanten und Ordonnanzen, und vom thüringischen Kriegschauplatz im Jahre 1866, wo alles davon abhing, welche Richtung die Hannoveraner nehmen, wo sie zunächst auftreten würden, hatte man viele wichtige Nachrichtigen sogar früher in Berlin, als in Hannover oder Eisenach. Aber so schwer ist der Glaube an überlieferte Schlagworte auszurotten, daß dem Redakteur einer deutschen Militär-Zeitschrift noch heute Moltkes Methode, aus der Ferne Operationen auch zuweilen im einzelnen zu leiten, als „durchaus ungehörig" erscheint. Da kann man sich denken, mit welchem Trotz in den Mienen der selbstbewußte Falckenstein die Berliner „Einmischung" von sich geschleudert hat.*)

War nun König Wilhelm im Recht, als er im Jahre 1870 dem General von Falckenstein ein Kommando in der Feldarmee nicht wieder anvertraute? Eine Frage, der, so delikat sie ist, der Historiker sich bei einer Persönlichkeit, die einmal eine so bedeutende Stellung in

Feldmarschall Moltke etwas abschwächen würde. Herr von der Wengen hat uns jedoch mit der Bitte um Veröffentlichung, der wir hiermit nachkommen, die Erklärung eingesandt, daß deutlich genug „ungehörig" geschrieben sei und das Manuskript bei ihm für jedermann zur Einsicht bereit liege.

*) Zusatz der Buchausgabe. Dieser kleine Kontrovers-Zwischenfall ist von größerer Bedeutung, als es auf den ersten Blick scheinen möchte, nämlich als Beleg, daß die Behauptung des Generals von Schlichting, Moltke sei noch sehr lange von manchen seiner eigenen Generalstabs-Offiziere nicht verstanden worden, richtig ist. Der Oberstleutnant v. Marées war lange ein angesehenes Mitglied des Großen Generalstabes und Hauptmitarbeiter an dem Werk über den französischen Krieg; er soll sich, wie mir erzählt worden ist, sogar an den eigenhändig vom Feldmarschall gearbeiteten Partien Verbesserungen, oder sagen wir, Änderungen haben erlauben dürfen. Ein solcher Mann bestritt noch im Jahre 1887 die Zulässigkeit der Armeeführung durch den Telegraphen aus der Ferne! Das fortwährende weitere Anwachsen der zu beherrschenden Massen und Räume hat nun allmählich den definitiven Beweis erbracht, daß jenes System weder „unmöglich" noch „ungehörig" ist und damit noch nachträglich Moltke Recht gegeben, der schon im Jahre 1866 wußte, daß diese Methode anwendbar sei und sie anwandte.

der deutschen Geschichte einnimmt, wie Falckenstein, nicht wohl entziehen kann. Das Material, das zur Beantwortung nötig wäre, liegt ja bei weitem nicht vollständig vor, aber doch soweit, daß man, ohne etwas Abschließendes sagen zu wollen, sich doch damit beschäftigen kann.

Ob Falckenstein, als Chef des Generalstabes, eine Mitschuld trägt an der skandalösen Führung in der ersten Periode des dänischen Krieges, die wir vor einiger Zeit in diesen Blättern auf Grund des Generalstabswerks skizzierten, ist nicht bekannt geworden. Die eigensinnige Imbecillität des Höchstkommandierenden hatte hier jedenfalls die Haupt-, wahrscheinlich die einzige Schuld.

Dem Thatbestand nach völlig klar liegt vor uns, vermöge Wengens Fleiß und Scharfsinn, Falckensteins Verhalten im hannöverschen Feldzug. Aber gerade dieser Feldzug giebt keinen durchaus billigen Maßstab. Alle die von Wengen berichteten Thatsachen haben wir als einfach wahr anerkannt: auch seinen militärischen Räsonnements haben wir fast durchweg zustimmen können. Dennoch darf man bei dem Schlußurteil dieses Autors nicht stehen bleiben, weil Verhältnisse und eigene Schuld Falckenstein gerade in diesem Feldzuge in eine ausnahmsweis ungünstige Beleuchtung bringen. Diese ungünstige Beleuchtung geht aus von dem Kontrast zu Moltke, in dem Falckenstein fortwährend erscheint, in den er sich selber gebracht hat. Den kann er freilich nicht ertragen. Hätte Moltke sich nicht um diesen Feldzug bekümmert, so wären die Hannoveraner entkommen. Irgend ein Theoretiker hätte vielleicht hinterher einmal die Behauptung aufgestellt, daß man ihnen in Thüringen auf der Eisenbahn hätte zuvorkommen müssen, aber Niemand hätte auf Grund solcher theoretischen Betrachtung etwas von Falckensteins strategischer Befähigung subtrahiert. Man wäre dabei geblieben, daß solche Operation auf der Eisenbahn doch eine höchst zweifelhafte und damals noch völlig unerprobte Sache war und daß eine wirkliche, notwendig zu benutzende Möglichkeit, die Hannoveraner abzuschneiden, nicht vorlag. Erst dadurch, daß Moltke diese Operation endlich doch und mit Erfolg durchgesetzt hat, kommt die Schranke in Falckensteins Begabung wirklich zu Tage. Indem der General in seinem Starrsinn sich nun immer weiter in seiner Opposition verrennt, werden seine Fehler immer größer. Nachher im Main-Feldzug, wo er seinen Ideen frei folgen konnte, erfocht er auch auf seine Weise glänzende Siege.

Hätte man ihm 1870 das Kommando eines Armeekorps gegeben,

wo er von vornherein wußte, daß er gar keine andere Aufgabe habe, als die Intentionen der Armee-Führung präzise aufzufassen und auszuführen, so hätte er dieser Aufgabe gewiß so gut und besser als mancher andere genügt. Hätte man ihm eine Armee gegeben, mit der er ganz nach eigenem Ermessen operierte, so würde er mit allen seinen Fehlern auch dieser Aufgabe — vorausgesetzt, daß er nicht etwa wie Benedek 1866 auf seinen größeren stieß — gewachsen gewesen sein. Aus der ersten Stellung aber war Falckenstein herausgewachsen und die zweite existierte nicht. Die Thätigkeit der einzelnen deutschen Armeen im französischen Feldzuge hing so eng zusammen, daß sie sich notwendig der Direktive des Großen Hauptquartiers unterordnen mußten. Ein General, dessen Energie sich in Widersetzlichkeit gegen höhere Befehle zu äußern fähig war, hätte die unglückseligste Verwirrung über die deutsche Heerführung heraufbeschwören können. Man kennt die speziellen Gründe nicht, aber es wird doch wohl etwas ähnliches gewesen sein, weshalb der General von Steinmetz, der sich 1866 glänzend bewährt hatte, mitten aus dem Kriege heimgeschickt wurde. Der Entschluß wird dem König nicht leicht geworden sein, aber wie gefährlich die in einem früheren Kriege verdientesten älteren Generale in einem neuen werden können, das hat Preußen 1815 erfahren: York hatte man verständigerweise zu Hause gelassen, Bülow aber führte ein Armeekorps und sein selbstbewußter Eigenwille trägt eine wesentliche Schuld an der Niederlage von Ligny.

Es war also klug und entschlossen gehandelt, Falckenstein im Jahre 1870, ohne Rücksicht auf das Renommee, welches er besaß, nicht mit ins Feld zu nehmen. 1866 wäre er gewiß imstande gewesen, den Feldzug ungefähr in der Weise, wie es nachher Manteuffel that, zu Ende zu führen. Daß er mit solcher Schroffheit abberufen wurde, wird aber dadurch erklärlich, daß die betreffende Kabinettsordre, welche ihn am 19. Juli erreichte, vor seinen Siegen, am 11. Juli erlassen war, vermutlich als man im Großen Hauptquartier eben die Nachricht von dem Gefecht bei Dermbach (4. Juli) erhalten hatte, die denn freilich geeignet war, dem General nach allem, was er bereits im Schuldbuch hatte, den Rest zu geben.

Düppel und Alsen.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 60, Oktober-Heft 1887.)

Der deutsch-dänische Krieg 1864. Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. 2. Band. Berlin 1887. E. S. Mittler & Sohn.

Was kann sich dem Geschichtsschreiber für eine herrlichere Aufgabe stellen, als die Erzählung eines sieggesegneten Krieges seines eigenen Volkes? Die höchsten Tugenden der Menschheit, Tapferkeit des Handelns und des Leidens in den Massen, die Massen organisch zusammengefaßt zur höchsten Einigkeit, diese Einheit geleitet von der Klugheit zu sorglich vorbereiteten Zielen, die Entwickelung fortschreitend in Handlungen von der ungeheuersten Spannung und Entladung und das Ziel verklärt in der Liebe und Begeisterung des Erzählers wie des Lesers. Das ist der vaterländische Krieg — Heil dem, dem die Muse die Lippen gelöst, daß das Wort nicht verstumme vor der That, noch stammle und stottere, sondern in vollen Klängen die Erzählung dahinrausche als Lehre zugleich und Denkmal, selbst unvergänglich, wiederum eine That.

Aber es giebt auch noch eine ganz andere Auffassung eines solchen Krieges. Nach der Überwältigung Napoleons, nach den Siegen an der Katzbach, bei Leipzig und Laon, nach dem Triumph-Einzuge in Paris schrieb der Generalquartiermeister der schlesischen Armee, der General von Müffling, an seinen Chef des Generalstabes, Gneisenau (9. Dez. 1814): „Der Ausgang unserer Kampagne hat mir gottlob alle Lust genommen, etwas darüber im ganzen zu schreiben. Nach unglücklichen Vorfällen ist es ein Vergnügen der Welt zu zeigen, daß mehr geschah, als man im allgemeinen glaubte, um das Unglück abzuwenden; nach einem glücklichen Ausgang, wo in der Regel jeder Zuschauer die Begriffe von der höchsten Vollkommenheit der Anlage

hat und man am Ende auf die menschlichen Verhältnisse zurückführen muß, giebt es keine einladenden Motive für den Geschichtsschreiber."

Welch eine Paradoxie! Jena ist danach für den Geschichtsschreiber Preußens ein dankbarerer Stoff als Leipzig, Belle-Alliance und Sedan! Aber so paradox es klingen mag, die Begründung, welche Müffling hinzufügt, ist von so einleuchtender Wahrheit, daß davon gar nichts weiter abzudingen, sondern nur noch zu fragen ist: wie fängt es der Historiker an, die Schwierigkeit zu überwinden? Der Krieg ist einmal das unvollkommenste aller Werke, gerade weil er das größte ist. Eine Armee ist die komplizierteste aller Maschinen und zugleich die am meisten dem Zufall ausgesetzte. Es ist daher gar nicht anders möglich, als daß der Kritiker auf Schritt und Tritt Mängel entdeckt, günstige Chancen, die verfehlt, Verluste, die nicht nötig waren, nachweist. Ehe er sichs versieht, ist er aus dem Ungeheuren, was er schildern wollte, beim Menschlichen, allzu Menschlichen angelangt. Die meisten Historiker umgehen diese Gefahr, indem sie darauf verzichten, den eigentlich militärischen Zusammenhang zur Anschauung zu bringen. Der Militärschriftsteller aber, gerade je scharfsinniger er ist, je mehr Eventualitäten er sieht, hat umsomehr mit ihr zu ringen. Denn darin besteht ja gerade sein Amt, zu demonstrieren, was in jedem einzelnen Falle die allerbeste Operation sei und vor solchem Idealbild muß jede Wirklichkeit zurücktreten. Selbst der größte aller Gegensätze, der zwischen Sieg und Niederlage, verkleinert sich vor der Strenge dieses Maßstabes: kein Friedrich, kein Napoleon besteht voll vor ihm. Da erschrickt denn der Kritiker selbst vor dem Geist, den er heraufbeschwört und er wendet sein Gesicht ab von der Seite des Sieges zu der Seite der Niederlage. Jena, sagt er, ist ein einladenderes Motiv als Leipzig.

Wenn dem nun wirklich so ist, wie ist es möglich gewesen, daß unsere drei siegreichen Kriege amtlich vom Generalstab bearbeitet und diese Bearbeitung publiziert wurde? Es ist ja klar, daß die Schwierigkeiten für ein amtliches Werk noch viel größer sind, als für eine Privatarbeit, wie sie Müffling in jenem Augenblick sich dachte und ablehnte. Von dem Generalstabswerk über den dänischen Krieg darf man vielleicht sagen, daß es ohne die beiden nachfolgenden Kriege nicht hätte geschrieben werden können. Auch diese Kriege sind selbstverständlich nicht ohne vielerlei Fehler, Schwächen und persönliche Friktionen gewesen, und es gehörte viel Gewandtheit dazu, an solchen

Punkten, ohne anzustoßen, vorüberzukommen. Immerhin hat die Führung in diesen Kriegen vor den Freiheitskriegen große Vorteile voraus. Die Freiheitskriege waren Koalitionskriege und die preußische Generalität selbst war in ihren strategischen Anschauungen uneinig. 1866 und 1870 war das preußische Offizierkorps zu einheitlichen Anschauungen erzogen,*) die höchste Autorität daher im wesentlichen unbezweifelt und einheitlich. Der Feldzug von 1864 aber bietet das Bild einer Zerfahrenheit in der strategischen Leitung, die derjenigen der großen Koalition von 1813 und 1814 wenig nachgiebt. Dennoch hat man sich in jener vornehmen Selbstsicherheit, welche ihre Schwächen gestehen darf, entschlossen, auch diesen Feldzug aktenmäßig darzustellen. So fern es zu liegen scheint, man mag auf die preußische Armee und die Generalstabswerke jenes Wort Goethes anwenden, daß der Dichter „uns alle seine Freuden und Siege, alle seine Thorheiten und Resipiscenzen mit dem Mut eines unbezwungenen Herzens vorjauchze, vorspotte".

Im ersten Teil, den wir in diesen Heften bereits besprachen spielt das Koalitionsverhältnis zu Österreich als retardierendes Moment eine Hauptrolle. Aber auch der jetzt vorliegende zweite Band, der über Düppel und Alsen berichtet, also ein Gebiet, welches allein den Preußen und zwar dem Prinzen Friedrich Karl überlassen war, nicht gefesselt durch den österreichischen Alliierten, wenig beeinflußt durch den Feldmarschall Wrangel, bietet doch nicht überall das Bild der geschlossenen, zielbewußten Strategie, welche uns heute in einem preußischen Kriege als etwas Selbstverständliches erscheint.

Der Laie fragt zunächst erstaunt: was will man denn mehr? Nachdem am 6. Februar das Dannewerk besetzt war, mußten die Verbündeten sich erst in längeren Verhandlungen über das weitere Ziel des Feldzuges einigen. Erst am 3. März wurden in Berlin die Befehle zur Absendung der Belagerungs-Artillerie nach dem Sundewitt erteilt, am 23. März langte die letzte Staffel an und nach dreieinhalb Wochen, am 18. April, waren die Schanzen erstürmt. Dann räumten die Dänen freiwillig Fridericia. Nun wurde Waffenstillstand geschlossen und da derselbe nicht zum Frieden führte, vier Tage nach dem Wieder-

*) Dieser Satz bedarf doch der Einschränkung. Vgl. unten den Aufsatz „Moltke".

beginn der Feindseligkeiten unter Überschreitung eines Meeresarms die Insel Alsen erobert (29. Juni). Eine ähnliche Unternehmung gegen Fünen wurde nur dadurch verhindert, daß die Dänen sich jetzt schleunigst zum Frieden bequemten — ist in aller Welt mehr zu verlangen in einem Feldzug, in welchem wir freilich über eine bedeutende Übermacht verfügten, der Feind aber nicht bloß durch seine Waffen, sondern vor allem durch den gewaltigen Bundesgenossen, das Meer, verteidigt wurde?

So spricht die natürliche Empfindung, so wird auch die spätere Geschichtsdarstellung sprechen. Das Generalstabswerk aber in seiner unerbittlichen Strenge stellt neben diese Wirklichkeit nicht etwa ein Idealbild von nachträglich konstruierten Möglichkeiten, sondern bloß die Pläne, mit denen die Feldherren sich wirklich getragen haben, die aber nicht zur Ausführung haben gelangen können oder in der Ausführung mißglückt sind und da giebt es denn keine Rettung — jenes Gefühl Müfflings, daß der Begriff der Vollkommenheit auf das Menschliche zurückgeführt wird, muß auch uns überkommen.

Diejenige strategische Idee, welche die ganze Düppelepisode des Feldzuges mehr als die Erstürmung der Schanzen selbst beherrscht hat, war der Übergang nach Alsen. Nicht um diese Insel einzunehmen, auch nicht um sich den förmlichen Angriff auf die Düppeler Schanzen zu ersparen, sondern um vor allem der in der Position Alsen-Düppel versammelten dänischen Armee eine vernichtende Niederlage zu bereiten, wollte man die Düppeler Schanzen umgehend direkt nach Alsen übersetzen.

Wäre diese Idee realisiert worden, so wäre damit materiell derselbe Erfolg erreicht worden, wie durch den ersten Plan des Generals von Moltke, die Gefangennahme der dänischen Armee in den Dannewerken: moralisch aber wäre der Erfolg des Alsener Unternehmens mit dem Meer-Übergang noch ein sehr viel größerer gewesen. Es hätte unter die großen Kriegsthaten der Weltgeschichte aufgenommen werden müssen. Der Autor des Gedankens war der Chef des Generalstabes des Prinzen Friedrich Karl, der Oberst von Blumenthal. Etwa zwei Meilen weit, der südlichste Punkt Düppel gegenüber, erstreckt sich die Küste der Insel Alsen am Festlande entlang; diese Linie ist jedoch durch einen tief einspringenden Meerbusen, die Augustenburger Föhrde, unterbrochen, ein Umstand, der dem Angreifer zu statten kommt, da er den Verteidiger verhindert, seine Truppen schnell an einem beliebigen Punkt des Strandes zu konzentrieren. Entweder die nördlich oder südlich der Föhrde an der

Küste stehenden Truppen müssen immer erst in weitem Bogen um die Bucht herum marschieren, ehe sie an den angegriffenen Punkt gelangen können. Trotzdem erschien das Unternehmen äußerst gewagt. Wollte man nördlich der Augustenburger Föhrde bei Ballegaard übergehen, so hatte man es zwar voraussichtlich im Anfang nur mit einer geringen Strandbesatzung zu thun, aber der zu überschreitende Meeresarm war nicht weniger als eine Viertelmeile breit. Die Übergangsmittel, die man zusammengebracht hatte — mit der größten Vorsicht, um nicht die Aufmerksamkeit der Dänen zu erregen, — konnten nicht mehr als 1600 Mann gleichzeitig transportieren. Immer zwei Stunden mußten vergehen, ehe eine weitere Staffel den Vorderleuten Unterstützung bringen konnte. Wollte man aber südlich der Föhrde bei Satrup nur $^2/_3$ Meilen von den Düppeler Schanzen entfernt übergehen, so hatte man allerdings nur einen Meeresarm von 500—1100 Meter Breite zu überschreiten, war dafür aber sofort im Bereich der dänischen Hauptmacht. Man gedachte sich das Unternehmen durch Heranziehen der kleinen preußischen Ostseeflotte zu erleichtern. Diese sollte sich in Stralsund sammeln und unter Führung des Admirals Prinzen Adalbert sich unvermutet kühn über die von den dänischen Kriegsschiffen beherrschte See wagen und plötzlich eines Morgens in der Alsener Föhrde erscheinen. Der General von Moltke, dem das Projekt vorgelegt wurde, erklärte sich einverstanden, hielt aber die Mitwirkung der Flotte für unumgänglich, und auf diese sei nicht mit Sicherheit zu rechnen. „Sie ist nicht in der Lage," schrieb er, „der dänischen auf offener See zu begegnen, und da dies gerade in der Richtung auf Alsen wahrscheinlich der Fall sein würde, so kann ich die Realisierung des sonst sehr ansprechenden Gedankens dieser Landung kaum für ausführbar halten."

Dennoch wurde der Beschluß gefaßt und alle Kraft nicht dem Angriff auf die Schanzen, sondern den Vorbereitungen zum Übergange gewidmet.

Das schwere Geschütz, welches im Laufe des März im Sundewitt ankam, wurde nicht in die Frontstellung gegenüber Düppel, sondern an den Strand der Alsener Föhrde bei Ballegaard geschafft, um das Übersetzen gegen die dänischen Kriegsschiffe zu schützen. Die preußische Flotte versammelte sich in Stralsund. Am Morgen des 2. April sollte sie bei Alsen erscheinen. Schon auf der Fahrt von Swinemünde nach Stralsund aber waren drei Kanonenboote unbrauchbar geworden und am 30. März

war so starker Westwind, daß die übrigen sich nicht in die hohe See hinauswagen durften. Ein Telegramm benachrichtigte den Prinzen Friedrich Karl, daß er auf die Flotte nicht mehr zu rechnen habe und stellte ihm anheim, ob er ohne diese Unterstützung den Zug wagen wollte. Der Prinz und sein Chef des Generalstabes waren entschlossen, dazu. In der Nacht vom 1. zum 2. April bewegten sich die langen Wagenkolonnen mit Booten von allen Seiten nach Ballegaard, neben ihnen her die Truppen: am Strande arbeiteten die Artilleristen am Batteriebau, alles in einem furchtbaren Schneesturm: als der Morgen kam, ging die See so hoch, daß alle anwesenden Seeleute, namentlich der Korvettenkapitän Henk, die Einschiffung für eine Unmöglichkeit erklärten. Wenn die Pontons nicht sofort voll Wasser schlügen, so würde es doch unmöglich sein, sie zu regieren. Alles wurde wieder hinter die deckende Düne und den Wald zurückgezogen, um nicht die Aufmerksamkeit der Dänen zu erregen und am nächsten Morgen den Versuch zu erneuern. Als aber auch dieser Tag kein besseres Wetter brachte, da beschloß Prinz Friedrich Karl definitiv von dem Unternehmen abzustehen. Denn die unerläßliche Vorbedingung für das Gelingen war die Überraschung und das Geheimnis. Wenn die Dänen nur wenige Stunden vor dem Beginn des Überganges den Plan und die Stelle erfuhren und die gewöhnlichen Strandwachen mit einem einzigen Regiment an diesem Punkte verstärkten, so war der kühne Wurf nicht nur mißlungen, sondern hätte, besonders wenn einzelne Abteilungen hinübergelangten und drüben abgeschnitten und aufgerieben wurden, den Charakter einer schweren und verlustvollen Niederlage gehabt. War anzunehmen, daß die Dänen, die doch soviel Verbindungen mit dem schleswigschen Festlande hatten, auch am dritten Tage noch nicht wissen würden, was im Angesicht ihrer Insel sich vorbereitete?

Der frühere militärische Bearbeiter dieses Feldzugs, Graf Waldersee, hat die Frage aufgeworfen, ob man nicht das Gelingen des Übergangs präsumieren dürfe, da er doch später am 29. Juni gelungen sei. Graf Waldersee verneint seine Frage und weist hin „auf die sehr verschiedenen Stärkeverhältnisse, welche zu beiden Zeitepochen zur Verteidigung der Insel aufgestellt waren und die Anfangs April auf 31—33 Bataillone (etwa 23000 Mann nach dem Gen. St. W.) berechnet werden können, während sie Ende Juni nur 12 Bataillone (etwa 10000 Mann, Gen. St. W.) zählten, mithin im April ein Mehr von 19—21 Bataillonen.

Ferner ist die von einander sehr verschiedene Kriegslage hier anzuführen. Im April befanden sich Düppel und Fridericia noch nicht in unseren Händen und dem Feinde war die Herrschaft über Jütland noch nicht entzogen, somit wurde die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der verbündeten Armee nach verschiedenen Richtungen hin in Anspruch genommen, während nach Ablauf des Waffenstillstandes das einzige Objekt des Krieges die Eroberung einer der großen Inseln blieb, welche noch in Feindes Hand waren. Hierauf konnten sich zu dieser Zeit alle Bestrebungen und alle Kräfte allein richten und das Überschreiten der Meerenge war in der Waffenruhe in ganz anderer Weise und mit anderem Nachdruck vorzubereiten, als dies im April geschehen konnte, wo alle Verhältnisse zu einer beschleunigten Ausführung drängten."

Dieses Räsonnement ist offenbar nicht zutreffend. Der Unterschied der Besatzung ist allerdings groß, aber doch nicht so wesentlich, wenn man in Betracht zieht, daß im April die Dänen doch auch noch die Düppeler Schanzen zu besetzen hatten und hierfür mehrere Tausend Mann abgehen. Die übrigen Verhältnisse aber fallen geradezu in die entgegengesetzte Wagschale. Die Möglichkeit, viele Objekte zugleich zu bedrohen, begünstigt den Angreifer und nicht den Verteidiger. Wozu brauchten denn die Verbündeten ihre Aufmerksamkeit und Thätigkeit nach so verschiedenen Richtungen hin zu zersplittern, statt allenthalben bloß Demonstrationen zu machen, die Dänen dadurch zur Teilung ihrer Streitkräfte zu zwingen und selbst die ganze Macht auf einen Punkt zu werfen?

Die natürliche Frage ist, haben denn nun die Dänen wirklich das Vorhaben der Preußen bemerkt? Heute, da auch ausführliche dänische Werke über den Krieg vorliegen, muß sich das ja leicht konstatieren lassen. Das Generalstabswerk spricht sich darüber nicht deutlich aus. Soviel ich sehe, wird in dem bezüglichen dänischen Werk von Sörensen wohl behauptet, daß das dänische Oberkommando am 3. April, morgens von allem unterrichtet gewesen sei, aber nicht erzählt, daß irgend welche Maßregeln deshalb getroffen seien. Die Dänen hielten das Unternehmen für ein unrealisierbares Abenteuer. Aber wie dem auch sei, für die Beurteilung des Entschlusses des Prinzen Friedrich Karl kommt es nicht darauf an, wie die Situation beim Feinde in jenem Augenblick in Wirklichkeit war, sondern wie er sie sich vorstellte und verständigerweise vorstellen mußte. Es war dies eine hohe Wahrschein

lichkeit, daß die Dänen informiert seien und bereit ständen. Ob unter solchen Umständen das Unternehmen auf ruhiger See zu wagen war, dafür giebt es keinen objektiven Maßstab und keine objektive Kritik mehr. Hier entscheidet die Subjektivität des Feldherrn, welche der Historiker nur noch konstatiert, nicht mehr lobt oder tadelt. Die Friedrich, Napoleon, Blücher, Gneisenau in ihrer genialen Verwogenheit hätten vermutlich alles daran gesetzt und das Spiel gewagt. Prinz Friedrich Karl wagte es nicht. In einem früheren Aufsatz*) habe ich geglaubt, auch ihm einen Zug von jener Verwogenheit zusprechen zu dürfen, benutzte jedoch diese Gelegenheit, in diesem Punkt meine damalige Charakteristik zu reformieren.

Jene herausfordernde Kühnheit, welche Friedrich nach Leuthen führte, aber auch nach Kunersdorf, Napoleon nach Austerlitz, aber auch nach Moskau, Gneisenau über die Mulde, aber auch nach Montmirail-Vauchamps, war nicht in ihm. Nachdem Wind und Wetter dem Unternehmen die besten Chancen geraubt hatten, verzichtete Friedrich Karl und wandte sich der kleineren aber sicheren Aufgabe eines förmlichen Angriffs auf die Düppeler Schanzen zu.

General von Moltke schrieb darüber an den Obersten von Blumenthal: „Lassen Sie sich durch die augenblickliche Vereitelung ihres kühnen Planes nicht niederbeugen. Es konnte besser, aber auch schlimmer kommen. Wie Philipp II. seine Armada, konnten Sie ihre Pontons nicht gegen die Elemente, sondern nur gegen den Feind aussenden.“

Da man nun bis dahin Kraft und Mittel ganz vorwiegend der Vorbereitung des Unternehmens bei Ballegaard zugewendet hatte, so war für die Belagerung der Düppeler Schanzen bis zum 4. April nicht nur direkt wenig geschehen, sondern auch eine hierfür geradezu schädliche Maßregel ergriffen worden. Man hatte zuerst den Übergang machen wollen, ohne eine Parallele gegen die Schanzen zu eröffnen. Auf speziellen Wunsch des Kriegsministeriums, das merkwürdig oft in die Operationen eingriff, entschloß man sich noch nachträglich dazu und gab am 28. März zwei Regimentern den Auftrag, das Terrain, auf dem die erste Parallele rationellerweise angelegt werden mußte, in Besitz zu nehmen. Dies Unternehmen mißlang. Das dänische Panzerschiff, der „Rolf Krake“, faßte die Preußen in die Flanke,

*) Historische und politische Aufsätze (1887), S. 306.

die fechtenden Truppen waren nicht mit den genügenden Werkzeugen und Arbeitskräften versehen worden, um schnelle Deckungen herstellen zu können, die Dänen machten einen entschlossenen Vorstoß aus den Schanzen und nahmen das schon verlorene Terrain wieder ein. Das Generalstabswerk sagt: „Der Zweck des Gefechts war preußischerseits nicht erreicht worden. Es hatte sich bei dessen Durchführung unverkennbar ein gewisser Mangel an Vorsicht geltend gemacht, dessen Ursachen teils in fehlender größerer Kriegserfahrung, teils in den bisherigen Erfolgen gesucht werden müssen. Sonst wäre eine so schwierige Aufgabe wohl schwerlich zwei einzelnen Regimentern im Angesicht eines wachsamen Gegners überlassen worden, welcher sich rasch an einem bestimmten Punkte eine bedeutende Überlegenheit zu sichern vermochte. Keine einzige preußische Feldbatterie trat bei anbrechendem Morgen zur Unterstützung in Thätigkeit, und die Reserven, welche teilweise zur Unzeit wieder zurückgezogen wurden, kamen ebenfalls nicht zur Verwendung."

Hätte man ernstlich die Belagerung ins Auge gefaßt, so würde man den so am 28. verunglückten Versuch unzweifelhaft am andern Tage mit verstärkten Kräften wiederholt und das begehrte Terrain in Besitz genommen haben. Da man ja aber im Grunde vor Düppel bloß demonstrierte, so wurde beschlossen, die Sache auf sich beruhen zu lassen und die Parallele in einer Entfernung von 900 Meter, also fast 1/8 Meile, vor den Schanzen anzulegen. Nun wurde nach dem Mißlingen des Alsener Unternehmens aus der Belagerung Ernst. Man hatte sich also mit einer Halb-Parallele jetzt erst auf den ursprünglich für die erste Parallele bestimmten Platz, 200 bis 250 Meter weiter vorzuschieben (Nacht vom 7. bis zum 8. April). Drei Tage darauf wurde die zweite Parallele angelegt, immer noch 450 bis 550 Meter von den Schanzen entfernt.

Mittlerweile war die strategisch-politische Situation höchst unbehaglich geworden. England betrieb aufs rührigste die europäische Konferenz zur Errettung seines Schützlings: welch einen Eindruck hätte es gemacht, wenn Preußen und Österreich hier erscheinen mußten, ohne in den neun Wochen, die seit der Räumung des Dannewerks verstrichen waren, das Geringste gegen den Zwergstaat Dänemark ausgerichtet zu haben? Prinz Friedrich Karl berief einen Kriegsrat, ob der Sturm aus der zweiten Parallele zu wagen sei (11. April). Die beiden

hervorragendsten Soldaten unter den Berufenen, der Artillerie-General Hindersin, der seit kurzem die technische Leitung der Belagerung übernommen hatte, und der Oberst von Blumenthal sprachen sich dagegen aus. Der Prinz entschied sich aus Rücksicht auf die politische Lage dafür. Nach dreitägiger Beschießung sollte er am 14. stattfinden. Dennoch wurde er noch einmal verschoben. Der diplomatischen Geschicklichkeit des Herrn von Bismarck und der natürlichen Langsamkeit des deutschen Bundes, der ebenfalls zur Konferenz geladen war, war es gelungen, die Eröffnung derselben noch zu verschieben. Ein Flügel-Adjutant langte im Hauptquartier an, der mit diesen Nachrichten ein Schreiben des Königs brachte, welches die Anlage einer dritten Parallele empfahl. Außerdem schrieb der König dem Prinzen, daß ihm der Herzog von Wellington als die Erfahrung aus seinen spanischen, an Festungs-Erstürmungen reichen Feldzügen mitgeteilt habe, daß die Sturm-Kolonnen gleich von vornherein möglichst stark gemacht, — also nicht aus der Reserve successive herangebracht — werden müßten.

In dieser Form fand vier Tage später, nach Anlegung der dritten Parallele, am 18. April, der Sturm statt: mit vollständigem Erfolg, aber in jeder Beziehung im letzten Moment. Zum 20. April hatte Lord Russel die Londoner Konferenz berufen und das dänische Oberkommando hatte bereits an die Regierung den Antrag gestellt, die Düppel-Stellung räumen zu dürfen. Nur ein Regiment sollte sie noch zum Schein besetzen und beim Nahen der Sturm-Kolonnen sich zu retten versuchen. So waren die Dänen nahe daran, wie im Dannewerk, durch rechtzeitiges Ausweichen die eigentliche Niederlage zu vermeiden.

Es ist hiernach wohl verständlich, daß die Dänen auf der Londoner Konferenz noch trotzig und selbstbewußt genug auftraten. Sie hatten zwar durch den Düppel-Sturm eine empfindliche Niederlage erlitten, aber die verlorene Stellung selber hatten ja auch die preußischen Autoritäten nie für besonders wertvoll gehalten. Sie hatte ihre Dienste gethan, indem sie die Heere der beiden verbündeten Großmächte zehn Wochen lang beschäftigte. Immer hatten die Dänen noch mit der Insel Alsen ein Stück schleswigschen Bodens, die Verbündeten aber erst einen ganz kleinen Teil von Jütland in Besitz.

Im preußischen Lager war man sich trotz allen Triumphrufes über den Düppeler Sieg dieser Situation wohl bewußt und wünschte

dringend vor Abschluß des Waffenstillstands, über den nun in London hin und her verhandelt wurde, den Dänen noch einen tüchtigen Schlag beizubringen. Zunächst war der Übergang nach Alsen in unmittelbarem Anschluß an die Erstürmung der Düppeler Schanzen in Frage gekommen. Das Generalstabswerk berichtet, eine derartige Ausnutzung des Sieges habe in der Absicht des Prinzen Friedrich Karl gelegen. „Noch am Nachmittag des 18. fand hierüber eine Besprechung desselben mit dem Kronprinzen statt, welcher ebenfalls diese Unternehmung wünschte. Man stand endlich davon ab, da, nachdem die Dänen einmal allarmiert waren, ein Gelingen keineswegs wahrscheinlich und ein mißglückter Versuch den Eindruck des bisherigen Erfolges zu sehr abgeschwächt haben würde.“ Dann faßte man sofort Größeres ins Auge, nämlich die Eroberung von Fünen und Jütland zugleich. Der Oberst Blumenthal hatte bereits im März an den General von Moltke geschrieben, er halte den Übergang nach Fünen „nicht einmal für ein Wagnis“. „Würde mir der Auftrag nur mit einer Brigade gegeben, so wollte ich für den Erfolg stehen.“

Es waren wieder die beiden uns schon aus dem ersten Teile des Feldzuges bekannten retardierenden Elemente der deutschen Kriegführung, welche die Ausführung verhinderten, die Ängstlichkeit des Oberkommandos und das Koalitionsverhältnis. Das Oberkommando glaubte aller disponiblen Kräfte zu bedürfen, um Jütland zu besetzen und wollte erst nach Vollendung dieses Werks zum Angriff auf Fünen schreiten. Der General von Moltke führte dagegen aus, daß Jütland nur von 3—4000 Mann verteidigt werde, gegen die 9000 Preußen vorgeschickt seien; daß Fridericia von 6000 Mann verteidigt, von 20000 eingeschlossen sei; daß auf Alsen 11—18000 Dänen ständen, die durch 22000 in Schach gehalten würden; daß also schließlich die dann noch immer verfügbaren 15000 Preußen sehr wohl zu einer Landung auf Fünen verwendet werden könnten. Wie die endliche Entscheidung des Königs ausgefallen ist, darüber drückt sich das Generalstabswerk widersprechend aus. Im Text (S. 603) ist gesagt, es sei die Genehmigung zu dem Übergang nach Fünen erteilt worden, „sofern die Besetzung Jütlands daneben durchgeführt werden könne“. Danach wäre also dem Feldmarschall Wrangel selber die Entscheidung überlassen worden. In einem besonderen Anhang über die Geschichte des Planes dieser Landung ist jedoch gesagt (S. 189*), es sei die

Ermächtigung erteilt und die baldige Ausführung als wünschenswert empfohlen, da die Unterstützung der Jütland operierenden Truppen nicht notwendig sei.

Ehe man so auf preußischer Seite zu einem Entschluß gekommen war, veränderte sich die Situation, indem die Dänen freiwillig die Festung Fridericia räumten (was, wie bei den Dannewerken, wieder erst sehr spät von den Österreichern bemerkt wurde) und dadurch mehr Truppen für die Verteidigung Fünens disponibel machten. Ebenso wurde aber auch das österreichische Korps unter Gablenz, das Fridericia so lange eingeschlossen hatte, disponibel. Man konnte also allen Anforderungen zugleich genügen und that es unter einer gleichzeitigen sehr bemerkenswerten Personalveränderung. Die Truppen, denen bisher das Unternehmen gegen Fünen zugedacht war, wurden mit den in Jütland befindlichen zu einem neuen Korps vereinigt und an die Spitze desselben der bisherige Chef des Generalstabes des Feldmarschalls Wrangel, der General Vogel von Falckenstein, gestellt. An die Stelle Falckensteins aber als Chef des Generalstabs trat der General von Moltke und dieser machte sofort nach seinem Eintreffen in Berlin dem österreichischen General von Gablenz den Vorschlag, mit Unterstützung zweier preußischer Brigaden nach Fünen hinüberzugehen.

Der General von Gablenz erhob erst militärische, dann politische Einwendungen: er erklärte sich nicht für befugt, ohne ausdrückliche Genehmigung seiner Regierung das Unternehmen auszuführen. Er erbat sich Verhaltungsbefehle aus Wien. Darüber wurde der Waffenstillstand abgeschlossen.

In den drei Wochen, die seit der Erstürmung der Düppeler Schanzen und dem Beginn der Londoner Konferenzen verflossen waren, hatten die Verbündeten noch nicht einmal ganz Jütland okkupiert: Falckenstein hatte aus Besorgnis vor einer Landung der Dänen in seinem Rücken am Limfjord Halt gemacht. Es war ein Glück, daß der große moralische Eindruck, den die freiwillige Räumung von Fridericia auf die öffentliche Meinung machte, den völligen Mangel an selbsterrungenen kriegerischen Erfolgen vor der Welt verdeckte.

Die dänische Regierung aber fühlte sich noch keineswegs endgültig besiegt. Sie war ja jetzt erst auf ihr Hauptbollwerk, das Wasser, zurückgeworfen. Hatte der Alsener Sund, der Belt und der Limfjord

sie bisher geschützt und den Verbündeten unüberwindliche Hindernisse entgegengesetzt, warum sollten sie es nicht auch weiter thun? Wenn auch nicht für immer, doch so lange bis endlich die Neutralen sich entschlossen, dem Kleinen gegen die Großen beizuspringen?

England gab sich alle Mühe, eine solche Aktion in die Wege zu leiten. Die Karte, die Herr von Bismarck dagegen ausspielte, war die Forderung von ganz Schleswig-Holstein für den Herzog von Augustenburg. Das war diejenige politische Veränderung, welche die Großmächte am wenigsten irritierte — denn was machte es zuletzt aus, ob ein oder zwei Zwergstaaten auf der cimbrischen Halbinsel lagen? — und zugleich ganz Deutschland mit Österreich und Preußen zu einem Programm vereinigte. Wer hätte sich getraut, diese 70 Millionen-Vereinigung anzugreifen?

Zum Verzicht auf ganz Schleswig aber ließ sich Dänemark noch nicht herbei: über eine Teilungslinie konnte man sich naturgemäß nicht verständigen. So mußte man noch einmal schlagen.

Der große Schlag gegen Fünen konnte aber auch jetzt noch nicht geführt werden. Zwar war das Oberkommando jetzt in andere Hände gelegt: der Feldmarschall Wrangel war abberufen und an seine Stelle Prinz Friedrich Karl getreten mit dem General von Moltke als Chef des Generalstabes. Aber Österreich erklärte sich jetzt definitiv, „um den Krieg möglichst zu lokalisieren", gegen einen Angriff auf Fünen. In einer Konferenz der beiden Monarchen mit ihren Ministern in Karlsbad wurde daher als zunächst ins Auge zu fassendes Ziel die Eroberung von Alsen und Nordjütland bestimmt. Vier Tage nach dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten war die Insel Alsen in den Händen der Preußen. Den Oberbefehl bei der Unternehmung führte der General Herwarth von Bittenfeld; sein Chef des Generalstabs war der Oberst von Blumenthal, der also jetzt seinen ursprünglichen Gedanken doch noch zur Ausführung gelangen sah, merkwürdigerweise aber in der Darstellung des Generalstabswerks gar nicht mehr genannt wird. Die That, die doch wohl in der Hauptsache als die seine angesehen werden muß, ist die auch nach den Kriegen von 1866 und 1870 noch bedeutend dastehende Waffenthat des Krieges von 1864. Zwar verloren die Dänen bei dem Düppelsturm etwa 4800, bei der Eroberung von Alsen nur 3200 Mann, auch war das Innehaben einer Stellung auf dem Festlande an sich für die Dänen wichtiger als

der Besitz der doch verhältnismäßig kleinen Insel Alsen — aber wie man von einem abscheidenden Staatsmann zuweilen gesagt hat, „die Lücke, die er gelassen, sei größer als der Raum, den er eingenommen" — so könnte man von der Insel Alsen sagen, es sei mehr ihr Verlust für die Dänen empfindlich gewesen, als ihr Besitz vorteilhaft. Das Entscheidende ist das Überschreiten eines Meeresarms angesichts eines starken, die See beherrschenden Feindes. Düppel war der Verlust von Düppel und weiter nichts. Die Erstürmung einer verschanzten Stellung, die von der feindlichen Artillerie völlig zermürbt ist, ist etwas, was man ja selber gar nicht anders erwartet hat. Der große Verlust an Mannschaften war ja sehr schmerzlich, aber zuletzt doch in diesem Fall nur ein zufälliges Mißgeschick, da man ja schon im Begriff gewesen war, die Stellung freiwillig zu räumen. Den Übergang nach Alsen aber hatte man sich vorgenommen mit aller Kraft und Kunst abzuwehren und gehofft damit obzusiegen. Jetzt erst, da das mißlungen war, fühlte man sich völlig geschlagen. Ein Feind, dem das gelungen war, dem konnte auch ein ähnliches Unternehmen gegen Fünen, vielleicht gegen Seeland und Kopenhagen selbst gelingen. Der Wille des Widerstandes war gebrochen: Dänemark erklärte sich bereit zu definitiven Friedensverhandlungen, umsomehr, da unmittelbar darauf eine eingehende Debatte im englischen Parlament keinen Zweifel darüber ließ, daß weder England noch sonst ein europäischer Staat sich für Dänemark in die Schanzen schlagen werde.

Während die Friedensverhandlungen in Gang gebracht wurden, nahmen die Verbündeten unter Vogel von Falckenstein auch noch die Nordspitze von Jütland ein. In einer wichtigen Beziehung verfehlte die Operation jedoch ihren Zweck. Wie beim Dannewerk, bei Düppel, bei Alsen hatte man auch hier nicht bloß die Okkupation der Stellung und des Landes, sondern auch die möglichste Schädigung der sie besetzenden dänischen Truppen beabsichtigt. Bei Düppel und Alsen war das in hohem Maße gelungen: ein militärischer Kritiker hat die Ansicht aufgestellt, daß es auch in Jütland in noch größerem Umfange hätte gelingen müssen, wenn man noch kühner und rücksichtsloser den ersten Erfolg ausgebeutet hätte.

Denen, die Gott liebt, müssen alle Dinge zum Besten dienen: sollten etwa die, mit Ausnahme des Übergangs nach Alsen, durchweg nicht bedeutenden Leistungen der preußischen Strategie im Jahre 1864

den Österreichern Mut gemacht haben, zwei Jahre später den ihnen hingeworfenen Handschuh aufzunehmen?

Woher denn nun aber der unermeßliche Unterschied in den Leistungen von 1864 und 1866? Wieweit etwa die Probe des dänischen Krieges dazu gedient hat, eine Klärung innerhalb des Kreises der führenden Persönlichkeiten zu bewirken, dazu ist unsere Kenntnis noch nicht intim genug. Die Beseitigung des Feldmarschalls Wrangel, das Emporwachsen der Generale von Moltke und Blumenthal, springt ja in die Augen. Über die militärische Bedeutung Falckensteins und Herwarths ist die Diskussion noch nicht geschlossen, vielmehr kaum eröffnet. Steinmetz und Manteuffel werden in dem Feldzuge von 1864 nicht genannt.

Aber neben den Persönlichkeiten kommt auf jeden Fall noch ein Moment in Betracht, welches in der Kriegsgeschichte immer wieder erscheint und doch immer noch viel zu wenig beachtet wird. Es ist nämlich eine stehende Erfahrung, daß große Kriege gegen gefährliche oder gar überlegene Feinde besser geführt werden als kleine. Das bedeutendste Beispiel bietet der Vergleich des Feldzuges von 1813 mit demjenigen von 1814. Im Herbst 1813 hatten die Verbündeten nur eine ganz geringe Überlegenheit über Napoleon. 1814 hatten sie anfänglich geradezu die zehnfache und in jedem einzelnen Moment die zwei- bis dreifache Überlegenheit. Nichtsdestoweniger ist der Feldzug von 1813 glänzend, der von 1814 nur mit Mühe und Not gewonnen und wäre ohne Gneisenaus unerschütterliche Festigkeit sogar verloren worden.

Die Gründe liegen zwar zum Teil, aber keineswegs allein auf politischem, sondern, wie Bernhardi mit Recht immer wieder betont hat,*) ganz wesentlich auch auf dem militärischen Gebiet. Man wollte nichts mehr wagen. Krieg aber ist das Gebiet des Wagens; die größte Überlegenheit kann nur wenig und dies Wenige nur sehr langsam ausrichten, wenn sie nichts wagen will. Die Not zwang 1813

*) Gerade der Unterschied von 1813 und 1814 tritt bei Bernhardi (Leben Tolls) allerdings nicht genügend hervor. Der Fehler liegt in der Darstellung des Jahres 1813, wo namentlich die Thätigkeit Schwarzenbergs viel zu ungünstig geschildert und selbst Bernadotte bezüglich der Schlachten von Groß-Beeren und Dennewitz Unrecht gethan wird. Der Hauptschade, den Bernadotte angerichtet hat, ist in der Schlacht bei Leipzig.

selbst einen Schwarzenberg zum Wagen; ganz ebenso lähmte ihn 1814 die Besorgnis, das Gewonnene wieder zu verlieren. Selbst auf den echten Kriegsgenius ist dies Verhältnis nicht ohne Wirkung. 1813 ist unzweifelhaft der schwächste Feldzug Napoleons, 1814 und 1815, wo er gegen eine gewaltige Überlegenheit zu kämpfen hatte, sind etwa neben dem von 1805 die größten. Etwas Ähnliches spielt mit, wenn wir dieselben Preußen, die sich 1864 gegen die winzigen Dänen nur mit ängstlichem Umblicken nach allen Seiten zu bewegen trauten, 1866 auf beiden Kriegsschauplätzen mit grandioser Kühnheit operieren sehen.

Es ist nicht ohne einen praktischen Zweck, daß ich diese allgemeine Betrachtung hier zum Schlusse anfüge. Wenn man bei uns die Chancen des zukünftigen russischen Krieges erwägt, so pflegt man die zuversichtliche Stimmung, mit der man ihm entgegensieht, auf die Erfahrungen des letzten russisch-türkischen Krieges zu gründen. Da es den Russen so schwer geworden ist, das brüchige Heer der Osmanli niederzuwerfen, was können sie gegen uns ausrichten? Das Studium des deutsch-dänischen Krieges mag lehren, daß dieser Schluß ein trügerischer ist. Die Russen haben einzelne ganz bestimmte strategische Fehler gemacht, Fehler so schwerer Natur, daß sie erst ganz allmählich und mit großem Aufwand wieder auszugleichen waren. Hieraus einen allgemeinen Schluß auf die Leistungsfähigkeit einer Armee zu ziehen, ist eine Illusion, die es gefährlich wäre, sich festsetzen zu lassen.

Persönliche Erinnerungen an den Kaiser Friedrich und sein Haus.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 62, August-Heft 1888.)

Fünf Jahre lang, von 1874—1879, habe ich am Hofe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des nie genug zu betrauernden Kaiser Friedrich gelebt. Auch in diesen letzten jammervollen Wochen habe ich ihn noch einigemal gesehen und gesprochen. Da drängte es mich, obgleich ich früher, mit Ausnahme einiger Erzählungen aus dem Kriege, nichts aufgezeichnet habe, um dem bekümmerten Gemüte Erleichterung zu schaffen, das Wichtige oder Unwichtige, was meine persönliche Erinnerung aufbewahrt an den edelsten der Männer, an seine Familie und seine Umgebung, die heiteren und trüben Stunden, die ich selbst in seiner Nähe zubringen durfte, niederzuschreiben und soweit es möglich ist, schon jetzt der Öffentlichkeit zu übergeben, um soviel an mir liegt, sein Andenken zu pflegen, das Andenken an den Mann, der in so wunderbarer Weise reine Menschlichkeit und königliche Hoheit, das Streben nach tiefster Bildung und die Ausübung der Macht, ein religiöses Gemüt und weltfreudigen Sinn, die Milde des Herzens und kriegerische Entschlossenheit in sich vereinigte.

Ich kam, selbst 25 Jahre alt, in das kronprinzliche Haus als der Erzieher des jüngsten Sohnes, des damals 6jährigen Prinzen Waldemar. Die längste Zeit des Jahres brachte die kronprinzliche Familie im Neuen Palais zu, im Herbst meist bis zum 22. November, einen Tag nach dem Geburtstag der Kronprinzessin, um die offizielle Feier, die in der Hauptstadt nötig gewesen wäre, zu vermeiden. In den ersten Jahren war hier die Tagesordnung, daß die Eltern die Mittagsmahlzeit allein mit den Kindern einnahmen, die sämtlichen Umgebungen zusammen an einer Marschallstafel speisten. Abends,

wenn die Kinder zu Bette gegangen waren, nahmen die Herrschaften den Thee mit der Umgebung und daran schloß sich ein gemeinschaftlicher Spaziergang oder Spazierfahrt in mehreren Wagen durch den abendlichen Park. Oft wurde auch der Thee im Freien genommen, im Rosengarten der Kronprinzessin oder etwa vor dem Schloß von Sanssouci, wo der Genius des großen Königs dem heutigen Geschlecht am lebendigsten entgegentritt, auf der breiten Terrasse mit dem herrlichen Blick über die Bäume des Parks auf die dunkel glänzende Havel. Wenn keine Gäste teilnahmen, waren es nur 8—12 Personen, die sich um diesen Theetisch versammelten, sodaß eine allgemeine Unterhaltung möglich war. Hier sah ich also den Kronprinzen täglich, und das Gespräch bewegte sich über alles, was der Tag und die Gelegenheit aufbrachte, zuweilen auch über das Feld der theoretischen oder auch aktiven Politik. Selbst bis in die Sphäre der ethischen Kasuistik verstieg sich wohl manchmal die Unterhaltung. Einmal, als die Vorzüge der republikanischen und monarchischen Staatsform erörtert wurden, verlief sie sich glücklich bis zu der Frage, ob es ein noch höherer Grad der Tugend sei, einem bösen als einem guten Fürsten treu zu dienen. Der Kronprinz liebte solche brodlose Luftspinnerei allerdings nicht und sagte, als seine Gemahlin sich lebhaft an dem dialektischen Kreuzfeuer betheiligte, mit trockenem Mißmut: „Was wollt ihr denn aber eigentlich, **da kommt ja doch nichts dabei heraus.**"

War das Wetter nicht geeignet zum Aufenthalt im Freien, so blieb man nach dem Thee noch ein Stündchen im „Apollosaal" zusammen. Wenn der Stoff der Unterhaltung ausging, so wurden die Abendzeitungen gebracht und jeder nahm nach Belieben eine Zeitung in die Hand oder es wurde daraus vorgelesen. Der Kronprinz hielt und las sehr viel Zeitungen aller Richtungen, von der „Germania" bis zur „Volkszeitung".

Unter den Dienern des Hauses war der älteste der Kellermeister, der, wie der General M., der Duzfreund des Kronprinzen, erzählte, ihm schon die Milch eingeschenkt habe, wenn er als Kadett zu dem Prinzen eingeladen wurde. Er galt für ebenso zuverlässig wie geizig und es gingen mancherlei Anekdoten in letzterer Beziehung über ihn um. Mit eigenen Augen und Ohren habe ich an der Tafel folgende Scene erlebt. Die Frau Kronprinzessin wendet sich an den Kellermeister mit den Worten: „Ich habe doch schon vor einigen Wochen von dem

Apollinaris-Wasser bestellt; das will ich probieren, ist es denn noch nicht eingetroffen?" Die Antwort darauf lautete im würdigsten Ton: „Kaiserliche Hoheit, es ist noch soviel Selter- und Sodawasser im Keller, das muß erst ausgetrunken werden." In die Heiterkeit, die darauf entstand, stimmte der Kronprinz zwar auch einigermaßen mit ein, sagte aber endlich doch: „Wenn die Kronprinzessin dir etwas befiehlt, so bitte ich mir aus, daß es geschieht."

In späteren Jahren nahmen die Herrschaften außer dem Thee auch die Mittagsmahlzeit mit der Umgebung ein, und am engsten war naturgemäß das Zusammenleben in den Bädern. Nach Sandown auf der Insel Wight, nach Scheveningen, Ostende, Wiesbaden und Homburg habe ich die Herrschaften begleitet.

Im Jahre 1872 hatte der Kronprinz eine schwere Blinddarm-Entzündung durchgemacht und das „Volk" hatte natürlich eine Vergiftung, und zwar durch die Jesuiten, daraus gemacht. In Sandown passierte es nun einmal, daß zu einer süßen Speise statt Streuzucker Salz serviert wurde, was einen greulichen Geschmack gab. „Nun," sagte der Kronprinz, „verfolgen uns die Jesuiten mit ihrem Gift auch hierher?"

Zur Zeit des Aufenthalts in Scheveningen, 1876, waren die Holländer noch voller Annexionsfurcht vor uns. Als der Kronprinz bei einem Logenfest eine kleine Ansprache gehalten hatte, die fern von jeder Berührung mit der Politik blieb, da erzählte sich sofort alle Welt, er habe gesagt, das Deutsche Reich wolle ja gar nicht Holland annektieren. Gereizt durch diesen thörichten Argwohn, machte ich mir, wie ich gestehen will, einmal das Vergnügen, daß, als Prinz Waldemar sich am Strande seine „Burg" gebaut und seine Flagge darin aufgepflanzt hatte, ich ihn am Ohr zupfte und sagte: „Denken Sie daran, wenn Sie groß sind, ziehen Sie als General Ihres Bruders hierher und pflanzen noch einmal Ihre Flagge auf." Da mein Prinzchen sich damals noch auf dem Standpunkt befand, daß er nicht „Soldat", sondern „Maler" werden wollte, wie er mir anvertraute, so wird hoffentlich die holländische Ängstlichkeit nicht noch nachträglich aus diesem Beispiel preußischer Prinzenerziehung Nahrung saugen. Es machte dem jungen Herrn auch keinerlei Eindruck und für diesmal entging er selbst samt seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, nur grade dem entgegengesetzten Schicksal. Als die beiden Prinzen, barfuß oder

in den landesüblichen, riesigen Holzschuhen, die Hosen so hoch aufgekrempt wie möglich, im Sande bauten, kamen auf den Mietseseln des Bades am Strande entlang der gravitätische Haushofmeister mit den Kammerjungfern der Prinzessinnen angeritten. Wie konnten die Prinzen anders, als sie mit ebensoviel Freudengeschrei wie Sandkugeln zu begrüßen? Dabei hatten sie aber einen Faktor nicht bedacht, nämlich die Eseljungen, die die deutschen Zurufe und die Bedeutung der Wurfgeschosse nicht verstanden, es für ihre Pflicht hielten, für ihre angegriffene Reitherrschaft einzutreten und auf meine Prinzen losgingen. Nur gerade verhinderte ich, daß sich sofort ein ernstliches Gefecht entspann.

Von Scheveningen und Ostende aus machten die Kronprinzlichen Herrschaften sehr häufige Ausflüge in das Hinterland, um die niederländischen Städte, die so reich sind an Kunstwerken und nicht minder merkwürdig durch historischen Charakter, kennen zu lernen. Meist wurde ein Herr und eine Dame der Umgebung, oft auch die größeren Kinder mitgenommen, manchmal fuhren die höchsten Herrschaften auch ganz allein ab. Fast immer wurden sie übrigens auch hier im Auslande erkannt. Man konnte es oft beobachten, wie erst irgend jemand auf der Straße stutzig wurde, die Herrschaften musterte, ein Stück voranging und von da an das Publikum überhaupt Aufmerksamkeit zeigte.

Seltener sah ich den Kronprinzen während des Lebens in Berlin, da in dieser Zeit weder gemeinschaftliche Mahlzeiten stattfanden, noch sonst häufigere Gelegenheiten zum Zusammentreffen waren: obgleich ich in demselben Hause wohnte, sind doch oft Tage vergangen, ohne daß ich ihn zu Gesichte bekam. Der kleine Prinz sagte unten seinen Eltern gute Nacht und kam dann herauf in sein neben dem meinen liegendes Schlafzimmer. Jeden Abend aber, nachdem er zu Bett gegangen war, manchmal noch ganz spät, wenn etwa irgend eine gesellschaftliche Verpflichtung sie gefesselt hatte, erschien die hohe Mutter auf der schmalen kleinen Wendeltreppe des linken Seitenflügels heraufsteigend, um noch einmal nach dem Liebling zu sehen und ihm einen letzten Gutenachtkuß zu geben. Hier hatte ich also auch noch Gelegenheit, die hohe Frau zu sprechen und etwaige Instruktionen und Befehle entgegenzunehmen.

Das richtige System für die Ordnung einer Prinzenerziehung

anzugeben, ist schwerer als man denkt. Ich spreche nicht von der pädagogischen Schwierigkeit, welche aus dem Gegensatz des Ranges und des Zwanges, den jede Erziehung bedingt, entspringt. Diese liegt ja auf der Hand, ist aber zuletzt weniger groß, als man sie sich außerhalb wohl vorstellt. Ich meine vielmehr die Regulierung der Kompetenz und das harmonische Zusammenwirken der an der Erziehung beteiligten Personen. In Rankes biographischem Abriß über Friedrich Wilhelm IV. kann man lesen, wie unerquicklich und schädlich für das Gemüt des Zöglings sich das Verhältnis zwischen seinem eigentlichen Erzieher Friedrich Delbrück, meinem Großonkel, und dem Militärgouverneur, Oberst von Gaudy, gestaltete. Prinz Friedrich Karl hatte für die Erziehung seines Sohnes, des Prinzen Friedrich Leopold, die Einrichtung so getroffen, daß der Militärgouverneur allein der dem Vater direkt Verantwortliche und der Vorgesetzte des Civilgouverneurs war. Das ergiebt allerdings ein in sich konsequentes und klares Verhältnis, reduziert aber den Einfluß der Eltern auf die Erziehung, da es ihren direkten Verkehr mit dem eigentlichen Erzieher, dem Civilgouverneur nahezu abschneidet. Bei dem Prinzen Waldemar war die Einrichtung so getroffen, daß ursprünglich gar kein, später nur pro forma ein Militärgouverneur vorhanden war; so stand ich unmittelbar unter der Direktive der Eltern selbst.

Als der Prinz Waldemar elf Jahre alt wurde und mir die isolierte Erziehung im Hause nicht mehr zu genügen schien, machte ich den hohen Eltern den Vorschlag, ihn in eine Kadettenanstalt zu bringen oder ihn einer solchen sozusagen zu attachieren. Der Kronprinz wollte anfänglich nichts davon wissen, die Kronprinzessin war dafür. Der Kronprinz befahl mir aber, die Sache vorläufig mit dem Inspektor, General von Reinbaben, zu besprechen, und ich sollte auch, obgleich noch keine definitive Entscheidung getroffen war, die Anstalten von Bensberg und Oranienstein, die am passendsten schienen, eben bereisen, um mich über die besonderen Verhältnisse zu informieren, als der Prinz plötzlich starb.

Prinz Waldemar war ein Knabe von starkem Willen und goldenem Gemüt; wie es ein rechter Junge muß, hat er mir manche nicht leichte Stunde bereitet, aber jeden kleinen Trotz schnell durch sein ehrenfestes, treues, fröhliches Wesen wieder wettgemacht. Von seinen kleinen Kindergeschichten darf ich hier vielleicht folgende einflechten. Er hatte meinen Geburtstag herausgebracht, der in den Spätherbst fällt, und beobachtet,

daß ein Paar neue Schlittschuhe für mich ein dringendes Bedürfnis seien. Der Kammerlakei mußte sie heimlich besorgen und nun blieb nur noch die schwere Aufgabe, sich nicht selbst vor mir zu verraten. Wirklich wurde mir auch eine vollständige Überraschung zu meinem Geburtstage — nämlich morgens um zwei. Da wache ich plötzlich auf und vor meinem Bette steht im Nachthemd, in der einen Hand ein Licht, in der anderen die Schlittschuhe, mein Prinz Waldemar. Er hatte sich am Abend eine Uhr auf seinen Nachttisch gestellt, war, wie er mir am anderen Tage erzählte, mehrmals aufgewacht und als er sich überzeugt, daß der richtige Tag nun wirklich angebrochen, da habe er auch nicht länger warten, sondern mir sein Angebinde sofort überreichen wollen.

Einmal stellte ihm seine Mutter einen seiner Spielgefährten in Bezug auf gute Manieren gegen jungen Damen, speziell Schwestern, als Muster hin mit den Worten: „Sieh', was ist das für ein wohlerzogener Junge!“ Mit schwer zu widerlegender Schlagfertigkeit aber antwortet der kleine Trotzkopf: „Was kann ich dafür, daß ich nicht besser erzogen bin?“

Prinz Waldemars hauptsächlichster Spielgefährte war der Sohn des Hofmarschalls Grafen Eulenburg, Botho mit Vornamen. Zwischen beiden hörte ich einmal, glücklicherweise aus einiger Entfernung, sodaß ich mein Hören dissimulieren konnte, folgendes Gespräch. Im Lauf irgend eines Zanks nannte Prinz Waldemar seinen Freund ungeniert mit einem der bekannten Ehrentitel, die mit „Sch“ anfangen, zwar mit dem aller harmlosesten, aber immerhin, er nannte ihn „Schafskopf“. Botho erklärte, „das lasse ich mir nicht gefallen, du hast mich nicht Schafskopf zu nennen“. „So,“ sagte der Prinz, „das willst du dir nicht gefallen lassen, das kommt aber bloß davon, daß du immer so fein sein willst; du denkst, du bist was Besonderes, mir ist das ganz egal, ob mich einer von meinen Freunden Schafskopf nennt,“ und mit höchstem Spott „mein Herr Graf, mein Herr Graf!“ Das ärgerte nun den Botho fürchterlich. „Ha,“ sagte er mit lautem Hohn, „ha, und du du bist noch viel mehr, ha, du bist ein Prinz, ha.“

Kein Jakobiner hätte einem Aristokraten seinen Stand zum schwereren Vorwurf machen können, als es diese beiden jungen Herren hier gegen einander besorgten.

Botho Eulenburg ist nicht lange nach dem Tode des Waldemar seinem Freunde an derselben Krankheit ins Grab nachgefolgt.

In der tiefen Trauer um den Verlust ihres jüngsten Sohnes hatten die Kronprinzlichen Herrschaften den Wunsch, sich auch in dem darauffolgenden Winter noch dem offiziellen Festleben in Berlin zu entziehen und erbaten vom Kaiser einen Urlaub nach Italien. Der Kaiser gab nur ungern seine Einwilligung. Ich war, obgleich ja nicht mehr im Dienst, an dem Tage zufällig im Neuen Palais zur Tafel geladen. Man mußte einige Zeit auf die Rückkehr des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Babelsberg warten. Nach Tische nahm mich der Kronprinz mit hinauf auf sein Zimmer, und sagte mir, unter den Einwänden Seiner Majestät gegen den italienischen Aufenthalt sei auch die Besorgnis gewesen, daß der Unterricht der jungen Prinzessinnen (Prinz Wilhelm, Prinzeß Charlotte und Prinz Heinrich waren nicht mehr im Hause) nicht genügend gefördert werden könne. Er, der Kronprinz, sei aber auf die Idee verfallen, seine Töchter selbst in einigen Gegenständen zu unterrichten. Was ich dazu meine und wie das am besten auszuführen sei. Ich gab einige Ratschläge, weiß aber nicht, ob etwas daraus geworden ist. In dem Augenblick, als der Kronprinz jenen Gedanken faßte, mag er es sich als eine Vertiefung der idyllischen Abgeschlossenheit, in der er mit den Seinen an der Riviera zu leben gedachte, vorgestellt haben, wenn er da seine Töchter selbst unterrichtete. In Wirklichkeit war er selbst mit tausend Klammern zu sehr an die Welt gebunden, um sich auch nur vorübergehend einem solchen Idyll, das doch in dem Augenblick, wo man es realisieren will, nicht mehr bloßes Idyll bleibt, hingeben zu können.

Im Frühjahr 1880 machte ich selbst eine Reise nach Italien und benutzte die Gelegenheit, mich auch in Pegli, wo die Kronprinzlichen Herrschaften sich niedergelassen hatten, vorzustellen. Ich wurde sehr gnädig aufgenommen, und blieb einige Tage als Gast. Als neueste Anekdote brachte ich der Frau Kronprinzessin mit, aus welchen Gründen die Berliner sie den Aufenthalt in Pegli hatten nehmen lassen. „Wollen Kaiserliche Hoheit einmal wissen, weshalb Sie hier sind?“ leitete ich meine Erzählung ein. „Nun, ich bin begierig.“ „Erstens haben Eure Kaiserliche Hoheit um einen Teil des Gartens am Neuen Palais einen Zaun ziehen lassen, was Seine Majestät der Kaiser verboten hatte. Deshalb sind Eure Kaiserliche Hoheit verbannt.

„Zweitens haben Eure Kaiserliche Hoheit im Berliner Tiergarten eine Milchanstalt errichten wollen. Da Seine Majestät dazu die Er-

laubnis nicht gegeben, sind Eure Kaiserliche Hoheit so ausfällig gegen den Allerhöchsten Herrn geworden, daß nichts übrig blieb, als Sie zu verbannen.

„Drittens haben Eure Kaiserliche Hoheit nach dem Tode des Prinzen Waldemar die Rückkehr des Prinzen Heinrich von seiner Weltumsegelung verlangt. Auch darüber ist ein so heftiger Konflikt entstanden, daß Eure Kaiserliche Hoheit verbannt werden mußten.

„Viertens, wenn es erlaubt ist, es zu sagen, sind Eure Kaiserliche Hoheit etwas geistesgestört und werden hier ärztlich behandelt."

Es waren noch zwei ähnliche Gründe, die ich leider vergessen habe und die mir alle in Berlin von ernsthaften Leuten mit wichtiger Miene als ganz verbürgt erzählt worden sind. „Du lieber Gott," sagte die Kronprinzessin, als die mit jedem neuen „Grunde" sich steigernde Heiterkeit der Tafel sich gelegt hatte, „mit Mann und Kindern an den herrlichsten Fleck der Erde geschickt zu werden, das wäre wirklich eine Strafe, die man sich gefallen lassen kann."

Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß bei weitem die meisten Hofgeschichten, die so von dem „eingeweihten" Publikum erzählt werden, oder gar in die Zeitungen kommen, sich zur Wahrheit ähnlich verhalten, wie dieses Beispiel. Zuweilen kommt es ja vor, daß den Geschichten ein Kern von Wahrheit zu Grunde liegt, ganz ebenso häufig aber ist auch das strikte Gegenteil wahr.

In Potsdam spielte einmal ein großer Betrugsprozeß gegen zwei Wasch- und Reinemachefrauen, die im Neuen Palais beschäftigt worden waren und diese ihre „Hof"-Stellung benutzt hatten, einer ganzen Reihe von Leuten vorzuspiegeln, daß sie beauftragt seien, für den Kronprinzen Anleihen zu vermitteln. Unglaublicherweise hatten sie sich sehr bedeutende Summen auf diese Art zusammengeschwindelt; ein Landschullehrer hatte ihnen in der Hoffnung auf hohe Zinsen mehrere Tausend Thaler anvertraut. Die Betrügerinnen wurden zu hohen Strafen verurteilt, aber das Geld haben sie, wohl in der Hoffnung, den Raub nach verbüßter Strafe doch noch zu genießen, so gut versteckt, daß es nicht wieder zu Tage kam. Als dieser Umstand eines Abends im Salon besprochen wurde, sagte der Kronprinz, der sich nicht darüber täuschte, was die Volksmeinung fertig bringt: „Natürlich sagen die Leute jetzt doch, ich hätte es gekriegt."

In der Zeit nach den Attentaten auf den Kaiser Wilhelm liefen

bei der Polizei häufig Warnungen vor Attentaten auf den Kronprinzen ein. „Einmal," erzählte der Kronprinz, „bemerkte ich, daß mein Kutscher vom Palais statt die Linden herunter, durch die Behrenstraße in besonders schnellem Tempo fuhr und alle paar Schritt Männer in Civil standen, die mit einer gewissen militärischen Haltung grüßten. Aha, sagte ich zu meinem Adjutanten, heute soll auf mich geschossen werden: das sind Geheimpolizisten. Auf der Hinfahrt passierte nichts, auf der Rückfahrt aber sprang von den Stufen der Hedwigskirche ein Mensch an den Wagen. Nun dachte ich wirklich, jetzt wird's am Ende Ernst. Aber es war eine harmlose Bittschrift, die er hineinwarf." Von den Polizisten, meinte er, wenn sie für solche Zwecke einmal daständen, so sollten sie lieber nicht grüßen, da dadurch ja gerade in dem entscheidenden Moment ihre Aufmerksamkeit abgelenkt würde.

Von den politischen Ansichten Kaiser Friedrichs wage ich nach den vereinzelten Äußerungen, die ich, wenn auch zahlreich von ihm vernommen, ein Bild, das irgendwie auf Vollständigkeit Anspruch machte, nicht zu entwerfen. Es ist ja schon bei einem Privatmann gefährlich, einzelne Äußerungen, die oft nur in einer gewissen Stimmung unter einem besonderen Gesichtspunkt gemacht werden, als feststehende Grundsätze und definitive Urteile zu fixieren. Noch viel mehr ist das der Fall grade bei einem Kronprinzen, der in der schwierigsten aller Situationen ist, unmittelbar am Heerde der großen Entscheidungen und doch ohne Einfluß auf sie.

Jeder Kronprinz ist deshalb, wie man sagt, in der Opposition. Das ist nicht nur so, sondern es ist gut und recht, daß es so ist, denn der natürliche Gegensatz zwischen dem Regenten und dem Thronfolger bewahrt, wie Treitschke so treffend und schön gesagt hat, die Monarchie vor der Erstarrung. Ganz falsch ist es nun aber, die stets etwas mehr oder etwas weniger oppositionell gefärbte Kronprinzen-Stimmung und Kronprinzen-Anschauung ohne weiteres identisch zu setzen mit der späteren Regenten Anschauung. Es liegt vielmehr in der Natur der Dinge und die Erfahrung bestätigt es, daß, sobald, wie es im Rätsel heißt, die erste Silbe auf die zweite gesetzt wird und das Ganze aufhört zu sein, was es war und etwas anderes wird, auch die Anschauungen an der Hand der Praxis eine gewisse Wandlung durchmachen und sich nunmehr ein Neues bildet, das wohl immer in einem gewissen Gegensatz gegen die vorige Regierung bleibt, aber doch keineswegs eine bloße Fort-

setzung des vormaligen kronprinzlichen Daseins bildet. Das ist bei Friedrich dem Großen so gewesen: das ist bei Kaiser Wilhelm I. so gewesen.

Bei Kaiser Friedrich hat sich ein ähnlicher Prozeß, eigentlich in Widerspruch mit der eben ausgeführten Theorie, schon vor seiner Thronbesteigung vollzogen. Er war sich völlig klar, daß er eine staatsmännische Kraft, wie den Fürsten Bismarck, unter allen Umständen dem Reiche, so lange diese Kraft vorhanden, erhalten müsse. Wenn er je in diesem Entschlusse wirklich geschwankt hat, so liegen solche Momente, vorübergehend wie sie waren, jedenfalls weit zurück. Schon als Kronprinz durfte Kaiser Friedrich also nicht dem süßen Schwelgen in Ideen über die Kunst des Regierens im allgemeinen sich hingeben, sondern hatte sich auf die sehr realpolitische nüchterne Frage vorzubereiten, wie er sein Verhältnis zum Fürsten Bismarck gestalten werde. Von den drei Herrschern, denen der Reichskanzler nunmehr bereits dient, war ja sein Verhältnis zum Kaiser Friedrich naturgemäß das delikateste. Jeder Fürst, der einen sehr bedeutenden Staatsmann an seiner Seite hat, hat mit der Schwierigkeit zu ringen, daß ihn dieser, sein erster Diener, nicht selbst in den Schatten stelle. In wunderbarer Weise ist es Kaiser Wilhelm I. gelungen, seine eigene Würde und Autorität nicht nur zu wahren, sondern sie gerade auf der Größe seines Kanzlers aufzubauen. So oft er ihm nachgegeben hat bei Meinungsverschiedenheiten, er hat sich nie etwas vergeben. Sein persönlicher Anteil an dem Regierungssystem blieb bei aller Nachgiebigkeit groß genug, um in niemand den Gedanken aufkommen zu lassen, daß er nur das „Tüpfchen auf dem i“ und nicht ein wirklicher König sei. Kaiser Wilhelm II. hat noch ein ganzes Menschenalter vor sich, um der Welt dasselbe zu zeigen. Kaiser Friedrich hatte bei seiner Thronbesteigung bereits eine zu bedeutende Vergangenheit, als daß nicht sofort diese neue Individualität an der höchsten Stelle hätte zur Geltung kommen müssen. Mit feinstem Takt und reiflicher Prüfung also galt es die Stelle und die Grenze zu finden, wo das geschehen konnte, ohne wiederum die ebenso ausgeprägte Individualität des Fürsten Bismarck zu verletzen. Beide sollten und wollten miteinander auskommen. Manchmal hat der Kronprinz Friedrich Wilhelm einen Seufzer ausgestoßen, wie grenzenlos schwierig einmal seine Stellung als Nachfolger eines so erfolgreichen und geliebten Monarchen sein

werde — aber eben in der Überwindung von Schwierigkeiten zeigt sich der Künstler. Ich denke, es wird auf immer zu den Meisterstücken der Politik gezählt werden, wie Kaiser Friedrich dem Fürsten Bismarck anzeigte, daß er ihn als Minister zu behalten gedenke. Er dankte ihm für die mutvollen und treuen Dienste, die er seinem Vater geleistet und teilte ihm darauf die Grundsätze mit, nach denen er selber von jetzt an die Regierung geführt wissen wolle. Er konnte es nicht feiner und bestimmter ausdrücken, daß er seine Dienste weiter in Anspruch nehme, dabei aber selbst der Herr zu bleiben gedenke. Die Nachwelt wird es schwer begreifen, daß drei Wochen nach einer solchen Kundgebung die Meinung Glauben finden konnte, Kaiser Friedrich denke daran, sich von dem Reichskanzler zu trennen. In Wirklichkeit hat nie einen Moment eine Kanzlerkrisis bestanden oder hat der Kaiser sich auch nur mit dem Gedanken an eine solche Möglichkeit beschäftigt, wie ich mit der positivsten Gewißheit behaupten darf. Ganz ebensowenig hat der Kaiser, als er Herrn von Puttkamer zum Rücktritt veranlaßte, sich die Wiederbesetzung der Stellung anders als in vollem Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten gedacht.

Fürst Bismarck hat je nach den Bedürfnissen der Epoche bald mehr mit Hülfe dieser, bald jener Partei regiert. Es hat Zeiten gegeben, wo er sich an die altpreußischen Reaktionäre, andere, wo er sich an die Liberalen anlehnte, andere, wo er sich sogar den Ultramontanen näherte. Kaiser Friedrich ist wesentlich bei den Anschauungen geblieben, die er sich schon in den fünfziger Jahren gebildet hatte und die damals von der sogenannten Partei des „Preußischen Wochenblatts“ repräsentirt wurden. Auf das dringendste wünschte er und betrieb auch persönlich in Besprechungen mit den Führern der neugebildeten nationalliberalen Partei nach dem Jahre 1866 die Aussöhnung der Regierung mit der Opposition. Hierbei gewann er eine besondere Sympathie für Karl Twesten. Mit irgend einer der späteren eigentlich politischen Parteien oder gar Fraktionen darf man ihn jedoch nicht in eine Kategorie fassen. Er war durch und durch national, aber stand im vollsten Sinne des Wortes über den Parteien. Man darf nicht einmal sagen, daß er im allgemeinen liberal war, insofern mit dem Wort ein Parteistandpunkt gekennzeichnet werden soll. Man dürfte es eher so ausdrücken, er hatte eine freiere, tolerantere Anschauung von dem Bestehenden, als die Klassen, die einen Prinzen und König zu umgeben

pflegen. Seine Grundempfindung war und blieb die eines preußischen Offiziers: Mitglied und später einmal Kriegsherr des preußisch-deutschen Offizierkorps zu sein, war bei ihm ganz wie bei seinem Vater der ausgeprägteste aller Begriffe. Er litt darunter, daß die — wenn der Ausdruck nicht zu stark ist, aber es war etwas davon — monarchische Eifersucht seines Vaters ihn nach den Kriegen von der Armee etwas fern hielt. Dieses spezifische Standesbewußtsein aber sollte ihn, das war sein Grundsatz, und in dem ist er am meisten mißverstanden worden, nicht verhindern, mit jedem Stande und mit jedem ehrenwerten Mann anderer Gesinnung freie und unbefangene Beziehungen zu pflegen. Dies ist das Moment, das ihn neben der Aufnahme des deutsch-nationalen Gedankens schon als ganz jungen Mann in Gegensatz zu der altpreußisch-reaktionären Partei brachte. Diese Partei war nicht national, sondern partikularistisch und sie verlangte, daß der König von Preußen sich ausschließlich mit Persönlichkeiten ihres Standes und ihrer Gesinnung umgebe. Der Kronprinz aber durchbrach, und zwar schon ehe er Kronprinz war, Ende der 50er Jahre die Enge und Unfruchtbarkeit dieser Anschauungen. Im Verkehr oder wenigstens in Berührung mit Bunsen, Usedom, beiden Vincke, Saucken-Julienfelde, später Twesten, auch Hoverbeck und um die Zeit seiner Verheiratung namentlich unter dem Einfluß seines Schwiegervaters, bildete er das aus, was man seinen bürgerlichen Liberalismus zu nennen pflegt, was aber, ich wiederhole es, nicht richtig verstanden wird, wenn man es als eine Parteibezeichnung auffaßt. Das Hauptmoment darin ist die Toleranz gegen alle Parteien und der persönliche Verkehr ohne Rücksicht auf Parteistellung. Man mag ja die Frage aufwerfen, wie weit ein konstitutioneller Souverän imstande ist, sich — was ein Kronprinz wohl mag — eine solche Freiheit zu bewahren, da der politische Verdacht hinter den persönlichen Beziehungen und persönlicher Hochschätzung immer sofort politische Beziehungen, Wertschätzungen und Absichten vermutet. Kaiser Friedrichs Regierung ist zu kurz gewesen, um durch die Praxis die Durchführbarkeit seiner Auffassung zu beweisen. Für das Verständnis seiner Ideen aber bildet dieser Gedanke recht eigentlich den Schlüssel. Von der deutsch-freisinnigen Partei als solcher trennte den Kaiser ein Grundsatz, den ich nicht einmal, sondern öfter, auch in diesen letzten Jahren, aus seinem Munde vernommen habe, mit den Worten: „Die Armee darf niemals ein Parlamentsheer werden, sie

ist königlich und soll es bleiben," ein andermal in der Form: „die Armee zu einem Parlamentsheer zu machen, das könnte ihnen wohl passen."

Es sei doch eine merkwürdige Fügung des Schicksals, sagte er einmal, daß nicht ihm, der sich von Jugend auf mit dem Enthusiasmus für die deutsche Idee erfüllt hatte, sondern seinem Vater, der stets mehr in der preußischen als in der deutschen Idee lebte, es bestimmt gewesen sei, die ersehnte deutsche Einheit zu schaffen.

Wie er über die 48er Bewegung dachte, bin ich nicht sicher. Er lobte einmal das Bernsteinsche Buch als zutreffend und wahrheitsgemäß. In einem Brief aber finde ich, daß er die Revolution für die Anzettelung einer großen Konspiration erklärte. Von sich selbst erklärte er, vor 48 habe er immer Zurückweisung erfahren, wenn er Fragen gethan über politische Gegenstände, nach 48 aber immer Schelte bekommen, wenn er nicht Bescheid wußte.

In einem anderen Brief, den ich nach Hause schrieb, finde ich folgende Aufzeichnung: „Gestern Morgen fuhr ich mit dem Kronprinzen und Prinz Waldemar zum Baden (in der kleinen Badeanstalt in der Havel am Wildpark). Der Kronprinz ließ sich dabei sozusagen über verschiedene historische Fragen Vortrag halten, und sprach selber folgende merkwürdige (im eigentlichen Sinne des Wortes „wert zu bemerken") Ansicht aus. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß alle Staaten, die sehr große Erfolge errungen haben, sobald sie den Höhepunkt politischer Macht erreicht haben und das goldene Zeitalter für sie beginnt, innerlich zu verfallen anfangen. Die Sittlichkeit des Volkes wird untergraben, indem von seiten der Regierenden mit schlechtem Beispiel vorangegangen wird. Rom und Frankreich unter Ludwig XIV. sind die augenfälligsten Beispiele dafür. Der Gründerschwindel in Deutschland nach dem siegreichen Kriege ist eine analoge Erscheinung. Wir sind jetzt in einer ähnlichen Gefahr, es muß doch aber auch einmal anders und besser gehen können." In all seiner Einfachheit ein ganzes und wahrlich ein großes Regierungs-Programm, das in dieser letzten Wendung liegt!

Sehr viel beschäftigte er sich mit religiösen und kirchlichen Reformideen. Als ich einmal, angeregt von dem Buch Constantin Rößlers, „Das deutsche Reich und die kirchliche Frage" (erschienen 1876) bei Tische mit einiger Lebhaftigkeit den Satz verfochten hatte, daß im

evangelischen Gottesdienst die Predigt im Verhältnis zur Liturgie einen zu breiten Raum einnehme, sagte der Kronprinz, indem er plötzlich mit dem Finger auf mich wies und den Mund spitzte: „Sie mache ich zum Erzbischof.“

Kaiser Friedrich war bekanntlich ein entschiedener Gegner des Antisemitismus, aber ich habe doch auch einmal eine Äußerung entgegengesetzter Art von ihm gehört. Auf einem Spaziergang durch den Park von Sanssouci etwa im Jahre 1883 wurde das Problem hin und her besprochen und ein Verteidiger des Antisemitismus ließ seine Auseinandersetzung gipfeln in dem Satz: „Würde das preußische Offizierkorps noch sein was es ist, wenn die Rittergüter der Mark und Pommerns einmal alle aus den Händen der Alvenslebens und Bredows in dem Besitz der Levys und Cohns übergegangen sind?“ Da wurde der Kronprinz etwas stutzig und sagte: „Ja, ja, man hätte früher etwas thun sollen.“

Unter den Wissenschaften hatte Kaiser Friedrich eine besondere Vorliebe für die Geschichte und ergänzte sich darin mit seiner Gemahlin, welche eine ebenso ausgeprägte Vorliebe für die Naturwissenschaften hat. Oft genug habe ich meine Wissenschaft verteidigen müssen, wenn die hohe Frau sie mit Zweifeln an ihrer Zuverlässigkeit und ihrem Wert angriff.

Die Neigung des Kronprinzen zur Geschichtswissenschaft ist nun nicht beim bloßen Studium der Werke anderer stehen geblieben. Er hatte vielmehr selbst eine merkwürdige Aufgabe in Angriff genommen. Ich weiß nicht, von wem die Idee stammt, den Dombau in Berlin mit dem Bau eines würdigen Mausoleums für das Königshaus zu verbinden. Diese Idee hatte der Kronprinz aufgenommen und lebte und webte in ihr. Die Hohenzollerngruft sollte eine Gedenkhalle der preußischen Geschichte werden. Der Soldat, der in Berlin dient, jeder Preuße, der nach Berlin kommt und sich die Gräber seiner Könige ansieht, sollte zugleich eine unmittelbare Anschauung des wunderbaren Ganges der Geschichte des an dieses Geschlecht geknüpften Staates haben. Zu dem Zweck dachte er sich, daß allen regierenden Kurfürsten und Königen nicht nur Standbilder errichtet, sondern auf den Sockeln dieser Denkmäler Charakteristiken ihrer Person und ihrer Regierung und auf einer andern Seite die merkwürdigsten Thatsachen wie die Landschaften, die jeder dem Staate erworben, eingegraben

werden sollten. Diese Charakteristiken nun arbeitete er selber aus. Von dem alten Pauli an bis zu Droysen und Ranke und den zahllosen Monographien arbeitete er die gesamte Litteratur über die Geschichte Preußens und seines Hauses durch. Wenn der Entwurf einer Charakteristik fertig war, so sandte er ihn an einige Gelehrte, Ranke, Duncker, Droysen und andere, und erbat sich ihre Kritik und Verbesserungsvorschläge. Wenn diese, die auch wohl zuweilen zu ganzen Gegenentwürfen anwuchsen, eingelaufen waren, so begann die Umarbeitung, bei der jedes Wort, jede Wendung, jede Wortstellung mit der peinlichsten Sorgfalt erwogen, probiert und nachdem einige Zeit vergangen, von neuem geprüft wurden. Gar sehr empfand der fürstliche Autor dabei, wie wenig die modernen Sprachen und speziell die deutsche gerade für diese Gattung lapidaren Stils, die doch allein dem Zweck entsprach, geeignet ist. „Daß ich nur nicht in den Stil à la König Ludwig verfalle“, sagte er manchmal lachend, wenn er in dem Bemühen, die vielen Hilfszeitwörter zu vermeiden, an die Klippe des **lapidaren Particips** geriet.

Durch die Regentschaft im Jahre 1878 wurde die Arbeit unterbrochen und auch nach Beendigung dieser Funktion nicht sofort wieder aufgenommen, da der Kronprinz sich zunächst der Ausarbeitung von Memoiren über diese Zeit widmete, die, wie er sagte, schwieriger gewesen sei, als man denke.

In den Charakteristiken und der Übersicht der bedeutendsten Ereignisse jeder Regierung war immer sehr stark das protestantische Moment betont, so daß ich einmal die Frage aufwarf, wie weit man bei einem für das ganze Volk in allen Konfessionen bestimmten Denkmal darin gehen dürfe. Der Kronprinz wies mich aber zurück mit den Worten: „Na, daß wir evangelisch sind, werden wir ja doch wohl noch sagen dürfen.“

Wie weit die Sammlung der Charakteristiken geführt und zum Abschluß gebracht worden ist, weiß ich nicht. Noch aus San Remo erhielt ich den Entwurf für Friedrich Wilhelm III. und sandte meine Bemerkungen mit den traurigsten Empfindungen dahin zurück. Der Wahlspruch Friedrich Wilhelms III., der ebenfalls das Monument schmücken sollte, lautet bekanntlich „Unsere Zeit in Trübsal, unsere Hoffnung in Gott“. So stand er auch an der Spitze des mir zugesandten Bogens. Oft genug mag der edle Dulder sich selbst dieses Wort während seiner Arbeit wiederholt haben.

Über den Inhalt und die Gestalt der Charakteristiken mag es noch erlaubt sein, so viel zu sagen, daß sie dem herrlichen Nachruf, den Kaiser Friedrich seinem Vater widmete, verwandt sind.

Unter den Historikern, die er für seinen Zweck studierte, gewann je länger je mehr Ranke ihm die meiste Zustimmung ab, obgleich, glaube ich, er ihm ursprünglich nicht ganz sympathisch war. „Ranke hat doch immer den treffendsten Ausdruck“, sagte er.

Sein Urteil über seine Vorfahren war ein durchaus historisch unbefangenes. Er wußte natürlich, daß es Zeiten und Gelegenheiten giebt, wo man alles ausspricht und andere, wo man dies nicht thut, aber jener Pseudo-Patriotismus, der seiner eigenen Festigkeit so wenig vertraut, daß er nur zu bestehen vermag auf Grund einer falschen Idealisierung der Vergangenheit, war ihm ganz fremd. Er wollte keine Schönfärberei und keine Vertuschungen, sondern die reine historische Wahrheit. Wohl sprach er einmal seine Freude aus, daß die neuere Forschung über König Friedrich I. mancherlei Günstiges zu Tage gefördert habe: ihm sei er in seiner Jugend dargestellt worden als Mann, dessen Namen man anständigerweise kaum in den Mund nehmen könne. Auf der anderen Seite aber widersprach er entschieden der neueren günstigen Auffassung Friedrich Wilhelms III. Mit diesem König ist es der Historie ja auch wunderlich gegangen. Die traditionelle Auffassung war, daß die Politik des Königs vor 1806 wie nach 1806 wesentlich aus Mangel an Entschlossenheit und politischem Schwung erwachsen und nur durch die Gunst des Schicksals endlich zum Heile Preußens ausgeschlagen sei. Archivalische Forschungen namentlich Dunckers brachten einen Umschwung hervor und man sah in dem steten zögernden Abwarten des Königs, namentlich von 1809 bis 1813 eine überlegene, oder wenigstens sehr zu achtende staatsmännische Klugheit. Als ich an den kronprinzlichen Hof kam, waren die Dunckerschen Forschungen vor kurzem erschienen, und auch ich hatte mir diese Auffassung zu eigen gemacht. Der Kronprinz aber wies sie immer so bestimmt zurück, daß ich stutzig gemacht bei der Ausarbeitung der Biographie Gneisenaus die Dunckerschen Forschungen sehr genau nachprüfte und in der That ein erhebliches Stück wieder zurückbog. Ganz neuerdings ist dieser Kreis, man möchte sagen, vollendet worden durch Max Lehmanns „Scharnhorst“, in dem eine Anzahl die Dunckerschen Forschungen wieder aufhebende Dokumente publiziert sind. Als ich nun diesen

letzten 27. März nach Charlottenburg befohlen war, fragte mich der Kaiser auch nach den hauptsächlichsten Ergebnissen des Lehmannschen Buches, und da ich berichtete, zeigte er mehrmals mit dem Finger auf sich selbst, indem sein Gesicht den Ausdruck annahm, „Sehen Sie wohl, ich habe es immer gesagt".

Als das neueste Generalstabswerk in nie genug anzuerkennender Großheit der Gesinnung die ganze Haltlosigkeit der Wrangelschen Strategie im Jahre 1864 aufdeckte und ich in diesen „Jahrbüchern", wie es die Aufgabe des Essayisten mit sich bringt, das was das historische Quellenwerk erzählte, mit runden Worten charakterisierte, sagte mir der Kronprinz, nachdem er meinen Essay gelesen, er freue sich, daß das endlich einmal offen ausgesprochen sei. Daran schloß er mit der Ermächtigung, später davon Gebrauch zu machen, Erzählungen, von denen einige hier wohl ihren Platz finden mögen.

Man hatte von Anfang an Zweifel an den Fähigkeiten des alten Feldmarschalls. Als er sich vor dem Abgang auf den Kriegsschauplatz mit seinem Stabe beim Könige meldete, sagte ihm dieser, so daß Alle es hörten: „Ich habe Sie gefragt, ob Sie sich noch rüstig genug fühlten, das Kommando zu übernehmen; auf Ihre eigene Versicherung hin habe ich es Ihnen übertragen." Man hatte wohl — so ist mir von anderer Seite gesagt worden, der Kronprinz sprach sich darüber nicht aus — deshalb sich entschlossen, Wrangel den Oberbefehl trotz aller Bedenken zu übertragen, weil man, um der unterstellten Österreicher willen, eines Generals von höchstem Rang und Kriegserfahrung bedurfte, und Wrangel damals der einzige Feldmarschall der preußischen Armee war. Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz standen erst im Anfang der 30er.

Wrangel wählte sich selbst als Chef des Generalstabes nicht den Chef des Großen Generalstabes, den General von Moltke, sondern den General Vogel von Falckenstein. Obgleich er sich aber selbst diesen ersten Gehülfen gewählt hatte, so fuhr der Kronprinz in seiner Erzählung fort, so überwarf er sich bald vollständig mit ihm. Wenn Falckenstein ihm morgens einen Vorschlag unterbreitete, so sagte Wrangel, „nein, mein Sohn, so wollen wir es nicht machen, sondern so". Wenn dann Falckenstein nach einiger Zeit mit den nach dieser Direktive ausgearbeiteten Befehlen wiederkam, so war das Ergebnis „Nein, mein Sohn, du hast mich nicht verstanden, sondern so und so"

— und dann war es der Vorschlag Falckensteins, den der Alte am Morgen verworfen hatte. Zuletzt steckte Falckenstein mit seinen beiden Gehülfen, Podbielski und Stiehle, sich hinter den Kronprinzen. Wenn der Feldmarschall am Morgen einen ganz unsinnigen Befehl gegeben hatte, so mußte jener am Nachmittag, wenn der Alte etwas abgespannt und gutgelaunt war, zu ihm, um ihm eine Änderung abzuschmeicheln.

Den Kriegsrat im Hahnenkrug, vor dem Danneverke, hatte Wrangel angesetzt, als der Ort noch in den Händen der Dänen war, sodaß Prinz Friedrich Karl, als er sich zu dem befohlenen Stelldichein auf den Weg machte, beinah gefangen genommen worden wäre.

Gern hätte der Kronprinz den Übergang über die Schlei bei Arnis mitgemacht und wollte hinreiten. Sofort erklärte Wrangel, daß er ihn begleiten werde, und da aller Hinweis, daß der Höchstkommandierende im Centrum bleiben müsse, nichts half und man unter allen Umständen suchen mußte, ihn fernzuhalten, so blieb dem Kronprinzen nichts übrig, als auf seinen Plan zu verzichten und auch im Hauptquartier zu bleiben.

Als man sich der jütischen Grenze näherte, kam aus Berlin der auf diplomatischen Rücksichten beruhende Befehl, die Grenze nicht zu überschreiten. Wrangel war sehr ärgerlich darüber und nahm sich vor, den Befehl nicht zu respektieren. Er ließ sich den General Flies kommen, um ihn persönlich, ohne Beisein eines Generalstabsoffiziers zu instruieren. Falckenstein und die anderen ahnten sofort, was er wollte, kamen zum Kronprinzen und riefen ihn zu Hülfe. Dieser begab sich in die Nähe des Wrangelschen Quartiers und stellte sich in einer Quergasse auf, die Flies auf dem Rückweg passieren mußte, Wrangel aber von seinem Fenster nicht übersehen konnte. Hier fing der Kronprinz Flies ab und fragte ihn, was ihm der Feldmarschall befohlen habe. Flies war ganz ein Mann der alten strammen Schule und verweigerte die Antwort. Darauf der Kronprinz: „dann will ich es Ihnen sagen: er hat Ihnen befohlen, morgen die jütische Grenze zu überschreiten“. Etwas erschrocken giebt Flies zu: „ja, wenn Ew. Königliche Hoheit es bereits wissen, so brauche ich es ja nicht mehr zu verhehlen“. „Allerdings,“ fuhr der Kronprinz fort, „weiß ich es und gebe Ihnen hiermit den Befehl, es nicht zu thun.“ Entschlossen erwidert Flies: „ich bin nicht in der Lage, einen solchen Be-

fehl anzunehmen". Darauf der Kronprinz: „ich befehle es Ihnen im Namen des Königs und übernehme die volle Verantwortlichkeit dafür". Damit glaubte Flies sich genügend entlastet und versprach, sich zu fügen.

Einige Tage später ist nun doch, weil der Armee das Verbot der Grenzüberschreitung nicht mitgeteilt war, von den Vortruppen die Stadt Kolding auf jütischem Gebiet besetzt worden. Mit plötzlicher Umkehrung seiner Absichten wollte Wrangel nun wieder zurückgehen und die schon genommene Stadt aufgeben. Da legte sich, wie das Generalstabswerk erzählt, der Kronprinz von neuem ins Mittel, erklärte, daß das Zurückgehen aus der einmal genommenen Stellung militärisch nicht zu rechtfertigen sei und setzte die Behauptung der Position durch.

Von Düppel meinte der Kronprinz, daß der Sturm schon früher hätte ausgeführt werden dürfen. Prinz Friedrich Karl, der den Oberbefehl über die Belagerung führte, erklärte sich aber für ein großes Unternehmen zu schwach. Bei der Zersplitterung der Truppen könne er nichts wagen. Der Kronprinz fragte ihn, wieviel er denn noch gebrauche, „3 bis 4 Regimenter" — „gut, die sollst Du haben". Er erwirkte darauf den Befehl, daß die Garde-Division, die man bisher in Jütland verwandte, nach Düppel geschickt wurde und avertierte die Truppen direkt, sodaß sie, als Wrangels Befehl anlangte, schon bereit standen und sofort den Marsch — es ist der berühmte Gewaltmarsch von 12 Meilen in 2 Tagen — antreten konnten.

Auch aus den beiden großen Kriegen sei hier wenigstens ein oder das andere angeschlossen.

Der General von Steinmetz, der 1866 unter dem Befehl des Kronprinzen, 1870 nach dem 18. August unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl stand, ließ sich diese Unterordnung nur ungern gefallen. 1870 führte die Haltung des Generals zu einem Zusammenstoß mit dem Prinzen Friedrich Karl, der die Versetzung des ersteren von der Feldarmee auf ein General-Gouvernement in Posen zur Folge hatte. Aus dem Jahre 1866 erzählte der Kronprinz folgende Geschichtchen. Er hatte sich einmal zur Besichtigung des V. Armee-Korps, des Steinmetzschen, angesagt, versäumte aber die angesetzte Stunde, weil er unterwegs anderen Truppen begegnete, die er noch nicht gesehen hatte und an denen er nicht ohne eine Begrüßung vorüberziehen wollte.

Als er nun beim V. Armee-Korps ankam und den General von Steinmetz mit einem Wort der Entschuldigung über die Verspätung begrüßen wollte „ich habe mich verspätet —" setzte dieser mit scharfer Betonung hinzu: „Jawohl, Keenigliche Hoheit, 'ne ganze Stunde, Zeit genug 'ne Schlacht zu verlieren."

Bei Königgrätz ist das V. Armee-Korps nicht mehr zum Gefecht gekommen zum großen Ärger seines kommandierenden Generals. Als der Kronprinz ihm die Verfolgung auftrug, sagte er mürrisch: „Is ja garnischt mehr zu thun," ließ aber dann antreten. Der Vormarsch wurde darauf durch das Oberkommando inhibiert.

Großes Gewicht legte Kaiser Friedrich auf die vermittelnde Rolle, die er als Kronprinz bei den Verhandlungen in Nicolsburg gespielt hat. „Sie wissen," sagte er, „daß mir die Bismärckerei der Konfliktszeit sehr zuwider war; nun aber, da das Heil des Vaterlandes auf dem Spiel stand, ging ich zu Bismarck und versicherte ihm, daß ihm meine Unterstützung nicht fehlen sollte." — „Als ich in Nicolsburg den steilen Schloßberg hinaufging, begegnete mir auf der halben Höhe der General von Moltke, der mir sagte: „Sie finden oben alles in der schlimmsten Bagarre, der König und Bismarck sehen sich nicht. Der Kaiser von Österreich hat durch die Vermittelung des Kaisers Napoleon Frieden angeboten, aber die Integrität Sachsens als Bedingung gestellt. Das will der König nicht zugeben." „Als ich hinaufkam, fand ich es wirklich so, der König und Bismarck hatten sich eingeschlossen und keiner wollte zum andern. Ich machte nun den Vermittler. Es wurde ein Kriegsrat berufen und die Sachen verhandelt. Da wandte sich der König — das einzige Mal, wo er das gethan hat — an mich und sagte: „sprich du im Namen der Zukunft". Der Kronprinz erzählte nun sehr eingehend die weiteren Verhandlungen mit Sachsen bis zu dem definitiven Abschluß in Berlin durch den König Johann persönlich.

Die Schlacht bei Wörth entwickelte sich bekanntlich entgegen den Intentionen des Oberkommandos aus einem Vorpostengefecht. Mehrfach wurden Befehle gegeben, das Gefecht abzubrechen, bis man sich endlich überzeugte, daß es nicht mehr möglich sei, mit Ehren zurückzugehen und der Befehl des Kronprinzen, der um 1 Uhr auf dem Schlachtfelde eintraf, definitiv für die Durchführung der Schlacht

entschied. Diese aus der Natur der Dinge entspringende widerspruchsvolle Einleitung der Schlacht hatte für die Bayern, die den rechten Flügel der deutschen Armee bildeten, sehr üble Folgen. Das Vorwärts- und Zurückgehen, Auflösen und wieder Sammeln hatte sie verwirrt und sie gebrauchten längere Zeit, ehe sie zum erneuten ordnungsmäßigen Vorrücken gelangten. Auch das Gefecht selbst machte ihnen Schwierigkeit. In dem Werke: „Das I. bayerische Armeekorps im Kriege 1870—71", von dem bayerischen Major Helvig ist gesagt: „Es zeigte sich bei aller Tapferkeit der Truppen, daß dieselben in der durch das Terrain bedingten Gefechtsweise noch nicht jene Erfahrung und Übung hatten, wie der ihnen gegenüberstehende Feind: das Unvermeidliche, ja notwendige Durcheinanderkommen der Kompagnien und Bataillone behielt zu sehr den Charakter der Unordnung, woraus ein gewisser Mangel an Übereinstimmung in den Anstrengungen der einzelnen Unterabteilungen entstand." Dies langsame Vorrücken der Bayern fiel beim Oberkommando auf, und als ein Adjutant darüber eine etwas aufgeregte Meldung brachte, wandte sich der Kronprinz an den seinem Stabe attachierten bayerischen Militärbevollmächtigten und befahl ihm: „Reiten Sie hinüber zu Ihren Landsleuten und sagen Sie ihnen, Ich, der Kronprinz von Preußen, befehle ihnen im Namen ihres Königs auf der Stelle anzugreifen."

Nach seiner Rückkehr nach Berlin habe ich Kaiser Friedrich noch viermal gesehen. Am 18. März, wo ich zu dem ersten Gottesdienst in der Charlottenburger Schloßkapelle befohlen wurde und ihn begrüßen durfte, am 24. Mai bei der Hochzeit des Prinzen Heinrich und am 27. März und 3. Juni, wo ich beide Male die Ehre einer eingehenden Unterredung hatte. Am 27. März, dem Todestag des Prinzen Waldemar, wurde ich empfangen in dem großen Saal unter der Kuppel des Charlottenburger Schlosses, von wo man im Halbkreis durch die hohen Fensterbogen in die frische Frühlingspracht des Schloßparks sah. Anfänglich war ich allein mit Ihrer Majestät der Kaiserin, dann ging die Thür auf und der Kaiser trat mit, wie es mir zu meiner Freude schien, natürlich raschem, elastischem Schritt herein und schob sich, nachdem er mich begrüßt hatte, ein bloßes Tabouret ohne jede Lehne an den Tisch, während ich selbst auf seinen Wink in einem Lehnsessel Platz nahm. Von dem Tabouret stand der Kaiser noch einmal auf, um sich einen Block Papier zu holen, und saß dann die ganze Zeit,

wohl eine halbe Stunde, ganz straff ohne sich zu stützen, sodaß ich einen sehr günstigen Eindruck von seinem Befinden hatte. Dieser Eindruck wurde allerdings durch eine Episode des Gesprächs in das volle Gegenteil verkehrt. Ihre Majestät die Kaiserin hatte mit mir vorher davon gesprochen, welchen Druck es auf die Entschließungen des Kaisers ausübe, zu wissen, wie wenig er bei allem, was er etwa anfangen möchte, Aussicht habe, es zu vollenden. Da es unmöglich sei, in dieser Vorstellung zu regieren, so müsse man suchen, sie vor sich selber möglichst zu unterdrücken. Ich konnte dem nur aus voller Überzeugung beistimmen und benutzte deshalb eine Gelegenheit, an die alten Dom und Mausoleumsbau Ideen des Kaisers zu erinnern und die Hoffnung auszusprechen, daß diese Pläne jetzt sofort in Angriff genommen werden würden. Da röteten sich die Augen des Kaisers unheimlich und mit einem Blick, der mir ins Herz schnitt, fuhr er mit der Hand einigemal über das vor ihm liegende Papier: „Das ist alles aus und vorbei." Da stand ich in dem hohen Königsgemach vor dem mächtigsten Manne der Welt — dem Ärmsten der Sterblichen.

Am 3. Juni war es ein wunderschöner Sonntag Vormittag, an dem mich Kaiser Friedrich im Park des Schlosses Friedrichskron empfing. Er saß in dem kleinen Ponnywagen und fuhr langsam vorwärts durch die breiten Alleen, während ich nebenher ging und ihm Einiges vortrug. Zuweilen hielt er an, um etwas aufzuschreiben und gab mir endlich das Blatt zum Andenken. Es ist die unverändert feste, etwas steile Handschrift der gesunden Tage. Eine Anekdote, die ich ihm erzählte, rief auf seinem Gesicht helle Heiterkeit hervor. Ein kleiner Auftrag, den ich im Anschluß an diese Unterredung erhielt, hatte zur Voraussetzung, daß der Kaiser doch noch eine geraume Zeit zu leben gedenke. Die Gesichtsfarbe schien mir sogar besser als neun Wochen früher, am 27. März. Zuletzt stieg der Kaiser mit leichter Hilfe aus dem Wägelchen heraus und ging ohne jede Unterstützung mit gewöhnlichem Schritt die Steintreppen zu dem Podest des Schlosses herauf, sodaß ich auch diesmal trotz des Fahrens im Wagen noch keineswegs den Eindruck eines Mannes hatte, den die Schatten des nahenden Todes bereits umschwebten.

Nur zwölf Tage später aber war der traurige Freitag Nachmittag, wo ich von neuem in den Räumen von Schloß Friedrichskron weilte,

um bittere Thränen zu weinen an dem Totenbette Kaiser Friedrichs des Dulders.

Bis zuletzt das höchste Sinnen
Gab dem reinen Mut Gewicht,
Wolltest Herrliches gewinnen,
Aber es gelang dir nicht.

Wem gelingt es? Trübe Frage,
Der das Schicksal sich vermummt,
Wenn am unglückseligsten Tage
Blutend alles Volk verstummt.

Das „Tagebuch" Kaiser Friedrichs.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 63, Oktober-Heft 1888.)

Die Leidenschaften, welche die Veröffentlichung „Aus dem Tagebuche Kaiser Friedrichs" erregt hat, sind so gewaltig, daß es schwer hält, zu dem Standpunkt unbefangener Würdigung hindurchzudringen. Das Hülfsmittel, dessen man sich zu diesem Zwecke bedienen muß, das den Nebel spaltet und den Blick frei macht, ist eine vollständige Trennung des Inhalts des „Tagebuchs" selbst von der Thatsache und der Art der Publikation. Man muß suchen, sich in einen Historiker des 20. Jahrhunderts hineinzudenken, der aus den geschichtlichen Dokumenten die Ereignisse und Personen der Vergangenheit unbeirrt vom Interessenkampfe der Gegenwart rekonstruiert.

Eine der kostbarsten Fundgruben für seine Arbeit sind ihm solche Tagebücher: sie sind recht eigentlich sein, seine Domäne, sein Erbteil. Niemals sind „Tagebücher" für die Mitlebenden bestimmt, ihr Zweck ist, ein Stück des Lebens ihres Schöpfers zu sein, mit ihm zu sterben und erst in der Geschichte wieder aufzuerstehen.*)

Versuchen wir also die falsche Verkuppelung mit der Gegenwart, in welche dieses „Tagebuch" versetzt ist, künstlich zu lösen und von ihm zu sprechen, als wenn es etwa eine Geschichte aus den Freiheitskriegen wäre.

Da entfaltet sich vor uns der große Gegensatz des deutschen Einheitsgedankens und des deutschen Partikularismus, verschlungen mit dem zweiten nicht geringeren Gegensatz von Absolutismus und Parlamentarismus.

*) Das Tagebuch Kaiser Friedrichs aus dem Jahre 1870 ist, wie in diesem Zusammenhang nötig scheint, zu bemerken, nicht metallographiert worden, wie es mit, sehr vorsichtig gefaßten, Extrakten aus dem Jahre 1866, über die morgenländische und über die spanische Reise geschehen ist.

Die Leidenschaft, welche diese Ideen einst mit Leben erfüllte, ist erloschen; in höheren Einheiten sind die Gegensätze überwunden. Im Konstitutionalismus haben sich Parlamentarismus und Absolutismus versöhnt; in einer kunstollen Bundesverfassung, erfüllt vom Geiste der Eintracht, wirken Sonderleben und nationales Leben ineinander. Der Historiker weist nach, wie der gewaltige Impuls zur Schaffung des neuen deutschen Nationalstaats gegeben wurde durch den unwiderstehlichen Drang des auf den Flügeln des politischen Idealismus dahinrauschenden nationalen Geistes. Die politische Gestaltungskraft aber entsprang nicht ihm, sondern eben dem entgegengesetzten, dem feindlichen Prinzip, dem harten, nüchternen, ideenlosen Partikularismus. Nie hätte dieser etwas dauernd Großes aus sich mehr hervorbringen können, hätte ihm nicht jener den Anstoß dazu gegeben. Nie hätte der nationale Gedanke Fleisch werden können, hätte ihm nicht der preußische Partikularstaat den Knochenbau gebildet. Welch eine Zähigkeit im Kleinstaatentum, daß im Jahre 1866 die Deutschen um seine Erhaltung sich gegenseitig morden und töten! Welch eine Kraft des nationalen Gedankens, daß vier Jahre später der besiegte der feindlichen Brüder dem Sieger beispringt gegen den Angriff des Fremden! Vier Jahre lang in Preußen leidenschaftlicher, haßerfüllter Kampf zwischen Volk und König um die Ausübung der öffentlichen Gewalt: da öffnen sich die Thore der großen Ereignisse, man blickt sich gegenseitig in die Augen, sieht aus aller Erbitterung doch den Glanz der alten Treue hervorleuchten und schließt den Bund des neuen Staats- und Verfassungslebens, das für alle Zeit Freiheit und Autorität, Kraft des Ganzen und Selbständigkeit des einzelnen vereinigen soll.

Und jetzt das Wunderbarste in dieser Antithese der großen geistigen Organismen: der Erbe des Komplexes der einen Seite, der geborene Verfechter von Preußentum und Monarchentum, der Kronprinz von Preußen selbst, er stellt sich auf die Gegenseite und ruft: Deutschland, politische Freiheit! Ist er damit der vom Schicksal Erkorene, in dem sich die Jahrhunderte vermählen sollen? So ideal vollziehen sich in der rauhen Wirklichkeit die Dinge nicht. Man beachte wohl: die Dinge. Die Dinge sind nie ideal. Aber die Idee selbst verliert darum nichts und nie ist die Macht der Idee stärker in der Weltgeschichte erschienen als hier. Alle äußeren Mittel der Macht, das stärkste Heer und das energischste Beamtentum waren in den Händen der Vertreter des Alten.

Die Idee des Nationalstaats und die Idee der mitregierenden Volksvertretung war dennoch stärker und hat sie gezwungen, sich von innen aus umzuwandeln. Sucht man nach den Stellen, wo solche Macht der Idee greifbar, konkret zu Tage tritt: nun eben, hier der Kronprinz von Preußen, dort der König von Bayern, werden von ihr ergriffen und unterworfen: sie macht sie sich zu ihren Dienern und Rittern: größere und stärkere Heerschar ist nicht denkbar.

Was wäre geschehen, wenn die Ausführung gelegt worden wäre in die Hand dessen, der in seiner Person und in seinem Geiste die beiden entgegengesetzten Richtungen vereinigte? Die Geschichte beantwortet diese Frage nicht, weil es ihr durchaus an dem Material zu der Beantwortung gebricht. Sie stellt fest, daß die Verwirklichung der deutschen Idee und des konstitutionellen Staates thatsächlich einem Monarchen zufiel, der vorher für die Inkarnation des Altpreußentums galt, und noch mitten in der Ausführung sagen konnte: „er mache sich kein Haar breit daraus.“ Die Historie wird weiter feststellen, wie sehr gerade dies Verhältnis dem Werke selbst zum Vorteil gereicht hat: wie durch die Mäßigung im äußeren Einigungswerk der Geist der Einigkeit und des Vertrauens gestärkt wurde. Sie spricht damit nicht das Urteil aus, daß jede andere Ordnung unmöglich oder schlechthin schädlich gewesen sein würde: sie sagt nur, daß mit der Individualität dieses Monarchen, Wilhelms I., an der Spitze, das Werk diese ganz bestimmte und wie der Erfolg gelehrt hat, segensreiche Form annahm. Wäre der Kronprinz damals Kaiser gewesen, manches wäre gewiß anders gemacht worden, aber es ist nicht erlaubt, etwa aus den Vorschlägen, die er damals als Kronprinz gemacht und in seinem Tagebuche selber fixiert hat, unmittelbar weder eine praktische Politik zu konstruieren, noch auch nach ihnen ohne Vorbehalt die politische Art und Begabung des Kronprinzen zu beurteilen. Staatsmänner werden durchaus nur beurteilt nach den Ideen, die sie in der Praxis für die Praxis verfolgen. Der kleinste Zwischenraum, der zwischen Idee und Praxis bleibt, verändert den Maßstab für die Beurteilung von Grund aus. Man lese heute einmal die Vorschläge, welche Stein und Hardenberg noch auf dem Wiener Kongreß für die Gestaltung des deutschen Bundes machten, der eine der ehemalige, der andere der aktive leitende Minister Preußens. Phantastisch genügt nicht für solche Vorschläge, sie sind grotesk: sie zerrissen in Wahrheit Deutschland, statt es zu einen, vernichteten die Zukunft Preußens und

gaben dennoch dem zu schaffenden Bunde nicht das Rüstzeug eines wirklichen Staates. Hat ihnen je ein Historiker hieraus einen Vorwurf gemacht? Nein, mit Freude und Stolz spricht man bis auf den heutigen Tag von diesen Entwürfen, als einem Denkmal der Stärke der deutschen Idee, welche die Geister selbst ergrauter Diplomaten im Sturme mit sich fortriß, so hoch, daß sie das Realisierbare nicht mehr zu erkennen vermochten. Die Erinnerung an diese ihre Gesinnung ist geblieben, ihnen zur ewigen Ehre, über den Inhalt ihrer Vorschläge blickt man hinweg; sie hatten noch nicht die Aufgabe, einen wirklichen deutschen Staat zu schaffen, obgleich sie, und das ist ihr Ruhm, sie schon zu haben glaubten. Nicht anders wird die zukünftige Historie urteilen, wenn sie in dem Tagebuche Kaiser Friedrichs liest, daß ihm die deutsche Einheitsarbeit von 1870 nicht genügte, daß ihm die am Werke thätigen Staatsmänner nicht eifrig und feurig genug waren, daß er im äußersten Falle keine Scheu gehabt haben würde, Gewalt anzuwenden gegen den, der sich in Güte nicht fügen wollte und sei es gegen die Bundesbrüder mit denen man eben, Schulter an Schulter, den Franzmann bekämpfte. Wäre es möglich gewesen, damals das ganze deutsche Heer zu einem einheitlichen „kaiserlichen“ zu machen und das souveräne Fürstentum auf bloße Lordschaft zu reduzieren? Auch durch die Ausführungen des Tagebuchs wird sich die zukünftige Historie schwerlich verleiten lassen, hierauf eine Antwort zu suchen, denn es ist nur der Kronprinz, der spricht und nicht der Souverän. Wiederholen, und immer wiederholen aber wird sie aus diesen Blättern, wie der nationale Gedanke sich im preußischen Königshause selbst seinen vornehmsten Vertreter erobert und dieser Vertreter als der Idealist unter den Staatsmännern den Ereignissen vorauszueilen sucht, um ihnen den Weg zu bereiten, drängt, klagt, schilt, endlich jubelt, als in rechter Feier der neue Kaiser und das junge Reich in die Weltgeschichte ihren Einzug halten.

Warum machen nun diese Tagebuchblätter auf die heutige öffentliche Meinung einen keineswegs so vorteilhaften Eindruck? Nicht das Tagebuch ist daran schuld, auch nicht das Publikum ist daran schuld, sondern die objektive Thatsache, daß beide nicht für einander bestimmt sind und nicht für einander passen. Es ist ein Irrtum, daß Worte und Sätze dasselbe bedeuten, ob sie gesprochen, geschrieben oder gedruckt sind, privatim oder öffentlich verlauten. In dem Augenblick, wo ein Wort, das die Seele in dem Gefühl ihrer Undurchdringlichkeit mit sich

selbst spricht, an die Öffentlichkeit gebracht wird, verändert es seinen Sinn und wer es richtig verstehen will, muß mit systematisch geübter Kunst es aus einer Sphäre in die andere, aus der Sprache des Tagebuchs in die Sprache der Geschichtserzählung zu übersetzen verstehen. Diese Kunst existiert, sie ist nicht einmal übermäßig schwer, aber für das Publikum zu schwer. Sie ist umsomehr zu schwer, wenn der Parteigeist sich des Prozesses bemächtigt und ihn mit allen Mitteln der Sophistik zu verhindern sucht.

So ist es mit diesem Tagebuch geschehen und so mußte der Erfolg sein. Wer rechnet es York heute noch zum Verbrechen an, daß er über Steins Fall höhnte: nun sei der Viper der Kopf zertreten; daß er dem Könige Gneisenaus Genialität als Heerverderbnis denunzierte? In welchen Ausdrücken der Härte und der Mißachtung hat Stein von Hardenberg, Prinz Heinrich von Friedrich dem Großen gesprochen! Es ist nicht anders. In großen Zeiten und Thaten giebt es auch zwischen den Kooperierenden große Gegensätze. Nur in fortwährendem Ringen miteinander haben Kaiser Wilhelm und Herr von Bismarck sich ihrer Zeit nebeneinander fortbewegt. Nur in mühseligen Verhandlungen und Schiebungen konnten trotz aller nationalen Gesinnung die Verträge mit den süddeutschen Staaten in Paragraphen gebracht werden. Wer sich mit einiger Lebhaftigkeit der Phantasie in die gährende Epoche von 1870 versetzt und dann die Blätter des kronprinzlichen Tagebuches durchgeht, wird erstaunt sein, nicht schärfere Nachklänge von Differenzen hier anzutreffen, als sie diese meist humoristisch oder satirisch gefärbten Augenblickseindrücke bieten. Es ist sehr wohl glaublich, daß der Herausgeber, wie er angiebt, Schärferes gestrichen hat. Auch nicht entfernt reichen die hier auftauchenden Disharmonien an die markerschütternden Konflikte in den Hauptquartieren der Freiheitskriege. Jene optische Täuschung, welche dem unvorsichtigen Leser hier verhältnismäßig harmlose Sachen wie große Aktionen erscheinen läßt, bloß weil die Indiskretion der Publikation so ungeheuerlich ist, diese optische Täuschung ist so stark, daß sie das Erzählte selbst hier und da in den entgegengesetzten Eindruck verkehrt. Der Kronprinz zeichnet auf, wie er von Mißtrauen erfüllt ist um den Ernst des nationalen Gedankens und des konstitutionellen Regiments bei seinem Vater und beim Bundeskanzler. Nichts erklärlicher, als zuweilen ein solches Mißtrauen bei einem Manne, der sich mit seinem Enthusiasmus für diese Ideen erfüllt hatte, gegen

über den beiden anderen, die erst allmählich und langsam in die neue Idee hineingewachsen waren und vermöge der beiderseitigen Stellung fortwährend genötigt, das Wasser der Praxis in den brausenden Wein des idealen Strebens zu gießen. Nichts schöner, als zu sehen, wie schnell ein solch' aufkeimendes Mißtrauen überwunden wird; wie ein Händedruck nach einer großen Entscheidung das Einvernehmen zwischen dem Kronprinzen und dem Kanzler besiegelt; wie der König, dem im Herzen dies Volksvertretungswesen von seiner Jugend her so unsympathisch und verdächtig, nachdem er schon früher aus Einsicht ihm entgegengekommen, nun auch in der Größe des Moments, wohl vorbereitet durch die leise arrangierende Hand des Sohnes, in seinen Empfindungen übermannt, dahinschmilzt und damit den Umwandlungsprozeß vollendet. Geistvoll, pikant, anschaulich stehen diese Scenen vor uns da. So wird sie der zukünftige Historiker lesen: das heutige Publikum liest das gerade Gegenteil heraus: nicht den Ausgleich, sondern die Differenz, nicht das zu Grunde liegende Dauernde, sondern die zufällige Erscheinung.

So ist ein unwiderbringlicher Schade dem Andenken Kaiser Friedrichs zugefügt worden durch die vorzeitige Veröffentlichung dieser Blätter. Die Zeit aber wird kommen, wo sie aus den trüben Wassern, durch die sie jetzt gezerrt werden, gerettet, als köstliches Denkmal eines edlen Herzens und deutscher Gesinnung mit ungeteilter Pietät vom deutschen Volke verehrt werden.

Die Ideen Steins über deutsche Verfassung.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 64, August-Heft 1889.

In meinem Aufsatz über das Tagebuch Kaiser Friedrichs führte ich aus, daß es einen unermeßlichen Unterschied für die Beurteilung der Pläne und Ideen eines Staatsmannes mache, ob sie aus der unmittelbaren Praxis hervorgehen und bestimmt sind, in ihr realisiert zu werden oder nicht. Der kleinste Zwischenraum, der zwischen Idee und Praxis bleibe, verändere den Maßstab des Urteils von Grund aus. Ich verwies dabei namentlich auf die Pläne Steins für die Neugestaltung Deutschlands nach den Freiheitskriegen, die sich in lauter falschen Richtungen bewegten und die wir ihm dennoch zum höchsten Ruhm anrechnen. Es scheint mir nicht unangebracht, diese Pläne einmal zusammenfassend unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten.

Eben als Napoleon in Moskau einzog und der Glaube an die Zukunft Europas und Deutschlands kaum hier und da noch in einer starken Seele lebendig blieb, da schrieb der Freiherr vom Stein in St. Petersburg seinen ersten Entwurf nieder für die zukünftige Gestaltung der deutschen Verfassung nach dem Freiheitskampf. Die Vereinigung aller deutschen Länder unter einer Monarchie ist unmöglich. Deutschland muß deshalb nach der Mainlinie zwischen Österreich und Preußen geteilt werden, entweder einfach einverleibt oder in föderativer Form an diese beiden Staaten angeschlossen.

Der Erfolg einer solchen Teilung wäre nicht ein deutscher Nationalstaat, sondern die dauernde Trennung gewesen. Es ist diejenige Gestaltung der Dinge, die nach einer kürzlich bekannt gewordenen Erzählung des Fürsten Bismarck das eigentliche Ideal Napoleons III. war, der bei solcher Aufteilung zwischen den Großmächten auch für

Frankreich etwas einzuheimsen hoffte. Der nationalen Forderung des deutschen Volkes konnte damit nimmer Genüge geschehen.

Im August des Jahres 1813, als endlich der Bund mit Österreich geschlossen und nun alle Mächte vereinigt den Kampf gegen den Korsen aufnehmen wollten, da faßte Stein in Prag andere Gedanken.*) Wenn es nicht anders möglich sei, so müsse es allerdings bei dem Doppelbund bleiben, aber ein Kaiser und ein Reich schien ihm doch jetzt nicht mehr ausgeschlossen. Wer sollte dieser Kaiser sein, welche Landschaften sollten dies Reich bilden? Österreich, argumentierte der Freiherr, ist durch seine vielen undeutschen Länder Deutschland stark entfremdet, Preußen hingegen „erhält sich seiner Natur nach den deutschen Geist freier und reiner“: ganz recht, schließt man heute, das ist der Grund, weshalb Österreich endlich aus Deutschland weichen und Preußen den Aufbau des Nationalstaats überlassen mußte. Stein aber schloß: deshalb soll Preußen von dem neuen deutschen Reiche ausgeschlossen werden und Österreich die deutsche Kaiserwürde erhalten! Nicht so, daß nun ganz Österreich in den deutschen Bund eintrete, sondern so, daß es bis auf die kleinen vorgeschobenen westlichen Landschaften ein geschlossenes Reich für sich bildet mit eigener Armee und eigener Diplomatie. Ebenso bildet Deutschland ein eigenes Reich, regiert von dem Kaiser und dem Reichstag, bestehend nicht bloß aus fürstlichen Bevollmächtigten, sondern aus Fürsten und Ständen zusammen. Preußen bleibt außerhalb jenes Bundes, mit Ausnahme einiger westlicher Landschaften. Die Elbe bildet die Grenze: durch alle Länder diesseits der Elbe, Sachsen, Mecklenburg, Holstein wird Preußen für diesen Ausschluß entschädigt. Seine Beziehung zu Deutschland ist Garantie der Verfassung und ein ewiges Schutz- und Trutzbündnis. In einem etwas späteren Brief**) (vom 21. Nov. 1813) betont Stein noch ganz besonders, daß man die neue kaiserliche Gewalt stark machen müsse. Nicht auf papierne Verträge, sondern auf Geld, Soldaten und jede Art des Regierungseinflusses müsse sie sich stützen, auch auf das Innere der Verwaltung der einzelnen Länder Einfluß

*) Die Denkschrift steht nicht in Pertz' Leben Steins, sondern ist erst aus dem „Politischen Nachlaß des hannoverschen Ministers Ludwig von Ompteda“, Bd. III. S. 224, 1869 bekannt geworden.

**) Ebenfalls nicht bei Pertz, sondern erst neuerdings veröffentlicht von P. Bailleu in der Hist. Zeitschr. Bd. 46.

haben und den Unterthanen Schutz gewähren gegen die Bedrückungen der Fürsten. Und dieser Kaiser sollte der Kaiser von Österreich werden! Es ist nicht einer, es ist die Verbindung der beiden falschesten Gedanken, die die deutsche Geschichte unseres Jahrhunderts verwirrt haben: die Trias und die Hegemonie Österreichs zugleich! Jedes Kind argumentiert heute: weil Österreich wesentlich slavisch-ungarisch, so wird es stets suchen, seinen deutschen Einfluß zu gunsten der Interessen jener seiner Erblande zu verwerten. An die Spitze Deutschlands gehörte der Staat, der weil er rein deutsch ist, auch keine anderen Interessen als die allgemein deutschen hat: Preußen. Stein will diese Preußen, die eben an der Katzbach und bei Dennewitz, bei Wartenburg und Möckern den Deutschen die nationale Freiheit wieder erstritten — von Deutschland ausschließen.

Noch während des Fortganges des Krieges wurde Stein inne, daß diese Pläne auf Widerstand stoßen würden und konstruierte auf dem Wege nach Paris (in Chaumont, 10. März 1814) ein neues Gebäude. Das Kaisertum, die eigentliche Verkörperung der nationalen Einheit war fallen gelassen. An seine Stelle sollte ein Direktorium der vier größten Mächte, Österreich, Preußen, Bayern und Hannover treten. Dies Direktorium sollte das Recht des Krieges und Friedens haben. Damals war Souverän von Hannover der König von England. England also und Bayern sollten gleiche Rechte über Deutschland haben wie Preußen.

Im Sommer wurde dieser Plan weiter fortgebildet in Gemeinschaft mit Hardenberg, dem preußischen Staatskanzler. Das Ergebnis war das Projekt, das auf dem Wiener Kongreß vorgelegt wurde: kein Kaisertum, keine Vorherrschaft der vier Größten, sondern ein Fürstenbund unter Ausschluß der Hauptmassen der preußischen und der österreichischen Länder, etwa bis an die Elbe und den Inn. „Alles was die Wohlfahrt im Innern und ein allgemeines Interesse betrifft" gehört zur Kompetenz des Bundes (§ 24). Speziell sind genannt die Heeresverfassung, Handel, Zollgesetzgebung, Post, Münze, allgemeines Gesetzbuch. Was wäre aus Preußen geworden, wenn an der Elbe entlang die deutsche Zollgrenze gelaufen wäre und die jenseitigen Provinzen unter der Obergewalt einer deutschen Bundesversammlung gestanden hätten, in der Preußen nur einen geringen Stimmenanteil besaß? Der Bund aber, hätte er die nationale Sehnsucht und den

nationalen Stolz befriedigen können, regiert von einer Bundesversammlung, in der sogar die mediatisierten Kleinfürsten Sitz und Stimme hatten und die Rivalität der Großmächte jede Fortbildung zu strafferer Einheit verhinderte?

Dennoch ist von allen damals vorhandenen Plänen dieser noch der relativ rationellste. Der Bund würde — glücklicherweise — ganz ebensowenig Aktivität entwickelt haben, wie der spätere im „Inkompetenzgebäude". Einige Nebenbestimmungen aber waren gut, namentlich eine Einteilung des Bundes in Kreise, welche die ganz kleinen Staaten den größeren speziell in militärischer Beziehung unterordnete und zwar so, daß an Österreich nur Baden und Hohenzollern, an Preußen mit Ausnahme von Hannover und seiner Klientel, ferner Bayern und Württemberg, die eigene Kreise bilden sollten — alle anderen Kleinstaaten gekommen wären. Aus diesem Grunde wird Metternich die ganze Institution verworfen haben, während die beiden aktiven preußischen Minister Hardenberg und Humboldt den Plan, trotz der Ausschließung der Lande diesseits der Elbe guthießen.

Stein umgekehrt wurde zu sehr von dem Postulat des Nationalstaats beherrscht, um sich für einen solchen diplomatischen Notbau zu erwärmen und kam noch auf dem Wiener Kongreß wieder auf die Idee der deutschen Kaiserwürde für Österreich zurück, mit eben derselben widersinnigen Begründung, daß man das undeutsche Österreich durch die Kaiserrechte künstlich an Deutschland fesseln müsse. Hardenberg und Humboldt erwiderten mit der einleuchtenden Formel, daß ein solches Kaisertum, wenn stark, Preußen nachteilig, wenn schwach, unnütz sein werde — aber Stein nannte das vortreffliche Memoire, welches Humboldt darüber schrieb, in seinem Tagebuch*) „ein verworrenes, sophistisches, schlecht stilisiertes Machwerk". (4. und 23. März 1815.) In seinem Bestreben das schlechthin Unvereinbare, das deutsche Kaisertum Österreichs und das Recht Preußens doch noch zu vereinigen, war er endlich bei dem Gedanken angelangt, im Kriegsfall das deutsche Bundesheer unter die Leitung des Kaisers mit einem Konseil von drei Fürsten, nämlich Preußen und zwei anderen vom Bundestag gewählten, zu stellen.**) Was ein solches strategisches

*) Auch dieses Tagebuch ist erst jetzt im Original veröffentlicht von Max Lehmann in der Histor. Zeitschr. Bd. 60. (1888.)

**) Pertz IV, 741.

Direktorium zu leisten vermag, hat man 1866 im Main-Feldzuge des VII. und VIII. Bundeskorps gesehen.

Es ist nichts leichter als heute zu erkennen, daß es damals eine brauchbare und genügende Konstruktion für die deutsche Einheit überhaupt nicht gab. Hier und da, aber ganz selten, findet man eine Ahnung der wahren Zukunft, am schönsten ist sie wohl ausgesprochen in einem Brief, den der General von Steinmetz an Gneisenau schrieb. Steinmetz war 1807 Gneisenaus Vicekommandant in Kolberg gewesen, hatte 1813 eine Brigade im Yorkschen Korps kommandiert und in der Schlacht von Belle-Alliance die vorderste Brigade des Zietenschen Korps auf Papelotte geführt. Als es nun anfing zu verlauten, daß Preußen bei den Friedensverhandlungen in Paris mit seiner Forderung der Rücknahme von Elsaß-Lothringen nicht durchdringen könne, da schrieb Steinmetz an Gneisenau:

(15. September 1815.)

„Es ist mir in diesem Sturm der Zeiten, als müßte auch ich mein Wörtchen hinzuthun, damit das Bessere gedeihe und eine Ordnung der Dinge eintrete, die uns Friede und Freude giebt und die nicht zu erwarten ist, wenn solche unnatürliche Friedensschlüsse, wie jetzt verlauten will, wirklich in Ausführung kommen. . . . Ganz Deutschland, Hannover und Bayern etwa abgerechnet, ist mit uns, wenn wir erklären, daß nicht umsonst solle geflossen sein das Blut so vieler braven Deutschen und daß darum Preußen zur Sicherheit aller Deutschen die Herausgabe der Festungen weigere. Auch ist keine Rettung für Deutschland und für Preußen selbst, als dadurch, daß diesem Hause die Oberherrschaft übertragen wird und dazu sollte ich doch meinen, daß alle, oder doch die Mehrheit der deutschen Stimmen zu gewinnen sein mögen. Wirklich ist es jetzt Pflicht, daß Preußen sich darum bemühe, obwohl die alte Meinung seiner Herrschsucht dadurch aufs neue geweckt wird. Österreich ist kein deutsches Haus mehr, Italiener, Ungarn, Polen, Böhmen und die Slavonier sind 4/5 gegen die Deutschen dieses Staats; wie wollen ihre Fürsten und Herren gleiche Meinung, gleiches Interesse mit uns sein und haben können? Es kann für sich allein in dem europäischen Bunde stehen, nicht so Preußen, wir müssen also nach mehr streben! Und verarbeitet ist das deutsche Publikum wirklich schon ziemlich durch Arndt und andere; in der That zweifle ich nicht, daß dieser Plan gelingt, wenn wir ernstlich

wollen. Euer Excellenz stehen auf einem Standpunkt, aus welchem Sie die Möglichkeit näher übersehen können. Ernstlich möchte ich jetzt einen Bund entstehen sehen, der der preußisch-deutsche hieße, denn ohne dem war alles Streben und Treiben nicht des Mühens wert, wie sollen wir zur Ruhe kommen und Freiheit behalten zu denken und zu thun, wenn in Deutschland nicht Einheit und eine kräftige Einheit durch Preußen ist? — Lasse man einem jedem das Seine, aber für Mit- und Nachwelt stehe dieses Seine unter Preußens Schutz. Gott gebe Ihnen Heil und Segen und unserem Staatskanzler Kraft, ein Werk zu vollenden, welches den Begebenheiten der Zeit und ihren Erwartungen entspricht."

Es giebt kein schöneres Blatt in der deutschen Geschichte als diesen Brief. Wäre aber der Verfasser wegen dieser seiner politischen Intuition als Staatsmann über Stein zu stellen? Es ist keine Frage, daß er in der Kardinalfrage der deutschen Politik den richtigen Weg erkannte und Stein nicht: aber dem Brigadegeneral von Steinmetz wurde die Erkenntnis gerade dadurch leichter als dem aktiven Staatsmann Stein, weil er den konkreten politischen Verhältnissen so viel ferner stand. War denn Preußen 1815 in der Lage, den „preußisch-deutschen" Bund zu schaffen? Es gab freilich einen Mann, der schon damals, als er hörte, daß Preußen auf dem Wiener Kongreß nicht zu seinem Rechte kommen könne, bereit war, das Schwert zu ziehen und Königgrätz schon damals zu schlagen. Es war Gneisenau. Aber sehr fein und richtig erwiderte ihm der Kriegsminister, General von Boyen, eine solche Politik einzuschlagen, müsse man der König von Preußen selber sein.

So gruppieren sich in wunderbarer Weise die Politiker, man möchte sagen in verschiedenen Distanzen vor dem Problem. Das Problem ist zur Zeit unlösbar: das erkennen mit Leichtigkeit die Männer der alltäglichen Diplomatenarbeit, die Nüchternen, denen Schwung wie Ideen überhaupt fehlen: Metternich und Friedrich Wilhelm III. In den unmöglichsten, widerspruchvollsten Lösungen quälen sich ab die, denen die Ahnung des wahren Zieles in der Seele wohnt und die sich der Macht dieses Gedankenzuges nicht zu erwehren vermögen, dabei aber mitarbeiten in der aktuellen politisch-diplomatischen Arbeit, Stein, Hardenberg, Wilhelm von Humboldt. In den stärksten Widersprüchen bewegt sich dabei Stein: seine Prager Denkschrift, in der er

Preußen aus Deutschland hinausweisen wollte, ist dennoch nach Treitschkes Wort „eines der beredtesten und mächtigsten Werke seiner Feder“.

Wieder einen Schritt ferner, sodaß er sich erlauben darf, einmal seiner Phantasie freien Spielraum zu geben, steht von allen der Gewaltigste, der Ziel und Mittel gleich scharf erkennt, aber dabei wohl weiß, daß an Ausführung ernsthaft nicht gedacht werden kann, Gneisenau. Endlich ganz abseits von aller praktischen Politik steht ein Mann, Steinmetz, der nicht ahnt, was es heißt, eine deutsche Verfassung mit Zustimmung aller europäischen Mächte ausarbeiten, und ruft mit dem Glauben des Propheten: „Ein deutsches Reich unter Preußen, denn ohne dem war alles Streben und Treiben nicht des Mühens wert.“

Gustav Freytag über Kaiser Friedrich.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 64, November-Heft 1889.)

Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone. Erinnerungsblätter von Gustav Freytag. Leipzig, S. Hirzel.

Mit Beklommenheit habe ich dies Buch gelesen und mit Bitterkeit habe ich es endlich aus der Hand gelegt. Sagt man, es ist die Wahrheit, welche bitter schmeckt, so antworte ich: solchen Trank zu kredenzen, ist gut; es ist höchste, edelste Mannestugend, wo eine Notwendigkeit, wo ein Zweck vorliegt. Hier sehe ich keine Notwendigkeit und keinen Zweck. Welchem preußischen Könige, ja nur welchem hervorragenden Mann ist es geschehen, daß ein Jahr nach seinem Tode von Freundeshand der Welt ein Charakterbild übergeben wird, in dem mit einer wahren Erbarmungslosigkeit jeder Zug nach der Seite der Schwäche hin ausgemalt und ausgeführt ist? Selbst der goldige Schimmer der Liebenswürdigkeit und Herzensreinheit in den das Ganze getaucht ist, muß diesen Eindruck nur verstärken. Daß ein großer Dichter und Schriftsteller mit diesem Bild ein Kunstwerk geschaffen, das alle lesen und von dessen Eindruck sich das Gemüt des Volkes beherrschen lassen wird, verschärft immer von neuem in uns das Gefühl des Bedauerns. So unsere Empfindung, wenn die Charakteristik Freytags richtig wäre. Sie ist aber nicht richtig. Ich würde mich desselben Fehlers schuldig machen, dessen ich den sonst so verehrten Mann anklagen muß, wenn ich auf die intimen Einzelheiten seiner Schilderung eingehen wollte, um dieses zu bestreiten, jenes zu bestätigen, anderes durch Ergänzung zu vervollständigen und dadurch erst in das rechte Licht zu rücken. Alle solche Intima lasse ich auf sich beruhen, um zwei Punkte herauszugreifen, die ihrer Natur nach der allgemeinen Geschichte angehören und bei denen ich außerdem glaube, nicht bloß Zeugnis gegen Zeugnis

setzen, sondern auch mein Zeugnis durch allgemeine Argumente von einleuchtender Kraft verstärken zu können.

Das Erste ist die Stellung des Kronprinzen zur deutschen Kaiserkrone, nach der Freytag das ganze Büchlein betitelt, obgleich es ja thatsächlich noch von vielem anderen handelt.

„Aus dem fürstlichen Stolz,“ sagt Freytag, „erwuchs in der Seele des Kronprinzen die Idee des deutschen Kaisertums.“ Dabei führt er des Weiteren aus, wie erfüllt von der Hoheit seines Standes der Herr gewesen, daß er „hochfahrender war als andere seiner Standesgenossen, wo er Veranlassung hatte, sich an seine eigenen Ansprüche zu erinnern“, daß das Ziel seines Strebens war, sich und sein Haus durch die Kaiserwürde über die anderen fürstlichen Familien Deutschlands zu erheben. Mit diesem Adelsstolz Hand in Hand ging ein lebhafter Sinn für Ceremoniell, Gepränge, Festlichkeiten, „bei denen der Fürst sich als Mittelpunkt prächtig darstellt“.

Alle diese Züge sind als Einzelheiten richtig und das Ganze dennoch falsch. Rang und Gepränge waren dem Herrn wohl ernsthafte Sachen und viel mehr als bloße Dekoration, und die Kaiser-Idee hat hieraus gewiß einige Nahrung gesogen, aber ihre Wurzeln gingen doch viel tiefer. Der Kronprinz sah in der Kaiser-Idee die Verkörperung der nationalen Idee und weil er sich aus der preußisch-partikularistischen zu voll deutschnationaler Gesinnung emporgearbeitet hatte, deshalb wollte er für das nationale Werk auch die Krönung, die es allein als vollständig erscheinen lassen konnte, die Krönung mit der Kaiserkrone. Dachte so nicht die ganze öffentliche Meinung, soweit sie national, monarchisch und unreflektiert naiv war? Freitag sagt, daß viele Männer, ja die herrschende Meinung in Norddeutschland damals von dem Kaisertum nichts habe wissen wollen. Ich bestreite das vollständig. Gegen das Kaisertum waren außer den preußischen und sonstigen Partikularisten eine Anzahl Gelehrter, die auch einmal „Realpolitiker“ sein wollten, die weil sie erkannt hatten, daß es mit dem „ganzdeutschen“ Enthusiasmus (nämlich mit Österreich) nicht gehe, nun alles nüchtern und praktisch zurechtmachen wollten und alles, was die Gefahr romantischer Begeisterung mit sich brachte, als alten unnützen Plunder abzuthun rieten. So entstand die realpolitisch sein sollende und durch und durch doktrinäre Idee eines „Deutschen Königs“ oder gar „Herzogs“ als „Bundesfeldherrn“. Der alte „Kaiser“ war ja,

wie man belehrt wurde, gar kein „deutscher", sondern ein „römischer" Kaiser gewesen. Was die Herren aber verkannten, war, daß ein solcher Titel, wie jedes historische Produkt im Lauf der Jahrhunderte seinen Charakter ändern kann.

War denn etwa das mittelalterliche Kaisertum in Wirklichkeit das altrömische Cäsarentum, dessen Namen es trug? Nein, es war trotz seines römischen Namens eine deutsche Institution geworden und lebte als solche im Bewußtsein des deutschen Volkes. In all seiner Hohlheit war es bis zuletzt die höchste Repräsentation des deutschen Namens und mit vollem Recht hat deshalb das deutsche Nationalbewußtsein von den Freiheitskriegen an sein glühendes Begehren nach neuer staatlicher Einheit eingekleidet in die Form, daß ihm wieder ein Kaiser werden möge. Es war der gesundeste natürliche Instinkt, daß das neu zu gründende Reich nicht als eine moderne Neubildung moderner Wünsche und Interessen erscheine, sondern als eine Fortbildung uralter Überlieferung. An nichts leidet das heutige Frankreich mehr, als daß es den Versuch gemacht hat, eine Jahrhunderte alte Staatsbildung vollständig zu zerstören, seine Vergangenheit hinter sich zu werfen und ein von Grund auf neues Wesen beginnen zu wollen. Zum nationalen Dasein gehört nicht bloß die nationale Sprache und der nationale Staat, sondern auch die nationale Geschichte. Es ist unser Stolz und es ist ein Teil unsres Seins, daß die Sachsen-, Franken- und Staufen Kaiser unsre Kaiser gewesen sind und noch heute ziehen wir mit Friedrich Barbarossa in die roncalischen Gefilde und ins heilige Land und stehen im Büßergewand mit Heinrich IV. vor den Thoren von Canossa. Eine echte deutsche Gelehrtenschrulle war es daher, daß es ein einiges Deutschland geben könne, ohne einen deutschen Kaiser. Verständlich und politisch richtig war die Abneigung gegen das Kaisertum vom Standpunkt des altpreußischen Partikularismus, wie ihn der König Wilhelm bis zum Jahre 1870 vertrat. Beides, dieser preußische Partikularismus und der nationale Enthusiasmus waren, wie das oft dargelegt worden ist, notwendig, um das neue deutsche Reich zu begründen. Ich habe darüber in meinem Aufsatz über das Tagebuch Kaiser Friedrichs gesprochen. Völlig unfruchtbar aber war die Vorstellung eines aus nationaler Gesinnung emporgewachsenen und von nationaler Gesinnung getragenen neudeutschen Staats ohne die Anknüpfung an die Vergangenheit durch den Kaisertitel. Jedes nicht durch gelehrte Theorien auf Abwege geführte Gemüt mußte es damals so

empfinden und hat es so empfunden. So hat es auch der Kronprinz empfunden. Ich weiß es aus eigener Kenntnis und aus dem Zeugnis der ihm Nächststehenden. Nur durch denselben Doktrinarismus, der ihm das Wesen des Kaisertums überhaupt verschleiert hat, kann Freytag sich die Erkenntnis dieser so einfachen und so natürlichen Wahrheit versperrt haben.

Wie Freytag hier dem Kronprinzen schweres Unrecht thut, indem er sein idealstes Streben aus einem kleinlichen Motiv ableitet, so verschiebt er, gezwungen durch seinen falschen Ausgangspunkt, den ganzen weiteren Zusammenhang. Er nennt den Kronprinzen „den ersten Urheber und die treibende Kraft“ für das Kaisertum. In welchem Licht müßte uns zukünftig unser Kaisertum erscheinen, wenn wir ihm keinen tieferen Ursprung vindicieren dürften als fürstlichen Familienstolz? Was heißt überhaupt erste Ursache? Auch der Präsident des Bundeskanzleramts, der in Dresden mit dem König von Sachsen konferiert hatte, arbeitete bereits in Rheims eine Denkschrift aus, in der er entwickelte, daß der König „das Opfer bringen“ und den Kaisertitel annehmen müsse — hatten aber die Deutschen nicht schon 1814 auf dem Wiener Kongreß einen Kaiser verlangt? Freytags Ausdruck klingt so, als ob das Kaisertum etwas von außen und willkürlich in die nationale Frage hineingetragenes gewesen wäre. Nicht darin bestand das Verdienst des Kronprinzen um die Neuerrichtung des Kaisertums, daß er auf die einzelnen politischen Schritte einen Einfluß geübt oder gar, daß er dem Grafen Bismarck den Gedanken unter den Fuß gegeben, sondern darin, daß er, der Thronerbe Preußens seine ganze Persönlichkeit mit dem nationalen Gedanken erfüllt hatte und dadurch Zeugnis gab von einer so unwiderstehlichen alles überwältigenden Kraft dieses Gedankens, daß auch der vorsichtig tastende, praktische, leitende Staatsmann sich ihm vertrauen und die Segel des Schiffs auf diesen Wind stellen konnte. Nicht, daß er das Kaisertum schuf, ist der Ruhm des Kronprinzen, denn das konnte nur der Staatsmann, der die Geschäfte besorgte: auch nicht, daß er die erste Anregung dazu gab, denn die gaben damals Hunderte zugleich: sondern, daß er in seiner Eigenschaft als preußischer Kronprinz sich zum Repräsentanten der deutschen Idee machte. Einer der Herren, die den Kronprinzen als Adjutanten begleiteten, da er nach Süddeutschland reiste, um den Oberbefehl zu übernehmen, erzählte mir, wie auf jedem

Bahnhof die Bevölkerung mit dem Bürgermeister an der Spitze, dastand und die Ansprachen und die Hochrufe sich wiederholten und kein Ende nehmen wollten, da habe zuerst auf dem Bahnhof zu Ingolstadt sich in das Hochrufen auf den Kronprinzen der Ruf gemischt: es lebe der deutsche Kaiser. Was war auch den Ingolstädtern der preußische Kronprinz? Der Herr selbst hatte es nicht gehört, aber als es nachher in den Bericht aufgenommen werden sollte, da fragte er mit der ungläubigen Miene Jemandes, dem doch das „Nein" eine Herzkränkung sein würde: Hast Du es auch wirklich gehört? Der Ruf wurde vorsichtigerweise in dem Bericht wieder gestrichen, hier aber stehe er als ein historisches Beispiel, wo wirklich die „erste Anregung" zum Kaisertum zu suchen ist.

Freytags pseudo-realpolitische Unterschätzung des Kaisertitels giebt auch den Ton an für die an die Spitze gestellte Schilderung von des Kronprinzen Vorliebe für Rang, Ceremonien, Wappen, Titel, Orden, Gepränge. Es ist nicht richtig, daß alle diese Dinge so wertlos sind. Von je hat zu Herrschaft und Größe auch Repräsentation gehört. Das Volk verlangt sie und vermißt sie oft schmerzlich, wo sie nicht geboten wird. Niemand wußte das besser, als der bis zum Cynismus realpolitische Staatsmann, Napoleon I., der in Sandalen, Cäsarenkostüm und Bienenmantel auf das Marsfeld hinauszog, sich dem Volke zu zeigen. Bei allem Eifer, den der Kronprinz solchen Dingen widmen konnte, ironisierte er doch auch selbst wieder darüber, ein Beweis, daß seine Wertschätzung ihre Grenzen halte. Wenn Freytag sagt, er hatte die „herkömmliche fürstliche Auffassung von Rang und Stand", so möchte ich diesen Satz sehr einschränken. Er hatte eine sehr, eine überaus hohe Meinung vom Fürstenstande, aber durchaus nicht die „herkömmliche". Zu dieser „herkömmlichen" gehört auch eine scharfe Unterscheidung zwischen dem niederen Adel nnd dem Bürgertum, und zwar eine Unterscheidung, welche nicht bloß äußerlich ist, sondern sich auf den Wert der Person erstreckt. Von solcher Unterscheidung wußte Kaiser Friedrich nichts: hier war er der philosophische Humanist des neunzehnten Jahrhunderts. Was er in den Titeln und Stammbäumen schützte und pflegte, war das reine Äußerliche, wenn das Wort „Dekoration" zu gering klingt, der Schmuck.

Der zweite Punkt, den ich glaube behandeln zu dürfen, ist Freytags Urteil über den Kronprinzen als Feldherrn. „Wer sagen wollte,

er ist zum berühmten Feldherrn geworden, ohne daß er ein tüchtiger Soldat war, der würde dem geliebten Toten kein Unrecht thun", heißt es. Lautete der Ausdruck „zum tüchtigen Feldherrn geworden ohne ein tüchtiger Soldat gewesen zu sein", — so würde sich darüber reden lassen. Man würde dann den Ausdruck „tüchtiger Soldat" in sehr engem Sinne fassen, beinah wie „Kommiß-Soldat", oder etwas höher in dem Sinne, wie öfter Offiziere, denen sonst geistige Begabung fehlt, doch als Truppenausbildner gerühmt werden. Niemand könnte etwas darin finden, wenn in diesem Sinne dem Kaiser Friedrich der „tüchtige Soldat" abgesprochen würde. Die Ergänzung dazu aber, die Freytag giebt, ist nicht ein „tüchtiger", nicht einmal ein „erfolgreicher", sondern nur ein „berühmter" Feldherr, also ein Epitheton, das auch nicht den leisesten Schatten persönlichen Verdienstes einschließt. Der umschreibende Satz, der vorhergeht, lautet „im Kriege führte er die militärischen Aufgaben eines Feldherrn nur deshalb vortrefflich durch, weil er seinem Generalstabschef durchaus vertraute, und die fürstliche Schaustellung, sowie die Verantwortung sehr bereitwillig auf sich nahm". Nach Freytags Meinung sollen die beiden Sätze miteinander übereinstimmen: in Wirklichkeit hebt der eine den andern auf. Freytag hat offenbar keine Vorstellung davon, was es heißt, in der Kriegführung die Verantwortung auf sich zu nehmen. Das volle Gewicht dieses Satzes zu empfinden, ist auch nicht ganz leicht, ohne eingehendes Studium kaum zu erringen. Beweis: daß noch heute die populären Schriftsteller nicht imstande sind, richtige Formulierungen für das Verhältnis Blüchers und Gneisenaus zu finden; selbst Bernhardi hat darin noch sehr fehlgegriffen. Immer wieder taucht die alte Formel auf: sie ergänzten einander: wie ich einmal in der Aufzeichnung eines Blücherschen Adjutanten gefunden habe: sie ergänzten einander wie ein roher Edelstein und ein geschliffener. Worin ergänzt denn der rohe Edelstein den geschliffenen? Der alte Soldat, der das schrieb, hatte das Richtige, was er erlebt hatte, nicht auszudrücken vermocht und verfiel so in das mißglückte Gleichnis. In nichts, in durchaus nichts bedurfte Gneisenau der Ergänzung durch Blücher: sogar wenn einmal die Not aufs höchste stieg, so war es nicht Blücher, der Gneisenau aufrecht erhielt und tröstete, sondern Gneisenau Blücher. Dennoch und mit Recht ist Blücher der Feldmarschall der Preußen in den Freiheitskriegen, nur weil er die Verantwortung trug und auf sich nahm. Die Kühnheit, der Mut des Entschlusses, die

Verantwortung bilden eben den eigentlichen Kern des kriegerischen Genius. Kaum können zwei Personen einander unähnlicher sein als das etwas unsaubere geniale Naturkind Blücher und der feingebildete, alles dessen, was man genial zu nennen pflegt, gewiß durchaus entbehrende Kronprinz. Dort alles sorgloses Selbstvertrauen, hier Impressionabilität und ängstliche Sorge, pflichtmäßig alles zu erwägen und allen Umständen gerecht zu werden. Blücher war imstande, als er das Heer bei Möckern zur Schlacht führte, zwischendurch einmal einen aufspringenden Hasen zu hetzen: Gneisenau machte ja derweilen die Sache und auch wenn er einen Fehler machte, der Alte getraute sich, es doch durchzufechten. Der Kronprinz hatte durchaus nichts von dieser natürlichen Verwegenheit und Sicherheit; er hatte von Natur sogar das Gegenteil. Aber er hatte sich die Erkenntnis erworben, daß im Kriege Mut, Entschlossenheit und Festigkeit die entscheidenden Tugenden seien. Er erkannte und empfand das militärische Ingenium seines Generalstabschefs und ermöglichte, indem er ihm nunmehr voll vertraute, ein Zusammenwirken, welches mit dem zwischen Blücher und Gneisenau trotz der höchsten persönlichen Verschiedenheit, in diesem einen Punkte in der That eine gewisse Ähnlichkeit hat. Freytags Satz „er nahm sehr bereitwillig die Verantwortung auf sich“, spricht ein sehr großes Wort sehr gelassen, viel zu gelassen aus. Durchaus nicht jedem prinzlichen Heerführer läßt es sich nachrühmen. Die Einschränkung, die bezüglich des Vergleichs mit Blücher und Gneisenau noch zu machen ist, liegt hauptsächlich darin, daß Situationen und Entschlüsse von so ungeheurer Gefahr, wie in den Freiheitskriegen, in den Kriegen von 1866 und 1870 überhaupt nicht vorhanden und nicht zu fassen waren; wenigstens nicht von der Stelle des Kronprinzen aus. Es ist unnötig zu grübeln, was, gesetzt diesen oder jenen Fall, vielleicht gekommen sein würde. Sicher aber ist und durch die Erzählungen der Nächstbeteiligten bezeugt, daß der Kronprinz sich den gefährlichen und drangvollen Momenten, die thatsächlich an ihn herangetreten sind, gewachsen gezeigt hat. Ich darf erinnern an die Scene aus der Schlacht bei Wörth, die ich in meine „persönlichen Erinnerungen“ eingeflochten habe, wie der Kronprinz die Bayern ins Gefecht schickte. Das war nicht der Generalstabschef, das konnte auch kein Generalstabschef. Das konnte nur der Feldherr selbst. Gewiß war es mit dem Rat des Generalstabschefs, daß, als das Oberkommando um 1 Uhr auf dem Schlacht-

selbe erschien, das unabsichtlich eingeleitete Gefecht als Schlacht durchgefochten wurde. Aber der Entschluß und die Haltung, die er dabei bewahrte, und die Wirkung, die von dieser Haltung aus auf die ganze Armee ausstrahlte, ist nicht bloß „fürstliche Schaustellung“, sondern eine wirkliche und echte, ruhmwürdige, kriegerische That des Kronprinzen selbst.

Die größte Gefahr, in der in diesen neuesten Kriegen die preußische Armee geschwebt hat, war am Morgen des zweiten Tages des Einmarsches in Böhmen (28. Juni). Das I. Armeekorps war bei Trautenau geschlagen und wieder über das Gebirge zurückgegangen. Das Gardekorps steckte noch in den Pässen und mit einer einfachen Wendung hätte Gablenz, der eben bei Trautenau gesiegt, ihm den Austritt versperren können. Steinmetz, mit dem V. Korps (verstärkt durch eine Brigade des VI.) stand hart vor einem mehr als doppelt (35000 gegen 80000) überlegenen Feinde. Hätte der Feldzeugmeister Benedek, der selbst zur Stelle war, eine Ahnung gehabt von der Situation bei den Preußen, so hätte er einen glänzenden Sieg erfechten, die Steinmetzschen Truppen vielleicht völlig zertrümmern können. Aber er suchte seinen Sieg an einer andern Stelle und in dem Augenblick erraffte Steinmetz seinen glänzenden Triumph bei Skalitz und die Garde brach hervor aus den Gebirgspässen bei Soor. Auch auf preußischer Seite wußte man naturgemäß nicht, in wie großer Gefahr man thatsächlich schwebte, aber der heutige Betrachter möge sich nur einmal hineinversetzen in die Lage, täglich von der Möglichkeit solcher Gefahren umringt zu sein, um eine Empfindung davon zu erhalten, was es heißt, dabei Ruhe und Sicherheit zu bewahren. In den „Briefen“ des Prinzen Hohenlohe findet sich (Bd. 2. S. 141) eine Schilderung, die sich nur auf den Kronprinzen an diesem Morgen beziehen kann und hier als Illustration eingeschoben werden möge.

„In einem der Feldzüge, erzählt Hohenlohe, meldete ich mein Eintreffen meinem Oberkommandierenden, der auf einer Höhe hielt. Man sah und hörte rechts und links von uns in der Entfernung von mehr als einer Meile heftiges Gefecht.“ „Ich bin persönlich in einer verzweifelten Lage“, sagte der Feldherr. „Rechts schlägt sich eins meiner Armee-Korps, links ein anderes. Der heutige Tag ist entscheidend für die Armee und ich bin verurteilt, hier nichts zu thun, als eine Pfeife nach der anderen zu rauchen, denn ich habe

angegeben, daß Meldungen mich auch auf dieser Höhe treffen, und wenn ich sie verlasse, bringe ich Konfusion in die ganze Armeeführung."

Diese Schilderung kann man sich aus dem Generalstabswerk und aus dem jetzt ja gedruckt vorliegenden „Tagebuch" ergänzen. Steinmetz, der die große Übermacht vor sich sah, hatte um Unterstützung gebeten und eine Gardedivision war ihm zugesagt. Da kam die Nachricht, daß Bonin bei Trautenau zurückgegangen sei, man bedurfte nunmehr des gesamten Gardekorps nach dieser Seite. Steinmetz scheute sich trotzdem nicht, seinen Gegner anzupacken, aber, schreibt der Kronprinz, natürlich war ich in Sorgen, da ich mir sagte, daß er nicht ohne dringenste Not um mehr Truppen gebeten haben könnte. „Gegen 2 Uhr erhob sich eine ungeheure Staubwand, die in der Richtung auf Nachod sich bewegte, sodaß wir eine Zeitlang sicher glaubten, das V. Armeekorps sei zu einer Rückwärtsbewegung genötigt worden."

Es war nicht so. Der Entschluß, trotz des Echecs von Trautenau, die einmal ergriffene strategische Aufgabe standhaft durchzuführen, hatte sich bereits mit den Siegeslorbeeren belohnt. Wer sich eben einmal lebendig in eine solche Schlachtscene hineinversetzt, wird auch empfinden, daß die Charakterisierung Freytags dem Kronprinzen durchaus nicht gerecht geworden ist. Sie ist entsprungen nicht der unmittelbaren Anschauung des Dichters und Menschenkenners Freytag im Hauptquartier, sondern einer unzulänglichen Einsicht in das Wesen der Kriegführung. Daß Freytag bei seiner Darstellung sich auch eines erfahrenen militärischen Beirats nicht bedient hat, erhellt aus der durchaus falschen, ja nach dem Erscheinen des Generalstabswerks unglaublich falschen Charakteristik der Schlachten Bazaines bei Metz.

Es ließe sich noch manches sagen über die Art wie der Kronprinz bei all seiner Liebenswürdigkeit und Weichheit, die militärische Autorität aufrecht zu erhalten wußte; wie er einmal einen kommandierenden General, der ehedem sein eigener Vorgesetzter gewesen war, so empfing, daß dieser verlangte vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden; welche keineswegs bloß vorübergehende Bedeutung „der holde Rausch fremder Poesie", die Persönlichkeit des Kronprinzen für die Vermählung mit den Süddeutschen hatte; wie der prächtige alte Kriegsmann, der schon

unter Napoleon gefochten, der General von Hartmann, als der Kronprinz die ersten eisernen Kreuze an die Bayern verteilte, mit Thränen in die Worte ausbrach: „Für einen solchen Herrn läßt man sich gern totschießen“ — aber für diesmal zur Kritik der Freytagschen Charakteristik mag es genug sein. Ich denke, es ist schon ein ganz anderer Kaiser Friedrich der erscheint, auch wenn man nichts thäte, als die eben entwickelten Züge der Freytagschen Skizze hinzufügen.

Die Regierung Friedrich Wilhelms IV.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 65, Januar-Heft 1890.)

Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten von Heinrich von Sybel. Zwei Bände. München und Leipzig. R. Oldenbourg.

Des Freiherrn Carl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz, Kgl. Preuß. General-Leutnant und General-Adjutant König Friedrich Wilhelms IV., Staats- und Kabinets-Minister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Denkschriften. Aus dem Nachlaß herausgegeben von seinen Kindern. Zwei Bände. Berlin, Wilhelm Hertz (Besser'sche Buchhandlung).

Bestimmt die auswärtige Politik eines Landes die innere? Oder die innere die auswärtige? Oder stehen sie in Wechselwirkung zu einander? Die erstere Anschauung dominiert in den Ideen des tiefsten Kenners der Geschicte der Menschheit, in der Weltgeschichte Leopold Rankes. Die zweite ist diejenige aller Tagespolitiker — wo fiele es diesen je ein, von den auswärtigen Beziehungen anzufangen, wenn sie über die inneren Verhältnisse und Parteikämpfe urteilen? Der dritte Satz endlich, von der Wechselwirkung wird sofort theoretisch von jedem zugegeben werden. Es kommt darauf an, was er besagt und wie sich damit das starke Übergewicht der auswärtigen Politik in der kanonischen Geschichtsauffassung, der Rankeschen vereinigen läßt.

Es vereinigt sich so: allerdings stehen innere und auswärtige Politik in Wechselwirkung, aber derart, daß in allen großen und fruchtbaren Epochen, in allen den Ereignissen also, die hauptsächlich den Inhalt der Weltgeschichte bilden, die auswärtige Politik das führende, stärkere, entscheidende Moment ist. Zuweilen ist es auch die innere — aber das ist das Zeichen der Stagnation oder des Niederganges, oder wenigstens der inneren Unbefriedigung. Darum sieht die Tagespolitik die Dinge immer von dieser Seite an: weil hier die Gesichts-

punkte der Beurteilung meist klein, alltäglich, naheliegend, für jedermann faßbar sind.

Einige Beispiele mögen diesen Satz erläutern. Der französische Angriff auf Deutschland im Jahre 1870 entsprang den Bedürfnissen der inneren Politik, der erforderlichen Befestigung des napoleonischen Thrones durch neue Erfolge. Das Resultat war ein völliger Zusammenbruch. Der Krimkrieg und der italienische Krieg desselben Herrschers entsprangen auch dem Drange einer neuen Regierung, sich durch Thaten eine Stellung zu verschaffen, aber sie entsprachen zugleich großen, wahrhaften Bedürfnissen der europäischen Lage: sie waren erfolgreich. Die Zustände der heutigen französischen Republik sind nicht verlockend, aber sie sind erstaunlich günstig und sogar blühend im Verhältnis zu dem jedes Halts entbehrenden republikanischen Regierungsorganismus. Warum? Die auswärtige Politik hält das in allen seinen Knochen morsche und zerbrochene Staatswesen mit einer eisernen Klammer zusammen.

Die so unendlich fruchtbare europäische Bewegung, welche von der französischen Revolution ausging, scheint ausschließlich in der inneren Politik ihren Ursprung genommen zu haben. Dem ist jedoch nicht so. Schon in der Abwendung der Geister von der bestehenden Regierung, spielte die schlechte auswärtige Politik Ludwigs XV. eine wesentliche Rolle. Ferner haben die revolutionären Ideen einen propagandistischen Zug, der nicht gestattet, sie ausschließlich als eine innerfranzösische Angelegenheit zu betrachten. Endlich ist der Verlauf der Revolution, der Sieg des äußersten Radikalismus und der endliche Ausgang in die Militärdiktatur ganz vorwiegend durch die Einwirkungen der äußeren Politik bedingt worden. Erst durch diese Verflechtung mit den auswärtigen Angelegenheiten hat die Revolution den großartig dämonischen Zug, ihre eigentliche Kraft erhalten.

Nun erst die preußische Geschichte! Man möchte sagen, in ihr ist die auswärtige Politik alles — die innere nichts als ihr Reflex. Durch den Zufall des Erbgangs werden im 17. Jahrhundert einige weit auseinanderliegende Territorien in der Hand eines großen Fürsten vereinigt: um alle seine Ansprüche nach allen Seiten hin zu verteidigen, schafft dieser Fürst sich eine Armee. Aus den Bedürfnissen der Armee erwächst eine neue Steuer, und endlich überhaupt eine neue Verwaltung. Kräfte ziehen Kräfte an: das neue Staatswesen

wächst und wächst, indem es innerlich erstarrt. Eine neue Zeit steigt herauf; der preußische Staat ist nicht fähig ihr zu folgen, denn das Lebensprinzip der neuen Zeit ist allgemeine Teilnahme der Bürger am Staatsleben, allgemeine Liebe, allgemeine Opferwilligkeit für den Staat, ein gemeinsames Staatsbewußtsein, der Nationalstaat. Alles das hat das alte Preußen nicht, kann es nicht haben — denn es ist ein zur fast vollen Hälfte polnischer Staat geworden. Keine Möglichkeit ist, aus den Bewohnern von Warschau, Magdeburg und Cleve einen modernen Staat zu bilden. Der preußische Staat ist fertig: er hat keine andere Zukunft, als allmählich abzuwirtschaften — wenn nicht von außen eine Erschütterung hineingetragen wird, die Wandel schafft. Diese Erschütterung kommt: die polnische Hälfte löst sich los und der Rest, das wahre Preußen, gewinnt mit der Möglichkeit sich zu reformieren, zugleich den Zwang sich zu reformieren, um durch die Entwickelung neuer gewaltiger Kräfte aus der Tiefe der Volksseele den Staat mit neuem Leben zu erfüllen und das Joch des fremden Unterdrückers zu zerbrechen. Nie hätte die Stein-Hardenberg-Scharnhorstsche Reform das innere Preußen ergriffen und umgestalten können, ohne den rauhen Kontakt mit der Außenwelt, ohne die Schlacht bei Jena, ohne Napoleon.

Nach der Wiederherstellung beginnt sehr bald im Innern die Reaktion. Warum? War der König, der die Reform von 1807 bis 1814, ja auch noch die Reformen von 1818 und 1819 gutgeheißen hatte, ein anderer geworden? Es ist nur zweierlei möglich. Entweder er hat die großen Reformen bewilligt gegen seine innere Gesinnung, allein unter dem Druck der äußeren Lage — dann wäre erst recht die Herrschaft der äußeren Politik über die innere dargethan. Oder es traten Umstände ein, die ihn in den 20er und 30er Jahren ebenso rückwärts drückten, wie sie ihn von 1807 bis 1814 vorwärts gedrückt hatten. Das letztere ist der Fall. Die auswärtige Politik ist es gewesen, die die Reaktion in Preußen hervorgerufen hat, geradeso wie ihrer Zeit die Reform. Preußens auswärtige Politik in unserem Jahrhundert ist seine deutsche Politik. Deutsche Politik zu machen war bis zum Jahre 1840 die Zeit noch nicht reif. Dazu gehörte ein neues Geschlecht. Von diesem Punkt aus und von keinem anderen ist die zweite Periode der Regierung Friedrich Wilhelms III. zu verstehen und zu würdigen. Der Träger der nationalen Idee in Deutsch-

land war der Liberalismus. Der Liberalismus haßte, verachtete, bekämpfte den Partikularismus: wer sich nicht in den Dienst der nationalen Idee stellte, war sein Feind. Preußen stellte sich nicht in den Dienst der nationalen Idee; es konnte und wollte, kaum gerettet aus dem ungeheuren Chaos der Revolutionskriege sich nicht sofort auf den Ozean neuer unermeßlicher Bewegungen und Bestrebungen hinauswagen. Die öffentliche Meinung, die freie Presse, die Burschenschaft, die Demagogen verlangten es von ihm. Da unterdrückte es die öffentliche Meinung, die freie Presse, die Burschenschaft und die Demagogen und wandte sich den Mächten zu, die sich ihm anboten als die natürlichen Stützen der legitimen Gewalt, als die Träger und Verteidiger des Partikularstaats, als die Gegner aller phantastischen Zukunftsideen, die Vertreter des Überrestes alles ständischen und feudalen Wesens und Verehrer rücksichtsloser Polizeiautorität. Die Reaktion war nicht so stark, daß sie die Reformen wieder hätte rückgängig machen können; sie war nicht einmal so stark, eine langsame, unablässige Vorwärtsbewegung auf sehr vielen Gebieten zu verhindern, aber sie war doch stark genug, namentlich den letzten zehn Jahren Friedrich Wilhelms III. das Gepräge der Stagnation zu verleihen und eine tiefe Kluft zwischen der preußischen Regierung und dem nationalen und liberalen Zuge der Epoche zu schaffen.

Die Bestätigung, daß hier das punctum saliens für das Verständnis der preußischen Politik jener Epoche zu suchen ist, giebt die Antithese, welche unsere eigene Ära darstellt. In dem Moment, wo Preußen eine auswärtige deutsche Politik machte, hat es auch den Kompaß der inneren Politik auf den Liberalismus gestellt. Wie hätte es auch anders gekonnt? Der preußische Konservatismus existierte nicht jenseits der Elbe: er existiert kaum heute hier und da auf einigen Inseln: er existierte vor 1866 in jenen Gegenden gar nicht. Ohne eine Aussöhnung mit dem Liberalismus gab es keine auswärtige deutsche Politik. Von dieser, von der auswärtigen Politik, nicht von persönlicher Vorliebe, von veränderter Gesinnung, von theoretischen Überzeugungen an der leitenden Stelle ist der Umschwung ausgegangen, postuliert worden.

Zwischen der Politik Bismarcks und der Periode des alternden Friedrich Wilhelm III. liegt die Regierung Friedrich Wilhelms IV. Authentische Kunde ist uns zum erstenmal geworden über den inneren

Zusammenhang der so wirr und widerspruchsvoll durcheinander liegenden Ereignisse dieser Epoche durch das große Werk Heinrichs von Sybel, zu ergänzen hier und da aus der Publikation der Denkschriften des Generalleutnants Freiherrn von Canitz. General von Canitz (gestorben 1850) hat einen guten Namen als Militärschriftsteller und war vom Jahre 1845 bis zum März 1848 Minister der auswärtigen Angelegenheiten Friedrich Wilhelms IV., mit dem er sich in der religiösen Gemütsrichtung und dem Glauben an Ständetum berührte und gefunden hatte. Die Denkschriften bieten zwar nicht viel, aber doch nicht zu Vernachlässigendes. Das Sybelsche Werk ist von der gesamten Tagespresse sofort so ausführlich besprochen und in seiner Bedeutung wenn nicht anders, so durch heftige Polemik, gewürdigt worden, daß wir über die Anlage, Form und Geist des Ganzen unseren Lesern nichts zu sagen hätten, was sie nicht schon wissen. Wir dürfen uns begnügen, den Autor und das Werk mit der herzlichsten Freude zu begrüßen und unverdrossenes Fortschreiten zum guten Ende zu wünschen. Edles Maß ist der Grundzug: wie es die feine Eleganz der Sprache geformt hat, so ist es das Maß im Urteil, das Maß in der Stoffmasse, das die Scharen der Leser anziehen und dauernd fesseln wird.

Die Besprechung der neuen Epoche sparen wir auf bis zum Erscheinen der weiteren Bände, heute möge uns allein die Regierung Friedrich Wilhelms IV. beschäftigen. Der Eindruck der Sybelschen Darstellung ist ein niederschmetternder. Ein niederschmetternder, was die Person des Königs betrifft — deshalb, wie man gleich hinzufügen mag, um desto beruhigender, was den Staat Preußen betrifft. Welch eine Gesundheit muß diesem Staatswesen innewohnen, daß es einen so, sagen wir unpolitischen, sagen wir unpreußischen König hat ertragen können, ohne zu Grunde zu gehen! Einer der größten Könige, die Preußen gehabt habe — sagte Herr Windthorst einmal im Reichstage. Wahrlich, Herr Windthorst hatte Recht: das war ein König nach seinem Herzen und dabei nicht etwa ein unbedeutender oder schwacher König, sondern im Gegenteil ein Mann von einer Begabung, der man das Wort genial nicht absprechen kann, man mag ihre Richtung und ihren Inhalt billigen oder nicht.

Der erste, der es versucht hat, die Person und die Regierung Friedrich Wilhelms IV. historisch-wissenschaftlich zu erfassen, war Ranke in seiner Ausgabe des Briefwechsels des Königs mit Bunsen und seiner

Skizze in der Allgemeinen Deutschen Biographie. Seine Charakteristik ist meisterhaft, auch in allem, was er ausspricht, richtig, aber es sind doch nur einzelne Episoden, für die ihm das intimere Material zur Verfügung stand und die er wirklich eingehend behandelt. So ist es Sybel vorbehalten geblieben, das vollständige und abschließende Verständnis aus den Bergwerken der Archive zu Tage zu fördern.

Die Regierung Friedrich Wilhelms IV. ist eine Epoche, die durchaus von der inneren Politik beherrscht wird. Nicht etwa so, daß nicht viele große und einschneidende Ereignisse der äußeren Politik vorfielen, sondern so, daß die Leitmotive in der inneren Politik liegen auch für die auswärtige. So möchte ich, auf die kürzeste Formel gebracht, das Ergebnis der Sybelschen Forschungen zusammenfassen. Die große Frage, die an den neuen König im Jahre 1840 herantrat, war dem Anschein nach, wie er, und wie die öffentliche Meinung es auffaßte, eine innere, die Frage einer preußischen Verfassung. Die wirkliche Frage war die deutsche. Denn es war ganz unmöglich, in Preußen zu einem befriedigenden Verfassungszustand zu kommen, so lange die öffentliche Empfindung unter der Schmach des deutschen Bundes seufzte: keine preußische Regierung, die nicht hier Hand anlegte, konnte sich auf die Dauer mit ihrem Parlamente vertragen. Umgekehrt aber: in der deutschen Frage lag auch die wahre Lösung der preußischen Verfassungsfrage: diese mußte so gestaltet werden, daß die nationalgesinnten Elemente in den Kleinstaaten für Preußen gewonnen wurden, denn ohne ein mächtiges Entgegenkommen in den Massen der Bevölkerung war auch für Preußen in all seiner Kraft die deutsche Einheit nicht zu erschaffen.

Der Punkt, von dem man am besten ausgeht, ist nicht die auf Phantasie und Gemüt am stärksten eindringende Ablehnung der deutschen Kaiserkrone, sondern die Politik, die anderthalb Jahre später nach Olmütz führte. Die Kaiserkrone so wie sie ihm geboten wurde, mit dieser Verfassung, nach dem revolutionären Prinzip der Volkssouveränität, und doch nur von einer winzigen Majorität — diese Krone mußte der König ablehnen und er hat auch, trotz einiger gegenteiliger Behauptungen, keinen Augenblick geschwankt in der Ablehnung. Unmittelbar an diese Ablehnung aber schloß sich die sogenannte Unionspolitik, d. h. ein Versuch Preußens seinerseits eine deutsche Einheit, eine Union der außerösterreichischen Staaten herzustellen. Weshalb diese Politik nicht durchgeführt, weshalb sie nach anderthalbjährigem Hantieren endlich

zu Olmütz und in der Dresdener Konferenz so schwach- und mißmutig begraben wurde, das ist das eigentliche Problem. Ranke hat hauptsächlich auf die europäische Lage hingewiesen: Rußland sowohl wie England waren dagegen; mit lauernden Hintergedanken schaute Louis Bonaparte, der neue Präsident der französischen Republik, auf die deutschen Wirren. Ganz anders war die Situation in den 60er Jahren. Da war der Krimkrieg gewesen und der italienische; Rußland, aufs bitterste verfeindet mit Österreich, begünstigte das Aufstreben Preußens, und ein neu erstandenes Königreich Italien trat in Wehr und Waffen an seine Seite. Und trotzdem — was für ein Mann, welche Staatskunst, welche inneren und äußeren Kämpfe gehörten dazu, das Werk der deutschen Einigung zu vollbringen! Wie soll das schon im Jahre 1849 möglich gewesen sein?

Die überlieferte Darstellung entbehrte nicht einer gewissen tragischen Größe. Vergegenwärtigen wir sie uns noch einmal. Preußen, pflegte man zu erzählen, arbeitete ehrlich und selbstlos an der Schaffung seines engeren Bundes; alle bestehenden Rechte sollten dabei geschont werden, das bisherige Bundesverhältnis mit Österreich aufrecht erhalten, den neuen konstitutionellen Grundsätzen Rechnung getragen werden. Aber Österreich und die vier Königreiche widersetzten sich. An den inneren Verhältnissen Kurhessens und Schleswig-Holsteins kommt es zum Zusammenstoß: sollte die „Union" diese Konflikte zwischen dem Kurfürsten und seinen Ständen, zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Dänen beilegen? Oder sollte sie dulden, daß Österreich hier auf ihrem Gebiete mit Waffenmacht seinen Parteigängern den Sieg verschaffe? Plötzlich erscheint der schon lange drohend im Hintergrund stehende Kaiser aller Reußen auf der Scene. Er erbietet sich zum Schiedsrichter. Der Kaiser von Österreich mit seinem Minister, dem Fürsten Schwarzenberg, und der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg mit dem Bruder des Königs, dem Prinzen Karl, erscheinen vor ihm in Warschau. „Ich habe meinen königlichen Schwager selbst herbeschieden," herrscht der Kaiser den preußischen Ministerpräsidenten an. Würdig antwortet dieser: „das darf ich nicht mit anhören" — aber in der Sache selbst muß er sich dem Schiedsrichter unterwerfen. Kaiser Nikolaus befiehlt und Preußen liefert die Schleswig-Holsteiner der dänischen Fremdherrschaft, die Kurhessen ihrem boshaften Despoten, die Unionsverfassung dem restaurierten deutschen Bunde aus. Noch

einmal fand in Berlin ein großer Ministerrat statt, um zu entscheiden, ob man mobilmachen solle oder nicht: der Prinz von Preußen stellte sich an die Spitze der Kriegspartei — gegen Rußland und Österreich zugleich? Mit Frankreich im Rücken? Der König entschied sich für die Unterwerfung. Graf Brandenburg, der alte Yorksche Soldat, der erste Preuße, der in der Neujahrsnacht 1814 den Rhein überschritten hatte, ertrug es nicht. Schon fiebernd war er von Warschau zurückgekommen, in dem Ministerrat hatte der Prinz von Preußen ihm die härtesten Worte gesagt. Nach drei Tagen war er tot. „Er starb an gebrochenem Herzen." Nach dem „Schwerte Friedrich des Großen", nach „Helm und Schwert" sollte er in seinen letzten Phantasien gerufen haben, erzählte sich das Volk. Sein Nachfolger, der Minister von Manteuffel, reiste nach Olmütz: grollend aber zog sich von Stund an von der Regierung zurück der Prinz von Preußen und wartete der Stunde der Rache.

So die Tradition. Wer wollte danach den König streng beurteilen? Giebt es nicht Momente in der Geschichte, wo auch der stolzeste Staat sich beugen muß, um einen Sturm vorübergehen zu lassen? Hat der König nicht durch seine rechtzeitige Nachgiebigkeit Preußen für die größere Zukunft gerettet? Nimmt man hinzu sein echtes und feines Verständnis für Kunst und Wissenschaft, seine ernsthafte Religiosität, seinen edlen Enthusiasmus, seine glänzende Rednergabe, so bietet der Gegensatz der Gaben und des Schicksals ein Bild, dem man tragische Größe nicht absprechen kann. „Er hatte vielleicht mehr Gemüt, als der Staat ertragen kann," heißt es bei Ranke; „seine ideale Anschauung stieß mit den Realitäten der Dinge zusammen." Mit der Naivität des Gelehrten hat Ranke auch einmal zu König Max von Bayern von seinem König gesagt: „er ist mein Meister, er ist Ihr Meister, er ist unser aller Meister." Cornelius, Rauch, Alexander v. Humboldt standen nicht anders unter dem Zauber seiner Persönlichkeit.

Der Zauber dieser Persönlichkeit bleibt bestehen, aber das Tragisch Anziehende in dem politischen Handeln und Schicksal des Königs ist durch das Sybelsche Quellenwerk vernichtet. Nicht einer unangreifbaren äußeren Übermacht hat er sich trauernd unterworfen, sondern er hat niemals ernstlich gewollt. Es hat in Warschau und Olmütz jene furchtbare Demütigung für Preußen gar nicht gegeben, weil Preußen gar keine Ziele anstrebte, um die es wert gewesen wäre, Krieg zu führen.

Während die preußischen Patrioten draußen sich aufbäumten vor Schmerz und Zorn, während selbst der schadenfrohe Varnhagen in sein Tagebuch schrieb: „Mir liegt das Geschick Preußens drückender auf, als ich dachte. Ich war einige Mal dem Weinen nah.“ (5. November 1850) ärgerte sich der König eigentlich nur darüber, daß Österreich die „Revolution“ in Hessen nicht in Gemeinschaft mit Preußen, sondern im Namen des alten Bundestages und ohne Respektierung der preußischen Etappenstraßen unterdrücken wolle. Nicht die entfernteste Vorstellung davon hatte er, daß diese hessische Opposition die „preußische Partei“ sei und das von ihm pflichtmäßig zu verwaltende Interesse Preußens deshalb nicht die Unterdrückung, sondern die Unterstützung dieser Opposition fordere. Das ist die Folge der Betrachtung der auswärtigen Politik unter dem Gesichtspunkte der innern, die Politik unter dem Gesichtspunkt des bloßen Parteimannes. Die Idee, die ihn vollständig erfüllte, war die der Legitimität, das Königtum von Gottes Gnaden. Keine Idee ist für das preußische Staatswesen wichtiger und fundamentaler. Als Kaiser Napoleon III., ein keineswegs verächtlicher Herrscher, an den Grenzen seines Reiches eine Niederlage erlitt, durfte er sich nicht in seine Hauptstadt zurück wagen. Er mußte sein Heer nach Sedan führen, obgleich er und seine militärischen Ratgeber sahen, daß es der Weg ins Verderben sei. Mit der Vernichtung des Heeres war auch das Kaisertum ausgelöscht. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen konnte bis nach Memel, in die äußerste Stadt seines Reiches fliehen und er blieb doch König. Die Monarchie bestand und ihr Weiterbestehen ermöglichte nach wenigen Jahren auch die Wiedererhebung der Nation und des Staates. Das ist der Unterschied der legitimen und der nachgemachten Monarchie. Man kann ihn nicht stark genug betonen. Aber der Inhalt des Staates ist durch diesen einen Begriff nicht erschöpft. Nicht deshalb ist der König von Gott zum König gesetzt, damit er König sei, sondern nach jenem ehernen Worte, damit er der erste Diener des Staates sei. Nicht als Gabe soll der König sein Gottesgnadentum fassen, sondern als Pflicht. Die Pflicht des Königs von Preußen aber war, sein Volk, das deutsche Volk aus dem Elende zu erlösen, fortzustreben auf der Bahn, die die Vorfahren gewiesen, und aus dem preußischen Partikularstaat den preußisch-deutschen Nationalstaat zu machen: für dieses Ziel nicht bloße Pläne, Diplomatie und guten Willen, sondern zuletzt auch

das scharfe Schwert auf die Wagschale zu werfen. Von dieser Pflicht, der Pflicht einer großen, strebenden, auswärtigen Politik hatte der König Friedrich Wilhelm IV. keine Vorstellung. Bei ihm erschöpfte sich alles in der Vorstellung der Erhaltung und der Renaissance der historisch gebildeten göttlichen Ordnungen. In diesem Gedanken schwelgte er und in diesem Schwelgen fand er seine Befriedigung. Die Pflicht gegen seinen Staat verlangte, daß er die Feinde seiner Fortentwickelung niederwerfe und schlage mit der Schärfe des Schwertes. Diese Feinde aber waren ja andere Könige von Gottes Gnaden — sie sollte er bekämpfen? Das war für ihn ein Ungedanke. Der natürliche Lauf der Dinge brachte es mit sich, daß die Kleinstaaten eher bereit waren, sich der Hegemonie Preußens unterzuordnen, als die vier Königreiche: Preußen also mußte danach streben, ihnen in der zukünftigen Reichsverfassung eine günstige Stellung zu geben, um den selbstständigeren Mittelstaaten die Wage zu halten. Könige aber waren nach Friedrich Wilhelms IV. Vorstellung mehr als Großherzoge und Herzoge, sie müßten eine besondere Stellung haben: also betrieb Preußen die Bildung eines besonderen Königs-Kollegiums, — welches in praxi jeden Versuch einer einheitlichen preußischen Führung lahmgelegt haben würde. Es konnte keinen mehr antipreußischen Gedanken geben, und der, der ihn betrieb, war der König von Preußen selbst. Sybel sagt, er wisse dafür keine andere Erklärung zu finden, als die Vorstellung des Königs von einer besonderen mystischen Begabung jedes Trägers einer königlichen Krone.

Die harte, nüchterne Pflicht eines Königs von Preußen ist, die Macht seines Staates mit allen Mitteln der Politik und der Waffen zu erhalten und zu verstärken. Die staatsmännische Aufgabe der Epoche war, zu erkennen, daß es keine höhere Machtsteigerung für Preußen geben könne, als wenn es sich der deutschen Idee bemächtige, sie sich einverleibe. Friedrich Wilhelm IV. hat die deutsche Idee betrachtet unter demselben Gesichtspunkt wie die preußische Verfassungsfrage, nämlich einer möglichst reichen Ausgestaltung des Legitimitäts-Gedankens. Kaiser, Könige, Fürsten, freie Städte, Reichserzfeldherr, katholische und protestantische Bischöfe, Krönung mit goldener Krone und goldenem Waschbecken: das alles nicht als schöne Dekoration, sondern als ernstliche Gestaltung der Regierung. Ebenso in Preußen: keine Volksvertretung „nach Kopfzahl“, keine Konstitution, kein „Blatt Papier zwischen

Fürst und Volk", sondern vier Kurien, Fürsten, Ritter, Bürger, Bauern, wie es die göttliche Ordnung der Stände hergebracht hat.

Nirgends ist der Unterschied zwischen ihm und seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen so deutlich wie an dieser Stelle. In den mehrjährigen Vorberatungen über die Einführung einer Verfassung trat der Prinz zunächst überhaupt gegen die Notwendigkeit allgemeiner Reichsstände und dann wenigstens für äußerste Beschränkung ihrer Kompetenz ein. Der König erscheint auf den ersten Blick als der viel liberalere. Er wollte eine große Reform, eine Versammlung mit recht erheblichen Befugnissen - freilich man war damals in diesem Genre bescheiden: es galt als eine große Errungenschaft, als die Protokolle der Provinzialstände für die Mitglieder gedruckt werden durften: man denke: für die Mitglieder! das erschien als der Anfang parlamentarischer Öffentlichkeit! Aber immerhin, der „Vereinigte Landtag", den der König 1847 aus eigenem freien Willen berief, hatte Befugnisse, die dem Prinzen von Preußen schon äußerst gefährlich und übertrieben erschienen. Dennoch war in Wahrheit er auf dem richtigen Weg und der König auf dem falschen. Es ist wohl die wertvollste Notiz, die wir der Veröffentlichung der Canitzschen Denkschriften verdanken. Hier heißt es (II, 182) „Auf den organischen Unterschied zwischen ständischen Institutionen deutscher Art und Repräsentativsystem nach französischem Vorbild legte der König ein sehr großes, in seiner Thronrede nur allzu scharf den herrschenden Meinungen entgegengesetztes Gewicht. Für den Prinzen (von Preußen) und diejenigen, die ihn influenzierten oder die er influenzierte, galt dieser Unterschied viel weniger, als der Umfang der den Ständen einzuräumenden Befugnisse." Was ist nun aus allen vier Kurien, aus den tausendfachen Überlegungen über die richtige Scheidung der Fürsten und der Ritter, Ausschuß und Landtag geworden? Der Ozean des allgemeinen Stimmrechtes hat alle die romantischen Wiesenbächlein und künstlichen Kaskaden verschlungen: aber wie weit die Befugnisse des „nach französischem Vorbild gewählten" Reichstags gehen, ob er die Größe der Armee bestimmen kann oder nicht, das ist das wahre Problem unseres Verfassungslebens geblieben, so sehr, daß wir nur mühsam von einem Septennat zum anderen den ungelösten Prinzipien-Streit mit fortschleppen. Hier sieht man, warum der für viel reaktionärer geltende Prinz von Preußen nachher so gut mit dem Konstitutionalismus fertig geworden ist. Was

er verteidigte, war eben in Wahrheit nicht Reaktion, sondern im Gegenteil die eigentliche Potenz der Zukunft, die Armee: der wirkliche echte, reinste Typus des „Reaktionärs", den Preußen überhaupt hervorgebracht hat, war König Friedrich Wilhelm IV. Die Rechte, welche er seinen „Ständen" verleihen wollte, waren nicht Konzessionen an den Zeitgeist, sondern vertieften den Gegensatz und sollten ihn vertiefen. Daß solche romantische Renaissance nicht durchführbar sei, erkannte auch der nüchterne Blick des realpolitischen Diplomaten Metternich. Der König ließ ihn, den Kaiser von Rußland und den König von Württemberg um Rat fragen in seiner Verfassungs-Angelegenheit. Die „immer wiederkehrende mit Besorgnissen verbrämte" Antwort war nach Canitz (II, 64): „Des Königs Ideen seien unausführbar, er würde viel weiter geführt werden als er wollte -- besser würde es am Ende noch sein, ohne weiteres die französische Charte, Pairs und Deputiertenkammer einzuführen." Fürst Metternichs Prophezeiungen gingen bekanntlich immer in Erfüllung, so auch diese.

Nach Sybels Erzählung könnte es scheinen, als ob in dem wirren Durcheinander der Meinungen und der Parteien damals doch eine Richtung existiert habe, die im wesentlichen den Kurs der Weltgeschichte richtig erkannte und einhielt. Das war der gemäßigte Liberalismus, der das Reich begründen wollte unter Ausschluß Österreichs, mit dem preußischen Kaisertum, unter Einführung des modernen Konstitutionalismus. Alle diese Aufstellungen waren gewiß richtig, und gereichen ihren Vertretern zur hohen Ehre. Aber die menschlichen Schranken sind doch auch bald zu entdecken. Die „Mäßigung" dieser gemäßigten Partei bestand doch nicht eigentlich in einer Mäßigung der Ansprüche gegenüber der Monarchie. Man wollte ja keine Republik, man wollte auch kein bloßes Schattenkönigtum, aber praktisch war man doch von dem strengen parlamentarischen System, daß das Schwergewicht der Macht in die Parlamentsmajorität legt, nicht sehr weit entfernt. Der König von Preußen verlangte, das das Frankfurter Parlament mit den bestehenden legitimen Gewalten eine neue Verfassung vereinbare. Die Radikalen wollten, daß das Parlament kraft des Grundsatzes der Volkssouveränität die neue Verfassung allein aus eigener Machtvollkommenheit dekretiere. Die Erbkaiserlichen haben diesen Grundsatz nicht positiv angenommen, aber auch nicht positiv verworfen. Sie haben den provisorischen Reichsverweser eingesetzt, der sich herausnahm, dem König

von Preußen Vorschriften machen zu wollen. Die Praxis würde diesen Prinzipienstreit wohl allmählich überwunden haben, wie ja auch unser heutiges konstitutionelles Leben nicht durch Grundsätze und Paragraphen, sondern durch die Praxis gebildet worden ist. Gewichtiger aber ist das zweite. Die Mäßigung des Gemäßigten bestand darin, daß sie die eigentlichen Volksmassen vom Wahlrecht ausschließen, oder durch ein künstliches Klassensystem dieses Wahlrecht illusorisch machen wollten. Ich halte es für einen wesentlichen Fehler des Sybelschen Buches, daß der Autor sich einmal den Ausdruck entschlüpfen läßt (I, 296) „großen Segen hat das allgemeine Wahlrecht dem Reiche nicht gebracht und weder für die richtige Logik noch für den praktischen Nutzen des demokratischen Wahlgesetzes den Beweis geliefert". Ich kehre diesen Satz geradezu um und sage: für jeden, der anerkennt, daß die soziale Frage die Frage unserer Generation ist, für jeden ferner, der die parlamentarische Geschichte der letzten Jahre kennt, ist es zweifellos, daß allein das allgemeine Stimmrecht es der Reichsregierung ermöglicht hat, Hand anzulegen an die Lösung dieser Aufgabe. Der ungeheure Egoismus der mittleren und oberen Klassen, die politische Kurzsichtigkeit, welche von je besonders die Mittelklassen charakterisiert hat, würden es unmöglich machen, einem Parlament, das wesentlich nur diese Klassen vertritt, eine soziale Reform zu Gunsten der untern abzuzwingen. Nur der unwiderstehliche Druck des allgemeinen Stimmrechtes hat — und mit einer wie kleinen Majorität! — der Volksvertretung die sozialen Reformgesetze abgepreßt.

Von der Höhe dieser Erfahrung aus schaue man nun zurück in die 48er Bewegung. Das weltgeschichtliche Entwickelungsziel war: eine starke Monarchie und eine demokratische Volksvertretung. Die kämpfenden Faktoren: ein König, der sich mit aristokratisch-nichtssagenden Ständen umgeben will; eine radikale Partei, welche eine demokratische Republik, höchstens mit scheinmonarchischen Formen umkleidet, anstrebt; eine Mittelpartei, welche das Wesen der Macht dem Mittelstande zuwenden will: in dieser Gegenüberstellung scheint gerade die letztgenannte die ganz verkehrte zu sein, die durchaus nichts erreicht hat. So ist es nun nicht: die definitive Überwindung aller feudalen Velleitäten und die vollständige Erfüllung des nationalen Ideals haben vorzüglich der Befriedigung des Mittelstandes gedient. Als Vertreter der reinen historischen Vernunft aber hat dieser kein Recht sich darzustellen.

Ist das richtig, so fällt auch die liebenswürdige Illusion, der man sich noch so oft und so gern hingiebt, daß die Revolutionsbewegung des tollen Jahres zu vermeiden gewesen wäre. Man stellt sich vor, daß Preußen am 18. März statt eines Königs, der wie Friedrich Wilhelm IV. später von sich selber sagte, sich vor der Revolution „auf den Bauch legte", die Bewegung mutig niederschlug, dann freiwillig eine wirkliche Volksvertretung berief, durch diese die populären Elemente von ganz Deutschland an sich zog und dann die Politik „Preußen in Deutschland", d. h. Deutschland in Preußen „aufgehen" zu lassen, gewaltig durchführte. In Wirklichkeit war doch die Zeit dafür noch nicht reif. Aus dem Nachweis, daß die Politik, wie sie wirklich betrieben wurde, jeder Stätigkeit und jedes festen Zieles entbehrte, wie Sybel sagt, „nicht von sachlichen Erwägungen, sondern von subjektiven Empfindungen" diktiert wurde, daraus folgt noch nicht, daß auch die allerklarste, richtigste und mutigste Politik wirklich zum Ziel geführt haben würde. Was der Genius eines Friedrich auf dem Thron geleistet und gekonnt haben würde, wer will es wissen? Nach menschlichem Ermessen muß man sagen, daß die Gegensätze noch zu stark, die europäische Lage noch zu ungünstig war, um zwischen jenen einen Ausgleich zu schaffen, diese mit Glück zu benutzen. Niemals hätten wir eine wirklich einflußreiche Volksvertretung bekommen ohne starke innere Erschütterungen.

Von hier gewinnen wir wiederum eine ganz neue und sehr überraschende Perspektive. Wenn wirklich die volle Aufgabe damals noch unlösbar war, so ist das nicht nur die beste aller Entschuldigungen für den König, sondern man darf auch geradezu fragen: würde ein klarerer und militärisch entschlossenerer Herrscher, wie etwa der damalige Prinz von Preußen, dem dauernden Interesse des Vaterlandes dienlicher gewesen sein? Die Schicksale Preußens sind ja in so wunderbar geheimnisvoller Weise mit der Individualität seiner Könige verknüpft, daß man nicht nur an dieser, sondern an mehreren Stellen fragen darf: hat nicht diese spezielle Schwäche uns ebenso zum Heil gereicht, wie jene Tugend, jenes Genie? Ohne die Entschlußlosigkeit Friedrich Wilhelms III. hätte die Niederlage von 1806 nie eine so entsetzliche Ausdehnung erreichen können, wie sie es that. Aber diese Größe der Niederlage war notwendig, um uns von den polnischen Provinzen zu befreien, die jede nationale Fortentwickelung erdruckten.

1848 war der Übergang Preußens zum Konstitutionalismus eine unausweichliche Notwendigkeit: ein kräftiger König würde ihn sich wohl kaum ohne ein furchtbares Ringen haben entreißen lassen. Auch in der Geschichte giebt es Strudel, von denen man sagen darf:

> Doch es war mir zum Heil,
> Denn er riß mich nach oben.

Die Antipathie, welche die persönlichen Schwächen des Königs hervorrufen, verschwindet in dieser Betrachtung. Man erinnert sich wieder des Zaubers, des Talents, der Begabung seiner Persönlichkeit. Man vergißt nicht, daß solcher Glanz zuletzt nicht den sittlichen Wert der Persönlichkeit macht, man fühlt namentlich, daß eine Religiosität, die keine besseren Früchte hervorbringt, auch nicht mehr zum Ruhm angerechnet werden darf, aber die Postulate, welche seine Zeit notwendig zu erfüllen hatte, sind doch thatsächlich geleistet worden. Den Konstitutionalismus hat der König sich wenigstens gefallen lassen. Die überlieferte Machtstellung Preußens hat er erhalten: Sybel weist nach, daß auch Olmütz keineswegs eine bloße Niederlage für Preußen war. Fürst Schwarzenberg strebte damals die Herabdrückung Preußens auf den Standpunkt der Mittelstaaten, Verstärkung dieser auf Kosten der Kleinstaaten an. Das ist ebenso sehr abgewehrt worden, wie von der anderen Seite die preußischen Unionsbestrebungen. Endlich die Erhaltung des unerschütterten Prinzips der Legitimität, dieses Grundpfeilers Preußens, ist recht eigentlich das Verdienst des Königs. Es ist, wie seine Schwäche, so auch seine Stärke. Es ist das Moment, welches Ranke schon in die erste Linie gerückt hat. Der Grundsatz der Volkssouveränität, besser ausgedrückt, das Recht der Revolution, ist in Deutschland nicht zur Anerkennung gelangt; das ist heute der Hauptunterschied zwischen unserem Staatswesen und dem französischen. Darum möge unsere Betrachtung schließen jener Brief an Ernst Moritz Arndt, in dem der König zur Motivierung seiner Ablehnung der Kaiserkrone, sein politisches Glaubensbekenntnis niedergelegt hat. Selten spiegelt wohl ein einzelnes Schriftstück so sehr den ganzen Menschen: das wunderbare Talent der Beredsamkeit, die religiös-enthusiastische Weltanschauung, den völligen Mangel des pflichtmäßigen Arbeitens auf ein positives politisches Ziel hin. Der Brief lautet:

„Die große Versammlung, die sich deutsche Reichs- oder Nationalversammlung nennt, von der ein erfreulich großer Teil zu den besten

Männern des großen Vaterlandes gehört, hat weder eine Krone zu geben noch zu bieten. Sie hat eine Verfassung zu entwerfen und demnächst mit allen von ganz Europa anerkannten regierenden Herren und Städten Deutschlands zu vertragen. Wo ist der Auftrag, der diese Männer berechtigt, über die rechtmäßigen Obrigkeiten, denen sie geschworen, einen König oder Kaiser zu setzen? Wo ist der Rat der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach tausendjährigem Herkommen dem heiligen Reich seinen König kürt, und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt? Ihre Versammlung hat sich der Bildung dieses Rates, der Darstellung der deutschen Obrigkeiten im neuen Centrum der Nation stets widersetzt. Das ist ein ungeheurer Fehler, man darf es eine Sünde nennen – jetzt zeigen sich die Folgen dieser Sünde, jetzt fühlt jedermann zu Frankfurt, auch die, denen Ursache und Wirkung nicht klar ist, daß man daselbst bei soviel Verdienst, so großen Mühen und teilweise so reiner Absicht, an einer gewissen Unmöglichkeit laboriert. Glauben Sie, daß Herz und Bein durchschütternde Scenen, Worte und Beschlüsse des Parlaments das Unmögliche möglich machen können? Doch gesetzt, mein teurer Arndt, die Sünde wäre nicht begangen, oder sie würde noch gut gemacht, und der echt und recht vereinte Rat der Fürsten und des Volkes kürte in der alten Wahlstadt und böte mir die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone der deutschen Nation nun verweigern und nehmen, hier zu handeln wäre heute thunlich aber antworten würde ich wie ein Mann antworten muß, wenn ihm die höchste Ehre dieser Welt geboten wird. Doch ach, so steht es nicht! Auf eine Botschaft, wie sie mir aus Frankfurt droht, geziemt mir das Schweigen. Ich darf und werde nicht antworten, um Männer, die ich ehre und liebe, auf die ich mit Stolz, ja mit Dankbarkeit blicke, nicht zu beleidigen, denn was würde mir geboten? Ist diese Geburt des gräßlich kreisenden Jahres 1848 eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel von „Gottes Gnaden“ aufs Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde. Und das sei ferne! Der Preis des Kleinodes müßte obenein das Brechen meines dem Landtage am

26. Februar gegebenen Wortes sein: „Die Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung über die zukünftige Verfassung des großen Vaterlandes im Verein mit allen deutschen Fürsten zu versuchen.“ Ich aber breche weder dieses, noch irgend ein anderes gegebenes Wort.

Es will mich fast bedünken, mein teurer Arndt, als walte in Ihnen ein Irrtum, den Sie freilich mit vielen anderen Menschen teilen, als sähen Sie die zu bekämpfende Revolution nur in der sogenannten roten Demokratie und den Kommunisten — der Irrtum wäre schlimm. Jene Menschen der Hölle und des Todes können ja nur allein auf dem lebendigen Boden der Revolution wirken. Die Revolution ist das Aufheben der göttlichen Ordnung, das Verachten, das Beseitigen der rechten Ordnung, sie lebt und atmet ihren Todeshauch, so lange unten oben und oben unten ist. So lange also im Centrum zu Frankfurt die deutschen Obrigkeiten keine Stätte haben, nicht obenan im Rate sitzen, welcher der Zukunft Deutschlands eine Zukunft zu geben berufen ist, so lange steht dieses Centrum unter dem Spiegel des Revolutionsstromes und treibt mit ihm, so lange hat es nichts zu bieten, was reine Hände berühren dürfen. Als deutscher Mann und Fürst, dessen Ja ein Ja vollkräftig, dessen Nein ein Nein bedächtig, gehe ich in nichts ein, was mein herrlich Vaterland verkleinert und dasselbe dem gerechten Spotte seiner Nachbarn, dem Gerichte der Weltgeschichte preisgiebt, nehme ich nichts an, was meinen angeborenen Pflichten nicht ebenbürtig ist, oder ihnen hindernd entgegentritt. Dixi et salvavi animam meam.“

Die Anfänge des Bimarckschen Ministeriums.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 65, April-Heft 1890.

Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten von Heinrich von Sybel. Dritter Band. München und Leipzig, R. Oldenbourg, 1889.

Schnell ist den beiden ersten Bänden des Sybelschen Werkes, welche wir besprochen haben, der dritte nicht minder interessante und treffliche Band gefolgt. Er umfaßt hauptsächlich den dänischen Krieg und endigt im Herbst 1864 mit dem Friedensschluß.

Preußens internationale Stellung war, nach Sybels Darstellung, im Beginn des neuen Jahrzehnts eine sehr günstige. „Mit Rußland stand man auf dem besten Fuß: fort und fort ließ Kaiser Alexander den König seiner warmen Freundschaft versichern, und wenn Fürst Gortschakoff an dem Wunsch einer russisch französischen Allianz fest hielt, so wäre ihm dabei nichts erfreulicher gewesen, als der Eintritt Preußens in einen so mächtigen Verein. Wiederholt erklärte er dem preußischen Gesandten, daß die Stärkung Preußens im deutschen Bunde dem allgemeinen Interesse entspreche und Österreichs Widerstand da gegen jedes vernünftigen Grundes entbehre." Auch Napoleon ließ wissen, „ihm scheine, daß Preußen durch die Natur der Dinge auf eine Umformung des deutschen Bundes angewiesen sei": auf diesem Wege werde König Wilhelm auch über die inneren Schwierigkeiten des Verfassungskonflikts hinwegkommen. Daß Italien sich auf Venetien stürzen werde in dem Augenblick eines Bruches zwischen Österreich und Preußen bezweifelte kein Mensch. (Bd. II 431—433.) Das Ministerium der neuen Ära dachte nicht daran, sich diese Lage zu Nutze zu machen. Nicht nur, daß man etwa nicht den Gedanken eines Krieges zu fassen gewagt hätte, sondern — aus preußischem Partikularismus. Herr von

Roggenbach legte im Jahre 1861 im Anschluß an die älteren Ideen von 1848—50 ein Bundesreform-Projekt vor, welches die, wie es heute allen einleuchtet, wesentlich notwendigen Elemente, den Ausschluß Österreichs, die preußische Spitze und eine deutsche Volksvertretung enthielt. Es gehört wohl zu den erstaunlichsten Enthüllungen des Sybelschen Buches, daß es die preußischen Minister waren, die diesen Plan verwarfen und von ihnen am heftigsten der Führer der Altliberalen, der Graf Schwerin: er wollte keine „Unterordnung Preußens unter ein deutsches Parlament". Er sah darin das Verderben des Staates. König Wilhelm persönlich entschied, den Gedanken wenigstens nicht von vorherein abzuweisen, sondern ihn zu weiterer Prüfung und Fortbildung zu empfehlen. Gleichzeitig lehnte man die österreichisch-mittelstaatlichen Bundesreform-Projekte ab, und sofort ertönten von großdeutscher Seite Warnungen, „daß jeder weitere Schritt Preußens auf dem eingeschlagenen Wege eine Kriegserklärung veranlassen werde" (S. 404).

Weiter aber erfolgte nichts weder von hüben noch drüben.

Nach der Anschauung, wie sie sich seit dem Jahre 1866 gebildet hat und bisher wohl die allgemeinherrschende war, ist nun Herr von Bismarck im September 1862 in sein Amt eingetreten mit dem positiven Plan, dem Kriege nicht nur nicht auszuweichen, sondern ihn geradezu zu provozieren. Er erkannte, daß eine Bundesreform mit Österreich nicht möglich sei, Österreich aber niemals freiwillig seine Stellung in Deutschland aufgeben werde: die einzig mögliche Lösung der deutschen Frage war also der Krieg und Herr von Bismarck hatte den Mut dieser Einsicht.

In den Publikationen von Hahn und Poschinger sind Aussprüche genug, an denen diese Vorstellung sich nähren konnte. Schon im Jahre 1856 (26. April) schrieb Bismarck „Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen reguliert und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwickelung auf ihre richtige Stunde stellen können". Ebenso sprach er es im Jahre 1859 dem Minister von Schleinitz aus: „Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahres-

zeit eine Kur dagegen vornehmen." Wiederum 1862 im Mai, ein halbes Jahr ehe er Minister wurde, erklärte er, wie wir jetzt aus Sybel erfahren, dem Grafen Bernstorff, „wollen Sie Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär: dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertig zu liefern." Seine parlamentarische Thätigkeit begann er mit der Verkündigung der Politik durch „Blut und Eisen". Trotz allem ist nach Sybel die Vorstellung, daß er mit der fertigen Kriegsidee ins Ministerium getreten sei, unrichtig. Der Historiker spricht sich hierüber folgendermaßen aus (S. 447):

„Eine bestimmte Entschließung über die Art und Form der für die Zukunft anzustrebenden deutschen Verfassung hatte Bismarck damals schwerlich schon gefaßt. Fest stand ihm die Thatsache, daß die jetzige Stellung Preußens im Deutschen Bunde unerträglich sei, daß sie, wie er einst dem Minister von Schleinitz geschrieben, im Notfall ferro et igni geheilt werden müsse. Und nicht minder gewiß war die weitere Thatsache, daß für die Entscheidung der Frage alles auf die realen Mächte in Deutschland, auf das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen ankam. Eine friedliche Umgestaltung desselben hielt Bismarck für äußerst unwahrscheinlich: jeder andere Krieg, sagte er wohl, welchen Preußen vor diesem österreichischen führte, wäre die reine Munitionsvergeudung. Er war bereit in den Kampf einzutreten, verkannte aber die Gefahren desselben nicht, und hätte, wenn sich ein Einvernehmen möglich zeigte, ein solches Friedenswerk gerne begrüßt. In voller Klarheit lagen die verschiedenen, in Krieg oder Frieden denkbaren Systeme vor seinem unvergleichlich scharfen und weiten Blick: gemeinsame Beherrschung Deutschlands durch die beiden Großmächte, oder Teilung Deutschlands unter dieselben nach der Mainlinie, oder gänzlicher Ausschluß Österreichs aus Deutschland, und in diesem letzten Falle wieder mehr die föderative oder mehr die unitarische Gestaltung des neuen Bundes, die engere oder weitere Kompetenz der von Preußen zu leitenden Reichsgewalt und der nationalen Volksvertretung. Ohne eine doktrinäre Vorliebe für irgend eines dieser Systeme, wog er ihre Aussichten und Vorteile, sowie ihre Kosten und Gefahren, und vor allem ihre Erreichbarkeit trotz der Eifersucht der fremden Großmächte ab, stets bereit, je nach der Lage der Dinge das Verfahren oder auch das Ziel zu wechseln: nur unter dem unverbrüchlichen Gesetz, daß

Preußen immer vorwärts schreite, niemals zurückweiche, niemals den gewonnenen Boden und niemals den eigenen Mut verliere. Ohne Frage, der Ausgangspunkt all seines Thuns war nicht ein nur in der Phantasie vorhandenes Deutschland, sondern das in greifbarer Wirklichkeit heranwachsende Preußen, aber es ist nicht minder gewiß, daß dieser Mann, der nur mit Realitäten rechnete, eben deshalb den Weg fand, um Deutschlands Ideale zu verwirklichen. Schon am 30. September hatte Bismarck in einer Sitzung der Budgetkommission es ausgesprochen, daß die deutsche Frage schwerlich durch Parlamentsbeschlüsse, sondern nur durch Blut und Eisen gelöst werden könne, und damit ein gewaltiges Schaumspritzen der öffentlichen Meinung und sittliche Entrüstung der friedliebenden Bürger bewirkt. Wie gesagt, er war sehr bereit, soviel an ihm läge, ihnen diese Kalamität zu ersparen."

Als ich diesen Passus zum erstenmal las, hatte ich das Gefühl, hier auf den eigentlichen Mittelpunkt des Werkes, auf den Schlüssel zu aller Bismarckschen Politik gestoßen zu sein. Das Deutsche Reich, wie es heute um uns und wir in ihm atmen, scheint den Meisten ein Naturprodukt von solcher Selbstverständlichkeit zu sein, daß sie es sich nicht nur kaum vorzustellen vermögen, wie es auch anders hätte kommen können, sondern auch im Grunde verlangen, daß jeder verständige Mann und ein Bismarck allermeist schon vor 30 Jahren solches voraussehen und auf dieses politische Ziel hinstreben mußte. Es ist gar nicht leicht, diesen Gedanken völlig, nicht nur intellektuell und in abstracto, sondern auch in der Empfindung und in concreto zu überwinden und zu töten. Getötet aber muß er werden, wo echte Historie gepflegt und verstanden werden soll. Der Reichtum des Lebens, die unendliche Fülle der Möglichkeiten und der Gegensätze, in denen sich die Menschheit bewegt und die uns die Historie vor Augen stellen soll, würde verdeckt und versteckt werden, wenn man in der Geschichtserzählung vor dem einen Gedanken, der sich endlich durchgerungen, alle anderen von vornherein zurücktreten lassen wollte. Scheinbar reicht man dem Staatsmann, den man so mit der Sicherheit des Mathematikers die Zukunft voraus berechnen läßt, den höchsten der Preise. In Wahrheit würde dieser Lorbeer sich bei näherem Zusehen immer mehr als ein Scheingebilde offenbaren. Denn die Vorstellung einer solchen Vorwegnahme der Zukunft ist eine unmögliche. Nicht in

der richtigen Zeichnung des Zukunftsbildes, sondern in der richtigen Schätzung der Kräfte der Gegenwart wurzelt staatsmännische Größe. Der kann keine großen Ziele haben, der weiß, wohin er geht, sagte Napoleon. Setzt er sich ein großes Ziel, so ist er kein Staatsmann, sondern ein Phantast. Setzt er sich nur ein kleines, naheliegendes, berechenbares Ziel, so ist er kein großer Staatsmann. Nicht zu verwechseln mit diesem staatsmännischen Ziel ist das Ziel des politischen Idealismus. Dieses Ziel darf und muß sogar ein phantastisches sein. Aber der Idealismus ist erst Kraft, noch nicht Kunst.

Die Kunst mag sich von der Kraft treiben lassen und sie benutzen: ihr Ziel aber schöpft sie aus sich selbst, aus ihren Mitteln, das heißt aus der Gegenwart und nicht aus der Zukunft. Es giebt eine Erzählung, daß Knesebeck und Müffling am 19. Oktober 1813 auf dem Marktplatz in Leipzig sich gegenseitig gelobt hätten, diesen Krieg nur in Paris zu endigen. Höchst wahrscheinlich ist die Erzählung nichts als eine nachträgliche Renommisterei. Wenn sie aber wahr wäre, so wäre sie ein treffliches Beispiel des wertlosen Vorhersagens — obgleich es eingetroffen ist. Denn gerade diese beiden Herren, Knesebeck und Müffling haben vorher und nachher, wenn es darauf ankam in Thaten Heldentum zu zeigen, die wahren Helden nicht unterstützt, sondern sich ihnen versagt. Knesebeck, der nach der Schlacht bei Leipzig Paris ins Auge faßt, hatte noch im Sommer gemeint, daß Preußen zur Not auch ohne Magdeburg bestehen könnte und als man in Frankreich stand, war sein Ideal nicht Paris, sondern Langres, und Müffling, sonst ein trefflicher Generalstabsoffizier, hat doch nach der Niederlage an der Marne den Besserwisser gespielt und den Kopf hängen lassen. Gneisenau aber war es, der schrieb: keinen halben Erfolg: dieser Usurpator muß ausgerottet werden — aber nicht nach dem Siege bei Leipzig, sondern im Sommer 1812, als Napoleon vor Moskau stand. Das war politischer Idealismus. Nach der Schlacht bei Leipzig aber, als es galt einen neuen Feldzugsplan vorzuschlagen, da sprach er noch nicht von Paris, sondern betrieb zunächst bescheidentlich den Übergang über den Rhein und die Befreiung der Niederlande. Erst der weitere Erfolg wurde ihm wieder zum Fundament für die Forderung des Marsches auf Paris und der so vorbereitete Plan überstand auch die Niederlage. Das ist Staatskunst, in diesem Fall auf dem Gebiete der Strategie.

Gneisenau und ebenso Stein sind dem deutschen Volke besonders sympathisch, weil sie das Idealistische und das Staatsmännische in sich vereinigten. Ohne irgend ein Idealist zu sein, vereinigte auch Napoleon phantastisches Ausschweifen mit klarer Berechnung und Fortentwickelung des Moments. In Bismarck ähnlich wie in Friedrich dem Großen ist das spezifisch Staatsmännische das Alleinherrschende: die ungeheure Kraft in der Selbstbeschränkung, selbst in der Phantasie. Hier muß einsetzen, wer ihn verstehen will. Mit höchster historischer Feinheit stellt daher Sybel jene Darlegung aller Möglichkeiten, mit denen allen der neue Minister rechnete, die Ziele, zwischen denen er bereit war nach Bedürfnis zu wechseln, an die Spitze. Mit der letzten Faser reißt er aus der Vorstellungswelt seiner Leser das vorbedachte neue deutsche Kaiserreich heraus: so sehr, daß man zuletzt fast stutzig wird, ob nicht doch ein Stück oder ein Stückchen echten Lebens daran hängen geblieben und mit verloren gegangen ist. Als ich den dritten Band, den dänischen Krieg, zu Ende gelesen hatte, kehrte ich zu erneueter Prüfung jenes Grund- und Einleitungspassus zurück. Immer von neuem ertönt jene Melodie in den entscheidenden Momenten: Bismarck wollte in erster Linie nicht den Krieg mit Österreich, sondern die Allianz: er „blieb fest in dem Entschluß, Preußens und Deutschlands Interessen in Schleswig-Holstein unter allen Umständen, aber wenn irgend möglich nicht im Streite, sondern in Eintracht mit Österreich zu wahren: nach wie vor hielt er das österreichisch-preußische Bündnis für das wirksamste und zugleich gefahrloseste, welches jeder der beiden Staaten einzugehen vermöge". Ist hier wirklich, wenn wir denn das neue Reich, das Kaisertum, die Niederwerfung Frankreichs, wenn wir alle positive Neugestaltung, als außerhalb jeder Berechnung liegend, noch im dunklen Schooß der Zukunft bergen ist wirklich auch der Krieg selbst, das Zerreißen der Kette unerträglicher Institutionen, die die preußische und deutsche Jugendkraft fesselten, ist auch dieses nächste, nicht Ziel, sondern Mittel, nicht von Anfang an mit Bestimmtheit ins Auge gefaßt worden? Sybels Werk ist gearbeitet, „vornehmlich nach den preußischen Staatsakten". Sollte es etwa zu sehr „nach den Akten" gearbeitet und das letzte, „quod non est in actis" darüber nicht zu seinem Recht gekommen sein?

Nicht eigentlich, um einen solchen Zweifel wirklich zu statuieren, noch weniger, ihn durchzufechten, wozu es uns an positivem Material

fehlt — sondern nur um die Tragweite des Gegensatzes völlig klar zu machen, haben wir es bis zur Zweifelsfrage getrieben und wollen die rationes dubitandi noch etwas ins Einzelne verfolgen.

Sybel nennt unter den „möglichen“ Systemen auch die „gemeinsame Beherrschung Deutschlands durch die beiden Großmächte“ und „die Teilung unter dieselben nach der Mainlinie“. Es sind die beiden, die ohne Krieg durchführbar, wenigstens denkbar erscheinen. Aber wohin kommen wir damit? Stellen wir uns vor, daß in der „gemeinsamen Beherrschung“ Österreich die alleräußerste Nachgiebigkeit gegen Preußen geübt, daß es ihm den thatsächlichen Oberbefehl über die Bundestruppen, eine enge Militärkonvention mit Schleswig-Holstein, den Zollverein unter definitivem Verzicht des eigenen Eintritts konzediert hätte: so hätte schon kaum mehr von „gemeinsamer“ Beherrschung Deutschlands gesprochen werden können, so würde dem nationalen Einheitsbedürfnis dennoch nicht genügt worden sein und endlich welche Gegenleistung würde Österreich für solche Zugeständnisse in Anspruch genommen haben? Diese Gegenleistung hätte kaum etwas anderes sein können, als ein Schutz- und Trutz-Bündnis, mit anderen Worten Garantie für Venetien, also Feindschaft gegen den neu entstehenden italienischen Nationalstaat. War das wirklich ein durchführbares Programm? Nun gar die Teilung Deutschlands nach der Mainlinie, also die Zerstörung des größten bisherigen Erfolges der deutsch-preußischen Politik, des Zollvereins? Ausgeschlossen ist es gewiß darum nicht, daß Bismarck auch diese Eventualitäten ins Auge gefaßt hat, aber doch wohl schwerlich anders als im Sinne von Übergangsstadien und nicht zu langer Übergangsstadien. Denn kein Erfolg konnte als ein dauernder und genügender angesehen werden, der nicht auch dem preußischen Volke eine innere Befriedigung gewährte, eine Befriedigung, die es ermöglichte, den Verfassungs-Konflikt zu überwinden. Die Mainlinie von 1866 hat dazu genügt, aber doch nur, weil sich sofort die Überzeugung bildete, daß sie nichts als eine „Wasser- und Kohlen-Station“ zu dem wahren Ziel sei und weil der ungeheure militärische Erfolg die Bürgschaft für eine weitere glückliche Zukunft bot.

Wie nun auch Bismarck im innersten Herzen über die Möglichkeit und Nützlichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit Österreich gedacht haben mag: auch Sybel sagt, daß er ein solches Abkommen von vornherein für „höchst unwahrscheinlich“ hielt. Da er nun aber

auf alle Fälle entschlossen war, vorwärts zu gehen, da im Moment seines Eintritts in die Regierung die Lage bereits eine höchst abgespannte war, da auch Österreich seinerseits ein Bundesreformprojekt betrieb, das nur mit 9 gegen 7 Stimmen (Januar 1863) im Bundestag abgelehnt wurde — weshalb sind noch fast vier Jahre vergangen, bis die Krisis so oder so herbeigeführt wurde? Vier Jahre unter dem täglich stärker und schmerzhafter wirkenden Drucke des inneren Konflikts, der Verfeindung zwischen Königtum und Volk?

Das erste Hindernis, welches sich dazwischen legte, war der Aufstand in Polen. Schon vor dem Beginn des Bismarckschen Ministeriums war hier die heftigste Gärung und im Januar 1863 brach die offene Revolution aus. Unmöglich durfte man es in Deutschland zur Krisis treiben, ehe dieser Brand wieder gelöscht war. Denn die Verbindung beider Fragen hätte notwendig fremde Mächte auf das deutsche Gebiet geführt, und das war es gerade, was Bismarck unter allen Umständen vermeiden wollte. Selbst als Kaiser Alexander mit den Polen so gut wie fertig war und mit völlig gerüsteter Armee nahe der Grenze im Sommer 1863 dem König Wilhelm den Antrag machte, gemeinschaftlich Österreich und Frankreich den Krieg zu erklären, lehnte der König diesen Antrag rundweg ab. Denn, sagte Bismarck, „beim Friedensschluß würde Rußland am längeren Hebelarm sitzen", und schon regten sich im Osten die Anfänge jener panslavistischen Träumereien, die sogar die Polen zu versöhnen und ihre Kreise zu ziehen gedachten. Niemand als der König und Bismarck haben von jenem Vorschlage Kaiser Alexanders je ein Wort erfahren. Je sicherer Bismarck aber die Notwendigkeit des österreichischen Krieges selbst vor Augen sah, desto großartiger muß uns die Abweisung dieser wahrlich nicht wenig verführerischen Versuchung erscheinen. An der Verwogenheit, sich auch in das Meer dieser grenzenlosen Möglichkeiten, Aussichten und Gefahren zu stürzen, hat es ihm gewiß nicht gefehlt. An drängenden Motiven, den Augenblick, wie er sich bot, zu ergreifen, auch nicht: der König war alt, der Kronprinz gegen ihn, der innere Konflikt ein Pfahl im Fleisch. Ein Bund mit Rußland war auch an sich dem König etwas Sympathisches — wieviel mehr als später der italienische! — und eine treffliche Handhabe ihn fortzureißen, wo er etwa Bedenken hatte. Wäre Bismarck damals noch der bloße Borusse gewesen, der aus Preußen ein Großpreußen machen wollte: das russische

Anerbieten hätte ihm gewaltig in die Augen stechen müssen. Aber er war bereits mehr. Jene Umwandlung, die das Spezifische seiner Größe macht, das Herausbrechen des Staatsmannes einer werdenden großen Nation aus dem partikularistischen Junker war längst vorbereitet und in verschwiegenen Briefen jene Aussprüche niedergelegt: von dem Moment, „wo das Wort „Deutsch" statt „Preußisch" auf unsere Fahne geschrieben werden" solle (12. Mai 1859) und „wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer" (16. Juni 1860).

Kaum war der polnische Zwischenfall vorüber, so wurde die schleswig-holsteinische Frage dringend und dringender und durch den Tod König Friedrichs VII. endlich brennend. Man mußte notwendig den Umweg über das stammverwandte Land nehmen um ins Vaterland zu gelangen. Wie groß dieser Umweg werden, wie lange die Krisis damit verschoben würde, war nicht abzusehen.

Die politische Geschichte dieses Krieges werden wir im Zusammenhang mit der im folgenden Bande zu erwartenden Gasteiner Konvention besprechen.

Zum Schluß sei bemerkt, daß Sybels Darstellung des dänischen Krieges durchweg in starkem Widerspruch mit dem Generalstabswerk steht. Am auffälligsten ist der Widerspruch im ersten Abschnitt, was hier anhangsweise zugefügt werden möge.

Nach dem Generalstabswerk entwarf Moltke einen meisterhaften Plan, die ganze dänische Armee im Dannewerk zu vernichten, indem man sie in der Front nur beschäftigend, mittlerweile mit anderen Truppen umging. Eine Brigade verstärkt durch die Reserve-Artillerie sollte Missunde angreifen und „je nach dem Erfolg dort" oder weiter abwärts den Brückenschlag über die Schlei versuchen, indem eine andere Brigade noch weiter abwärts bis nach Arnis ging (S. 117).

Wrangel als Oberbefehlshaber verschmähte diesen Plan und wollte das Dannewerk kurzerhand erstürmen (Gen. Stabs W. I. S. 122; S. 153; S. 161).

Nach Sybel war es auch Wrangels Idee, das „Dannewerk nicht durch Frontalangriff, sondern durch Umgehung zu nehmen". S. 232.) Die Abweichung von Moltkes Plan wäre grade gewesen, daß die Umgehung nur bei Missunde in ziemlicher Nähe des Dannewerks ausgeführt werden sollte, welches „befestigte Ausfallsthor" Moltke bloß habe, „zusetzen" und nicht angreifen wollen (S. 230).

In Verfolg dieser Auffassung wäre nach Sybel das Gefecht von Missunde so entstanden, daß Prinz Friedrich Karl „dem Befehl gemäß“ die Schanzen erstürmen wollte.

Nach dem Generalstabswerk „faßte der Prinz den Entschluß“ (über die an diesem Tage vorgeschriebene Aufgabe hinausgehend) „den Versuch zu machen, in den Besitz des dortigen Vorterrains oder vielleicht des Brückenkopfes zu gelangen“. Von der Absicht eines Sturmes ist keine Rede: „durch eine kräftige Beschießung der Schanzen“ hoffte man, da die Dänen bis dahin ohne Widerstand zurückgegangen waren, sie auch zur Räumung dieser Stellung noch zu veranlassen.

Sybel fährt fort: „Da das Kanonieren auf die Schanzen gar keinen Eindruck machte, brach der Prinz, welcher selbst mit Wrangel im Herzen nicht einverstanden gewesen, das Gefecht verdrießlich ab. Eine Beratung mit Wrangel am 3. Februar blieb ohne Ergebnis.“

Nach dem Generalstabswerk (S. 166), war es erst der entschiedene Widerspruch in diesem Kriegsrat, der Wrangel bestimmte, von der, wie man wohl sagen darf, tollen Idee der Erstürmung des Dannewerks wenigstens vorläufig abzusehen.

In der direkten Beurteilung der Persönlichkeiten stimmt Sybel mit dem Generalstabswerk überein, insofern er den Prinzen Friedrich Karl mit Anerkennung, den Feldmarschall Wrangel einigermaßen abschätzig einführt, z. B. stark hervorhebt, wie der „alte Herr“ dem I. Korps den direkten Marsch nach Düppel befiehlt, „an die Existenz des dazwischenliegenden Flensburger Meerbusens aber im Augenblick nicht dachte“. Sieht man nun aber auf die Thatsachen der Sybelschen Darstellung, so fällt die Schuld des Mißerfolges durchaus nicht auf Wrangel, sondern auf den Prinzen. Der Urfehler Wrangels, daß er die Grenze überschritt, ehe sein drittes Korps zur Stelle war, wird von Sybel gar nicht erwähnt. An die Stelle der verkehrten Absicht eines Sturmes auf die starke Front, tritt der weit geringere Fehler einer nicht ganz weit genug ausholenden Umgehung. Ja, dieser Fehler schwindet noch mehr, wenn man aus dem im Generalstabswerk mitgeteilten Urtext sich überzeugt, daß auch Moltke einen Angriff auf Missunde wollte und daß dem Prinzen Friedrich Karl von Wrangel keineswegs Missunde allein als Übergangspunkt bezeichnet war, sondern auch weiter abwärts Königsburg. (S. 122.) Warum ist denn hier gar nichts geschehen? Warum keine Vorbereitungen zum Brückenschlag

getroffen? Warum der „Sturm" auf Missunde, wenn er denn wirklich befohlen, wenn er, wie Sybel es darstellt, den Mittelpunkt der ganzen Operation bilden sollte, so kaum angetastet worden? Wäre die Sybelsche Darstellung richtig, so müßte das Verfahren des Prinzen überaus schwächlich erscheinen. In Wirklichkeit kann es aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Erzählung des Generalstabswerkes, welches die meisten Befehle im Urtext mitteilt, die richtige ist. Der Fehler lag ausschließlich bei dem Feldmarschall, welcher „stürmen" wollte, deshalb die Umgehung nur als Neben-Operation betrachtete und sie weder richtig vorbereitete, noch ihr einen bestimmten, klar zu erkennenden Charakter gab. Hierin, hierin allein, hierin aber auch vollständig, liegt die Rechtfertigung des Prinzen Friedrich Karl, daß er bei Missunde nicht fester und umfassender zupackte.

Wägt man auf der einen Seite, wie groß die geschilderte Abweichung ist, auf der andern, daß das Werk Sybels und das Werk des Generalstabes aus ganz denselben Akten gearbeitet sind, so erkennt man, welche Schwierigkeiten die Erzählung von Kriegsereignissen dem Laien bietet: selbst ein Mann von der geistigen Kraft, von der kritischen Schärfe und der anschaulichen Darstellungskraft Sybels mag dabei zuweilen scheitern.

Bei der Erzählung der bedeutendsten Kriegsthat des Feldzuges, dem Übergang nach Alsen, teilt das Sybelsche Buch mit dem Generalstabswerk die auffällige, oder bei dem Arbeiten nach fast ausschließlich „amtlichen Quellen", auch wieder natürliche Lücke, daß der Name des eigentlichen Schöpfers, Leiters und Siegers, des Obersten von Blumenthal nicht genannt ist.

Die Fortführung des Sybelschen Werkes.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 66, Juli-Heft 1890.)

Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten von Heinrich von Sybel. Vierter und fünfter Band. München u. Leipzig 1890. Druck und Verlag von R. Oldenbourg.

Die Bände des Sybelschen Werkes folgen so schnell aufeinander und der Inhalt jedes Einzelnen ergießt eine solche Fülle von Historie auf den durstigen Leser, daß es dem Reviewer unmöglich wird, Schritt zu halten und das Werk mit entsprechenden orientierenden Bemerkungen ein- und vorzuführen. Aber gerade je mehr das Werk reizt zu umfassendster Behandlung, desto leichter kann man auch wieder vor den Lesern darauf verzichten: es muß und es wird eben jeder Leser der Preußischen Jahrbücher auch das Sybelsche Werk selber lesen. Der leichte Fluß der Erzählung, die einfache Durchsichtigkeit des Raisonnements, der Reichtum des Thatsächlichen und Neuen haben eine Lektüre geschaffen, die in einer selten erreichten Weise Unterhaltung und Belehrung miteinander vereinigt.

Nur einen einzelnen Punkt wollen wir herausgreifen, um einige Betrachtungen daran zu knüpfen, weil wir ihn einmal bei der Besprechung des dritten Bandes berührt haben und dasselbe Problem naturgemäß in dem nunmehr vorliegenden 4. und 5. Band sich immer von neuem hervordrängt. Es ist die Frage, ob und von welchem Augenblick an Bismarck den Krieg mit Österreich positiv beschlossen und herbeigeführt hat. Wir erinnern uns, daß Sybel die These aufstellt, daß Bismarck wohl die Gesundung der preußisch-deutschen Verhältnisse ohne einen Krieg für sehr unwahrscheinlich gehalten, aber trotzdem stets bestrebt gewesen sei, wenn irgend möglich ohne Blutvergießen ein erträgliches Verhältnis zu erlangen. Dieser Satz wird bis zuletzt

noch im Frühjahr 1866, noch nach dem Abschluß des italienischen Bündnisses, noch fast bis zum unmittelbaren Ausbruch des Krieges selbst festgehalten und mit den überraschendsten Thatsachen belegt.

Greifen wir die frappanteste heraus. Im Mai 1866 erbot sich aus freiem Antrieb zur Vermittelung zwischen Österreich und Preußen ein Herr Anton von Gablenz, ein Bruder des österreichischen Generals, aber selber Grundbesitzer in Preußen und ehedem Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Gablenz schlug vor, daß Schleswig-Holstein zwar selbständiger Staat bleibe, aber nicht unter dem Herzog von Augustenburg, sondern unter einem preußischen Prinzen, also als hohenzollernsche Sekundo-Genitur; ferner eine Bundesreform derart, daß Preußen den dauernden Oberbefehl über alle deutschen Bundeskontingente im Norden, Österreich im Süden erhalte. Zu diesem Vorschlag gab Bismarck seine Zustimmung und es ist ernsthaft längere Zeit darüber hin und her verhandelt worden. Man stelle sich die Situation vor, wenn er verwirklicht wurde und die beiden Großmächte darauf hin wieder in ein engeres Freundschafts-Verhältnis traten. Österreich mit dem Oberbefehl über die bayerischen, württembergischen und badischen Truppen im Krieg und Frieden, gestützt auf die preußische Allianz, hätte mit schwerer Faust Venetien dauernd festgehalten. Preußen hätte in Norddeutschland wohl eine erhebliche Steigerung an materieller Macht davon getragen, aber eine Macht, die jeder ethischen und damit jeder Dauer verheißenden Basis entbehrte: in Schleswig-Holstein ein gehässiges Zwitter-Verhältnis, in dem bloßen militärischen Oberbefehl in Norddeutschland keinerlei Anfang einer nationalen Staatsbildung, keine Befriedigung des nationalen Einheitsdranges, keinerlei Aussicht auf Zustimmung der nationalen Empfindung und deshalb ohne den Druck von unten keinen wahren Verlaß auf die Treue der souveränetätsstolzen größeren und kleineren Kontingentsherren Hannover, Sachsen, Hessen, Nassau, Frankfurt, keine Aussicht endlich auf Versöhnung mit der öffentlichen Meinung in Preußen, auf Beendigung des Verfassungs-Konflikts. Wenn aber einmal das Arrangement getroffen und im Verein mit Österreich durchgeführt war, war je daran zu denken, daß der König sich von neuem in einen Konflikt mit Österreich hineinziehen ließ, der etwa weiter geführt hätte? War es denkbar, daß Italien je wieder Zutrauen zu Preußen faßte, nachdem es diesmal freilich nicht im Widerspruch mit dem Bündnisvertrage, aber doch that

sächlich so niederschmetternd in seinen Erwartungen getäuscht war? Es ist doch schwer zu glauben, daß ein Bismarck das verkannt, daß er aus Kriegsscheu den Plan, das deutsche Volk als Bundesgenossen für Preußen zu erwerben, den er schon 1859 in einem Gespräch mit Herrn von Unruh so bestimmt ausgesprochen, vollständig vergessen gehabt haben sollte. Sybel giebt an, es seien zu jener Zeit „Gerüchte über den Plan einer friedlichen Cession Venetiens an Italien" umgegangen und Napoleon habe seine drohende Rede gegen die Verträge von 1815 gehalten. Nun gewiß, daß ein Krieg gegen Österreich ein nach allen Seiten gefährliches Unternehmen war, ist unzweifelhaft. Nur ein Staatsmann vom Schlage Bismarcks, der sich die Kraft und Geschicklichkeit zutraute, unmittelbar nachdem er hier einen zermalmenden Stoß geführt, nach der anderen Seite Front zu machen und einem neuen noch stärkeren Gegner gegenüber zu treten, durfte es wagen, den Gedanken des österreichischen Krieges zu fassen. Sollte nun der Staatsmann, der diesen Gedanken einmal gefaßt hatte, wirklich bereit gewesen sein, als die Heere schon das Schlachtschwert in die Hand genommen, sich mit jenem traurigen Resultat, das die Gablenzschen Vorschläge boten, zu begnügen und nur durch die Verkehrtheit des Gegners auf dem richtigen Wege festgehalten worden sein? Allerdings hat uns Sybel schon gleich bei der Einführung Bismarcks gesagt (Bd. II, S. 447), daß ihm keineswegs das preußisch-deutsche Reich von vornherein als Ziel vorgeschwebt, sondern daß er auch eine Teilung Deutschlands nach der Main-Linie oder eine gemeinschaftliche Beherrschung durch Österreich und Preußen gutgeheißen haben würde. Auf der anderen Seite aber erfahren wir, als es nun im Juli 1866 zum Friedensschlusse kommt (Bd. V, S. 253), daß er „niemals den Gedanken einer bleibenden Zerreißung Deutschlands gehabt hat". Die beiden Sätze stehen keineswegs im Widerspruch miteinander. Ganz gewiß haben Bismarck auch die Teilungs-Ideen in der deutschen Frage vorgeschwebt, aber nicht als gleichwertige Lösungs-Möglichkeiten, sondern als Eventualitäten, auf die man möglicherweise gedrängt und auf denen man vielleicht festgehalten werden könne. Auch eine Gestaltung Deutschlands, wie die von Gablenz vorgeschlagene war ja immer schon ein Fortschritt gegen den deutschen Bund. Von der Kraft, die die nationale Gesinnung in Deutschland, die die preußische Kriegsmacht, die auf der anderen Seite die Gegner entwickelten, von den Gelegenheiten endlich, die Glück und

Zufall gaben, mußte es abhängen, wie schnell und wie weit man vorwärts kam. Wenn Sybel an einer anderen Stelle den Ausdruck gebraucht, von den Männern der Paulskirche, also von den nationalgesinnten Elementen unseres Volkslebens, habe sich Bismarck „nicht unterschieden durch eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel, sondern durch die größere Elastizität, womit er die verschiedenen Mittel und Wege auffand und die Auswahl derselben den Umständen anpaßte" — so möchte ich diesen Ausdruck nicht ganz annehmen. Die „gemeinschaftliche Beherrschung" und die „Teilung nach der Mainlinie" stehen mit dem Ideal der Paulskirche doch in gar zu krassem Widerspruch. Dennoch ist es wahr, daß Bismarck und die Paulskirche im letzten Grunde dasselbe wollten. Der prinzipielle Unterschied liegt aber nicht bloß in der Wahl der Mittel, sondern auch darin, daß die erbkaiserliche Partei in der Paulskirche auf ein bestimmtes Ziel direkt losging, Bismarck aber sich kein bestimmtes Ziel setzte, sondern nur eine bestimmte Richtung einschlug. Dem würde also die Annahme des Gablenzschen Vorschlages nicht widersprechen, sie aber auch noch nicht erklären. Denn daß dieser Fortschritt im Vergleich zu dem notwendigen und natürlichen Postulat der Nation immer noch ein Schneckengang gewesen wäre, haben wir gesehen. Wie ist also das Gablenzsche Zwischenspiel zu erklären?

Denkbar wäre es, daß der preußische Staatsmann es als einen Schachzug betrachtet hat, zunächst das Bündnis zwischen Österreich und den Mittelstaaten zu sprengen und dann weiter zu sehen. Der Krieg von 1866 wurde doch ein „Bruderkrieg" weniger durch die relativ kleine Zahl Deutscher unter den Österreichern, als dadurch, daß fast alle anderen deutschen Staaten sich auf die Seite Österreichs stellten. Das Gablenzsche Programm hätte diese Verbindung nicht nur zerstört, sondern jene Staaten zum Teil vielleicht auf die Seite Preußens geführt: Bayern mußte sich naturgemäß immer noch lieber unter den Oberbefehl Preußens als Österreichs stellen und alle Mittelstaaten zusammen hatten gemeinsam das Interesse, sich lieber einem Großstaate verbunden anzugliedern, als sich zwischen zweien aufteilen zu lassen. So wäre die Durchführung des Planes im „dritten Deutschland" auf einen Widerspruch gestoßen, der geschickt benutzt, namentlich wenn an den „Oberbefehl in Norddeutschland" sofort der Vorschlag eines norddeutschen Parlaments sich anschloß, Preußen zu Gute kam — und

wenn dann doch der Konflikt ausbrach, das Bündnis mit Italien überflüssig gemacht hätte. Was als dauernde Gestaltung unerträglich erscheint, würde so als Übergangsmoment von großem Vortheil gewesen sein.

Entsprang also wirklich die Aufnahme des Gablenzschen Vorschlages dem Wunsche, den Frieden zu erhalten? Oder, wenn nicht, lag ihr die eben ausgeführte, oder etwa eine noch ganz andere Berechnung zu Grunde?

Alle diese Fragen führen uns auf denjenigen Faden in den Ereignissen, der in der Sybelschen Darstellung kaum hier und da berührt, öfter durchschimmernd, einmal direkt als für seine Aufgabe nicht erforderlich eliminiert wird: das Verhältnis des Ministers zum König.

Es gehörte wahrlich nicht geringe Gewandtheit dazu, die „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." zu schreiben und doch gerade das was der Titel sagt, nur in einem unbestimmten Helldunkel erscheinen zu lassen. Das war notwendig, denn sonst hätte das Werk überhaupt nicht geschrieben werden können. Aber welche Lücken, welche Verschiebungen, welche Überkleidungen dieses Manko nötig gemacht hat, kann man sich leicht und muß man sich auch schon bei der Lektüre des Werkes vorzustellen suchen. Das Einzigartige der Erscheinung Kaiser Wilhelms des Alten in der Weltgeschichte ist ja, daß er neben seinem ungeheuren Minister, neben seinem genialen Feldherrn doch seine volle Königliche Persönlichkeit gewahrt hat. Es ist weder Bismarck noch Moltke je gelungen — sie haben auch nie danach gestrebt, ich meine es bloß in dem objektiven Resultat — den König in den Schatten zu stellen, obgleich jedermann wußte, daß der eine der leitende Staatsmann, der andere der leitende Feldherr sei. Wenn die persönliche Pietät, welche unser Geschlecht dem Kaiser gezollt hat und zollt, einmal dahingeschwunden sein wird, so wird auch die kühl betrachtende Historie in der Fähigkeit die Königliche Würde neben solchen Rivalen zu behaupten, stets eine der großartigsten Erscheinungen sehen. Aber auch ein solcher Adler wird nicht geschenkt. Kaiser Wilhelms staatsmännische Anlage und Politik war weder ein Duplikat zu der Bismarckschen noch bloßes Werkzeug. Die naive populäre Auffassung ist wohl, daß vermöge einer Art von prästabilierter Harmonie der König immer das, was seine genialen Ratgeber ihm vorschlugen, auch gerade wollte. Hier und da habe es wohl mal eine

Friktion und eine schärfere Auseinandersetzung gegeben, aber die seien doch immer bald und ohne gar zu große Schwierigkeiten überwunden worden. Es gehört nur wenig Nachdenken dazu, um zu erkennen, daß ein solches Verhältnis eine psychologische Unmöglichkeit ist. König Wilhelm war eine in sich geschlossene Persönlichkeit, die nicht ohne herzzerreißende und nervenzerstörende Kämpfe in Bahnen geleitet werden konnte, die seinen fünfzig Jahre lang heilig gehaltenen Grundsätzen direkt entgegenliefen. Wäre es leichter gewesen, Bismarck hätte es gewiß viel bequemer, Deutschland aber keinen Mann, sondern einen bloßen Schemen zum Kaiser gehabt.

Alles dies erscheint so natürlich und einfach, daß man meinen könnte, es müsse sich auch mit allen Einzelheiten historisch erzählen lassen. Aber der Parteigeist und die Thorheit des Publikums entbehren des historischen Sinnes: sie haben ihn nicht oder sie wollen ihn nicht haben. Man mag sie deshalb verachten, aber es sind Mächte, mit denen man rechnen muß. Den allgemeinen Satz, daß der König seiner Natur nach preußischer Partikularist und Legitimist war, daß gerade hierin seine Stärke lag, daß er nur mit diesen Eigenschaften das entgegengesetzte Ziel des Nationalstaats und des demokratischen Konstitutionalismus erreichen konnte, alles das erregt, so abstrakt ausgesprochen, keinen Anstoß und wird auch als allgemein anerkannt angenommen. Die einzelnen konkreten Konsequenzen dieses Satzes würden darum doch vor aller Welt ausgebreitet zu tausend Mißdeutungen und Mißbräuchen Veranlassung geben. Wir haben es ja traurigen Angedenkens bei der Publikation von Kaiser Friedrichs Tagebuch erlebt. Der „Immediatbericht“ hat nicht nur unserem öffentlichen Leben, sondern auch der historischen Wissenschaft Wunden geschlagen, die so bald nicht ausgeheilt sein werden, und wie harmlos waren die flüchtigen Skizzen des „Tagebuchs“ gegen das, was bei Sybel doch schon ziemlich deutlich zwischen den Zeilen steht!

Diese Beschränkung also ist dem Sybelschen Werke inhärent. Auch auf die eine Frage, die wir zufällig herausgegriffen, muß sie notwendig eine starke Rückwirkung ausüben. Angenommen — noch nicht behauptet — Bismarck habe wirklich mit einer viel größeren Entschiedenheit als es nach der „aktenmäßigen“ Sybelschen Darstellung der Fall war, planvoll und von Anfang an auf den Krieg mit Österreich hin

gearbeitet, so würde er darum doch amtlich nicht viel anders haben handeln können, als er es that. Denn dem König war ein Offensivkrieg an sich und ein Krieg gegen das altverbündete Österreich speziell von Grund aus zuwider. Nicht in der Absicht, irgend einen Krieg zu führen, sondern nur, weil seine militärische Natur und die preußische Tradition eine völlig tüchtige Armee verlangten, erkämpfte er die Reorganisation. Wenn Sybel bei Gelegenheit des hessischen Verfassungsstreites im Frühjahr 1862 den Ausdruck gebraucht, ob der König persönlich dabei den Gedanken gehabt habe, ihn zum Ausgangspunkt eines großen Krieges zur Entscheidung der deutschen Frage zu machen, wisse er nicht, so hätte er diese zweifelnde Wendung doch nicht eigentlich gebrauchen dürfen. Denn nach dem ganzen Charakter des Königs kann, auch wenn man keine Urkunde darüber hat, doch nichts sicherer sein, als daß er an eine solche Entwickelung nicht gedacht hat. Wenn nicht aus anderen Rücksichten, so mußte also schon aus dieser Bismarck den Ausgangspunkt seiner Politik so wählen, daß aus einem spezifisch preußischen Anspruch sich ein Konflikt entwickelte, der die Österreicher verleitete, ihrerseits die Offensive zu ergreifen. Diese Auffassung würde mit den Äußerungen Bismarcks gegen Herrn von Unruh im Jahre 1859, gegen den ungarischen Grafen Seherr-Thoß im Jahre 1862, gegen den italienischen General Govone bei den Verhandlungen im Jahre 1866 und endlich mit einer Erzählung übereinstimmen, die Constantin Rößler jetzt bei Gelegenheit der Besprechung des Sybelschen Buches in der „Post" (vom 25. April) veröffentlicht hat. Danach habe Bismarck bei der Beratung des österreichischen Bündnisses gegen Dänemark im preußischen Ministerrat erklärt, er verbürge sich dafür, daß er aus dieser Aktion die Mittel entnehmen werde, Österreich aus Deutschland hinauszubringen.

Es leuchtet ein, daß unter diesem Gesichtspunkt Bismarck noch viel gewaltiger erscheint, ohne daß der König darum zu verlieren braucht. Die Sybelsche Darstellung läßt am meisten den Verstand, den wunderbaren Scharfblick, die geistige Beherrschung jeder neuen Situation, die Besonnenheit und Selbstbeherrschung Bismarcks vor die Augen treten: weniger die dämonische Tiefe und Gewalt des Charakters und der Persönlichkeit: aus einem furchtbaren Königstiger sei eine zahme Hauskatze gemacht, hat mit der scheuen Bewunderung eines Feindes bezeichnend genug ein französischer Kritiker gesagt.

Mag man nun auch schon heute das Gefühl haben, daß die Zukunft der Geschichte dieser Epoche und dieser Männer noch andere Lichter aufsetzen werde, hier und da oder vielfach — was uns das Sybelsche Werk heute bietet, ist schon so überreich, das Bild so wie es uns vorgeführt wird, so groß, so lebendig, so erfreulich, daß Dankbarkeit und Bewunderung des Deutschen Volkes dem Verfasser für alle Zeiten gesichert sein werden.

Briefwechsel eines Theoretikers und eines Praktikers über Arbeiterorganisation und Streiks.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 66, November-Heft 1890.

Der Theoretiker.

Lieber Freund!

Der Kernpunkt der Arbeiterfrage ist nach meiner Ansicht, die sich wesentlich an den Arbeiten Gustav Schmollers gebildet hat, nicht die Lohnerhöhung, sondern die Lohnsicherheit und die soziale Stellung des Arbeiters. Die Lohnerhöhung ist es nicht. Der Arbeiter legt zwar selbst meist das Hauptgewicht auf den Lohn, aber das ist kein Beweis, daß der Sitz des Übels, an dem er leidet, wirklich an dieser Stelle zu suchen ist. Es ist notorisch, daß sich die materielle Lage des Arbeiterstandes im letzten Menschenalter sehr verbessert hat. Ein Mann, dem gewiß die besten Informationen darüber zu Gebote stehen, der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker, hat ja kürzlich eine Zusammenstellung veröffentlicht, die zu dem Schluß kommt, daß der Arbeitslohn der Industrie sich in den letzten 40 Jahren verdoppelt bis verdreifacht habe, während die Preise der Lebensbedürfnisse wohl zum Teil gestiegen, zum Teil aber sogar gesunken sind. Die Arbeitszeit hat sich ebenfalls vermindert. Trotzdem ist die Unzufriedenheit größer geworden, und es ist ja auch klar, daß ein Arbeiter, selbst wenn er plötzlich 50 Pfennige oder 1 Mark mehr Tagelohn bekommt, was für ihn sehr viel ist, darum schwerlich aufhören wird Sozialdemokrat zu sein: denn sein ganzer sozialer Status bleibt mit hohem oder niedrigem Lohn derselbe.

Die erste Bedingung, ihm einen anderen Status zu verschaffen, war, ihm einen sicheren Boden unter die Füße zu geben, durch die

Krankheits-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Denn solange diese drei Gefahren seinen Haushalt, er mochte ihn sich noch so verständig und sparsam einrichten, in jedem Augenblick umzustürzen drohten, konnte er an die Gewinnung einer festen staatsbürgerlichen Position überhaupt nicht denken. Diese erste Schwierigkeit ist überwunden: ein festes Fundament ist gelegt.

Die Frage, die nunmehr brennend ist, ist die des Verhältnisses der Arbeiter zu den Arbeitgebern, von dem die Lohnfrage nur der Auswuchs ist. Die Einen glauben noch an das englische Ideal: große, organisierte Arbeitervereine auf der einen, Fabrikantenvereine auf der andern Seite. Es ist richtig, daß diese Organisation viel Gutes geschaffen hat, und daß durch Verhandlungen beider Teile oder durch Schiedsgerichte mancher Streit beigelegt, mancher Streit vermieden worden ist. Jedenfalls ist dieser Zustand viel besser als bei uns die vollständige Anarchie, bei der die Inscenierung und Leitung der Streiks stets den Wüstesten zufällt. Aber die Organisation der Gewerkvereine hat doch auch sehr große Mängel. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird wohl organisiert, aber dadurch auch verewigt. Das letzte, fortwährend im Hintergrund lauernde Mittel bleibt der Streik, und der Streik ist immer und unter allen Umständen ein großes wirtschaftliches und ein noch größeres ethisches Übel. Diese großen selbständigen, der natürlichen Einwirkung der Arbeitgeber entzogenen Arbeiterorganisationen können auch einmal, wenn sie unter die Führung von Sozialisten gelangen, eine große Gefahr bilden. Das Ideal, nach dem man streben muß, ist eine Wirtschaftsordnung, welche den Streit möglichst vollständig ausschließt.

Schon oft vorgeschlagen ist das System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Es ist auch zuweilen versucht, aber fast immer gescheitert und mit Recht. Der Zuschuß, den der Arbeiter auf diese Weise zu seinem Tagelohn erhält, ist etwas zu Unsicheres, als daß darauf ein soziales System zu gründen wäre. Die meisten Etablissements sind auch nicht in der Lage, einen solchen Zuschuß mit Regelmäßigkeit zu gewähren.

Dennoch steckt ein Funke von Wahrheit in dem Gedanken. Die Wirkung des Gewinnanteils muß aber nicht in dem Geldvorteil gesucht werden, der dem Arbeiter zufällt, sondern in der Möglichkeit, ihm dadurch einen anderen sozialen Status zu verleihen.

Ich denke mir eine Arbeiterschaft von 400 Köpfen, die in drei Klassen geteilt wird: die Korporation der Altgesellen 100 Mann; der Gesellen 200 Mann; der Lehrlinge 100 Mann.

Die Altgesellen erhalten von dem Fabrikherrn folgenden Kontrakt:

Sie sind lebenslänglich angestellt gegen den in ihrem Fach ortsüblichen Tagelohn und scheiden nur aus

wenn sie entweder selber mit der gesetzlichen Kündigung den Dienst verlassen,

oder arbeitsunfähig werden, also durch die Invaliditätsversicherung versorgt werden,

oder bei Vergehen auf Grund eines regelmäßigen Verfahrens unter Zuziehung des Arbeiterausschusses.

Sie erhalten Gewinnbeteiligung neben ihrem gewöhnlichen Lohn.

Freiwerdende Stellen in der Korporation besetzt der Fabrikherr aus den ältesten und bewährtesten Gesellen unter Anhörung des Arbeiterausschusses.

Begründung:

Die Gewinnbeteiligung einer solchen geschlossenen Korporation ist etwas ganz anderes als die allgemeine Gewinnbeteiligung. Diese ist dem Arbeiter vielleicht oft einträglich, macht ihn aber völlig abhängig vom Fabrikanten, der ihn täglich entlassen und dadurch um den Gewinn bringen kann. Der Altgeselle, wie ich ihn vorschlage, ist unabsetzbar, wie ein Beamter, eine Eigenschaft, die man unmöglich der gesamten Arbeitermasse geben kann. Die Korporation der Altgesellen ist aufs engste mit der Fabrik verbunden; sie enthält die ältesten und tüchtigsten Arbeiter, die nunmehr das höchste Interesse haben, jede Lohnstreitigkeit durch friedliche Verhandlung und nicht durch Streik zum Austrag zu bringen. Das Opfer, das die Aktionäre zu bringen haben, braucht nicht sehr groß zu sein und der Gewinnanteil jedes einzelnen Altgesellen ist doch schon ein erklecklicher. Auch die schwächer fundierten Etablissements werden das Opfer gern bringen können, wenn sie dadurch die Streikgefahr beschwören. Fällt auch in einem oder einigen Jahren einmal gar nichts ab, so bleibt die Institution doch in Kraft, da die Altgesellen unabsetzbar sind und sich im Hinblick auf die Aktionäre, die sich auch nach der Decke strecken müssen, besserer Zeiten getrösten. Das System der Gewinnbeteiligung aller Arbeiter hin-

gegen geht sofort in die Brüche, wenn einmal ein paar Jahre kein Gewinn zu verteilen ist.

Die Korporation der Gesellen erhält nur den gewöhnlichen Lohn. Jeder Geselle aber hat bei guter Führung die Aussicht, einmal unter die Altgesellen aufzurücken und dadurch eine völlig gesicherte Lebensstellung zu erlangen. Was soll den Arbeiter heute abhalten, sich an einem Streik zu beteiligen? Vielleicht erreicht er etwas, schlimmstenfalls schränkt er sich einige Zeit ein. Ein Ziel, dem er zu strebte, um dessentwillen er sich moralisch zusammennehmen muß, hat er nicht vor sich. Von seinem 18., spätestens 25. Jahre an verdient er dasselbe, was er als 50jähriger auch noch verdienen wird — wenn nicht ein glücklicher Streik ihm eine Verbesserung verschafft. Verzankt er sich in der einen Fabrik, so geht er in eine andere. Durch die Scheidung der beiden Klassen der Altgesellen und Gesellen bekommt das ganze Leben des Arbeiters einen anderen Inhalt. Das Aufrücken zum Altgesellen ist für den Mann das, was in der guten alten Zeit und heute noch im Kleinbetriebe das Aufrücken vom Gesellen zum selbständigen Meister bedeutet. Die Hoffnung auf die Altgesellenschaft wird daher auch die Gesellen so eng an die Fabrik fesseln, daß ein Streik so gut wie unmöglich wird.

Die dritte Klasse sind die Lehrlinge. Niemand kann in die Klasse der Gesellen kommen, der nicht fünf Jahre Lehrling gewesen ist. Die Lehrlinge erhalten nur zwei Drittel ihres Lohnes ausgezahlt, das letzte Drittel wird auf der Sparkasse angelegt und kann nur mit Zustimmung eines vom Arbeiterausschuß bestellten Pflegers abgehoben werden: etwa wenn der Bursche zum Militär geht, längere Zeit krank ist, Eltern zu unterstützen hat oder dergl. Diese Einrichtung ist von der höchsten Wichtigkeit, denn es ist ein besonders schwerer Nachteil unserer heutigen Wirtschaftsordnung, daß die jungen Leute zu früh den vollen Lohn erhalten. In dieser Zeit gewöhnen sie sich Bedürfnisse an, die sie nachher, wenn sie Familie haben, nicht mehr befriedigen können. Kein Wunder, daß sie dann von Hungerlöhnen sprechen und den Streikpredigern Recht geben.

Wird die Fabrik unter dieser Bedingung Lehrlinge bekommen? Ich denke: ja: die Altgesellen, die den ganzen Vorteil ihrer gesicherten und behäbigen Stellung erkennen, werden schon dafür sorgen, daß es an Nachwuchs aus ihrer Verwandtschaft und Bekanntschaft nicht fehle.

Wird die lebenslängliche Anstellung der Altgesellen der Fabrik Ungelegenheiten bereiten und die Disziplin schwächen? Wird, mit anderen Worten, der Arbeiterausschuß streng genug sein mit der Bestrafung in Disziplinarfällen? Ich glaube sicherlich.

Schmoller in seinem Aufsatz über „Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen“ (Zur Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart, S. 429 und 430) führt Zeugnisse von den Direktoren großer Fabriken an, die die Disziplin ihrer Werke an Arbeiterausschüsse übertragen haben und ihnen eine große Strenge und den besten Erfolg nachrühmen. Die Leute haben ja selber ein großes Interesse daran. Eventuell kann man noch eine Appellationsinstanz außerhalb bestimmen. Denn die Disziplin in der Fabrik darf natürlich keinen Augenblick gefährdet oder auch nur im mindesten erweicht werden.

Müssen wegen Einschränkung der Produktion Arbeiterentlassungen stattfinden, so können sie natürlich immer nur Gesellen und Lehrlinge treffen. Auf Wunsch muß man ihnen versprechen, sie bei Neueinstellungen zu berücksichtigen und ihnen die Zeit anzurechnen.

Man kann auch vielleicht eine vierte Klasse nur auf Zeit angenommener Arbeiter ohne näheres Verhältnis zur Fabrik einrichten, die eintretenden Falles zuerst zur Entlassung kommen, sodaß es also schon ein Vorteil ist, zur Gesellenschaft zu gehören.

Wird nun etwa durch die vorgeschlagene Organisation die Abhängigkeit der Arbeiter von dem Arbeitgeber zu groß? Allerdings, und das ist ja der Zweck, wird es den Arbeitern fast unmöglich gemacht, ihre Forderungen, sei es im Lohn, sei es in der Arbeitszeit oder in der Fabrikordnung mit Gewalt, durch Streiks durchzusetzen. Auf der anderen Seite aber wird ihnen in den unabsetzbaren Altgesellen eine Spitze und eine Vertretung von solcher Unabhängigkeit und solchem moralischen Gewicht gegeben, daß man sich der Hoffnung hingeben darf, daß diese alle vernünftigen und begründeten Forderungen durch friedliche Verhandlung beim Arbeitgeber durchsetzt. Das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber wird ein so viel engeres, daß man auf beiden Seiten das Bestreben präsumieren darf, sich so weit als irgend möglich entgegenzukommen. Damit ist das Gewaltmittel der Streiks überflüssig gemacht und die Gefahr einer gar zu großen Abhängigkeit des Arbeiterstandes ausgeglichen. Materiell erhält er gegen den jetzigen Zustand eine nicht unerhebliche Verbesserung,

die doch die Industrie zu tragen vermag, da ihr nunmehr die Streikverluste erspart bleiben. Die Hauptsache aber ist nicht die materielle Verbesserung, sondern der völlig andere soziale Status eines unabsetzbaren Altgesellen im Vergleich mit dem eines heutigen, jedem Hauch der Willkür eines Werkmeisters preisgegebenen Fabrikarbeiters.

Der Praktiker.

Lieber Freund! Der Kern Deines Planes ist der Vorschlag, einen Teil der Arbeiter als Altgesellen lebenslänglich anzustellen. Leider muß ich von vornherein erklären, daß ich diesen Vorschlag für völlig unausführbar halte. Einen gesetzlichen Zwang schließt Du ja selber aus und freiwillig wird keine Fabrik sich jemals darauf einlassen. Der Nutzen, den Du von der Einrichtung erwartest, soll sein, daß sie die Streiks verhindert. Streiks giebt es aber immer nur dann, wenn infolge erhöhter Produktion Mehrbedarf an Arbeitern entsteht. Auf diesen Teil der Arbeiter würde aber weder die neue Organisation direkt eine Einwirkung ausüben, noch ist sie indirekt durch den Einfluß der Altgesellen zu erwarten. Denn erfahrungsmäßig haben die alten ja auch jetzt schon praktisch meist lebenslänglich an einer Fabrik beschäftigten Arbeiter auf die fluktuierenden zu- und abströmenden Arbeitermassen nicht den geringsten Einfluß. Endlich frage ich, was wird aus den lebenslänglichen Kontrakten, wenn eine Fabrik zeitweise stillstehen muß, wenn sie liquidiert oder wenn sie in Konkurs gerät?

Der Theoretiker.

Lieber Freund! Deine Einwände schlagen mich noch nicht nieder: ich will sie der Reihe nach zu erledigen suchen.

Wenn eine Fabrik in Konkurs gerät, so haben die Inhaber der lebenslänglichen Kontrakte, die Altgesellen, nicht mehr und nicht weniger Rechte als andere Gläubiger auch, d. h. in diesem Falle gar keine. Der Gefahr, durch Zahlungsunfähigkeit seines Kontrahenten seine Ansprüche zu verlieren, ist jedermann im wirtschaftlichen Leben ausgesetzt. Da der Wert der Altgesellenschaft im Gewinn-Anteil besteht und von diesem im Konkurs nicht mehr die Rede sein, auch die dauernde Beschäftigung nicht mehr gewährt werden kann, so ist einfach zu statuieren, daß mit dem Konkurs die Institution eo ipso verlischt. Mit dem

laufenden Arbeitslohn hat die Gewinn-Beteiligung und die ganze Institution nichts zu thun.

Wenn die Fabrik liquidiert, so muß sie suchen, sich wegen ihrer Verpflichtungen auf irgend eine Weise abzufinden. Am einfachsten scheint es, wenn gleich im Kontrakt dieser Fall vorgesehen und eine gewisse Entschädigungssumme festgesetzt wird, mit der die Arbeiter sich zu begnügen haben.

Die Frage, was soll geschehen, wenn eine Fabrik zeitweise stillsteht, beantworte ich mit der anderen: was geschieht denn jetzt, wenn eine Fabrik zeitweis stillsteht? Häufig werden die Arbeiter einfach entlassen. Ist nun das Stillstehen ihrer eigenen Fabrik eine zufällige, singuläre Erscheinung, so finden sie wohl anderwärts Arbeit. Steht die Fabrik aber still wegen einer allgemeinen Geschäftskrisis, so finden sie anderwärts keine Arbeit und können nach der menschenfreundlichen Anschauung der rein individualistischen Wirtschaftslehre verhungern oder Vagabunden werden. So ist es ja im Jahre 1874 gegangen, als plötzlich 200 000 Vagabunden in Deutschland auftauchten und die Ultramontanen erklärten, das käme vom Kulturkampf und den Simultanschulen, die die religiöse Gesinnung im Volke zerstörten, infolgedessen es auch arbeitsscheu geworden sei. Diese aus religiöser Verwahrlosung Arbeitsscheuen wollen wir nun weiter stromern lassen: bezüglich derjenigen aber, die arbeiten wollen, ist schon längst die Forderung aufgestellt, daß die öffentliche Wirtschaftsordnung ihnen auch Arbeit geben müsse. Auch praktisch ist dieser Forderung ja schon oft nachgekommen worden bei allgemeineren Notständen durch öffentliche Arbeiten, die der Staat oder die Kommune veranstalteten, in einzelnen Fällen durch die Fabriken, welche ihre Leute wenigstens mit halber oder viertel Arbeit beschäftigten: manchmal bloß mit dem Putzen der Maschinen, entweder aus Mitleid, oder um sich ihren Stamm tüchtiger Leute für die Zukunft zu erhalten. An dieser Stelle liegt noch ein großes Problem der Sozialpolitik. Die Natur verlangt, daß der Mensch nicht nur für die Zeit, wo er arbeitet, sondern auch wo er durch irgend welche Umstände verhindert ist zu arbeiten, sich nähre. Für Zeiten der Krankheit, der Invalidität und des Alters hat man durch ein Zusammenwirken des Arbeiters selbst, seines Arbeitgebers und des Staats ausreichende Reservefonds jetzt geschaffen. Das natürliche Recht verlangt, daß der Fabrikant auch für die Zeit, wo er der Kräfte des Arbeiters

nicht mehr bedarf, gewisse Verpflichtungen übernimmt. Es würde mir daher durchaus billig erscheinen, wenn die Fabrik ihren Altgesellen gegenüber für den Fall, daß sie selbst vorübergehend keine Arbeit hat, es auf sich nimmt, ihnen entweder selbst anderweitig Arbeit zu verschaffen, ohne daß sie dadurch ihre Ansprüche an die Fabrik verlieren, oder aber, wenn eine solche Arbeitsbeschaffung nicht gelingt, ihnen ein gewisses Wartegeld von einem Drittel oder der Hälfte des Tagelohnes zu zahlen. Sie genügt damit nicht nur einer moralischen Pflicht, sondern hat auch selbst den Vorteil davon, sich den Stock ihrer besten Arbeiter für die Zukunft zu erhalten. Daß wirklich eine Fabrik längere Zeit vollständig stillsteht, ist ja ohnehin ein sehr seltener Fall.

Dies führt uns auf den vierten und schwierigsten Punkt der Einwände: das Verhältnis zu den fluktuierenden Arbeitern. Ich gebe es von vornherein zu, daß diese durch die geplante Organisation weder direkt noch indirekt berührt oder wenigstens sicherlich nicht in ihrer Lage verbessert, vielleicht sogar geschädigt werden. Diese Leute werden nach wie vor auf die Straße gesetzt, wenn die Arbeit aufhört. Es ist ihnen daher gar nicht zu verdenken, daß sie, wenn die Gelegenheit günstig ist, sie zu benutzen suchen und Streiks inscenieren, die der Erpressung verzweifelt ähnlich sehen. Das ist nicht der Fehler der Individuen, sondern des Systems. Will man die Arbeiter schelten wegen ihrer Streiks, so muß man auch die Fabrikanten schelten wegen der Entlassungen bei Arbeitslosigkeit. Nur durch sehr tief greifende sozialpolitische Schöpfungen kann dieses Gebrechen völlig geheilt werden. Nun ist es aber doch nicht richtig, daß diese Leute allein die Streiks machen. Zwar entstehen die Streiks meist nur dann, wenn die Produktion vermehrt und neue Arbeiter eingestellt werden. Gefährlich aber werden sie erst dadurch, daß die ständigen Arbeiter sich an dem Streik beteiligen. Nur diese Leute pflegen ja auch in der Lage zu sein, den Streik längere Zeit aushalten zu können. Ich behaupte also, daß allerdings die Hauptstreikgefahr durch die Schaffung des Instituts der Altgesellen beseitigt wird, und weil dem so ist, daß es auch im Interesse jeder einzelnen Fabrik liegt, sich dieses Institut zu schaffen. Deshalb scheint es mir doch nicht so völlig aussichtslos, ohne Nachhilfe der Gesetzgebung durch die freie Initiative der Industrie, dieses Stück des sozialpolitischen Problems zu lösen. Der Staat hat übrigens

selbst Betriebe genug, möge er in diesen mit gutem Beispiel voran-gehen, das wird genügen.

Sollte wirklich einmal durch die Androhung eines Streiks eine Fabrik sich genötigt sehen, ihren fluktuierenden Arbeitern eine Lohn-erhöhung zu gewähren, so ist es selbstverständlich, daß die ständigen Arbeiter daran teilnehmen. Andernfalls würde die Fabrik ihre Arbeiterorganisation, die sie sich doch selber geschaffen, mit eigener Hand zerstören.

Der Praktiker.

Lieber Freund! Ich habe mittlerweile das citierte Buch von Schmoller gelesen, namentlich die beiden schönen Aufsätze „Über Wesen und Verfassung der großen Unternehmungen“ und über „Gewinn-beteiligung“ und daraus allerdings die Überzeugung gewonnen, daß sowohl eine Organisation in unserer Fabrikarbeiterklasse notwendig, als auch, daß an mehreren Stellen schon Ähnliches mit gutem Erfolg durchgeführt ist. Die Übertragung der englischen Gewerkvereine auf unseren Boden, wie sie Professor Brentano und andere Gelehrte er-streben, würde ich für Selbstmord halten. Ich habe das Buch von Schulze Gaevernitz darüber gelesen und unter anderem als „Programm“ eines solchen Vereins gefunden „Abschaffung der noch bestehenden in-direkten Steuern außer der auf Branntwein. Progressive Einkommen- und Erbsteuer“. Diese Vereine sind also nicht bloß soziale, sondern politische im stärksten Sinne des Worts. Man stelle sich eine solche Organisation der gesamten Arbeiterschaft in Deutschland vor, die ein solches Steuerprogramm aufstellte — es wäre die Sprengung unseres Staats! Organisationen aber sind notwendig, es kommt darauf an, die richtigen zu suchen. Man muß also wohl gegenüber den Vorschlägen, die gemacht werden, nicht mit den Einwänden, die man erhebt, sofort das „also unmöglich“ verbinden, sondern zunächst versuchen, ob sich der Einwand nicht, ohne der Grundidee zu widersprechen, mit einer praktischen Spezialbestimmung parieren läßt. So ist in Deinem Plan der Fall des Konkurses und der Liquidation, so wie Du es schreibst, wohl ohne Schwierigkeit zu erledigen. Der Fall des zeitweiligen Still-standes der Fabrik ist schon schwieriger. Vielleicht könnte man auch hierfür eine besondere Klausel aufnehmen, welche dem Fabrikherrn das Recht der zeitweiligen Entlassung wahrt. Unbedingt nötig ist, daß

das Recht der Ernennung zum Altgesellen allein dem Fabrikherrn ohne jede Mitwirkung des Arbeiterausschusses zusteht. Die Altgesellen haben ja etwas Beamtenartiges und auch die Beförderung von Beamten erfolgt allein durch den Vorgesetzten. Ein Vorbehalt muß ferner noch gemacht werden für den Fall, daß der Altgeselle, ohne sich direkt etwas zu Schulden kommen zu lassen, doch seinen Beruf nicht mehr vollständig erfüllen kann, Neuerungen im Betriebe nicht mehr zu erfassen, auf neue technische Erfindungen nicht mehr einzugehen versteht. In diesem Falle muß es gestattet sein, unter Zustimmung des Arbeiterausschusses, ihn in eine niedere Lohnklasse zu versetzen und mit geringeren Arbeiten zu beschäftigen. Da er einmal Altgesell ist, behält er ja immer seinen Gewinnanteil.

Die Ähnlichkeit dieser Stellung mit dem Beamtentum zeigt sich auch darin, daß der Altgesell zwar nach Willkür gehen und den Abschied nehmen, aber nicht nach Willkür seines Brodherrn entlassen werden kann. Das ist der eigentliche Kern der Sache und, obgleich sie sich ja nur auf den vierten Teil der Arbeiter beziehen soll, doch eine ungeheure Einschränkung der jetzigen diskretionären Gewalt des Fabrikanten. Auch jetzt werden ja Arbeiter, die 10—15 Jahre in einer Fabrik beschäftigt sind, so leicht nicht entlassen, und die Altgesellen würden lauter solche ältere Arbeiter sein, die vorgeschlagene Reform scheint also praktisch gar nicht so sehr wesentlich. Aber es ist doch ein großer Unterschied, ob ich aus eigenem gutem Willen einen älteren Arbeiter behalte, oder ob ich mich überhaupt und definitiv des Rechts, ihn zu entlassen, begebe. Die Disziplin braucht allerdings nicht darunter zu leiden; das lehrt die Erfahrung in unserem Beamtentum, und die gesamte Korporation der Altgesellenschaft, die an der Verwaltung der Disziplin beteiligt sein soll, hat ein zu großes Interesse an dem guten Gang der Fabrik, um nicht in diesem Sinne ihre Urteilssprüche zu geben oder ihre Vertreter zu wählen. Aber trotzdem — es liegt einmal tief in der menschlichen Natur, Macht haben und ausüben zu wollen. Das ist der Grund, weshalb die Fabrikanten sich nicht freiwillig werden beschränken wollen. So lange das Kapital die Herrschaft hat, will es sie auch behalten. Was als Ersatz versprochen wird, ist die Erstickung der Streiks. Das wäre allerdings ein enormer Gewinn. Aber ist er so sicher? Die betreffende Fabrik für sich betrachtet, so kann allerdings ein Streik in ihr nach menschlichem Ermessen nicht mehr

entstehen. Die gefährlichen Streiks sind aber die, bei denen ein ganzes Gewerbe in einer Gegend streikt. Wird da der Korpsgeist oder wenn dieser nicht ausreicht, der brutale Terrorismus der Fachvereine nicht auch Deine „Gesellen" und zuletzt auch die „Altgesellen" packen und zur Arbeitereinstellung zwingen? Die Altgesellen werden sich freilich wohl bis aufs äußerste wehren. Nehme ich an, daß sie bei einem Tagelohn von 750 bis 1200 Mark jährlich einen Gewinnanteil von nur 100—300 Mark beziehen (und oft wird es doch das Doppelte, vielleicht das Dreifache ausmachen), so ist das mehr, als ihnen irgend ein Streik an höherem Tagelohn verschaffen kann. Führt nun eine Fabrik Deine Reform ein und die andere nicht und jene bleibt wirklich vom Streik verschont, so hat sie einen doppelten Gewinn, erstens dadurch, daß sie selbst arbeitet und zweitens dadurch, daß die anderen nicht arbeiten. Wer das Experiment dieser Form macht, braucht es also gar nicht aus Edelmut und Idealismus, sondern mag es einfach aus geschäftlicher Berechnung thun. Für die Lösung des sozialen Problems selbst bleibt es jedoch immer nur ein sehr kleiner Terraingewinn. Das System ist auf die kleineren Betriebe überhaupt nicht, sondern nur auf Etablissements mit wenigstens 50—100 Arbeitern anwendbar und auch da nur unter ganz besonders günstigen Umständen. Daß auf diese Weise im engen Rahmen manches Gute geschaffen werden könne, will ich jetzt nicht mehr in Abrede stellen. Aber wenn der Staat nicht mit seinen Betrieben vorangeht, wird sich schwerlich ein Prviatetablissement zu dem Experiment entschließen.

Die Beschießung von Paris.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 68, Oktober-Heft 1891.)

Durch verschiedene Publikationen der jüngsten Zeit ist es allgemein bekannt geworden, daß sich in der Frage der Beschießung der französischen Hauptstadt im Jahre 1870 zwei Ansichten im deutschen Hauptquartier scharf gegenüberstanden und lange miteinander gerungen haben: die eine, hauptsächlich vertreten durch den Bundeskanzler Grafen Bismarck und den Kriegsminister General von Roon, forderte die Beschießung, die andere, vertreten durch den Kronprinzen, den General von Moltke und den Generalleutnant von Blumenthal, verwarf sie. In das Generalstabswerk ist von diesem inneren Kampfe nichts übergegangen. Da schließlich die „Beschießung" gesiegt hat, so nimmt das Generalstabswerk dies Verfahren von vornherein als das gegebene und natürliche an und leitet die lange Verzögerung in der Ausführung ausschließlich von der überaus großen technischen Schwierigkeit her, das ungeheure Artillerie-Material heranzuschaffen. Diese Schwierigkeit wird mit solcher Anschaulichkeit geschildert und wahrscheinlich gemacht, daß wohl manchem noch hinterher, obgleich jetzt eines Besseren belehrt, die Darstellung als unangreifbar erscheinen möchte. Die eine Eisenbahnlinie, auf der die ganze Verbindung mit der Heimat sich bewegt, der gesprengte Tunnel, die Landfuhren, die Aufbringung der Massen von Pferden und Wagen in dem feindlichen Lande, der Zustand der Straßen, die Jahreszeit — nicht daß man so spät, sondern daß man überhaupt mit der Beschießung zustande kam, muß dem unbefangenen Leser als das Erstaunliche erscheinen. Daß nun diese düstere Färbung mit einer gewissen Künstlichkeit hergestellt ist, wird kein Verständiger dem Werke zum Vorwurf machen. Amtliche Geschichtsschreibung hat so wenig die absolute objektive Wahrheit zum ausschließlichen Leitstern, wie eine

diplomatische Depesche. Wer es für unerlaubt erklärt, hier gewisse Kompromisse zu schließen, würde der Gegenwart nichts geben, sondern sie nur des Genusses der großen und wesentlichen Teilwahrheiten berauben, die auch amtliche Geschichtsschreibung, und keine reicher und unbefangener als gerade die der preußischen Generalstabswerke, gewährt. Der Fall ist ja auch gar nicht selten, wo diese Werke Fehler und innere Friktionen ganz offen eingestehen. Wenn es gerade in der Frage der Beschießung von Paris nicht geschehen ist, so ist daraus vielleicht zu schließen, daß die Gegensätze hier von einer außergewöhnlichen und dauernden Schärfe geblieben sind. Da nunmehr der Schleier aber einmal gelüftet ist, scheint es angezeigt, noch etwas eingehender über das Ereignis zu sprechen, einerseits weil in der Zukunft einmal wieder eine ähnliche Lage eintreten könnte und eine falsche Vorstellung von dem Konflikt vor Paris dann schädlich sein würde, dann aber auch, weil die öffentliche Besprechung eine Wendung genommen hat, die dem Andenken der verehrtesten Männer unserer Geschichte zu nahe tritt. In den Briefen des Feldmarschalls Grafen Roon, die kürzlich veröffentlicht sind, ist eine Erzählung, die sich schon 1870 verbreitete, daß nämlich „fürstliche Damen“ die Bombardierung der Hauptstadt der Civilisation verhinderten, in anscheinend authentischer Weise bestätigt und eine angesehene, in Gelehrtenkreisen viel verbreitete Zeitung hat bereits den Schluß gezogen, daß diese Berücksichtigung von Damen-Wünschen „ein für viele Deutsche nicht sympathischer Zug in dem Bilde des verehrten Mannes“, nämlich des Feldmarschalls Moltke sei. Wenn die Voraussetzung richtig ist, dürfte gegen den Schluß wohl nicht viel einzuwenden sein und zukünftige Betrachtungen würden wohl noch strengere Worte als „nicht sympathisch“ wählen. Da möchte wohl von einem „Flecken auf dem Bilde“ oder dergleichen die Rede sein: wir wollen uns beeilen, ihn zu vertilgen, ehe er noch erscheint.

Alle bisherigen Betrachtungen sind davon ausgegangen, daß die Beschießung der französischen Hauptstadt das militärisch Richtige und Selbstverständliche gewesen sei und daß nur eine fremde Rücksicht, die dazwischen getreten, die Ausführung des militärisch Gebotenen verhindert hätte. Diese Ansicht ist heute nicht mehr so leicht zu bekämpfen, da sie ja, wie oben bereits erwähnt, durch das Generalstabswerk sanktioniert worden ist. Man erkennt, wie gefährlich es ist, in einem größeren Zusammenhang an einem Punkt einmal von der Wahr-

heit abzuweichen: weil man die Friktionen nicht erzählen und den endlichen Beschluß als den richtigen hinstellen wollte, gab man die Gegengründe gegen die Beschießung überhaupt nicht an: da nun aber endlich doch herauskommt, daß der Kronprinz, Moltke und Blumenthal gegen die Beschießung gewesen, so erscheint indirekt bestätigt, daß ihre Gründe nicht militärischer, also unlauterer Natur gewesen.

War es denn nun aber wirklich so selbstverständlich, daß die Beschießung gegen Paris zur Anwendung kommen mußte? Es ist zu unterscheiden zwischen dem Bombardement und dem förmlichen Angriff auf eine Festung. Dieser richtet sich gegen die Werke, und beschädigt die Stadt, ihre Gebäude und Bewohner nur gelegentlich, wenn auch oft sehr erheblich. Das Bombardement hingegen richtet sich hauptsächlich gegen die Stadt und sucht durch den Brand, durch Zerstörung der Vorräte und Etablissements, endlich aber und thatsächlich am meisten durch den moralischen Druck, den die Leiden der Einwohner auf den Kommandanten ausüben, die Übergabe zu veranlassen. Daß im Prinzip die letztere Berechnung moralisch verwerflich ist, dürfte allgemein zugegeben werden: wenn trotzdem alle Nationen das Mittel bisher angewandt haben (die Engländer noch 1882 bei Alexandria) und entschlossen sind, es noch weiter anzuwenden, so ist der Grund wohl darin zu suchen, daß praktisch Bombardement und förmlicher Angriff nicht voneinander zu trennen sind. Vergiftete Waffen und Verstümmelung der Gefangenen sind Kriegsmittel, auf deren Anwendung ein Volk mit einem einfachen Entschluß verzichten konnte. Das Bombardement ist nicht so leicht loszuwerden. Jeder Belagerer muß sich die Freiheit vorbehalten, feindliche Magazine und Beobachtungsposten zu zerstören, wo er sie vermutet, Truppen zu beschießen, wo sie gerade marschieren, mit den Festungswerken auch die dahinterliegenden Häuser zu treffen — für eine internationale Konvention ist hier also schlechterdings keine Grenze zu ziehen, und so läßt keine Partei sich das Mittel des wirklichen Bombardements, von dem präsumptive auch die andere Gebrauch machen wird, nehmen. Thatsächlich hat auch die deutsche Kriegführung im Jahre 1870 eine Reihe von wichtigen Festungen, Toul, Schlettstadt, Breisach, Verdun, La Fère, Diedenhofen, Malmedy, Mézières, durch Bombardement zur Kapitulation gebracht. Straßburg aber hat das Bombardement ausgehalten und ist erst vor der wirklichen Belagerung gefallen.

Die öffentliche Meinung in Deutschland und auch in der Armee verlangte, daß gegen Paris in derselben Weise vorgegangen werde. Warum sollte man nicht die Not des Mangels und des Hungers in der Stadt noch verstärken durch die Not einer Beschießung? Warum nicht versuchen, die Festungswerke an irgend einer Stelle zu durchbrechen und dadurch den Krieg abzukürzen und so Blut nicht zu verschwenden, sondern zu sparen?

Was die beiden Generalstabschefs dagegen einwandten, war etwas sehr einfaches. Sie beriefen sich auf den anerkannten militärischen Grundsatz, daß man eine Beschießung nur beginnen dürfe, wenn man die Möglichkeit der vollen Durchführung habe. An eine wirkliche Durchführung aber sei gar nicht zu denken. Der doch sonst stets thatenlustige Generalleutnant von Blumenthal belegte in seiner lebhaften Weise das Verlangen nach der Beschießung mit so scharfen Ausdrücken, daß wir sie der Geschichte nicht gerade im Wortlaut überliefern wollen.

Gewiß wäre es möglich gewesen durch eine fortgesetzte Beschießung in Paris einige Tausend Menschen zu töten und eine Anzahl Häuser zu zerstören. Aber man darf sich nicht irreführen lassen durch den Ausdruck, daß damit die Not vermehrt und deshalb die Neigung zur Kapitulation verstärkt worden wäre. Nicht durch mehr oder weniger starke, sondern nur durch absolute Not konnte Paris zur Übergabe gebracht werden. Paris hatte über 2 Millionen Insassen. Was macht es auf eine solche Einwohnerschaft für einen Eindruck, wenn einige Hundert fallen? Nicht Tausende, sondern Zehntausende und aber Zehntausende, Männer, Weiber und Kinder hätten von den Granatsplittern zerrissen, in den Häusern verbrannt, von den niederstürzenden Balkan erschlagen, in den Kellern erstickt werden müssen, um die Verzweiflung auf den Unterwerfungsgrad zu steigern. Jedes Bombardement, welches unter diesem Effekt bleibt, ist nutzlos. Man lese aber die Schilderungen aus dem unglücklichen Straßburg, wo die Einwohnerschaft vor den Kugeln in den Keller flüchtete und durch das Überschwemmungswasser wieder aus den Kellern herausgetrieben wurde und dennoch nicht kapitulierte — um zu begreifen, daß ein praktischer Erfolg des Bombardements in dem riesigen Paris völlig ausgeschlossen war. Wohl sagt der natürliche Instinkt: unser höchstes Gebot ist, die Not des Feindes zu vermehren. Aber der Verstand ist nicht mehr als der Instinkt

und sagt sich, nicht die Not ist der Zweck, sondern der Sieg. In diesem Sinne gaben der General-Inspekteur der Artillerie General von Hindersin und der General-Inspekteur des Ingenieur-Korps General von Kleist übereinstimmend ihr Gutachten ab, daß eine bloße Beschießung die Übergabe nicht beschleunigen werde.

Nicht anders stand es thatsächlich mit dem förmlichen Angriff. Auszuscheiden ist hierbei natürlich die Verdrängung des Feindes von bestimmten Punkten, zu dem Zweck, der Einschließungslinie erhöhte Sicherheit zu verschaffen. (Vgl. Gen.-St. Werk T. II S. 1138.) Hierzu gehörte z. B. die Beschießung und Vertreibung der französischen Besatzung vom Mont Avron. Die Cernierung wurde auf diese Weise zuletzt so eng gemacht, daß nach dem Ausdruck in dem hinterlassenen Werke des Feldmarschalls Moltke „die Halbinsel Gennevilliers der einzige Raum war, auf welchem noch größere Truppenmassen sich entwickeln konnten, ohne schon während der Versammlung Stunden lang dem Feuer der deutschen Artillerie ausgesetzt zu sein".

Der förmliche Angriff hat den Zweck, die Festung direkt zu erobern und das wäre natürlich an sich auch bei Paris möglich gewesen. Wir wollen uns nun keinen Spekulationen hingeben, wie früh und wie stark die deutsche Artillerie hätte auftreten müssen, um durch einen förmlichen Angriff die viermonatliche Belagerung wirklich abzukürzen. Eine so ungeheure Stadt, mit allem wohl versehen, mit Truppen, die den Angreifern an Zahl weit überlegen waren, besitzt eine gewaltige Widerstandskraft. Vor allem aber trifft die erste Voraussetzung, unter der allein ein Erfolg denkbar, daß nämlich die Belagerungs-Artillerie der deutschen Armee auf dem Fuße hätte folgen können, nicht zu. Insoweit ist die Schilderung des Generalstabswerks unzweifelhaft richtig, daß eine erhebliche Zeit notwendig war, das Material heranzuschaffen. Der Bundeskanzler Graf Bismarck berief sich darauf, daß die beiden Abteilungschefs im Generalstab, die Oberstleutnants von Bronsart und von Verdy, während des Marsches auf Paris versichert hätten, daß sie mit den Sudforts sehr schnell fertig werden würden. Solche Äußerungen mögen wohl gelegentlich gefallen sein, sind aber doch nicht gleich für Brief und Siegel zu erachten. Sagen wir, es sei vier, sagen wir, es sei sechs Wochen eher möglich gewesen, als es wirklich geschah, mit der Beschießung zu beginnen, so wäre darum doch Paris um keinen Tag früher in unsere Hände gefallen. In einem Artikel

der „Münchener Allgemeinen Zeitung“, der offenbar auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen ist (Nr. 237 v. 27. August 1891), wird gesagt: „Daß im Jahre 1866 und 1870 von Hause aus übersehen worden war, Belagerungsartillerie in hinreichender Stärke mobil zu machen und dem Heer rechtzeitig folgen zu lassen, ist eine der Lehren des Krieges, die seitdem hinreichend beherzigt sein dürfte.“ Dieser Satz scheint eine Art Vorwurf gegen den Kriegsminister von Roon zu implizieren und das trifft zusammen mit einer Andeutung in einem der Roonschen Briefe selbst, daß ihm die Verzögerung der Beschießung Schuld gegeben sei. Thatsächlich ist ihm auch damals der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht frühzeitig genug und erst auf das Drängen des Generalleutnant von Blumenthal einen Fuhrpark für die Belagerungs-Armee beschafft habe. Abgesehen aber von dem letzteren Punkt, kann dem Kriegsminister doch billigerweise eine Vernachlässigung nicht vorgeworfen werden. Man erinnere sich, mit welchen parlamentarischen Schwierigkeiten die Erhaltung der Armee damals überhaupt zu kämpfen hatte: man frage sich, ob die kühnste Phantasie vor dem Jahre 1870 von der Möglichkeit der völligen Vernichtung beider kaiserlich französischen Heere und der weiteren Gestaltung des Krieges sich eine Vorstellung gemacht habe — um es zu verstehen, daß man nicht schon von Haus aus Belagerungs-Artillerie, die neben allen kleineren Festungen auch für Paris ausreichte, bereit gestellt hatte. Wenn sie aber nicht sofort zu haben war, sondern erst Wochen und Monate vergehen mußten, bis sie und auch dann erst in knappster Zahl mit knappster Munition in Thätigkeit treten konnte, dann lag auch der Schluß nahe, daß man überhaupt auf dieses Mittel keine Kräfte verwenden, sondern die Entscheidung ausschließlich vom Hunger erwarten müsse. Ein Irrtum trug dazu bei, diese Ansicht zu verstärken. Man nahm auf Grund früherer amtlicher französischer Auslassungen an, daß die Bevölkerung nicht mehr als für 60 Tage Lebensmittel habe. Dieser Irrtum war aber nicht das Entscheidende und außerdem sehr entschuldbar, da ja die Franzosen selbst ebenfalls darin befangen gewesen sind und keine Vorstellung davon gehabt haben daß ihre Lebensmittel thatsächlich auf mehr als die doppelte Zeit ausreichen würden.

Man könnte noch einen Zwischenmodus zwischen Bombardement und förmlichem Angriff in Erwägung ziehen, daß man nämlich sich

eines Teils der Forts durch förmlichen Angriff bemächtigt und von hier aus die Stadt bombardiert hätte. Der Ingenieur en chef der III. Armee, General Schulz, wies hierauf noch kurz vor dem Beginn der Beschießung in einem Gutachten vom 24. Dezember hin: hier hieß es, „daß alle getroffenen Maßregeln die Möglichkeit eines bei veränderter Sachlage doch noch auszuführenden förmlichen Angriffes auf die Forts nicht behindern, vielmehr geeignet sein müssen, eine gesicherte Basis für diesen zu geben, der nach der unvorgreiflichen Ansicht des Unterzeichneten zur Erreichung eines wirksamen Bombardements der Stadt, welches nur aus einer Batterielage in der Höhe der Fortlinie möglich sein möchte, kaum zu vermeiden sein wird.“ Ebenso wies der General von Hindersin darauf hin, daß man sich der Stellungen von St. Denis bemächtigen müsse, um von hier aus den Norden der Stadt zu beschießen. Ohne Zweifel würde ein Bombardement aus diesen Stellungen sehr schwere Leiden über die Pariser verhängt, zur Kapitulation würde es sie aber dennoch nicht gebracht haben, und als Ende Dezember die Frage bei Seiner Majestät dem König zum Vortrag kam, erklärten die beiden speziell zur Oberleitung der Belagerung berufenen Offiziere, Generalleutnant von Kamecke und Generalmajor Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen übereinstimmend, daß der Angriff nicht thunlich sei. General Prinz Hohenlohe erklärte den vorhandenen Geschützpark auch jetzt noch für ungenügend für einen förmlichen Angriff. General von Kamecke wies außerdem darauf hin, daß bei der Aushebung der Parallelen nicht darauf zu rechnen sei, bei der herrschenden strengen Kälte in einer Nacht Deckung zu gewinnen und daß für die Durchführung eines regelmäßigen Angriffs ein besonderes Belagerungskorps von wenigstens 30000 Mann erforderlich sei, welches aus der ohnehin schwachen Einschließungs-Armee nicht disponibel zu machen sei.

Unter dem fortwährenden Drängen der „Schießer“ hatte man allmählich eine sehr zahlreiche Belagerungs-Artillerie mit der Munition herangeschafft, zum Teil aus dem Defensiv-Bestande der heimischen Festungen, zum Teil die Geschütze, die die kleineren französischen Festungen, deren man wegen der Verbindungslinien mit der Heimat notwendig bedurfte, überwältigt hatten. Neben dem eigentlich strategischen Gesichtspunkt, der schnelleren Unterwerfung der feindlichen Hauptstadt, wurden auch noch andere Motive für den artilleristischen

Angriff geltend gemacht. Man machte der fortwährenden Beunruhigung der Einschließungs-Truppen durch die feindliche Artillerie ein Ende, indem man ihr Feuer teils dämpfte, teils auf die eigenen Batterien lenkte: man machte einen günstigen moralischen Eindruck auf die eigenen Truppen und auf das Ausland. Endlich ist auch wohl nicht ganz außer Acht zu lassen, daß man dem Frieden im eigenen Lager diente.

Die Entscheidung fiel endlich in der Weise, daß der König, wie er dem Kronprinzen mitteilte, dem General Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen, dem der Befehl über die gesamte Belagerungs-Artillerie übertragen war, anheim gab, zu thun, was er technisch für richtig halte.

Wozu man sich zuletzt entschloß, läßt das Generalstabswerk bemerkenswerterweise recht im Unklaren. Es war nicht etwa der Beginn eines förmlichen Angriffs auf die Forts, sondern man brachte bloß ihr Feuer zum Schweigen und beschoß dann die nächstgelegenen Teile der Stadt.

Der Kronprinz und der General von Blumenthal blieben bis zuletzt nicht einverstanden mit der getroffenen Entscheidung. General von Blumenthal, der früher dem Kommandeur der Artillerie der III. Armee, dem General Herkt, einmal ausdrücklich verboten hatte, in die Stadt zu schießen, legte dem Kronprinzen einen vergleichenden Verlust-Rapport vor, aus dem sich ergab, wie sehr sich unsere eigenen täglichen Verluste seit dem Beginn der Beschießung gesteigert hatten.

Die schließliche Kapitulation ist allein durch den absoluten Mangel an Lebensmitteln herbeigeführt worden, ohne daß die Erfolge der Belagerungs-Artillerie dabei irgend wie mitgesprochen hätten. Die Südforts waren trotz der dreiwöchentlichen Beschießung doch noch in einem Zustand, daß sie ohne förmlichen Angriff nicht zu nehmen gewesen wären: die beiden angegriffenen Nordforts waren, obgleich hier die Beschießung nur eine Woche gedauert hatte, stärker beschädigt, aber doch auch noch recht widerstandsfähig.

Man möchte gegen die vorstehende Darstellung einwenden, daß nicht nur das Generalstabswerk, sondern auch das nachgelassene Werk des Feldmarschalls Grafen Moltke die Verspätung des artilleristischen Angriffs allein aus den Schwierigkeiten des Transports der Munition erklärt. Aber das ausdrückliche Zeugnis der Briefe des Generals

von Roon, das der Verfasser in der Lage ist, zu bestätigen, läßt keinen Zweifel, daß der Feldmarschall ein Gegner der Beschießung war, wie er an seinen Bruder schrieb und man ihm nun wohl glauben wird „nicht aus zarter Rücksicht für die Pariser oder gar unter dem Einfluß hoher Persönlichkeiten, sondern weil man nur das militärisch Mögliche und Zweckmäßige ins Auge faßte." Daß er in seiner „Geschichte des Krieges" auf das Problem nicht eingegangen ist, erklärt sich aus dem Charakter dieses Buches, das fast nirgends über die schon im Generalstabswerke gezogenen Grenzen der Mitteilungen hinausgeht, wie ja überhaupt eine peinliche Diskretion eine der Hauptugenden des Verewigten war. Wer das hinterlassene Werk aber aufmerksam liest, wird doch wohl einige Spuren entdecken, daß der denkende Kriegsmann hier das Letzte nicht gesagt hat, so wenn er von dem „immer unliebsamen Mittel eines Bombardements" spricht, oder an anderer Stelle durchblicken läßt, daß diese „Maßregel lang verzögert" worden sei.

Nachtrag.

Seitdem hat der General der Inf. v. Blume eine eigene Schrift „Die Beschießung von Paris und die Ursachen ihrer Verzögerung" (Berlin 1899) erscheinen lassen, die ganz zu demselben Ergebnis kommt, wie der vorstehende Aufsatz und es noch weiter mit militärisch-technischen Darlegungen begründet. Vgl. ferner unten den Aufsatz über die Kaiserin Friedrich.

Rede bei der Feier des Geburtstags des Fürsten Bismarck

am 1. April 1892

auf dem Kommers der Ortsgruppe Berlin des Allgemeinen deutschen Verbandes im großen Saal der Philharmonie.

(Nach dem stenographischen Bericht in den Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Verbandes.)

(Diese Kommerse sind seitdem jährlich wiederholt worden.)

„Laßt fahren hin das Allzuflüchtige,
Ihr sucht bei ihm vergebens Rat,
In dem Vergangenen lebt das Tüchtige,
Verewigt sich in schöner That."

Diesen Spruch des Altmeisters Goethe möchte ich der Ansprache zu Grunde legen, mit der ich die Gesinnung und Stimmung, in der Sie sich heute hier alle in diesen weiten Räumen versammelt haben, endlich zu einem zusammenklingenden, brausenden Jubelruf zu entflammen unternehme. „Laßt fahren hin das Allzuflüchtige!" Das Allzuflüchtige ist die Gegenwart, der bloße Punkt zwischen Vergangenheit und Zukunft, die Gegenwart mit ihrer Unsicherheit, ihren Sorgen, Bekümmernissen, Enttäuschungen, Gefahren, Kämpfen und Zwistigkeiten. „Ihr sucht bei ihr vergebens Rat!"

Wir feiern heute den Geburtstag eines Lebenden, wir feiern den 77. Geburtstag eines Mannes in voller Frische, Kraft und Gesundheit, wir feiern also Gegenwärtiges, und wir feiern doch Vergangenes, denn dieser Mann steht nicht mehr am Steuerruder unserer Geschicke.

Also von der Gegenwart wenden wir uns ab. „In dem Vergangenen lebt das Tüchtige, verewigt sich in schöner That." Ver-

geblich wäre es, heute diese That in ihrer ganzen Breite und Fülle vor Ihnen aufrollen zu wollen. Aus der ganzen Summe der Thaten und der Gedanken, der Wirksamkeit und des Erfolges des Fürsten Bismarck wird es am Besten sein, ein Stück herauszugreifen, um an einem Beispiel den ganzen Mann vorzuführen, damit Sie sich ihn daran vergegenwärtigen mögen, wie er in Ihrer aller Gedanken dasteht und lebt. Keine allgemeine Charakteristik will ich geben von unserm Geburtstagskinde — wie ich ihn nennen will mit dem freundlichen Ausdruck der deutschen Sprache, die es ja liebt, das, was sie gern hat, mit Wendungen aus dem Kreise, in dem das deutsche Gemüt sich am vollsten und innigsten auslebt, dem Familienleben, zu bezeichnen. Das ganze Bild ist zu gewaltig, um es hier in einen kleinen Rahmen zu fassen.

Ein geistreicher Mann hat einmal die ganze Periode der Wirksamkeit des Fürsten Bismarck in zwei Teile geteilt: in eine heroische und in eine kunstreiche Periode. Die heroische Periode reicht von seinem Eintritt in das Ministerium im Jahre 1862 bis zum Abschluß des französischen Krieges mit dem Frankfurter Frieden im Jahre 1871: von da an bis zum Schluß reicht die kunstreiche Periode. Suchte ich nach Beziehungen zur Gegenwart, so würde es wohl angezeigt sein, Beispiele aus dieser zweiten Periode herauszugreifen, denn wenn sich nicht etwa plötzlich im Osten und Westen Wolken zusammenballen sollten, so ist es nach menschlichem Ermessen wahrscheinlich, daß unsere Zeit des eigentlich Heroischen weniger als des Kunstreichen bedarf. Aber nach solchen Beziehungen zur Gegenwart suche ich nicht. Es wäre sonst zu leicht möglich, die herrliche Einigkeit der Stimmung, in der hier heute alles versammelt ist, irgendwie zu stören durch entgegengesetzte Empfindungen, die da oder dort anknüpfen könnten.

Ich will ein Beispiel aus der heroischen Periode nehmen, welches sich allerdings in eigentümlicher Weise in der zweiten Periode wiederholt. Ich will von einem Gegner sprechen, den Fürst Bismarck hauptsächlich zu bekämpfen gehabt, und der ihm ganz besondere Schwierigkeiten gemacht hat. Gegner hat jeder Staatsmann und muß er haben, sonst wäre er kein Kämpfer: er hat Gegner in der Form von Parteien, Personen, Prinzipien, feindlichen Bestrebungen. Alles das meine ich aber nicht, sondern ich meine einen andern Gegner, eine bloße Erscheinung, ein Streitmittel, gegen welches unser Staatsmann in wunder-

barer, eigentümlicher Weise immer ganz besonders zu kämpfen gehabt hat. Es ist ihm während seiner ganzen Wirksamkeit geschehen, daß dasjenige, was er hauptsächlich anstrebte, nicht bloß entstellt, sondern geradezu in das Gegenteil verkehrt worden ist. Gerade das Entgegengesetzte von dem, was er mit Anstrengung aller Fibern seiner Kraft erstrebte, wurde ihm vorgeworfen. Ich kann an das anknüpfen, was der hochverehrte Herr Vorredner in der ersten Ansprache gesagt hat. Es gab eine Zeit — und Sie werden sofort merken, worauf ich hinaus will, — wo gegen den Fürsten Bismarck das Wort geschleudert wurde, er zerstöre das Königtum. Einer seiner Gegner, und zwar kein unbedeutender, sondern ein sehr hervorragender Mann, that den Ausspruch, Bismarck habe alles in Deutschland ruiniert, die öffentliche Meinung, die öffentliche Moral, die Parteien, die Verfassung und die Verwaltung. Eines bleibt, sagte er, das Königtum: ist es noch das alte Königtum der Hohenzollern? Unsere Kinder werden die Antwort darauf zu geben haben. — Nun, wir werden nicht die Zeit unserer Kinder abzuwarten brauchen, um zu wissen, daß die Macht des Hohenzollernschen Königtums durch den Fürsten Bismarck nicht ruiniert worden ist. Wir wissen und sehen es täglich, daß unser Königtum aus der Verwaltungsperiode des Fürsten Bismarck mit einer Machtfülle und einer Autorität umkleidet hervorgegangen ist, wie sie unter einer konstitutionellen Verfassung und in einem freien Volke nicht mehr überboten werden kann.

Wir mögen jetzt umgekehrt fragen: wie ist es möglich gewesen, daß jener Prophet nicht nur außerhalb des Vaterlandes, sondern sogar im Vaterlande Gläubige gefunden hat? Ja, meine Herren, er hat nicht nur Gläubige gefunden, sondern jener Vorwurf war ein Schlagwort, welches ganz besonders gefährlich war, mit dem Fürst Bismarck ganz besonders zu kämpfen hatte, welches ganz besonders schwer zu widerlegen war. Bei allem, was halb oder ein Viertel oder nur zu einem unendlich kleinen Teile wahr ist, ist auch die Möglichkeit der Widerlegung vorhanden, denn an dem Wahren kann man ansetzen, um, davon ausgehend, das Falsche allmählich aufzulösen und zu beseitigen. Aber vor einer Behauptung, für welche auch nicht der leiseste Schein einer Begründung vorhanden ist, wird jeder Versuch einer Widerlegung ohnmächtig zu Boden fallen. Hier tritt der Satz in Geltung: „Denn ein vollkommner Widerspruch ist gleich geheimnisvoll

für Kluge wie für Thoren!" Die Behauptung, daß Fürst Bismarck das Königtum untergrabe, war nicht zu widerlegen, und deshalb war sie außerordentlich wirksam bei Leuten, die sie auf sich wirken lassen wollten.

Ganz derselben Natur ist ein Vorwurf, der in die frühere, die heroische Periode, fällt.

Die Jüngeren von Ihnen werden sich dessen nicht mehr erinnern, und sie werden es kaum glauben, wenn es jetzt so kraß ausgesprochen wird, aber es gab thatsächlich eine Zeit, wo unendlich viele Deutsche der Meinung waren, das Bestreben des preußischen Ministers von Bismarck sei darauf gerichtet, Deutschland an den auswärtigen Feind zu verraten und ihm deutsche Landesteile auszuliefern, damit er die inneren Schwierigkeiten der Regierung überwinde. Als Verräter am deutschen Volke hat unser Held, den heute mit uns Deutschland feiert, lange Zeit vor einem großen Teile der Deutschen dagestanden!

Ich wiederhole diese Beschuldigungen heute und an dieser Stelle, nicht um den Leuten, welche sie damals ausgesprochen haben, einen Vorwurf zu machen oder um nachträglich dagegen zu polemisieren. Solche Gedanken liegen uns heute fern. Es ist für mich weiter nichts, als die historische Erinnerung, bei der der Kontrast zwischen der Anlage und der That die Größe des Mannes so recht anschaulich hervortreten läßt.

Wie war es, als Herr v. Bismarck in das preußische Ministerium eintrat, und welches war die Aufgabe, die seiner harrte? Das ganze deutsche Volk war erfüllt von einer unendlichen Sehnsucht, von einem großen Streben, einem unbedingten Wunsche, zu dessen Erfüllung es nicht zu gelangen vermochte. Es war der Wunsch nach dem einheitlichen Staate. Nach den Freiheitskriegen war auf dem Wiener Kongreß der deutsche Bund geschaffen worden, der Bund bildete die rechtliche Einheit Deutschlands: aber es gab keine gemeinschaftliche Politik, keine gemeinschaftliche Armee, es gab überhaupt keine Flotte, es gab keine gemeinschaftlichen Gesetze, sondern jeder Staat aus dem Konglomerat von einigen 30 größeren und kleineren Staaten ging für sich und verfolgte seinen eigenen Weg, und wenn Stimmen laut wurden, der Bundestag solle etwas für die Gemeinschaft thun, so hieß es regelmäßig, der Bundestag sei nicht kompetent, in irgend einer Sache eine Einheit herbeizuführen. Spötter nannten den Palast in der Eschen

heimer Gasse in Frankfurt a. M. das „Inkompetenz-Gebäude“. Wenn ein Deutscher ins Ausland kam, z. B. nach London oder New-York, so hatte er auch dort unter der politischen Zerrissenheit Deutschlands zu leiden. Wenn man ihn fragte: woher bist du? — so genügte es nicht, daß er sagte: ich bin Deutscher. Er wurde dann mit ironischem Lächeln gefragt: was ist dein engeres Vaterland? und sagte er dann: ich bin aus Reuß oder Anhalt, so verstärkte sich dieses Lächeln. Die Preußen freilich konnten auch schon damals mit ruhigem Selbstbewußtsein sagen: „ich bin ein Preuße“. Dieser Name war respektiert, man hatte das Gefühl Bürger einer Großmacht zu sein. Aber das reizte gerade die Empfindlichkeit der anderen Deutschen. Man stelle sich den Reußen und den Preußen vor, die beide nach ihrem engeren Vaterland gefragt wurden: mit sehr verschiedenem Ton werden sie die Antwort gegeben haben. Sofort aber wird, eben um dieses verschiedenen Tones willen, der Reuße gesagt haben, nicht etwa: „Das ist ein Landsmann von mir,“ sondern: „Dieser anmaßende, unliebenswürdige Mensch,“ vielleicht hat er noch stärkere Ausdrücke gebraucht, „bildet sich ein, unter uns Deutschen etwas Besonderes zu sein.“ So trug der Umstand, daß wir in Deutschland wenigstens einen Staat von nationalem Selbstbewußtsein hatten, der mit Stolz auf Friedrich den Großen und auf die Freiheitskriege zurückblicken konnte, noch dazu bei, die Deutschen auch noch innerlich zu spalten. Wo gäbe es wohl heute einen Deutschen, welcher nicht Friedrich den Großen auch als seinen König verehrte, wo gäbe es heute einen Deutschen, welcher nicht die Freiheitskriege auch für sich in Anspruch nähme? (Bravo!) Ich habe es noch erlebt, mit anderen Deutschen über die Bedeutung der Freiheitskriege streiten zu müssen, weil der eine Deutsche dem andern den Erfolg und den Ruhm nicht gönnte, an dem er nicht teilnehmen konnte. So reizte sich und zerrte sich das nationale Bewußtsein hin und her und konnte den Ausweg nicht finden. Den meisten Deutschen ist es heute sehr schwer klar zu machen, welcher Aufwand von Kunst und Politik dazu gehörte, um diesen Ausweg zu finden.

Es scheint ja ganz klar, daß die Lösung nur darin bestehen konnte, den mächtigsten deutschen Staat, Preußen, an die Spitze zu stellen und den König von Preußen zum deutschen Kaiser zu machen. Wie war es möglich, daß nicht schon vor 30 und 40 Jahren alle Welt einsah, daß allein auf diesem Wege die ersehnte politische Einheit ins Leben

gerufen werden konnte? Daß dies die einzig natürliche und deshalb notwendige Art der Einigung sei? Es gab auch wirklich viele, die das schon lange einsahen und wünschten — aber nicht dieses letzte Ziel, sondern der Weg war die Schwierigkeit. Wir wissen heute alle: es gehörte ein Krieg dazu. Was aber unter jenen Umständen das Wort „Krieg" zu bedeuten hatte, da müssen wir versuchen, uns hineinzuversetzen.

Österreich war eine europäische Großmacht und verzichtete nicht freiwillig auf seine Präsidialstellung im deutschen Bunde. Sodann waren aber auch die kleineren und mittleren Staaten, auch wenn sie national gesinnt waren, viel zu stolz auf ihre partikulare Unabhängigkeit, um sie im Interesse der Einheit hinzugeben. Es gehörte der blutige Zwang dazu, und Preußen stand vor dem Entschluß, diese Entscheidung herauszufordern. Preußen hatte damals 18 Millionen Einwohner und Österreich 36, also gerade das Doppelte; Preußen war außerdem die einzige Großmacht in Europa, welche nicht einen Komplex von zusammenhängenden Provinzen besaß, sondern in zwei Stücke zerteilt war. Andere Staaten, wenn auch nicht gerade mächtige, so doch feindlich gesinnte, Hannover und Hessen, trennten die Rheinprovinz und Westfalen von der Hauptmasse des Staates. Unmöglich konnte dieses Preußen, sowie Österreich sich als Kriegsmacht entwickelt hatte, mit der Gewißheit, daß fast ganz Deutschland zu Österreich halten und auf diese Weise eine dreifache Überlegenheit auf Österreichs Seite stehen würde, die Kraft zu einem so ungleichen Kriege besitzen. Verweise man nicht auf das Beispiel Friedrichs des Großen. Die Verhältnisse lagen damals durchaus anders. Friedrich der Große hatte eine Provinz erobert und im Siebenjährigen Kriege einen Verteidigungskrieg geführt, aber nicht Deutschland unter seine Oberherrschaft bringen wollen. So wie die Dinge lagen, wäre es für Preußen allein unmöglich gewesen, den Krieg anzufangen, denn wo die Mittel fehlen, versagt auch die Kraft — wenn sich nicht in Italien ein Bundesgenosse gefunden hätte. In Italien herrschten ähnliche Bestrebungen wie bei uns. Auch in Italien wollte man zur Bildung eines nationalen Einheitsstaates gelangen, und ebenso wie in Deutschland, wurde man durch Österreich, das italienische Landschaften besaß, verhindert. Italien war also ein natürlich gegebener Bundesgenosse für Preußen und machte die Kräfte auf beiden Seiten einigermaßen gleich. Aber

es war doch immer ein ganz außergewöhnlicher Krieg, in den Preußen hineingehen wollte. Sobald der erste Verdacht aufstieg, daß er beabsichtigt sei, so ertönte durch ganz Deutschland der Ruf: Bruderkrieg! Ja, es handelte sich in der That um einen Bruderkrieg, nicht anders als wenn wir, die wir hier in dieser weiten Halle eines Sinnes versammelt sind, uns plötzlich in zwei Lager teilten, je nachdem, ob wir Brandenburger oder Sachsen, Westfalen oder Württemberger sind, um zu den Fahnen zu eilen und uns untereinander zu bekämpfen. Welche Phantasien, welch einen grauenhaften Traum beschwöre ich da herauf! werden Sie sagen. Nicht anders ist es damals wirklich gewesen. Das Nationalgefühl war vor 30 Jahren ganz ebenso stark, ja in gewisser Beziehung noch lebhafter als heute. Wir glauben heute, das Nationalgefühl in weiten Kreisen nicht mehr besonders anregen zu müssen, wir haben es ja zur festen Form gestaltet, die es uns für alle Zeiten sichert. Damals hatte man den äußeren Zusammenhalt nicht, und täglich und stündlich empfand man die Notwendigkeit, das nationale Empfinden und das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit anzufeuern und zu befördern. Und nun sollte mitten in diese Empfindungen hinein das Wort „Bruderkrieg“ geworfen werden!

Nun war damals in Europa das mächtigste Land Frankreich mit dem Kaiser Napoleon III. an der Spitze. Er hatte Rußland besiegt im Krimkriege, Österreich im italienischen Kriege und lauerte nur auf die Gelegenheit, um auch in Deutschland Lorbeeren zu pflücken, und jeder Deutsche, der die Möglichkeit eines Krieges zwischen Preußen und Österreich in Erwägung zog, war der Überzeugung: sobald Preußen und Österreich miteinander im Felde liegen, greift Napoleon Deutschland an und heimst seine Beute ein. Während ihr in Böhmen und Schlesien kämpft, wird er die Rheinlande nehmen.

In Niemandem waren diese Empfindungen stärker als in dem Manne, der das letzte Wort bei allen Entscheidungen zu sprechen hatte, in König Wilhelm. Als der Krieg mit Österreich und seinen Verbündeten bereits drohte, als die Wolken des inneren Haders am politischen Horizonte aufzogen, schrieb ihm Kaiser Franz Joseph von Österreich: „Was wird die Nachwelt dazu sagen, wenn der Enkel des Kaisers Franz und der Sohn Friedrich Wilhelms III., welche gemeinsam das fremde Joch abschüttelten und Napoleon bei Leipzig niedergeschlagen haben, gegeneinander Krieg führen wollten?“ Das waren

nicht Phrasen, das waren auf beiden Seiten echteste Empfindungen: es war die Empfindung, die heute wieder zwischen uns und den österreichischen Brüdern lebt, und die hoffentlich auf alle Zeit unzerstörbar ist. (Bravo!)

Dennoch mußte der Beschluß gefaßt werden, die deutsche Frage durch Blut und Eisen zu lösen. Wie kam man aber, selbst wenn man alles andere überwand, über die französische Gefahr hinweg? Es gab nur einen Ausweg. Der Krieg zwischen Preußen und Österreich mußte nicht nur für Preußen siegreich enden, er mußte auch mit einem einzigen Schlage beendigt sein: ehe die Franzosen zur Stelle waren, mußte man schon mit Österreich fertig sein. Es war, wie ich sagen möchte, die Lage eines Gebirgswanderers, der an einen Abgrund gelangt: er traut sich zu, ihn mit einem mächtigen Sprung zu nehmen: das genügt aber nicht, denn nur ein ganz schmaler Rand ist jenseits, auf dem eben nur der Fuß stehen kann, und auf der anderen Seite wieder ein Abgrund. Springt er nur um einen Fuß zu weit, so stürzt er in diesen. Steht er nach dem Sprunge nicht im Augenblick wieder fest auf den Füßen und macht eine scharfe Wendung, um auf dem jenseitigen Grat seitwärts weiterzuschreiten, so ist er ebenso verloren, als wenn er zu kurz gesprungen wäre. Einer solchen Gefahr stand auch Preußen vor dem Beginne dieses Bruderkrieges gegenüber.

Die deutsche Sprache von heute besitzt kein Wort mehr, um eine That, wie dieser Bruderkrieg war, zu bezeichnen. Aber sie hatte früher ein solches Wort. Es findet sich im Winkelriedlied, welches uns die Schlacht von Sempach und den Opfertod Arnold Winkelrieds erzählt. Dort ruft der Held, ehe er sich in die Lanzen der Feinde wirft, den Eidgenossen zu:

„Wollt ihr's genießen lan
Mein fromme Kind und Frauen,
So will ich ein Frevel bestan."

Frevel? Winkelrieds Opfertod ist doch kein Frevel! Unter „Frevel" verstehen wir heute eine böse That. Das Wort hatte aber damals eine andere Bedeutung als heute. Unter „Frevel" versteht das Lied die ungeheure, unfaßbare, gewaltige, dämonische That, deren Größe über das menschliche hinauszuwachsen scheint, mit menschlichem Maße gar nicht mehr gemessen werden kann. Vor einer solchen That steht der Mensch starr und fragt sich: ist es noch ein Mensch, oder ist es ein

Dämon, der hier vor mir steht und einen solchen Frevel zu unternehmen wagt?

Ein Frevel in diesem Sinne war die Herausforderung zum Bruderkriege im Jahre 1866, und man mindert die Größe dieser That, wenn man leugnet oder verdeckt, daß es ein Bruderkrieg war. Selbst die ungeheure Entschlußkraft des Fürsten Bismarck hat damals nicht einfach gesagt: ich will den Krieg. So stellen es sich wohl viele vor, es ist aber nicht so gewesen. Fürst Bismarck hatte sich nur gesagt: der Krieg ist nach menschlichem Ermessen unvermeidlich, er muß kommen, aber er hat ihn doch nicht ganz direkt selbst herbeigerufen, sondern er hatte sich nur vorgenommen, von den preußischen Interessen keinen Zoll, keinen Finger breit an irgend einer Stelle zu weichen und Preußens Stellung gegen alle rivalisierenden Mächte in Deutschland mit unnahbarem Stolze zu wahren. Auch auf österreichischer Seite merkte man nun allmählich, daß mit einem Preußen, welches sich nicht mehr unterordnen wollte, ohne Konflikt nicht mehr auszukommen sei. Bismarck machte den Krieg nicht, aber es kam die Zeit, wo, wie Bismarck in einem Briefe schrieb, die Uhr der Weltgeschichte durch einen Krieg auf die richtige Stunde gestellt werden sollte. (Bravo!)

Die Österreicher selbst kamen uns auf halbem Wege entgegen, und so entschloß sich ganz gegen seine Neigung auch König Wilhelm, als er sah, daß das preußische Interesse mit Ehren nicht anders gewahrt werden könne, dem Kriege entgegen zu gehen.

Wie aber ist man nun um jene französische Gefahr herumgekommen, von der ich vorhin sprach, die doch fast die größte dabei war? Warum hat Napoleon nicht vor dem Kriege seine Bedingungen gestellt und sich eine Provinz versprechen lassen? Wenn der Minister von Bismarck damals dem Kaiser Napoleon einfach erklärt hätte: wir wollen Deutschland jetzt anders organisieren, Frankreich wird aber dabei nichts bekommen, so hätte der Krieg niemals geführt werden können, und es wäre von vornherein unmöglich gewesen, an die Aufgabe heranzugehen. Frankreich hätte es nicht geduldet, und hatte die Macht, es nicht zu dulden. Wollte man in den Krieg hineinkommen, so mußte die Löwenhaut mit etwas Fuchspelz verbrämt werden; es bedurfte nicht bloß mutiger Entschlüsse, sondern es mußte die List dazu kommen. Die Diplomatie ist der Krieg im Frieden, wo auch Kriegslisten angewendet werden. Herr von Bismarck sprach mit dem

französischen Gesandten und Kaiser Napoleon in der Art, wie er sie in die Diplomatie hineingebracht hatte, ganz offen über seine Pläne in Deutschland. Wenn ihm dann vom französischen Gesandten mit lauerndem Blicke die Frage gestellt wurde: was fällt für uns dabei ab? — so versetzte er: mir würde es nicht darauf ankommen, ein Stück Land an der Mosel abzutreten, ich bin mehr Preuße als Deutscher und wünsche nur meinen Zweck zu erreichen, aber der König thut das niemals! Auf diesen Haken biß der Fisch an! Kaiser Napoleon war Menschenkenner genug, um einzusehen, daß auf einen Handel, wonach Preußen an Frankreich ein Stück deutschen Landes überließ und dafür freie Hand gegen Österreich erhielt, König Wilhelm sich niemals einlassen würde. Der Kaiser Napoleon sah also ein, daß auf diese Weise aus einer Gebietsabtretung überhaupt nichts werden und gar nichts geschehen würde. Er sagte sich daher: ich muß es so einrichten, daß die Gegner erst einmal aneinander geraten, und wenn ich dann in der Not dem Einen oder dem Anderen helfe, so wird schon für mich etwas dabei abfallen, dann wird mir der Lohn nicht fehlen. In dieser Berechnung hat Kaiser Napoleon uns selber die Bahn zur nationalen Einigung frei gemacht. (Bravo!) Er setzte sich mit der italienischen Regierung, die damals ganz von ihm abhängig war, in Beziehung und vermittelte das Bündnis mit Preußen: gleichzeitig verhandelte er mit Österreich und ließ sich gewisse Versprechungen machen, und endlich ließ er das italienische Ministerium wissen, Italien brauchte den Krieg nicht zu eifrig zu führen, es schadete durchaus nichts, wenn die Preußen nicht so schnell fertig würden. So waren die Karten gemischt, und jetzt konnte der Krieg mit Napoleons gnädiger Erlaubnis beginnen, er hoffte schon, sein Teil dabei zu bekommen.

Jetzt galt es nun für Preußen, den Krieg gegen Österreich mit einem Schlage zu Ende zu bringen. Der Krieg kam, es folgte Gefecht auf Gefecht, die Schlacht bei Königgrätz wurde geschlagen. Als Moltke an den König herantrat und ihm meldete: Euer Majestät haben nicht nur die Schlacht, sondern auch den Feldzug gewonnen, da nahm Minister von Bismarck das Wort und sagte: „Jetzt ist die Streitfrage erledigt, und wir müssen unsere Freundschaft mit Österreich erneuern.“ Auf dem Schlachtfelde von Königgrätz sollen diese Worte gefallen sein: sie enthalten den Kern aller Bismarckischen Staatskunst. (Bravo!)

War er vorher mit jener fast frevelhaften Entschlossenheit aufgetreten, so zeigte er jetzt weise Mäßigung. Das hat er mit Friedrich dem Großen gemein, den höchsten Mut und die höchste Unternehmungslust mit der höchsten Mäßigung im gegebenen Moment zu vereinigen. (Bravo!)

Während vorher die natürliche Empfindung beim Könige und im Volke war: doch nicht diesen schrecklichen Bruderkrieg! — so war jetzt die natürliche Empfindung: wir haben den Feind besiegt, nun wollen wir unseren Sieg bis zum Äußersten verfolgen, jetzt werden wir in Wien einziehen. Der Minister aber sagte: jetzt wollen wir unsere Freundschaft mit Österreich erneuern, wir haben durch den Krieg nur unser nationales Ziel erreichen wollen. So schnell ging es nun damit freilich nicht. In Österreich war, wie man es nicht unnatürlich finden kann, doch der Argwohn gegen Preußen noch zu groß. Die Franzosen waren sofort auf dem Platze, Benedetti erschien im preußischen Hauptqartier, und man durfte seine Vermittelung nicht ablehnen.

Vor allem an einer Stelle galt es, ihm und den Franzosen gegenüber weises Maß zu halten. Wieviel leichter wäre Bismarck die Politik der nächsten Jahre geworden, wenn er den Krieg von 1866 sofort mit der Stiftung des Deutschen Reiches hätte enden lassen können! Alle die Beschuldigungen, daß er bloß eine Kabinettspolitik, eine großpreußische Politik, keine deutsche Politik treibe, hätten sofort verstummen müssen. Die süddeutschen Staaten wären dazu bereit gewesen. Aber das hätte einen Krieg mit Frankreich zur Folge gehabt, während wir noch mit Österreich beschäftigt waren. Er sagte sich: lieber lasse ich den Verdacht einer unnationalen Politik noch eine Zeit lang weiter bestehen und schließe vorläufig nur den norddeutschen Bund! Die vollständige Lösung der nationalen Frage muß zu einer späteren Zeit erfolgen.

Die Süddeutschen lebten mittlerweile in so großer Angst vor dem fürchterlichen Sieger, daß sie sogar die französische Intervention angerufen haben, um vor zu harten Friedensbedingungen bewahrt zu bleiben. Napoleon hätte es wohl nahe gelegen, die Kleinstaaten zu schützen, es kam ihm aber der Gedanke: Preußen ist mächtiger, mit Preußen stelle ich mich besser: ich will es lieber mit ihm versuchen. An dem Tage des Einzuges in Berlin, als der König von Böhmen

zurückgekommen war, hatte Benedetti die Forderung vorzutragen, daß die Pfalz und Mainz, also bayerische und hessische Landesteile, an Frankreich abgetreten werden müßten. Da dies doch nicht preußische Gebietsteile seien, hoffte man ein freundliches Ohr für diesen bescheidenen Wunsch zu finden. Aber der französische Gesandte hatte schon gemerkt, mit wem er es zu thun hatte, und mit Schmunzeln liest heute der Deutsche in seinen Depeschen, wie er an Napoleon berichtete, er habe es bei dem Temperament des preußischen Ministerpräsidenten vorgezogen, die Forderung der Abtretung zunächst schriftlich zu stellen. (Heiterkeit.)

Gerade an dieser sanft vorgestreckten Pfote hielt Bismarck Napoleon fest. Er enthüllte, als sich in den bayrisch-preußischen Friedensverhandlungen Schwierigkeiten einstellten, das französische Anerbieten dem bayrischen Gesandten Herrn v. der Pfordten und sagte zu ihm: „Wir verlangen keine Gebietsabtretung von euch, in den norddeutschen Bund dürft ihr nicht eintreten, aber ihr sollt mit uns ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis gegen den auswärtigen Feind schließen!" (Bravo!)

Das ist meine Friedensbedingung. — Herr v. der Pfordten stand starr: vor seinen Augen verwandelte sich der Mann, mit dem er sprach: dieser Verräter seines Volkes, dieser Konspirator mit dem auswärtigen Feinde, dieser Entzünder des Bruderkrieges stand vor ihm als die Verkörperung des nationalen Gedankens. Er aber, der diesen Bruderkrieg entzündet hatte, hatte selbst ein solches Vertrauen zur nationalen Gesinnung hüben und drüben, daß er sagen durfte: wir, die wir euch eben besiegt haben, wir, die wir mit euch eben die Waffen gekreuzt haben, wir wollen jetzt Schulter an Schulter stehen gegen den auswärtigen Feind unseres gemeinsamen Vaterlandes! Noch ahnte man in jenen Tagen in Deutschland nicht, was im Auswärtigen Amte verhandelt worden war, aber den Augen dieses bayrischen Ministers war die Offenbarung zu Teil geworden. Der Mann, von dem er es am wenigsten in der Welt erwartete, hatte seine Stimme erhoben, den Ruf erschallen lassen: Das ganze Deutschland soll es sein! Er sah, daß dieser Mann es sein werde, der den Traum vom Kyffhäuser und vom Erwachen des Barbarossa zur Wirklichkeit machen sollte, daß er vor sich stehen hatte den Nationalhelden, den Neuschöpfer des Deutschen Reiches! (Bravo!)

Und so steht dieser Mann heute vor uns, und so wird er zu

allen Zeiten vor den Augen der Deutschen stehen, wenn sie seiner gedenken. (Bravo!)

Ihm bringen wir heute unsere Wünsche dar zu seinem 77. Geburtstage. Ihm wünschen wir einen gesegneten, friedvollen Lebensabend. Und wenn wir noch einen besonderen Wunsch einflechten sollen, so möge es sein, daß alle diejenigen, die heute noch hier und da grollen, mißverstehen, abseits stehen, sich, noch während er unter uns weilt, in unserer Gesinnung ihm gegenüber mit uns vereinigen. (Bravo!)

Dann erst wird die moralische Einheit Deutschlands ganz vollendet sein, (Bravo!) wenn jedermann, der auf den Namen eines guten und wackern Deutschen Anspruch machen will, einstimmt in den Ruf, den wir jetzt ausbringen wollen, in den Ruf, der jetzt ausgebracht wird von Tausenden und Abertausenden von Deutschen am heutigen Tage, und der noch unendlich oft ausgebracht werden möge: Fürst Bismarck, der Alt-Reichskanzler, unser Bismarck, er lebe hoch!

* * *

Um die Stimmung der Versammlung, in der diese Rede gehalten wurde, zu kennzeichnen, sei es mir noch gestattet, die weiteren Worte des Stenographischen Berichts hinzuzufügen:

„Kaum vermochte der Redner zu Ende zu kommen, ein Jubelsturm, der unbeschreiblich ist, und dessen Zeuge man gewesen sein muß, durchbrauste den großen Saal, erneuerte sich immer wieder und geleitete den Festredner auf seinen Platz.

Die gute alte Zeit.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 71, Januar-Heft 1893.)

Wir leben in einer bösen Zeit. Das ist gewiß. Mißmut, Unzufriedenheit, Verfall, Auflösung allenthalben. Professor Dondorff hat darüber kürzlich ein schönes Buch geschrieben und sagt:

„Noch vor dreißig Jahren würde man sich geschämt haben, sich offen zum Atheismus zu bekennen, heute thut man es mit Emphase. Liberalismus — Judentum — Mammonismus — Sozialismus — Pessimismus — Anarchismus — Nihilismus, — das ist die Leiter, auf der wir reißend schnell und unfehlbar zum Abgrunde hinabsteigen.

„Der Kunst wird das Monopol der Gemeinheit zugestanden; die Schaubühne ist eine Sudelküche geworden; die Schule giebt Wissen ohne Gewissen, die Heiligkeit der Ehe ist gelockert; Zucht und Tugend sind verlachte, weil veraltete Begriffe. Die Justiz öffnet den Verbrechern neue Thüren zur Entschlüpfung. Der vertierte Mensch mit prononciert semitischem Typus ist das Signum der Zeit. Selbst die Musik feiert die entfesselte Sinneslust."

Mit Trauern und Thränen hat die „Kreuz-Zeitung" (14. Juni) Professor Dondorff zugestimmt und ihm Recht gegeben. „Wir sind in einem sittlichen Verfall, wie ein ähnlicher noch nie erlebt worden ist." „Die Strafe steht vor der Thür, der Becher des Zorns ist bis an den Rand gefüllt. Wird die Zeit erkennen, an welchem Abgrund sie steht, wird sie die Zeichen der Zeit verstehn?"

Man sollte eigentlich meinen, daß gerade dieser Vorwurf, daß „die Zeit die Zeichen der Zeit nicht verstehe", nicht zutrifft. Er ist vielleicht der einzige, den sie nicht verdient, denn wo ist eine Zeitung, wo ist ein Redner, wo ist irgend ein litterarisches Zeugnis, das die Schilderung des Professors Dondorff und der „Kreuz-Zeitung" nicht

bestätigte? Nicht bloß der „Reichsbote“, das „Volk“, die „Germania“ und ihre Gesinnungsgenossen — nein gerade in diesem Punkt sind sie mit allen ihren Gegnern aller Richtungen einig. Von den Oppositionsparteien, den Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen und speziell den Juden, die unter den Bosheiten des Antisemitismus zu leiden haben, möchte man's am Ende natürlich finden, daß sie über die Zeit schelten. Aber leider sind auch die Mittelparteien gezwungen, das allgemeine Urteil zu bestätigen. Man höre z. B. was die „Köln. Zeitung“ (Dez. 91) aus Posen über Arbeiterverhältnisse berichtet. Es übersteigt, wie sie selbst sagt, alle Befürchtungen. Der Propst zu Strelno ermahnte die dortigen Bauern in einer Versammlung „für gute Zucht und Gehorsam unter ihrem Gesinde zu sorgen. Darauf entgegneten die Bauern, das Gesinde sei jetzt so hochfahrend und eingebildet, daß es sich nichts sagen lasse. Nicht das Gesinde gehorche, sondern der Wirt müsse seinen Leuten willfährig sein. Sobald es dunkel geworden, lasse sich kein Knecht etwas sagen. Macht man ihm Vorwürfe, so legt er alles nieder und geht von dannen. Heutzutage könne die Polizei nicht mit dem Gesinde fertig werden, umsoweniger ein Bauernwirt. Die jüngeren sind viel schlimmer als die erwachsenen Knechte; den größten Unsinn, die schlimmsten Späße und die gemeinste Ausgelassenheit finde man bei dem jugendlichen Gesinde. Alles ist frech und naseweis. Die eigenen Kinder sind nicht besser als die fremden; von diesen lernen sie alles Schlechte, auf die Ermahnungen der Eltern hören sie nicht. Der Geist der Unbotmäßigkeit, der Arbeitsscheu schleicht durch die östlichen Provinzen.“

Es ist unnötig, Zeugnisse dafür anzuführen, daß es in den westlichen Provinzen nicht anders steht als in den östlichen. Die Zustände, das ist klar, sind allenthalben morsch, unbefriedigend, faul, gehen ihrem Untergang entgegen, oder sind wenigstens wert, ihm entgegenzugehen. Der eine sieht das Übel hier, der andere da: der bei den Juden, der bei den Pfaffen, der beim Kapital, der bei der Arbeit, der bei dem Mangel an Autorität, der bei dem Mangel an Freiheit — nur das eine ist unzweifelhaft: es steht übel: niemand hat das kleinste Wörtchen des Lobes übrig für unsere Zeit. Sie ist schlecht, grundschlecht, wird immer schlechter. Wir leben in einer bösen Zeit. Wenden wir, um einigen Trost zu finden, den Blick einmal rückwärts und suchen uns ein Bild der guten, alten Zeit

heraufzubeschwören, um aus der bösen Gegenwart zu flüchten in die Welt der Erinnerungen und Gedanken und uns an ihr zu erfrischen. Schon seit vielen Jahren suche und forsche ich nach den Zeugnissen und habe sie mir gesammelt und gute Freunde haben mich dabei unterstützt. Wann war sie, die gute alte Zeit?

Zwanzig Jahre können wir ohne weiteres zurückspringen. Das heutige junge Geschlecht hat sie überhaupt nicht mehr gekannt. Schon gleich nach den glorreichen Kriegen beginnt die Gründerperiode, der Kulturkampf, die Sozialdemokratie, die Vagabundennot. Da ist etwas Gutes von vornherein nicht zu suchen. Zum Überfluß mögen noch folgende Zeugnisse aus dem Jahre 1872, dem Höhepunkt des scheinbaren Glanzes, diese Auffassung bestätigen. In der „Evangelischen Kirchenzeitung" (17. Februar) schrieb damals ein Berichterstatter:

„Angesichts der glänzenden Kriegserfolge der beiden vorigen Jahre und angesichts der nach wie vor unverwandelten, ja in zunehmender Weise gefahrdrohenden inneren Verhältnisse, angesichts des sittlich-religiösen und darum alles Bestehende erschütternden Auflösungsprozesses der Gegenwart, habe ich die Fühlung mit der Geschichte verloren."

Und am 24. Juli fügte dieselbe Zeitung hinzu:

„Es ist gewiß und in unzähligen Symptomen tritt es zu Tage: tief in den Eingeweiden der modernen Gesellschaft des 19. Jahrh. wohnt die Müdigkeit und Abgespanntheit und diese erzeugt jene **pessimistische Anschauung vom Leben . . .**"

Und in der nächsten Nummer:

. . . „Die nicht so ganz auf den Kopf gefallen sind, die sehen darin (im 19. Jahrh.) das Hereinbrechen der geistigen Barbarei und des sittlichen Todes unseres Volkslebens."

Ja, schon im Jahre 1871 (Nr. 49) hatte diese Zeitung gefunden:

„Zerbröckelung unserer Volksexistenz, sittliche Verschlimmerungen, todessatter Indifferentismus oder energischer Christushaß. Darauf deuten manche Zeichen der Zeit."

Ohne die religiöse Färbung, aber eben wegen des verschiedenen Standpunktes als um so stärkere Bestätigung der „Evangelischen Kirchenzeitung" schreibt der Autor des Buches „Briefe über Berliner Erziehung" in demselben Jahr 1871 (S. 14):

„Eins von solchen schädlichen Dingen ist, daß sich das Leben der Familie in den gebildeten Kreisen in den letzten Jahrzehnten

in so außerordentlichem Grade veräußerlicht hat, daß der Schwerpunkt des Familienlebens . . . nach außen fällt . . . elendes Scheinwesen, den Franzosen zur eigenen Schmach abgeborgt."

Die Kriegszeit selbst wird man als die gute, alte Zeit selbstredend nicht ansehen dürfen. Es ist ein Ausnahmezustand, wohl von großem Nachruhm und voll von enthusiastischer Stimmung, aber sachlich doch grade eine Zeit großen Unglücks. Entbehrungen, Leiden, Tod, Trauer allenthalben. Die gute, alte Zeit, die Zeit der Zucht und Sitte, des Fortschritts, des Wohlergehns, des Gehorsams, der Religiosität – das ist ein Begriff, der mit den wechselnden Empfindungen einer Kriegsperiode überhaupt nicht kommensurabel ist. Wir wollen aber doch nicht unterlassen anzumerken, wie schon während des Krieges selbst, auf der kirchlichen Versammlung zu Leipzig im Oktober 1870, ein Teilnehmer die Zeit so charakterisierte:

„(Ich habe), sagte er, noch nie eine solche Zeit der Herrschaft der verlogensten Phrasen und Phraseologieen gesehen wie jetzt, noch einen solchen Haufen von Intelligenzen, die sich von den elendesten Phrasenmachern fangen lassen."

Bei den gewaltigen äußern Erfolgen Deutschlands im Jahre 1870 dürfte die Vermutung naheliegen, daß unmittelbar vorher eine sehr glückliche, sittlich gesunde Epoche der Volksentwickelung gelegen hat, in der die Nation die Kraft zu jenen überwältigenden Leistungen aufsammelte und erzeugte. Hier werden wir die gute alte Zeit suchen dürfen. Aber obgleich diese Vermutung fast zwingend zu sein scheint, so muß doch irgend ein Fehler in dem Schluß stecken, da die Zeugnisse der Zeitgenossen, die doch ihre Zeit gekannt haben müssen, direkt widersprechen.

Im Jahre 1869 schrieb Wolfgang Menzel in seinem Buche „Kritik des modernen Zeitbewußtseins" (S. 1): „Das moderne Zeitbewußtsein ist eine Art von Trunkenheit . . . Die Menschen entsagen dem alten Glauben . . . zweifeln an dem Dasein Gottes selbst . . . verwerfen jede kirchliche Autorität." (S. 23): „Der Sinnenkultus und die Selbstvergötterung beherrschen die gegenwärtige Welt schon wieder, wie in der vorchristlichen Zeit."

Und in der Kritik dieses Buches sagte die Evangelische Kirchenzeitung 1869 (Nr. 85):

„Heutzutage verlangen die Jungen völlige Freiheit von Strafen

durch Eltern- oder Meisterhand . . . . Darum auch so viele Prozesse zwischen Eltern und Kindern.

Alles will ohne Arbeit schnell reich werden. „Diese Gier nach raschem Gewinn ohne Arbeit demoralisiert die Gesellschaft mehr, als alles andere. Der Kultus des goldenen Kalbes unterdrückt den Fleiß, die Genügsamkeit, das Wohlwollen gegen andere, das Pflichtgefühl“ . . .

„Darum die vielen unsoliden Spekulationen, die Aktienzeichnung für alle möglichen Dinge, darum der Unfug mit Reklamen, die ungeheuren Warenfälschungen ꝛc.“

Dieselbe Zeitung (Nr. 97):

„. . . Die schlüpfrigen Poesieen und Romane gefallen der heutigen Zeit ungleich besser, als die alte keusche Kunst . . . Überall sind schon die eigentlichen Lebensziele der gegenwärtigen Zeit sichtbar. Das ist der Sinn dieser Zeit . . . ungemessener Hochmut . . . kein Glaube . . . ein ungemessenes Streben nach irdischem Besitz . . . eine nimmersatte Genußsucht . . . großes Elend . . . eine Sittenlosigkeit . . . sodaß, wohin wir auch blicken, in erschütternder Weise es sich bestätigt, wie mächtig die Sünde in dem Zunehmen des modernen Heidentums geworden ist.“

Evangelische Kirchenzeitung, 1869, Nr. 70:

„Man nenne uns noch eine Zeit in der Geschichte, wo der Sansculottismus auf dem geistigen Gebiete einen so tollen, frechen, schamlosen Fasching aufgeführt hat, wo er auch so frech und ungeniert sein Spiel treiben durfte, ohne in seine Schranken durch Mittel des kirchlichen Rechts zurückgewiesen zu werden, als das heutigen Tages der Fall ist.“

Evangelische Kirchenzeitung, 1868, Nr. 26:

„Wenn wir das heutige Geschlecht ansehen, so wird uns durch alle Zeichen der Zeit bestätigt, daß die Religion . . . aus dem Bewußtsein der meisten unserer Zeitgenossen verschwunden ist.“

Sind etwa bei den Liberalen bessere Urteile über die Zeit zu finden? Es bedarf kaum einer Untersuchung, nur einer kurzen Überlegung, um sich zu enttäuschen. Das Jahrzehnt vor 1870 zerfällt in zwei Hälften: geschieden durch den Krieg von 1866. In der zweiten opferte nach dem Urteile der Konservativen die Regierung alle überlieferten Prinzipien und Glaubenssätze des Konservatismus dem herrschbegierigen Liberalismus. Nach dem Urteil der wahren Liberalen, der

echten Anhänger und Kämpfer des menschlichen Fortschritts opferten die „National-Servilen" oder „National-Miserablen", wie sie sie nannten, alle Grundsätze des Liberalismus einem übermächtigen Despotenwillen. Es ist die Zeit der „Anbetung des Erfolges", der „Charakterlosigkeit", der „Halbheit", der „Kompromisse zwischen zweiter und dritter Lesung". Der „Moloch des Militarismus" that sein Maul immer weiter auf und verschlang den Wohlstand und Schweiß der Nation. Aus einem Kriege kam man heraus, einem zweiten größeren ging man entgegen. Das Alte war zerstört, Neues erst in der Bildung begriffen. Nirgends klare, gesicherte, behagliche Zustände. Deutschland durch die Mainlinie zerrissen, die ältesten Freunde und Gesinnungsgenossen auseinander gehend in ihren Ansichten. Wie kann man hier etwas von „guter alter Zeit" suchen? Und nun gar die Jahre vor dem Kriege, die Jahre des Konflikts, des wildesten, inneren Parteikampfs, des „Verfassungsbruchs", des Mißtrauens, der frechen Auflehnung gegen jede Autorität, des Vaterlandsverrats — „und wenn der Feind vor Berlin steht, diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen!" Will jemand hier die gute alte Zeit suchen? In ihrer Neujahrsbetrachtung zum 1. Januar 1863 schildert uns die „Volkszeitung" das abgelaufene Jahr 1862 als „staatszerrüttend" und ist dabei „ohne Hoffnung", daß es dem neuen Jahre gelingen werde, die Wunden des vergangenen zu heilen. Der ganze Umfang des hereingebrochenen Verderbens sei noch gar nicht zu übersehen.

Nach einem Jahre ist der Ton genau derselbe: „der Kampf ist nahe," heißt es diesmal, „und die Zeit ist ernst und wir blicken mit Besorgnis in die Zukunft."

Im Jahre 1863 schrieb die Evang. Kirchenzeitung (Nr. 95 Beilage):

„Ohne Zweifel ist die heutzutage durch Feste aller Art in größerem Umfange denn bisher organisierte Fleischeslust und Hoffart ein Beweis dafür, daß unser Volk im großen und ganzen das Wort „bete und arbeite" verachtet und sich dafür dem Niedersetzen um zu essen und Aufstehen um zu spielen, hingiebt" und in Nr. 7 desselben Jahrganges steht zu lesen:

(Das sollst du wissen, sagt der Apostel, daß in den letzten Tagen werden gräuliche Zeiten kommen) „und daß diese Zeiten jetzt im Anbruche sind, das erkennen wir aus . . . . dem in weitesten Kreisen nur

auf das Materielle gerichteten Sinn, der völligen Stumpfheit und Dumpfheit in Bezug auf alles Höhere".

Um nicht zu viel Zeugnisse bloß aus Preußen zu entnehmen, möge auch Mecklenburg einmal befragt werden: hier reichten im Dezember 1865 eine Anzahl Landpfarrer eine Petition an die Regierung ein, in der sie um eine Verschärfung der Sonntagsgesetze bat. Das Land sei ein wahrer Sündenpfuhl. Die Hoftagelöhner seien ganz roh und verwildert und im Zustande geistiger Stumpfheit, die Kirchen stünden leer, es sei überhaupt ein wahres Sodom und Gomorrha in der ländlichen Bevölkerung.

Der Konfliktszeit und der alles in Verwirrung stürzenden „Neuen Ära", die sie einleitete, geht vorauf das Jahrzehnt der „Reaktion" und der „Landratskammer". Sollte dies die gute alte Zeit gewesen sein? Die „Reaktion" selber ist nicht dieser Ansicht gewesen.

Der General von Gerlach, unter dessen wesentlicher Leitung die „Revolution" in Preußen niedergeworfen und die Herstellung der königlichen Autorität in unwiderstehlichem Triumphe durchgesetzt war, schrieb trotz dieses glänzenden Erfolges am 26. Oktober 1851 in sein Tagebuch: „ob nicht Hengstenberg doch am Ende recht habe, daß das 1000jährige Reich jetzt zu Ende gegangen und der Teufel wieder losgelassen sei."

Selbst wo man die „Schmach von Olmütz" nicht empfand, in der „Evangel. Kirchenzeitung" lesen wir die Klagen über „die gedankenlosen Geister der Gegenwart" (1858 Nr. 12) und im Jahre 1854 (Nr. 227) schildert uns die „Kreuz-Zeitung":

. . . „Jetzt, wo die Entsittlichung in entsetzlicher Weise überhand nimmt, möchte man dem Übel steuern . . . . der Fleischeslust wird gefröhnt und das goldene Kalb angebetet. Geld muß man sich machen; auf welche Weise? Gleichviel."

Der „Mammonsdienst" wird angeklagt 1853 (Nr. 257) und „das Elend des gegenwärtigen Geschlechts" (Nr. 213) und mit dem evangelischen Urteil stimmt durchaus überein das katholische. In einem Hirtenbrief des Fürstbischofs von Breslau (1853) finden wir:

„Aber die Erziehung zur Sinnlichkeit, die Predigt der Sinnlichkeit, das Schwimmen in dem Meere der Sinnlichkeit . . . das gehört zu unsrer Zeit."

Nicht anders urteilten die Liberalen.

Spenersche Zeitung 1853, 21. Dezember:

„Vielleicht erheischt dies alles eine Zeit, die nichts Höheres kennt, als Gelderwerb, die das Ideal der Glückseligkeit darin sucht, mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel zu verdienen, und welche die Bereicherungssucht auf alle Stände verbreitet hat.“

Ebenso die „Deutsche allgemeine Zeitung“ (Febr. 1853):

. . . „Die Vorsorge gegen die unleugbar vorhandene Entsittlichung des heranwachsenden Geschlechts.“

Wie die Zeit, so die Litteratur. Schopenhauer sagt:

„Die Litteratur unserer Tage sucht nur die momentanen Grillen eines süßen Pöbels zu befriedigen, unbekümmert, ob ihre Machwerke vergessen im nächsten Jahre daliegen, wie alte Kalender. Sie haben an ihre Muse nur den einen Anruf: ‚Unser täglich Brot gieb uns heute.‘“

Bogumil Golz urteilt über den Einfluß der Presse (1864):

„Vor Zeiten gab es nur für die Schafheerden sog. Leithammel, und heute überlassen sich die gebildetsten Honoratioren den Leitartikelschreibern, den politischen Leithammeln . . . Was brauchte sonst ein Mann alles, um ein Mann . . . zu sein, und wie wohlfeil hat er es heute, sobald sein Geist . . . schematisiert ist, uniformiert“ . . .

Kreuz-Zeitung 1853, Nr. 249:

„Unsere Zeit ist leider so unproduktiv, daß wir Epigonen . . . nicht höhere Geistesnahrung verlangen sollten, als die Zunge unseres heutigen Kunstgeschmacks schmecken und der Magen unserer heutigen Genußsucht ohne Indigestion verdauen kann.“

Wir nähern uns dem Moment der großen Umwälzung, der Revolution von 1848, dem Jahre der Schmach nach den einen, des Heils nach den anderen. Aber auch die, die es das Jahr des Heils nennen, können es nicht die gute alte Zeit nennen. Dieser Begriff paßt immer nicht auf eine Zeit des Krieges und des Kampfes, am allerwenigsten eines Kampfes, der mit einem halben Siege und baldigem, heftigen Rückschlag endete.

In der voraufgehenden Epoche bereitet sich die kommende Revolution in den Geistern vor. Es ist die Zeit der Gärung, der Unruhe, des Notjahres 1847. Durch Versprechungen und Anläufe, die auf dem halben Wege wieder ins Stocken geraten, schafft die Regierung selber eine allgemeine Unzufriedenheit. Auch die konservativen Elemente

fühlen sich unbehaglich. König Friedrich Wilhelm IV. selbst gab der allgemeinen Gesinnung den treffenden Ausdruck, indem er sagte: „als ich zur Regierung kam, wollten sie mich auffressen vor Liebe und nach zwei Jahren war es ihnen leid, daß sie es nicht getan hatten."

In der Erinnerung freilich sieht man auch solche Zeiten wohl als „gute, alte Zeit" an. Wenigstens hat ein älterer Herr mir einmal mit großer Befriedigung davon gesprochen, welch herrliche Einigkeit damals in der öffentlichen Meinung gewesen sei gegen die jetzige Zerrissenheit — nämlich Einigkeit in dem Haß und der Verachtung, die man gegen die Regierung empfunden habe. Dasselbe ist mir in meiner Studentenzeit von einer alten Dame in Köln gesagt worden: früher sei der Karneval doch viel schöner gewesen, als man noch wirkliche Witze und Anspielungen anbringen konnte: aber dazu gehöre in der Bevölkerung eine einheitliche Stimmung. Welche war das denn? fragte ich ganz naiv. „Nun, hieß es, — die Opposition," zu deutsch: die Unzufriedenheit.

Indem ich noch beiläufig erwähne, daß auch kein Geringerer als Lachmann im Jahre 1846 von „der gegenwärtigen Zeit der materiellen Interessen" gesprochen hat (Hertz, Lachmann S. 89) gehen wir über zu der Epoche Friedrich Wilhelms III.

Im Jahre 1836 stellte der preußische Justizminister eine Enquête über die „Ursachen der überhandnehmenden Verbrechen" an. Unter den Gefragten befand sich auch General v. d. Marwitz, der eine längere Abhandlung darüber einsandte und unter den Gründen anführte: die Zuchtlosigkeit des Gesindes: das frühere Branntweintrinken und die Nachsicht gegen die Folgen der Fleischeslust: die zu weit getriebene und falsche Schulbildung: zu gelinde Handhabung der Kriminal-Strafen.

1835 findet man in den „Theologischen Studien und Kritiken" (VIII. p. 801):

„Gemütloses, unfrommes, verweichlichtes Heraufdrängen der Jugend, die ihre Emanzipation gar nicht erwarten kann, unter einer Menge von Wissereien die Wege zu dem großen Glanzziel, das auf dem Gipfel unserer Kultur allem Volk entgegenleuchtet: das materielle Leben genannt." —

Evang. Kirchenzeitung, 1833, Nr. 78.

(. . . . daß) „die Furcht vor der Schande . . . . infolge des

Grades, den die Sittenverderbnis der weiblichen niederen Klasse erreicht hat, nicht mehr vorhanden" (sei).

„Bei dem Erschlaffen aller Bande der Kirche, bei der meist völligen Unbekanntschaft des Geistlichen mit den einzelnen Gliedern seiner Gemeinde, bei dem fast gänzlichen Verschwinden der Kirchenzucht."

Evang. Kirchenzeitung, 1833, Nr. 78.

„Der Geist der Zeit arbeitet mit Macht daran, die starken Wurzeln zu durchschneiden, welche aus den Tiefen des Christentums den Staaten ihre Lebenssäfte zuführen."

Evang. Kirchenzeitung, 1833, Nr. 76.

„Je furchtbarer die Verwüstungen sind, die in unseren Tagen Unglaube und Weltsinn auf den Gebieten des Rechtes und der Politik anrichten."

Evang. Kirchenzeitung, 1833, Nr. 66.

„Die Unwissenheit der großen Menge und selbst der sogenannten Gebildeten, die in unseren Tagen die Grundwahrheiten des Katechismus teils nicht gelernt, teils vergessen haben."

Evang. Kirchenzeitung, 1831, Nr. 55.

. . „unsere Zeit, welche die Souveränität der fleischlichen Vernunft anbetet."

Evang. Kirchenzeitung, 1831, Nr. 27.

„Wieviel schwärzer ist doch die Nacht, die uns jetzt bedroht, als diejenige war, auf welche das Licht der Reformation folgte!"

Evang. Kirchenzeitung, 1830, Nr. 102.

„Es ist ein finsterer, arger, tückischer Geist, der . . . hingeht durch diese Zeit."

Evang. Kirchenzeitung, 1827, Nr. 29.

. . . . (im Mittelalter waren die herrschenden Fehler: finstere Strenge, Stolz des Willens, Habsucht, Gewissensstolz) „ganz anders heute . . . Luxus, Vergnügungssucht, Wollust aller Art, Sinn für weichliche Gemächlichkeit, weibische Schwäche und Schlauheit, Wankelmut" . . .

Evang. Kirchenzeitung, 1827, Nr. 11.

„Die Religion der sogenannten Gebildeten ist vielmehr in diesem 27. Jahre des 19. Jahrhunderts noch immer ein sonderbares Farbengemisch von Heidentum, Mohamedanismus und Afterphilosophie. . . . . . als höchster Lebenszweck wird, wenn nicht immer genannt,

so doch immer verfolgt, ein anständiger Genuß des sinnlichen Vergnügens."

Evang. Kirchenzeitung, 1827, Nr. 6.

„Es ist die Krankheit der Zeit, daß sie sich für unbefangen hält, ohne es zu sein. Sie will nichts Positives anerkennen . . . Man will mitsprechen, ohne mitzudenken. Die Zahl der halbgebildeten Journalleser ist größer, als je . . . sie können raisonnieren und brauchen doch keine Raison anzunehmen."

1822 schrieb kein anderer als der Freiherr vom Stein an Dr. Schulz:

„Wir sind übervölkert, haben überfabriziert, überproduziert, sind überfüttert und haben mit Buchstaben, Federn und Dinte die Beamten entmenscht, die Verwalteten entgeistet und alles in einen toten Mechanismus aufgelöst."

Für das Jahr 1819 schildert uns Marwitz die Folgen der preußischen Reformgesetzgebung von 1807—1811 folgendermaßen: „Die Gewerbe sanken. Der Meister ward der Knecht seines Gesellen . . . Ebenso war der Bauer der Knecht seines Gesindes, der Herr der seiner Bedienten, weil alle zwingenden Gesetze aufgehoben waren und jeder gleich davon lief, sobald man Ordnung und Fleiß von ihm verlangte . . . allgemeines Drängen von unten nach oben, allenthalben Liederlichkeit, ein Überfluß an brodlosen, leichten Erwerb suchenden Menschen in der Stadt, Mangel an Arbeitern auf dem Lande. Die Bauern . . . verfielen in Faulheit, ließen ihren Acker für Geld bestellen und abernten und saßen zu Hause oder in der Schenke. Wer sonst im Sommer um 3 Uhr aufgestanden war, schlief jetzt bis 6 und 7 Uhr, wer sonst gearbeitet hatte, ging spazieren." Die Justiz habe zu fungieren aufgehört. Nicht mehr durch Arbeit, sondern durch Spekulation strebe man reich zu werden.

Johannes Falk in Weimar, der mit Goethe in guten Beziehungen stand und allem Pietismus feind war, erließ 1818 einen „Aufruf, zunächst an die Landstände des Großherzogtums Weimar und sodann an das ganze deutsche Volk, über eine der schauderhaftesten Lücken unsrer Gesetzgebung, die durch die traurige Verwechselung von Volkserziehung und Volksunterricht entstanden ist". Hier heißt es:

„Die Flut schlechter Lesebücher und ein durch alle Stände verbreiteter Strudel, der Jung und Alt zum Sinnengenuß dahinrafft,

wütet leider fort, auch nachdem die Franzosen längst das Land verlassen haben. Wie im Volke, so in den höheren Ständen denkt alles nur auf den Tag und die Gegenwart, Schenken oder Hotels, Hütten oder Paläste! Für den Grundsatz einer praktischen Gottesleugnung, eines im Übermaß verfeinerten oder vergröberten Epikurismus ist alles eins! Was oben unter schlechten Beamten für Austern und Champagner, wird unten im Volk für Semmel und Branntwein geopfert. Gottesfurcht, Ehre und Religion! Die Furcht vor dem Unsichtbaren ist hin! Genuß ist das Losungswort. Durchsausten Tagen folgen durchschwärmte Nächte. Fehlt alles — ein Kugel vor den Kopf fehlt niemals! Selbstmord ist eine Kleinigkeit, das Jenseits eine Nebelküste! . . . Und zehrte dieses Übel nur an dem Mark der höheren Stände, so möchte es noch hingehen! Aber daß diese Seuche auch bereits das Volk ergriffen hat, das ist ein grenzenloses Unglück dieser Zeit, daß man, um mit Melanchthon zu reden, die Elbe mit seinen Thränen anfüllen möchte. Und schlafen die Ärzte noch länger, stürzt in den gesellschaftlichen Verfassungen ein Fundament nach dem andern dahin, so wird Europa bald ans Ende gelangen, und die so glorreiche Schlacht von Leipzig in ihren Folgen selbst nichts weiter als ein trauriger Leichenbrand gewesen sein."

Kügelgen in seinen „Erinnerungen eines alten Mannes" berichtet, daß es in der Umgegend von Dresden damals nur noch einen einzigen rechtgläubigen Prediger gegeben habe, zu dem man ihn deshalb in den Konfirmationsunterricht aufs Land gab.

Wir kommen in die Zeit der Freiheitskriege und der voraufgehenden Unterjochung durch die Franzosen.

Ernst Moritz Arndt:

„Schlecht sind wir, feig und dumm, zu arm für die Liebe, zu lau für den Zorn, zu matt für den Haß, alles umfassend und nichts haltend, alles wollend und nichts könnend: und in so unseliger Mitte zwischen Leben und Tod, zwischen Himmel und Erde hangend, sehen wir uns und unter uns die Erde vergehend. In dieser traurigen Gleichgültigkeit und Gottlosigkeit und Volkslosigkeit, die sich Vielsinnigkeit nennt, liegt die Erklärung der Geschichte unserer letzten beiden Decennien."

Scharnhorst 1812:

„Unsere Regenten kennen keine Ruhmbegierde, sie wurden von

Schulmeistern und Stockkorporalen gebildet: unsere Großen kennen keine Rittersitte, wollen bloß die Welt genießen. Die Gefühle und der Geist der höheren Stände bezeichnen eher den Sklaven als den freien hochgeborenen Deutschen."

Fichte 1807:

„Die gegenwärtige Epoche ist die der vollendeten Sündhaftigkeit, der Gleichgültigkeit gegen alle Wahrheit, der Ungebundenheit ohne alle Leitfäden, ohne Herrschaft der Vernunft. Dies Geschlecht weiß alles, ohne etwas gelernt zu haben, und urteilt über alles, ohne der Prüfung zu bedürfen. Nur das individuelle Leben in Selbsterhaltung und Wohlsein ist Zweck."

Der Philolog Niethammer 1807:

„Der Trieb nach Geld und Gewinn beherrsche die Zeit, die Wissenschaft sei Plusmacherei geworden. Rückschreiten der wahren Kultur, Haß alles rein Geistigen, Idealen in Kunst und Wissenschaft."

Schon vor der Niederlage von Jena schildert Fichte 1804 in seinen „Grundzügen des gegenwärtigen Zeitalters" die Gegenwart als durchgängig beherrscht von dem Geiste einer aufs höchste gestiegenen Selbstsucht: ihr Grundcharakter sei die vollendete Sündhaftigkeit, die in ihrer eigenen Ohnmacht und Schwäche den Todeskeim in sich trage.

Das Straßburger Taschenbuch auf das Jahr 1803 untersucht die Ursachen der „täglich zunehmenden Armut" und findet sie in dem „Versinken des ehemaligen wohlhabenden Mittelstandes".

Wir sind ans Ende oder vielmehr an den Anfang des 19. Jahrhunderts gelangt, ohne die „gute alte Zeit" gefunden zu haben. Vielleicht war sie im 18. Jahrhundert. Es ist das Jahrhundert Friedrichs des Großen. Dessen Biograph wird bei unserer Frage mitzusprechen haben, ich meine Carlyle, und dieser schrieb an Emerson, er bedaure, daß Friedrich der Große „eingebettet lag in dem verfaulten achtzehnten Jahrhundert, einem solchen Ozean von schmutziger Nichtigkeit, Lüge und schmachvoller Heuchelei wie er nie zuvor in der Welt gewesen ist."

Es ist das „tintenklecksende Säkulum", das uns Schiller in den „Räubern" und in der „Kabale und Liebe" gezeichnet hat, und verwendet Goethe auch nicht so brennende Farben, so läßt er doch wenigstens auch Hermann zu Dorothea sprechen:

„Aber du hast gewiß auch erfahren, wie sehr das Gesinde
Bald durch Leichtsinn und bald durch Untreue plaget die Hausfrau,
Immer sie nötigt zu wechseln und Fehler um Fehler zu tauschen.“

Von Fichte lesen wir, daß er darauf verzichtete (1790) Prediger zu werden, da eine vernünftige Religionserkenntnis in Sachsen „eine mehr als spanische Inquisition“ zu fürchten habe.

Umgekehrt klagt Köster in den „Neuesten Religionsbegebenheiten“ 1797 (20. Jahrg.), daß der Unglaube immer mehr überhand nehme, daß unter 100 Schriften kaum eine einen religiösen Geist zeige.

In demselben Jahre reichte der Minister Wöllner dem König eine Denkschrift ein, worin er zu erwägen gab, ob nicht „die jetzigen Kriminal-Gesetze, zumal bei der gegenwärtig leider! immer höher steigenden Irreligiosität und Immoralität der Menschen, viel zu gelinde und nicht hinreichend wären, um die Verbrecher durch die Furcht der Strafe im Zaume zu halten.“ In derselben Denkschrift erwähnt er „die allgemeine Klage des Publikums, daß die Handwerker aller Art durchgängig ganz exorbitante Forderungen machten, sodaß sie nicht sowohl die Waren als vielmehr die la main d'oeuvre zu ganz unbilligen und übertriebenen Preisen anschlügen und die ganze Stadt drückten.“

Sailer (Werke Bd. 39, S. 355) charakterisierte im Jahre 1794 seine Zeit:

„Die Welt ohne Religion,
Die Religion ohne Leben,
Das Volk ohne Hirten,
Die Priester ohne Salbung,
Die Großen ohne Demut,
Die Gelehrten ohne Weisheit,
Die Gebräuche ohne Kraft,
Die Laster ohne Scheu,
Die Tugend ohne Stütze,
Die Jugend ohne hebendes Beispiel,
Die Zukunft schreckender als die Gegenwart.“

Über Berlin schrieb Georg Forster an Jacobi im Jahre 1779: „Gastfreiheit und geschmackvoller Genuß des Lebens ausgeartet in Üppigkeit, Prasserei, ich möchte sagen Gefräßigkeit. Freie, aufgeklärte Denkungsart — in freche Ausgelassenheit und zügellose Freigeisterei. Die Frauen allgemein verderbt.“

Der englische Gesandte Harris schrieb um dieselbe Zeit nach Hause: „Berlin ist eine Stadt, wo wenn fortis ehrenhaft bedeutet, weder vir fortis nec femina casta vorhanden ist. Eine grenzenlose Verderbtheit der Sitten herrscht bei beiden Geschlechtern in jeder Sphäre des Lebens, verbunden mit Dürftigkeit. Die Männer sind beständig damit beschäftigt, wie sie mit ihren beschränkten Mitteln die Extravaganzen ihres Lebens bestreiten können. Die Frauen sind Harpyen, ausschweifend aus Mangel an Schamgefühl und aller Delikatesse des Benehmens, alles Gefühl wahrer Leidenschaft ist unbekannt. Im allgemeinen sind die Unterthanen Friedrichs arm, eitel und ohne Grundsätze."

Sind das die Urteile von Fremden über Berlin, so läßt ein eingeborener Berliner, Friedrich Nicolai, in seinem Sebaldus Notanker (1774) einen Frommen über diese Stadt sagen: „wo Glaube ist, da ist auch Liebe! die findet man aber in dieser Stadt, ja im ganzen Lande gar nicht. Da herrscht lauter Eigennutz und Betrug, da gehen alle Laster im Schwange, da ist die Ruchlosigkeit aufs höchste gestiegen, da ist alle christliche Liebe erloschen."

Dem sittlichen Verfall folgt der körperliche. In dem Berliner Genealogischen Kalender auf das Jahr 1774 kann man lesen:

„Unsere ehrliche Voreltern hatten nicht so viel Witz, sie verstunden sich nicht so gut auf die Tafel, auf Frisur und Epigrammen, als wir: aber sie waren biedermännisch, aufrichtig, gute Soldaten und suchten ihre Ehre darin, Tugenden zu erwerben, so wie wir die unserige darein setzen, Artigkeiten zu erwerben. Die Vorfahren gingen zu Fuß, um ihre Nachkommen in Kutschen fahren zu lassen: sie lebten kärglich, um ihnen den Überfluß zu verschaffen, den sie mißbrauchen. Unsere Väter wurden, mit einer festen Gesundheit, alt: und wir sind, ehe wir noch die Hälfte unserer Laufbahn zurückgelegt haben, abgelebt: man erblickt unter uns nichts als junge Greise, denen so wol Mars, als Venus bereits den Abschied gegeben haben. Wir thun es ihnen, in Verzehrung der Früchte der Erde weit zuvor: zwar bringt sie seit lange schon, beinahe nicht mehr hervor, als ehedem: aber wir haben gewußt die Konsumption vieler Produkte auf das Doppelte, Dreifache, ja gar Zehnfache zu treiben. Hunderttausend Bediente mehr in Paris und anderwärts verzehren mehr weißes Brot, als man vor hundert Jahren aß. Hätte die Leckerei nicht die sogenannten Consommés er-

funden, so würde eine einzige Schüssel unserer Gastmahle oft zur Unterhaltung von vier Familien hinlänglich sein. Reiche! richtet weniger Verheerung an — so werden die Armen mehr zu essen haben. Die ausgesuchten Ragouts, die starken Brühen, die Coulis, verursachen eine Verwüstung, die kaum begreiflich ist. Die Üppigkeit der Tafel geht dahinaus, das ganze Tierreich zu verringern: es hat so gar das Ansehen, daß man willens sei, einige Arten völlig zu zerstören, nach der ungestümen Begierde zu urteilen, mit der man sich um das erste und neueste vom Jahr, wie man spricht, reisset.

„Der Vorrat des Holzes nimmt allenthalben ab Man muß es von weitem kommen lassen, wodurch es um so teurer wird. Man verbrauchet davon eine erstaunliche Menge. In jedem Hause muß bei dem Herrn, bei der Frau, bei den Kindern, bei dem Haushofmeister, der Kammerjungfer, in dem Vorzimmer, und in der Zelle des Thürhüters, ausser dem Feuer in der Küche, besonders geheizet werden: und, Gott weis, wie die Dienstboten mit einer Sache umgehen, die sie nichts kostet. Vordem waren höchstens drei Feuer in den vornehmern Häusern hinreichend. Die Familie versammelte sich um einen großen Kamin, in einem Kreise, die Kinder wurden mit hinzugelassen, sie höreten das Gespräch ihrer Eltern und nahmen ihren Unterricht und ihre Sitten an. Itzund muß eine jede Haushaltung ihr eigenes Haus haben, anstatt daß vordem ein Haus für vier Haushaltungen hinreichete. Ebenso steht es mit den Wachslichten: in den Palästen waren sie nur zur Erleuchtung der Zimmer der Herrschaft vorbehalten: sie wurden den Bedienten zugezählet: man löschete sie so gar oftmals aus, wenn man allein war, itzt gehen die Bedienten damit höchst verschwenderisch um. Man bediente sich ebenfalls des Zuckers mit sehr großer Mäßigkeit: man überlegte so gar, daß der übertriebene Gebrauch desselben erhitzend und der Gesundheit nachteilig sei. Es wird heutiges Tages davon eine ungeheure Menge verbrauchet, und diese Verschwendung bereichert die Kolonisten in Amerika."

Die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts und die zweite des 17. ist in Deutschland die Zeit der Mißregierungen, „welche die Geduld Gottes und der Menschen auf die Probe stellten". Ludwig XIV. und Ludwig XV. waren die Vorbilder der deutschen Fürsten, sei es im Despotismus, sei es in der Sinnlichkeit. „Die deutsche Tugend und Rechtschaffenheit wurde in den höheren Kreisen mißachtet und fran

zösischem Witz und französischer Leichtfertigkeit nachgestellt." „Natur, Freiheit und Männerwürde waren unbekannte Dinge."

Graf Zinzendorf (1700—1760) glaubte, „daß der Periodus, worin der Heiland mich und meine Brüder hat leben lassen, bis auf seine Zukunft nicht geändert werden soll. Denn der gräuliche Kirchenzustand, welcher in der Offenbarung Johannes als der letzte beschrieben wird, ist mit uns zugleich" (1742). Und schon in seiner Jugend (1723) stellt er fest, daß „1000 mal mehr verkappte Heiden im Land, als in Portugal etwa Maronen sind":

Albrecht Haller dichtete 1733 über Bern:

„Das Herz der Bürgerschaft, das einen Staat beseelt
Das Mark des Vaterlandes ist mürb und ausgehöhlt.
Und einmal wird die Welt in den Geschichten lesen
Wie nah dem Sittenfall der Fall des Staats gewesen."

Ein waldeckischer Hofbeamter, Rauchbar auf Lengefeld, dichtete 1710:

„Die Kirche Gottes ist mit tausend Not umgeben
Die Wölfe haben sich im Schafstall einquartiert
Es will fast jedermann der Wahrheit widerstreben
Durch falsche Prediger ist nun die Welt verführt."

Dippel klagte, alles sei mit Atheisten erfüllt, und Spener († 1705) gab zu, daß der Atheismus auch unter den Theologen verbreitet sei; um Ärgernis zu vermeiden, solle man es aber nicht öffentlich behandeln. (Paul Grünberg, Spener S. 39.)

An anderer Stelle schrieb er (Cons. lat I., 290):

„Keiner, der nur soviel Licht hat, um in die Beschaffenheit unserer Kirche hineinzuschauen, wird leugnen, daß das Verderben, welches sie auf eine bejammernswürdige Weise durchdrungen hat, großenteils von dem geistlichen Stande den Ursprung nimmt, indem durch unsere Trägheit und Unklugheit, durch unsere Leidenschaften und durch das schlechte Beispiel eines weltlichen Lebens so viele untergehen, ja weit mehrere, als durch den Glauben anderer erhalten werden."

Einige Jahre vor seinem Tode erließ der Große Kurfürst eine Gesindeordnung (1683) in der es heißt:

„Fügen hiemit jedermänniglich zu wissen, wes maßen bei Uns über den Stolz und Übermut der Dienstboten, wie auch der Unter

thanen und des Gesindleins in den Städten sowohl als auf dem Lande vielfältige Klagen eingebracht worden, daß dieselben Unseren vorigen Ordnungen und Edikten sich so gar nicht gemäß bezeigen, sondern nach eigenem Gefallen leben und der Obrigkeit durch Trotz, Eigensinn und allerhand Verdruß fast unerträglich fallen wollten.“ Ebenda: „Nach dem auch über die Untreue und Ruchlosigkeit des Gesindes an Häckern, Knechten und Mägden nicht genugsam geklaget werden kann, deren Dichten und Trachten fast nur dahin gehet, ihre Herren und Frauen in Schaden zu bringen.“

Bei seinem Regierungsantritt reichte der Kanzler v. d. Borne dem jungen Kurfürsten eine Denkschrift ein (1641), worin er ausführt:

„Die Leute geraten in Atheismum durch die Nachlässigkeit der Kinderzucht, in dem der mehrer Teil der Eltern heutiges Tages ihre Kinder nach ihrem eigen verrückten Willen, wie die Bäume im Walde aufwachsen lassen, und dieselbigen so wenig in der Furcht und Erkenntnis Gottes als christlichen Tugenden und Ehrbarkeit auferziehen lassen: dieselbigen alsbald von Jugend auf zur Hoffahrt, Üppigkeit, Frechheit, Geilheit, Verachtungen ihres Nächsten und aller guten Sitten und Ordnungen gewöhnen, in dem Lauf der Bosheit ihnen den Zügel verhängen und ihnen bei Zeiten weil sie noch zart und zu flektieren sein, nach den Vermahnungen des weisen Mannes Syrachs nicht den Hals beugen.“

Rachelius, Pastor in Ditmarschen 1627:

„Wann hat man größere Verachtung Gottes, seiner Diener und seines heiligen Wortes erfahren? Wann ist die Gotteslästerung so arg gewesen? Wann ist die Unbändigkeit unter den Menschen, da keiner auf den anderen nichts geben will, ärger gewesen? Wann hat man mehr Unzucht und   , die jetzt zur Tugend werden will, in der Welt erfahren? Wann ist Fressen und Saufen, Schinden und Schaben, Kargen und Geizen so gemein gewesen? Wann hat man mehr der stinkenden Hoffahrt in der Kleidung erfahren, als eben jetzt geschicht?“ (Ritschl, Pietismus II, 35.)

Man pflegt den Jammer des 17. Jahrhunderts auf den 30 jährigen Krieg und seine Nachwehen, den wirtschaftlichen Ruin und die sittliche Verwilderung, die er anrichtete, zu schieben. Aber schon ehe dieser Krieg recht begonnen hatte, als er von Böhmen und Österreich in das eigentliche Deutschland noch gar nicht hinübergeschlagen war,

lesen wir in dem Edikt, das Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg bei seinem Regierungsantritt erließ (1. Februar 1620):

„Der Zorn Gottes steht vor Augen und doch ist das Volk unbußfertig; alles ist mit Krieg und Kriegsgeschrei erfüllt, daß es fast scheint, als wolle es mit der Freiheit des geliebten deutschen Vaterlandes in Religions- und Profansachen zu Ende gehen; das Volk lebt ruchlos. Mord, Straßenraub, Fehde, Mordbrennen befleckt das Land, daß dem, der daran denkt, ein Greuel angeht."

Wir kommen ins 16. Jahrhundert.

Ein Flugschrift vom Jahre 1589 klagt, daß die Kirchen unter dem gegenseitigen „Vermaledeien und Execrieren der Prädikanten" zu lauter Schandtempeln geworden. Dafür würden „am meisten die Bierhäuser besucht und nehme mit Untergang alles christlichen Wesens das viehische Saufen, Ehebruch, Gotteslästerung mit jeglichem Jahr zu."

Ein amtliches Aktenstück, ein Rundschreiben des Pfalzgrafen Johann Casimir vom 10. März 1584 bestätigt diese Schilderung „Das überflüssige Biertrinken", heißt es hier, „gehet bei dem gemeinen Manne in vollem Schwange, daraus dann unziemliche Verschwendungen der gnädigen Gaben Gottes, nebst allerlei Gotteslästerung, Todschlag, Unzucht, Leichtfertigkeit, ruch- und gottesloses wüstes Wesen und Leben allzumal erfolgt."

Um dieselbe Zeit berichtet der berühmte Jesuit Canisius nach Rom an den Papst und seinen Ordens-General, wie in Deutschland das Volk sei, so sei auch der Priester „aller Üppigkeit zugethan, allen fleischlichen Ausschweifungen ergeben"; die katholischen Bischöfe seien genötigt, „viele Priester und Pfarrer zu dulden, welche Simonisten sind, untauglich, anstößigen Lebenswandels, exkommuniziert, irregulär, verbrecherischer Thaten schuldig, Concubinarier, Trunkenbolde, ehrlos, abtrünnig vom Glauben".

Graf Johann von Nassau schreibt an Wilhelm von Oranien Ende November 1583:

„Blindheit, Geldgeiz und Ehrgeiz, Mißtrauen und Kleinmut" nehmen allerwärts zu; an Ehrbarkeit, Mannheit und Tapferkeit sei ein derartiger Mangel, daß man das Ende der Welt erwarten müsse.

Der Nürnberger Patrizier Berthold Holzschuher reichte Ende März 1565 dem Rate der Stadt Hamburg ein soziales Reform-

Projekt ein, weil, wie er sagte, das Volk immer mehr in Armut versinke. Als Ursachen der Armut führt er an: einerseits, daß das „gemeine Volk ganz leichtfertig und in Armut heirate“, was um so bedenklicher sei, als „Gott bei solcher Armut viel Kinder bescheere“, andererseits, daß das Volk, insbesondere die Jugend „zu zerhafft, frech, freymutig und reylig in ausgeben“ sei, mit „klaidung, bankathiern, in aller hoffart und reylichkait je einer uber den andern oder aufs weingst dem andern gleich sein“ wolle. Elend und Laster seien die Folgen.

In demselben Jahr (1565) veröffentlichte Adam Schubart sein populäres Lehrgedicht, der „Hausteufel“. Es beginnt mit einer allgemeinen Betrachtung:

> Eines tages ich spaßiren gieng,
> Bey mir selbst zu trachten anfieng,
> Wie es jeztund stünd in der welt,
> Da jeder tracht nach gut und gelt,
> Wie alle tugend nemen ab,
> Und Gott wenig rechte Christen hab.

Die Laster nehmen überhand, geht es weiter, Untreue in Handel und Wandel wird immer größer, allenthalben werden Gottes Gebote mit Füßen getreten. Und zu den alten kommen immer neue Übel.

Der Dresdener Prediger Petrus Glaser veröffentlichte ein eigenes Buch über den „Gesindeteufel“: alle Menschen klagten darüber und ein „Petschaftring“ würde genügen, die Namen aller frommen Knechte und Mägde darin einzugraben.

Den „unzählbaren Scribenten und Federführern“, was man heute „die Presse“ nennt, wird von anderen eine Hauptschuld an den Gebrechen der Zeit beigemessen.

Carl Doltz predigte 1557:

Die Kunst sei eine „Dienerin der Sünde“, eine „Schule der Unzucht“ geworden.

Schon bei Luthers Lebzeiten, namentlich von ihm selber, hören wir denselben Ton. Immer wieder klagt der Reformator über die sittliche Verwilderung; in seiner Jugend, im Papsttum seien die Leute viel besser gewesen. „Da ist kein verachteter und verfluchter Ding auf dem Erdboden als das liebe Evangelium.“ „Viel sagen, der Friede ist gestört, die Welt in Unruhe, die Menschen sind verwirrt in Geist

und Sinn, die Religion fällt dahin, die Gottesverehrung wird gestört, der rechtmäßige Gehorsam wird aufgelöst: was ist Gutes aus dem Evangelium kommen? Vorhin war es alles besser." Jetzt sei „teure Zeit, Krieg und der Türke." „Im Papsttum war jedermann barmherzig und mild, da gab man mit beiden Händen fröhlich und mit großer Andacht." „Jetzt unter dem Evangelium giebt niemand mehr, sondern einer schindet nur den andern und ein jeglicher will alles allein haben." „Bürger, Bauern und Adel sind jetzt unter dem Licht des Evangeliums geiziger, stolzer und hoffärtiger und zehnmal ärger, denn sie unter dem Papsttum gewesen sind." Namentlich das Laster des Saufens, das früher für eine Schande galt, hat zugenommen; selbst unter der Jugend ist es ohne Scheu und Scham eingerissen. „Die junge Welt ist so wild, wüst und ungezogen, daß eitel Teufelskinder daraus werden." „Ungehorsam, Frevel und Stolz des jungen Volkes und insgemein in allen Ständen."

Zwei Quellen, Heinrich Müller, 1550 (Curieuse Nachrichten 19) und die Zimmernsche Chronik (I., 448) stimmten darin überein, daß die Deutschen früher, noch zu Großvaters Zeiten, viel stärkeren Körpers gewesen, so wie man es jetzt für unglaublich halten würde.

Wir gelangen aus dem Reformationszeitalter an das 15. Jahrhundert. Es erscheint überflüssig, mit Zeugnissen zu belegen, daß dieses letzte Jahrhundert einer absterbenden Epoche, des Mittelalters, keine „gute, alte Zeit" war. Es ist die Zeit des Ablaßhandels, der Raubritter, der Bauernkriege, eines Kaisers, der wie ein Bettler von einem Kloster zum anderen durchs Reich zog.

Wohl kaum ein Zeitalter hatte der Unzufriedenheit mit sich selbst so prägnanten Ausdruck gegeben, wie dieses. Es ist die Litteratur des „Narrenschiffs", der „Narrenbeschwörung", des „Lobes der Narrheit", in denen die Zeit sich selber geißelt und verspottet. Über die Kirchen predigte der sittenstrenge Geiler von Kaisersberg:

„Aus dem Klosterleben, das recht geführt, das Paradies auf Erden sei, sei lauter Gaukelwerk geworden. Die Oberen der Klöster sind die ersten am Spiel und in aller Leckerei, und die Frauenklöster, die nicht reformiert sind, und auch Mannesklöster sind nicht Klöster, sondern H . . . . häuser."

„Wenn du einen Mönch siehst, so zeichne dich mit dem heiligen Kreuz, ist der Mönch schwarz, so ist es der Teufel; ist er

weiß, so ist es seine Mutter: ist er grau, so hat er einen Teil von beiden."

Die Stadt Wien wird Ende des 15. Jahrhunderts (nach V. A. Huber, Ausgew. Schriften herausgeg. von Munding, S. 437) folgendermaßen geschildert:

„Als in einer so großen Stadt giebt es hier in Wien viel Unfug: Tag und Nacht setzt es Händel, Streit und Zwietracht: bald die Hofleute wider die Handwerker, bald die Handwerker wider die Studenten, dann wieder die Arbeiter und Gewerbe untereinander. Kaum vergeht ein Feiertag ohne Totschlag: täglich kommen Raufereien vor, und giebt es Aufruhr, so ist da niemand, der Ruhe halte und die Leute auseinander bringe. Weder Bürgermeister noch Fürst hat Fürsorge gegen so böse Dinge. Wer sein Haus zum Weinhause macht, dem schadet es nicht an seinem Leumund. Fast alle Bürger machen sich mit solchen Dingen zu schaffen, halten Weinschenke und Taberne, sorgen für warme Stuben und volle Küche und laden zu sich gute Trinker und leichtfertige Dirnen, geben ihnen das Essen umsonst, damit sie desto mehr trinken, aber schenken ihnen dafür ein geringeres (gefälschtes) Maß. Das Volk ist ganz fleischlichen Lüsten ergeben und was die Woche über mit schwerer Arbeit verdient ist, das wird am Feiertag alles verzehret und ist ein verschlemmtes wüstes Wesen. Liederlicher Dirnen ist eine große Schar, und eine Frau hat selten an einem Mann genug. Kommen die Edlen zu den Bügern, so bringen diese ihre Frauen zu ihnen in Heimlichkeit: haben sie den Wein aufgetragen, so gehen die Bürger aus dem Hause und weichen dem Edlen. Viele Töchter nehmen Männer ohne Wissen ihrer Väter, und die Witwen verheiraten sich nach ihren Gelüsten während des Trauerjahres. In der Stadt sind wenig Leute, von deren Urgroßvater die Nachbarschaft etwas weiß: alte Geschlechter sind sehr selten. Die reichen Kaufleute, wenn sie alt geworden, nehmen ihre Mägde zu Frauen, die sie dann bald als Witwen hinterlassen, diese heiraten dann ihre Hausknechte, mit denen sie schon vorher Ehebruch getrieben, sodaß, wer gestern arm war, heute reich wird und es dann bald ebenso macht. Man sagt auch, daß viele Frauen ihre Männer, wenn sie ihrer über drüssig geworden, mit Gift aus dem Wege räumen. Auch ist bekannt, daß viele Büger auf Anstiften ihrer Frauen von Edlen erschlagen werden, mit denen sie bei Hofe gebuhlt."

Der katholische Pamphletist Johannes Janssen hat es versucht, sich zum Verteidiger dieser Epoche aufzuwerfen: es wird daher um so größeren Eindruck machen, wenn man hört, welche Aussagen von Zeitgenossen auch er nicht umhin kann anzuführen.*)

„Jost Fritz," schildert er uns, „wußte, wo den armen Mann der Schuh drückt und wo selbiger von Juden und anderen Wucherern, von Advokaten und Beutelschneidern, von Fürsten, von adligen und geistlichen Herren allzusehr mit Lasten und Fronden beschwert worden."

Der Großwucher sog nach den Aussagen anderer durch den „Fürkauf" das Land aus. Eigene Aufkaufs- und Preissteigerungsgesellschaften waren zu dem Zweck gebildet. Ratsmitglieder in den Städten wurden der Teilnahme an diesen Gesellschaften bezichtigt. Dies Ausbeutungssystem des Großkapitals galt vielen für ein schlimmeres Übel als das Raubrittertum. Der Adel verarmte durch einen „alle Grenzen der Ehrbarkeit und Zucht überschreitenden" Luxus, durch Völlerei und Trunksucht. Die Bauern wollten es dem Adel an Üppigkeit gleich thun.

„Es stund viel baß vor alter Zeit," sagte ein Volkslied; ja Sebastian Brant behauptet, daß noch „in kurz vergangenen Joren, Gerechtigkeit was bei den buren."

Durch die Einführung des römischen Rechts (Mitte des 15. Jahrhunderts) verlor der „arme Mann" mit seinem alten Recht auch die alte Freiheit.

Diese Schilderungen beziehen sich auf das halbe Jahrhundert vor der Reformation. Ihm geht vorher die Zeit der Hussitenkriege und der Konzilien, wo die in Konstanz versammelten „von Lastern starrenden Baalspfaffen den Gottesmann Hus verbrannten". „Reform an Haupt und Gliedern", in Kirche und Staat war der allgemeine Notschrei. Äneas Sylvius, ehe er selbst Papst wurde, schrieb: „Es

*) Man muß Janssen allerdings sehr aufmerksam lesen, um es herauszufinden. Einen Teil der Zeugnisse hat er künstlich versteckt unter die Schilderung der Zeit nach Luthers Auftreten, um der Reformation die Schuld zu geben, so z. B. Aussagen von Felix Meisterlin, der schon etwa 1490 starb (Bd. II, 3. Buch II S. 421 d. 7. Aufl.) und Hemmerlin, der schon etwa 1461 starb (ebenda S. 432). Da er selbst immer grade bei solchen Zitaten zufällig die Datierung wegläßt, so ist es für den Laien kaum möglich, ihn zu kontrollieren. Die Aussagen der Zeitgenossen über Kirche und Geistlichen hat er auch merkwürdigerweise meistenteils übersehen.

giebt nichts, was die römische Kurie ohne Geld verliehe. Denn selbst die Handauflegungen und die Geschenke des heiligen Geistes werden verkauft. Und Verzeihung der Sünden wird nur gegen klingende Münze erteilt."

Das 14. Jahrhundert ist die Zeit der „Babylonischen Gefangenschaft" der Kirche in Avignon, des Schismas, des schwarzen Todes und der Flagellanten.

Boccaccio schrieb einen Brief an Meinardo von Cavalcanti, er habe den Gedanken gehabt, dem Papst ein Buch zu widmen, aber schreckensvoll darauf verzichtet, als er gesehen habe, wie die „neuen Häupter der Kirche so ganz verschieden von den alten, gegen den Frieden und die Freiheit der Unschuldigen gewappnet und gepanzert zu Felde ziehen und an Gewaltthaten, Brandstiftungen und Niedermetzelungen ihre Freude haben."

Ähnlich äußerte sich Petrarca, der Rom nicht mehr mit seinem Namen, sondern „vormals Rom, jetzt aber falsches und treuloses Babel" nennen wollte. Bei Dante kommen Aussprüche dieser Art immer wieder.

Die deutschen Dichter des 14., ebenso wie schon die des 13. Jahrhunderts, haben eine ganz besondere Vorliebe für das Thema des schmerzlichen Rückblicks auf die Vergangenheit. Heinrich Teichner, der 1335—1375 dichtete, der sog. Seifried Helbling und Hug von Trimberg am Ende des 13. Jahrhunderts, Neidhart von Reuenthal aus der ersten Hälfte und gewichtiger als alle, Walther von der Vogelweide und neben ihm Wirnt v. Gravenberg aus dem Anfang des Jahrhunderts stimmen überein.

Hug von Trimberg, Ende des 13. Jahrhunderts:

„Die Welt wird jetzt von Tag zu Tage
Böser und toller, das ist mein' Klage
. . . . . .
Die Kaufleut' führen schlimmen Wandel
voll Trug und Falsch ist aller Handel.
Die Mädchen schlechter Sitten walten,
bös Beispiel geben auch die Alten.
Mägd' und Knechte sind nichtsnutz,
die Kinder füriant und voll Trutz
. . . . . .
Falschheit, Unzucht tritt nun vor
Treu und Zucht flohn aus dem Thor."

Seifried Helbling (VIII, 396) Geld verschafft Achtung und Adel:

Swie edellîch ein man tuot,
des aht man niht, ern habe guot
sît guot den liuten adel birt
und man von guot edel wirt.

Die Standesunterschiede werden nicht mehr geachtet (VIII, 392); niemand will sich mehr duzen lassen (VIII, 428); Neidhart v. Reuenthal 1236 (Haupt 32, 24):

Stüende ez in der werlde alsam vor drizec jâren
der mich danne trûreclichen sache gebâren,
der solde mich zehant behiuten unde behâren.

Ferner (82, 27 ff.):

Nû hât si (die Welt) sich verkêret
schamelôser, valscher diet
ist ir hof gemêret.
triuwe, kiusche, guot gelaeze vindet niemen dâ.

96, 2 ff.:

Ê dô kômen uns sô vreuden riche jâr,
dô die hochgemuoten wâren lobesam.
nu ist in allen landen niht wan trûren unde klagen.

Walther von der Vogelweide:

„Diu sunne hât ir schîn verkêret
untriuwe ir sâmen ûz gelêret
allenthalben zuo den wegen:
der vater bî dem kinde untriuwe vindet,
der bruoder sînem bruoder liuget:
geistlich leben in kappen triuget,
die uns ze himel solten stegen:
gewalt gêt ûf, reht vor gerihte swindet:
wol ûf! hie ist ze vil gelegen:“

Gehen wir ins 12. Jahrhundert, in die Zeit Friedrich Barbarossas, so wird es nicht besser.

Schon Heinrich v. Veldecke singt (nach d. Übers. bei Weinhold „Die deutschen Frauen im Mittelalt.“, II, 211):

„Als man der rechten Minne pflog,
Da pflog man auch der Ehren.
Jetzt aber sieht man Nacht und Tag
Gemeine Sitte lehren.

> Wer dies nun sieht und jenes sah,
> O weh, wie laut der klagen mag!
> Die Tugend will sich jetzt verkehren."

Noch früher ist Heinrich von Melk (Erinnerung an den Tod, herausg. v. Heinzel v. 377 ff). Die früheren „guote chnecht" „der althêrren wîstuom" ist verschwunden. Die heute leben, denken nur daran, sich gegenseitig zu betrügen. „verboeset ist die niuwe jugent: êre, zucht unt tugent, die nigent sam umb ein rat". In Rom muß man Recht und Gnade um Geld erkaufen. Wer reich ist, ist edel und der Fürsten Geselle: weise, stark, schön, lobesam nennt man ihn. Die Pfaffen sind gitic (geizig), die Bauern nîdic (böse), die Kaufleute haben keine Ehrlichkeit, die Frauen keine Keuschheit. Jeder will frei sein, um zu thun, was ihm gefällt.

Die Klagen sind nicht etwa bloß ritterlichen Ursprungs.

Der ultramontane Historiker Ratzinger (Gesch. d. kirchlichen Armenpflege S. 211) spottet über den „historischen Wert jener Deklamationen, welche das Schicksal der niederen Klassen des Mittelalters den jetzigen Arbeiterverhältnissen gegenüber so glänzend schildern." Ein anderer Historiker derselben Schule, Seeber, hat über „die österreichischen Bauern im 13. Jahrhundert" einen Aufsatz geschrieben (Hist. Jahrb. d. Görres-Gesellschaft, Bd. III), worin ein Abschnitt von der „Ausartung der Bauern", im weiteren von den „traurigen Folgen dieser Ausartung in sittlicher und sozialer Beziehung" handelt.

Der Chronist Arnold von Lübeck ums Jahr 1200 schildert:

„Was war einst das Leben der Mönche anderes, als die reine Unschuld, der Pfad der Gerechtigkeit, das Muster des Wandels, der Wege zum Paradiese? . . . Aber der Besitz wuchs, die Frömmigkeit schwand, denn während die Mönche, durch den Überfluß an weltlichen Dingen verleitet, weltlich zu leben begannen, fingen sie auch an, weltlichen Sinnes zu werden. Die Liebe erkaltete, die Weltgier fand Eingang und die Religion hatte da, wo der Hoffahrt der Zutritt offen stand, keinen Eingang. Und so kam es dahin, daß zuletzt nur die äußere Form des Glaubens blieb, die Richtschnur der Gerechtigkeit aber den Mönchen gänzlich verloren ging."

Ein halbes Jahrhundert früher klagte Bernhard von Clairveaux (sermo 33): „Es schleicht heutzutage eine stinkende Fäulnis durch den ganzen Leib der Kirche und je weiter verbreitet, desto verzweifelter,

je innerlicher, desto gefährlicher. Sie sind Diener Christi und dienen dem Antichrist."

Den sittlichen Tiefstand der Kirche im 11. Jahrhundert schildert uns der enthusiastische Anhänger Gregors VII, Petrus Damiani, in allen seinen Schriften: ein Buch ist darunter, von dem es genügt, den Titel anzuführen, er heißt: „liber Gomorrhianus".

Das Volk schildert uns um dieselbe Zeit der wackere Adam von Bremen, der Biograph des großen Erzbischofs Adalbert. „Die Sachsen," also das Volk, unter dem er lebte, behauptet Adam (Buch III, cap. 55) „achten Meineide für nichts, Blutvergießen halten sie für Lob. Ehebruch und Unzucht werden kaum für Vergehen angesehen. Die Meisten haben zwei, drei, ja zahllose Frauen nebeneinander. Trunksucht ist ihr besonderes Laster und Verbrechen, die sie in der Trunkenheit begehen, erachten sie für eitel Scherz."

Geht diese Schilderung zunächst nur auf die Sachsen, so fährt bei dem sächsischen Bischof Thietmar (Anf. d. 11. Jahrh.) der Westen Deutschlands nicht besser. Die Westgegenden meint er, werden deshalb so genannt, weil dort die Sonne und jedes billige Wesen, sowie Gehorsam und gegenseitige Liebe sich dem Untergange zuneigen .... Die Bewohner dieses Landes thuen nichts als sündigen ..... sie sind auf schlimmem Wege und dem Untergang zweifellos nahe.

An anderen Stellen verallgemeinert er sein Urteil: „apud modernos" herrsche allenthalben die Freiheit der Sünde mehr als je.

Etwa gleichzeitig mit ihm lebte in Lüttich der Scholastikus Egbert. Seine lateinischen Dichtungen sind voll von Klagen über die zunehmende Schlechtigkeit der Menschen (fecunda ratis I, 255; 517; 1051; 1253; II 567 ff.) Aus Juvenal übernimmt er den Vers, daß die Erde jetzt nur noch böse und verkümmerte Menschen hervorbringe und fügt hinzu, daß sie ehedem von größerem Glauben und auch von stärkerer Kraft gewesen seien.

Der französische Historiker Michelet (Hist. d. France II., 87) hat eine Zusammenstellung gemacht, wonach in den 73 Jahren von 987 bis 1060 48 Jahre mit Hungersnot oder Pest oder beiden waren. Man aß Menschenfleisch. Die Bischöfe von Frankreich kamen zusammen und beschlossen, die stärksten zu erhalten, damit das Land bestellt werden könne. Das 10. Jahrhundert ist wie das 15. besonders berüchtigt durch seine lasterhaften Päpste: die Buhlerinnen

Theodora und Marozia regierten in Rom. Das „dunkle Jahrhundert" ist es von Historikern genannt worden. In Frankreich lag das Königtum so darnieder, daß man in manchen Gegenden gar nicht mehr wußte, ob es existiere. „Deo regnante, rege expectante" schrieb ein Chronist. Deutschland mußte zeitweilig den Ungarn Tribut zuzahlen. Dann wurde es von Bürgerkriegen zerrissen: nicht bloß die Herzöge, sondern erst die Brüder und endlich auch die Söhne des Königs empörten sich und konnten erst nach schweren Kämpfen niedergerungen werden.

Gegen die Verderbnis des 10. Jahrhunderts, „wo Kunstverständnis und fromme Scheu wichen, vor dem gierigen Sinn, der in den Paramenten nur noch den Metallwert achtete" — erhob sich die Cluniacensische Klosterreform, aber ihre „Einwirkung auf die Priester und durch die Priester auf die große Laienwelt blieb im 10. Jahrhundert fast verschwindend gering." (Lamprecht, Skizzen z. Rhein. Gesch. S. 69 u. 87.)

Erzbischof Herivaeus von Rheims schildert in einer Ansprache an die zu Trosley versammelten Bischöfe die Zustände des Frankenreichs 909:

„Alle Scheu vor göttlichen und menschlichen Gesetzen ist geschwunden, die bischöflichen Verordnungen werden verachtet, jeder thut, was ihm beliebt. Der Mächtige unterdrückt den Schwachen, die Menschen sind wie die Fische des Meeres geworden, die sich gegenseitig auffressen .... Die Ungerechtigkeit überwuchert alles und gewinnt an Bestand. Wir sehen überall Unterdrückung der Armen, Beraubung der Kirchen. Daher kommen die kläglichen Thränen der Witwen, daher das Schluchzen der Waisen, so daß ihr Jammer auf bis zum Himmel dringt. Alle Ordnung ist dahin, der Zustand der Kirche verwirrt, ihre Macht geschwächt."

Das neunte Jahrhundert wird bezeichnet durch den Verfall und die Auflösung der Monarchie Karls des Großen. Auf dem „Lügenfelde" verriet das Heer Kaiser Ludwig den Frommen an seine aufrührerischen Söhne, an denen eine Generation später ihre eigenen Söhne durch gleiches Verhalten die Leiden des Großvaters rächten. Die raubenden Normannen zogen nach Belieben durch das Reich. Vom Süden griffen die Araber an, vom Osten die Ungarn.

Das Konzil von Toul 860 erklärte:

Raub und Plünderung werden schon gewohnheitsmäßig von allen kaum für Sünden oder nur für leichte Sünden gehalten.

(„Rapinae et depraedationes quae jam ex consuetudine sic ab omnibus paene tenentur quasi peccata non sint aut quasi levia peccata sint.“)

Im Jahre 852 tagte unter dem Vorsitz des großen Rabanus Maurus eine Synode zu Mainz, deren Bemühung, dem sittlichen Verfall zu steuern, am besten gekennzeichnet wird durch die Grenze, die sie selber dabei zog. Eine Konkubine, beschloß sie, sollte jedem Manne vor der Ehe erlaubt sein.

Drei Kaiserinnen, Judith, die Gemahlin Ludwigs des Frommen, Richerta, die Gemahlin Karls des Dicken und Ota, die Gemahlin Arnulfs, wurden in diesem einen Jahrhundert des Ehebruchs angeklagt.

Um auch das einmal anzuführen, so hat dies Jahrhundert auch auf solide Bautechnik, wie es scheint, keinen Anspruch. Die drei Kaiser, Ludwig der Fromme, Ludwig der Deutsche und Arnulf sind bei Gelegenheit des Einsturzes eines Hauses oder eines Söllers verletzt worden. Ebenso Heinrich III. im 11. Jahrhundert; mehrere Personen kamen dabei um. Auch Kaiser Heinrich VI. wurde von demselben Unfall betroffen.

Die Klagen über Weinpanscherei gehen durch das ganze Mittelalter: schon Karl der Große hat sie verboten im Jahre 802. (Dornfeld, Gesch. d. Weinbaues in Schwaben.)

Der Mönch von St. Gallen in seinen „Thaten Karls des Großen“ cap. 10 erklärt (883):

„Man muß der Wahrhaftigkeit unserer Väter mehr trauen, als der Lügenhaftigkeit heutiger Nichtsnutzigkeit.“

In einem Schreiben Kaiser Ludwigs des Frommen vom Jahre 828 oder 829, noch ehe die Empörung der Söhne und damit die Epoche der unaufhörlichen Burgerkriege begonnen hatte, verordnet der Kaiser allgemeines Fasten und Reform-Synoden: er hofft, daß Gott gnädig sein werde und erkennen lasse, „worin wir ihn hauptsächlich beleidigt und damit er uns ruhige Zeit zu unserer Besserung verleihe.“

Das Klagelied eines Geistlichen aus diesem Jahrhundert schildert das Elend im einzelnen und sehnt sich zurück nach der Zeit des Großen Karl, „wo Einer Herr war und Eins auch das Volk, das dem Herrn gehorchte.“

Aber Karl der Große selbst hat noch im letzten Jahre seiner Regierung befohlen, allenthalben Reform-Synoden abzuhalten, weil

„ein lautes Murren des Volkes durch das Land ging." (Kaufmann Deutsche Gesch. II, 376.) Heimliche Verbindungen unter Eidschwur wurden geschlossen, um sich gegen die Mächtigen zu schützen. Der Kaiser selbst klagt (802), daß seine Waltboten (missi), die die Beamten beaufsichtigen sollten, nur die Zahl der Unterdrücker vermehrten. Künftig wolle er nur reiche Leute zu Waltboten ernennen, die es nicht nötig hätten, zu stehlen. „Deine Waltboten", wurde dem Kaiser 811 berichtet, „finden keinen Gehorsam mehr und die Befehle der Grafen verachten die Leute." An dem Hofe des Kaisers wird seine Nichte Gundrade gerühmt als die einzige Jungfrau, die den bösen Versuchungen widerstanden hätte. Sein Sohn Ludwig mußte, als er die Regierung antrat, den kaiserlichen Palast zu Aachen reinigen lassen von dem bösen liederlichen Volk, das ihn erfüllte und verwies die Prinzessinnen in Klöster.

Eine Schilderung von dem Zustande der fränkischen Kirche unter Karls des Großen Vater, Pippin, entwirft Bonifacius in einem Brief an den Papst Zacharias im Jahre 742 (Jaffé Mon. Mog. Nr. 42.) Die meisten Bischofssitze sind in den Händen von habgierigen Laien oder von ehebrecherischen und wucherischen Klerikern: Diakonen haben vier bis fünf oder noch mehr Konkubinen und werden doch zu Priestern geweiht und gar zu Bischofssitzen befördert und setzen ihren Lebenswandel fort. Die, die nicht in Unzucht leben, sind Säufer, Pflichtvergessene, Jäger oder Krieger.

Anfang des 7. Jahrhunderts schrieb Jonas, der Abt von Bobbio in seinem Leben des Heiligen Columban (Mabillon A. SS. Saec. II. cap. 11), daß vom Christentume in Gallien bei der Ankunft Columbans nur noch der Glaube übrig gewesen sei, die Mittel der Buße und Neigung zur Reue seien kaum und nur an wenigen Orten noch zu finden gewesen.

Es ist um diese Zeit, wo die greise Königin Brunhilde, die westgotische Königstochter, nach dem Urteile der fränkischen Großen, unter dem Vorsitz König Chlotars II., an den Schweif eines wilden Rosses gebunden zu Tode geschleift wurde, weil sie zehn Frankenkönige gemordet habe.

Im 6. Jahrhundert sind die Franken christlich geworden und verschmelzen sich mit den Römern. Der Erfolg ist nicht sittlicher Fortschritt: „nicht die guten, sondern ihre schlechten Seiten tauschen

die beiden Völker aus und die heranwachsenden Geschlechter vereinigen in sich die Sünden beider."

Vor dieser Zeit liegt über Deutschland die Nacht des Heidentums und der absoluten Barbarei.

Gehen wir hinüber ins römische Reich, so ist es unnötig, weder unter den Leiden der Völkerwanderung noch in der Zeit des heidnischen Kaisertums die gute alte Zeit zu suchen.

Es bleibt als Enclave dieser Epoche die sich bildende christliche Gemeinde. Von der Zeit, seit sie unter Kaiser Constantin zur Staatskirche wurde, brauchen wir nicht zu reden. Drei Jahrhunderte hat sie vorher rein nach ihren eigenen Gesetzen gelebt.

Im dritten Jahrhundert sagt uns Cyprian (ich entnehme die Stellen dem interessanten Schriftchen von Harnack „Medizinisches aus der ältesten Kirchengeschichte") in seinem Buche an den Demetrianus:

„Du mußt allem zuvor wissen, daß die Welt bereits alt geworden, daß sie nicht mehr in der Fülle der Kraft steht, in der sie früher gestanden, noch derselben Frische und Stärke sich erfreut, wodurch sie ehemals sich auszeichnete." Der Zerfall aller Dinge sei augenscheinlich: im Winter sei der Regen, im Sommer die Hitze nicht mehr so stark: nicht mehr lachen die Lenze mit lauen Lüften so wonnig, noch sind die Herbste an Baumfrüchten so ergiebig.

„Es nimmt ab und vermindert sich auf den Fluren der Ackermann, auf dem Meere die Schiffer, der Soldat im Lager, die Rechtschaffenheit auf dem Markte, die Gerechtigkeit bei Gericht, in Freundschaften die Eintracht, in den Künsten die Erfahrenheit, in den Sitten die Zucht."

„Grauköpfe sehen wir unter den Knaben: die Haare fallen aus, bevor sie wachsen und das Leben hört nicht auf mit dem Greisenalter, sondern fängt mit ihm an." Hofft Cyprian etwa, daß das Christentum diese alternde Welt, der die gute Zeit entschwunden ist, verjüngen werde? Keineswegs: er schließt aus seiner Schilderung, daß der Untergang unmittelbar bevorstehe.

Diese Auffassung ist allen Kirchenvätern ohne Ausnahme gemeinsam.

Um die Wende des 2. Jahrhunderts schildert uns Tertullian die Liebesmahle der Christen:

„Bei dir brodelt die Liebe in den Kochtöpfen, der Glaube dampft in der Küche, der Gegenstand der Hoffnung liegt auf den Schüsseln."

Den selben Vorwurf macht der Christenheit schon um die Wende des ersten Jahrhunderts Clemens von Rom:

„Die schöne und heilsame Einrichtung des „Logos", das geheiligte Liebesmahl schändet man mit umgeschütteten Saucenschüsseln; dieses Zechen und dieser Speisenduft ist eine Blasphemie auf jenen Namen, und man täuscht sich, wenn man meint, die Verheißung Gottes mit solchen Diners erkaufen zu können . . . Der Herr hat solche Bewirtungen nicht als „Liebesmahle" bezeichnet."

Stellt man hierzu die Vorwürfe, die der Apostel Paulus seiner Gemeinde zu Korinth (1. Kor. 11, 21. 2. Kor. 12, 20 u. 21) macht und die furchtbare Anklage des Briefes Judä, so sieht man, daß auch hier keine Zeit war, welche sich selber ein gutes Zeugnis ausgestellt hat.

Wir wollen noch im klassischen Altertum suchen.

Isokrates im 4. Jahrhundert a. C. klagt, (areop. 48), die Zucht der Jünglinge sei verfallen, die Anschauungen so wirr geworden, daß man Zügellosigkeit für Demokratie halte, Gesetzlosigkeit für Freiheit, Frechheit für Gleichheit, Alles thun zu dürfen für Glück.

Aristophanes in seinen Komödien zwei Menschenalter früher, spricht von nichts lieber als von der vergangenen guten Zeit der Marathon- und Salamiskämpfer (Wespen 711; Ritter 780; 1334. Wolken 1029) „εὐδαίμονες δ' ἦσαν ἄρ' οἱ ζῶντες τότ' ἐπὶ τῶν προτέρων" „glücklich waren die damals mit den Vorfahren lebten".

Ebenso Kratinos (Koch fragm. Comic. Attic. fr. 238) „μακάριος ἦν ὁ πρὸ τοῦ βίος" „selig war ehedem das Leben."

Mit den Dichtern stimmt überein der ernste Philosoph: Sokrates selber ist es, der nach Mitteln sucht, die entarteten Athener zur altväterlichen Tugend zurückzuführen. (Xenoph. Memorab. III, 5, 10).

Aber schon 30 Jahre vor Marathon sang Theognis (etwa 520) (Bergk, Anthologia lyrica v. 1135 ff.).

„Die Hoffnung ist die einzige Gottheit, welche den Menschen geblieben, die anderen haben uns verlassen und sind auf dem Olympos. Fort ist die große Göttin, die Treue, gewichen von den Männern ist der weise Sinn und die Chariten, o Freund, haben die Erde geräumt. Die Eide stehen nicht mehr fest unter den Menschen und die Götter werden nicht nach Gebühr verehrt. Das Geschlecht der Frommen ist

ausgestorben, weder das göttliche Recht noch fromme Werke kennen die Menschen mehr."

Noch weiter hinauf in die graueste Vergangenheit der Menschen reicht die freudige Erzählung des alten Nestor im Vater Homer, was in seiner Jugend für Menschen gelebt und wie sie gewesen — aber heute: „οἷοι νῦν βροτοί εἰσ'" „wie heute die Sterblichen sind." —

Über die Jugendzeit Nestors fehlen uns leider die zeitgenössischen Berichte.

Soweit solche Berichte reichen, ist uns „die gute alte Zeit" nicht erschienen.

Sollten etwa unsere Nachkommen im 20. Jahrhundert sie einmal im 19. suchen? Wenn der Kosack und der Zuave über Leichenfelder und Brandstätten hinschreitend an der Elbe und Weser sich grinsend umarmen und der Jesuit segnend seine Hand ausbreitet über diesen Bund? Oder wenn die unterirdischen Mächte mit den Gewaltmitteln der Erfindungskunst Dome und Schlösser in den Staub geworfen und an der Stelle des Denkmals des Großen Friedrich vor dem Palast Kaiser Wilhelms des Alten ihre Guillotine aufgerichtet haben? Oder aber, wenn Deutschland siegreich über seine äußeren und inneren Feinde herrschgewaltig und dankbar zurückschaut auf die Generationen, die es zusammengefügt und erzogen haben zu in ewigem Kampf sich ewig verjüngendem Leben — nie endend mit Aufgaben, unerschöpflich in Thaten?

Nachwort.

Zu Neujahr 1893 veröffentlichte ich diese, jetzt noch etwas vervollständigte Citaten-Sammlung: daß es heute nicht besser geworden ist, weiß jedermann. Schon zu Neujahr 1895 schrieb die Kreuz-Zeitung wieder, „. . . . muß es einem treuen Patrioten bange werden, wenn er die Symptome der Krankheit betrachtet, an der unser Volksleben leidet. . . . . Gottlosigkeit, Auflehnung gegen die Autorität, Selbstsucht untergraben den Bestand des Gemeinwesens. . . . . Diese Sünden herrschen nicht bloß in einem Stande, sondern in allen Ständen."

Was habe ich denn aber mit meiner Sammlung beweisen wollen? Ich habe sie damals ohne Kommentar veröffentlicht und will auch heute keinen Kommentar hinzufügen. Jeder Leser mag sich seinen Vers selbst

dazu machen. Aber über die Aufnahme, die damals meine Publikation fand, will ich erzählen, was mir zu Ohren gekommen ist.

Ist das Ganze Ernst oder ist es Ironie? wurde vielfach gefragt.

Eine treffliche alte Pathen-Tante, die noch heute in ihrem 87. Jahr sich ihres Lebens freut, schrieb mir: „Du magst schreiben, soviel du willst, das glaube ich doch nicht, daß es früher nicht besser gewesen ist, als heute.“

Mein Reichstagskollege, der Graf S., ein alter Kavallerie-Oberst, aber sagte in seinem tiefen Baß: „Sie haben ganz recht, Herr Professor, es wird immer schlechter.“

Die Logik in diesem Ausspruch ist wohl unangreifbar: wenn jede Generation urteilt, daß es in der vorigen besser war, so muß es von Stufe zu Stufe schlechter geworden sein.

Danach hätte die konservative Presse ja mit meiner Sammlung zufrieden sein können. Das war sie aber durchaus nicht: sie äußerte sich in sehr mürrischem Ton und je reaktionärer, desto mürrischer. In der liberalen Presse aber, statt zu bedenken, daß die Opposition nichts sagen darf, was die gegenwärtigen Zustände lobt, überwog das Vergnügen, daß es mit den reaktionären Idealen nichts sei.

Mein Freund E. aber, jetzt Professor in Breslau, faßte die Sache ganz aktuell und sagte mir: „Du hast Caprivi damit feiern wollen.“ „Caprivi? Als ich anfing, die Sammlung anzulegen, kannte ich Caprivis Namen noch gar nicht.“ „Ja, aber, daß du gerade in diesem Augenblick damit herauskommst!“ Was war gegen diese Auslegung zu machen? Ich feierte in seinen Augen durch die Sammlung die Gegenwart, und die Gegenwart hieß damals Caprivi.

General von Gerlach.

I.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 72, Mai-Heft 1893.

Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Generals der Infanterie und General-Adjutanten König Friedrich Wilhelms IV. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. Zwei Bände. Berlin, Wilhelm Hertz. 1891 und 1892.

Ranke hat die wesentliche Bedeutung Friedrich Wilhelms IV. für die preußische und deutsche Geschichte darin gefunden, daß dieser König in den Stürmen der Revolution und unter der Versuchung einer angebotenen Kaiserkrone das Prinzip der in sich begründeten königlichen Gewalt, der „Legitimität", des „Gottesgnadentums" gegenüber dem Prinzip der Volkssouveränität bewahrt und behauptet habe. In diesem Thun stand ihm die Partei der romantischen Reaktionäre, die Gebrüder Gerlach, Stahl, Wagener, Leo, Niebuhr mit ihrem Anhang von Edelleuten und Geistlichen zur Seite und teilt sein Verdienst. Sie wäre dazu nicht imstande gewesen, hat ein jüngerer Historiker sich über diese Partei geäußert (Dr. Friedr. Meinecke in einem sehr schönen Aufsatz über die „Tagebücher des Generals von Gerlach" in der „Historischen Zeitschrift" 70, 52), wenn sie nicht die in ihr ruhenden Ideen zum Maximum ihrer Kraft entwickelt hätte. Ist dem wirklich so? Ist die Menschheit so ärmlich ausgestattet, daß man die ganze Verkehrtheit der reaktionären auf der einen und dann natürlich auch der revolutionären Parteien auf der anderen Seite in Kauf nehmen muß, um beim Übergang in eine neue Zeit das Gesunde der Vergangenheit nicht zu verlieren? Wie es auch damit stehe, soviel ist gewiß, daß nicht bloß eine gewaltige politische Wirkung ausgegangen ist von der „Reaktion", sondern daß sie auch eine Fülle von Geist

und Talent zu ihrer Verfügung gehabt hat. Die ungeheure Mehrheit der gebildetsten und besten Deutschen stand in der Periode Friedrich Wilhelms IV. auf der Seite des Liberalismus; halten wir aber daneben, daß Fürst Bismarck aus dem entgegengesetzten Lager hervorgegangen ist und wie nah verwandt Ranke sich diesem Lager fühlte, so kann so ganz allgemein von einer geistigen Überlegenheit des Liberalismus doch nicht gesprochen werden. Ohne mich in weitere Betrachtungen einzulassen, will ich mich heute begnügen, einige Lesefrüchte aus den Gerlachschen Tagebüchern zusammenzustellen, die uns die Denkweise dieser vergangenen Welt wieder gegenständlich machen können. Wie nah liegt das alles hinter uns und wie sehr hat sich die Welt seitdem verändert! Allgemeines gleiches Stimmrecht, Sozialpolitik, wirtschaftliche Interessenkämpfe, Machtstreit zwischen Staat und Kirche — das waren die Erscheinungen, denen die Zeit entgegenging: hören wir nun, welche Töne aus den Aufzeichnungen des General-Adjutanten Friedrich Wilhelms IV., des einflußreichsten Mannes am preußischen Hof in dem Jahrzehnt von 1848—1858, an unser Ohr schlagen.

Gerlach und seine Freunde wollten keineswegs den Absolutismus: immer wieder betont er, der russische Absolutismus trennt uns von Rußland und ebenso von Österreich dessen Absolutismus und Katholizismus. Als er (1832) in Österreich einen Engländer, Lord Durham, trifft, der die russischen Verhältnisse sehr anerkennt, den Kaiser, sein Verhältnis zur Armee, den Hof, alles besser, ungezwungener, freier findet, als in England, da schreibt er in sein Tagebuch: „Also auch er, ein Lord, ein alter Edelmann, ein vornehmer Mann, hat das Gefühl verloren für den freien Gehorsam, für die stolze Demut an dem Hofe des Königs eines freien Landes. Ich dachte gleich, daß ein Liberaler nicht die politische Bildung haben könnte, um die Schattenseiten des russischen Wesens, auch am Hofe des Kaisers, aufzufinden."

„Eine Festung gegen die Revolution, die zugleich gegen den Despotismus wirkt, zu bauen, fällt niemand ein," heißt es an anderer Stelle. Diese Festung soll darin bestehen (11. Februar 1853), daß „Kammern durch Obrigkeiten gebildet werden, die, nachdem sie mit dem König getagt, das ausführen, worüber man sich geeinigt." Nicht „gewählte Kammern", das ist der „Konstitutionalismus": „Urwahlen sind die stets wiederkehrende Revolution" (I, 246), sondern kleine

„Obrigkeiten“, also patrizische Bürgermeister, die die Städte, Edelleute, die ihre erbunterthänigen Bauern regieren, sollen mit dem König zusammen das Land verwalten. Sie machen nicht nur „Wahlen“, sondern auch das Beamtentum, aus dem die bösen „liberalen Bureaukraten“ hervorgehen, überflüssig.

Gerlach weiß wohl, daß der preußische Staat nicht bloß seit den Steinschen Reformen, sondern schon seit Friedrich dem Großen, er hätte sagen dürfen, seit dem großen Kurfürsten, auf dem gerade entgegengesetzten Wege wandelt; er hat 1813 auch gewußt, daß die „Partei der Aristokraten ohne Position und Kraft“ sei, daß dagegen der Partei der Demokraten, wie er sie nicht ganz zutreffend nennt, er meint die Reformpartei, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, „die Ausgezeichnetsten und Kräftigsten unseres Landes“, zugehörten — trotzdem ist er der Ansicht, daß jene aristokratisch-ständische Gruppierung einmal die von Gott gewollte und eingesetzte Ordnung der Menschheit sei.

„Graf Arnim hat Recht, schreibt er einmal, daß das einzige Mittel gegen den Kommunismus darin zu finden ist, daß die höheren Stände ihre Vorzüge als ein ihnen anvertrautes Amt für ihre Nebenmenschen ansehen. Es ist thöricht, die Armen reich machen zu wollen (la poule au pot des frivolen Henri IV). Wenn die Reichen ihre Güter unter ihnen teilten, würden sie nicht viel reicher werden, als sie jetzt sind, und außerdem noch die von Gott eingesetzten Verwalter ihrer Angelegenheiten verlieren, die freilich aber oft ihr Amt gewissenlos und schlecht verwalten.“

Der Chef der Partei, die diese natürlichen Ordnungen wieder ins Leben rufen wollte, war der König selbst, der schon als Kronprinz seit dem Tode Hardenbergs einen großen Einfluß auf die Staatsverwaltung hatte. Warum hat er nun als König seine Ideale nicht verwirklicht?

„Unsere Partei war ganz zerfallen, schreibt Gerlach (31. August 1848), seit der Kronprinz, ihr Chef, König geworden war und es als solcher für seine Pflicht gehalten hatte, sich über die Parteien zu stellen.“ Danach hätte in Gerlachs Augen der König selber die Schuld an seinem Mißerfolg gehabt. Aber das ist doch nicht seine Meinung. „Die Minister, steht in unserem Tagebuch zum 11. November 1843, statt frei und fest mit dem König zu gehn, thun dies

nur so weit, als sie durchaus nicht anders können, und sind hauptsächlich bemüht, alles was er will, zu hemmen oder wenigstens durch Herabstimmung unschädlich zu machen." Warum nahm der König dann aber nicht andere Minister? „Alles, was der König Großes und Gutes will, hören wir (1844), ist dem Zeitgeist entgegen. Niemand versteht ihn, am wenigstens seine Minister, weder die jetzigen noch die zukünftigen." „Weder die jetzigen noch die zukünftigen" — ein unendlich wichtiges Eingeständnis! Es gab also in Preußen überhaupt keinen Menschen, der gleichzeitig das Zeug zu einem Minister und Verständnis für die Ideale der „Reaktion" gehabt hätte! Da kann freilich auch der reaktionärste und absoluteste König nichts ausrichten. Ein sehr schönes Beispiel für die Macht der Ideen in der Geschichte, welche selbst dem Stärksten die Mittel, nämlich die Menschen, die Gehülfen rauben, mit denen er Bestrebungen in der verkehrten Richtung durchsetzen könnte. Nach vieler Mühe und unendlicher Überlegung brachte es der König endlich im siebenten Jahre seiner Regierung zu einem Versuch in seiner Richtung, dem wesentlich auf ständischer Grundlage beruhenden Vereinigten Landtag. Was war der Erfolg? Diese neugeschaffenen Stände, „sogar die Herren-Kurie" wie Gerlach klagt (I, 188), „ließen den Monarchen völlig im Stich und hätten sich, wenn alles ruhig geblieben wäre, in der nächsten Session unfehlbar als eine constituante geriert" (I, 814) und wahrscheinlich eine noch schlechtere Verfassung produziert, als sie endlich aus der Revolutionsepoche hervorging (II, 515). Kann ein Mann vernichtendere Urteile über seine eigenen Bestrebungen aussprechen? Der geistvolle, thätige, von seinen Freunden verehrte, unumschränkte König von Preußen kann unter seinen 16 Millionen Unterthanen weder einen Minister finden, der sich bereit fände, seine Pläne auszuführen, noch wollen die Leute, denen sie am allermeisten zu Gute kommen sollen, sich darauf einlassen, sondern schlagen auf der Stelle die andere Richtung ein. Ja, die eigene alte Partei habe den König nicht genügend und nicht entschlossen genug unterstützt, gesteht der General ein (II, 298), und es ist ihm nicht erspart geblieben, nicht bloß in den entscheidenden Momenten selber zur Nachgiebigkeit zu raten, sondern sogar innerlich an seinen Idealen irre zu werden.

Der entscheidende Moment für die preußische Geschichte ist der Herbst 1848, als Wrangel wieder in Berlin einrückte, Graf Branden-

burg an die Spitze des Ministeriums trat und die National-Versammlung, die das „Gottesgnadentum" aus der preußischen Verfassung entfernen wollte, aufgelöst war. Das alte Königtum hatte gesiegt, die Reaktion war im vollen Zuge — wie weit sollte sie gehen? In diesem Augenblick entschloß sich die Regierung freiwillig eine moderne, konstitutionelle Verfassung zu verleihen (5. Dezember). Ich habe immer gefunden, daß diese That nicht genügend gewürdigt und auch nicht einmal ihre Genesis genügend aufgeklärt worden ist. Der objektive Zusammenhang macht einen großartigen Eindruck. Welch' unendlichen Wirrnissen wäre Preußen ausgesetzt worden, wenn die Regierung ihren augenblicklichen Sieg benützt und alle konstitutionellen Ideen kurzweg abgeschnitten hätte, zum Absolutismus oder zu ständischen Bestrebungen zurückgekehrt wäre! Man kann die Oktroyierung der Verfassung von 1848 vergleichen mit der Indemnitäts-Vorlage von 1866. Erst zu siegen und dann dem Besiegten doch das Berechtigte seiner Forderungen freiwillig zuzugestehen, dazu gehört eine Klarheit des Urteils und Festigkeit der Führung, die den großen Staatsmann kennzeichnet. Die Revolution niederwerfen und freiwillig eine Verfassung verleihen — das war ein Programm und der König von Preußen hat es gethan. Wer aber war im Dezember 1848 der Staatsmann, dem wir es verdanken? Man hat kaum je danach gefragt, weil der That selbst jene Anerkennung nicht zu teil geworden ist. Auch in Sybels neuestem großen Werk findet sich über die ganze Periode nur sehr wenig und es ist jedenfalls die historisch bedeutsamste Kunde, die jetzt die Gerlachschen Tagebücher bringen, daß sie uns über diese Frage, das Sybelsche Werk ergänzend, aufklären.

Die oktroyierte Verfassung von 1848 hat niemandem Ruhm gebracht, weil ihn niemand verdient hat. Sie ist nicht hervorgegangen aus einer weitschauenden, bewußten, politischen Ansicht, sondern war nichts als ein augenblicklicher Notbehelf. Als Graf Bismarck 1866 die Indemnität beim König durchsetzte, war ihm dies der erste Schritt auf der Bahn einer lange beabsichtigten, positiven Politik. Als Friedrich Wilhelm IV. seine Zustimmung zu dem Erlaß der Verfassung am 5. Dezember 1848 gab, that er es mit Verzweiflung im Herzen, in der Hoffnung doch noch einmal wieder davon loszukommen. Der leitende Staatsmann war der General Graf Brandenburg, der aber selbst von sich bei der Übernahme des Ministeriums gesagt hatte,

daß er wohl der Elefant sein wolle, der die Revolution zertrete, aber einen Kornak haben müsse, der ihn leite. Hierzu war Herr von Manteuffel berufen worden. Gerade von ihm aber erfahren wir aus den Gerlachschen Aufzeichnungen, daß er bis zum Äußersten gegen die Verleihung der Verfassung gekämpft habe (I, 259), und einige Jahre später hat er selber Gerlach erzählt, was sein Plan gewesen sei. Er habe auf den Vereinigten Landtag zurückgehen wollen, aber Ladenberg und Strotha (der Kriegsminister) seien dagegen gewesen und Brandenburg habe erklärt, diese beiden nicht missen zu können (II, 438). Preußen ist also zu einer Verfassung gelangt, nicht weil ein bedeutender Staatsmann auf diese Weise die Gegensätze hätte versöhnen wollen, sondern weil der König Brandenburg nicht entbehren und dieser wieder zwei Mitglieder seines Ministeriums, die ihrerseits unter aller Anerkennung ihres Verdienstes doch nicht den Rang führender Geister haben, nicht ersetzen zu können glaubte. Das ist dasselbe Verhältnis, das wir schon oben gefunden haben: die falschen Ideen scheitern in gesunden Staaten daran, daß sie nicht die Menschen zu ihrer Durchführung finden. Welche Konflikte hätte Preußen noch durchfechten müssen, wenn man nach 1848 noch einmal auf den ständisch-provinziell zusammengesetzten „Vereinigten Landtag" zurückgegangen wäre! General Gerlach selber, so unglücklich er über die Verfassung ist, findet doch, daß Herr von Manteuffel recht gethan habe, sich zu unterwerfen und zu bleiben und hat endlich, als der König diese Abscheulichkeit, die konstitutionelle Verfassung, beschwören sollte, nicht widersprochen, sondern direkt dazu geraten. Die Königin, die stets in ultrareaktionärem Sinne auf ihren Gemahl wirkte, sagte, „wenn er den Eid leistet, so hört er auf, König zu sein, dann ist er Präsident", aber selbst Gerlach erkannte, daß keine andere Möglichkeit bleibe und mit jenem eigentümlichen Vorbehalt der einleitenden Rede, die seinen prinzipiellen Standpunkt wahren sollte, leistete der König endlich den Eid.

Aus dem Sybelschen Werk weiß man, daß von reaktionärer Seite noch nachträglich stark in den König gedrungen worden ist, seinen Eid zurückzunehmen und statt der Verfassung einen „Freibrief" ständischen Charakters zu verleihen. Herr von Senfft-Pilsach war es, der das für einen Eidbruch erklärte, den der König nicht begehen dürfe. Sybel fährt fort „der König entschied, das sei Wahrheit und von dem Freibrief war keine Rede mehr". Die Gerlachschen Aufzeichnungen belehren

uns, daß die Sache damit doch noch nicht so ganz abgethan gewesen ist. Allerdings einen Verfassungsbruch wollte der König nicht mehr, aber auf gesetzlichem Wege mit Zustimmung der Kammern selbst sollte der Charakter der Verfassung, nicht bloß etwa einzelne Bestimmungen, geändert werden. Bis an sein Lebensende hat Friedrich Wilhelm IV. an diesem Gedanken festgehalten und noch 1857 hat eine Kabinetsordre die Minister angewiesen, daß sie an eine andere Redaktion der Verfassungs-Urkunde denken sollten, „wodurch alle Lüge und aller falscher Konstitutionalismus daraus entfernt werde, aber nicht die ständische Freiheit". Der König drängte auf die Ausführung, denn er „hielt es für eine Schande und ein Unglück für Preußen, daß die ganze Gesetzgebung sich, statt dem Wesen nach in den Händen des Königs, in denen der sogenannten drei Faktoren befände" (29. Juni 1857).

Auch wenn Friedrich Wilhelm gesund geblieben wäre und ein längeres Leben behalten hätte, so würde er doch seinen Zweck nicht erreicht haben, denn, wie Gerlach einmal schreibt (S. 825) „der Konstitutionalismus lag viel mehr in der Luft, als auf dem Papier." Er selber wollte von der Änderung zuletzt nichts mehr wissen. Nur allmählich, indem die Menschen selber sich änderten, käme man wieder vom Konstitutionalismus los, hatte schon Graf Brandenburg gemeint und selbst Manteuffel wollte als Minister über den Parteien stehen (II, 76), d. h. doch auch den Liberalismus in seiner relativen Berechtigung anerkennen. Aber nicht bloß der Zeitgeist, sondern auch namentlich Preußen, der spezifisch preußische Geist, sobald er sich auf sich selbst besann, verlangte den Konstitutionalismus. „Durch so etwas konnte man konstitutionell werden", schreibt unser Leopold von Gerlach selber schon 1852 einmal in sein Tagebuch, als der „Hochmut und die Perfidie der Russen" gegen Preußen ihm aufgeht, und mit Bismarck meint er 1858 „der konstitutionelle Liberalismus sei nicht bedenklich, wohl aber der absolutistische" und findet daher das Beschwören der Verfassung durch den Prinz-Regenten gerechtfertigt.

Er ist an sich selber irre geworden — und noch mehr: er hat auch noch erkannt, welches die mächtigen Ideen seien, die die seinigen aufzehrten. Es ist die schönste Stelle des ganzen Werkes, doppelt wertvoll als ein Beitrag zur Entwickelungsgeschichte des Mannes, der die neue Ära der Überwindung und der Versöhnung heraufführen

sollte. Zum 2. Mai 1858 schrieb Gerlach in sein Tagebuch: „....., haben die nicht Unrecht, die wie Bismarck u. s. w. unser Palladium in Deutschland sehen, die Bedingung unseres Ansehens in Deutschland in unserem Konstitutionalismus. Ohne denselben würden wir Österreich erliegen, wie ja immer schon das punctum saliens in unserer Stellung, Österreich gegenüber, im Protestantismus und was sich daran schließt, bestanden hat."

Nie ist der moderne deutsch-preußische Staat und die Unnatur des reaktionären Wesens für Preußen treffender und tiefer begründet worden: weil es seinem Ursprung nach protestantisch ist und deutsch werden muß, deshalb muß Preußen konstitutionell sein, und „unser Mann, mein Zögling", nach Gerlachs Ausdruck, Herr von Bismarck, war es, der diesen Ideen-Dreiklang formuliert hat, wohlgemerkt, im Jahre 1858 formuliert hat.

Mit diesem „Zögling", was auch die „Reaktion" sonst gesündigt hat, könnte man Gerlach gerechtfertigt entlassen, aber wir wollen zum Schluß doch noch eine kleine Betrachtung herausheben, die er nicht bloß seinem „Zögling" nachspricht, sondern die ganz und gar sein Eigentum ist und die er sogar gegen jenen seinen Jünger einmal ins Feld geführt hat. Sie mag dem gewöhnlichen Leser ziemlich indifferent erscheinen, aber dem Kenner sagt sie sehr viel und zeigt ihm, daß er es mit einem tief angelegten und sehr hervorragenden Manne zu thun hat. Sie lautet (II, 506): „Gegen Bismarck führte ich an, daß der Erfolg nicht immer beweisend sei; die, welche 1811 und 1812 für die französische Alliance mit dem Hilfskorps gegen Rußland waren, hatten doch Unrecht; die, welche gegen den Waffenstillstand 1813 waren, hatten doch Recht."

II.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 73, Juli-Heft 1893.)

Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit dem Bundesgesandten Otto von Bismarck. Berlin, Wilhelm Hertz.

Mein Aufsatz über den General von Gerlach hat mir von einem älteren Freunde und Mitarbeiter dieser Jahrbücher den Vorwurf zugezogen, daß ich den General und seine Parteigruppe viel zu gut be-

handelt und viel zu hoch gestellt habe. Einzelne geistreiche Äußerungen machten noch keinen geistreichen Mann, und die Partei Gerlach sei doch thatsächlich ebenso ideenlos in der Theorie, wie hilflos in der Praxis gewesen: sie habe eigentlich nichts gethan als vom Strome fortgetrieben sich einigermaßen dessen erwehrt, durchaus nichts Positives geschaffen, sondern nur aus der Hand in den Mund lebend Preußen allerdings fortgefristet, aber auch aufgehalten.

Ungefähr dasselbe glaubte ich nun freilich auch, wennschon mit etwas anderen Worten gesagt zu haben und namentlich den vollständigen geistigen Bankerott Gerlachs selber, der am Abend seines Daseins an der Wahrheit seiner Lebens-Ideale irre wird, glaube ich aufs stärkste hervorgehoben zu haben. Stutzig aber bin ich geworden bei dem Widerspruch, den ich an einem besonderen Punkte fand. Mag nun die Partei Gerlach als solche etwas mehr oder noch etwas weniger positive Verdienste haben: grau, trüb, unfreundlich ist oder wäre ihr historisches Dasein, wenn sie nicht von einem Punkte aus wunderbaren Glanz empfinge: Fürst Bismarck ist aus ihr hervorgegangen.

Gerade das nun wurde mir bestritten, und selten hat mich ein Widerspruch mehr frappiert. Was ist augenscheinlicher? Herr von Bismarck war vom Jahre 1847 an der Vorkämpfer der reaktionären Junker späteren Kreuzzeitungs-Partei. General v. Gerlach in seinen Tagebüchern nennt ihn mit einem gewissen väterlichen Stolz seinen Zögling. Bismarck selber bekennt sich dankbar als Gerlachs Schüler und Jünger. Was ist gegen solche Zeugnisse anzuführen?

Sicher ist ja, daß Bismarck endlich nicht das Programm der alten Gerlachschen Partei, sondern das Programm der Gothaer, der Alt-Liberalen ausgeführt hat. Aber darin hat man ja bisher gerade seine Größe gefunden, daß er ausgehend von der einen Partei das Richtige in dem Ziel der entgegengesetzten Partei erkannte und ergriff. Auch hat er ja nicht rein das Gothaische Programm ausgeführt, sondern er hat gleichzeitig die Bourgeois-Tendenz aus diesem Programm eliminiert und an ihrer Stelle von der dritten Partei, der demokratischen ein wesentliches Element (das allgemeine gleiche Stimmrecht) eingefugt. Alle Parteien haben also mehr oder weniger von ihrem Erz zu dem Metall geliefert, aus dem das neue Deutsche Reich gegossen worden ist, und alle haben damit auch einen gewissen Anspruch an den Gießmeister, den Fürsten Bismarck. Nicht mit einem einfachen

Ja und Nein ist also die Frage zu erledigen, aus welcher Partei der Fürst Bismarck hervorgegangen, sondern da er äußerlich ja unzweifelhaft der Partei Gerlach entstammt, so muß eine feinere historische Analyse feststellen, wie groß die ursprüngliche innere geistige Gemeinschaft gewesen, wie weit sie gereicht hat, und wann und wo der freie Geist dieser Persönlichkeit die Form der Partei-Ideen zerbrochen, sich Fremdes angeeignet und seine eigene originale Neugestaltung gefunden. Ich wüßte nicht, daß ein Historiker bereits die sämtlichen älteren Briefe, Reden und beglaubigten Aussprüche des Fürsten darauf hin kritisch durchstudiert hätte. Man möchte wünschen, daß er selber sich über diesen entscheidenden Moment seines Werdeganges noch einmal äußerte.

Was mich heute auf dies Problem führt, ist eine neue prächtige Erscheinung der Bismarck-Litteratur, sein Briefwechsel mit Gerlach aus der Frankfurter Periode, als Bismarck Bundestags-Gesandter war. Nicht eigentlich neue hervorragende Thatsachen erfahren wir daraus, aber die Kraft und Fülle der Bismarckschen Sprache, die kernige Gesinnung, der Humor sind von unvergleichlicher Wirkung. Die bekannten Berichte an den Ministerpräsidenten von Manteuffel aus derselben Zeit, von Poschinger herausgegeben, haben vielfach ähnlichen Gedankengang und das Inhaltliche dieses Gerlachschen Briefwechsels vorweg genommen, aber die Briefe an den General-Adjutanten haben einen mehr persönlichen, individuellen Zug und daher einen noch viel größeren Reiz. Sie gehören zu den schönsten Kindern des künstlerischen Genius in dem Politiker.

Für das eingangs berühmte Problem bietet der Briefwechsel keine direkte Ausbeute. Der Punkt, an dem Bismarck sich, wie bekannt, von der alten Kreuzzeitungs-Partei praktisch geschieden hat, die auswärtige Politik, tritt aufs stärkste hervor. Immer wieder trägt Gerlach mit dem wehleidigen Jammerton des Unglücks-Propheten die Lehre vor, daß die Revolution die Ursünde sei und Napoleon ihr Repräsentant: daß daher kein tugendhafter preußischer Staatsmann mit diesem Sohn der Sünde ein Bündnis eingehen dürfe — und frisch und fröhlich erwidert ihm Bismarck, daß er vor allen Dingen Preuße sei und die sogenannte Prinzipien-Politik nicht dem wahren Interesse des preußischen Staates im Wege stehen dürfe. Es ist der alte und immer neue Gegensatz: der eine stellt die Partei höher als den Staat und der andere den Staat höher als die Partei. Das Unglück des

damaligen Preußen war, daß es einen König hatte, der selber die Partei über den Staat stellte. Hier ist die Stelle, wo Bismarck sich losgelöst hat von seinen alten Genossen. Ist er aber bis dahin wirklich mit ihnen einig gewesen? Ich glaube, die Antwort wird zuletzt dahin lauten, daß Bismarcks Zugehörigkeit zur Gerlach-Gruppe doch, abgesehen von seiner Herkunft als märkischer Junker, eigentlich nur negativer Natur war. Er erkannte das Verkehrte und Unausführbare der Bestrebungen des Liberalismus, namentlich die Unterschätzung der Kraft der Monarchie und der Legitimität, das Streben nach dem englischen Parlamentarismus, aber daß er je den Glauben an eine Wiederbelebung des ständischen Staates geteilt habe, erinnere ich mich nicht gefunden zu haben. Daß er wohl einmal in junkerisch frevelhafter Paradoxie von der Notwendigkeit sprach, die großen Städte wieder zu zerstören, war doch mehr der Ausdruck seines Charakters, als ständischer Überzeugung. Der ständische Staat war aber das positive Ideal Friedrich Wilhelms IV., Gerlachs und ihrer ganzen Richtung. Wer dieses Ideal nie geteilt hat, hat auch nie voll zu jener Partei gehört, und insofern muß ich allerdings, bessere Belehrung vorbehalten, einen Zweifel an dem Satz, daß Bismarck auf diesem Boden gewachsen sei, zugeben.

General Wolseley über Napoleon, Wellington und Gneisenau.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 78, November-Heft 1894.

Es giebt einsichtige Leute, die die allmähliche Überwindung der historischen Legende durch die wissenschaftliche Forschung beklagen, da doch die Legende so viel schöner sei, als die oft triviale und nüchterne Wahrheit. Ich würde sehr geneigt sein, mich diesem Bedauern anzuschließen, wenn man nicht beobachten könnte, daß die Legende trotz alles wissenschaftlichen Mordens weiterlebt. Mit Tell ist's nichts, mit Winkelried ist es nichts, mit dem Müller von Sanssouci ist es nichts, mit den 4000 von den Kolben der märkischen Landwehr bei Hagelsberg erschlagenen Franzosen ist es nichts, mit dem Millionen-Heer des Xerxes ist es nichts, Canossa war nicht eine Niederlage, sondern ein Sieg Kaiser Heinrichs IV., Gottfried von Bouillon war nicht der Führer des Kreuzheeres und so fort und so fort — aber die Wissenschaft mag das noch so sicher feststellen, wir Gelehrte selbst werden uns nicht scheuen, die Fabeln gelegentlich zu wiederholen und zu benutzen in dem Bewußtsein, daß sie doch auch selber wieder als Niederschlag einer starken Empfindung ein Stück Geschichte sind und im Schleier der Dichtung einen Zug historischer Wahrheit darbieten.

Es giebt aber auch andere historische Legenden, die ganz und gar keine historische Wahrheit enthalten, auch nicht den Reflex einer großen, wenn auch vielleicht unberechtigten, allgemeinen Empfindung bilden, sondern zwischen echter Legende und echter Wissenschaft stehend, nichts sind als ein Zeugnis für die geistige Schwäche der Menschheit, die die großen Ereignisse nicht zu fassen vermag, nachdem ihr die Gestaltung in Legendenform mißlungen oder zerstört worden ist.

Eine solche Pseudolegende, die trotz aller Widerlegung nicht sterben will, ist die Erzählung, daß Napoleon im Feldzuge von 1815 nicht mehr auf der vollen Höhe seiner Kraft gewesen und deshalb bei Belle-Alliance endlich unterlegen sei. Es gehört nur eine ganz kurze Überlegung dazu, um ohne Eingehen auf die Einzelheiten zu erkennen, daß diese Auffassung unmöglich richtig sein kann. Napoleons Heer war 128000 Mann stark, die Preußen allein stellten ihm 120000 Mann gegenüber, und Wellingtons Armee zählte daneben 96000 Mann. Den Verbündeten fehlte also nicht gar viel an der doppelten Überlegenheit, und sie wurden geführt von den beiden größten Strategen, die sie jemals dem Imperator gegenüber gestellt hatten, Gneisenau und Wellington, die die Fähigkeit hatten, auch das Moment ihrer Schwäche, den doppelten Oberbefehl und die doppelte Operationsbasis zu überwinden. Trotzdem ist es dem furchtbaren Korsen gelungen, am ersten Tage, bei Ligny noch einen großen Sieg zu erfechten, und auch am zweiten Tage bei Belle-Alliance bis zur letzten Stunde die Entscheidung so in der Wage zu halten, daß — noch heute Kritiker meinen, nur durch irgend welche Fehler sei ihm auch dieser und damit der endgültige Sieg entgangen. Merken die Forscher, die so urteilen, gar nicht, daß sie mit diesem Vorwurfe dem französischen Kaiser das glänzendste aller Zeugnisse ausstellen? Welch ein Feldherr, der es gegen solche Überlegenheit unter solcher Führung dahin brachte, die Siegespalme wirklich schon mit der Hand zu berühren! Und dieser Feldherr soll gleichzeitig in körperlichem und geistigem Verfall gewesen sein? In Wahrheit lösen sich alle seine angeblichen Fehler und Schwächen in dem viertägigen Kriege in Rauch auf, sobald die wirkliche Kritik ihnen näher tritt. Sie bleiben zum Teil Fehler, wirkliche Fehler vom Standpunkt des nachträglichen Besserwissens, aber vom Standpunkt des Führers der französischen Armee in jenem Augenblick sind es Handlungen der höchsten geistigen Kraft und Konsequenz, die als solche Napoleons Größe nicht erniedrigen, sondern erhöhen. Niemals war er erhabener, als in dieser seiner letzten, und wenn man es streng nimmt, einzigen ganz vollständigen Niederlage, der Schlacht bei Belle-Alliance.

Wie könnte sich aber das Volksgemüt beruhigen bei der Erklärung, daß er fiel, einfach weil er zu schwach an Truppen war und einen Gegner hatte, dessen Strategie der seinigen gleichstand? Das ist

für eine Legende viel zu nüchtern. Sie braucht ein geheimnißvolles Schicksal, einen Neid der Götter, eine Macht der Finsternis — einen Verräter. Napoleon ist gefallen nach der echten französischen Legende, weil seine eigenen Generale ihn verraten und seine Befehle nicht ausgeführt haben.

Der Vater dieser Legende ist Napoleon selbst. Gleich nach seiner Niederlage hat er auf St. Helena dem General Gourgaud eine Darstellung der Schlacht diktirt, die gipfelt in dem Bilde, wie der Feldzug hätte gewonnen werden können und müssen, wenn die Marschälle Ney und Grouchy seine Befehle ausgeführt hätten. Er teilt diese Befehle auch im Wortlaut mit, aber leider, es ist gar kein Zweifel darüber: er hat die Gemeinheit gehabt, diese Befehle zu fälschen. Nachdem dies entdeckt war, kehrte sich der Spieß um: wenn durch Ausführung jener Befehle der Feldzug hätte gewonnen werden können, die Befehle aber nicht gegeben worden sind, so ist der Schuldige der Feldherr selber. Ein Napoleon aber, der solche Fehler macht, ist nicht mehr der alte Napoleon. In dem Bestreben, die Möglichkeit des Sieges zu erweisen, hat er seinem eigenen Ruhm die Grube gegraben.

Hierbei ist die Halbkritik stehen geblieben und hat sich sehr weise gedünkt, über Napoleons Feldherrnkunst so zu Gericht zu sitzen.

Die Erzählung von dem Sturze des Imperators durch Verrat, wie sie sich die Legende in Ausmalung von Napoleons eigener Darstellung gestaltet hat, war gewiß ganz unhistorisch, aber es ist doch eine echte Legende. Der Marschall Grouchy — auf dessen Haupt die Anklage sich hauptsächlich häuft, da Ney durch sein Verhalten in der Schlacht und seinen tragischen Tod doch gegen die Verleumdung gefeit war — war gewiß ganz unschuldig und hat nicht einmal sehr wesentliche Fehler gemacht, aber Verrat und Untreue war insofern doch im Spiel, als das französische Volk sich weigerte, die Waffen für den Kaiser zu ergreifen, und dies der Grund für die Schwäche seines Heeres ist. Auch ist die entscheidende Nachricht über den Anmarsch Napoleons den Preußen zwar nicht durch den General Bourmont, aber doch durch ein paar in der letzten Nacht überlaufende französische Soldaten zugekommen. Die Legende hat also nur von ihrem Recht der Dichtung Gebrauch gemacht, indem sie in einer aus diesem oder jenem Grund herausgegriffenen Persönlichkeit die finstern,

verräterischen Mächte personifizierte. Sie hat daher ein Recht, als Legende fortzuleben. Ganz und gar kein Recht aber hat die pseudo-wissenschaftliche Anschauung von der Unkraft Napoleons, die dieses ungeheuere Drama in einen nicht mehr interessierenden Akt der Senilität verwandelt.

Kein geringerer, als der derzeit angesehenste General der englischen Armee, Lord Wolseley, hat sich kürzlich wieder zum Vertheidiger jener unausstehlichen Halbwahrheit aufgeworfen. Er schreibt ein Buch über den Fall Napoleons und hat in der Revue de Paris einen Abschnitt über den Feldzug von 1815 vorweg veröffentlicht, den man nicht unbemerkt vorübergehen lassen wird. Freilich muß ich von vornherein aussprechen, daß die Arbeit nur durch den Namen des Autors Bedeutung gewinnt. Lord Wolseley hat offenbar gar keine eigentliche historische Forschung mit genauer Vergleichung der Quellen angestellt, sondern einige Werke über den Feldzug gelesen, und dann die Vorstellungen, die er sich dabei gebildet, zu Papier gebracht. Unzweifelhaft zeigt er sich darin als ein Mann von Geist, namentlich insofern er den Widerspruch zwischen der ungeheueren Leistung und der angeblichen Unfähigkeit Napoleons denn doch empfunden hat und nach einer Lösung sucht. Er findet sie in dem körperlichen Zustande Napoleons. Nicht die Krankheit, die er von Elba mitgebracht hat, und von der andere Forscher sprechen, sondern jene etwas mysteriösen Zufälle, die angeblich schon in der Schlacht an der Moskwa und nach der Schlacht bei Dresden eine so entscheidende Rolle gespielt haben sollen, werden herangezogen. Dieses, wie es geschildert wird, epileptische Leiden, soll sich immer mehr gesteigert, und die früher so unverwüstliche physische Kraft des Kaisers untergraben haben. Lord Wolseley schildert ihn als einen körperlich schwer beweglichen, leicht ermüdlichen, schlafsüchtigen, schwatzhaften, unentschlossenen Mann, dessen Geist zwar immer noch geniale Konzeptionen hervorzubringen fähig war, dessen Thatkraft für die Ausführung aber nicht mehr hinreichte. Von alledem ist kein Wort wahr. Daß Napoleon mit seinen 46 Jahren nicht mehr die volle Elastizität des siebenundzwanzig jährigen Generals Bonaparte hatte und daß er durch seine Krankheit in der Bewegung zu Pferde etwas geniert war, ist richtig. Aber das genügt nicht, um ihn, wie Lord Wolseley thut, „den alten Kaiser“

zu nennen, und vor allem: es hat nicht den geringsten nachweisbaren Einfluß auf seine Operationen gehabt. Alles was von Leuten, die in jenen Tagen mit ihm zu thun hatten, im entgegengesetzten Sinne erzählt wird, ist wertloser Klatsch. Wer die Welt kennt, weiß, daß nach einer großen Katastrophe immer eine Anzahl derartiger Aeußerungen zu Tage kommen, die unter irgend welchen momentanen Eindrücken ausgesprochen, vergessen wären, wenn der Erfolg sie dementiert hätte, und als Sprüche der Weisheit aufleuchten, wenn das Dunkel des Unglücks die Welt genügend verfinstert hat. Die Rekognoszierung, die der Kaiser in der regnerischen Nacht vor der Schlacht von Belle-Alliance persönlich vornahm, um sich horchend zu überzeugen, ob etwa ein Geräusch den Abzug der Engländer verrate, genügt, die Erzählungen von seiner körperlichen Hinfälligkeit zu widerlegen.

Ein so scharfer und, wie es sich zeigt, von Vorurteilen freier Kopf wie Lord Wolseley, würde sich darüber auch nicht getäuscht haben, wenn er sich nur die Mühe gegeben hätte, sich die thatsächlichen Verhältnisse des Feldzuges alle vollständig deutlich zu machen. Seine Darstellung ist aber voll so zahlloser unrichtiger oder ungenügender Thatangaben, daß es gar nicht möglich ist, ohne eingehende Korrektur des Materials mit ihm zu diskutieren. Nur einen Punkt will ich bezüglich Napoleons hervorheben. Mit den meisten seiner Vorgänger betont Lord Wolseley fortwährend die Zeitversäumnisse, die sich Napoleon habe zu schulden kommen lassen: daß er zur Schlacht bei Ligny zu spät aufgebrochen, am anderen Tage die Verfolgung zu spät begonnen und endlich auch die Schlacht bei Belle-Alliance wieder zu spät eröffnet habe. Alle drei Dinge erklären sich aber ganz natürlich. Die Zusammenziehung des französischen Heeres mußte mit der größten Schnelligkeit und Plötzlichkeit geschehen, und das ist auch durchgeführt worden. Von dem Augenblick der Eröffnung des Kampfes an aber hatte Napoleon gar keine Veranlassung, seine Truppen weiter abzuhetzen. Was wäre denn geschehen, wenn er schon am 16. ganz früh vor Ligny erschienen wäre? Die Preußen, deren zweites Korps überhaupt erst am Vormittag, das dritte erst am Mittag auf der Wahlstatt anlangte, hätten sich ohne Zweifel, statt eine große Schlacht zu schlagen, zurückgezogen, und statt des Sieges von Ligny hätte Napoleon gegen die Preußen nichts als einige vorteilhafte Arrièregardengefechte davongetragen, von den Eng-

ländern wahrscheinlich diese oder jene vereinzelte Division gesprengt, vielleicht auch Brüssel genommen. Dann aber wären die beiden feindlichen Armeen, nach nicht sehr erheblichen Einbußen in sich vollständig gesammelt, mit so großer numerischer Überlegenheit zum Angriff auf ihn vorgegangen, daß auch der Nachteil der Trennung ihren Sieg nicht hätte aufhalten können. Das Vorteilhafteste, was es für Napoleon geben konnte, war immer nicht das bloße Auseinandertreiben der beiden Heere, sondern daß er einem von ihnen sofort eine schwere Niederlage beibrachte. Und das hat er erreicht gerade durch die Hinzögerung des Angriffs bei Ligny. Natürlich hat er das nicht kunstvoll so berechnet, da er die jenseitigen Verhältnisse nicht genügend wissen konnte. Er hat einfach seinen Truppen am Morgen des 16. Ruhe gegönnt, weil sie am Tage vorher fünf Meilen, zum Teil unter Gefecht, marschiert und schon 2½ Uhr früh aufgebrochen, also schon von Mitternacht an in Bewegung gewesen waren, und weil er ferner die allgemeine Vorstellung hatte, daß Eile an diesem Tage nicht mehr von nöten sei. Was soll also alles Gerede darüber, daß er an jenem Morgen zu lange geschlafen habe? Ebenso erledigen sich auch die anderen Vorwürfe, sobald man sich nur ernsthaft in das Wesen der Strategie und des Napoleonischen Genius vertieft hat.

Wenn ich oben darauf hinwies, wie sehr die ungeheure Dramatik jener vier Tage verliere, sobald man in Napoleon nicht mehr den ganzen Helden, sondern nur noch den halben Krüppel erblickte, so wird das Bild ganz grau und fahl unter einem Pinsel, der nun auch die drei Gegenspieler, Blücher, Gneisenau und Wellington als recht fehlsame Persönlichkeiten hinstellt. Ein Militärschriftsteller, wie Lord Wolseley, ist immer sehr leicht in dieser Versuchung, da bei ihm natürlich die Kritik immer mehr in den Vordergrund tritt als bei einem bloßen Historiker. Ich will deshalb nicht mit ihm rechten. Aber ein besonderer Umstand ruft mich in die Schranken.

Lord Wolseley spricht mehrfach, ohne einen Namen zu nennen, von dem „Leben Gneisenaus", womit er kaum ein anderes Buch als meine Biographie des Feldmarschalls meinen kann. Was er aber daraus anführt, ist nicht richtig, und was er dagegen sagt, muß ich zurückweisen. Ich fühle mich dazu um so mehr angetrieben, als ich soeben, fast gleichzeitig mit der Wolseleyschen Arbeit eine zweite, sonst stark umgearbeitete Auflage habe erscheinen lassen, in der aber gerade der Feld

zug von 1815 so gut wie unverändert geblieben ist. Einer Autorität wie Lord Wolseley gegenüber, erscheint es mir wünschenswert, die Gründe für eine so ganz abweichende Darstellung möglichst deutlich herauszuarbeiten. Vorweg will ich dabei anerkennen, daß ich das prinzipielle Streben Lord Wolseleys nach Unparteilichkeit nicht anzweifle: wo er in dem Verfahren des Herzogs von Wellington Fehler entdeckt, stellt er sie rückhaltslos ans Licht. Aber er hat sich von den Thatsachen selbst ein so irrtümliches Bild gestaltet, daß sein Urteil vielfach ein unsicheres und verkehrtes, und zwar zu Ungunsten der preußischen Führung, geworden ist.

Die Schlacht bei Ligny war von den Verbündeten ganz ebenso, wie zwei Tage später die Schlacht bei Belle-Alliance darauf basiert, daß das fernere der beiden Heere den Franzosen während der Schlacht in die Flanke fallen sollte. Die Preußen haben während des ganzen Tages und noch bis in die Dunkelheit am 16. Juni ganz ebenso sehnsüchtig nach Wellingtons Ankunft ausgeschaut wie Wellington am 18. nach den Preußen. Wellington hat seine Schlacht gewonnen, weil die Preußen kamen, und die Preußen haben ihre Schlacht verloren weil Wellington nicht kam. Er kam nicht, obgleich er das bestimmte Versprechen gegeben hatte zu kommen. Er hat dieses Versprechen Gneisenau persönlich gegeben, kurz vor dem Beginn der Schlacht, auf der Höhe hinter Ligny, indem man deutlich auf den jenseitigen Höhen die Gestalt Napoleons inmitten seiner Armee erkannte, wie er die Stellung der Preußen musterte. Wellington hat sein Versprechen nicht gehalten, weil seine Truppen viel zu weit vom Schlachtfeld entfernt waren, um es an dem Tage noch erreichen zu können, und er hat, indem er das Versprechen gab, bereits gewußt, daß er nicht in der Lage sein würde, es einlösen zu können. Man hat gesagt, daß er es nicht konnte, weil er bei Quatrebas selber von den Franzosen angegriffen und festgehalten wurde. Er hätte diesen Widerstand aber brechen können, wenn seine Armee, wie Gneisenau nach seinen Angaben glauben mußte, um 1/2 3 Uhr, als die Schlacht begann, bei Quatrebas versammelt gewesen wäre.

Dies Verhältnis ist völlig sicher gestellt, nicht durch irgend welche Memoirenerzählungen, sondern durch die urkundlich oder sonst wie überlieferten Befehle Wellingtons an seine Truppen auf der einen Seite und durch einen Bericht Müfflings an Gneisenau und einen persönlichen

Brief Wellingtons an Blücher auf der andern. Der Brief ist im Original erhalten und befindet sich auf dem Kriegsarchiv des Großen Generalstabes zu Berlin: der Bericht Müfflings im Gneisenauschen Familienarchiv zu Sommerschenburg.

Der Brief, der kurz vor Wellingtons persönlicher Ankunft bei Ligny an Gneisenau gelangte, enthält eine detaillierte Mitteilung über die Stellung der englischen Armee, nach der Gneisenau annehmen mußte, daß Wellington am Nachmittag ohne Schwierigkeit mit 50000 Mann bei Ligny auftreten könne. Wie ist der englische Feldherr dazu gekommen, seinen Bundesgenossen in so schmählicher Weise zu täuschen?

Lord Wolseley giebt zu, daß die Angaben jenes Briefes unrichtig gewesen sind und fügt hinzu, er müsse bei der Erörterung dieses Briefes verweilen, da die britische Ehre dabei aufs stärkste im Spiel sei. Trotzdem, sagt er freilich wieder, der Platz fehle ihm, den Brief eingehender zu behandeln oder auch nur zu reproduzieren. Er begnügt sich, zu erklären, daß Wellington, ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, unfähig gewesen sei irgend einer Handlung, die einer Lüge oder einem Betruge gegen einen Verbündeten auch nur nahe gekommen sei, und daß er daher durch seinen eigenen Generalstab getäuscht worden sein müsse, der seine Marschbefehle nicht schnell genug expediert und ihm die Stellung der Truppen günstiger angegeben, als sie war. Ferner erklärt er, es sei eine „Thorheit", anzunehmen, Blücher hätte sich erst durch Wellingtons Hülfeversprechen bestimmen lassen, die Schlacht bei Ligny anzunehmen. Denn als Wellington auf der Höhe hinter Ligny dieses Versprechen gab, da war die ganze preußische Armee bereits in Schlachtordnung aufmarschiert, und eine Stunde später darauf begann der französische Angriff. Blücher habe also den Entschluß zur Schlacht schon vorher gefaßt gehabt und sich durch Wellingtons Versprechen nur noch darin bestärken lassen.

Richtig ist, daß Wellington selber erst gegen 1 Uhr bei Ligny anlangte und daß die Schlacht schon um 2½ Uhr begann. Blücher war also schon vorher so gut wie entschlossen zu schlagen, aber nicht ohne Wellingtons Zuthun. Der Herzog hatte ihm nämlich, was Lord Wolseley übergeht, bereits am Abend vorher durch den General Müffling, der ihm als preußischer Bevollmächtigter beigegeben war, ganz dasselbe, in jenem oben genannten Bericht melden lassen, was er ihm am andern Tage durch seinen Brief und persönlich bloß wiederholte, und

Müffling hatte mit Selbstbewußtsein hinzugefügt: „Ich glaube, Euer Durchlaucht werden mit dieser Erklärung und Thätigkeit des Herzogs zufrieden sein.“ Trotzdem war, wie von einem sehr sicheren Zeugen, nämlich dem Oberquartiermeister Grolman (bei Damitz) bezeugt ist, Blücher noch den ganzen Vormittag in Zweifel gewesen, ob er die Schlacht annehmen solle. Die Stellung war ungünstig. Erst Mittags um 12 langte das dritte Armeekorps nach sehr angestrengtem Marsch bei Ligny an, und auf das vierte Armeekorps war durch den Ungehorsam des Generals von Bülow so gut wie gar nicht mehr zu zählen. Gneisenau war, wie Lord Wolseley ganz richtig sagt, von Anfang an nicht ohne ein gewisses Mißtrauen gegen Wellington. Die preußische Armee ist auch erst im letzten Augenblick, während die französische Armee aufmarschierte, in ihre Stellungen gerückt. Es ist daher keineswegs eine Thorheit, sondern eine ganz zweifellose historische Thatsache, daß erst durch das wiederholte und ganz bestimmte Hilfeversprechen Wellingtons unter Angaben über die Standorte der Truppen, die jeden Zweifel an der Ausführbarkeit des Versprechens ausschlossen, Gneisenau sich endgiltig für das Stehenbleiben entschieden hat.*) Was hätte ihn hindern sollen, noch um 1 Uhr den Rückzug anzutreten? Man hätte gewiß ein recht verlustvolles Arrièregarde-Gefecht gehabt. Aber das schlechteste Arrièregarde-Gefecht ist doch noch immer besser als eine verlorene Schlacht.

Woher nun die falschen Angaben in Wellingtons Brief? Ich bin sehr geneigt, jede Erklärung, die eine wirkliche Erklärung ist, anzunehmen, denn ich schätze Wellington als Feldherrn sehr hoch und glaube, daß, wenn man ihn in Deutschland sonst nicht so ganz anerkennen will, das mehr aus einer gewissen nationalen Rivalität und

*) Die Stellen bei Damitz lauten (I. S. 110):

„Hiernach ist auch erklärt, warum von preußischer Seite erst dann definitiv der Entschluß, die Schlacht anzunehmen, gefaßt wurde, als Wellington persönlich das Versprechen gab, die preußische Armee zu unterstützen.“

S. 118. Wellington verspricht um 2 Uhr die Offensive zu ergreifen.

„Nach dieser festen Zusicherung wurde von preußischer Seite eigentlich erst definitiv die Schlacht anzunehmen beschlossen.“

Das Buch von Damitz beruht auf Vorträgen des Generals von Grolman, der 1815 Oberquartiermeister in Blüchers Generalstab war. Dieses Zeugnis, sowie der Bericht Müfflings vom 15. sind Lord Wolseley offenbar unbekannt geblieben, sonst hätte er unmöglich mit einem einfachen „folie“ über die ihm unbequeme Erzählung hinweggehen können.

den peinlichen Friktionen gerade in diesem gemeinsamen siegreichen Feldzug, als objektiver Kritik entspringt. Auch als Charakter macht Wellington sonst allenthalben den Eindruck eines kühlen, klaren, ehrenhaften Mannes, die Entschuldigung Lord Wolseleys aber für den Brief vom 16. Juni 1815 kann ich nicht gelten lassen. Wellington soll selber einfach im Irrtum gewesen sein, und sein eigener Generalstab soll ihn getäuscht haben! Ja, wenn es sich um einzelne Truppenteile handelte! Aber von seiner ganzen Armee ist mit Ausnahme der einen Division, die schon bei Quatrebras, da, wo er den Brief schrieb, stand, auch nicht ein einziges Regiment zu der angegebenen Zeit an einem der verschiedenen Orte gewesen, die sein Brief meldet.*) Sein Generalstab mag seine Befehle schlecht und unpünktlich expediert haben. Aber die Befehle haben von Anfang an nicht gelautet, daß die Truppen mit möglichster Beschleunigung nach Quatrebras (oder Nivelles) marschieren sollten, sondern es ist ihnen immer nur von Zeit zu Zeit eine Etappe in dieser Richtung angegeben worden. Das hat doch der Oberfeldherr selbst gethan. An dem Reservekorps, das bei Brüssel lag, war Wellington an dem Morgen selber vorbeigeritten; er wußte also ganz genau, wo es war und wußte auch, daß er ihm eben erst, kurz ehe er den Brief an Blücher schrieb, den Befehl zum Weitermarsch erteilt hatte. Nach seinem Brief sollte dieses Korps um Mittag in Genappes sein, eine halbe Meile von Quatrebras. Die erste Division dieses Korps ist aber erst um 3 Uhr, ein anderer Teil gegen 7 Uhr, ein anderer Teil in der Dunkelheit und der Rest gar nicht mehr auf das Schlachtfeld nach Quatrebras gelangt. Ist es möglich, daß ein Feldherr sich selbst so über die Bewegungen seiner eigenen Truppen täuscht, wenn er sich nicht absichtlich darüber täuschen will?

Der Grund von Wellingtons Selbsttäuschung, wie wir es nennen wollen, ist deutlich genug. Von bösem Willen kann nicht die Rede sein. Aber er hatte sich über die Situation vollständig geirrt. Das ist ihm gar nicht so sehr übel zu nehmen. Denn er lebte in den strategischen Begriffen des 18. Jahrhunderts, stand jetzt zum ersten Mal selber dem Tiger gegenüber und kannte seine fürchterliche Sprungkraft noch nicht. Als er nun am Morgen bei Quatrebras anlangte

*) Dem 4. Bande der großen Gneisenau-Ausgabe habe ich ein bis ins Einzelne ausgearbeitetes Tableau der erlassenen Befehle und Märsche der Armee beigefügt.

und die Franzosen vor sich erblickte, da erkannte er mit Schrecken die Gefahr, die sich in der Nacht über seinem Haupte zusammengezogen hatte, und war nicht groß genug, seine eigenen Fehler selber büßen zu wollen, sondern lenkte den Strahl auf den Bundesgenossen ab. Die Niederlage der Preußen verschaffte ihm die Zeit, seine eigene Armee zu konzentrieren.

Lord Wolseley sagt, Gneisenau habe die Überzeugung mit ins Grab genommen, daß Wellington ihn bei Ligny absichtlich im Stiche gelassen. Davon ist mir durchaus nichts bekannt. Im Gegenteil, Gneisenau sagt ausdrücklich in seinen Briefen, der Herzog habe, „weiß der Himmel aus welchen Gründen, seine Armee nicht rechtzeitig konzentrieren können." Er hat darüber keine weiteren Nachforschungen angestellt, und seine spätere Verstimmung gegen Wellington rührt nicht von dem Tage von Ligny her, sondern von den Friktionen bei der Einnahme von Paris und den Friedensverhandlungen. Gneisenau hat den wahren Zusammenhang nie erfahren, den erst die historische Forschung durch die Vergleichung der Urkunden ans Licht gebracht hat. Der einzige Preuße, der aus seiner unmittelbaren Kenntnis die Aufklärung hätte geben können, der General v. Müffling, war selbst mitschuldig. Als preußischer Bevollmächtigter im englischen Hauptquartier hätte er die Verpflichtung gehabt, sich selbst und seinen Feldherrn über die Bewegungen der englischen Armee genügend zu informieren. Er hat aber den Irrtum Wellingtons sowohl über die Marschrichtung als über die Schnelligkeit der französischen Bewegungen geteilt, deshalb nicht die genügende Aufmerksamkeit entwickelt und deshalb nachher nicht etwa bloß weislich darüber geschwiegen, sondern im Gegenteil noch mit allerhand dialektischen Kunststücken über den entscheidenden Punkt, nämlich, daß die englische Armee nicht Hilfe bringen konnte, weil sie nicht da war, Unklarheiten zu verbreiten gesucht.

Ganz eigene Gedanken entwickelt Lord Wolseley nun über den Rückzug von Ligny und über die Genesis der Schlacht von Belle-Alliance. Er meint, daß Gneisenau bei dem Rückzug auf Wavre doch nicht von vornherein so bestimmt eine neue Schlacht in Vereinigung mit Wellington in Aussicht genommen, meint, daß nicht Gneisenau, sondern Blücher, sogar entgegen Gneisenaus strategischer Idee, aus persönlicher Treue gegen Wellington den Marsch der preußischen Armee auf Belle-Alliance befohlen habe, erzählt von einem zweiten persön-

lichen Hinüberreiten Wellingtons zu Blücher am Abend vor der Schlacht und berichtet endlich gar, daß Gneisenau Bülow befohlen habe, am 18. nicht eher über St. Lambert gegen die Franzosen vorzurücken, als Wellingtons Truppen wirklich in der Schlacht engagiert seien. Alles das ist reine Phantasie ohne ein Körnchen von Wahrheit. Grundfalsch ist schon das Verhältnis Blüchers und Gneisenaus aufgefaßt, was freilich auch in Deutschland häufig genug geschieht, wenn man hier hört, die beiden Männer hätten sich gegenseitig ergänzt. Es kann keine verkehrtere Formel geben. Wohl ergänzte Gneisenau Blücher, aber nicht Blücher Gneisenau. Gneisenau ist wie Wellington, Friedrich, Napoleon, Moltke der keiner Ergänzung bedürfende, in seiner Individualität vollendete Feldherr, und Blüchers Größe ist, daß er unbedingt den Mut und auch das herrliche, von keiner Eitelkeit, Eifersucht oder Eigensinn beirrte Gemüt besaß, immer und ohne Wanken das zu thun, was Gneisenau ihm vorschlug. Lord Wolseley hat sich davon so wenig eine Vorstellung gemacht, daß er sich einmal zu dem Satz versteigt, Napoleon „habe 1815 gehofft, die Manöver Wellingtons zu vereiteln, und sei nach seinen früheren Erfahrungen sicher gewesen, daß Blücher in seinen Händen nur ein Kind sein würde“. Nun, nach Napoleons Erfahrungen vor und nach der Katzbach und nach dem Manöver an der Mulde, welches seine ganz sichere Hoffnung, die verbündeten Heere einzeln zu schlagen, zerriß und die gesamten Streitkräfte der Verbündeten hinter seinem Rücken zur Völkerschlacht vereinigte, hat Napoleon über den Führer des Schlesischen Heeres doch wohl etwas anders gedacht, und gar 1815 ist es, wie Lord Wolseley selber zugiebt, Wellington gewesen, dessen grundfalsches Manövrieren die Sache der Verbündeten in die äußerste Gefahr brachte, während das preußische Heer von Anfang an richtig operierte und endlich durch die rechtzeitige Ankunft bei Belle Alliance Wellington rettete. Lord Wolseley ist auf seinen wunderlichen Ausdruck wohl nur gekommen, weil ihm in dem Augenblick allein Blücher und dessen ungenügende Befähigung zum Strategen vorschwebte und Blüchers Verhältnis zu Gneisenau ihm nicht deutlich geworden ist.

Was die anderen Behauptungen betrifft, so sind sie alle durch Thatsachen aufs einfachste zu widerlegen.

Am Abend der Schlacht von Ligny, nachdem die Franzosen das Centrum der Preußen durchbrochen hatten, hat Gneisenau nicht den

Rückzug auf Wavre, sondern zunächst nur auf Tilly befohlen, das nur eine halbe Meile vom Schlachtfelde liegt. Er hat also in jenem Augenblick noch immer, nach den so bestimmten Angaben Wellingtons fest darauf vertrauend, daß dessen Armee notwendig ganz in der Nähe sein müsse, beabsichtigt, nicht am übernächsten, sondern sofort am nächsten Tage den Kampf wieder aufzunehmen. Beweis genug, daß, als er nun in derselben Richtung noch zwei Meilen weiter auf Wavre zurückzugehen befahl, er auch hierbei den Gedanken der neuen Schlacht gehabt hat, worüber jemand, der seine Briefe gelesen hat, ohnehin keinen Zweifel hegen kann.

Die Behauptung endlich von dem Festhalten Bülows bei St. Lambert erledigt sich dadurch, daß dessen zweite Brigade überhaupt erst gegen 1 Uhr, als die Schlacht längst engagiert war (seit 11½ Uhr), dort angekommen ist. Der Irrtum Lord Wolseleys wird daher rühren, daß sich ihm in seinem Gedächtnis die Thatsache, daß Gneisenau bei Müffling noch einmal anfragte, ob Wellington jetzt auch ernstlich zur Schlacht entschlossen sei, verquickt hat mit der anderen, daß die vorderen Brigaden bei St. Lambert rasteten, um erst das ganze Korps herankommen zu lassen. Gneisenau wollte gleich von Anfang an mit großer Wucht auftreten und sagte sich außerdem, daß, jemehr die Franzosen sich erst gegen die Engländer engagierten, desto größer der Sieg durch den preußischen Flankenstoß werden müsse. Von irgend einem Mißtrauen gegen Wellington ist dabei nicht die Rede. Im Gegenteil, indem man die Schlacht in dieser Weise auf die völlige Zertrümmerung der französischen Heeresmacht anlegte, bewies man, wie sehr man auf das feste Aushalten Wellingtons baute.

* * *

Die Auseinandersetzung mit Lord Wolseley hat mich dazu geführt, zu erwähnen, daß ich soeben eine zweite Auflage meiner Gneisenau-Biographie veröffentlicht habe. Ich will die Gelegenheit benutzen, noch einige Worte über diese Neubearbeitung hinzuzufügen.*)

*) Es handelt sich hier um die kleinere Ausgabe in zwei kleinen Bänden; daneben existiert noch eine große Ausgabe in fünf starken Bänden, von denen die drei ersten von G. H. Pertz bearbeitet sind (bis 1813 reichend). Diese letztere Ausgabe enthält auch den gesamten Briefwechsel und das Urkunden-Material, die kleinere nur eine kleine Zahl von ausgewählten Briefen.

Wie ich schon sagte, ist gerade die Darstellung des Feldzuges von 1815 fast unverändert geblieben, im übrigen aber habe ich so einschneidende Veränderungen vornehmen müssen, daß mir selber daran recht klar geworden ist, wie sehr die historische Wissenschaft fortwährend fortschreitet und sich vertieft. Wer es so von außen ansieht, könnte ja meinen, daß immer wieder eine Auffassung die andere stürze und eine Hypothese die andere ersetze, ohne daß je etwas zu allgemeiner Anerkennung und völlig gesicherter wissenschaftlicher Erfassung gelange. Zu dieser Meinung neigt man vielleicht um so mehr, wenn man hört, daß bei den Ereignissen von 1809 bis 1813 man vielfach wieder zu einer bisher verworfenen und für überwunden erklärten Auffassung zurückgekehrt ist. So ist es wirklich. Aber diese Rückkehr bedeutet doch kein bloßes Umkehren, sondern zugleich den Fortschritt von einer mehr instinktiven Auffassung, die halb zufällig einmal richtig gewesen ist, zu wahrem Wissen.

Es ist wesentlich das Verdienst Max Lehmanns in seinem „Scharnhorst", hier mit rücksichtsloser Wahrheitsliebe durchgegriffen und dadurch nicht nur sich, sondern die ganze neue deutsche Geschichtsschreibung vor dem Verdacht tendenziöser Forschung bewahrt zu haben. Ein großer Teil meiner Umarbeitung beruht darauf, daß ich die Lehmannschen Forschungen hinüber genommen, oder aber, wo er mir zu weit gegangen zu sein schien, eine Mittellinie gezogen habe. Ich konnte das um so leichter, da schon in der ersten Auflage des Buches allenthalben dieselbe Richtung eingeschlagen worden ist und ich nur noch nicht weit genug gegangen war. Durch zugefügte Anmerkungen und Exkurse habe ich zugleich den ganzen Stand der Kontroversen klarzumachen gesucht.*)

---

*) Exakte Historie ist nicht leicht. Ich sehe mich jetzt schon genötigt, eine Stelle in dem eben erschienenen Buche zu berichtigen. In einem Exkurs über die Möglichkeiten und die Chancen eines preußisch-russischen Bündnisses schon im Jahre 1811 habe ich es S. 261 als Lehmanns Meinung bezeichnet, daß Preußen noch im Herbst 1811 in der Lage gewesen sei, die Offensive zu ergreifen. Ich hatte seine Schilderung, Scharnhorst II, S. 442, so verstanden, sehe aber jetzt, daß er auf der nächsten Seite ausdrücklich hinzufügt, daß man Scharnhorsts schon im Frühjahr gegebenen Rat hätte befolgen müssen. Eine bestimmte Beziehung auf den Herbst liegt also nicht vor.

Damit erklärt sich auch die von mir S. 255 gerügte Fortlassung einer Klausel in der russischen Konvention. So wie Lehmann die Dinge ansieht, erschien ihm

Der Feldzug von 1813 ist am meisten berührt worden dadurch, daß es Ernst Wiehr gelungen ist, zum erstenmal den Feldzugsplan Napoleons völlig klar zu legen. Während man früher diesen Feldzug für den schwächsten in der langen Reihe seiner Kriege halten mußte, ist jetzt deutlich, daß er ganz im Geiste aller anderen angelegt war, und diese Erkenntnis kommt in sehr merkwürdiger Weise der Feldherrnschaft Bernadottes zu Gute, dessen sehr vorsichtiges, aber auch sehr kluges Operieren anerkannt werden muß. Erst bei dem Vormarsch auf Leipzig, als kühnes Wagnis von ihm verlangt wurde, versagte er und zwar so vollständig, daß auch sein sonst wohlverdienter Ruhm von Dennewitz wieder versinkt.

Bei dem Feldzug von 1814 haben mich wesentlich eine Untersuchung von Gustav Roloff und an einer bedeutsamen Stelle (dem berühmten letzten Marsch Napoleons nach Osten „nach Moskau", wie die Kosaken meldeten) die kürzlich erschienenen Memoiren des Marschalls Macdonald zu einschneidender Umarbeitung genötigt. Roloff hat den entscheidenden Einfluß, den die Politik Kaiser Alexanders auf die Kriegführung gehabt hat, klar gestellt. Alexander wollte möglichst ganz Polen, auch Galizien erwerben und auf den französischen Thron nicht die Bourbonen, sondern als seinen Schützling Bernadotte setzen. Diesen Plänen entgegenzuwirken, war das vornehmste Bestreben Österreichs, und daraus ergaben sich die verhängnisvollen Reibungen, die die fürchterliche Niederlage Blüchers an der Marne im Gefolge hatten. Einen positiven Befehl, Blücher nicht zu Hilfe zu kommen, wie bisher angenommen, hat aber Kaiser Franz Schwarzenberg nicht gegeben. Er hat ihm nur mitteilen lassen, daß er möglicherweise am nächsten Tage den Befehl erhalten werde, mit dem österreichischen Heere den Kriegsschauplatz zu verlassen, was natürlich dieselbe Wirkung hatte.

Vielleicht das allermerkwürdigste ist, daß ein Fundamentalstück der napoleonischen Legende anfängt von der Forschung hier und da anerkannt zu werden: nämlich, daß Napoleon, wie er selbst immer behauptet hat, keineswegs bei seinen Kriegen das Ziel einer Welt-

---

die Klausel als ein bloßes Urteil ohne Bedeutung; mir aber erscheint sie sehr wesentlich. Sachlich bleibt daher alles bestehen, wie ich es geschrieben habe, nur sind S. 261 zweite Zeile des Textes von unten die Worte „Lehmanns Meinung" zu tilgen.

herrschaft vor Augen gehabt hat, sondern immer nur drohenden Offensiven entgegengegangen ist. Sein eigentliches Ziel war die Bezwingung Englands, die Kontinentalmächte hätte er als Kaiser nicht mehr angegriffen, wenn sie nicht gegen ihn vorgegangen wären. Freilich provozierte er diese Offensiven durch seine Übergriffe, aber an einer Stelle des alten Europa war die Eroberungssucht um gar nichts geringer als seine eigene, nämlich bei den Russen. Nicht durch ihren eigenen Willen, sondern allein dadurch, daß Napoleon der Stärkere war und die Russen in die Verteidigung zurückwarf, sind diese in die Stellung der Beschützer der allgemeinen Freiheit gerückt worden. Ein jüngerer französischer Forscher, Vandal, auf dessen Werk in dieser Zeitschrift schon mehrfach aufmerksam gemacht worden ist, hat uns wesentlich diese Erkenntnis bezüglich Napaleons, die deutsche Forschung bezüglich Rußlands erschlossen. Hinterher freilich sieht man, wie so häufig, daß auch diese Erkenntnis Ranke schon zum großen Teil gehabt hat und nur nicht genügend verstanden worden ist.

Ich habe diese Andeutungen zusammengestellt, um auch denjenigen, die den historischen Forschungen fernstehen, zu zeigen, welche lebendige Thätigkeit hier herrscht. Damit ist aber die Fülle dessen, was die letzten 12 Jahre auf diesem Felde Neues gebracht haben, nicht entfernt erschöpft. Für den, der sich an der historischen Einzel-Erkenntnis erfreut, finden sich auf Schritt und Tritt Erscheinungen, die das früher angenommene Bild der Freiheitskriege nicht weniger eingreifend umgestaltet und verwandelt haben.

Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges.*)

Rankes Auffassung von der Politik Friedrichs des Großen nach der Beendigung der ersten Schlesischen Kriege ist, daß der König sich „sein ganzes Leben hindurch damit beschäftigte, welche Erwerbungen eventuell zur Befestigung seines Staates erwünscht und nötig sein würden". „Man darf dem König den Entschluß, auf weitere Erwerbungen Verzicht zu leisten, nicht zuschreiben." Wenn er dennoch den Siebenjährigen Krieg rein als Defensiv-Krieg begann, so lag das nur in den Umständen. „Er ermaß das Übergewicht der Kräfte" bei seinen Feinden „und fühlte keine Anwandlung, sich in den Kampf gegen die Stärkeren zu stürzen." Was ihn zum Abschluß der Westminster-Konvention mit England und damit allmählich in den Krieg trieb, war der Wunsch, Hannover vor einer Invasion der Franzosen zu schützen, die auch seinen Staat in die englisch-französischen Kriegswirren hineingezogen hätte. Gerade dadurch aber wurden die Franzosen so gereizt, daß sie das Anerbieten der Österreicher, ihnen Belgien abzutreten, als Entgelt für die Hilfe zur Niederwerfung Preußens annahmen. Sybel**) hat dies einmal so ausgedrückt: „Man weiß, daß

*) Zu dieser durch die epochemachende Schrift von Max Lehmann „Friedrich der Große und der Ursprung des Siebenjährigen Krieges" angeregten Kontroverse habe ich dreimal das Wort ergriffen: Preuß. Jahrbücher, Bd. 79, Februar-Heft 1895; Bd. 84, April-Heft 1896; Bd. 86, November-Heft 1896. Diese drei Aufsätze habe ich hier in einen zusammengezogen unter Ausscheidung alles bloß Polemischen, der bloßen Quellen-Belege und des seitdem als irrtümlich Erkannten, dagegen Einfügung des seitdem durch den Fortschritt der Forschung Verbesserten und Geklärten; namentlich kommt dabei in Betracht der Aufsatz von Emil Daniels „Friedrich der Große und Maria Theresia am Vorabend des Siebenjährigen Krieges" (Preuß. Jahrbücher, Bd. 100, S. 11 und S. 525).

**) In der Streitschrift gegen Michiels „Deutschlands Recht auf Elsaß-Lothringen". 1871. S. 89.

Maria Theresia, falls man ihr Schlesien wiederverschaffte, Belgien einem bourbonischen Prinzen und Luxemburg der Krone Frankreich zugesagt hatte. Auf der andern Seite schloß Friedrich 1756 den Vertrag zu Westminster mit England zu keinem andern Zwecke, als die Invasion Rheinlands und Hannovers durch die Franzosen zu verhüten. Man kann sagen, daß Friedrich die furchtbaren Gefahren des Siebenjährigen Krieges auf sich genommen hat, damit Belgien und infolge dessen das linke Rheinufer nicht französisch werde."

Diese Auffassung Friedrichs ist in allen Stücken von Koser und Naudé, den vorzüglichsten Spezialkennern der Friedericianischen Geschichtsepoche, aufgegeben und zerstört worden. Sie haben nachgewiesen, daß nicht, um Hannover und Deutschland vor der französischen Invasion zu schützen, Friedrich die Westminster-Konvention geschlossen hat, sondern ganz umgekehrt, daß Friedrich es gewesen ist, der die Franzosen wiederholt aufgefordert hat, die Invasion in Hannover zu machen; daß Friedrich die Westminister-Konvention zum Schutze Hannovers erst schloß, als die Engländer Miene machten, zur Verteidigung des Landes die Russen heranzuziehen, die ihrerseits bei dieser Gelegenheit die Preußen angreifen wollten. An die Stelle ferner der steten Erwerbsabsichten Friedrichs hat Koser umgekehrt den Satz gestellt, die preußische Politik sei mit dem Ausgang des zweiten Schlesischen Krieges andauernd die Politik eines gesättigten Staates geworden, „nur auf die Erhaltung des Erworbenen, auf die Vermeidung kriegerischer Verwicklungen bedacht". König Friedrich sei (1753) „von Angriffsgedanken ganz frei gewesen".

Das Charakterbild des Königs ist hiermit von Grund aus verwandelt. Großartig und zugleich mit einem Schimmer des nationalen Idealismus verklärt erschien es bei Ranke. Durch die Erwerbung Schlesiens ist wohl Preußen auf einen Augenblick zum Range einer Großmacht erhoben, aber auf die Dauer kann es sich so nicht behaupten. Die Teile des Landes hängen entweder gar nicht oder nur mit ganz schmalen Streifen zusammen. Mit klarem Blick erkennt der König die Notwendigkeit weiterer Erwerbungen und hat sie stets im Auge behalten, obgleich zunächst die Verhältnisse nicht günstig genug liegen, um auf ein solches Ziel direkt loszugehen. Was ihn in den Siebenjährigen Krieg treibt, hängt deshalb nicht damit zusammen, ist aber noch etwas Höheres. Er empfindet bereits die Identität des

preußischen und des deutschen Interesses; um die deutschen Grenzen zugleich mit den seinen zu hüten, nimmt er die Position, die ihm endlich die allgemeine Feindschaft der großen Kontinentalmächte zuzieht.

Nach Koser und Naudé hat Friedrich von allen diesen Aufgaben keine Vorstellung gehabt oder wenn er sie gehabt hat, nicht den Willen, dafür etwas zu thun. Obgleich er erst 34 Jahre alt ist, als er aus dem Zweiten Schlesischen Kriege heimkehrt, hat er die wirkliche Ausbildung einer preußischen Großmacht seinen Nachfolgern hinterlassen wollen. Um sich selbst zu schützen, hat er die Franzosen eingeladen, in ein anderes deutsches Land einzufallen, und als diese Gefahr wieder die Russen ins Land zu ziehen droht, schließt er die Konvention, die ihm endlich die Russen und Franzosen beide auf den Hals zieht. Es wird noch schlimmer dadurch, daß nunmehr Bailleu nachgewiesen hat (D. Rundschau, Februar 1895), daß diese Politik des Stellungswechsels, erst die Franzosen aufzufordern zur Invasion, dann mit den Engländern einen Vertrag zu schließen zum Schutze dagegen, durch die Lage keineswegs geboten war. „Was die Zeitgenossen von der Veränderlichkeit und Unzuverlässigkeit der friedericianischen Politik zu tadeln wußten," sagt der genannte Forscher, „scheint mir nur zu wohl begründet." „Sie war argwöhnisch und leichtgläubig, kurzsichtig und überstürzend." „Wo zwei fremde Staatsmänner die Köpfe zusammensteckten, vermutete er das Werden einer Koalition; wo man von Truppenmärschen hörte, argwöhnte er einen Angriff auf Preußen." Auch Naudé tadelt die „nicht wenigen Fehler als Diplomat und als Feldherr," die der König damals begangen und giebt zu, daß „Kaunitz auf diplomatischem Gebiet den preußischen König vollständig besiegt" habe.

Dieses Urteil dürfte eher noch zu milde als zu strenge sein.

Jede einzelne Maßregel, auch die miltärischen, die der König vor dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges ergreift, zeugen von einer vollendeten Kopf- und Urteilslosigkeit — unter den von Koser und Naudé angenommenen Voraussetzungen — und der König erscheint um so armseliger, als ihm nicht einmal irgend ein großes Ziel vorschwebt: nichts als Frieden, Frieden, Ruhe: man mache sich nur klar, was es heißt, daß auf der einen Seite sein in der damaligen Gestalt völlig lebensunfähiger Staat ihm als „gesättigt" erschienen sein soll

und daß er auf der anderen davon, daß Preußen eine Vormacht Deutschlands sei, keinen Begriff hatte. Wenn jetzt der Philosoph von Sanssouci doch von dem gewaltigen Kriegshelden weit überschattet wird, so wäre, wie es hiernach scheint, nach Friedrichs eigenen Impulsen umgekehrt der jugendliche Held völlig in dem Philosophen, Schöngeist und Staatswirt untergegangen.

Noch ehe diese fürchterliche Deklassierung des großen Königs, diese capitis deminutio maxima, den Forschern selbst, noch viel weniger den weiteren Kreisen zum vollen Bewußtsein gekommen ist, ist bereits die Reaktion dagegen erschienen.

Eine Untersuchung von Max Lehmann, dem Historiker, der schon einmal an einer anderen wichtigen Stelle der preußischen Geschichte mit seinem zur Leidenschaft gesteigerten Wahrheitsdrang ein von aller Welt angenommenes Mißurteil umgestürzt hat, hat mit einem Schlage für den gesunden Menschenverstand, der sich die großen Männer so leicht nicht nehmen läßt, alles wieder faßbar gemacht. Lehmann verwirft die Ansicht, daß Friedrich nur einer drohenden Offensive entgegengegangen sei, und behauptet, zwei Offensiven seien aufeinandergestoßen. Jene beiläufige, bisher immer übersehene Wendung Rankes, daß Friedrich stets nach neuen Erwerbungen getrachtet, ist für den Ursprung des Siebenjährigen Krieges nicht außer Kraft zu setzen, sondern in den Mittelpunkt zu stellen. Friedrich habe, behauptet Lehmann, mit Freuden die Gelegenheit der antipreußischen Konspiration ergriffen, um den Krieg zu beginnen. Diese Konspiration sei auch noch nicht vollendet gewesen und würde höchstwahrscheinlich niemals zustande gekommen sein, wenn nicht gerade Friedrichs Angriff selbst die letzten Hindernisse hinweggeräumt hätte. Der Gegenstand seines Eroberungsplanes war Sachsen und daneben Westpreußen. Er wollte Österreich Böhmen entreißen und dann dem Kurfürsten von Sachsen das Königreich Böhmen im Austausch für sein Land überantworten.

Schon einige Zeit, ehe die Lehmannsche Abhandlung erschien, war ein Gerücht davon innerhalb der Zunft der Historiker verbreitet und erregte die größte Aufmerksamkeit. Es sei mir gestattet zu sagen, welche Gedanken in mir aufschossen, als von dritter Seite die Erzählung an mich gelangte: Lehmann will beweisen, daß der Siebenjährige Krieg nicht bloß ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg Friedrichs

gewesen sei. Ich sagte mir darauf: selbstverständlich hat er Recht — wie ist es möglich, daß wir alle uns so haben täuschen können! Friedrich soll es zufrieden gewesen sein, seinem Staate Schlesien zu erwerben, und dann von seinem vierunddreißigsten Jahre an das behagliche Friedensleben eines fleißigen Verwaltungsbeamten zu führen, der in seinen Mußestunden Philosophie, Poesie und Musik treibt? Dann wäre ja seine unerhörte Herausforderung Österreichs und die Eroberung Schlesiens nichts als eine Art Abenteurerstreich eines ehrgeizigen, kriegslustigen jungen Königs gewesen, der seinem Jugendmute, nicht einem Staatszwecke hat genug thun wollen. Die große Aufgabe des Erben Friedrich Wilhelms I. war, die aufgesammelte Kraft dieser Regierung zu benutzen, um Preußen zu einer Großmacht zu erheben. Die Zukunft der deutschen Nationalität nicht nur, sondern aller nationalen Freiheit hat davon abgehangen, daß dies gelang. Polen war im Verfall, Schweden war im Verfall, die Republik der Vereinigten Niederlande war im Verfall. Zwischen Rußland und Frankreich mußte sich schlechterdings eine neue und zwar deutsche und protestantische Großmacht bilden, wenn nicht so wie wir jetzt auf das Jahrhundert zurückschauen dürfen, Versumpfung oder Fremdherrschaft einmal ganz Europa überziehen sollte. Das konnte der König von Preußen im achtzehnten Jahrhundert nicht sehen. Aber er konnte sehen, daß der Raum für eine neue Großmacht gegeben, und daß allein er und sein Haus den Beruf dazu habe, diese Großmacht zu schaffen. Einige ziemlich unsicher umrissene Ansprüche auf einen Teil von Schlesien hatten die glückliche Handhabe geboten, dem Territorium die erste notwendige Erweiterung zu verschaffen und das Großmacht-Panier trotzig der bisherigen Vormacht in Deutschland, dem Hause Habsburg gegenüber aufzupflanzen. Aber damit war die Aufgabe nicht erfüllt. Um ein wirklicher Staat zu werden, bedurften die unter der Hohenzollernschen Dynastie vereinigten Territorien der geographischen Zusammenschließung. Ostpreußen war von dem Rumpf der Monarchie getrennt durch das polnische Westpreußen; Schlesien war mit der Mark nur durch einen sechs bis sieben Meilen breiten Hals verbunden. Sechs Meilen vor den Thoren Berlins war die Grenze des Kurfürstentums Sachsen; der breite Landstrich mit den Städten Görlitz, Lauban, Sorau, Guben, Lübben, Baruth, Jüterbogk, Belzig, Wittenberg, Torgau gehörte noch nicht zu Preußen. Ein König von Preußen, der nicht mit aller Kraft seiner Seele den Erwerb

dieser Landschaften angestrebt hätte, müßte, jedes Staatsgedankens bar, sich an selbstzufriedenen dynastischen Hausbesitz Gedanken begnügt haben. Und das soll des Großen Friedrich Denkweise gewesen sein? Alle die deutschen Territorial-Gebilde hatten einen gewissen Drang zum Staat werden, und konnten das jeder nur auf Kosten seiner Nachbarn. Bald verbanden sich Preußen und Sachsen zur Teilung Österreichs, bald Österreich und Sachsen zur Teilung Preußens. Dann einmal wieder wurde Polen von den Nachbarn zur Aufteilung bestimmt. Friedrich dem Großen ist es noch in der letzten Periode seines Lebens gelungen, ohne Krieg, bloß durch geschickte diplomatische Verhandlungen und Schiebungen Westpreußen zu erwerben, und dadurch wenigstens die geographische Verbindung herzustellen, ohne die die Erhebung von 1813 wohl kaum gewagt worden wäre. Die andere, ebenso notwendige Erwerbung wenigstens der nördlichen Hälfte von Sachsen, ist erst 1815 gelungen, nachdem durch diesen Mangel von 1806 bis 1813 Preußen und Deutschland ein unermeßlicher Schaden bereits zugefügt war. Wie anders, wenn es schon Friedrich gelungen wäre, Sachsen mit Preußen zu vereinigen! Jetzt erst werden wir den großen König erkennen in seiner ganzen Majestät und Tragik: wie er das große Ziel in seiner Notwendigkeit erkannt, mit der ganzen Kraft seiner gewaltigen Persönlichkeit darum gerungen, und endlich doch ermattet davon hat ablassen müssen, weil der ausgemergelte, aus tausend Wunden blutende Körper seines Volkes gänzlich zusammenzubrechen drohte.

Das also waren meine Gedanken, ehe das Lehmannsche Buch erschienen war. Entspricht nun der Inhalt solchen Voraussetzungen und vor allem, hat der Autor seine Behauptung wirklich bewiesen?

So viel ich sehe, hat sich zunächst die Kritik durchweg gegen die neue Auffassung ausgesprochen und einer der Recensenten fühlt sich so sicher, daß er, wie er sagt, „die Voraussage wagt, die historische Forschung werde die Lehmannsche Argumentation ablehnen“, obschon er „fürchtet, daß sie auf weite Kreise bestechend wirken werde“.

Ich für meine Person fürchte mich nun nicht so leicht, am wenigsten für den alten Fritz. Aber in diesem Fall würde ich doch auch unter gewissen Umständen mit einer unangenehmen Empfindung zu rechnen haben. Sollte Lehmann seine Thesis wirklich nicht bewiesen haben, sollte sie endgültig als falsch zugegeben werden müssen — zu unserem alten König Friedrich könnten wir darum doch nicht zurück

Wir müssen mit ihm entweder herauf oder herunter. Wenn Friedrich wirklich ein großer Staatsmann war, so muß er notwendig nach einem geographischen Zusammenschluß zwischen Preußen, Brandenburg und Schlesien gestrebt haben. Lehmann hat auch eine Reihe zweifelsfreier Belege dafür gebracht aus allen Lebensaltern des Königs, daß er die Notwendigkeit dieser Eroberungen klar erkannt hat. Hat ihm der Wille gefehlt, die preußische Politik unter den wechselnden internationalen Kombinationen auf diesen Punkt mit der kühnen Entschlossenheit des Eroberers hinzuführen, so ist in seinem Wesen eine Lücke, die nur mit Plattheiten ausgefüllt werden kann. Es ist wahr, daß niemand bisher diese Lücke bemerkt hat. Geblendet durch den unmittelbaren Anblick der Heldengröße und getäuscht durch den Eindruck, daß das siebenjährige Ringen ja doch thatsächlich stattgefunden, hat man übersehen, daß zur vollen Größe nicht bloß die Tapferkeit in der Notwehr, sondern auch das bewußte und gewollte politische Ziel gehört. Wenn man Friedrich mit Napoleon verglichen hat, so hat man immer als seinen besonderen Vorzug die Mäßigung hervorgehoben. Dieser Vorzug bleibt bestehen, auch wenn sein Sinn, nachdem er Schlesien mit seinem Staate verschmolzen, auf die Eroberung Sachsens gerichtet gewesen ist. Müßten wir aber dabei bleiben, daß er nach der Eroberung Schlesiens, obwohl politisch und persönlich in der Fülle der Kraft, die weitere unentbehrliche Ausgestaltung des Staates seinen Nachfolgern überlassen, so dürfte uns das wohl kaum noch als Mäßigung, sondern müßte als Schwäche erscheinen. Ranke hat das ja nicht ganz übersehen. Er betont wiederholt, daß Friedrich stets nach neuen Erwerbungen, namentlich auch sehr nach dem Besitz Sachsens gestrebt habe. Aber der Siebenjährige Krieg, meint er doch, sei ihm nur aufgedrungen worden. Nimmt man das wörtlich, so könnte man es etwa so auslegen, daß nur durch eine Art Zufall dieser Krieg ein Verteidigungskrieg wurde, und daß, wenn der Zufall nicht kam, Friedrich aus eigenem Antriebe einen neuen Eroberungskrieg begonnen haben würde. Dann wäre das ganze Problem eine Frage minderen Ranges. Faßt man es aber, wie es gewöhnlich geschieht, so, daß Friedrich wirklich „saturiert" gewesen sei, und ist dem so, so muß man sofort fragen: ist Friedrich noch Friedrich, wenn er es bloß seinen Feinden verdankt, daß er nicht die letzten vierzig Jahre seines Lebens stillvergnügt und fleißig in Sanssouci gesessen hat? Der Geist König Friedrichs ist nicht so leicht zu fassen. Über seine Strategie

ist schon ein ganz ähnliches Urteil wirklich ausgesprochen worden. Unser gelehrtester und einsichtigster Militärschriftsteller auf diesem Gebiet, Jähns, hat sich zu der Meinung bekannt, daß Friedrich die großen kriegerischen Thaten, durch die er seinen höchsten Ruhm erlangte, eigentlich im Widerspruch mit seinen eigenen Anschauungen gethan habe, „gezwungen durch den Drang der Umstände, sowie der im Kessel eingeengte Wasserdampf zum gewaltigen Motor wird". Ist Lehmanns neue Behauptung unrichtig, sind sich nicht im Siebenjährigen Krieg zwei Offensiven begegnet, hat Friedrich diesen Krieg nur aus Notwehr unternommen, so werden wir über seine Politik zu einem ähnlichen Urteil kommen müssen.

Die Lösung aber ist: Friedrich hat allerdings nichts von einem idealen Vorkämpfer deutscher Interessen in sich verspürt, aber er ist sich völlig darüber klar gewesen, daß es seine Aufgabe sei, eine widerstandsfähige Großmacht Preußen zu schaffen, und zu diesem Zwecke hat er mit der tiefsten Verschlagenheit auf einen großen Krieg hingearbeitet, der seinem Staate Sachsen und Westpreußen bringen sollte. Alle die Seitensprünge und Winkelzüge, die den König „argwöhnisch und leichtgläubig, kurzsichtig und überstürzend" haben erscheinen lassen, sind damit plötzlich in ein wunderbar feines, konsequent durchgebildetes Netz von diplomatischen Listen verwandelt, denn sie waren nicht darauf berechnet, den Frieden zu erhalten, sondern den Krieg zu entzünden. Alle Kleinlichkeit ist verschwunden. Der Siebenjährige Krieg war von preußischer Seite nicht bloß ein Verteidigungs-, ein Notwehrkrieg, sondern, wie Lehmann es ausdrückt: zwei Offensiven stießen aufeinander.

Nicht bloß durch die Not gezwungen ist Friedrich der Held des Siebenjährigen Krieges geworden, nicht durch eine fehlerhafte Politik der Angst hat er die Situation geschaffen, die ihn endlich in diesen Krieg stürzte, sondern mit freiem und überlegtem Entschluß hat er die von Maria Theresia vorbereitete große Offensive zur Wiedereroberung Schlesiens als Anlaß genommen, um seinerseits die für seinen Staat unentbehrlichen Eroberungen zu machen.

Im Frühjahr 1756, noch wenige Monate vor dem Ausbruch des furchtbaren Kampfes mit halb Europa, schien Preußen in einer überaus günstigen und glücklichen Position zu sein. Frankreich, im Begriff wegen Amerika in einen Krieg mit England einzutreten, bedrohte Hannover. Da schlossen die Engländer einen Subsidienvertrag mit der Kaiserin Elisabeth, der ihnen 55,000 Russen zur

Verteidigung Hannovers bereit stellte. Die Russen aber drohten, die Gelegenheit zu benutzen, um gemeinschaftlich mit den Österreichern Preußen anzufallen.

Das war den Engländern ein höchst unbehaglicher Gedanke, da sie dadurch den gefürchteten Preußenkönig gezwungen hätten, auf die Seite der Franzosen zu treten, während sie ihrerseits ihr altes Verhältnis zu Österreich gelöst hatten. Sie gingen also gern darauf ein, als Friedrich ihnen anbot, ihnen seinerseits die Neutralität Norddeutschlands gegen Frankreich zu garantieren (Westminster-Konvention im Januar 1756).*)

Hätten die Franzosen sich die Westminster-Konvention ruhig gefallen lassen, so lag es nur in der Hand Friedrichs, ob Krieg oder Friede in Deutschland sein sollte. Denn ohne die französische Hilfe, namentlich ohne das französische Geld, hätten selbst Österreich und Rußland zusammen nimmermehr gewagt, Preußen anzugreifen.

Die Franzosen aber nahmen dem König von Preußen die Westminster-Konvention mehr übel, als er erwartet hatte. Nicht daß sie so unbedingt entschlossen gewesen wären, den Krieg nach Hannover zu tragen, aber sie hätten wenigstens die Möglichkeit haben wollen, die Engländer auch an dieser Stelle zu bedrohen, um ihre deutschen Hilfstruppen hier festzuhalten. Englands Landarmee war so schwach, daß sie die eigene Küste gegen eine Landung der Franzosen nicht hätte schützen können: sobald die Konvention mit Preußen geschlossen war, ließ man 20000 Hannoveraner und Hessen herüberkommen und fühlte sich gesichert. Frankreich empfand daher die Hilfe, die Preußen, bisher der Alliirte Frankreichs, mittelbar jetzt seinem Gegner leistete, auf das Bitterste.

Von dem ersten Augenblick, wo etwas von der preußisch-englischen Annäherung verlautete (Herbst 1755), hatte der leitende österreichische Minister Kaunitz, der seit Jahren auf diesen Augenblick wartete, sich sofort an Frankreich gemacht und ihm ein Bündnis angetragen. Ludwig XV. ging jetzt darauf ein, noch nicht um Preußen anzugreifen und niederzuwerfen, sondern wesentlich, um Preußen zu verhindern, daß es nicht seinerseits die günstige Gelegenheit benutze,

---

*) Über die Geschichte und den Charakter dieser Konvention Luckwaldt, Preuß. Jahrbücher, Bd. 80, S. 230.

um die Verhältnisse in Deutschland umzustürzen und wie Kaunitz es ausdrückte, ein protestantisches deutsches Kaisertum unter dem Hause Brandenburg zu errichten.

Hätte Friedrich nichts gewollt, als Deutschland und seine Staaten vor dem Hinüberwogen des neuen französisch-englischen Krieges zu bewahren, so zeigte sich, daß die Westminster-Konvention ein viel zu scharfes Mittel gewesen war. Sie beleidigte Frankreich ganz unnötig. Diplomatische Verhandlungen, direkt zwischen den beiden so nahe befreundeten Mächte, Preußen und Frankreich, hätten dasselbe erreicht, da ohnehin in Frankreich eine starke Strömung war, den Krieg diesmal als bloßen Seekrieg zu führen, wie es zwanzig Jahre später wirklich geschehen ist.

Schon das französisch-österreichische Bündnis (Vertrag von Versailles im Mai 1756), das nun geschlossen wurde, war also ein Gegenzug gegen eine Aktion Preußens: immerhin aber war dieses Bündnis zunächst nur ein defensives und ob aus dieser Defensive ohne das Vorgehen Friedrichs jemals eine Offensive geworden wäre, ist die Frage. Von Anfang an war freilich unter den Vertragschließenden eine Richtung, die die Defensiv-Alliance nur als eine Vorstufe der Offensiv-Alliance ansah: mit aller Energie arbeitete Kaunitz darauf hin, fast noch eifriger war man in Petersburg, und auch in Paris, namentlich bei Frau von Pompadour war die Stimmung dafür. Aber alle Aktenstücke, die darüber noch in den letzten Jahren zu Tage gekommen sind, zeigen doch, wie ungern im Grunde die französischen Staatsmänner an den Gedanken der Zerstörung Preußens herantraten. Sie wollten für die Zukunft dieses Gegengewichts gegen die Macht Habsburgs nicht entbehren. Wenn der König von Preußen daher selber nichts gewollt hätte, als den Frieden erhalten, so wäre ihm das trotz der feindlichen Absichten Maria Theresias auch jetzt noch höchstwahrscheinlich gelungen.

Wenn aber Maria Theresia und ihre Berater die Gelegenheit für günstig hielten, um den ehrgeizigen jungen Rivalen niederzuschlagen und zu vernichten, so glaubte Friedrich ganz umgekehrt, daß Preußen jetzt im Vorteil sei und beschloß seinen hochstrebenden Eroberungsplan ins Werk zu setzen.

In seinem politischen Testamente einige Jahre vorher (1752), in dem Friedrich die Erwerbung Sachsens bespricht, fügt er hinzu, daß für

ein solches Unternehmen die Verhältnisse sehr günstig liegen müßten. „Die Hauptpunkte würden sein, daß Rußland und die Königin von Ungarn einen Krieg gegen den Türken, Frankreich und Sardinien zu bestehen hätten.“ An anderer Stelle nennt er als Vorbedingungen den Sturz Bestushews in Rußland, Gewinnung seines Nachfolgers, einen Soliman auf den Thron in Konstantinopel, eine Minorennitätsregierung in England, einen ehrgeizigen und allmächtigen Premierminister in Frankreich. Da von allen diesen Bedingungen im Jahre 1756 keine erfüllt war, hat man gemeint, könne Friedrich damals keine Eroberungsgedanken gehabt haben. Ganz richtig: jene Bedingungen waren nicht erfüllt, aber die Umstände, die jetzt eingetreten waren, sah der König als noch günstiger an.

Freilich waren die Russen mit den Österreichern schon lange im Bündnis und jetzt hatten auch die Franzosen ihre Defensiv-Alliance mit Maria Theresia geschlossen. Sie hielten sie auch nicht etwa geheim, sondern teilten sie ganz offiziell dem preußischen Hofe mit. Friedrich aber ließ sich dadurch nicht schrecken. Er hielt es für ganz unmöglich, daß Frankreich jemals ernstlich gegen Preußen vorgehen werde, weil der eigentliche altüberlieferte und natürliche Feind des Hauses Bourbon doch immer das Haus Habsburg war, das Belgien besaß.

Sobald die Möglichkeit des Krieges auftauchte, befahl er seinen beiden Gesandten in Wien und Paris Berechnungen über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten aufzustellen. (12. Juni.) Von Österreich erfuhr er (Pol. K. XIII, 12. 13.), daß die Unterthanen von den Abgaben erdrückt würden und daß die beiden einzigen Hilfsquellen des Staates das Vermögen der Bank und Vorschuß aus dem Privatvermögen des Kaisers Franz sein würden. Kaiser Franz hatte sich ja, wie Friedrich in seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges spitzt, in Erinnerung seines Titels als König von Jerusalem zum Hofbankier seiner Gemahlin gemacht, und für „moralisch unmöglich“ wollte es der König nicht halten (P. K. XII, 440), daß er seiner Gemahlin für den Krieg Geld gebe. Aber das konnte doch nicht so sehr weit reichen und die Konfiskation des Bankkapitals hätte das ganze Wirtschaftsleben Österreichs ruiniert. Über die Finanzen Frankreichs erstattete der Gesandte, Knyphausen (P. K. XIII, 29) einen günstigen Bericht, dem der König aber nicht recht Glauben schenkte (6. Juli 56), und eine große positive Unterstützung seiner Gegner durch Frankreich

erwartete er prinzipiell nicht. Nachdem also auch die Frage, ob Spanien Geld gebe, erwogen und verneint war, nahm er an, daß die beiden Kaiserstaaten in kurzer Zeit finanziell erschöpft sein würden,*) und militärisch fühlte er sich ihnen vollauf gewachsen. Wir haben darüber sein Zeugnis in der Instruktion, die er dem Feldmarschall Lehwaldt für das Kommando in Preußen gab. Er schrieb diesem (23. Juni): „So viel kann Ich Euch voraussagen, daß sie (die Russen) die schlechtesten Generals haben, und daß der zum Kommando benannte General Apraxin so schlecht wie möglich ist, sodaß Ihr daher nicht viel zu befürchten haben werdet.“ „Euer Korps ist zwar schwach, wenn Ihr sie aber nur auf einem Flügel attaquieret und den anderen zurückhaltet, so mache ich mir die Hoffnung, daß ihr mit sie schon fertig werden sollet.“ „Ich sollte glauben, daß, wenn Eure Kavallerie das ihrige thut, daß sodann die russische Armee müßte geschlagen werden, ehe unsere Infanterie noch nicht recht zum Feuern kommt.“ Der König hofft so sehr auf den Sieg, daß er Lehwaldt sofort die Vollmacht und Instruktion für einen Friedensschluß giebt, in dem er für den Fall, daß der Sieg sehr groß sei, nichts Geringeres als ganz Westpreußen verlangen soll. Man denke nicht, daß der König absichtlich optimistisch male, wie es Napoleon zu thun pflegte, um seinen Generalen desto größere Zuversicht zu geben. Der Inhalt der Befehle läßt keinen Zweifel, daß er wirklich solche Hoffnungen hegte. Anderenfalls hätte er Lehwaldt befehlen müssen, durch Manövrieren die Entscheidung möglichst hinzuhalten, bis er ihm nach dem erhofften Sieg über die Österreicher Verstärkung schicken konnte. Auch die Möglichkeit einer Niederlage ist nicht außer Acht gelassen, aber das ganze Schriftstück atmet volle Siegeszuversicht.

So ungeheuer viel größer die beiden Staatskolosse Österreich und Rußland waren, als das kleine Preußen, so war dies, obgleich es keinen Bundesgenossen hatte — England war durch die Westminster-Konvention ihm noch nicht zu einer Hilfeleistung verpflichtet — mit seinen scharf zusammengenommenen Mitteln doch stärker, und Friedrich hatte sich klar gemacht, daß die Schnelligkeit seiner Mobilmachung ihm auch erlauben werde, sofort ganz Sachsen in seine Gewalt zu bringen, sodaß er den Krieg mit den vereinigten Kräften

*) Vgl. noch den Bericht Flemmings Polit. Corr. XII, 403.

Preußens und Sachsens würde führen können, was ja auch thatsächlich nachher geschehen ist. Die Überschüsse seines eigenen Staats schlug er auf 2½ Millionen Thaler, diejenigen Sachsens auf 5 Millionen Thaler jährlich an; sein barer Kriegsschatz betrug 16 Millionen Thaler und die Kosten eines Feldzuges wollte er, was sich freilich nachher als zu niedrig herausstellte, auf nicht viel höher als fünf Millionen Thaler veranschlagen. Die Hilfe, zu der sich die Franzosen in ihrem Vertrage mit Österreich verpflichtet hatten, betrug nicht mehr als 24 000 Mann oder ein entsprechendes Äquivalent an Geld. In seinem politischen Testament hatte Friedrich es als sein Ziel hingestellt, aber es doch noch als eine bloße Phantasie bezeichnet, daß Preußen eine Armee von 180 000 Mann aufstelle: 1756 hatte er dieses Ziel zwar noch nicht erreicht, aber er konnte sich mit Sicherheit sagen, daß er im nächsten Jahr, wenn es zu der großen Entscheidung kam, durch die Heranziehung der Mittel des Kurfürstentums Sachsen jene Zahl ausfüllen werde und hat sie thatsächlich noch überschritten.

Von „Notwehr“, wie es bisher geschehen ist, kann man wahrlich nicht sprechen bei jemand, der sich seinen Gegnern so sehr überlegen fühlt. Noch aus späterer Zeit, als alles ganz anders gekommen war, haben wir ein authentisches Zeugnis, wie der König sich noch bei Ausbruch des Krieges die Dinge vorgestellt hat.

Nach der Schlacht bei Kollin, als das Unglück von allen Seiten über Preußen hereinzubrechen schien, schrieb er eine Rechtfertigungsschrift, die erst im Jahre 1856 veröffentlicht worden ist. Hier sagt er über seinen Kriegsentschluß: „Wie konnte ich ahnen, daß Frankreich 150 000 Mann ins Reich schicken würde? Wie konnte ich ahnen, daß das Reich Partei ergreifen würde, daß Schweden sich in diesen Krieg mischen, daß Frankreich Subsidien an Rußland zahlen würde?“ Man mag seine Phantasie anstrengen, so sehr man will, man wird keinen Grund finden, weshalb Friedrich diese Darstellung fingiert haben sollte. Die Koalition, die er erwartete, war eben nur die Österreichs und Rußlands, und ohne die volle Teilnahme Frankreichs schien ihm ein Krieg mit den beiden Kaisermächten keineswegs sehr gefährlich, seitdem er ihnen nämlich durch sein Bündnis mit England die englischen Subsidien entzogen hatte. Jetzt versteht man, weshalb er die Westminster-Konvention schloß, die bisher so fehlerhaft schien.

Beide Parteien also, der König und die Kaiserin arbeiteten jetzt

auf den Krieg hin und es ist höchst interessant, durch Vergleichung der Aktenstücke aus den verschiedenen Archiven und Regierungen zu beobachten, wie sich die beiden Gegner unwissentlich in die Hände arbeiten.

Während die Verhandlungen mit Frankreich noch im Gange waren, in einem Moment großer Zuversicht (März 56), hatte der österreichische Hof in Petersburg von seinen Hoffnungen Mitteilung machen und anfragen lassen, ob die Russen sich dem allgemeinen Angriff auf Preußen anschließen und ob sie etwa noch in diesem Jahr bereit sein würden, zu marschieren. In Petersburg, wo man das aufstrebende Preußen, das den Russen in Stockholm wie in Warschau in den Weg trat, nicht weniger haßte, als in Wien, schlug man nicht nur sofort ein, sondern setzte auch die Truppen, die ja einen sehr weiten Weg zu machen hatten, auf der Stelle in Bewegung. Kaum aber waren die Märsche im Gange, so kam schon von Wien die Meldung, daß das französische Bündnis noch ausstehe und es jedenfalls für dies Jahr noch nichts sei. Die Russen kehrten wieder um.

Ihre Bewegung aber war dem aufmerksamen Auge des Königs von Preußen nicht entgangen. Ein englischer Kourier, der durch Berlin kam, erzählte, er habe alle Straßen in Livland voll Soldaten gesehen; 170000 Reguläre und 70000 Kalmücken seien gegen Preußen im Anmarsch. Gleichzeitig liefen verschiedene Meldungen über österreichische Rüstungen ein.

Sofort begann Friedrich auch seinerseits Kriegsvorbereitungen.

Winterfeldt erhielt den Auftrag Pferde anzukaufen, der Minister für Schlesien Schlabrendorff, die Magazine zu füllen; eine Anzahl Regimenter wurden angewiesen, eine Rekrutenaushebung vorzubereiten, und einige neue Garnisonbataillone wurden errichtet. (19. Juni.)

Wenige Tage weiter und Friedrich schrieb seinem Gesandten in Wien, er beginne den Krieg als unvermeidlich anzusehen (25. Juni P. K. 462), und an seine Schwester Wilhelmine nach Bayreuth schreibt er: „wir haben den einen Fuß im Bügel, und ich glaube, der andere wird bald folgen“ (22. Juni). Er schreitet zum Beginn der wirklichen Mobilmachung. Bei einer großen Anzahl Regimenter werden die Urlauber eingezogen, die in den Bädern und auf Werbung abwesenden Offiziere einberufen und den Kommandanten der schlesischen Festungen befohlen, die Palissaden aufzustellen und die Geschütze auf die Wälle zu bringen.

Unter den Rüstungsmaßregeln ist eine, die eine besondere Betrachtung verdient. Der König befahl die sofortige Zusammenziehung eines Korps in Hinterpommern, das bereit sein sollte, zur Unterstützung des Feldmarschalls Lehwaldt gegen die Russen nach Ostpreußen zu marschieren. Sie würde natürlich erscheinen, wenn der König die Gefahr für imminent gehalten und auch die ostpreußischen Regimenter mobil gemacht hätte. Das geschah aber noch nicht, und wenn man dafür anführen mag, daß diese Reserve zuerst bereitgestellt werden mußte, weil sie so weit zu marschieren hatte, so widerspricht dem die Art der Ausführung. Es wurden nämlich nicht die pommerschen Regimenter für dieses Korps bestimmt, sondern das in Köslin stehende Regiment wurde rückwärts nach Stettin, das in Stargard stehende nach Spandau, statt dessen Regimenter aus Stettin und weiterher von Berlin und ein Grenadierbataillon von der sächsischen Grenze, von Treuenbrietzen nach Hinterpommern in Bewegung gesetzt.

Der Sinn dieser Bewegungen ist ganz klar. Davon, daß Friedrich sich selbst bedroht gefühlt habe, kann gar keine Rede sein. Wohl wußte er, daß etwas gegen ihn im Werke sei, aber er wußte auch, daß seine Gegner vom Abschluß einer Koalition noch sehr weit entfernt waren. Die Meldungen über österreichische Rüstungen und Märsche wurden sofort widerrufen. Die Österreicher haben, da sie ja erst im nächsten Jahr den Krieg anfangen wollten, auch thatsächlich bis dahin so gut wie gar nichts gethan, kaum ihre recht vernachlässigte Friedensaufstellung komplettiert. Aus den von dem Kanzlisten Menzel in Dresden verratenen Gesandtschaftsberichten ließ sich entnehmen, was Meldungen aus dem Haag bestätigten, daß in Petersburg der englische und französische Einfluß noch miteinander ringe. Daß Preußen jemals von anderen Mächten überfallen werden könne, war von vornherein ausgeschlossen, da Preußen ihnen allen gerade in Schnelligkeit der Mobilmachung unendlich überlegen war. Die preußischen Regimenter waren stets bereit, in sechs Tagen auszumarschieren. Die Urlauber waren in unmittelbarer Nähe, Geld in den Kassen, die Magazine stets gefüllt. Die Österreicher mußten erst Geld schaffen, Magazine anlegen, die Regimenter wenigstens erst komplett machen und dann aus Ungarn, Italien und Belgien in wochenlangen Märschen heranziehen. Nichts war also bei den Preußen militärisch weniger nötig, als eine überstürzte Mobilmachung. Das

hat man auch schon so ziemlich erkannt und deshalb diese plötzliche halbe Mobilisierung nicht als eine militärische, sondern als eine politische Maßregel ausgegeben:*) Der König habe dadurch seine Gegner einschüchtern, durch die kriegerische Demonstration den Frieden erhalten wollen. Gewiß sind Umstände denkbar, unter denen eine solche Demonstration wirksam sein kann. Ebenso gewiß aber ist, daß die damaligen das gerade Gegenteil davon waren. Friedrich wußte, daß Österreich mit Rußland und mit Frankreich bereits in festen Defensiv-Allianzen stand und nach einer Provokation von seiner Seite geradezu lechzte (Polit. Korresp. XII, 479). Diejenigen, die Friedrich unter solchen Umständen die halbe Mobilmachung zum Zwecke einer Demonstration machen lassen, machen also aus dem König das wahre Gegenteil eines Staatsmannes, einen nervösen haltlosen Schwächling. Wollte der König den Frieden erhalten, so mußte er entweder ganz still sitzen, um den Gegnern den Vorwand zu nehmen, oder er mußte ganz mobil machen und zuschlagen, ehe sie selbst völlig einig und gerüstet waren. Es genügt nicht, zu sagen, der König habe aus übergroßer Friedensliebe Fehler begangen: diese Fehler würden so ungeheuer, die Kopflosigkeit der halben Mobilmachung so handgreiflich sein, daß man nicht mit einem milden Zugeständnis darüber hinwegkommen kann. Ja, um die Thorheit auf den Gipfel zu bringen, bestimmte Friedrich für den Marsch gegen die Russen noch gar Regimenter in Berlin und an der sächsischen Grenze und ließ dafür andere aus Hinterpommern zurückmarschieren. Man mag mit seinen neuesten Beurteilern die staatsmännischen Eigenschaften des Königs noch so sehr herunter setzen, wir haben doch nicht das Recht, auch nur in einem einzigen Fall Friedrich für einen kompletten Narren zu halten. O nein, diese Mobilmachung hatte einen sehr guten Sinn, sie war eine Demonstration und sollte eine sein — aber nicht um den Frieden zu erhalten, sondern um die Österreicher zu Gegenrüstungen zu treiben und darauf hin den Krieg erklären zu können. Friedrich selber hat sich drastisch und deutlich genug darüber ausgedrückt, indem er an seinen Gesandten Klinggräfen in Wien schreiben ließ (4. Juli): „wenn die Österreicher den Krieg im Bauch haben, wird man ihnen Geburtshilfe leisten."

*) Berner in den „Mitteil. a. d. hist. Literat." Bd. 23. S. 368.

Es dauerte nicht lange, so fingen die Österreicher wirklich an zu rüsten (6. Juli). Der Wiener Hof war über den Lärm, der sich plötzlich in Preußen erhob, nicht wenig erschrocken. Gleichzeitig aber that ihm König Friedrich damit die größte Wohlthat, nach der er sich in diesem Augenblick sehnte: der Wind, der von Berlin kam, trieb die immer aussichtsloser werdenden Verhandlungen mit Frankreich plötzlich vorwärts.

Fast über keine der aufzustellenden Bedingungen hatte man sich bisher zwischen Paris und Wien einigen können. Den Preis, den Österreich an Frankreich für die Wiedereroberung Schlesiens zahlen sollte, sollten Teile von Belgien sein. Aber, um nicht jeden Ausgleich mit den Seemächten unmöglich zu machen, wollte Österreich, daß Flandern und Brabant eine bourbonische Sekundo-Genitur würden; Frankreich verlangte ganz Belgien und gerade diese Landschaften für sich selbst.

Über das Ausmaß der Geld- und Truppenhilfe, die Frankreich gegen Preußen leisten sollte, gingen Forderung und Angebot weit auseinander.

Um Preußen völlig niederzuwerfen und die Hülfe der deutschen Mittelstaaten zu gewinnen, wollte Österreich Preußen nicht bloß Schlesien, sondern auch die meisten anderen Nebenlandschaften entreißen. Frankreich wollte die völlige Zerstückelung Preußens nicht zugeben.

Jetzt wurde alles anders. In einer Defensiv-Allianz war man bereits. Wenn Preußen, wie es jetzt zu nahen schien, zum Angriff schritt, so mußte Österreich auch die äußersten Opfer bringen, um sich nicht bloß eine mäßige, wie bisher stipuliert, sondern die volle Hilfe Frankreichs zu verschaffen, und Frankreich sagte sich, daß wenn es einmal zum Kriege käme, man ihn besser ganz führe und sich auch den vollen Lohn dafür sichere.

So gab die Annäherung des Königs von Preußen an England (Herbst 1755) den Österreichern die Möglichkeit, mit ihrer viele Jahre in der Tiefe des Busens verborgenen Idee eines Bündnisses gegen Preußen an Ludwig XV. heranzutreten: jene von den Österreichern noch auf bloße Hoffnung hin provozierte Bewegung der Russen dem König von Preußen die Möglichkeit, sich für bedroht zu erklären und zu rüsten; die preußischen Rüstungen und Drohungen aber ermöglichten wieder erst den wirklichen Abschluß des österreichisch-französischen Offensiv-Bündnisses, das bis dahin noch in der Schwebe gewesen war.

Selbst als Friedrich seine Anfrage an die Kaiserin richtete (18. Juli), ob ihre Rüstungen gegen ihn gerichtet seien, waren zwar die österreichischen Rüstungsbefehle ergangen, aber geschehen war noch so wenig, daß Friedrich über wirklich positive Meldungen von jenseitigen Truppenbewegungen noch nicht verfügte, sie auch noch gar nicht haben konnte. Er konnte sich nur mit Sicherheit sagen, daß, nachdem er selbst seit vier Wochen in der Mobilmachung war, die Österreicher jedenfalls auch Vorbereitungen träfen. Er ließ (16. Juli) eine Zusammenstellung seiner Nachrichten für den englischen Gesandten machen; prüft man aber diese Zusammenstellung im einzelnen, so zeigt sich, daß die Nachrichten alle sehr unbestimmter Natur waren oder sehr wenig besagten.

Am Schluß der ganzen Aufstellung aber findet sich folgende Notiz: „Heutige Nachrichten. Dresden, 14. Juli. Wir erfahren in diesem Augenblick, daß alle österreichischen Truppen aus Ungarn sich in Marsch gesetzt haben, um sich nach Mähren und Böhmen zu begeben und zwei Lager zu bilden. Man bringt zwei Magazine auf der Seite Leitmeritz-Malschen zusammen."

Diese Nachricht scheint entscheidend — woher stammt sie? Die ganze Notiz ist nicht im Bureau gemacht, sondern ein eigenhändiger Zusatz des Königs. Der Herausgeber der Politischen Korrespondenz, der sonst allenthalben die Herkunft solcher Nachrichten aufgespürt oder doch eine Bemerkung darüber gemacht hat, geht an dieser schweigend vorüber. Nur an dieser einzigen Stelle finden wir diese wichtigste aller Nachrichten. In dem Brief, den der König am anderen Tage an Klinggräffen nach Wien schreibt und in dem er ihm Vorwürfe über mangelhafte Berichterstattung macht, hält er ihm nur vor, er habe Nachricht, daß Truppen (des troupes) auf dem Marsch aus Ungarn nach Mähren und einige dort schon angekommen seien; ferner, daß die Österreicher Pferde ankauften. An seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, der Zweifel an den österreichischen Rüstungen ausgedrückt hat, schreibt der König an demselben Tage (17. Juli), rechnet ihm alles vor, was er von österreichischen Rüstungen vernommen, behauptet sogar, es seien Truppen aus Italien im Marsch, weiß aber doch nichts von „allen Truppen", sondern nur von „Regimentern", die aus Ungarn aufgebrochen seien. Ein solcher Anmarsch wäre ja der zweifellose Krieg — trotzdem schreibt der König an demselben Tage (17. Juli) an den Feldmarschall Schwerin, daß der Krieg noch nicht so sicher sei. An den

Gesandten in Paris, Knyphausen, ergeht ein Schreiben, das ebenfalls nichts von dem Anmarsch der ungarischen Truppen enthält. Endlich ergeht ein ausführliches Schreiben an den Gesandten Maltzahn in Dresden, das diesen mit Material versehen soll, um den Leuten zu beweisen, daß Preußen im Recht sei (expliquer à des gens sages et raisonnables l'innocence de mes procédés), und am Schluß der Aufzählung aller österreichischen Rüstungen heißt es, man habe Arrangements gemacht, um eine Anzahl Truppen aus Ungarn nach Böhmen und Mähren rücken zu lassen (fit des arrangements, pour faire passer nombre de troupes de la Hongrie en Bohème et Moravie, aussi tout le monde autrichien disait que cela me regardait).

Friedrich selber hat also jene seine eigenhändig hinzugefügte Nachricht nicht aufrecht erhalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der König sie fingiert, bloße Gerüchte, die die aufgeregte Zeit ihm massenhaft von allen Seiten zutrug, als Thatsachen hingestellt hat.

Die Historiker haben sich dadurch nachher täuschen lassen, die Zeitgenossen aber nicht. Mitchell, der englische Gesandte, berichtet nach Hause, ganz authentisch sei diese Kunde nicht und in Friedrichs nächster Umgebung hatte man dieselbe Auffassung.

Friedrich beschied seinen alten getreuen Minister des Auswärtigen, von Podewils, zu sich und setzte ihm die Lage, den zu erwartenden großen Angriff im nächsten Jahre, und seine Absicht, das Prävenire zu spielen, auseinander. Über diese Audienz ist uns ein Brief von Podewils an den vertrauten Kabinetsrat des Königs, Eichel, erhalten, obgleich der Schreiber selbst darin bittet, „ihn dem Vulkano aufzuopfern und gänzlich zu kassieren". Nach diesem so glücklich geretteten Brief also hat Podewils zunächst eine Andeutung gemacht, ob die „Nachrichten authentique wären und nicht in fliegenden Zeitungen, bloßen Soupçons und kombinierten Konjunkturen bei der jetzigen Krisis beständen", und als der König das nicht gelten lassen wollte, geraten, statt „ohne itzo noch dringende Not" „dreien so mächtigen Puissancen zugleich zu resistieren" „das beneficium temporis so von nun an bis künftige Operationssaison beinahe zehn Monate wäre", zu benützen.

Für einen Staatsmann, der den Frieden wollte, konnte es keinen einfacheren und natürlicheren Rat geben. Aber Friedrich hatte sich bereits anders entschieden; schon war, zwei Tage, nachdem er jenes Aktenstück dem englischen Gesandten vorgelegt, die stolze Anfrage an

die Kaiserin Maria Theresia abgegangen, ob ihre Rüstungen gegen ihn gerichtet seien. Diese Anfrage war der Krieg und konnte nach Friedrichs eigener Ansicht und Absicht nichts sein, als der Krieg. Hatte er auch von österreichischen Rüstungen noch keine genügenden Nachrichten, so hatte er doch Nachrichten genug von den österreichischen Plänen und Absichten. Selbst wenn Maria Theresia nicht schon an dem Kriegsbündnis gearbeitet und den Krieg gewünscht hätte, wenn sie ganz friedlich gesonnen gewesen wäre, so bringt eine solche Anfrage zwischen zwei Großmächten, die sich mit Argwohn gegenseitig beobachten, eine solche Spannung hervor, daß es sehr schwer ist, noch an dem Bruch vorbeizukommen. Um so weniger jetzt, da ja auch der Wunsch des Wiener Hofs keineswegs auf Frieden, sondern auf Krieg ging. Die Kaiserin konnte nicht einmal antworten, daß sie nicht rüste. Seit drei Wochen hallte das ganze Reich wieder von den Rüstungen und Bewegungen der Preußen. Auch als die Nachricht von dem Rückmarsch der Russen kam, waren die preußischen Rüstungen nicht rückgängig gemacht worden. Wenn auch jetzt noch immer keine Meldungen von wirklichen österreichischen Rüstungen in Berlin waren, bis die Anfrage nach Wien kam, mußten auch dort notwendige Kriegsmaßregeln getroffen worden sein. Das alles konnte Friedrich mit der größten Sicherheit vorausberechnen. Seine Anfrage also war der Krieg.

Man sagt vielleicht: so unbestimmt auch die Rüstungsnachrichten noch waren, so sah der König doch mit sicherem politischem Blick voraus daß im nächsten Jahre die große Koalition gegen ihn losbrechen werde und einer so ungeheuren Gefahr gegenüber blieb ihm kein Mittel, als mit einer Art Gewalt den Krieg schon jetzt gegen Österreich zu provozieren. Dieses Raisonnement ist nicht nur in seinem Schluß, sondern in allen seinen Teilen unzutreffend.

Der strategische Vorteil der Initiative war im 18. Jahrhundert nicht derselbe wie im 19. Napoleon schlug 1805 die Österreicher, ehe die Russen heranwaren, und die Russen, ehe die Preußen heranwaren; 1806 wieder die Preußen, ehe die Russen heranwaren. Wer in solcher Weise das „Prävenire" spielen kann, der hat die stärkste Veranlassung, einer Gefahr, auch wenn sie erst sehr weit am Horizont erscheint, entgegenzugehen. Der sächsische Gesandte Graf Flemming malte damals aus (in einem der von Menzel verratenen Berichte, Pol. Korresp. XII, 461), daß Friedrich ähnlich verfahren könne, und mit einem kleinen

Truppenkorps die Russen aufhalten und Österreich mittlerweile mit seiner Hauptmacht zum Frieden zwingen. Aber weder hat Friedrich seinen Plan darauf angelegt, noch hat Maria Theresia dergleichen gefürchtet. Als die drohende Anfrage nach Wien kam, schrieb sie sehr kaltblütig (Arneth IV, 485), „daß es auf Gewinnung der Zeit bis in den Winter, und im ärgsten Falle auf den Verlust einer Schlacht und eines großen Teils des Königreichs Böhmen, mithin auf fast unerschwingliche Kosten und sehr empfindlichen Schaden Unserer getreuen Unterthanen ankommen würde, daß aber alles dies nur für einen zeitweiligen Nachteil anzusehen.“ Sie hat damit ganz richtig gesehen, denn Friedrichs Plan ging nicht weiter als die sächsische Armee unschädlich zu machen, Sachsen und den nördlichen Winkel Böhmens, nicht einmal Prag zu okkupieren. Man hat wohl früher geglaubt, daß der zähe Widerstand der Sachsen im Lager von Pirna ihn von größeren Dingen abgehalten, aber wir wissen jetzt, daß er nie größeres beabsichtigt hat. Nach einer zahlenmäßigen Berechnung würde man nicht behaupten können, daß es unmöglich gewesen wäre. Wenn der König das Korps, das er in Hinterpommern stehen ließ, gleich mit ins Feld nahm, so hätte er bei Lowositz mit großer numerischer Überlegenheit einen vollständigen Sieg erfechten können und nach der Kapitulation der Sachsen, die dann vielleicht noch früher geschehen wäre, den Sieg verfolgen, soweit es ihm beliebte. Er hätte es um so leichter gekonnt, wenn er von Anfang an diesen Gedanken mit Konsequenz ins Auge gefaßt und durchgeführt hätte. Die Österreicher hatten ja soviel später angefangen zu rüsten, waren so viel schwerfälliger und langsamer, hatten so weite Räume von der ungarisch-türkischen Grenze und von Italien her zu überwinden, daß es für die Preußen leicht war, sie noch so zu sagen halbnackt zu überfallen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß Friedrichs Verfahren unbegreiflich verkehrt erscheinen. Statt sich ganz still zu verhalten, bis er den zweifellosen Beweis österreichischer Kriegsvorbereitungen in Händen hatte, dann plötzlich und vollständig mobil zu machen und wie der Blitz auf den Feind zu fallen — macht Friedrich nur die Hälfte seiner Armee teilweise mobil, erregt dadurch ein ungeheures Aufsehen, beginnt dann Verhandlungen und macht nun erst die andere Hälfte seines Heeres vollständig mobil und beginnt, nachdem er dem Feinde die kostbarsten Wochen geschenkt, den Feldzug. Die Erklärung ist, daß Friedrich an ein eigentliches Niederwerfen des Feindes in modernem Sinne auch unter den

obwaltenden allergünstigsten Umständen niemals gedacht hat. Wenn auch nach äußerlicher Berechnung ein solcher Stoß ihm vielleicht einmal hätte gelingen können, so wußte der König doch zu gut, daß sein Heer nach Quantität und Qualität nicht ausreiche, mit solcher Strategie wirklich bis ans Ende zu gelangen und auch Rückschläge und Unglücksfälle, die doch niemals ganz ausbleiben, zu überwinden. Deshalb setzt er sich von Anfang nur die bescheideneren Ziele, die er mit Sicherheit zu erreichen vermag.*) Damit aber geht der eigentliche Vorteil des Prävenire verloren. Was Friedrich durch seinen Losbruch im Jahre 1756 erreicht hat, war die Gefangennahme des sächsischen Heeres und die Okkupierung Sachsens. Österreich hat er nur wenig berührt und mit den Österreichern nur einmal mit mäßigen Kräften ohne eigentliche Entscheidung, bei Lowositz, geschlagen. Die österreichischen Rüstungen für 1757 sind also nicht gehindert, eher durch die Anstachelung des feindlichen Überfalls gefördert worden. Aus dem Besitz Sachsens hat der König sehr wesentliche Vorteile gezogen, aber um diesen Vorteil zu erlangen, bedurfte es nicht einer so frühen Schilderhebung. Bei der preußischen Übermacht und der Ferne Österreichs hätte Friedrich die Konfiskation Sachsens in jedem Augenblick, auch im Winter und Frühjahr ausführen können. Die Bedingung war nur, daß die Preußen plötzlich genug kamen, gerade das, was 1756 nicht geschehen ist. Dann war aller Vorteil des „Prävenire“ erreicht, ohne daß man einen vielleicht noch zu vermeidenden Krieg nun mit Sicherheit auf sich geladen.

Nachdem die, wie zu erwarten, ausweichende Antwort Maria Theresias eingegangen war, schlug Friedrich noch nicht sofort zu. Der König von Frankreich hatte ihm notifizieren lassen, daß er den Österreichern gegen einen Angriff Hilfe leisten werde. Für einen Fürsten, der nur einen Notwehr-Krieg führen wollte, gab es darauf nur zwei Möglichkeiten: entweder Österreich sofort anzugreifen und niederzuwerfen, ehe die Franzosen zur Stelle waren — oder wirklich von dem Angriff abzustehen und zu versuchen die französische Intervention dahin zu wenden, daß auch Preußen diplomatisch vor einem österreichischen Angriff gesichert werde, was Friedrich wahrscheinlich hätte erreichen können. Friedrich that keines von beidem, sondern verschob

*) Vgl. meine Untersuchung „Über die Verschiedenheit der Strategie Friedrichs und Napoleons“ in meinen „Historischen und Politischen Aufsätzen“, so wie „Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrichs des Großen“.

bloß seinen Angriff soweit in den Herbst, daß die Franzosen in diesem Jahr es für einen Feldzug zu spät hielten: im nächsten Jahr hatte er also die in ihren Rüstungen durchaus nicht eingeschränkten Österreicher und die Franzosen dazu zu erwarten. Kann man verkehrter verfahren?

Die Zeit auszufüllen, sandte Friedrich noch eine zweite und dritte Anfrage nach Wien: Maria Theresia solle ihm versprechen, ihn weder in diesem noch im nächsten Jahr anzugreifen: er wolle ihr dann dasselbe Versprechen geben. Friedrich sollte sich eingebildet haben, daß die Beziehungen der großen Staaten durch solche Versprechungen reguliert werden können? Hatte nicht Maria Theresia, hatte nicht er selbst in dem Frieden von Breslau und wieder im Frieden von Dresden unterschrieben, „daß Friede, Versöhnung und Freundschaft" zwischen ihnen beiden herrschen solle, nicht bloß auf zwei Jahr, sondern in einem „traité définitif"?

Selbst wenn Maria Theresia aus Furcht vor dem unmittelbaren preußischen Angriff ein solches Versprechen jetzt abgegeben hätte, so konnte sie es doch immer nur mit der Klausel, daß Preußen ihr keinen Grund gebe, also z. B. nicht Sachsen besetze. Mit jeder derartigen Bedingung aber wäre das Versprechen wertlos geworden.

Von hier aus kehren wir noch einmal zu dem Punkt zurück, daß die Anfrage in Wien wegen der Rüstungen bereits der Krieg gewesen sei. Hätte Friedrich — obgleich er natürlich nach allen Seiten das Gegenteil behauptete — nur im Entferntesten an die Möglichkeit geglaubt, daß seine Anfrage an Maria Theresia friedlich beantwortet werden würde, und wirklich der Erhaltung des Friedens dienen wollen — er hätte nicht verkehrter handeln können. Er hatte ja, wie wir gesehen haben, gar keine Eile. Die Russen kamen dies Jahr nicht mehr (Friedrich an Schwerin P. K. XIII, 167), die Österreicher, wenn sie überhaupt schon ernstlich angefangen hatten zu rüsten, waren jedenfalls noch weit zurück. Man konnte also das „beneficium temporis" benützen und ruhig abwarten, was weiter über ihr Thun gemeldet wurde. Daß Maria Theresia sich durch die Drohung, die in der preußischen Anfrage lag, nicht etwa zu sofortiger demütiger Unterwerfung bestimmen lassen würde, war selbstverständlich.

Der Satz, den wir oben proleptisch hinstellten, lautete: so unbestimmt auch die Rüstungs-Nachrichten noch waren, so sah der König

doch mit sicherem politischen Blick voraus, daß im nächsten Jahr die große Koalition gegen ihn losbrechen werde, und einer so ungeheuren Gefahr gegenüber blieb ihm kein anderes Mittel, als mit einer Art Gewalt den Krieg schon jetzt gegen Österreich zu provozieren.

Alle einzelnen Glieder dieses Satzes haben wir aufgelöst: weder sah Friedrich die Gefahr mit solcher Sicherheit voraus, noch erschien sie ihm so sehr groß, noch war das „Prävenire“ für ihn ein entscheidendes, letztes Rettungsmittel.

Mehr als das: unter jenen Voraussetzungen erscheint Friedrich als ein unklarer, schwächlicher Sanguiniker, der beim ersten Schimmern einer entfernten Gefahr Maßregeln ergreift, stockt, sich nach einer Seite wendet, wo er nur Aufsehen und Unruhe erregt ohne wirklichen Nutzen, bewaffnet bleibt, wo es nicht mehr nötig wäre, dadurch abermals reizt und doch den Entschluß zum wirklichen Zuschlagen erst findet, als die beste Gelegenheit bereits vorüber ist, und durch die Offensive, die ihm selbst nur mäßigen Nutzen bringt, gerade das thut, was seine Feinde wünschen, die letzten Hindernisse ihres Zusammenschlusses beseitigt.

Dagegen ein Bild von überwältigend furchtbarer Größe, der Friedrich, wie wir ihn uns jetzt vorstellen: der Staatsmann, der mit der gesetzlosen Verwogenheit des Genius die Welt, die sich ihm widersetzen will, in Trümmer schlagend, selber willens, eine neue Welt zu schaffen, auf Wegen tiefster Verborgenheit doch gerade auf sein Ziel zuschreitet.

Im Frühling glaubt Friedrich noch Rußland an seiner Seite zu haben. Warum greift er nicht in diesem Augenblick an, wo Österreich hilflos vor ihm zusammengesunken wäre? Im Frühjahr fehlte ihm noch der Beweis für die offensiven Absichten Österreichs, und damit jeglicher Kriegsgrund, den er namentlich seinem Verbündeten England gegenüber nicht entbehren konnte. Sehr merkwürdig aber leuchtet schon in dieser Zeit vor eine Instruktion, die er seinem Gesandten in Wien giebt (23. März), er solle seinem englischen Kollegen die „schlechte Intention des Wiener Hofes nicht verringern, sondern im Gegenteil seinen Verdacht zu vermehren suchen“. Dann kamen, als die gute Jahreszeit zum Kriegführen eintrat, auch sehr bald die ersten Nachrichten, daß die politische Situation sich zu verwandeln, daß Rußland sich von England loszulösen scheine. Aber gerade diese

Wandlung zum Schlechtern schafft den Boden für die Aktion. Sobald der König selbst bedroht wird, hat er vor Gott und den Menschen das Recht zuzuschlagen, und wahrlich, er wird es benützen. Die Kriegsgelegenheit, auf die er zehn Jahre lang gerüstet hat, ist da. England ist auf seiner Seite: Frankreich wird unmöglich so sehr gegen seine eigenen Interessen handeln, den Rivalen Österreichs in Deutschland zu töten, und mit den beiden Kaisermächten, die keinen Subsidienzahler hinter sich haben, wagt er es aufzunehmen. Jetzt heißt es, vor der Welt und dem Verbündeten den genügenden Kriegsgrund zu schaffen, die unbestimmt auftauchende Drohung als eine imminente Gefahr erscheinen zu lassen, der sofort zu begegnen ist. Unvorsichtige Bewegungen der Russen kommen ihm zu Hilfe. Er macht mobil, nur drei Tage im Geheimen, dann vor aller Öffentlichkeit. Wie unverständlich war uns jene Verschiebung der pommerschen Regimenter, und wie erkennen wir jetzt, mit welcher Feinheit der Berechnung hier gehandelt wurde! Die Preußen fangen an zu marschieren, sagte die Welt — aber wenn die Diplomaten kamen und fragten, wem gilt das? — so war die Antwort: diese Bewegung kann doch niemand bedrohen, sie ist rein defensiv, nur für den Fall, daß die Russen in Preußen einfallen! Da kommt die Nachricht, daß die Russen wieder zurückgehen, und in Österreich will und will sich nichts regen. Nichts wird gemeldet als Maßregeln, wenn auch wahrscheinlich verstärkte, wie sie bei jeder Armee auch im Frieden vorkommen, und Gerüchte, aber Gerüchte immer neu, von allen Seiten. Diese Gerüchte sind keineswegs harmlos, aus der Luft gegriffen. Wir kennen ja die politische Situation auf der gegnerischen Seite: man saß fest, man lechzte nach einer preußischen Provokation. Nicht unmöglich, daß die Gerüchte über österreichische Rüstungen, Truppenmärsche, Lagerbildungen absichtlich von Kaunitz ausgesprengt worden sind. Selbst der französische Gesandte in Wien, Aubeterre, glaubte daran. Es ist das Gegenstück zu Friedrichs Bewegung mit den pommerschen Regimentern. Nie ist eine Situation richtiger bezeichnet worden, als diese mit dem Wort „zwei Offensiven begegneten sich". Hätte Maria Theresia nicht ihrerseits ebensosehr den Krieg gewollt, Friedrich wäre mit all seinen Provokationen nicht vorwärts gekommen. Aber die Österreicher sind zu klug, um jetzt schon wirkliche Kriegsrüstungen zu machen. Keine greifbare Thatsache wird nach Berlin gemeldet. Man sieht die Un=

geduld des Königs, wenn er auf eine Meldung seines schlesischen Ministers, Schlabrendorffs, „daß von einem Marsch der Regimenter noch zur Zeit nichts zu hören sei," ärgerlich schreibt, „sein Mensch muß bis Olmütz nicht gewesen sein" (P. K. XIII, 60), oder wenn er Klinggräffen ausschilt, daß seine Berichte, da sie nichts von Rüstungen melden, „von der äußersten Trockenheit" seien (12. Juli, 17. Juli). Endlich greift er zum Äußersten und läßt für den englischen Gesandten zusammenstellen, was er hat an Nachrichten, und fügt, da das alles nicht genügt, eigenhändig, Gerüchte in Thatsachen verwandelnd, die entscheidende Meldung, die beweisen soll, daß Österreich vorgehe, hinzu.

Der kennt die Friedriche der Weltgeschichte schlecht, der da glaubt, daß sie solcher Thaten nicht fähig seien.

Noch zögert er zwei Tage — dann läßt er die Würfel fallen und sendet seine Anfrage nach Wien. Er hätte auch noch damit warten können, aber die Situation war reif und — jedes Warten schloß die Möglichkeit ein, daß die unvergleichliche Gelegenheit zum Kriege wieder verloren gehen könnte.

Es folgt die französische Intervention. Einen Augenblick ist Friedrich dadurch frappiert, aber keine Linie läßt er sich von seiner vorgesetzten Bahn abbringen.

An einen tollkühnen Niederwerfungs-Feldzug gegen Österreich hat er nie gedacht, Frankreich aber wird es sehr erwägen, ehe es wirklich mit aller Macht gegen ihn vorgeht. Man gebe ihm Zeit sich zu besinnen bis zum nächsten Jahr. Gegen Österreich ist nichts verloren, wenn der Feldzug auch vier Wochen später beginnt — also wird der Losbruch verschoben und die Zwischenzeit benutzt, noch einmal mit lächelnder Überlegenheit den Biedermann anzuziehen und die Friedensangebote nach Wien zu senden, die nicht nur die Mitwelt, sondern auf anderthalb Jahrhunderte selbst die Geschichtsforscher von der „Unschuld" des Kriegsgottes überzeugt haben. Pünktlich wartet er, um sich ja nichts vorwerfen zu lassen, das Eintreffen der Antwort ab.

„Wenn er nur Sicherheit erlangen könnte, würde er gern zu Hause bleiben," berichtete der englische Gesandte Mitchell noch beim Ausmarsch nach Hause (29. Aug. P. K. XIII, 296), und noch von der Blockade von Pirna her schrieb der Kabinetsrat Eichel an den Minister von Podewils (18. Sept. P. K. XIII, 414): Se. Majestät

habe „gegen ihn deklarieret, daß da die Kaiserin-Königin Sie schlechterdings zu dem Kriege forcieret hätte (welchen Sie, wenn es auch sonsten Dero Intention jemalen gewesen, Krieg zu haben, gewiß in gegenwärtigen Konjunkturen nicht angefangen haben würden)."

„Wenn es nicht gelingt, mich selbst zu bestechen, wird es unmöglich sein, meine Pläne zu erraten." „Wenn ich glauben könnte, daß mein Hemd, ja meine Haut etwas von dem wissen, was ich thun will, ich würde sie zerreißen," hat König Friedrich von sich selbst gesagt. Seine Minister, seine eigenen Brüder, der Thronfolger, der Prinz von Preußen waren gegen diesen Krieg, und er hat sie nicht von seiner Notwehr zu überzeugen vermocht, aber auch in sein Geheimnis eingeweiht hat er niemand, wenigstens niemand (man könnte zweifeln bei Eichel und Winterfeldt), der uns etwas darüber hinterlassen hat.

Wie aber steht es mit der Wahrhaftigkeit seiner für die Nachwelt bestimmten Geschichtserzählung? Daß Friedrich zu Zwecken der Politik alle Listen der Verschlagenheit bis zu kaum glaublichen Spitzen hinauftrieb, weiß, wer die Geschichte des Vertrages von Klein-Schnellendorf und die Schein-Belagerung von Neiße kennt. Seine Memoiren aber gelten für Zeugnisse eines hervorragenden Wahrheitssinnes, jener Geistesgröße, die der Heuchelei niedere Maske verschmäht. Wo bisher Unrichtigkeiten nachgewiesen worden sind, sind es Stellen, an denen die Neigung zu witziger Zuspitzung den König verführt hat, oder, wo er sozusagen, es nicht hat übers Herz bringen können, alles herauszusagen oder leidenschaftlicher Haß ihn verblendete. Jeder Kenner weiß, daß Memoiren in dieser Beziehung sehr milde beurteilt werden müssen und vollständige Offenheit verlangt ein Menschenkenner von ihnen überhaupt nicht. Einfache Gedächtnisfehler, Voreingenommenheit, Wunsch sich zu verteidigen, bringen, ohne daß man von subjektiver Unwahrhaftigkeit sprechen darf, die stärksten thatsächlichen Verschiebungen hervor. Nun steht es ja mit der Genesis des Siebenjährigen Krieges so, daß die große Konspiration gegen Preußen viel weiter und viel gefährlicher war, als Friedrich im Jahre 1756 selber wußte und irgend für möglich hielt. Er ist in den Krieg gegangen nach seiner Meinung auf Bedrohungen hin, die er künstlich aufbauschen mußte, um vor seinen eigenen Vertrauten und Bundesgenossen einen Kriegsgrund zu haben. Der Verlauf des Krieges aber belehrte ihn, wie ernsthaft die

Gefahr gewesen war. Wie hätte Frankreich sich sechs Jahre mit solchem Kraftaufwand an dem Kampfe beteiligt, wenn nicht eine sehr tief fundierte politische Absicht dabei war?

Ganz natürlich also, daß in seiner Erinnerung sein eigener Aggressiv-Gedanke immer mehr zurücktrat. In den hundert schlaflosen Nächten, so dürfen wir es uns ausmalen, nach den furchtbaren Tagen von Kollin und Kunersdorf, in dem verzweifelten Jahr 1761, in der Einsamkeit, wo er keinen Freund mehr um sich hatte, und alles um ihn herum Vorwürfe barg, wenn ihn da die Gedanken bestürmten: weshalb hast du diesen unseligen Krieg begonnen — dann sagte er sich immer wieder: es war ja nicht anders möglich; die Verschwörung war ja da: der Krieg wäre auch so gekommen. So hat er halb unbewußt seine eigenen Vorstellungen umgebildet und es kostete ihm endlich nicht viel, es auch so in seinen Memoiren darzustellen und seinen eigenen Aggressiv-Plan mit Stillschweigen zu übergehen. Man halte nicht entgegen, daß er damit seine eigene Größe verdunkelt hat. So können wir es wohl heute ansehen, aber so hat er es selbst nicht angesehen. Für ihn war der Kummer des Nicht-Erreichens und die Erinnerung der entsetzlichen Leiden, die das Land durchzumachen gehabt hatte, viel zu groß und zu schmerzlich, als daß er sich seines Anteils an der Entfachung des Kriegsfeuers hätte rühmen mögen.

In diesem Sinne hat er es endlich in seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges fixiert und anscheinend in vollem Widerspruch, aber doch mit innerer Berechtigung stehen die beiden Aussagen des königlichen Autors, daß er im Jahre 1756 die große Koalition nicht habe „ahnen" können, und daß er nur zum Zweck der Verteidigung gegen diese Koalition, von der er doch nichts „ahnte", das Schwert gezogen, einander gegenüber. Wer die Einleitung zur Geschichte des Siebenjährigen Krieges hintereinanderweg liest, empfindet darin auch noch deutlich die doppelte Strömung. Im ersten Kapitel wird die innere Verwaltung Preußens und Österreichs in dem Jahrzehnt vor dem Kriege geschildert: sie gipfelt in einer mit einem gewissen freudigen Stolz vorgetragenen Darstellung der gesteigerten kriegerischen Kraft Preußens, aber nicht weniger Österreichs, das sich die Einrichtungen Preußens zum Muster nahm. „Eine Frau führte Pläne aus, würdig eines großen Mannes." Dann schließt das Kapitel: „So rüsteten sich zwei Mächte während des Friedens für den Krieg: wie zwei

Kämpfer, die ihre Waffen schärfen und vor Ungeduld brennen, sie zu gebrauchen." Man fühlt durch: beide Kämpfer sind es, die vor Ungeduld gebrannt haben.

In der eigentlichen Erzählung fällt dann alle Schuld auf Österreich und die große Konspiration, aber die Worte sind doch an manchen Stellen mit einer gewissen Vorsicht gewählt. Eine positive Versicherung, daß der König den Frieden und nichts als den Frieden gewollt habe, findet sich nicht. Wohl will er den Vertrag von Westminster nur geschlossen haben, um Deutschland den Frieden zu erhalten: hat der Geist der Historie in diesem Augenblick dem Schreibenden auf die Schulter geklopft, so wird er geantwortet haben: dieser Vertrag als solcher hatte keinen Zweck als den Frieden; was sich auf dieser Basis noch entwickeln konnte, und was ich im innersten Herzen dabei gedacht habe, ist eine Sache für sich. Von den österreichischen Rüstungen sagt der König: „Der Wiener Hof sammelte in Böhmen mehr Truppen als gewöhnlich und bildete daraus zwei Armeen": „mehr Truppen als gewöhnlich" ist doch recht wenig gesagt und zaghaft ausgedrückt.

Wenn es nun aber richtig ist, daß Friedrich nicht alles aufgeboten, den Frieden zu erhalten, sondern im Gegenteil zwei Offensiven aufeinander gestoßen sind, hat er dann nicht die europäische Situation ganz unrichtig beurteilt und seinem politischen Scharfblick ein schlechtes Zeugnis ausgestellt? Geirrt hat er sich allerdings in der Beurteilung der Politik Frankreichs und namentlich auch in der militärischen Klassierung der Russen, die viel mehr geleistet haben, als er erwartete, aber solche Mißurteile thun der politischen Größe keinen Eintrag. Der kann nur kleine Ansichten haben, der weiß, wohin er geht. Die Berechnung ist immer nur ein Teil: das eigentliche Schicksal, dem der Held die Kühnheit haben muß, entgegenzugehen, ist dunkel. Hat Hannibal deshalb eine Linie an seiner Größe weniger, weil zuletzt doch die Kräfte der Römer größer waren als er berechnete und die Karthager unterlagen? Für die Größe des Helden ist nicht entscheidend, daß er jeden einzelnen Faktor richtig berechnet hat, denn das ist unmöglich, sondern daß er den von seinem Standpunkt aus richtigen Gedanken in seiner ganzen Größe erfaßt und mit aller Kraft und Kunst, die Menschen gegeben ist, durchgefochten hat.

Weder König Friedrich noch Maria Theresia haben den Zweck,

um dessentwillen sie sich gegenseitig zum Kampf auf Leben und Tod herausgefordert, erreicht, sondern endlich ermattet die Arme sinken lassen müssen. Aber nicht vergeblich ist das siebenjährige Ringen gewesen. Heldentum ist eine Aussaat, die niemals ganz verloren geht. Es ist das Verhängnis des deutschen Volkes und es ist die Größe des deutschen Volkes, daß es zwei Großmächte aus sich hervorgebracht hat. Bei aller Feindschaft ist auch in Preußen eine stille Verehrung für die Österreicherin Maria Theresia nie erloschen, und Friedrich II. von Preußen ist dem ganzen deutschen Volke Friedrich der Große. In dem Ringen gegeneinander sind die beiden Staaten erst zum vollen Bewußtsein ihrer selbst gekommen. Noch im Beginn des Siebenjährigen Krieges sprachen die Berliner Prediger auf der Kanzel „von allen diesen Provinzen, die wir zusammen für unser Vaterland achten müßen“: erst während des Krieges selbst findet die Siegespredigt den vollen Ausdruck des „preußischen Vaterlandes“. Was hat denn die Hannoveraner Scharnhorst und Hardenberg, den Ansbacher Gneisenau, den Nassauer Stein, den Mecklenburger Blücher nach Preußen gezogen wenn nicht der Name des Siegers von Prag, Roßbach, Leuthen, Zorndorf und Torgau? Wie hätte Preußen sich jemals wieder erheben können aus der Niederlage von Jena ohne diese Erinnerungen und diese Männer? Ein großes Gut hat Friedrich seinem Staate erwerben wollen und hat es nicht erreicht: Sachsen. Ein unendlich viel größeres hat er aber gewonnen, den Glauben des deutschen Volkes an seine eigene Größe, den preußischen Stolz, das preußische Vaterland, eine Fahne, um die sich fünfzig Jahre später noch im alleräußersten, allerletzten Winkel deutscher Erde, in Memel die Helden Deutschlands sammeln konnten, um ein neues Preußen, das endlich ein neues Deutschland werden konnte, wieder zu erobern.

Eine sozialdemokratische Denkschrift.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 80, Mai-Heft 1895.

Vorbem. d. Red. Derselbe neckische Kobold, der so manches denkwürdige Aktenstück oder Brieflein der Redaktion des „Vorwärts" zugetragen, hat launisch, wie solche Wichte sind, auch uns einmal seine Gunst zugewandt und uns die nachfolgende Denkschrift auf den Redaktionstisch gelegt. Er hat sich auch wohl einmal einen Spaß machen wollen. Wir sehen nicht ein, warum wir nicht darauf eingehen sollten, — Briefe verlieren und Briefe finden kann ja jeder einmal — und veröffentlichen das Aktenstück, dessen Verfasser unschwer zu erraten ist.

München, den 11. April 1895.

Freund und Feind sind darüber einig, daß die Aussichten unserer Partei glänzende sind. Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie. Das Angstgeschrei der herrschenden Parteien bezeugt, wie nahe sie ihren eigenen Sturz vor Augen sehen.

So scheint es. Ich behaupte aber, in Wirklichkeit schaut es ganz anders aus. Unbestritten ist freilich die Angst unserer Gegner. Aber nicht jeder, der Angst hat, ist darum in wirklicher Gefahr. Zu den andern edlen Eigenschaften des Bourgeois gehört auch die Hasenherzigkeit und nur diese ist es, die durch das Angstgeschrei einmal wieder bezeugt wird. In Wahrheit ist die Sozialdemokratie in Deutschland auf einem Punkt, wo die höchste taktische Geschicklichkeit dazu gehört, um nicht festzufahren und ich habe deshalb für den engeren Kreis der Genossen den Rat, den ich glaube geben zu müssen, schriftlich ausgearbeitet.

Das Grundprinzip unserer Partei ist die Revolution. Aber der Sinn dieses Wortes hat sich allmählich gewandelt. Die Barrikadenschlacht ist heute eine poetische Gemütsaffektion, mit der die ernsthafte Politik nicht mehr rechnet. Genosse Engels hat das kürzlich so

schlagend ausgeführt,*) daß ich mir den näheren Nachweis ersparen kann. Schon in den früheren Straßenkämpfen ist der direkte Erfolg der Barrikaden geringer gewesen, als man gewöhnlich annimmt und in diesen früheren Kämpfen stand die Masse auch der bürgerlichen Bevölkerung auf unserer Seite, während jetzt auch das Kleinbürgertum vielfach eher auf der Gegenseite stehen würde. Dazu kommt die kolossale numerische Verstärkung der stehenden Heere, die Eisenbahnen, die binnen Stunden ganze Armeen in die Hauptstädte führen und die neuen Waffen, namentlich auch die moderne Artillerie, gegen die die gewöhnlichen Privatwaffen bloße Zimmerpistolen sind. Der Revolutionär müßte verrückt sein, sagt Genosse Engels mit Recht, der sich die Arbeiterdistrikte von Berlin zu einem Barrikadenkampf aussuchte.

Auch die Hoffnung, daß die Armee selber mürbe werden könnte, ist illusorisch. Allerdings treten Jahr für Jahr mehr zuverlässige Genossen in sie ein, aber es bleiben immer viel zu wenige. Die Armee besteht aus den jungen Männern von 20 und 21 Jahren und diese haben, selbst wenn sie aus zielbewußt sozialdemokratischen Familien stammen, doch selten schon Charakterfestigkeit genug, um der militärischen Disziplin entgegenzuhandeln. Wie viele Soldaten haben auch nur das Selbstbewußtsein und den Mut, gegen die Mißhandlung eines Unteroffiziers den Beschwerdeweg einzuschlagen? Der Genosse Bebel hat einmal sehr richtig gesagt, keine Partei wisse besser, was Disziplin bedeute, als gerade die unsrige, deshalb müssen wir uns auch auf diesem Punkt von allen Illusionen frei machen: ich behaupte, selbst eine Kompagnie, die bis zum letzten Mann aus Sozialdemokraten besteht, wird in der Hand eines tüchtigen Hauptmanns militärisch von einer Kompagnie aus lauter Bourgeois-Söhnen nicht zu unterscheiden sein.

Man rechnet hier und da auf die Unteroffiziere, die sozial uns nahe verwandt sind. Einzelne, vielleicht auch ziemlich viele mögen dafür ein Verständnis haben. Aber was helfen uns die Einzelnen? Erst wenn eine große Zahl sich im Geheimen vereinigte und längere Zeit auf die Mannschaft wirkte, wäre ein Erfolg denkbar. Eine solche Verschwörung aber ist völlig ausgeschlossen. Am dritten Tage wäre sie verraten und eine barbarische Bestrafung würde den Keim für alle Zukunft vernichten. Niemand denkt auch nur daran.

*) Anm. der Red. Gemeint ist offenbar Engels Einleitung zu Marx: „Klassenkämpfe in Frankreich". Berlin 1895.

Etwas anders steht es, wenn die älteren Jahrgänge der Reservisten einberufen sind und namentlich bei den Landwehr-Bataillonen. Aber diese treten in größeren Massen nur im Kriegsfall zusammen und bei dem nächsten Kriege müssen wir vollends alle unsere Gedanken zurückstellen. Denn es ist sicher, daß dieser Krieg gegen Rußland geführt wird und gegen Knäs Knutowitsch bleibt auch uns gar nichts anders übrig, als die Mordspatrioten zu spielen und zu fechten.

Die allgemeine Meinung ist, daß das allgemeine Stimmrecht uns auf die einfachste und natürlichste Weise von der Welt den Sieg geben werde. Auch Genosse Engels teilt diese Ansicht. Die Wähler, sagt er, seien der entscheidende Gewalthaufe der internationalen proletarischen Armee. Sein Wachstum gehe so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß. Auf 2¼ Mill. Wähler könnten wir schon heute rechnen. Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern und wachsen zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle anderen Mächte sich beugen müssen, ob sie es wollen oder nicht.

1871	hatten	wir	102 000	Stimmen.
1874	"	"	352 000	"
1877	"	"	493 000	"
1884	"	"	550 000	"
1887	"	"	763 000	"
1890	"	"	1 427 000	"
1893	"	"	1 786 000	"
1898	"	"	2 107 000	"

Diese Zahlen beweisen jedoch lange nicht soviel, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Unzweifelhaft wird die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch erheblich zunehmen, indem nämlich in denjenigen Wahlkreisen, die noch gar nicht oder nur sehr wenig von unseren Ideen berührt worden sind, die geeigneten Elemente allmählig davon ergriffen werden. Aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, ob noch viele Wahlkreise existieren, in denen wir Aussicht haben, zu irgend einer Zeit die Majorität zu erlangen, ja ob wir so sicher sein dürfen, die Wahlkreise, die wir heute schon besitzen, auch für alle Zeiten zu behalten. Hier schaut es nun ganz anders aus. Bei den Wahlen im Jahre 1893 haben wir nur etwas über die Hälfte unserer Sitze (24) im ersten Wahlgang erlangt, die andere Hälfte erst bei den Stichwahlen.

Obgleich mehr als ein Viertel aller abgegebenen Stimmen für unsere Partei abgegeben sind, hatten wir dennoch nur in 24 Wahlkreisen des Deutschen Reiches wirklich die Majorität. Alle anderen Wahlkreise sind uns nur durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien zugefallen und können uns wieder entrissen werden, sobald diese Parteien sich vereinigen.

Sie werden sich aber vereinigen, sobald erst die Furcht vor einem sozialdemokratischen Siege wirklich allgemein geworden ist. Zahllose Bourgeois und Kleinbürger stimmen heute für uns, nicht weil sie Sozialdemokraten sind, sondern weil sie Opposition machen wollen. Sie können sich dieses Vergnügen erlauben, so lange wir im Parlament keinen Einfluß haben. 40, 50, 60 Sozialdemokraten im Reichstag bilden für die heutige Wirtschaftsordnung und den heutigen Besitz noch keine Gefahr. In dem Augenblick aber, wo unsere Fraktion anfangen würde, einen wirklichen Einfluß im Sinne ihrer Prinzipien auf die Gesetzgebung auszuüben, würde die gesamte bürgerliche Gefolgschaft von uns abfallen, und das würde uns nicht nur die sämtlichen jetzt in Stichwahl eroberten Sitze kosten, sondern auch einen großen Teil der jetzt gleich im ersten Anlauf der Hauptwahlen gewonnenen Stellungen ernstlich bedrohen.

Man betrachte folgende Zahlen:

	Gültige abgegebene Stimmen	Davon entfielen auf den Sozialdemokraten
Breslau I	24 759	12 736
„ II	26 335	13 645
Kiel	35 937	18 119
München II	38 666	21 876
Rochlitz	25 367	12 817
Stolberg	23 557	14 385
Auerbach	24 553	13 212
Braunschweig	29 694	15 430
Sonneberg	15 717	8 686
Gotha	23 244	12 362
Reuß ä. L.	10 682	6 041
Reuß j. L.	20 191	11 539
Mühlhausen	22 901	12 158

Alle diese, jetzt sofort in der Hauptwahl gewonnenen Sitze, gehen uns beim leisesten Umschlag wieder verloren.

Als gut können nur folgende Sitze angesehen werden:

	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokraten
Nürnberg	31517	18015
Leipzig Land	52336	33349
Chemnitz	38309	23296
Glauchau	23433	15234
Zwickau	30696	17971
Hamburg I	27580	16476
„ II	31161	20681
„ III	58801	32936
Altona	32051	20448
Berlin IV	64961	46356
„ VI	81214	51569

Auch von diesen Sitzen sind 1887 nicht weniger als fünf (Leipzig-Land, Chemnitz, Glauchau, Zwickau, Hamburg III) nicht unserer Fahne gefolgt, und neun Sitze, die wir bereits besaßen (Lübeck, Bremen, Halle, Aschersleben, Mannheim, Oldenburg-Ploen, Dresden II, Freiberg, Ehrenfriedersdorf) sind uns wieder abspenstig gemacht worden. Selbst in dem durch und durch bearbeiteten Sachsen fielen uns 1893 von den 23 Mandaten nur 7 zu und 1 bei der Nachwahl.

Unsere wahre Macht im Lande entspricht also nicht entfernt unserer Stimmenzahl. Um dereinst unser Ziel auf parlamentarischem Wege zu erreichen, müßten wir nicht nur die Mehrheit der Stimmen einmal im Fluge zu erhaschen, sondern sie auch wirklich festzuhalten imstande sein. Wir haben aber absolut sichere Sitze im ganzen Deutschen Reich mit 397 Vertretern kaum ein Dutzend.

Dürfen wir trotzdem darauf rechnen, jemals die Hälfte oder gar die Majorität der deutschen Wähler für uns zu gewinnen? In Frankreich besteht seit 25 Jahren die so gut wie uneingeschränkte demokratische Republik. Man kann auch nicht sagen, daß die Beschränkung des Preß-, Versammlungs- und Vereinsrechtes sehr wesentlich sei. Dennoch haben es die Genossen in der französischen Kammer bisher auf kaum 50 Sitze gebracht. Also ungefähr derselbe Stand, den wir heute im Deutschen Reiche auch haben. In Deutschland liegen die Dinge nun für uns insofern etwas günstiger, als im ganzen Osten der Großgrundbesitz vorherrscht, und wir eine gewisse Hoffnung hegen

dürfen, hier die ländlichen Tagelöhner einmal für uns zu gewinnen. Aber die preußische Regierung hat auch bereits die Mittel gefunden, diesem unseren Eindringen zu begegnen. Die Rentengutskolonisation ist bereits im vollen Fluß und wird vermutlich in den nächsten Jahren noch viel stärker gefördert werden. Dadurch entsteht auch im Osten jener Bauernstand, der schon heute im Westen und Süden unser stärkster Feind ist, und der das Obsiegen unserer Ideen in Frankreich verhindert. Die ostpreußischen Junker wissen wohl, weshalb gerade sie jetzt so sehr nach Gewaltmaßregeln gegen die Sozialdemokratie schreien: wenn es gelänge, uns zu unterdrücken, würde auch die Bauern-Kolonisation, die den Osten mit der Zeit demokratisieren und ihrer Herrschaft ein Ende machen wird, aufhören.

Heute giebt es in Deutschland 5276944 landwirtschaftliche Besitzungen und 10628292 Wahlberechtigte, also fast die Hälfte der Wähler hat Grundbesitz. Von den landwirtschaftlichen Betrieben haben allerdings wieder fast die Hälfte, nämlich 2323316 weniger als 1 Hektar, und von den Besitzern dieser Parzellen dürfte angenommen werden, daß sie unseren Ideen zugänglich sind. Aber sie sind es doch nur sehr zum Teil. Unsere Gegner pflegen umgekehrt die Redensart im Munde zu führen, daß, wer auch nur „eine Scholle vaterländischen Bodens“ sein eigen nenne, zum Sozialdemokraten verdorben sei. Die Wahrheit mag in der Mitte liegen, aber soviel Kleinbauern wir auch gewinnen mögen, sie werden fünffach aufgewogen 1. durch die ganze Masse des städtischen Besitzes, 2. durch die ganze Masse derer, die wohl ihrer sozialen Lage nach zum Proletarierstande gehören, die aber durch Charakterschwäche, Eigennutz, Mangel an Intelligenz, patriotische oder religiöse Ideen abgehalten werden, sich zu uns zu gesellen, immer in Abhängigkeit von den herrschenden Klassen bleiben und sich von ihnen an die Wahlurnen führen lassen werden.

Als Beispiel, wie beschränkt der Kreis des Ergreifbaren für uns ist, möge Elberfeld-Barmen betrachtet werden. Der Wahlkreis ist der Typus moderner Großindustrie. Von Anbeginn an war hier ein Hauptsitz unserer Agitation. Was hier heute noch nicht erreicht ist, wird für alle Zeiten unerreichbar sein. Noch heute aber haben wir in Elberfeld und Barmen keine sichere Majorität, ja sogar streng genommen nur eine Minorität, denn 1893 erhielt bei der Hauptwahl

der Sozialdemokrat nur 19005 Stimmen, alle anderen Kandidaten zusammen 21803, und erst in der Stichwahl wurde der Genosse Harm gewählt. Steht es noch heute so in Elberfeld-Barmen, was haben wir in den halbländlichen Bezirken je zu erwarten?

Die jüngst vollzogene Nachwahl in Schmalkalden-Eschwege giebt die Antwort darauf. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt im ersten Wahlgang 5400 Stimmen, alle anderen zusammen 10500. Trotzdem hatte unser Genosse gute Aussicht auf den Sieg, da der Gegner, mit dem er in die Stichwahl kam, ein wilder Antisemit war und der ausgefallene freisinnige Kandidat seine 3400 Anhänger ausdrücklich und öffentlich aufforderte, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Nichtsdestoweniger unterlag Genosse Huhn mit 6800 gegen 9800 Stimmen. Diese aus bäuerlichen und industriellen Bezirken gemischten Wahlkreise sind eben für uns so gut wie uneinnehmbar.

Unsere Aussichten, jemals die Majorität der Wähler im Deutschen Reich für uns zu gewinnen, sind also nicht nur sehr gering, sondern sie sind thatsächlich gar nicht vorhanden. Die steigenden Zahlen unserer Anhänger täuschen, weil sie thatsächlich eine große Masse von bloß Unzufriedenen enthalten und weil die Steigerung nicht so fortgehen, sondern sehr bald an ihrer Grenze angelangt sein wird.

Was hat die sozialdemokratische Partei zu thun, um trotzdem ihr Ziel, den Sturz des gegenwärtigen Staatswesens und der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu erreichen?

Ich will hier nicht wiederholen, was ich früher darüber gesagt habe, daß und wie das Bauerntum für uns gewonnen werden müsse. Ich bleibe dabei, daß dies der prinzipiell entscheidende Punkt ist. Aber in diesem Augenblick giebt es noch einen anderen Bundesgenossen, der für uns bei richtiger Taktik gewonnen werden könnte, und um dessentwillen habe ich diese ganze Betrachtung aufgesetzt.

Der einzige Staat in Europa, in dem unsere Partei wirklich gute und naheliegende Aussichten auf Erfolg hat, ist heute Belgien. Die belgischen Zustände ähneln ja sonst sehr den französischen, aber sie unterscheiden sich darin, nicht, daß noch ein Scheinkönigtum an der Spitze steht, sondern, daß Belgien der eigentliche Musterstaat des Katholizismus ist. In Frankreich ist die Herrschaft der katholischen Kirche seit der großen Revolution definitiv gebrochen. Die große Majorität des Volkes ist aufgeklärt, und die Anwandlungen klerikalen Regiments

unter den verschiedenen Dynastien sind immer sehr schnell überwunden worden. Die Franzosen lassen sich wohl noch die wirtschaftliche Herrschaft des Kapitals, aber nicht mehr die geistige Herrschaft des Pfaffentums gefallen. In Belgien aber ist der Katholizismus so stark, daß er lange Perioden wirklich geherrscht hat und auch augenblicklich wieder die unumschränkte Gewalt in der Hand hält. Gleichzeitig ist aber auch wieder die Opposition gegen diese Herrschaft sehr stark. Auch in Belgien ist die Aufklärung zu sehr fortgeschritten, um sich schweigend dem Aberglauben zu unterwerfen und die Empörung gegen die Herrschaft des Aberglaubens ist so stark, daß sie einen nicht geringen Teil auch der Besitzenden zwar nicht direkt in die Arme der Sozialdemokratie, aber doch an ihre Seite treibt.

Dies ist der Zustand, zu dem wir auch in Deutschland zu gelangen suchen müssen. Bei uns in Bayern ist hier und da schon etwas Ähnliches vorhanden: Alles hält zusammen gegen die Schwarzen. Also: auf der einen Seite das Bündnis mit den Bauern, auf der andern das Bündnis mit der Bildung. Dies Bündnis werden wir aber so leicht nicht erlangen, wenn nicht eine scharfe Geißel uns jene Kreise gewaltsam zujagt.

Diese Geißel ist da. Unermeßlich hat im letzten Vierteljahr die Sozialdemokratie an Sympathie in den höheren Klassen gewonnen: dank der Umsturzvorlage und Herrn Stumm. Bessere Treiber und Helfer können wir nicht finden: wir müssen suchen, sie uns zu erhalten.

Eine Partei wie die unsrige ist Strafgesetzen gegenüber in einer eigentümlichen Lage. Einerseits bereiten solche Gesetze vielen einzelnen Genossen schwere Leiden. Andererseits aber die Partei als Ganzes gewinnt durch diese Leiden. Die schlechten Elemente, die sich vor den Strafen fürchten, werden ausgeschieden, und der Anblick des Martyriums der Freunde stärkt die Charakterkraft, die Disziplin und die Treue der Genossen. Solange wir nicht stark genug sind, in den offenen Kampf einzutreten, müssen wir ein gewisses Martyrium für die Partei geradezu wünschen. Außerdem schützt uns die Polizei vor dem größten Unglück, das uns passieren konnte, nämlich verfrühten und verfehlten Putschen.

Wenn also von diesem Gesichtspunkte aus die kapitalistische Bosheit uns geradezu nützlich ist, so ist sie doppelt nützlich, wenn sie nicht

uns allein trifft, sondern gleichzeitig andere Kreise, die sich dann im Erfolg des gemeinsamen Leidens uns verwandt fühlen.

War es schon der Charakter der ursprünglichen Regierungsvorlage, nicht bloß uns, sondern den gesamten Liberalismus zu bedrohen, so ist die Umsturzvorlage, wie sie aus den Beschlüssen der Kommission hervorgegangen ist, ein wahres Mustergesetz, um die höchsten Kreise der Bildung, Wissenschaft, Kunst und Litteratur mit dem heutigen Staatswesen tödlich zu verfeinden. Sogar die Nationalliberalen, die in ihrer phänomenalen . . . .*) das Ganze eingeleitet haben, stehen jetzt schon mit Schaudern und Schrecken vor dem klerikalen Wechselbalg und wünschen die Vaterschaft zu verleugnen.

Unter keinen Umständen dürfen wir diese uns durch die Thorheit unserer Feinde bereitete Position unbenutzt lassen: wir haben jetzt die Möglichkeit, aus Deutschland ein zweites Belgien zu machen. Nur von unserer Taktik hängt es ab, die Möglichkeit zur Wirklichkeit werden zu lassen. Unsere Aufgabe muß sein, der Koalition von Mammonismus und Pfaffentum, die in dieser Umsturzvorlage zum Ausdruck gekommen ist, für einen Augenblick in Deutschland zur Herrschaft zu verhelfen, um in ihren unausbleiblichen Sturz den bestehenden Staat mit hineinreißen zu lassen. Wenn wir es dahin bringen könnten, daß Herr Rintelen einmal preußischer Kultusminister würde, so würde uns der Sieg wie eine reife Frucht in den Schoß fallen.

Nun ist die Annahme der Umsturzvorlage, wenn auch in der Kommission mit 17 gegen 8 Stimmen erfolgt, im Plenum doch keineswegs sicher. Die Konservativen, die Fraktion Stumm und das Zentrum verfügen zusammen nur gerade über die Hälfte der Stimmen. Es müssen noch die Polen, die bisher eine schwankende Haltung eingenommen haben oder einige Nationalliberale hinzutreten, um die Majorität zu sichern.

Auf der Rechten können sich aber sehr leicht einige Herren drücken aus Furcht vor den Wählern, die doch sehr deutlich gegen die Vorlage Stellung genommen haben. Der einzige Nationalliberale, der mit Entschiedenheit gegen den Frankfurter Parteitag protestiert hat,

---

*) Anmerk. d. Red. Aus Rücksicht auf unsere verehrten Freunde von der nationalliberalen Partei unterdrücken wir hier ein Wort des Manuskripts.

und der deshalb von der „Nationalliberalen Korrespondenz" in Acht und Bann gethan wurde, Herr Kulemann, ist plötzlich in Weimar als nationalliberaler Kandidat aufgestellt worden, ein Zeichen, woher der Wind bei den Wählern weht. Ganz ebenso hat Roesicke, der Kandidat des Bundes der Landwirte, in Eisenach sich gegen die Umsturzvorlage erklären müssen.

Wenn wir sicher sein wollen, daß die Umsturzvorlage Gesetz wird, so bleibt uns nichts übrig, als daß wir uns selbst der Abstimmung enthalten. Die Nichtannahme unserer Interpellation über das kaiserliche Telegramm durch den Präsidenten giebt uns einen ausgezeichneten Vorwand, uns bis auf weiteres der Teilnahme an den Sitzungen zu entziehen.

Wird die Umsturz-Vorlage auf diese Weise in möglichst klerikaler Form zur Annahme gebracht, so bringt das wohl diesen oder jenen Genossen einmal auf den Scheiterhaufen, unserer Agitation im ganzen aber thut es keinerlei Eintrag. Unsere Gegner erwarten das selber nicht. Zu den mancherlei Vorteilen, die die Teilnahme am parlamentarischen Leben unserer Partei gewährt, gehört auch, daß man durch die vielfältige Berührung mit den anderen Parteien stets über die dort obwaltenden Stimmungen orientiert ist. Alle Fraktionsgenossen werden bestätigen, daß diese Stimmung durchaus nicht sehr für das Gesetz ist, vor allem, weil man keinen Erfolg davon erwartet.

Wenn nun der Erfolg aber ausbleibt, so ist man einmal auf der Bahn der Gewalt und kann schwer davon wieder zurück. Der nächste Schritt, der dann übrig bleibt, ist die Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts, die da jetzt schon vielfach ganz offen gefordert wird.

Das wird nun allen denen, die ihre ganze Hoffnung auf das allgemeine Stimmrecht setzten, als ein sehr schwerer Schlag erscheinen. Die Sache schaut aber anders aus, wenn man sich klar macht, wie wir oben gesehen haben, daß das allgemeine Stimmrecht schon nicht mehr so sehr weit davon ist, seine Kraft zu erschöpfen. Schwerlich werden wir 60 oder gar 70 Sitze je erreichen, und wenn erreichen, sie nicht behaupten. Hat man aber erst erkannt, daß wir an der Maximalgrenze angelangt sind, so zeigt das allgemeine Stimmrecht der öffentlichen Meinung nicht mehr unsere Stärke, sondern unsere Schwäche. Sobald wir nicht mehr fortschreiten, würden unsere eigenen Anhänger den Glauben an die Sache des Proletariats verlieren: die Agitation

würde erlahmen und wir würden sehr schnell zurückgehen. So ist es den englischen Chartisten ergangen, die einen Augenblick nahe daran schienen, sich auf den Thron zu setzen und als es doch nicht geschah, plötzlich das Vertrauen des Volkes völlig verloren und wie in einer Versenkung verschwanden.

Wird aber das allgemeine Stimmrecht durch einen Gewaltstreich aufgehoben, so gewinnen wir folgendes:

Nicht nur uns geschieht ein Unrecht, sondern auch alle diejenigen Proletarier werden in ihren Rechten aufs Schwerste gekränkt und beleidigt, die heute noch zu der Regierung und zu den herrschenden Klassen halten. Die Zahl dieser ist sehr groß, viel größer, als man so denkt. Die kleinen Majoritäten, mit denen wir selbst in den Großstädten nur zu siegen pflegen, beweisen es. Wo kommen denn in den reinen Arbeiterquartieren wie Berlin IV und Berlin VI die 19000 und 30000 Stimmen her, die noch 1893 hier gegen uns abgegeben worden sind? Hier müssen auch noch viele Arbeiter gegen uns gestimmt haben, denn so viele Bourgeois wohnen in diesen Stadtvierteln gar nicht. In vielen Gegenden Deutschlands ist auch noch der Royalismus sehr stark bei den kleinen Leuten. Nachdem durch ein klerikales Umsturzgesetz sich die Regierung die gebildeten Klassen zu Feinden gemacht hat, kann es uns nur Vorteil bringen, wenn sie durch einen Raub am Wahlrecht auch die niederen Klassen in ihrer Gesamtheit vor den Kopf stößt. Das Solidaritätsgefühl aller Unterdrückten wird dadurch mächtig gesteigert und alle Parteien, die außer uns noch ihre Kraft im allgemeinen Stimmrecht suchen, das Zentrum, die Antisemiten, die Christlich-Sozialen, der Freisinn sind gezwungen, an unserer Seite zu fechten.

Die große Bewegung, die dadurch entstehen muß, hat dann den besonderen Vorteil, im Dunkeln zu kämpfen. Da die Zahlen des allgemeinen Stimmrechtes fehlen, so ist es nicht mehr möglich festzustellen, wie stark die Sturmkolonnen eigentlich sind. Furcht und Hoffnung werden in der aufgeregten Phantasie von Feind und Freund unsere Kräfte ins Unermeßliche vergrößern und das ist gerade die rechte Stimmung für einen Entscheidungskampf. Nachdem das allgemeine Stimmrecht uns seine unschätzbaren Dienste für die systematische Agitation und Organisation der Massen geleistet, kann uns nichts Besseres geschehen, als daß, sobald der Höhepunkt seiner Ausnutzung erreicht ist, es uns

wieder genommen wird. Mit Zahlen und Gründen glaube ich nachgewiesen zu haben, daß wir uns thatsächlich der Höhe bereits nähern. Binnen nicht zu langer Zeit werden wir auf dem toten Punkt angelangt sein, wenn unsere Gegner uns nicht durch irgend welche Fehler weiter helfen. Bleiben sie kaltblütig und besonnen — und wie ich hinzufügen will, wird gar die ins Stocken geratene kaiserliche Sozialpolitik von 1890 wieder aufgenommen — so werden wir einen harten Stand haben und vielleicht bald genug wieder von der Höhe hinuntergleiten. Nur indem wir jetzt mit bewußter Taktik die Gegner zu Fehlern und Unbesonnenheiten reizen, haben wir Aussichten auf einen endlichen Sieg. Eine Revolution von oben wird nicht nur die Revolution von unten legitimieren, sondern auch die Kräfte dazu erst wahrhaft hervorbringen. Unsere ganze Taktik also muß darauf gerichtet sein, diese Revolution von oben jetzt zu provozieren. Das erste, was wir suchen müssen zu erreichen, ist ein klerikales Umsturzgesetz. Dann wird die Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts nicht mehr lange auf sich warten lassen, und dann ist Deutschland reif für die Revolution.

Eine zweite sozialdemokratische Denkschrift.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 80, Juni-Heft 1895.)

Vorbemerk. d. Red. Der „Vorwärts" hat die Echtheit der in unserem Mai-Heft veröffentlichten „sozialdemokratischen Denkschrift" bestritten, aber, wie schon in den Zeitungen mit Recht bemerkt worden ist, in unsicherem Ton und ohne Angabe von Gründen. Obgleich abläugnend, hat er, wie es scheint, der Sache nicht recht getraut und hat den Argwohn nicht unterdrücken können, daß im Lager der Genossen etwas vorgehe, wovon er nichts wisse. Dieser Erfolg ermutigt uns, auch diese zweite Denkschrift, offenbar eine Antwort auf die erste, die uns auf demselben Wege zugegangen ist, wie jene, der Öffentlichkeit zu übergeben.

Berlin, den 15. Mai 1895.

Der Spitzbube, der die Denkschrift unseres Münchener Genossen der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" ausgeliefert, hat die Durchführung der dort vorgeschlagenen Taktik unmöglich gemacht. Ich hätte den „Preußischen Jahrbüchern" die Gemeinheit, ein gestohlenes Aktenstück zu veröffentlichen, nicht zugetraut. Zwar suchen sie sich damit herauszureden, daß ihnen die Denkschrift auf demselben Wege zugegangen sei, wie auch dem „Vorwärts" zuweilen Aktenstücke ausgeliefert worden seien, aber mit dieser Ausrede hat ihr schon die „Konservative Korrespondenz" und die „Kreuzzeitung" genügend heimgeleuchtet. Diese Blätter weisen der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" nach, daß sie sich mit ihrem Verfahren auf den Standpunkt der „Aktendiebstähle, der Briefunterschlagungen, des Vertrauensmißbrauchs und der Fälschungen" stelle. Uns zwar treffen diese Worte nicht, denn wer uns (Dativ) stiehlt, stiehlt für das Wohl der Menschheit. Ein Bourgeoisblatt aber, wie die „Preußischen Jahrbücher", sollte sich schämen, dergleichen zu thun, und ich drücke im Geiste der „Konservativen Korrespondenz" und der „Kreuzzeitung" die Hand, daß sie es den „Preußischen Jahrbüchern"

verwiesen haben, über so ernste Dinge wie Aktendiebstähle „seichte Witzeleien“ zu machen.

Wenn aber auch der taktische Vorschlag des Münchener Genossen unausführbar geworden und die Umsturz-Vorlage nun leider gefallen ist, so bedarf die „Denkschrift“ dennoch einer eingehenden Widerlegung, da ihr ganzer Inhalt geeignet ist, die Hoffnungen unserer Partei nicht nur auf ein sehr geringes Maß herabzudrücken, sondern die Wahrheit zu sprechen, sie vollständig zu zerstören. Zwar schließt sie mit dem in unserer Partei üblichen Ausblick auf die Revolution, aber die Berechnung, die zu diesem Ausblick führt, ist verkehrt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein Blatt, über das der Genosse v. Vollmar zwar zuweilen geringschätzig zu sprechen sucht, das aber doch zu unseren wirksamsten und bedeutendsten Gegnern gehört, haben ganz richtig hervorgehoben, daß der Hauptansatz der „Denkschrift“ falsch ist. Ein Faktor, sagen sie, sei nicht genügend gewürdigt — ich will das übrige wörtlich anführen: „Die Unmöglichkeit, aus Deutschland ein zweites Belgien zu machen. Einen Augenblick schien es möglich zu sein — aber nur einen Augenblick und nur scheinbar: die vorhandene Gefahr kaum aufgetaucht, ist auch schon wieder verschwunden.

„Das liberale, gebildete, national und freiheitlich gesinnte Bürgertum ist in Deutschland noch auf alle absehbare Zeit hinaus viel zu mächtig, um es geschehen zu lassen, daß seine politischen Geschicke zum Spielball der Ultramontanen und der Sozialdemokraten werden. An diesem Felsen werden schließlich alle jesuitischen Berechnungen scheitern, die nur zeitweilig an einer vorübergehenden Konstellation einen gewissen trügerischen Halt bekommen konnten.“

Lassen wir in diesen Ausführungen den Ausfall auf die Sozialdemokratie beiseite, so ist in der That sicher, daß der Ultramontanismus auch mit Hilfe seiner protestantischen Bundesgenossen keinerlei Aussicht hat, in Deutschland jemals zur Herrschaft zu kommen, und da dies der einzige Hoffnungsanker der Münchener Denkschrift bleibt, so wären wir mit unseren Zukunftsaussichten überhaupt zu Ende und könnten uns begraben lassen. Dieser Schluß scheint um so zwingender, als weder unsere gesamte Parteipresse noch auch die bürgerliche Angstpresse, der doch noch mehr daran liegt, zu beweisen, was wir für fürchterliche Kerle sind, als uns selber, noch sogar Herr v. Stumm oder Herr v. Köller den Versuch gewagt haben, die Ausführungen und

namentlich die Zahlen der Münchener Denkschrift zu widerlegen oder widerlegen zu lassen.

Sie sind aber gar nicht schwer zu widerlegen, wenn man nur die richtige zielbewußte sozialdemokratische Überzeugung hat.

Die 8 Milimeter Gewehre, die Sprenggranaten, die riesig vermehrte Soldateska, die Eisenbahnen, sollen jeden Versuch eines Proletarier-Sieges in offenem Kampf unmöglich machen. Das hat sogar Genosse Engels gesagt: er hat uns, die wir anders denken (wenn wir auch manchmal ebenso sprechen), für verrückt erklärt und der preußische Kriegsminister hat uns die Beleidigung angethan, daß er uns gar nicht mit Kanonen, sondern mit Feuerspritzen niederkämpfen lassen will. Wir sind auf dem Punkt lächerlich zu werden, wenn das so fort geht. Glücklicherweise haben wir aber noch Herrn von Stumm und Herrn Köller, und die wenigstens werden uns glauben, wenn ich behaupte, daß wir die Hoffnung auf einen Sieg im offenen Kampf keineswegs aufzugeben brauchen. Hat nicht sehr oft in der Weltgeschichte eine kleine Schar über eine große Überlegenheit gesiegt? Haben nicht wenige Griechen dem Heere des Xerxes widerstanden, das 4 Millionen Mann stark war? Haben nicht die Schweizer Hirten die eisengepanzerten Ritter der Herzöge von Habsburg und Burgund besiegt? Haben nicht die Sänger der Marseillaise die Heere der Tyrannen 1792 aus Frankreich zurückgetrieben? Zwar sollen moderne sogenannte Kritiker diese Dinge jetzt alle anders darstellen, aber die heutige Wissenschaft steht im Dienste des Kapitals und arbeitet mit Absicht daran, die Ideale der Demokratie zu zerstören. Wir aber wissen es trotzdem: nicht die Menge, nicht die Bewaffnung, nicht der militärische Drill entscheidet die großen Kämpfe der Weltgeschichte, sondern die Begeisterung. Hat nicht der kleine David mit einem bloßen Stein den gewaltigen schwergerüsteten Goliath besiegt? Ebenso gut kann auch das Berliner Proletariat, wenn die zielbewußte sozialdemokratische Gesinnung ihr nur erst recht in Fleisch und Blut übergegangen ist, den preußischen Soldaten, mag er sich auch den Sieger von Königgrätz und Sedan nennen, besiegen, und die Genossen, die jetzt allenthalben verkünden, wir dächten nicht mehr an Revolution, arbeiten nur Männern wie Bronsart von Schellendorff in die Hand, die sich herausnehmen, sich über uns lustig zu machen, statt wie doch alle anderen verständigen Leute thun, den furchtbaren Löwen, der in uns steckt, anzuerkennen und ihn nach Gebühr herauszustreichen.

Lassen wir aber die zukünftige Proletarier Schlacht, die ja immerhin nicht ohne Bedenken sein mag — selbst gegen bloße Feuerspritzen, da ein direkter Strahl aus der großen Spritze gefährliche Quetschungen erzeugen kann — und wenden uns der wichtigeren Frage der Aussichten des allgemeinen Stimmrechts zu.

Der Münchener Genosse weist nach, daß wir dem Maximum der möglichen Erfolge bei den Reichstagswahlen bereits sehr nahe sind. Das zu beweisen, geht er aus von dem Grundsatz, daß zuletzt nur die Nichtbesitzenden für uns eine zuverlässige Heerschaar bilden: da nun die Hälfte aller Wähler ländlichen Grundbesitz hat, wozu noch der ganze städtische und mobile Besitz kommt, so haben wir nicht die entfernteste Aussicht, jemals die Majorität zu erlangen. Ich frage: warum sollen nur die Nicht Besitzenden Sozialdemokraten sein? Ist nicht der Verfasser der Münchener Denkschrift selber ein Besitzender? Bin ich nicht auch selbst ein Besitzender und gebe monatlich 50 Mark für den Parteifonds? Bedarf nicht überhaupt ein ordentlicher Sozialdemokrat, um seine Kinder anständig zu erziehen, eines Einkommens von 10000 Mark, wie Genosse Liebknecht gezeigt hat? Haben wir nicht Millionäre in unseren Reihen? Gerade auf die Millionäre setze ich meine Hoffnung. Fürst Bismarck hat einmal gefragt: Haben Sie je einen zufriedenen Millionär gesehen? Trotzdem hat er es als Ziel der deutschen Politik bezeichnet, Millionäre zu züchten. Millionäre aber sind nach seinem eigenen Ausdruck stets unzufrieden und die Unzufriedenheit ist der Mutterboden der Sozialdemokratie. Haben wir aber erst die Millionäre auf der einen, die Proletarier auf der anderen Seite, so wird uns auch ein großer Teil der dazwischen liegenden mittleren Schichten zufallen und der Sieg ist unser.

Man meint vielleicht, die Reichen treiben die Sozialdemokratie nur als Sport und werden abfallen, wenn es anfängt ernst zu werden. Aber ich sage: wenn es erst soweit ist, können sie nicht mehr zurück. Denn siegen thut zuletzt die Partei, die ein Ideal hat und seit 20 Jahren wiederhole ich in jeder Rede, die ich halte, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die noch ein Ideal hat. Als klassischen Zeugen kann ich dafür wieder die „Kreuzzeitung" anführen in demselben Artikel, in dem sie den Professor Delbrück abkanzelt wegen der dolosen Publikation der Münchener Denkschrift. Gegen die Berechnungen dieser Denkschrift wendet sie nichts ein, aber, fügt sie hinzu: „nicht die rechnerisch

nachweisbaren Erfolge der Sozialdemokratie sind die gefährlichsten, sondern die zersetzende Wirkung, die Entsittlichung, die Vernichtung jeder Autorität, die mit der sozialdemokratischen Agitation verbunden ist, das ist die Gefahr für unser Vaterland."

Wenn die „Kreuzzeitung" allen diesen Graus nur auf die Anhänger der Sozialdemokratie bezöge, so wäre dagegen von ihren Anschauungen aus nichts zu sagen. Aber sie hat selber vorher sich auf den Standpunkt gestellt, daß numerisch die Sozialdemokraten nicht so sehr zu fürchten seien; wenn also der Kreis derer, die wir auch nur so weit bringen, unsere Stimmzettel abzugeben, nicht so sehr mehr zu erweitern ist, so kann sich auch unsere „zersetzende Wirkung" nicht so sehr weit erstrecken. Die „Kreuzzeitung" aber hat sich hier verschnappt. Sie gesteht ausdrücklich zu, daß wir „jede Autorität vernichten" — also auch außerhalb unserer Reihen, mit anderen Worten, auch bei den anderen Parteien, auch in ihrer eigenen Gefolgschaft. Was ist das anders als das Zugeständnis, daß sie selbst an ihre eigenen angeblichen Ideale nicht mehr glaubt? Welche Partei, die an sich selbst glaubt, könnte gleichzeitig zugestehen, daß sie rechnerisch dem Gegner keine großen Erfolge weiter zutraue, und doch fürchten, daß er das ganze Volk moralisch vergifte? Wir haben ja nicht gegen einen einheitlichen, sondern gegen sehr verschiedene unter sich entgegengesetzte Weltanschauungen zu kämpfen. Allen aber dürfen wir entgegenhalten, wenn Ihr an Euch selber glaubtet, dürftet Ihr Euch nicht so vor uns fürchten. Die einen glauben an den Stellvertreter Gottes in Rom, die anderen an den Säkular-Menschen in Friedrichsruh; die einen schwören auf die deutsche Philosophie, auf Lessing oder Goethe, die anderen nennen sich Protestanten nach der Ausprägung Luthers; die einen sehen das Heil in der Monarchie, die anderen im Parlamentarismus; die einen im Individualismus und Freihandel, die anderen im Staatssozialismus; die einen sind vor allem national, den anderen geht nichts höher als die Partei.

Glauben die Leute wirklich an alle diese Ideen? Dann sind wir, um einen alten Partei-Ausdruck zu gebrauchen, geleimt; dann ist gegen die Zahlen des Münchener Genossen schlechterdings nicht aufzukommen; dann ist das Höchste, was wir erreichen werden, durch ewiges Skandalieren den Bourgeois etwas bange zu machen und ihnen dadurch wie bisher kleine Konzessionen zu Gunsten des vierten Standes abzupressen.

Mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat aber und mit der Revolution ist es nichts. Ich aber sage: unsere Gegner glauben nicht an ihre eigenen Ideen und deshalb werden trotz allem endlich doch wir die Stärkeren sein, weil wir die Partei sind, die Glauben hat, jene aber allesamt, wie es sich täglich zeigt, haben bloß Angst. Warum haben wir, die wir doch die bei weitem Schwächeren sind, denn keine Angst? Wer ein Ideal hat und an sein Ideal glaubt, fürchtet sich nicht. Wer aber Angst hat, macht in der Angst Dummheiten und darin stimme ich zuletzt mit dem Münchener Genossen überein: die Dummheiten der Gegner sind unsere Hoffnung. Mag auch das Umsturzgesetz jetzt gefallen sein: es wird nicht lange dauern, so ist ein Ausnahmegesetz im Anzuge und die Angriffe auf das allgemeine Stimmrecht werden beginnen, die uns von Neuem Agitationsstoff und Bundesgenossen zuführen, und als stets bereite Hilfstruppen bleiben uns endlich Herr v. Stumm, Herr v. Köller und die „National-Zeitung". Warum sollten wir also verzagen?

Hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie!

B.

Die Sozialdemokratie in der großen französischen Revolution.

(Göttinger Arbeiter-Bibliothek, herausgegeben von Fr. Naumann, 1895.)

Wo sind die Anfänge der heutigen internationalen europäischen Sozialdemokratie zu suchen? Ist sie nicht älter als Lassalle und Marx? Muß man auf die Revolution von 1830, darf man auf die große französische Revolution vor 100 Jahren zurückgehen? Die große französische Revolution erreichte ihren Höhepunkt in der „Schreckenszeit“ 1792—1794, als eine Rotte fürchterlicher Blutmenschen Frankreich beherrschte und durch Massenhinrichtungen ihre Gegner nicht nur zu unterdrücken, sondern geradezu auszurotten suchte. Sind diese „Schreckensmänner“, die „Jakobiner“, die Vorläufer unserer Sozialdemokratie? Die Gegner halten es ihnen zuweilen vor und die Sozialdemokraten lehnen es nicht ganz ab. Ohne die Gräuel der Guillotine und der Noyaden (der Massen-Ersäufungen) direkt zu verteidigen, suchen sie sie doch zu entschuldigen. Wie es nun auch mit diesen Entschuldigungen stehen mag, eine Nutzanwendung auf heutige Parteien ist ausgeschlossen, wenn die Parteien andere geworden sind, wenn keine unserer heutigen Gesinnungs-Gruppen als Nachkommenschaft oder Fortsetzung der „Schreckens-Männer“ angesehen werden darf — und das wird in der That von vielen Forschern behauptet. Man citiert Aussprüche von Robespierre und anderen Häuptern der Jakobiner, die alles Sozialistische direkt abzuweisen scheinen. Es lohnt sich daher wohl der Mühe zu untersuchen, wie es mit der Verwandtschaft der heutigen und der damaligen extremen Parteien eigentlich steht.

Ganz falsch ist es, wie man früher wohl gethan hat, zu sagen, daß die große Revolution in Frankreich eine politische Revolution ge-

wesen sei, dagegen die Revolution von 1848 eine soziale. Die Revolution von 1789 hat die bürgerliche Gleichheit gebracht; sie hat die noch bestehenden Reste bäuerlicher Hörigkeit beseitigt, hat die Privilegien der Zünfte und des Adels aufgehoben und dadurch einen ganz neuen sozialen Zustand geschaffen. Es war also nicht bloß eine politische, sondern auch eine soziale Revolution. Sie war sozial zunächst in negativem Sinne. Sie beseitigte den sozialen Zustand des verfallenen ständischen Staates und setzte an seine Stelle den individualistischen, das, was wir heute das reine Manchestertum nennen. Man ging darin soweit, daß man im Interesse des Individualismus die Gewerk-Vereine der Arbeiter geradezu verbot. Sind nun die extremen Parteien dieser Zeit solche, die das Manchestertum auf die Spitze treiben, oder repräsentieren sie eine im modernen Sinne sozialistische Richtung, die schon damals den Individualismus überwinden und ersetzen wollte? Das ist die Frage, die wir zu entscheiden haben.

Die geistigen Väter der Revolution haben von dem, was wir heute die soziale Frage nennen, noch keinerlei Vorstellung gehabt. Die Frage des Eigentums war allerdings schon hier und da aufgeworfen und in kommunistischem Sinne beantwortet, aber in rein akademischer Weise ohne Einfluß auf die praktische Politik. Jean Jacques Rousseau selber, der große Prophet der natürlichen Gleichheit der Menschen, widerspricht sich in seinen Äußerungen. Einmal hat er geschrieben: „Der erste, der einen Platz umfriedete und sich einfallen ließ zu sagen: dies ist mein, und Leute fand, die einfältig genug waren, ihm dies zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege und Morde, wie viel Elend und Gräuel hätte der nicht dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle ausgerissen oder die Gräben zugeschüttet und seinen Mitbürgern zugerufen hätte: „hütet euch, diesem Betrüger zu glauben, ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören und die Erde niemandem." An anderen Stellen aber und zwar nicht beiläufig, sondern an ganz entscheidenden, rechnet er das Eigentum zu den Ur- und Grundrechten, deren Genuß die Gesamtheit dem einzelnen verbürgt. Da Rousseaus Ideal die Rückkehr zu einem bedürfnislosen Naturzustand ist, so liegt ihm nichts ferner, als die Armen an den Genüssen der Reichen teilnehmen lassen zu wollen. Die Genüsse der Civilisation sind ihm gar nichts erstrebenswertes, sondern

höchstens eine Untugend, die sich die Menschen einmal angewöhnt haben und nicht mehr ablegen wollen. Praktisch fordert er daher nur, daß der übergroße Reichtum und die übergroße Armut verhindert werden, und weiß dafür kein anderes Mittel als Luxussteuern und eine Progressivsteuer. Der Zweck ist dabei nicht ein sozialer, sondern ein politischer, daß nämlich kein Bürger so reich sei, um andere zu kaufen und keiner so arm, um sich von andern kaufen zu lassen.

Auf diesem Standpunkt ist prinzipiell der Konvent stehen geblieben. Gleich bei seiner Eröffnung brachte einer der Führer des „Bergs", Danton, eine Resolution ein, welche die „ewige Erhaltung" jeder Art von Eigentum erklärte. Robespierre stimmte dieser Resolution ausdrücklich bei, und setzte sogar hinzu, daß sie eigentlich selbstverständlich und deshalb überflüssig und nur ein Mittel sei, die Verleumdungen der Feinde der Freiheit zu widerlegen.

Zweimal hat Robespierre ferner in eingehender Rede die allgemeine Güterverteilung behandelt. Man nannte diese Idee damals ein „Ackergesetz", weil die große Masse des Besitzes noch viel weniger in beweglichem und industriellem Kapital als in Grund und Boden bestand, und man bei dem Worte Kommunismus also zunächst an Aufteilung des Grundbesitzes dachte. Vom Beginn der Revolution an, sagte Robespierre im Jakobinerklub (Juni 1792), habe man die Reichen durch die Idee eines Ackergesetzes zu erschrecken gesucht. Aber dies sei ein „gefährliches, ungerechtes und unausführbares Projekt". „Die Gleichheit der Güter ist schlechterdings unmöglich in der bürgerlichen Gesellschaft." Sie setze die Gütergemeinschaft voraus, welche noch deutlicher chimärisch sei. Jeder mit einer Kunstfertigkeit begabte Mann werde dagegen sein. „Wir wollen die Gleichheit der Rechte, weil es ohne sie weder Freiheit noch bürgerliches Glück giebt. Was die Glücksgüter betrifft, wenn die Gesellschaft einmal die Verpflichtung erfüllt hat, ihren Mitgliedern das Notwendige und die Existenz durch die Arbeit zu gewähren, so begehren die Freunde der Freiheit danach nicht. Aristides würde Crassus nicht um seine Schätze beneidet haben. Es giebt für reine und erhabene Seelen kostbarere Güter."

Der Konvent verhängte (18. März 1793) sogar die Todesstrafe über jeden, der ein Ackergesetz einbringen würde, und Robespierre sagte im Konvent selbst (21. April 93): „Gemeine Seelen, die Ihr nur das Gold achtet, ich will an Eure Schätze nicht rühren, wie unrein

auch ihr Ursprung sein mag." Ein Ackergesetz sei ein Phantom von Schelmen ersonnen, um Einfältige zu erschrecken. „Weit mehr handelt es sich darum, die Armut achtbar zu machen, als den Reichtum zu ächten." „Die Hütte des Fabricius brauchte den Palast des Crassus nicht zu beneiden. Er für seine Person wäre lieber ein Sohn des Aristides, im Prytaneum gespeist, als der Erbe des Xerxes, geboren in dem Kote des Hoflebens."

Eigentümlich berühren in diesen Reden die Beispiele aus der griechischen und römischen Geschichte. Fabricius war ein römischer Feldherr, der viele Siege erfocht, aber stets in der größten Einfachheit lebte. Geschenke, die der König Pyrrhus ihm einmal machen wollte, wies er zurück und starb so arm, daß der Staat die Ausstattung seiner Töchter übernahm. Crassus im Gegenteil war in späterer Zeit der reichste aller Römer. Aristides war bei den Athenern, was Fabricius bei den Römern war: seine Mitbürger ehrten ihn dadurch, daß er das Recht erhielt, täglich mit den Ratsherren im Prytaneum (dem Rathaus) auf öffentliche Kosten zu speisen. Sein Name galt bei den Griechen ebenso als der Ausdruck für Armut und Redlichkeit, wie der Name des Königs Xerxes für den Gipfel menschlicher Pracht und Überhebung. Sollten aber dem Pariser Volk, vor dem Robespierre diese Reden hielt, diese Namen und ihre Bedeutung so geläufig gewesen sein?

Was die Sache betrifft, so sieht man, daß Robespierre in der That mit dem Kommunismus nichts zu thun haben wollte. Ebensowenig aber war er, was wir heute nennen, ein wirtschaftlicher Individualist. Denn der wirtschaftliche Individualismus hat die Anschauung, daß das wirtschaftliche Leben dem Einzelnen und seinem wohlverstandenen Interesse überlassen werden müsse, weil es durch den Sporn des persönlichen Egoismus und des persönlichen Vorteils am besten gefördert werde, die Tüchtigsten am meisten vorwärts kommen, und auf diese Weise sich ein allgemeines Blühen und Gedeihen ergebe. Solche Anschauungen finden sich bei Robespierre ebensowenig wie kommunistische und zwar deshalb, weil ihm der Sinn für das wirtschaftliche Leben überhaupt abgeht. Sein Ideal ist der Rousseausche bedürfnislose, tugendhafte Naturmensch, dem das wirtschaftliche Leben etwas gleichgiltiges, verächtliches, höchstens ein zuzulassendes Übel ist.

Deshalb ist er weder Kommunist, noch Sozialist, noch Individualist, sondern das ganze Problem besteht für ihn gar nicht.

Als Rousseau den Ruf erhob: Rückkehr zur Natur, da hatte dieser Ruf eine tiefe innere Wahrheit und Berechtigung. Civilisation führt leicht zur Unnatur und die Civilisation des 18. Jahrhunderts war in diesem Zustande. Da bedarf die Menschheit tieferer Geister, die mit der unversiegbaren Kraft eines großen Herzens den Kampf gegen die künstliche Welt aufnehmen, ihre Mauern und Ketten sprengen und die verlorene Verbindung mit dem ewigen Grunde des Daseins und seinem ersten und unverfälschten Ausdruck, der Natur, wieder herstellen. Naturgemäß zu sein in der Civilisation und mit der Civilisation, das ist die große Aufgabe, und zur Civilisation gehört auch ein entwickeltes Wirtschaftsleben. Davon hatte Rousseau keine Vorstellung. Er begnügte sich mit dem Rufe: Natur und Tugend.

Als nun die Revolution kam und die alte, verkünstelte, überlebte Welt zerstörte, da bemerkte man sehr bald, daß auch der neugeschaffene Zustand seine Mängel habe und Fragen hervorrufe, an die man vorher gar nicht gedacht hatte. Die Revolution war gemeinschaftlich gemacht von dem Bürger-, Bauern- und Arbeiterstand. Der Bürgerstand hatte die soziale Gleichheit und die volle Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung gewonnen; der Bauernstand die Befreiung von den Resten der feudalen Agrarverfassung. Der Arbeiterstand hatte Aufhebung einiger Steuern erlangt, von der sich erst zeigen mußte, ob sie dauernd war, ferner Freizügigkeit und die formalen Freiheitsrechte, wie Preßfreiheit, Versammlungsrecht und dgl. Damit war ihm wenig geleistet. Mit ungeheurer Begeisterung in den verlockendsten Bildern war den Arbeitern die neue Freiheit geschildert, waren sie für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zum Kampf aufgerufen. Jetzt stand ihnen bevor, wieder wie früher um geringen Lohn zu arbeiten und sich glücklich zu schätzen, wenn sie überhaupt Arbeit fanden; in Krankheit, Not und Unglücksfällen blieb ihnen ein trauriges Armenrecht. Die Revolution brachte durch die wirtschaftliche Erschütterung und Unordnung hohe Preise, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit in allen Erwerbsverhältnissen. In die schwärende Not filzte sich der Wucher ein und reizte die leidende, erbitterte Menge zur äußersten Wut. „Wir haben die Revolution gemacht, wir wollen dafür bezahlt sein," rief Danton im Namen des Pariser Proletariats.

Die höheren Klassen aber, die in den ersten Jahren noch die Gewalt in der Hand behielten, die Mehrheit in der Volksvertretung, die Herrschaft im Pariser Gemeinderat und die Bürgerwehr (Nationalgarde) für sich hatten, wußten keinen andern Rat, als die Ansprüche des Volkes mit Gewalt niederzudrücken. Man gab ein eigenes Aufruhrgesetz (Oktober 1789) und kartätschte die proletarischen Bewegungen nieder (Juli 1791). Da die Arbeiter anfingen, sich durch Streiks bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, so wurden kurzerhand alle Gewerkvereine, d. h. Vereinigungen von Arbeitern desselben Gewerkes verboten und nur allgemeine Vereine zugelassen, ein Gesetz, das bis in die neuere Zeit in Frankreich in Geltung geblieben ist. Endlich nahm man den Arbeitern auch das allgemeine Wahlrecht. Ganz wie die Nord-Amerikaner, die ihre Revolution auf die allgemeinen, „unveräußerlichen Menschenrechte" gründeten, nichtsdestoweniger aber die Sklaverei beibehielten, so setzte die französische Nationalversammlung an die Spitze der neuen Verfassung die Volkssouveränetät, verstand aber nachher unter dem „Volk" nur die „Aktivbürger", nämlich die, die den Arbeitsverdienst von drei Tagen, oder drei Franken, jährlich direkte Steuer bezahlten. Zum Abgeordneten aber konnte nur gewählt werden, wer eine Mark Silber, gleich 50—55 Franken jährliche direkte Steuern bezahlte. Die besitzenden Stände suchten also im groben Widerspruch mit ihren eigenen Prinzipien der besitzlosen Menge die kaum erworbenen Freiheitsrechte sofort wieder zu rauben. Das Volk blieb die Antwort nicht schuldig.

Marat erklärte, „daß es ein schlechter Vorteil wäre, die Adelsaristokratie zu besiegen, um der Geldaristokratie zu unterliegen."

Er drohte den Günstlingen des Glücks, daß die Armen, „denen sie das aktive Bürgerrecht verweigern, weil sie zu arm sind, endlich vielleicht ihrer Armut ein Ende machen, indem sie jenen das Überflüssige nehmen."

Aber das Proletariat ist keineswegs, wie viele heute meinen, der stärkste, sondern ein sehr schwacher Stand, und die französische Bourgeoisie würde zweifellos die Herrschaft behauptet haben, wenn nicht Frankreich in den großen auswärtigen Krieg mit Österreich, Preußen und England geraten wäre. König Ludwig XVI. hoffte, daß diese Mächte die Revolution besiegen und das absolute Königtum in Frankreich wieder herstellen würden. Die geheime Verbindung, in die er

deshalb mit ihnen getreten war, konnte nicht verborgen bleiben. Er wurde als ein Feind des Landes vom Throne gestürzt und riß in seinen Untergang alle gemäßigten Parteien, die noch irgend etwas vom Königtum oder von den alten Zuständen zu erhalten wünschten, mit hinein. Herrschen konnte in jenem Augenblick in Frankreich nur die extremste Partei, das Proletariat, das man aufgerufen und bewaffnet hatte, um das verräterische Königtum zu stürzen, und das den Krieg mit dem Ausland bis zum äußersten zu führen entschlossen war, weil umgekehrt der Krieg ihm die Herrschaft gegeben hatte.

In diesem Punkt also lagen die Verhältnisse gerade umgekehrt als heute. Der schwächste Punkt der heutigen Sozialdemokratie ist, daß sie nicht national sein will und die militärische Kraft Deutschlands zu schwächen wünscht. Die französischen Jacobiner waren die Patriotenpartei und die Kriegspartei.

Nicht innere Kraft, sondern die auswärtige Politik hat also einmal auf eine kurze Zeit (fast zwei Jahre) eine Art Diktatur des Proletariats in Frankreich geschaffen. Aber eigentlich soziale Gedanken brachte dieser Zeitabschnitt nur in ganz geringen Ansätzen hervor. Bei der Debatte über die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte, die der neuen republikanischen Verfassung vorangeschickt werden sollten, hatte die Kommission, die aus den Girondisten (der bürgerlich-demokratisch gesinnten Partei) zusammengesetzt war, beantragt zu sagen, daß das Recht des Eigentümers darin bestehe, daß der Mensch nach seinem Gefallen über seine Güter, Kapitalien, Einnahmen, Fähigkeiten verfüge. Robespierre verwarf einen so absoluten Eigentumsbegriff und verlangte, daß statt dessen gesagt werde:

„Das Eigentum ist das Recht jedes Bürgers, den Teil der Güter, der ihm durch das Gesetz verbürgt ist, zu genießen und darüber zu verfügen."

„Das Recht des Eigentums ist beschränkt, wie alle andern, durch die Verpflichtung die Rechte anderer zu achten."

In der Rede, in der er seinen Eigentumsbegriff im Jakobiner-Klub verteidigte, sagte er:

„Fragt diesen Händler mit Menschenfleisch, was das „Eigentum" ist: er wird, indem er auf die lange Bahre, Schiff genannt, zeigt, wo er eingepferchte und gedrängte Menschen hat, die lebendig scheinen, sagen: „Dies ist mein Eigentum, ich habe es gekauft, so und so

viel das Haupt." Fragt diesen Edelmann, der Güter und Unterthänige hat, oder der glaubt, daß das Weltall verkehrt sei, seit er sie nicht mehr hat, er wird euch über das Eigentum ähnliche Ideen vortragen. Fragt die erlauchten Mitglieder der kapetingischen Dynastie, sie werden euch sagen, daß das Heiligste unter allem Eigentum ohne Widerspruch das Erbrecht ist, das sie von allem Altertum her besessen haben, gesetzlich und monarchisch die 25 Millionen Menschen zu unterdrücken und herabzuwürdigen, die unter ihrem bon plaisir den Boden Frankreichs bewohnten."

Der soziale Zug, der hier in der Einschränkung des Eigentumsbegriffs auftritt, ist unverkennbar, aber er geht nicht über das hinaus, was heute ziemlich allgemein von allen Rechtsphilosophen angenommen wird.

Derartige Züge finden sich noch mehrere.

Schon Rousseau hat, wie wir sahen, sich für Progressiv-Steuern ausgesprochen, um das gar zu große Anwachsen des Reichtums zu verhindern. Robespierre nahm den Gedanken auf, der in bescheidener Weise (die Steigerung geht von $^2/_3$ Prozent bis auf 4 Prozent) auch im letzten preußischen Einkommensteuergesetz zur Geltung gekommen ist.

Endlich finden wir in eben der Rede, die wir schon oben anführten, in der Robespierre den Kommunismus so entschieden verwirft, doch auch gleichzeitig Gedanken und Ansätze, die wir heute als das „Existenz-Minimum" und das „Recht auf Arbeit" bezeichnen würden. Auch diese Ideen werden aber heute weniger von den eigentlichen Sozialdemokraten als von Sozialreformern unter den Konservativen und den Liberalen vertreten.

In Robespierres Entwurf der Menschen- und Bürgerrechte heißt es: „Die Gesellschaft ist verpflichtet, für den Unterhalt aller ihrer Mitglieder zu sorgen, sei es, daß sie ihnen Arbeit verschafft, sei es, daß sie denen, die nicht imstande sind zu arbeiten, die Mittel gewährt, ihr Leben zu fristen."

„Die Unterstützung der Armut ist eine Pflicht der Reichen gegen die Armen, und es ist Sache des Gesetzes, zu bestimmen, auf welche Weise diese Schuld berichtigt werden soll."

Man hat diese Sätze kommunistisch genannt, und gesagt, sie eröffneten einen Abgrund, in den das Eigentum hinabstürzen müsse.

Aber wenn man recht zusieht, so enthalten sie nichts, als was heute Gesetz ist, oder doch von vielen keineswegs revolutionären Politikern angestrebt wird, ja was eigentlich das seit hundert Jahren in Gesetzeskraft bestehende preußische Allgemeine Landrecht schon für Recht erklärt hat.

Das scheint nun doch sehr für Robespierre zu sprechen: er hat wirklich nichts verlangt, als was heute bei uns entweder Gesetz ist oder doch theoretisch im Landrecht steht oder von den besten modernen Sozialpolitikern angestrebt wird.

Diese Zusammenstellung macht den Eindruck einer so maßvollen sozialen Denkungsweise, daß es etwa als ein besonderes Verdienst Robespierres erscheinen könnte, solche Gedanken zuerst an bedeutsamer Stelle ausgesprochen zu haben. Aber dem ist nicht so. Robespierre war ein grübelnder Theoretiker, der von den gewaltig andringenden praktischen Fragen hier und da einmal so weit fortgerissen wurde, daß er einen Satz aufstellte, dem eine Zukunftswahrheit innewohnte. Aber weder findet sich darin etwas wirklich neues, noch hat er irgend einen Gedanken praktisch ins Leben zu rufen verstanden. Daß der Eigentumsbegriff kein absoluter sei, war schon vorher nicht unbekannt und auch in der Nationalversammlung von Mirabeau entwickelt worden. Umgekehrt darf man sich eher wundern und es als einen Beweis seiner geistigen Beschränktheit ansehen, daß Robespierre in all dem Chaos, das ihn umgab, gar nicht bemerkte, daß die Revolution eine wirtschaftliche Frage aufgeworfen hätte, die es zu lösen galt. Er steckte so sehr in den überlieferten Anschauungen, daß er noch zuletzt darüber tüftelte, ob jemand, der nur das Existenz-Minimum besitze, Steuern zahlen solle oder nicht. Anfänglich hatte er sich gegen die Steuer ausgesprochen, dann aber änderte er seine Ansicht und erklärte, es sei politisch um der Erhaltung der Freiheit willen notwendig, daß jeder Bürger sein Scherflein steuere. Seine Grundvorstellung war und blieb, daß der wahre Bürger so tugendhaft sein müsse, daß er auf Erwerb und Besitz keinen Wert lege, und daß, wenn man erst alle Lasterhaften ausgerottet habe, der ideale Freistaat geschaffen sei. Die so maßvoll klingenden sozialen Einzelaussprüche würden erst dann einen Wert haben, wenn sie aus einer Anschauung hervorgingen, die die Wirtschaftsgüter überhaupt zu schätzen wüßte. Da dieses Fundament fehlt, so sind die einzelnen Einfälle bloß Zufallstreffer, die deshalb auch gar keine praktische Wirkung oder Bedeutung gehabt haben.

Robespierres Gesinnungsgenosse Marat mit seinen gemeinen Instinkten war schneller auf den richtigen Weg gekommen. Er sprach den Satz aus, der als das kommunistische Ideal gelten darf, daß „die Gleichheit der Rechte zur Gleichheit der Genüsse führe, und daß erst auf dieser Grundlage der Gedanke ausruhen könne." Ein anderes Mitglied des Jakobinerklubs verkündete als die „Menschenrechte der Sansculotten": „Genuß und Gebrauch aller Früchte, das Recht sich zu kleiden und zu nähren und das Recht die Gattung der Sansculotten fortzupflanzen."

In der Praxis schritt man zunächst zu ungeheuren Güterkonfiskationen, gab solche Massen an Papiergeld aus, daß alle wirtschaftlichen Werte umgestürzt wurden und suchte durch einen Maximal-Preis für Brodkorn oder direkte Kornspenden das erwerblose Volk vor dem Verhungern zu schützen.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so dürfen wir sagen, daß die französischen Jakobiner von Robespierre bis Marat ihren Anlagen und ihrer Tendenz nach wohl mit den modernen Sozialdemokraten verwandt sind, aber noch kein Bewußtsein ihres eigenen Strebens hatten und jedes eigentlichen wirtschaftlichen Programms entbehrten. „Steuern auf die Reichen, um den Armen Brod zu geben", war die Höhe aller gesetzgeberischen Weisheit.

Was ihre Gegner, die bürgerlichen Republikaner (die Girondisten) ihnen entgegenzusetzen hatten, war freilich auch nicht tiefsinniger. Der Referent des Verfassungsausschusses, der Philosoph Condorcet, ein Girondist, erkannte an, daß das letzte Ziel der sozialen Kunst die thatsächliche Gleichheit sei, die man freilich nicht plötzlich erreiche, der man sich aber allmählich annähern müsse. Was er als Mittel proklamiert, ist nichts anderes, als was noch heute das Manchestertum lehrt: Sparkassen, Tontinen (Leibrenten), Vorschußbanken für das Volk, gewerblicher Unterricht und Erziehung, Vervollkommnung der Kunstfertigkeiten, Vervollkommnung der Gesetze, Rechtsgleichheit der Frauen, Schaffung einer Universalsprache. Daß das „Volapük" auf einem modernen politischen Programme erschienen sei, habe ich noch nicht gehört und die Tontinen sind aus der Mode gekommen, im übrigen muß man beinahe lachen, wenn man sieht, wie dies schon vor gerade hundert Jahren aufgestellte Programm sich noch heute mit ganz denselben Redewendungen wiederholt.

Welche Fortschritte hat denn nun die Sozialdemokratie in diesen 100 Jahren gemacht? Eigentlich auch sehr wenig. In dem Nachlaß von St. Just, einem der getreuesten Freunde und Jünger von Robespierre haben sich Aufzeichnungen von stark kommunistischer Tendenz gefunden, aber so verworren und sinnlos, daß gar nichts damit anzufangen ist: „Es darf weder Arme noch Reiche geben.“ „Die Armut muß beseitigt werden durch die Verteilung der National-Güter (der Domänen und Konfiskationen) an die Armen.“ „Jedermann ist verpflichtet zu arbeiten bis zum 50. Jahr.“ Die Kinder sollen gemeinsam erzogen werden und nur von Wurzeln, Früchten, Gemüse, Milch, Brod und Wasser leben, und nicht länger als acht Stunden schlafen. In jeder Gemeinde soll alljährlich zur Erinnerung an die menschliche Gleichheit ein reicher tugendhafter Jüngling ein armes Mädchen heiraten u. dergl. widerspruchsvolles Zeug mehr.

Der erste wirkliche Kommunist trat zwei Jahre nach dem Ende der eigentlichen Schreckensherrschaft auf. Er hieß Babeuf und machte eine große Verschwörung, die ganze damalige Regierung zu ermorden und einen rein kommunistischen Staat einzurichten. Seitdem ist ein Projekt auf das andere gefolgt, einen kommunistischen oder sozialistischen Staat zu konstruieren, und nicht unbedeutende Geister, wie Marx, Engels, Lassalle, Rodbertus haben sich damit beschäftigt, aber das Ergebnis ist kläglich. Noch heute, wenn man die Sozialdemokraten fragt, wie denn nur ihr Zukunftsstaat aussehen solle, bleiben sie die Antwort schuldig und verschanzen sich hinter dem Sprichwort „kommt Zeit, kommt Rat“. Wenn ihnen nachgewiesen wird, daß ihr Zukunftsstaat ein Loch habe, weil er gegen die Faulheit und Selbstsucht kein Mittel besitzt, so trösten sie sich damit, daß die Menschen in der Zukunftsfreiheit so unendlich viel besser sein würden, als heute, daß die Sache schon gehen würde. Das ist noch ganz Robespierre, der ja auch erwartet, daß die „Tugend“ des zukünftigen freien Staatsbürgers für die rechte Ordnung genügen werde. Die französische Revolution hat uns von dieser „Zukunfts-Tugend“ ein recht abschreckendes Bild gegeben: bei Robespierre aber, der in phantastischer Weise die Menschen wieder zur Bedürfnislosigkeit des Urmenschentums zurückführen wollte, mag man eine solche Selbsttäuschung noch mehr entschuldigen, als bei heutigen Politikern, die sich rühmen, gerade die Güter der Civilisation für die Massen gewinnen zu wollen, und wissen-

welche Bedeutung in der Civilisation der Besitz hat und welche Macht die Lust des Besitzes und des bloßen Gewinnstes ohne Arbeit im menschlichen Willen bildet.

Der einzige wirkliche Fortschritt, der gemacht ist, ist, daß man überhaupt erkannt hat, daß und was für ein wirtschaftlich-soziales Problem vorliege, wovon die französischen Jakobiner noch gar keine Vorstellung hatten.

Kommen wir zum Schluß. Wir haben gesehen, daß die französischen Jakobiner eines eigentlichen wirtschaftlich-sozialen Programms noch entbehren und wirtschaftlich-soziale Anschauungen nur hier und da ohne Zusammenhang und Folgerichtigkeit ausgesprochen haben. Dennoch sind sie als die Vorläufer der heutigen Sozialdemokratie anzusehen, da sie die Partei der Gleichheit sind, die sich nur das wirtschaftliche Element ihres Ideals selber noch nicht klar gemacht haben. Sie dürfen um so mehr als die nächsten Verwandten der heutigen Sozialdemokratie angesehen werden, da ja diese selbst ein deutlich erkennbares Ziel ihrer Bestrebungen noch nicht aufzustellen imstande gewesen ist. Beide rechnen auf einen „tugendhafteren" Menschen als er in Wirklichkeit existiert. Robespierre verstand unter der „Tugend" wesentlich die Bedürfnislosigkeit; die heutigen Sozialdemokraten, so darf man vielleicht sagen, verstehen darunter freiwilliges Arbeiten für die Allgemeinheit und freiwilligen Verzicht auf die Genüsse, die von der Allgemeinheit nicht gewährt werden, obgleich diese Genüsse selbst als etwas sehr Schönes und Begehrenswertes angesehen werden.

Noch deutlicher und ausgeprägter als die sozialistischen Ideen treten uns in der französischen Revolution bereits die Ideen des individualistischen Liberalismus, des Manchestertums entgegen.

Keinen Vorläufer in der französischen Revolution aber hat das, was wir die heutige Sozial-Reform oder Sozial-Politik nennen dürfen. Diese Politik will die ganze moderne Civilisation, Gesellschaft und Wirtschaftsleben erhalten. Besitz und Erwerb sind ihr Kultur-Elemente, die sie nicht zu unterdrücken, sondern zu schützen und zu fördern sucht. Aber sie erkennt an, daß diese Wirtschafts-Ordnung ganz sich selbst überlassen, Klassengegensätze, Mißbräuche, Notstände und Auswüchse aller Art mit sich bringt. Diese Übel zu bekämpfen, ohne das Wirtschaftsleben selbst zu zerstören, ausgleichend, mildernd, nachhelfend, herrschend ist nach dieser Anschauung die Aufgabe des Staates, und

am besten dazu geeignet ist ein monarchischer Staat, weil der Monarch außerhalb aller Klassengegensätze und Interessen stehend, der geborene Schiedsrichter in den gesellschaftlichen Konflikten ist. Er hat als Staatsoberhaupt das gleiche Interesse daran, sowohl den Wohlstand zu entwickeln wie den Besitzlosen einen gesunden und befriedigenden sozialen Zustand zu verschaffen. Ein Allheilmittel, ein Universalmittel, diesen Zweck mit einem Schlage zu erreichen, giebt es nicht. Aber eine sorgsame und pflichtgetreue Gesetzgebung kann unausgesetzt in organischem Schaffen auf vielerlei Weise und in vielerlei Form auf dieses Ziel hinarbeiten. Diese Auffassung der Sozialpolitik ist ein Kind des deutschen Geistes und von allem, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, ist das Größte in Deutschland geschehen. Alle guten Deutschen und wahren Freunde des Volkes sollten sich um diese Fahne scharen!

Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 82, Oktober-Heft 1890.)

Das letzte, was uns Heinrich von Sybel hinterlassen hat, ist ein kleines Heft zur Ergänzung seiner großen Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches. Es ist im wesentlichen eine Streitschrift, um seine Auffassung gegen abweichende Ansichten zu verteidigen, und auch mir sind einige seiner Ausführungen gewidmet. Ich war gerade dabei, mir die Bücher und Excerpte zusammenzulegen, um sie mit in die Sommerfrische zu nehmen und dort meine Verteidigung auszuarbeiten, als mich die Trauerkunde von dem Ableben des Meisters erreichte. Im ersten Augenblick stellte ich alle Gedanken auf Kontroverse zurück. Ich bin Sybels Schüler gewesen, und ohne ihm nahe zu stehen, habe ich ihm doch stets eine hohe Verehrung gezollt. Sein herrliches Talent, seine imponierende Persönlichkeit, sein liebenswürdig-vornehmes Wesen im Leben wie in der Wissenschaft erzwangen Zuneigung, selbst wo man nicht mit ihm übereinstimmte. Ich glaube nicht, daß es heute schon irgend ein Historiker übernehmen möchte, ihm seine Stellung in der deutschen Historiographie anzuweisen. Von den ältesten Zeiten deutscher Geschichte an, durch die Kreuzzüge und das römisch-deutsche Kaisertum bis in die jüngste Vergangenheit und die aktive Gegenwart müßte man verständnisvoll seinen Spuren folgen, und dürfte alle seine Werke wieder nicht bloß für sich betrachten, sondern ebenso sehr die Epoche, in der sie geschrieben sind, um den Reflex darin zu beobachten. Mit einer Reihe erlauchter Namen, Ranke, Waitz, Giesebrecht, Häußer, Droysen, Treitschke Mommsen, auch Gneist nenne ich in dieser Reihe, sind innere Ver-

wandtschaft und Gegensatz herauszuarbeiten und festzustellen. Das ist alles so umfassend und schwer, und es ist in dieser Richtung bisher so wenig geschehen, daß es einmal ein eigenes und großes Werk sein wird, die Charakteristik zu schreiben. Heute ist es nichts als der Nachruf der Ehre und der Liebe, der dem Dahingeschiedenen gewidmet wird. Ich bringe sie ihm dar mit warmem Herzen, und würde den kleinen Krieg, in den ich eben mit ihm eingetreten war, wenn ich nur meiner Empfindung folgte, gerne mitbegraben. Aber ich habe bald gesehen, daß ich doch nicht davon loskomme. Es handelt sich nicht um Persönliches, sondern um das größte Problem unserer jüngsten Geschichte. Das kann nicht ruhen, ehe es nicht zu voller Klarheit durchkämpft ist. Soeben ist auch in Frankreich diejenige Publikation, sagen wir gleich Enthüllung erschienen, die, denke ich, in Verbindung mit derjenigen des Königs von Rumänien, die Streitfragen endgiltig entscheidet. Es bleibt uns also nichts übrig, als in die Kontroverse einzutreten. Wir werden am wenigsten in die Gefahr kommen, den Manen Sybels Unrecht zu thun, wenn wir uns seine eigene Art der Polemik mit nahen Freunden und Gesinnungsgenossen, die an Schneidigkeit darum nichts verlor, weil sie ohne jedes Gift war, zum Muster zu nehmen suchen.

Es handelt sich um den Ursprung des Krieges von 1870. Ich habe darüber im Jahre 1892 eine Untersuchung veröffentlicht, die Sybel in seinem Geschichtswerk ausdrücklich zurückgewiesen hat. Ich habe darauf noch nicht geantwortet, sondern die Besprechung der letzten Bände des Sybelschen Werkes zunächst einem anderen Mitarbeiter dieser „Jahrbücher“, Constantin Rößler, überlassen (Bd. 79)*) und meine Ansicht vorläufig zurückgestellt; auch die Enthüllungen des Königs von Rumänien habe ich zunächst wesentlich nur mitgeteilt (Bd. 79, S. 341) und einige Erläuterungen hinzugefügt, mir die eigentliche Behandlung jedoch noch vorbehalten. Nicht ganz mit Recht hat Sybel also in seine jüngste Streitschrift**) auch meinen Namen hineingezogen, aber doch mit dem richtigen Vorgefühl, daß ich seiner

*) Jetzt wieder abgedruckt in Rößlers „Ausgewählten Aufsätzen“, herausgegeben von Walter Rößler. S. 494.

**) Neue Mitteilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. Von Heinrich von Sybel. München und Leipzig, 1895. Druck und Verlag von R. Oldenbourg. 72 S.

Ansicht nicht beitreten würde. Umsomehr bin ich gezwungen, meine Auffassung nunmehr eingehend zu begründen. Ich werde in der Art verfahren, daß ich statt fortwährend auf meine erste Arbeit Bezug zu nehmen, sie teilweise wiederhole, sozusagen eine zweite Auflage davon herstelle, mit den Verbesserungen und Erweiterungen, die das seitdem veröffentlichte Material erforderlich macht und unter Einfügung der Verteidigung gegen die Einwände und Angriffe Sybels.

Das Problem des Krieges von 1870 zerlegt sich in drei besondere Themata, die für sich zu behandeln sind und erst zuletzt in der Beurteilung gegenseitig aufeinander einwirken: das französisch-österreichisch-italienische Bündnis; die Hohenzollernsche Thronkandidatur; die Vorgänge in Ems, die Emser Depesche und die französische Kriegserklärung.

Die ältere Annahme, auf die auch ich meine Auffassung aufgebaut hatte, war, daß ein großes Offensiv-Bündnis Frankreichs mit Österreich und Italien gegen Preußen und den norddeutschen Bund im Werden begriffen gewesen sei, und daß der Ausbruch im Juli 1870 nur die vorzeitige und wesentlich wegen dieser Verfrühung verunglückte Explosion eines lange vorbereiteten und vorbedachten Unternehmens bedeutete. Sybel verweist das ganze Bündnis in das Reich der Fabeln: es habe sich nur um allgemeine Besprechungen für den abstrakten Fall eines möglichen Krieges gehandelt. Der Krieg im Jahre 1870 sei wirklich aus Anlaß der spanischen Thronkandidatur so plötzlich entstanden, wie er ausgebrochen sei. — Man erkennt sofort, in welches ganz andere Licht damit die spanische Thronkandidatur und die Emser Vorgänge rücken. Man sieht auch, daß es die französische Politik und ihre Friedensliebe ist, der diese Auffassung zu gute kommt und wird sich freuen über die Unbefangenheit der deutschen Geschichtschreibung, die entgegen der nicht bloß bei uns, sondern allenthalben herrschenden Auffassung dem Gegner eine so ungeheure Konzession macht — aber ich hoffe zu zeigen, daß ich nicht weniger unbefangen bin, wenn ich diese negative Entdeckung verwerfe und die **Wahrheit der bisherigen Auffassung** verteidige.

Als Bismarck nach dem Antritt des Ministeriums seine Idee, die deutsche Frage zu lösen, mit wohlberechneter Klugheit dem Kaiser Napoleon und aller Welt kundthat, da war der französische Herrscher dem Plane keineswegs entgegen. Er wünschte nur, bei der Neuge

staltung der europäischen Karte das französische Prestige zu behaupten und für Frankreich eine passende Kompensation, etwa Belgien oder das linke Rheinufer zu erlangen. Im voraus eine solche Bedingung zu stellen, ging aber nicht an: Preußen, namentlich der König Wilhelm persönlich, hätte sich darauf nicht eingelassen und der ganze Plan wäre im Keime erstickt worden. Auf eine höchst listige Weise suchte Napoleon dennoch zum Ziel zu gelangen. Er vermittelte Preußen das Bündnis mit Italien, um ihm Mut zu machen. Gleichzeitig aber verhandelte er mit Österreich und ließ sich von ihm die Abtretung Venetiens durch einen feierlichen Vertrag im voraus versprechen. War nun der Krieg erst ausgebrochen, so sollte Italien durch Venetien befriedigt und aus dem Kampf herausgezogen werden. Dann, rechnete Napoleon, werde Österreich Preußen allein überlegen sein: Preußen werde in Not geraten: in dieser Not werde er ihm beispringen, den Frieden zwischen den beiden Mächten vermitteln und dabei nach Belieben seine Bedingungen stellen.

Dieser fein ausgeklügelte Plan scheiterte an der Schnelligkeit und Größe des preußischen Sieges und an der Mäßigung der Friedensbedingungen, die Preußen darauf an Österreich stellte. Um ja Preußen nicht zu beunruhigen und erst in den Krieg hineintreiben zu lassen, hatte Frankreich keinerlei Rüstungen im voraus getroffen. Ehe nun die Franzosen im Felde erscheinen konnten, war der Friede schon wieder geschlossen und als jetzt (6. Aug.) der französische Gesandte in Berlin am Tage nach dem Einzuge der siegreichen Truppen die Forderung der Abtretung des linken Rheinufers bis Mainz stellte, da wurde er einfach abgewiesen.

Im nächsten Jahre machte Napoleon noch einen zweiten Anlauf, indem er Luxemburg zu erwerben suchte, was wiederum mißlang.

Darauf fand im Herbst 1867 die persönliche Zusammenkunft des österreichischen und französischen Kaisers in Salzburg statt. Bei Sybel erscheint sie im harmlosesten Lichte: es sei eigentlich ein Kondolenzbesuch wegen der Hinrichtung des Erzherzogs Maximilian in Mexico gewesen. Daraus sei dann erst durch das Erscheinen der österreichischen Minister ein politischer Kongreß geworden; „es kam vor (als ob es ganz zufällig gewesen wäre), daß Beust mit Napoleon stundenlang unter vier Augen verhandelte“. Aber beide Kaiser waren „weit ent-

fernt von dem Gedanken eines förmlichen Bundesvertrages". Man that nichts weiter, als daß man mündlich feststellte, daß man auf allen Gebieten gleiche Gesinnungen und gleiche Interessen habe, und sich gegenseitig versprach, nicht mit einer dritten Macht ein Bündnis schließen zu wollen.

In der That ist in Salzburg auch nichts weiter geschehen; aber es fragt sich, ob dieses innige Einvernehmen aufgefaßt wurde als der fruchtbare Boden für eine positive Politik, oder ob man sich mit der wohlthätigen Empfindung freundschaftlicher Gesinnung begnügt hat. Nach den Memoiren des Grafen Beust*) hat bereits während des Luxemburger Handels Frankreich Österreich einen Bündnisantrag unter Anerbietung von Schlesien oder Süddeutschland gemacht. Danach ist es doch wohl etwas viel gesagt, daß man einige Monate später „weit entfernt" von solchen Gedanken gewesen sei.

Napoleon versuchte zunächst im Jahre 1868 noch allerhand Experimente, durch Ankauf der Eisenbahnen, Zollverein und Militär-Konvention Belgien mittelbar für Frankreich zu gewinnen, als aber auch das fehlschlug, da machte er Österreich von neuem den Antrag eines Offensiv-Bündnisses mit ihm und Italien gegen Preußen. Als die Verhandlungen, wie natürlich, Schwierigkeiten zeigten, soll nun Napoleon plötzlich seine Auffassung, seine Politik, seine Bestrebungen von Grund aus geändert und in das Gegenteil verkehrt haben. Er habe, sagte Sybel, sich in den Gedanken gefunden: „Kommt die deutsche Einheit im Laufe der Zeiten allmählich zustande, so wird das französische Volk sich gewöhnt haben, sie als unausbleibliches Naturereignis zu betrachten und sich deshalb nicht zu kriegerischer Aufwallung erhitzen."

Napoleon dachte von jetzt an nichts als an die Erhaltung des Friedens und des status quo. Das große Offensiv-Bündnis schrumpfte zusammen zu einem bloßen schriftlichen Versprechen der drei Souveräne, daß keiner von ihnen ein Bündnis mit einer fremden Macht ohne Vorwissen der beiden anderen eingehen werde.

Ist es schon sehr auffällig, daß ein Staatsmann wie Napoleon so schwere Mißerfolge einfach zu den Akten genommen und auf jede weitere positive Politik verzichtet, daß er gar die Zustimmung des französischen Volkes zu solcher Haltung erwartet haben soll, so wächst die

*) Aus Dreiviertel Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen von Friedrich Ferdinand Graf von Beust. Zwei Bände. 1882. Bd. II, S. 117.

Unwahrscheinlichkeit noch, wenn man hört, wie reizbar sowohl die französische wie die österreichische Politik in der Frage des Eintritts der Süddeutschen in den norddeutschen Bund war. Bismarck that bekanntlich nichts, diesen Eintritt herbeizuführen; es war aber doch völlig klar, daß in dieser Richtung früher oder später etwas geschehen werde und niemand hat das besser gewußt als Napoleon. Wie soll es denkbar sein, daß ein französischer Staatsmann, der diese Ereignisse kommen und keinerlei „Kompensation“ für Frankreich dahinter sah, nicht auch den Krieg ins Auge gefaßt und seine Pläne darauf eingerichtet habe? Daß ein französischer Kaiser, der wußte, daß er sich nur durch nationale Erfolge auf seinem Thron behaupten könne und täglich aus allen Zeitungen erfuhr, wie unzufrieden sein Volk bereits mit ihm war, bei einem solchen Ereignis hätte stillsitzen dürfen?

Nun haben aber schon die wechselseitigen Briefe der drei Souveräne etwas mehr enthalten, als uns Sybel wissen läßt. Der Text ist bisher nicht bekannt, aber Prinz Napoleon, der sie jedenfalls gelesen hat, versichert (Revue d. deux m. 1878 Bd. 26 S. 494), man habe sich ohne weitere Präzisierung gegenseitige Hilfe versprochen. (Ce lettres étaient importantes en ce qu'elles promettaient, le cas échéant un appui réciproque, sans le préciser formellement) und Beust in einem noch zu erwähnenden Aktenstück gebraucht den Ausdruck, daß Österreich „gemäß den eingegangenen Verpflichtungen die Sache Frankreichs wie die seinige“ betrachte, was sich mit den Aussagen des Prinzen Napoleon etwa decken wird. Irgend eine, zwar ganz allgemein gehaltene, aber moralisch sehr gewichtige Wendung muß also in den Briefen noch vorhanden gewesen sein.

Eine solche Aussprache kann sowohl sehr viel, als auch gar nichts besagen, je nach der Gesinnung und den Interessen der Beteiligten. „Die Sache des andern als die seine ansehen,“ ist das engste Schutz- und Trutzbündnis, das man sich denken kann unter Leuten, die sich vertrauen, und es kann in der Praxis ausgeleert werden zu völligem Nichtsthun, wenn man durch schöne Worte eine Täuschung auszuführen beabsichtigt oder seine Ansichten ändert.

Festzustellen, was 1869 und 1870 von den drei Souveränen mit jenen Worten beabsichtigt gewesen ist, darauf kommt alles an, und Sybel hätte daher nicht, wie er es thut, über so bedeutungsschwere Worte in seinem Referat hinweggleiten dürfen.

Von einem der drei Kontrahenten, dem König Viktor Emanuel von Italien, unterliegt es keinem Zweifel, daß er die Vereinbarung aufgefaßt hat als den Ausgangspunkt eines großen Offensiv-Krieges gegen Preußen. Man kann sich kaum eine größere Verblendung und Verkennung der Verhältnisse denken, aber es ist wirklich so gewesen, daß dieser König glaubte, durch einen Krieg in der Gefolgschaft Frankreichs sich den Besitz Roms zu verdienen. Sein Volk und seine Minister hatten glücklicherweise einen richtigeren politischen Instinkt und traten mit ihren Sympathien sofort beim Ausbruch des Krieges auf die deutsche Seite, deren Sieg Italien denn ja auch Rom verschafft hat.

Von den beiden anderen Genossen betrachten wir zunächst Österreich. Über dessen Tendenzen besitzen wir seit langem ein fundamentales Zeugnis in einem Brief, den der österreichisch-ungarische Reichskanzler Graf Beust am Tage nach der französischen Kriegserklärung an den Botschafter in Paris, Fürsten Metternich, schrieb, und aus dem wir eben schon jene Phrase „Eure Sache die unsere" entnommen haben. Wir wollen ihn ausführlich hersetzen.

Wien, den 20. Juli 1870.

„Graf Vitzthum hat unserem erhabenen Herrn von dem mündlichen Auftrage Kenntnis gegeben, welchen der Kaiser Napoleon ihm erteilt hat. Diese kaiserlichen Worte, ebenso wie die Aufklärungen, die der Herzog von Gramont die Güte hatte hinzuzufügen, haben jede Möglichkeit eines Mißverständnisses beseitigt, das das Unvorhergesehene dieses plötzlichen Krieges entstehen lassen konnte. Sie wollen daher Sr. Majestät dem Kaiser und seinen Ministern wiederholen, daß wir getreu den Verpflichtungen, wie sie in den zu Ende des vorigen Jahres zwischen den beiden Souveränen ausgetauschten Schreiben festgestellt sind, die Sache Frankreichs wie die unsere betrachten und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge seiner Waffen mitwirken werden. Diese Grenzen sind einerseits durch unsere inneren Verhältnisse, andererseits durch politische Erwägungen von der höchsten Wichtigkeit bestimmt. Ich will besonders von den letzteren sprechen.

„Wir glauben, trotz der Versicherungen des General Fleury zu wissen, daß Rußland bei seiner Verbindung mit Preußen verharrt, der Art, daß unter gewissen Eventualitäten die Einmischung russischer Armeen nicht als wahrscheinlich, sondern als gewiß anzusehen ist. Unter

diesen Möglichkeiten beschäftigt uns diejenige, welche uns selbst betrifft notwendigerweise am meisten. Wenn wir nun diese Besorgnis mit aller Offenheit, welche man sich unter Freunden schuldet, aussprechen, so wird, wie wir glauben, der Kaiser Napoleon uns die Gerechtigkeit widerfahren lassen, es nicht als engherzigen Egoismus anzusehen: wir denken dabei an ihn ebenso wie an uns. Erfordert nicht das Interesse Frankreichs ebenso wie das unsrige, daß das zwischen zwei Mächten begonnene Spiel nicht allzubald weitere Verwicklungen erfahre?

„Wir glauben aber zu wissen, daß unser Eintritt in die Handlung sofort den von Rußland nach sich ziehen würde, das uns nicht bloß in Galizien, sondern auch am Pruth und an der untern Donau bedroht. Rußland neutral zu erhalten und zu beschäftigen bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr gestattet, an die Konzentraiion von Truppen zu denken, alles zu vermeiden, was es verletzen oder ihm einen Vorwand zur Einmischung geben könnte, das muß für den Augenblick das ostensible Ziel unserer Politik sein. Man möge sich darüber in Paris nicht täuschen: Die Neutralität Rußlands hängt von der unserigen ab. Je wohlwollender diese für Preußen wird, desto sympathischer wird unsere Neutralität sich Frankreich zeigen. Wie ich in den Besprechungen des letzten Jahres stets bemerkt habe, wir dürfen nicht vergessen, daß unsere 10 Millionen Deutsche im gegenwärtigen Kriege nicht ein Duell zwischen Frankreich und Preußen, sondern den Anfang eines nationalen Kampfes erblicken. Wir können uns auch nicht verhehlen, daß die Ungarn, so geneigt sie auch sind, sich die größten Opfer aufzuerlegen, wenn es sich darum handelt, das Reich gegen Rußland zu verteidigen, sich sehr zurückhaltend erweisen werden, wenn es gilt, ihr Blut und ihr Geld für die Wiedergewinnug unserer Stellung in Deutschland zu opfern.

„Unter diesen Umständen ist das Wort Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern aussprechen, eine gebieterische Notwendigkeit für uns. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, nämlich das Mittel, uns dem wirklichen Ziel unserer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsere Rüstungen zu vollenden, ohne uns einem vorzeitigen Angriffe Preußens oder Rußlands auszusetzen.“ . . . .

„Ich habe bereits telegraphisch von der Notwendigkeit der Räumung Roms gesprochen, eine Angelegenheit, die nach unserer Ansicht keinen

Aufschub leidet, sondern sofort entschieden werden muß. Die September-Konvention, man möge sich über diesen Punkt keine Illusion machen, paßt nicht mehr in die Situation.

„Wir können den Heiligen Vater nicht dem unwirksamen Schutze seiner eigenen Truppen aussetzen. — An demselben Tage, wo die Franzosen den Kirchenstaat verlassen, müßten die Italiener mit Zustimmung Frankreichs und Österreichs einrücken. Niemals werden wir die Italiener von Herzen für uns haben, wenn wir ihnen nicht den römischen Stachel ausziehen. Und frei heraus, ist es nicht besser, den Heiligen Vater unter dem Schutze der italienischen Armee zu wissen, als ihn den Garibaldischen Unternehmungen ausgesetzt zu sehen? Wenn Frankreich uns die Ehre läßt, die römische Frage zu entscheiden, würde es uns sehr die Aufgabe erleichtern, für die man uns die Initiative in Florenz hat lassen wollen. Noch mehr: mit einem Akt unzweifelhaft liberaler Politik würde Frankreich seinem Feinde eine Waffe entreißen und einen Damm gegen jenes Überfluthen des Teutonismus aufwerfen, welchen Preußen, eine vor allem protestantische Macht, in Deutschland aufzunehmen gewußt hat, und welchen wir wegen seiner ansteckenden Kraft doppelt zu fürchten haben."

Dieser Brief, in den wesentlichen Sätzen von Gramont schon im Jahre 1873 veröffentlicht, hat von je als ein Beweis gegolten, daß Österreich wirklich mit Frankreich und Italien in den Krieg gegen Preußen hat eintreten wollen. Sybel sucht das sowohl im Text, wie in einem besonderen Exkurs, wie endlich noch in einem eigenen kleinen Aufsatz in der „Zukunft" (1895 Nr. 27), die „Phantasien des Herzogs von Gramont" zu widerlegen. Er hat sich die Widerlegung aber zu leicht gemacht, indem er nämlich den entscheidenden Satz „Rußland neutral zu erhalten und zu beschäftigen bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr gestattet, an die Konzentration von Truppen zu denken," einfach wegläßt und ferner, das was Beust bloß als einen dringenden Wunsch und Rat ausspricht, nämlich die Räumung Roms als eine „Bedingung", und zwar als eine unerfüllbare hinstellt, wodurch die ganze Aussicht, die der Brief sonst erweckte, hinfällig geworden sei.*) Mit so offensichtlichen Entstellungen ist der

*) In den „N. Mitt.", S. 16, sagt Sybel, von „berufenster Seite" sei er belehrt worden, daß „Beust den Italienern zwar die Besetzung des Patrimoniums

Brief nicht aus der Welt zu schaffen. Er läßt nur zwei Auslegungen zu: entweder hat der Briefsteller wirklich den Franzosen die Aussicht eröffnen wollen, daß Österreich im Herbst an ihre Seite treten werde, ohne vorsichtigerweise ein formell bindendes Versprechen zu geben, oder der Briefsteller hat die Franzosen absichtlich täuschen wollen und die Worte so gewählt, daß sie nur den Schein eines Versprechens enthielten. Welchen Grund sollte Beust zu einem solchen Verfahren gehabt haben? Sybel meint, Beust habe erwartet, daß binnen kurzem 300 000 Franzosen an der böhmischen Grenze stehen würden; er habe „entsetzliche Furcht vor Napoleons Heeren" gehabt („Zukunft") und um ihn bei günstiger Stimmung zu erhalten, ihm erfreuliche Aussichten zeigen wollen (S. 386), in Wirklichkeit jedoch gewünscht, durch friedliches Einschreiten den heillosen Krieg so schnell als möglich zu beendigen (S. 384). Immer wieder betont er, daß Österreich naturgemäß auf Erhaltung des Friedens angewiesen gewesen sei, um seine innere Wiederherstellung nach den Niederlagen von 1859 und 1866 zu vollenden. Der österreichische Staatsmann hätte „blödsinnig" sein müssen, der etwas anderes als Frieden, dauernden Frieden für Öster-

Petri gestattet, die Stadt Rom aber der Herrschaft des Papstes vorbehalten zu sehen wünschte." Diese Behauptung ist nicht neu; sie findet sich bereits in Beusts Memoiren II, 336. Danach würde also die „Bedingung", durch die Beust das Bündnis künstlich zu Falle gebracht haben soll, noch mehr zusammenschwinden. In Beusts Depesche, sowie Sybel sie wiedergiebt, steht aber ausdrücklich: „An demselben Tage, an dem die Franzosen Rom verlassen, müßten unter Zustimmung Frankreichs und Österreichs die Italiener dort einrücken." Ebenso ist die Depesche bei Hahn, Fürst Bismarck II, 69, wiedergegeben, wo ich sie entnommen habe. Bei Sorel, Hist. diplom. steht jedoch „états pontificaux", was dem Wortlaut nach die neue Auslegung zuläßt, dem Geiste nach allerdings nicht. Durch diese Verschiedenheit aufmerksam gemacht, habe ich die Hahnsche Übersetzung auch sonst revidiert und die vielfachen Lücken vervollständigt. Wo in der obigen Wiedergabe die Punkte sind, stehen noch folgende für unseren Zweck unwesentlichen Sätze:

„Während wir aber unsere Neutralität verkünden, haben wir keinen Augenblick verloren, uns mit Italien wegen der vom Kaiser Napoleon uns überlassenen Vermittelung in Verbindung zu setzen; werden die neuen Grundlagen, die Sie uns soeben übermittelt haben, das Ziel erreichen, das die französische Regierung beabsichtigt hat?

„Mit anderen Worten werden sie von Preußen für unannehmbar gehalten werden? Nun, wir wollen darüber nicht weiter besorgt sein, und ich habe es Ihnen schon telegraphiert, wir nehmen diese Grundlagen an, wenn Italien sie annimmt als Ausgangspunkt für eine kombinierte Aktion."

reich nicht nur, sondern für Europa gewünscht hätte. Alle seine Bündnisverhandlungen und Verträge, selbst wo sie anscheinend das Gegenteil enthalten, soll Beust immer nur machen, um auch die anderen zurückzuhalten, zu mäßigen und das kostbarste aller Güter, den Frieden zu bewahren (VII. S. 88, S. 399).

Von allen diesen Beust untergelegten Ansichten und Absichten finde ich nun in den authentischen Zeugnissen durchaus gar nichts, vielfach aber das Gegenteil. Daß Beust geglaubt habe, die Franzosen würden den Preußen weit überlegen sein, das hat er zwar später in seinen Memoiren behauptet, aber in einer Art, die sehr nach Ausrede klingt: in den gleichzeitigen Briefen und Äußerungen habe ich nichts davon gelesen.

Nach der Ansicht der ersten militärischen Autorität in Österreich, des Erzherzogs Albrecht, die wir noch kennen lernen werden und die auch Beust nicht unbekannt geblieben sein kann, bezog sich die präsumierte Überlegenheit der Franzosen durchaus nur auf die ersten Wochen wegen schnellerer Mobilmachung, und setzt noch eine indirekte Unterstützung durch Österreich voraus. Auch der österreichische Militär-Bevollmächtigte in Paris, Uexkull, soll in diesem Sinne berichtet haben. Es ist daher kaum glaublich, daß Beust aus lauter Furcht vor ihrer Heeresmacht den Franzosen so geschmeichelt und noch die Hilfe Österreichs dazu in Aussicht gestellt haben soll.

Was aber seine damaligen politischen Ansichten betrifft, so geht er zwar in seinen Memoiren einigermaßen vorsichtig um diesen Punkt herum, druckt aber einige Aktenstücke ab, die gar keinen Zweifel darüber lassen. Von seinem Gesandten in Berlin, dem Grafen Wimpfen, ließ er sich berichten:

(20. Dezember 1868.) „Ich habe die Überzeugung, daß wir es hier mit derselben Gehässigkeit und Feindseligkeit, kurz mit derselben Gegnerschaft zu thun haben, welche uns im Jahre 1866 den Krieg machte, und welche vielleicht in dem Maße, als sich die Zeichen unserer Vitalität mehren, heute die Grenzen bereut, welche sie sich in Nicolsburg setzen ließ. Das Gefühl, uns nicht zu den Toten von 1866 zählen und werfen zu können, läßt den Grafen Bismarck nicht schlafen, und er scheut kein Mittel und wird keines unversucht lassen, von dem er noch einen Erfolg gegen unsere weitere Kräftigung im Innern und nach außen erwarten zu können glaubt."

Diese Auffassung seines Gesandten, so unsinnig sie uns heute erscheint, hat Beust geteilt. Er reproduziert einen Artikel der „Neuen freien Presse“ vom 17. April 1868, der ganz denselben Gedankengang hat und sicherlich von ihm selbst herrührt. Der Artikel knüpft an an die Publikation der bekannten Depesche Bismarcks an Goltz vom 20. Juni 1866 im Österr. General-Stabs-Werk, sucht dann zu beweisen, daß Preußen und zwar der König, nicht bloß Bismarck, nur auf ein Großpreußen, nicht ein Deutschland gearbeitet hätte, daß nur Napoleon Österreich gerettet hätte und daß die „Stoß-ins-Herz“-Politik und die Auflösung Österreichs der eigentliche preußische Gedanke sei.

Endlich ist noch ein Memorandum wiedergegeben, das er während des Krieges selbst, am 25. Dezember 1870, seinem Souverän einreichte, um zu erwägen, ob es noch rätlich sei, in den Krieg einzutreten, und auch hier, also unbedingt authentisch, spricht er die Ansicht aus, daß Preußen kein aufrichtiger Freund Österreichs gewesen sei und kein aufrichtiger Freund sein werde; von der Kriegserklärung rät er nur ab, weil Österreich keine Chancen für den Sieg habe. Alle diese Dokumente sind längst gedruckt und hätten Sybel bekannt sein müssen.

Jetzt eben aber ist nun in Frankreich die Enthüllung erschienen, die allem und jedem Zweifel ein Ende macht und, geradeheraus gesagt, den siebenten Band des Sybelschen Werkes einfach umwirft. Schon in den 70er Jahren hat Prinz Napoleon einmal gesagt, die entscheidende Urkunde über den Krieg von 1870 besitze der General Lebrun; auf diese Veröffentlichung sollte man warten. Sie ist jetzt da. Es ist der Bericht des Generals an den Kaiser über seine Mission nach Wien im Juni 1870 und die Verhandlungen, die er dort über den Feldzugsplan für den gemeinsamen Krieg geführt hat. Diese Mission und diese Verhandlungen waren bereits dem Inhalte nach zum Teil bekannt, wesentlich aus dem Bericht des Generals Jarras, Abteilungschef im Kriegsministerium und zweiten Generalstabsoffiziers 1870, auf dessen im Jahre 1892 erschienene Aussage ich meine erste Untersuchung zum großen Teil aufgebaut hatte.

Sybel hat mit ähnlichen kleinen Ausflüchten, wie oben bei den diplomatischen Verhandlungen, um die schon hier mitgeteilten unbequemen Thatsachen herumzukommen gesucht. Es ist nicht nötig, das

im einzelnen nachzuweisen, da wir jetzt das authentische Aktenstück vor uns haben. General Lebrun war Generaladjutant und besonderer Vertrauensmann Napoleons. 1870 war er anfangs erster Generalstabsoffizier, nachher, bei Sedan, kommandierender General des XII. Armeekorps. Den Teil seiner Memoiren, der diese späteren Ereignisse behandelt, hat er bereits früher veröffentlicht; den ersteren, weit wichtigeren, hat er aus Rücksicht auf den Erzherzog Albrecht zurückgestellt und erst jetzt nach dem Ableben des Erzherzogs publiziert.

Seine Verhandlungen über den Feldzugsplan werden wir unten behandeln: hier zunächst der entscheidende politische Punkt. Erzherzog Albrecht führte den General, obgleich dieser dazu nicht einmal einen Auftrag hatte, auch persönlich zum Kaiser Franz Joseph. Über diese Audienz schreibt Lebrun in seinem dem Kaiser Napoleon erstatteten amtlichen Bericht:

„Den Instruktionen gemäß, die er vom Kaiser Franz Joseph erhalten hatte, führte mich der Erzherzog Albert am 14. Juni (1870) am Abend in das Schloß Laxemburg, wo ich Seiner Majestät vorgestellt werden sollte.

Der Kaiser empfing Seine Kaiserliche Hoheit, während er in den Alleen des Parkes spazieren ging. Nach der Vorstellung und nach einigen liebenswürdigen Worten für den Kaiser, die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen, brachte Se. Majestät alsbald die Unterhaltung auf den Gegenstand meiner Mission bei dem Erzherzog.

Der Kaiser drückte sich wörtlich folgendermaßen aus:

„Der Erzherzog hat mich von den Fragen unterrichtet, über die zwischen ihm und Ihnen verhandelt worden ist. Ich kann vom militärischen Standpunkt aus nur die vorgeschlagenen Mittel zur Ausführung des Planes, von dem er mir gesprochen hat, billigen. Aber ich muß Ihnen sagen, daß ich vor allem den Frieden will; wenn ich Krieg führe, muß ich dazu gezwungen sein. Ich glaube hoffen zu dürfen, daß der Kaiser Napoleon meiner persönlichen politischen Stellung sowohl im Innern als nach außen Rechnung tragen wird. Wenn ich den Krieg zur selben Zeit wie er erklärte, so wäre es nicht zweifelhaft, daß Preußen, die neue deutsche Idee ausnutzend, zu seinen Gunsten die deutschen Völkerschaften aufreizen und zur Erhebung bringen würde, nicht allein bei sich und in Süddeutschland, sondern auch im öster-

reichisch ungarischen Kaisertum, was für meine Regierung sehr bedenklich sein würde.

„Aber wenn der Kaiser Napoleon, gezwungen den Krieg anzunehmen oder zu erklären, mit seinen Armeen in Süddeutschland erschiene nicht als Feind, sondern als Befreier, würde ich mich meinerseits genötigt sehen zu erklären, daß ich gemeinsame Sache mit ihm mache. In den Augen meines Volkes könnte ich gar nicht anders handeln, als meine Armeen mit den französischen Armeen zu vereinigen. Dies bitte ich Sie, dem Kaiser Napoleon zu sagen, ich hoffe, daß er meine innere und äußere politische Lage ansehen wird wie ich."

„Ich antwortete dem Kaiser Franz Joseph, daß, bei meiner Abreise von Paris, ich in keiner Hinsicht ermächtigt worden wäre, in Wien von der politischen Angelegenheit zu sprechen, die Se. Majestät soeben berührt hätte, aber daß ich dennoch glaubte sagen zu dürfen, daß, wenn der Kaiser mich zu dem Erzherzog geschickt hätte, nach dem Einvernehmen, das zwischen ihm und Sr. Kaiserl. Hoheit getroffen wäre, so wäre es, weil Se. Majestät es für klug gehalten, im Hinblick auf die politische Lage Europas, von diesem Augenblick an zwischen den beiden Souveränen Frankreichs und Österreichs-Ungarns ein Einvernehmen herzustellen, welches dazu diente, daß, von der einen wie von der andern Seite, man nicht fürchten müßte, im Zustande des Unvorbereitetseins überrascht zu werden, wenn, ohne den Krieg zu wollen oder zu wünschen, man plötzlich gezwungen wäre, ihn anzunehmen oder selbst zu erklären.

„Der Kaiser Franz Joseph sagte, daß er ein derartiges Motiv der Vorsicht durchaus billige; hierauf setzte er die Unterhaltung fort über auswärtige Angelegenheiten, die bisher die Tagesfragen gebildet hatten. Als er mich verabschiedete, trug er mir auf, dem Kaiser und der Kaiserin in Paris seine Gefühle guten Gedenkens in aufrichtiger Freundschaft mitzuteilen.

„Der Ton des Kaisers Franz Josephs, einige seiner Worte, die den Wünschen folgten: „Vor allem will ich den Frieden; um Krieg zu führen, muß ich dazu gezwungen sein," haben mir keinen Zweifel gelassen über den Sinn, den ich dieser Erklärung Sr. Majestät geben mußte. Der Kaiser hat gewollt, daß ich wohl verstände, um es nach Paris zu berichten, daß, wenn er den Krieg für möglich, wahrschein-

lich, ja selbst für wünschenswert hielte, man nichtsdestoweniger im österreichisch-ungarischen Volke sowohl als im Auslande überzeugt sein müsse oder daß man sagen könnte, er wünschte den Frieden. Er hat zu verstehen geben wollen, daß es wünschenswert wäre, daß, wenn er eines Tages Preußen den Krieg erklärte, die österreichisch-ungarische Nation glauben oder sagen könnte, daß, indem er es thäte, er einer gebieterischen Pflicht ihr gegenüber und gegenüber Süddeutschland gehorche.

„Der Kaiser Franz Joseph hat zweimal unglücklich Krieg geführt 1859 und 1866. Er weiß sehr wohl, sagte mir der Erzherzog, daß seine Unterthanen sich dessen erinnern, und er muß annehmen, daß diese nur in dem Falle gern die Kosten eines dritten Krieges auf sich laden würden, wenn dieser Krieg durch eine gebieterische Notwendigkeit gefordert wäre."

Die äußere Glaubwürdigkeit des Lebrunschen Berichts als eines amtlichen und zugleich höchst vertraulichen direkt für seinen Souverän bestimmten Aktenstückes haben wir bereits hervorgehoben. Auch jede Erwägung aus inneren Gründen führt dazu, daß der General vollkommen richtig gehört und richtig geurteilt hat.

Wir haben durchaus keinen Grund, etwa aus Rücksicht auf die heutige politische Freundschaft mit Österreich um diese Dinge scheu herumzugehen. Im Gegenteil: je offener wir sie behandeln, um so mehr zeigen wir, wie vollkommen abgethan, der Geschichte angehörig, diese Periode für uns ist. Die österreichische Politik von 1870 gehört noch zu dem Ereignis von 1866, das weder uns, noch den Österreichern einfällt, nunmehr um der wiedergewonnenen Freundschaft willen aus der Geschichte streichen oder mit Stillschweigen zudecken zu wollen. Thäte man das, so würde man damit nur den Schein erwecken, als ob auch heute noch irgend ein Restchen der damaligen Gesinnungen hüben oder drüben verborgen wäre.

Aber nein: gerade in dem sicheren Gefühl der heutigen unangreifbaren Freundschaft bekennen wir: es gab eine Zeit, wo wir uns gegenseitig gründlich gehaßt haben. Diese Zeit wollen wir jetzt zu verstehen suchen und suchen uns deshalb ohne jedes Vorurteil in den Standpunkt der österreichischen Politik nach der Niederlage von 1866 hineinzuversetzen.

Es war keineswegs ein bloßes Gefühl blinder Rachsucht, welches

den Kaiser Franz Joseph veranlaßte, an der preußen-feindlichen Politik festzuhalten und einen so berufenen Preußenhasser wie Beust zum Leiter der österreichischen Politik zu machen. Freilich hat Bismarck, und von allem was er gethan, bleibt das vielleicht das Größte, vom Schlachtfeld von Königgrätz an, die Politik der Aussöhnung mit Österreich betrieben, aber das ist für den Sieger leichter als für den Besiegten, und es ist doch nicht so ganz unnatürlich, daß man in Wien nicht sofort an die Ehrlichkeit dieser Bestrebungen glaubte. Preußen war damals noch der intimste Freund Rußlands und Rußland war mit Österreich bezüglich der orientalischen Frage auf sehr gespanntem Fuße. Es bedurfte des Durchgangs durch das „Drei-Kaiser Bündnis", um die neue preußisch österreichische Freundschaft zu schaffen. Beust entwickelt in seinen Memoiren recht einleuchtend, daß damals für die Orientfrage Frankreich die einzig mögliche Anlehnung für Österreich geboten habe. Noch war auch die Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne nicht endgültig entschieden; noch schwebte Süddeutschland sozusagen in der Luft, und Frankreich und Österreich waren darin einig, den Eintritt in den norddeutschen Bund nicht zu dulden. Niemand konnte sich verhehlen, daß diese Frage in nicht zu langer Zeit brennend werden werde und dann war der Krieg gewiß. Eine energische Politik läßt sich aber einem solchen Ereigniß nicht bloß zutreiben, sondern sucht es von weitem her in ihrem Sinne zu gestalten. Kein Wunder also, daß Kaiser Franz Joseph und Beust, da sie einmal in dem Gedanken befangen waren, daß Süddeutschland nicht unter preußische Herrschaft geraten dürfe, und Preußen sogar im letzten Grunde die Zerstörung Österreichs beabsichtige, den Gegenschlag nicht Napoleon allein überlassen wollten, — ganz abgesehen davon ob dieser stark genug dazu war, — sondern sich an dem Kriege beteiligen und die Neugestaltung Mitteleuropas gemeinsam mit den Franzosen durchführen wollten.

Man denkt vielleicht, daß der Widerwille der österreichischen Bevölkerung den Krieg unmöglich gemacht hätte, aber dem ist nicht so. Beust weist in seinen Memoiren einleuchtend nach, daß er diesen Widerwillen überwunden haben würde. Die Slaven, also die Hälfte der Bevölkerung hatte man ohnehin. Ungarn war von widerstreitenden Empfindungen durchwogt. Die Magyaren hatten allerdings kein Interesse an einem Wiedereintritt Österreichs in einen deutschen Bund,

aber sie haßten in Preußen den Bundesgenossen Rußlands und waren erfüllt von einer enthusiastischen Franzosenfreundschaft. Selbst Andrassy, die Hauptstütze der deutschfreundlichen Politik, hat im Juli 1870 die für uns höchst bedrohliche teilweise Mobilmachung im österreich-ungarischen Ministerrat nicht bloß gutgeheißen, sondern sogar selbst beantragt. Schwierigkeiten hätte nur ein Teil der Deutschen gemacht. Aber noch jetzt in den Jubiläumsartikeln hat die Wiener „Presse" bezeugt, daß im Beginn des Krieges 1870 die Majorität der Bevölkerung in Wien auf der Seite der Franzosen gestanden habe. Es kam also nur auf eine passende Inscenierung des Krieges an, um ihn der großen Masse der österreichischen Bevölkerung genehm zu machen.

Auch den Zutritt Rußlands scheute man nicht. Die militärische Kraft der Russen wurde damals sehr gering, sicherlich unterschätzt. In seinem schon erwähnten Memorandum vom 25. Dezember 1870 erwartete Beust von den Russen nur, daß „dort noch immer genug Kräfte vorhanden sein würden, um trotz der notwendigen Erdrückung des Königreichs Polen uns eine starke Diversion zu machen".

Kaiser Franz Joseph wünschte, ganz wie es General Lebrun schildert, an sich, seinen persönlichen Neigungen nach, den Frieden; aber er hielt den Krieg für notwendig und erklärte sich bereit, nachdem der gemeinsame Feldzugsplan bereits verabredet war, sich mit den Franzosen zu verbünden, unter der Bedingung, daß diese durch die Art ihres Vorgehens ihn in eine Situation versetzten, in der der Krieg auch nach außen als eine Notwendigkeit für Österreich erschien.

An diesen Punkt greifen Politik und Strategie zusammen: wie sah der Feldzugsplan aus, den Erzherzog Albrecht im März persönlich dem Kaiser Napoleon in Paris vorgelegt und jetzt mit Lebrun im einzelnen festgestellt hatte?

Der Erzherzog ging davon aus, daß Österreich bei seinem Militär-System und seinem unentwickelten Eisenbahnnetz wenigstens sechs Wochen Zeit zur Mobilmachung gebrauche, während Frankreich ebensowohl wie Preußen in viel kürzerer Zeit auf dem Kriegsschauplatz erscheinen könnten. Um nun nicht die österreichischen Lande einem vorzeitigen Angriff überlegener preußischer Kräfte auszusetzen, sollte Österreich nicht gleichzeitig mit Frankreich den Krieg erklären, sondern zunächst unter dem Scheine einer bewaffneten Neutralität mobil machen; die französische Armee aber, die wiederum vor der preußischen in der

Mobilmachung einen großen Vorsprung haben werde, sollte sofort in Süddeutschland einbrechen und durch diesen ersten Stoß die Süddeutschen von den Norddeutschen trennen. Wenn sie bis in die Gegend von Nürnberg und Würzburg gekommen wären, würden die Österreicher ihnen entgegenkommen, sich hier mit ihnen vereinigen und dann gemeinschaftlich mit ihnen und den Italienern, die über den Brenner heraneilend sich anschlössen, nach Norden in der Richtung auf Berlin vorrücken: die erste Schlacht werde voraussichtlich in der Nähe von Leipzig stattfinden.

Wir werden diesen Feldzugsplan noch genauer betrachten: hier bemerken wir zunächst die völlige Übereinstimmung mit der österreichischen Politik: der Vorsprung, der bei den Franzosen in der Kriegsbereitschaft angenommen wird, soll nicht ausgenutzt werden, um etwa den nächststehenden preußischen Streitkräften am Rhein eine Niederlage beizubringen, sondern so, daß ein späteres Zusammenwirken mit der österreichischen Armee ermöglicht und Österreich politisch in eine Situation gebracht wird, die ihm die Teilnahme am Kriege mit einer Art von Zwang auferlegt. Den Franzosen war keineswegs sehr wohl bei der Zumutung des weiten isolierten Vorstoßes nach Süddeutschland bis Nürnberg, und Lebrun (S. 79) meint, daß bei diesen Ideen das politische Motiv doch wohl mehr Gewicht habe als das militärische, aber in den Ernst und die Ehrlichkeit des Erzherzogs wie des Kaisers setzte er nicht den geringsten Zweifel, und darin wird ihm niemand widersprechen.

Sybel hat sich von diesen Verhandlungen das Bild gemacht, „das eigentliche Thema" der Erörterungen des „sogenannten" Kriegsplanes sei gewesen, daß der Erzherzog den Kaiser Napoleon vor einem Krieg mit der deutschen Übermacht habe „nachdrücklich warnen" wollen (N. Mitt. und Erläuterungen S. 13 und 14): und Kaiser Franz Joseph habe Lebrun erklärt, „daß Napoleon im Kriegsfalle auf eine bewaffnete Teilnahme Österreichs nicht rechnen dürfe".

Wie ist es möglich, daß ein Sybel sich in einer so geradezu ungeheuerlichen Weise getäuscht hat, da doch auch ohne die Lebrunschen Memoiren immer schon soviel bekannt war, daß ich selbst und andere, z. B. Oncken, den Zusammenhang bereits vor Jahren richtig haben darstellen können? Das Neue des Sybelschen Buches in den beiden letzten Bänden beruht wesentlich auf den ungedruckten Memoiren

des Grafen Vitzthum, eines sächsischen Diplomaten, den Beust mit in den österreichischen Dienst übernahm. Auf diese Memoiren ist, man verzeihe den Ausdruck, Sybel „hereingefallen“. Graf Vitztum hat entweder den Zusammenhang wirklich nicht gekannt oder das was er wußte, mit Absicht falsch dargestellt, und Sybel ist der bekannten Versuchung der Historiker, das neue unbekannte Material für das bessere und zuverlässigere zu halten, erlegen. Aber damit ist die Sache doch noch nicht erschöpft. Die Ansicht eines Mannes wie Sybel, selbst wo er irrt, ist doch nicht leicht ohne irgend etwas Lehrreiches und so werden wir auch hier erst durch den Irrtum hindurch zur vollen Wahrheit gelangen. In der früheren Ansicht war ein dunkler Punkt, der bisher übersehen worden war, den Sybel aber entdeckt und um dessentwillen er wohl nicht am wenigsten geglaubt hat, das ganze frühere Bild verwerfen zu müssen. Hier müssen wir ihm folgen und können nicht eher behaupten, die Aufgabe vollendet zu haben, ehe diese Frage aufgeklärt ist.

General Lebrun schließt die Erzählung von seiner Mission nach Wien, er habe, als er seinen Bericht dem Kaiser vorgelegt, die Überzeugung mitgenommen, daß auf diplomatischem Wege sein Werk vollendet und das Schutz- und Trutz-Bündnis der drei Mächte gegen Preußen zum Abschluß gebracht werden würde. Wir fragen mit ihm, weshalb, wenn denn wirklich nicht bloß Italien, sondern auch Österreich bereit war, das Bündnis zu schließen: weshalb ist es nicht abgeschlossen worden?

Es scheint auf den ersten Blick doch geradezu undenkbar, daß die Franzosen, die nachher den Krieg erklärten, den Abschluß des Bündnisses ihrerseits verschmäht haben: dies ist offenbar der innere Grund, weshalb Sybel alle die Bündnisverhandlungen in das Reich der Fabeln verweisen zu müssen geglaubt hat.

Die Urkunden haben diesen Ausweg verlegt und es bleibt dabei, daß bei der Bereitwilligkeit der beiden anderen der Fehler an den Franzosen gelegen hat. „Il n'y a pas de notre faute“ schrieb Beust am 11. Juli 1870 an Metternich, den österreichischen Botschafter in Paris, daß ein Vertrag bloß Projekt geblieben sei (Memoiren II. 354). Am 23. Juni hat Lebrun dem Kaiser Bericht erstattet, von da bis zur Kriegserklärung sind mehrere Wochen vergangen, in denen die Sache wohl hätte vollendet sein können, aber thatsächlich nichts ge-

schehen ist. Bei Sybel ist alles ganz klar. Nach ihm war Napoleon der friedlichste Mann der Welt; nachdem alle seine Pläne auf Gewinn gescheitert waren, strebte er nichts weiter an, als die Erhaltung des Friedens; obgleich er 1867 und 1868 Österreich und Italien ein Offensivbündnis vorgeschlagen, dachte er seitdem, über Preußens Absichten beruhigt, nicht mehr an Krieg. Er war krank und unentschlossen. Die plötzliche Entfesselung der Kriegsfurie ist das Werk einer Rotte klerikal-bonapartistischer Fanatiker und Thoren, die getrieben von dem erhitzten Nationalgefühl der Franzosen anläßlich der spanischen Thronkandidatur dem Kaiser den Entschluß über den Kopf weggenommen haben.

Nie wäre ein ungeheures welthistorisches Ereignis auf eine thörichtere, sinnlosere Weise verursacht worden.

Richtig ist, daß Napoleon schwer leidend und vielleicht nicht ganz Herr seines eigenen Willens war; richtig ist, daß die Männer, die ihn vornehmlich berieten, Gramont, Ollivier, Leboeuf weder die genügende Kraft des Verstandes, noch das rechte Gefühl der Verantwortlichkeit hatten. Aber so vollkommen von allen guten Göttern und vernünftigen Erwägungen verlassen, war Napoleon doch mit nichten. In vielstündiger, immer wiederholter Erwägung mit den verschiedensten Personen ist der furchtbare Entschluß zum Kriege hin- und hergewälzt und geprüft worden, ehe er endgültig angenommen wurde, und als nächste Beraterin stand dem Kaiser zur Seite seine höchst kluge, um das Schicksal der Dynastie und ihres Sohnes vorsichtig besorgte Gemahlin. Es ist ein besonders wohlthuender Abschnitt der Sybelschen Untersuchung, in dem er die Kaiserin Eugenie von dem traditionellen Vorwurf einer frivolen Kriegslust mit überzeugenden Zeugnissen und Gründen entlastet.*) Aber es ist etwas anderes, ob man einen Krieg in frivolem Leichtsinn oder nach sorgfältiger Vorbereitung in der Erkenntnis oder wenigstens der Vorstellung einer unausweichlichen politischen Notwendigkeit herbeiführt. Bei dem kranken Kaiser mag man zweifeln, da aber die Kaiserin dem Kriegsbeschluß zugestimmt, ihn

*) Zusatz der Buch-Ausgabe. Freilich ist Sybel zu weit gegangen, wenn er behauptet, daß die Kaiserin sich bis 1865 überhaupt nicht um Politik bekümmert habe; sie hat von ihrer Verheiratung an mit aller Leidenschaft in katholischem Sinne auf die Politik ihres Gemahls einzuwirken gesucht. Vgl. H. v. R. „Kaiserin Eugenie und Bismarck", Berlin 1895.

vielleicht sogar durch das Gewicht ihrer Stimme entschieden hat, so ist es sicher, daß dieser Beschluß nicht bloß in gedankenlosem Leichtsinn, sondern mit, nach der Einsicht der Beteiligten, wohlerwogenen Gründen gefaßt worden ist.

Wenn also vielleicht aus bloßer Friedensliebe und Scheu vor der Entscheidung Napoleon den Abschluß der großen Triple-Alliance so hingezogen hat — warum hat man nicht wenigstens bei dem ersten Anzeichen einer heraufziehenden Krisis, der Meldung von der spanischen Kandidatur am 3. Juli sofort die Verhandlungen mit Österreich und Italien begonnen?

An demselben Tage, an dem Beust an Metternich schrieb, es sei nicht Österreichs Fehler, daß der frühere Vertrag nicht zustande gekommen, spricht er auch den Argwohn aus, den er gegen den französischen Kaiser hegt*): er fürchtet, Napoleon könne beabsichtigen, plötzlich mit Preußen auf Kosten Österreichs, nämlich unter Auslieferung Süddeutschlands, Frieden zu schließen. Und ganz ebenso schrieb Graf Bismarck in seinem großen Rundschreiben vom 29. Juli 1870: „Ich habe Grund zu glauben, daß wenn die fragliche Veröffentlichung (die Benedettischen Vorschläge über Süddeutschland und Belgien) unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedettischen Vorschläge, auf Kosten Belgiens."

Dies ist das Geheimnis der Napoleonischen Politik. Die Übereinstimmung der beiden Zeugnisse aus den entgegengesetzten Lagern, Beusts und Bismarcks, die beide Napoleon sehr gut kannten und ihn richtig zu beurteilen wußten, geben uns die Gewähr, daß wir Napoleon mit unserer Vermutung nicht zuviel aufbürden und sachlich schwindet jetzt jede Dunkelheit. Es löst sich der Widerspruch, daß Napoleon den Krieg gewollt, vorbereitet, das Bündnis mit Österreich und Italien in völlig sicherer Aussicht gehabt und doch nicht abgeschlossen hat. Es ist vollständig wahr, daß Napoleon im Grunde seines Herzens keinen Krieg mit Preußen hat führen wollen, ebenso

---

*) Beust, Bd. II, S. 352. 11. Juli 1870. Vgl. Beust an Andrássy, S. 342.

wahr aber ist es, daß er nicht gezwungen oder übertölpelt den Krieg erklärt hat, sondern mit vollem bewußten und freien Willen. Denn er hoffte, daß er imstande sein werde, diesem Kriege sofort wieder ein Ende zu machen, und die Verhandlungen mit Österreich und Italien waren ihm nur die zweite Sehne am Bogen, die ihn sichern sollte für den Fall, daß die erste versagte. Aus diesem Grunde hat er das Kriegsbündnis nicht im voraus abgeschlossen, sondern mit höchst feiner Berechnung nur bis zu dem Punkte geführt, wo er die volle moralische Gewißheit zu haben glaubte, es in jedem Augenblick zum Abschluß bringen zu können. Er hoffte, daß die Schnelligkeit der französischen Mobilmachung ihm im ersten Moment des Krieges einen Vorsprung geben werde, während dessen er mit beiden Parteien gleichzeitig verhandeln könne. Die Lage, in der ihm diese doppelte Wendung erreichbar gewesen wäre, ist aber niemals eingetreten: die deutsche Mobilmachung überholte die französische und gleich die ersten kriegerischen Schläge benahmen den Verbündeten die Lust zum Mitthun. Naturgemäß hat weder der Kaiser noch irgend einer seiner Ratgeber den Plan nachher offen eingestehen wollen, um der Niederlage nicht auch noch den Hohn und den Vorwurf der Doppelzüngigkeit hinzuzufügen.

Trotzdem dürfen wir mit aller Sicherheit, die eine Kombination überhaupt zu geben vermag, behaupten, daß der rätselhafte Kontrast zwischen der zweifellosen Vorbereitung auf den Krieg und der lässigen Betreibung des großen Bündnisses allein auf diese Weise gehoben wird.

Das Verhältnis Frankreichs zu Preußen ist, man darf beinahe sagen, so lange eine preußische Politik existiert, keineswegs, wie es sich bei uns die öffentliche Meinung wohl vorstellt, das einer dauernden innersten Abneigung, sondern was die Franzosen amour rentré nennen, der Haß, der entspringt aus der verschmähten Liebe. Immer wieder von Ludwig XIV. an sind die französischen Staatsmänner auf den Gedanken zurückgekommen, daß ihr bester und natürlichster Verbündeter Preußen sei. Mit Hilfe Frankreichs hat Friedrich der Große Schlesien erobert, und nur mit dem größten Widerstreben ist Frankreich im Siebenjährigen Kriege in die Reihe der Gegner Preußens eingetreten. Die Männer der französischen Revolution hätten von allen legitimen Mächten am liebsten bei Preußen Anlehnung gesucht und Preußen

war es, das sich ihnen versagte. Am allerstärksten aber war gerade Napoleon III. von diesem Gedanken erfüllt und hat von seinem Regierungsantritte an wiederholt Versuche gemacht, sich Preußen zu nähern. Von Österreich aber dachte er äußerst geringschätzig; er glaubte nicht, daß dieser aus zehn Nationalitäten komponierte Staat zusammenhalten könne und sprach das schnöde Wort, man verbinde sich nicht mit einem Leichnam. Ihm war es ganz klar, sowohl, daß die deutsche Frage zu einer Lösung dränge, als daß Preußen eine Zukunft habe. Wenn Preußen nur eine einigermaßen genügende „Kompensation" gewährt hätte, so hätte er nichts lieber gethan, als ihm Deutschland zu überlassen. Aber Preußen wollte nicht. Napoleon ließ darum nicht ab von seinem Gedanken. Das große Bündnis mit Österreich und Italien war weniger verlockend, als es auf den ersten Anblick scheinen möchte. Wahrscheinlich hätte sich Rußland, das im eigensten Interesse eine völlige Niederwerfung Preußens nicht wünschen konnte, eingemischt, und was eigentlich für Gestaltungen aus dem Kriege hervorgehen sollten, war ganz unabsehbar. Klar und deutlich begrenzt aber lag das Ziel vor Augen: die deutschen Kleinstaaten an Preußen angegliedert, Belgien und Luxemburg von Frankreich annektiert. Zu dem allen barg der große Dreibund ein schweres, inneres Leiden: obgleich Viktor Emanuel nicht die direkte Bedingung stellte, so war es doch ganz deutlich, daß er im Lauf der Krisis für sich Rom fordern werde, und Rom konnte ihm Napoleon aus Rücksicht auf die klerikale Partei in Frankreich unter keinen Umständen zugestehen. Lieber die Preußen in Paris, als die Italiener in Rom, soll damals eine an seinem Hof umlaufende Sentenz gewesen sein.*) Immer wieder also das Ergebnis: am liebsten, am besten ein Ausgleich mit Preußen.

*) Prinz Napoleon hat ausschließlich die Rücksicht auf die Klerikalen und den Papst für das Nichtzustandekommen der Triple-Alliance verantwortlich machen wollen. Gramont (Revue de France vom 15. April 1878) hat darauf mit Recht erwidert, daß die eine französische Brigade Rom nur insofern habe schützen können, als sie die Vorhut der französischen Armee war, daß also bei Ausbruch eines großen Krieges die Franzosen auf keinen Fall Rom schützten. Das habe auch die Kurie eingesehen. Deshalb sei ein Abkommen mit den Italienern unvermeidlich gewesen und man würde es auch zustande gebracht haben, wenn nicht die deutschen Siege alles zerrissen hätten. Das ist alles unangreifbar. Aber es erklärt nicht, weshalb man (da wir doch jetzt an der Absicht den Krieg nachstens zu führen nicht mehr zweifeln dürfen) das Abkommen nicht vor Ausbruch des Krieges schloß.

Nun erinnere man sich an das Verhalten Napoleons in der Krisis von 1866. Schlau wie ein Fuchs hatte er die beiden Gegner in den Kampf gehetzt, in der Hoffnung, zuletzt als Schiedsrichter seine Sporteln zu verdienen. Fortwährend hatte er mit beiden Parteien gleichzeitig verhandelt, den Preußen das Bündnis mit Italien gefördert, mit den Österreichern abgemacht, wie er ihnen, wenn es nur erst Krieg gäbe, die Italiener vom Hals schaffen werde. Ganz ebenso beim Friedensschluß: da hatte er gleichzeitig den Beschützer der Süddeutschen gespielt und den Preußen angeboten, sie zu opfern, wenn er dafür die Pfalz und Mainz bekäme. Es ist eine alte Erfahrung, die nicht bloß die Kriminalisten bei den Verbrechern, sondern auch die Historiker bei den Politikern machen, daß sie eine bestimmte Methode haben, nach der sie immer wieder ihre Unternehmungen angreifen. Man kann es bei Friedrich dem Großen, bei Napoleon I. und bei Bismarck, man kann es auch bei Napoleon III. verfolgen. Er war nichts weniger als ein blutdürstiger Kriegsheld, der in der Größe der Kriegsthaten selbst seine Befriedigung gefunden hätte, sondern der Krieg war ihm immer nur ein Mittel, die Dinge bis auf einen gewissen Punkt zu bringen, wo dann eine kluge, vorsichtig vermittelnde Diplomatie einsetzen sollte. So im Krimkrieg. So 1859. Um so mehr muß er 1870 zu einem solchen Verfahren geneigt gewesen sein, als schweres körperliches Leiden ihm die Durchführung eines großen und langwierigen Krieges schlechterdings unmöglich machte.

Der Kaiser und seine Ratgeber — wer weiß aber, ob außer seiner Gemahlin irgend jemand völlig in seine Ideen eingeweiht gewesen ist? — haben lieber den Vorwurf ungenügender und leichtsinniger Kriegsvorbereitungen auf sich genommen, als ihre eigentliche Absicht hinterher einzugestehen. Gramont selbst hat die Frage: warum habt Ihr die Bündnisse nicht vorher geschlossen, zu eludieren gesucht, in einem Brief, der erst kürzlich veröffentlicht worden ist.*) Die Verhandlungen mit Österreich und Italien, sagt er hier, waren so weit, daß man sich geeinigt, aber den Vertrag noch nicht unterzeichnet hatte. Da traten die französischen Niederlagen ein. Wäre in diesem Augenblick auch der Vertrag bereits perfekt gewesen, so hätte das doch keine Folgen weiter gehabt: der ganze Unterschied wäre ge-

*) Der Brief, veröffentlicht im „Figaro“ vom 17. April 1895, ist vom 21. April 1878 und steht jetzt auch im „Staatsarchiv“, Bd. 57, Nr. 10783.

wesen, daß die Alliierten, statt einen vereinbarten Vertrag abzulehnen, einen geschlossenen zerrissen hätten. Vergleicht man, daß nach der Vereinbarung die Österreicher und Italiener um die Mitte September in Aktion treten sollten und vergleicht, wie um diese Zeit die militärische und politische Situation Frankreichs thatsächlich sich gestaltet hatte — der Kaiser und die eine Armee gefangen, die zweite eingeschlossen, die Deutschen dicht vor Paris — so wird man Gramont zustimmen müssen. Durch keinen Vertrag der Welt hätten Österreich und Italien sich binden lassen, unter solchen Umständen der Republik zu halten, was sie dem französischen Kaiser versprochen. Aber die Frage: weshalb wurden die Verträge nicht vor der Kriegserklärung abgeschlossen, bleibt darum bestehen, und ich sehe darauf keine andere Antwort als die oben gegebene: Napoleon ist es gewesen, der selber den Abschluß hingezögert hat, weil er hoffte, noch nach der Kriegserklärung sich mit Preußen verständigen zu können.

Daß Frankreich nicht imstande war, auch nur einige Wochen allein gegen Deutschland das Feld zu halten, geschweige denn Süddeutschland zu überrennen und von Norddeutschland zu trennen, das ist der Grund, weshalb, als die Verständigung mit Preußen unausführbar wurde, nicht noch nachträglich, im Kriege selbst das große antipreußische Bündnis abgeschlossen worden ist — wie konnte die französische Kriegsleitung sich über dieses Kräfteverhältnis so vollständig täuschen?

Auch über diese Frage geben uns die Aufzeichnungen des Generals Lebrun und der Bericht über seine Wiener Mission die erstaunlichsten Aufschlüsse.

Erzherzog Albrecht hat den Franzosen ausgerechnet, daß sie ihre große Flankenbewegung durch Süddeutschland bis nach Nürnberg ganz ohne Gefahr machen könnten, denn sie selbst gebrauchten nur vierzehn Tage zu ihrer Mobilmachung und könnten am 16. Tage die Grenze überschreiten, die Preußen aber gebrauchten vierzehn Tage — an anderer Stelle (S. 116) ist sogar gesagt drei Wochen — bloß um die Truppen in ihrem Bezirk mobil zu machen, und dann für jedes Armeekorps eine Woche, um es an einen Punkt der Grenze zu bringen. An der Saar z. B., falls es in Frankreich einfallen wolle, könne es nach drei Wochen ein Armeekorps, nach vier Wochen drei und erst nach fünf Wochen fünf Armeekorps vereinigen (S. 117). Um fünf

Armeekorps am oberen Main zu vereinigen, gebrauche es sechs Wochen, für sieben Korps acht Wochen vom Tage des Mobilmachungsbefehls an (S. 129). In dieser Zeit hätten die Franzosen ohne jede Störung und Gefahr, wie von Etappe zu Etappe (mit den wunderlichsten Verstümmelungen der deutschen Ortsnamen in Lebruns Abdruck) berechnet ist, ganz Süddeutschland durchziehen können, und wenn sie sechs Wochen nach der Kriegserklärung bei Nürnberg ankamen, so hatten mittlerweile die Österreicher ihre Mobilmachung vollendet und kamen ihnen dort entgegen oder vereinigten sich mit ihnen in konvergierendem Vormarsch in den sächsischen Ebenen. Sollte in dieser Rechnung etwas zu günstig angesetzt sein, meint der Erzherzog, so mache auch das noch nichts aus. Er rechnet drei Wochen für die französische Mobilmachung und nimmt an, die Preußen schneller mobilisiert, stießen gegen die Flanke des französischen Vormarsches vor. In diesem Fall hätten die Franzosen nichts zu thun, als sich hinter die Donau zurückzuziehen und dort das Erscheinen der Österreicher abzuwarten. Die Preußen würden aber einen solchen Vorstoß gar nicht wagen. Österreich und Italien würden zwar nicht sofort den Krieg erklären, aber ihrer bewaffneten Neutralität von Anfang an einen so drohenden Charakter geben, daß Preußen nicht wagen könne, den Weg von Böhmen über Sachsen auf Berlin zu entblößen oder gar, die österreichische Armee in der Flanke, an die Donau vorzugehen. Vermutlich auf diese Informationen des Erzherzogs Albrecht gestützt, hat später der französische Kriegsminister vor der Kammer-Kommission, die die Kriegserklärung guthieß, erklärt, die französische Armee habe vor der preußischen in der Mobilmachung einen Vorsprung von 21 Tagen.

Der Erzherzog Albrecht ist ferner der Ansicht, daß Preußen höchst wahrscheinlich die dreizehn norddeutschen Armeekorps so verteilen werde, daß zwei am Rhein, vier am Main, vier in Sachsen, zwei in Schlesien und eins in Schleswig gegen die Dänen aufgestellt werde, also eine Offensive an keiner Stelle möglich sei. Wenn die vereinigten Armeen der Triple-Alliance aus Franken in die sächsische Ebene hinabstiegen, rechnet er, daß sie 739000 Bajonette gegen 474000 vereinigten und daß ihnen der Sieg daher nicht fehlen könne. Er führt weiter aus, daß Preußen geographisch eine Wespentaille habe (S. 121), und daß man suchen müsse, diese sofort zu durchschneiden: über Berlin müsse

man nämlich auf Stettin vorstoßen (S. 104, 122), was von Böhmen (Eger, Schlackenwerth und Prag) in 28 Etappen-Tagen zu erreichen sei. Dann habe man die neuen, weniger anhänglichen Provinzen von den alten getrennt.

Wunderbare Verflechtung der Ereignisse! Der alles entscheidende Fehler in der strategischen Idee des Erzherzogs ist die Schnelligkeit der Mobilmachung. Die Stärke der preußischen Truppen und ihrer Verbündeten hat er durchaus richtig berechnet und angegeben (rund 560000 Mann). Das war gegenüber den 400000 Franzosen, mit denen, nach dem von Lebrun ihm überreichten Etat, diese ins Feld zu rücken versprachen, eine erhebliche Überlegenheit. Aber diese Überlegenheit sollte ausgeglichen werden durch die französische Offensive, die von vorn herein die Süddeutschen von den Norddeutschen, vielleicht auch politisch, losriß, und durch die Langsamkeit der Preußen, die den Gegenstoß nicht eher gestattete, als bis die drohende Haltung der Österreicher schon wieder einen Teil ihrer Kräfte abzog und lahmlegte. Diese Berechnung der Mobilmachungs- und Aufmarschzeit begründet der Erzherzog eingehend mit den Erfahrungen von 1866. Anfang Mai haben damals die Preußen mobil gemacht und sind doch erst am 16. Juni in Sachsen, von dem sie wußten, daß kein österreichischer Soldat es verteidigte, eingerückt. Der österreichische Erzherzog weiß dafür keine andere Erklärung, als daß der Aufmarsch nicht schneller habe bewerkstelligt werden können. Wir aber wissen, daß es nichts als Gewissensbedenken und Friedensliebe König Wilhelms gewesen ist, die das Schwert so lange in der Scheide zurückhielt, und indem wir dem Erzherzog seinen Irrtum verzeihen, freuen wir uns des Andenkens an den siegreichen Monarchen, dessen Friedensliebe ihren Segen so in sich selber trug.

Erzherzog Albrecht hat im übrigen bei den mündlichen Verhandlungen in Paris noch gesagt, daß die österreichische Armee, ihre neue Organisation zu vollenden, noch ein bis zwei Jahre nötig habe, und dem General Lebrun gegenüber mit starker Betonung geraten, den Krieg nicht im Herbst, sondern im Frühjahr zu beginnen. Freilich wenn er das damit begründet, daß in Preußen bereits im Oktober 17—18 Stunden Nacht seien, so mögen wir dazu mehr den Kopf schütteln, als die Franzosen, deren zweiter Generalstabsoffizier, der General Jarras, noch in seinen „Erinnerungen" seine geographische Wissenschaft dadurch

kundthut, daß er österreichische Armeen an der „österreichisch-württembergischen Grenze" aufmarschieren lassen will.

In demselben Maße, wie Erzherzog Albrecht die deutschen Leistungen unterschätzte, überschätzte er die französischen, oder vielmehr haben die Franzosen selbst ihre Leistungskraft überschätzt und dem Erzherzog unrichtige Angaben gemacht. Lebrun erzählt, daß der Marschall Niel ursprünglich dem Kaiser die Versicherung gegeben habe, daß die französische Armee, 400 000 Mann, nach Abzug aller Ausfälle, stark,*) stets in neun Tagen mobilisiert und an den Grenzen konzentriert sein könne; später habe er eingesehen, daß die neun Tage zu wenig seien und daß man auf 14 bis 15 Tage rechnen müsse. Wäre es hiernach gegangen, so hätten, da am 14. Juli der Krieg beschlossen wurde und die Vorbereitungen schon einige Tage vorher begonnen wurden, die Franzosen spätestens am 27. oder 28. Juli mit 240 000 Mann den Rhein überschreiten müssen, während 120 000 andere an der Saar die Grenze hüteten und durch einen falschen Angriff den Feind irre führten. Statt dessen hatten, als eine volle Woche später die Kriegshandlung begann, die Franzosen nicht mehr als 230 000 Mann an der Grenze und einige 30 000 im Lager von Chalons, während die Deutschen in diesen drei Wochen nicht, wie Erzherzog Albrecht gemeint hatte, ein Armeekorps, sondern 13 an der Grenze und drei andere schon dicht dahinter in der zweiten Staffel stehen hatten.

Unter dem Gesichtspunkt dieser thatsächlichen Entwickelung sind wir gewohnt, die französische Kriegserklärung zu betrachten und können wir solche Kopflosigkeit gar nicht begreifen; stellen wir uns aber vor, wie es zweifellos gewesen ist, daß in dem französischen Ministerrat oder den noch intimeren Besprechungen in St. Cloud der Bericht des Generals Lebrun über seine Mission nach Wien wörtlich oder dem

*) In den von Lebrun gegebenen Zahlen findet sich ein Widerspruch, den ich nicht aufzulösen vermag. Er selbst sagt (S. 76), er habe dem Erzherzog 400 000 Mann als die Stärke der französischen Operations-Armee angegeben und so ist sie auch in dem Bericht (S. 113) ungefähr vorausgesetzt (323 640 Mann Inf., 37 080 Kav. 984 Geschütze). Dabei ist das Bataillon Infanterie zu 870 Mann gerechnet. In der Note jedoch, die Lebrun dem Erzherzog überreicht haben will (S. 142), sind 202 Bataillone gleich 155 540 und 117 Bat. gleich 90 090 Mann gerechnet, das Bataillon also nur zu 770 Mann und dementsprechend die ganze Armee schwächer. S. 166 ist das Bataillon wieder zu 900 Mann gerechnet.

Sinne nach vorgetragen worden ist, daß man also auf Grund der autoritativsten Aussagen eine ungeheure militärische wie politische Überlegenheit sicher in der Hand zu haben glaubte, so gewinnen diese Beschlüsse doch wohl eine ganz andere Färbung.

Auf dem Hintergrund der in der Bildung begriffenen großen antipreußischen Alliance muß die Hohenzollersche Thronkandidatur in Spanien betrachtet werden.

Die Franzosen haben von je die Überzeugung gehabt, sie sei ein Werk Bismarcks gewesen: in Deutschland hat man das nicht glauben wollen, auch ich selbst, auch noch Sybel hat diesen Vorwurf scharf zurückgewiesen. Es hat sich aber gezeigt, daß in diesem Fall der Argwohn der Franzosen doch im Recht gewesen ist. Der König von Rumänien hat aus schwer verständlichen Gründen — wie ich höre, hat er geglaubt, sein Haus von der Verantwortung für diese That entlasten zu müssen — das Geheimnis, das das Auswärtige Amt in Berlin mit der höchsten Sorgfalt hütete, herausgelassen, und es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß, mag auch der Gedanke ursprünglich von den Spaniern ausgegangen sein, diese Kandidatur doch ein Werk Bismarcks gewesen ist.

Was hat er sich dabei gedacht? Hat er dadurch die Franzosen direkt zum Kriege reizen wollen? In den hinterlassenen „Gedanken und Erinnerungen" hat er sich leider nicht herbeigelassen, uns in seine Motive einzuweihen und trägt einfach die Legende vor, wie er sie damals gebildet hat und wie sie offenbar auf seine Mitteilung hin auch Sybel in seinem Werke erzählt. Lothar Bucher, der wohl am tiefsten in die geheimen Gedankengänge des Fürsten eingeweiht war, hat Moritz Busch wiederholt erzählt, er habe den Franzosen eine Falle stellen wollen.*) Aber wie soll das möglich sein? Inwiefern war es eine Falle?

Wenn Bismarck den Krieg wünschte, so war doch sein höchstes Interesse, ihn nicht um eine dem deutschen Volke völlig gleichgültige, ferne Sache, sondern um eines hohen nationalen Interesses willen zu entzünden, z. B. um der Vereinigung von Süd- und Norddeutschland willen. Um einen hohenzollerschen Prinzen auf dem spanischen Thron, das war ja gerade ein solcher Grund, wie ihn die Franzosen suchten und wir ihn vermeiden mußten. Und wie konnte ein verständiger Mann überhaupt erwarten, daß es deshalb gleich zum Kriege kommen würde?

*) Busch, Tagebuchblätter III, 238, 331.

Der natürliche Lauf der Dinge war doch nur, daß auf den Protest der Franzosen die Kandidatur zurückgezogen wurde und die Sache damit, also mit einem Erfolg der Franzosen, einem Echec der preußischen Diplomatie zu Ende war? Konnte Bismarck denn vorhersehen, daß die Franzosen nach der Zurückziehung der Kandidatur auch noch die verrückte Forderung des Versprechens für die Zukunft und des Entschuldigungsbriefes stellen würden? Hätten die Franzosen sich mit der Zurückziehung begnügt, so hätten sie ein Spottlied über den preußischen Fuchs, der vom Hühnerstall abziehen mußte, singen und sich im Glanze des französischen Prestige noch einmal sonnen können. Welcher Staatsmann bereitet freiwillig dem Gegner solche Triumphe?

Sehen wir zunächst, wie Bismarck um die Klippe, daß die Sache mit einer Niederlage Preußens endigen könne, herumzukommen suchte. Er stellte fest, daß, nach dem Familienpakt und dem fürstlich hohenzollerschen Hausgesetz der König nicht das Recht habe, einem Prinzen dieses Hauses die Annahme einer Krone zu verbieten. Deshalb sei die Sache eine reine Privatangelegenheit des hohenzollerschen Fürstenhauses, mit der die preußische Regierung nichts zu thun habe. Wenn er trotzdem seinen Rat in der Sache gab, so that er das nur privatim: das Auswärtige Amt, das preußische Staatsministerium, die beiderseitigen Gesandtschaften blieben völlig außer Spiel.

Mißglückte das Abenteuer also, mußte man sich vor französischem Widerspruch noch von den Stufen des begehrten Thrones wieder zurückziehen, so sagte man: das geht uns gar nichts an; wenn die Spanier gegen den Willen Napoleons den hohenzollerschen Prinzen nicht zu ihrem König machen können und wollen, so ist das ihre Sache und des Prinzen. Diese Darlegung hätte ohne Zweifel im ganzen deutschen Volk einhelligen Beifall gefunden. Was kümmerte die deutsche Nation oder den Staat Preußen der dynastische Ehrgeiz des hohenzollerschen Fürstenhauses, das vor mehr als 600 Jahren, zur Zeit der Hohenstaufenkaiser mit der in Preußen regierenden Familie einmal einen Stamm gebildet hatte?

Unter dem Schutz dieser so klug genommenen Deckung betrieb nun Bismarck im größten Geheimnis, aber mit aller Energie die Kandidatur. Nachdem der Hohenzoller bereits ein- oder gar zweimal abgelehnt hatte, erschienen die Spanier zum drittenmal im März 1870 mit ihrem Antrag. Fürst Anton von Hohenzollern reiste mit seinem Sohn, dem

Erbprinzen Leopold, nach Berlin und schrieb über die dort gepflogenen Verhandlungen ausführlich an seinen zweiten Sohn, den König von Rumänien, der darüber in seinem Tagebuch folgendes berichtet.

„Graf Bismarck plaidiert mit großer Wärme für die Annahme der Krone durch den Erbprinzen; er hebt in einer Denkschrift an König Wilhelm*) die große Bedeutung hervor, welche die Berufung eines Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron für Deutschland haben würde: politisch unschätzbar würde es sein, im Rücken Frankreichs ein freundlich gesinntes Land zu haben, und auch wirtschaftlich würde es für Deutschland wie für Spanien selbst die größten Vorteile nach sich ziehen, wenn dieses entschieden monarchisch gesinnte Land unter einem König aus deutschem Stamme seine Hilfsquellen zur Entwickelung brächte, und sein Handel sich auf die Höhe höbe, die der Ausdehnung seiner hafenreichen Küsten entspräche.

„Erbprinz Leopold vermag sich aber nicht über das Bedenken hinwegzusetzen, daß so viele Zweige der entthronten Königsfamilie ihre Ansprüche auf die ihm angetragene Krone noch geltend machen.

„Auch König Wilhelm teilt die Auffassung seines Ministers nicht, und spricht die schwersten Bedenken gegen die Annahme aus; die Entscheidung selbst überläßt er aber einzig und allein dem Erbprinzen, den er in keiner Richtung zu beeinflussen wünscht."

Brief des Fürsten Karl Anton.

Berlin, 20. März.

„Ich bin seit vierzehn Tagen in höchst wichtigen Familienangelegenheiten hier; es handelt sich um nichts Geringeres, als um Annahme oder Ablehnung der spanischen Krone für Leopold, welche, allerdings unter dem Siegel eines europäischen Staatsgeheimnisses, von der spanischen Regierung offiziell angeboten worden ist.

„Diese Frage präokkupiert hier sehr. Bismarck wünscht die Annahme aus dynastischen und politischen Gründen, der König aber nur dann, wenn Leopold dem Rufe gern folgt. Am 15. war hier eine sehr interessante und wichtige Beratung unter Vorsitz des Königs, bei welcher der Kronprinz, wir beide, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz (lies

*) Das Konzept zu dieser Denkschrift ist mittlerweile veröffentlicht bei Keudell „Fürst und Fürstin Bismarck", S. 430.

Schweinitz, Thile und Delbrück zugegen waren. Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautet auf Annahme, weil dieselbe eine preußische, patriotische Pflichterfüllung sei. Aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen, hat Leopold abgelehnt."

(3. April.) „Aus Berlin erfährt der Fürst, daß Graf Bismarck die Annahme der spanischen Krone durch einen der Prinzen von Hohenzollern wiederholt und mit größter Entschiedenheit für eine politische Notwendigkeit erklärt hat.

„Lothar Bucher und Major v. Versen, vom preußischen Generalstabe, werden nach Spanien geschickt, um dort die Lage zu studieren.

(Anfang Juni). „Fürst Karl erfährt, daß sein Bruder, der Erbprinz Leopold, neuerdings nicht mehr auf dem früheren rein ablehnenden Standpunkte zur spanischen Thronfolge steht. Von dieser Sinnesänderung hat Fürst Karl Anton den preußischen Kronprinzen brieflich in Kenntnis gesetzt und ihm anheimgestellt, auch den Grafen Bismarck davon zu benachrichtigen.

„Graf Bismarck hat infolgedessen an den Fürsten von Hohenzollern ein Schreiben gerichtet, worin er darauf dringt, daß die spanische Frage wieder aufgenommen werde. Er rät dem Fürsten Karl Anton, ungesäumt auf den Erbprinzen einzuwirken, daß dieser sich aller Bedenken entschlage und im Interesse Deutschlands sich für die Annahme der spanischen Krone entscheide.

„Übrigens hat General Prim die vom Fürsten Karl Anton telegraphisch an Geheimrat Bucher übersandte Ablehnung nicht angenommen, sondern seine Hoffnungen aufrecht erhalten.

„Geheimrat Bucher und Major v. Versen haben sehr zufriedenstellende Berichte über die Aussichten der Kandidatur Hohenzollern in den Cortes und im Lande zurückgebracht; man hat sie in Spanien außerordentlich herzlich aufgenommen. — König Wilhelm meint, daß sie ihre Berichte durch die ihnen erwiesenen großen Aufmerksamkeiten unwillkürlich hätten rosiger färben lassen, als es sonst der Fall gewesen sein würde!

(4. Juni.) „Der Erbprinz von Hohenzollern hat sich bereit erklärt, die spanische Krone anzunehmen, da ihm von der berufensten Seite vorgestellt worden ist, daß das Staatsinteresse dies erheische! — Er hat sich entschlossen, alle persönlichen Bedenken fallen zu lassen und sich der höheren Notwendigkeit zu fügen; in diesem Sinne hat

er dem König von Preußen geschrieben: er nehme die ihm angetragene Krone an, da er hoffen dürfe, seinem Vaterlande hierdurch einen großen Dienst zu erweisen. — König Wilhelm hat ihm sogleich geantwortet, daß er mit seinem Vorhaben einverstanden sei.“ —

Nach diesen Mitteilungen werden wir es als sicher annehmen dürfen, daß Lothar Bucher und Major von Versen thatsächlich die Sache zustande gebracht haben. Wie ihre Berichte den Widerstand des Prinzen selbst überwunden haben werden, so werden sie auch auf der anderen Seite den General Prim ermutigt haben, trotz der wiederholten Ablehnung den Antrag doch noch einmal zu erneuern. Die Kandidatur so wie sie zuletzt zustande gekommen, war also wirklich ein Werk Bismarcks. Mit wie richtiger Berechnung er aber dieser seiner Thätigkeit die Hülle einer dynastisch-hohenzollerschen Privatangelegenheit umgethan hat, dafür ist wohl der beste Beweis, daß Sybel diese Auffassung in sein historisches Werk einfach übernommen hat und es den Franzosen sehr verargt, daß sie es nicht ebenso ansehen wollen.

Daß die spanische Kandidatur eine „Intrigue der preußischen Regierung“ sei, sei eine „völlig grundlose Erfindung“ Gramonts (N. Mitt. S. 20): „als Familienhaupt“ habe König Wilhelm die Sache mit den Hohenzollerschen Herrschaften erwogen (VII, 253) und wie auch sonst bei Familienfragen seinen vertrautesten Ratgeber den Grafen Bismarck zu den Besprechungen hinzugezogen. Obgleich als die Teilnehmer der Beratung auch Roon, Moltke, Schweinitz, Thiele, Delbrück bekannt sind, bleibt die Sitzung ein hohenzollerscher „Familienrat“. Preußen hat nach wie vor so gut wie kein Interesse an der Sache. Bismarck hat in Depeschen, die er am 18. Juli 1870 an die deutschen Vertreter über die Ursachen des beginnenden Krieges erließ, gesagt: „Auch ist die Angabe unwahr, daß Seine Majestät der König mir, dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Kandidatur des Prinzen Leopold Mitteilung gemacht habe. Ich habe gelegentlich durch eine bei den spanischen Verhandlungen beteiligte Priatperson vertrauliche Kenntnis von dem spanischen Anerbieten erhalten.“

Auch diese Behauptung erklärt Sybel (N. Mitt. S. 63) für „vollkommen richtig“. Er ist aber so unvorsichtig, abgesehen von anderen Inkorrektheiten ein Wörtchen, das sofort die wahre Natur dieses Meisterstücks von diplomatischem Dementi verraten hätte, aber

nicht im Text steht, seinerseits hinzuzufügen, nämlich die „erste" Nachricht. Aber so kommt's, wenn ein Historiker sich nicht entschließen kann, Historiker zu bleiben, sondern sich gedrungen fühlt, bei der Erzählung diplomatischer Vorgänge auch noch wieder etwas Diplomat zu spielen.

Mit dieser Art Historie, fürchte ich, werden wir in der Weltgeschichte nicht bestehen, und die Franzosen lachen uns einfach aus. Es ist ganz richtig, daß die beiden hohenzollerschen Fürstenhäuser seit mehr als 600 Jahren getrennt, also nicht mehr blutsverwandt sind; die fürstliche Linie hat auch kein Erbrecht an der preußischen Krone und ist katholisch. Aber ebenso richtig ist, daß durch einen Familienpakt das fürstliche Haus als eine Nebenlinie anerkannt ist und daß die Prinzen dieses Hauses ihrer Gesinnung nach sich als Anverwandte des preußischen Königshauses fühlen. Es ist ganz richtig, daß nach dem Wortlaut der Hausgesetze der König den hohenzollerschen Prinzen zwar den Eintritt in einen fremden Militär- oder Civildienst, aber nicht die Annahme einer fremden Krone zu erlauben hat. Ebenso richtig aber ist, daß kein hohenzollerscher Prinz ohne sorgfältige Erforschung und Berücksichtigung des königlichen Willens einen solchen Beschluß fassen würde. Es ist vollkommen richtig oder mag wenigstens vollkommen richtig sein, daß das auswärtige Amt und das preußische Staatsministerium amtlich mit der Sache niemals befaßt worden sind. Ebenso richtig aber ist, daß der leitende Staatsmann die Sache durchgesetzt und dargethan hat, daß Deutschland davon die größten wirtschaftlichen und politischen Vorteile haben werde.

Seien wir also nicht zu hart mit den „Phantasien und Erfindungen des Herzogs von Gramont", sondern gestehen zu, daß die Form, in die Bismarck die spanische Sache zu kleiden wußte, eben nichts als eine Form war, meisterhaft erdacht, um auf alle Fälle einen guten Rückzug zu haben; dem Wesen nach aber die französische Auffassung das Richtige traf.

Wo steckten nun aber die Vorteile, die Bismarck sich von dem hohenzollerschen Prinzen auf dem spanischen Thron versprach? Sie sind so verborgen, ein fremder König in einem modernen, parlamentarischen Staat ist etwas so Machtloses, daß man aus diesem Grunde früher in Deutschland an Bismarcks Interesse und Teilnahme an dem Plane

überhaupt nicht hat glauben wollen, und ich muß auch meinerseits meinen Unverstand bekennen.

Aber ich habe mich vor einer besseren Belehrung nicht verschließen können.*) Es sind allmählich aus jener Zeit eine Reihe von Äußerungen nicht nur Bismarcks, sondern auch Moltkes zu Tage gekommen, aus denen hervorgeht, daß man sich von der Verbindung mit Spanien doch recht große Vorteile versprochen hat, größere als sich nachher ergeben haben: aber es kommt ja nicht bloß darauf an, was wirklich in Aussicht stand, sondern was die leitenden Männer glaubten und sich vorstellten, erwarten zu dürfen. Schon die spanische Revolution, die Vertreibung der Königin Isabella im Jahre 1868 hat Deutschland einen wesentlichen Vorteil gebracht: Napoleon soll damals den Plan gehabt haben, die französische Besatzung in Rom durch Spanier ablösen zu lassen. Dieser Gedanke war durch die Revolution vereitelt und hätte unter einem hohenzollerschen König in Madrid niemals wieder aufgenommen werden können. Bismarck erwartete aber sogar, daß im Fall eines Krieges die Franzosen, wenn ein hohenzollerscher König jenseits der Pyrenäen regiere, ein Armeekorps an dieser Grenze stehen lassen müßten. Er hat thatsächlich am Tage nach der Kriegserklärung den Marschall Prim fragen lassen, welches Kontingent die Spanier stellen würden, und sprach sehr scharf darüber, daß sie nichts geleistet hätten.**) Selbst wenn diese Erwartungen nicht so ganz ernst gewesen sein sollten, so war doch schon die bloße Möglichkeit einer Bedrohung im Rücken für die Franzosen ein Druck, der sie schwächte, und der deutsche Kanzler hatte um so mehr Veranlassung, die Kandidatur zu betreiben, als auch für den Fall des Mißlinges der Vorteil auf deutscher Seite war: zwang Napoleon die Spanier, ihren besten Königs-Kandidaten um seinetwillen fallen zu lassen, so war zu erwarten, daß sie das sehr übel nehmen und auf

*) Den ersten Stoß gab mir gleich eine Besprechung dieses Aufsatzes von Const. Rößler in der „Post", jetzt neu gedruckt in dessen „Ausgewählten Aufsätzen" Nr. 26. Der wirkliche Sinn der Hohenzollernschen Kandidatur, Bismarcks Motiv dafür ist wohl zuerst richtig entwickelt worden von Erich Brandenburg in der Münchener Allgem. Zeitung 1895, Beilage 34 und 35. Danach neuerdings mit wertvollen Ergänzungen, besonders aus Bernhardis Tagebüchern Walther Schultze, „Die Thronkandidatur Hohenzollern und Graf Bismarck". Zeitschrift des Thüring.-Sächsischen Geschichtsvereins im C. Dümmler, 1902.

**) Die Belege bei Schultze l. c. S. 128

lange Zeit eine starke Verstimmung zwischen Spanien und Frankreich Platz greifen werde.

So falsch es also ist, zu behaupten, Deutschland habe an der spanischen Thronfrage gar kein Interesse gehabt, oder die hohenzollersche Kandidatur habe mit der deutschen Politik nichts zu thun gehabt und sei nicht das Werk des leitenden deutschen Staatsmannes gewesen, so giebt doch noch die Wendung, daß Bismarck mit der hohenzollerschen Kandidatur dem Kaiser Napoleon habe eine Falle stellen oder die Franzosen zum Kriege reizen wollen, ein falsches Bild. Die Sache liegt viel einfacher: Bismarck sah den Krieg mit Frankreich als unvermeidlich an: auch die größte Rücksichtnahme auf die Stellung, Wünsche und Anschauungen der Franzosen in allen europäischen Fragen, hätte den Kampf höchstens etwas verzögern können. Auf deutscher Seite aber war, wie Bismarck den Mut hatte sich klar zu machen, gar kein Grund, dem Kriege aus dem Wege zu gehen. Im Gegenteil, nichts war geeigneter, unsere nationale Einheit zu vollenden und sie für alle Zeit zu sichern, als dieser Krieg. „Die Achtung der Süddeutschen konnten wir nimmer gewinnen, wenn wir ihnen nicht zeigten, daß wir die Franzosen schlagen könnten“ und „nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden“ sind spätere Bismarcksche Äußerungen.*) Statt also einem unerreichbaren Ziel, der Erhaltung eines dauernden Friedens mit Frankreich nachzujagen, richtete der Bundeskanzler seine ganze Aufmerksamkeit darauf, für den bevorstehenden Krieg Kräfte zu gewinnen und Vorteile zu sichern, wo sie zu haben waren. Die rücksichtslose Wahrnehmung solcher Vorteile ist der Natur der Sache nach für den Gegner eine Schädigung und eine Kränkung, und insofern ist es richtig, daß es auch eine Reizung zum Kriege ist, aber diese Reizung als solche war nicht der Zweck. Die Kaiserin Augusta, die für die näherliegenden politischen Verhältnisse einen recht guten Blick hatte, hat, wie mir die Kaiserin Friedrich einmal erzählt hat, sofort bei dem Auftauchen der hohenzollerschen Kandidatur darauf hingewiesen, daß die Franzosen Spanien als ihre besondere Interessen-Sphäre ansähen und diese Einmischung von deutscher Seite sehr übel empfinden würden. Hätte der Kaiser Napoleon wirklich,

---

*) Const. Rößler, Ausgewählte Aufsätze, S. 532. Augsburg. Ab.-Ztg. vom 17. Juli 1895 aus den Hamburg. Nachr. offenbar vom Fürsten inspiriert.

wie Sybel es darstellt, in reiner Friedfertigkeit dahingelebt, so müßte man zugestehen, daß Bismarck ihn durch das zähe Betreiben der hohenzollerschen Kandidatur auf eine ganz unnötige Weise gereizt und provoziert habe. Da wir nun aber wissen, daß Napoleon thatsächlich den Krieg, und zwar den Krieg auf kurze Sicht vorbereitete, so war der spanische Plan nichts als ein Gegenzug in dem diplomatischen Spiel, den der deutsche Staatsmann, als sich ihm die Gelegenheit bot, nicht ohne eine schwere Versäumnis hätte unterlassen dürfen. Eben in den Tagen, da Bismarck Bucher und Versen nach Spanien schickte und immer wieder in die Hohenzollern drang, die dargebotene Krone anzunehmen, war ja der Erzherzog Albrecht in Paris und der General Lebrun in Wien, um schon den Feldzugsplan gegen Preußen zu verabreden.

Vor dem König selbst und den Hohenzollern hat Bismarck die Miene angenommen, als ob er glaube, Napoleon würde sich zuletzt mit der Thronbesteigung des Prinzen Leopold ganz freundlich einverstanden erklären. Der Prinz gehörte zwar rechtlich einer Nebenlinie des hohenzollerschen Hauses an, dem Blute nach aber war er ein naher Verwandter des Kaisers Napoleon, seine Großmutter war eine Murat und seine Mutter eine Tochter der Stephanie Beauharnais, eine Kousine und Adoptivschwester der Königin Hortense, der Mutter Napoleons III. Napoleon hatte diesen seinen Verwandten immer Wohlwollen gezeigt; durch seinen Einfluß war der jüngere Bruder Fürst von Rumänien geworden. Der nächste Bewerber um die spanische Krone war der Herzog von Montpensier, der als Sohn Louis Philipps dem Kaiser sehr wenig genehm war, und die Beibehaltung der Republik paßte ihm auch nicht. In den Memoiren des Marschalls Randon, der bis 1867 Kriegsminister war und im Jahre 1870 starb, finde ich sogar (Bd. II S. 306), daß im September 1869 Napoleon dem General Prim bei einem Besuche in Paris gesagt habe: „Warum solltet Ihr nicht an den Prinzen von Hohenzollern denken, der mein Verwandter ist?" Ob Napoleon, als er diese Empfehlung aussprach, sich gerade wieder mit Ideen eines Ausgleichs mit Preußen trug, bleibe dahingestellt; jedenfalls hat schon im Jahre 1869, als zuerst von der hohenzollerschen Kandidatur die Rede war, die französische Presse sich heftig dagegen ausgesprochen und Napoleon selber hat durch seinen Botschafter Benedetti in unzweideutiger Weise

in Berlin kundgeben lassen, daß ihm die Kandidatur nicht genehm sei. Bismarck hat sich also schwerlich darüber getäuscht, daß die Franzosen sich über den Zwischenfall sehr aufregen würden: eben deshalb verhinderte er, daß man etwa von vornherein mit Napoleon in Fühlung darüber trat: er wollte die Sache auf jeden Fall soweit wie irgend möglich treiben, um entweder den Erbprinzen wirklich auf den spanischen Thron zu setzen oder, wenn Napoleon sich noch im letzten Augenblick dazwischenlegte, zwischen ihn und die Spanier möglichste Feindschaft zu säen.*)

Ob er auch die Möglichkeit, daß die Franzosen sofort zum Kriege schreiten würden, in's Auge gefaßt hatte? Jedenfalls scheute er ja auch diesen Ausgang nicht, wenn auch wohl er so wenig wie sonst irgend jemand in Deutschland geahnt hat, wie stark der französische Ausbruch werden würde. Herr von Keudell, der in Varzin bei dem Kanzler war, als die Nachricht von Gramonts Rede anlangte, hat mir erzählt, daß er keineswegs den Eindruck eines Mannes gemacht habe, bei dem eine Nachricht eintrifft, die er schon erwartet hat, sondern den einer Überraschung.

Einer der Teilnehmer jener Beratung über die Thron-Kandidatur im Berliner Schloß (am 15. März) — sie fand statt in der Form, daß die Herren zum Fürsten von Hohenzollern zum Diner geladen wurden und vorher zu der Konferenz zusammentraten — hat mir erzählt, daß die Frage des Verhältnisses zu Frankreich in dieser Versammlung überhaupt nicht zur Sprache gekommen sei. Hinterher freilich beim Essen, da er gerade neben Moltke saß, habe er diesen gefragt, „wenn's aber Napoleon übel nimmt, sind wir doch bereit", was dieser dann mit behaglicher Zuversicht bejaht habe.

Bismarcks Plan wurde nun gestört zuerst dadurch, daß das Telegramm, welches der spanische Agent Salazar über seine Rückkehr nach Hause sandte, in Madrid angeblich falsch dechiffriert wurde, sodaß Prim die Entscheidung noch nicht erwartete, sondern die Cortes bis zum Herbst vertagte. Zwar darf man sich nicht vorstellen, daß etwa Spanien plötzlich mit einer vollendeten Königswahl vor das erstaunte Europa hätte hintreten können, da die Verfassung eine Frist von mindestens acht Tagen zwischen der Verkündigung der Kandidatur und der Wahl

*) Vgl. zu dem allen die Abhandlung von W. Schultze l. c.

vorschrieb.*) Immerhin wäre man der Entscheidung viel näher gewesen, die Lage noch viel gespannter geworden, wenn die Cortes zusammengeblieben wären und dieser Druck fehlte nun, als Prim dem französischen Gesandten seine Mitteilung machte. (2. Juli.)

Die französische Regierung schickte, als ihr in Berlin gesagt wurde, die preußische Regierung ginge die Sache nichts an, Benedetti nach Ems, und die Verhandlung mit König Wilhelm lief nun ganz anders als Bismarck geplant hatte. Die künstliche Koulisse, die Bismarck durch die Formel, daß es sich nur um eine fürstliche Hausangelegenheit handle, aufgerichtet hatte, war zu durchsichtig und hielt nicht stand. Der König gab sie von vornherein auf. In Sybels Darstellung ist das Verfahren des Königs eigentlich ganz unverständlich. Wenn es wirklich so gewesen wäre, daß der König von Preußen mit der Sache nichts zu thun hatte, so wäre es nicht zu begreifen, daß er sich überhaupt auf Verhandlungen mit dem französischen Botschafter einließ. In Wahrheit war die Trennung der fürstlich-hohenzollerschen Hausangelegenheit von der preußischen Politik aber doch nur eine formalistische Fiktion, und da ist es sehr wohl verständlich, daß die einfache und ehrliche Natur des Königs, der sehr wohl wußte, wie nah ihn die Sache anging, wohl die Wendung gebrauchte, sein Gouvernement habe damit nichts zu thun, und die Entscheidung ausschließlich dem Fürsten von Hohenzollern zuschob, aber doch den Satz, er habe in solchen Sachen einem Hohenzollern-Prinzen nichts zu befehlen, nicht über die Lippen brachte. Er hatte ja von Anfang an von dem Abenteuer nichts wissen wollen: nun hatte man den Spektakel: sollte man um einer solchen Bagatelle willen in einen fürchterlichen Krieg mit Frankreich geraten? Der König war viel zu friedliebend, um in einer solchen Lage sich zu eklipsieren und die Dinge sich selbst zu überlassen, auf die Gefahr hin, direkt in einen Krieg zu treiben. Indem er den formellen Entschluß dem Fürsten von Hohenzollern überließ, empfing er doch Benedetti, ließ sich in Verhandlungen mit ihm ein und sprach ihm endlich seine Zustimmung zu der Zurückziehung der Kandidatur aus.

Diese durch Ehrlichkeit und Friedensliebe bestimmte Haltung des Königs wurde nun aber für die preußische Politik höchst gefährlich. Die Franzosen hatten einen ungeheueren Lärm erhoben und der Minister

*) Depesche Sagastas, „Staatsarchiv", Bd. 19, Nr. 4065, S. 126.

des Äußern hatte in offener Kammersitzung drohende Reden gegen Preußen geführt. Dadurch gewann es, was Bismarck geglaubt hatte vermeiden zu können, den Anschein, als ob nicht der Erbprinz oder der Fürst von Hohenzollern oder Spanien, sondern als ob Preußen vor französischen Drohungen zurückweiche.

Bismarck war so außer sich über diese Wendung, daß er dem König durch den Graf Eulenburg melden ließ, er würde seinen Abschied einreichen.

Welch einen Triumph hatten in diesem Augenblick die Franzosen in Händen!

Aber er genügte ihnen nicht.

Gramont sagte dem deutschen Botschafter, Herrn von Werther, er sehe die Entsagung des Prinzen Leopold als Nebensache an, da die französische Regierung seine Thronbesteigung doch niemals zugelassen hätte: es komme darauf an, die Verstimmung, die aus dem preußischen Verfahren entstanden, wieder zu beseitigen. Dieser Satz enthält eigentlich den Kern der Situation. Die Franzosen waren vollkommen im Recht, wenn sie verlangten, daß eine Kandidatur, die sie ihrem Nationalinteresse für schädlich hielten, zurückgezogen werde. Aber ihr Anspruch ging weiter. Als die „große Nation" hielten sie es überhaupt für unerlaubt, daß andere Völker ihre Politik, ohne Frankreich zu begrüßen, nach eigenem Gutdünken machten, hielten sich durch einen bloßen Versuch dieser Art für beleidigt und verlangten deshalb nicht bloß Zurücknahme, sondern auch noch eine Sühne. Die ganze öffentliche Meinung erklärte den Verzicht des Fürsten von Hohenzollern für ungenügend, für eine lächerliche, illusorische Genugthuung, und unter ihrem Druck stellte Gramont die neue Forderung, daß der König dem Kaiser einen Entschuldigungsbrief schreibe und verspreche, auch für die Zukunft die Erlaubnis zur Erneuerung der Kandidatur niemals erteilen zu wollen.

Nach dem, was wir jetzt über die Vorbereitung des österreichisch-italienischen Bündnisses wissen, dürfte man meinen, daß die französische Regierung von vornherein entschlossen gewesen ist, den spanischen Zwischenfall als Kriegsanlaß zu benutzen. Schon hatte man auf Grund der Verabredungen mit Erzherzog Albrecht Österreich aufgefordert, Truppen in Böhmen zusammenzuziehen. Sybel macht darauf aufmerksam, daß bei den ersten Meldungen von der hohenzollerschen Kandidatur Napoleon sich merkwürdig reserviert verhalten und keineswegs alle Mittel auf-

geboten, sie zu verhindern. Es ist sehr wohl möglich, daß er sich von Anfang an gedacht hat: da lasse ich Herrn von Bismarck ruhig hineingehen: entweder er muß zuletzt einen schimpflichen Rückzug antreten, oder wir verkünden Europa und dem französischen Volk, daß wir den preußischen Ehrgeiz in flagranti ertappt haben und haben den schönsten Kriegsgrund der Welt. Anfänglich ging es ja nun auch, da Bismarcks künstliche Deckung versagte, wunderschön. Daß Gramont gleich zuerst in der Kammer so patzig auftrat, hatte nichts geschadet, sondern den Triumph Frankreichs nur erhöht.

Daß man dabei nicht stehen blieb, sondern die Forderungen steigerte, erscheint bei Sybel durch nichts anderes als durch die rasende französische Eitelkeit, und ganz besonders durch Böswilligkeit und Narrheit Gramonts herbeigeführt, dem kranken Kaiser nur in seiner Willenlosigkeit entrissen. Wenn man nun aber erfährt, daß Napoleon keineswegs bloß willenlos nachgab, sondern dem Herzog einige Stunden, nachdem sie beide konferiert, eine eingehende schriftliche Instruktion schickte, worin der ganze neue Feldzugsplan mit der Verpflichtung König Wilhelms für die Zukunft vorgeschrieben war (Gramont, La France et la Prusse p. 136), so sieht das doch gar nicht danach aus, als ob der Kaiser sich bloß hat mitschleppen lassen, und man darf vermuten, daß es im letzten Grunde keineswegs nur der Druck der aufgeregten öffentlichen Meinung war, der vorwärtsschob, sondern der Wunsch, sich den herrlichen Kriegsgrund nicht wieder entschlüpfen zu lassen.

Durch die thatsächliche Zurückziehung der Kandidatur war nun aber doch die Lage völlig verändert und das begann man sehr bald zu empfinden.

Der englische Botschafter, Lord Lyons erklärte dem Herzog von Gramont, ganz Europa werde bei solchen Forderungen sagen, daß Frankreich die Schuld trage; Preußen werde des Beistandes von ganz Deutschland sicher sein, Frankreich aber die öffentliche Meinung aller Welt gegen sich haben. Daraus hätte man sich in Paris vielleicht nicht so viel gemacht, so lange man der beiden Bundesgenossen sicher blieb, aber eben hier erschienen unheilvolle Zeichen. Wir erinnern uns, daß Erzherzog Albrecht gemeldet hatte, erst in ein oder zwei Jahren werde die Retablierung der österreichischen Armeen vollendet sein, und namentlich daß er dringend geraten hatte, den Krieg im Frühjahre zu

beginnen, und ehe man öffentlich vorgehe, soweit es irgend möglich sei, die Mobilmachung im Stillen vorzubereiten, und auf den Vorsprung in der Mobilmachung kam ja alles an.

Beust war nun außer sich über die Thorheit, auf diese Weise sich köpflings in das große Unternehmen hineinzustürzen, und riet dringend, den Frieden zu erhalten — was er dann nachher so ausgelegt und Sybel ihm geglaubt hat, als ob er den Frieden überhaupt und nicht bloß den Frieden in diesem Augenblick und bei diesem Anlaß habe erhalten wollen. Es ist der Mühe wert, seinen schon mehrfach zitierten Brief an den Fürsten Metternich vom 11. Juli wörtlich kennen zu lernen.

Wien, den 11. Juli 1870.

„Mein lieber Freund!

„Wenn ich beobachte, was um Sie herum vorgeht, frage ich mich, ob ich denn so dumm geworden bin, daß das über meinen Verstand geht.

„Indessen bilde ich mir ein, noch meinen eigenen Kopf zu haben.

„Prüfen wir die Dinge also mit kaltem Blute und beschränken uns auf zwei Gesichtspunkte.

„Sprechen wir zuerst von unserer Kooperation.

„Gramont, der, wie es scheint, unsere geheimen Aktenstücke studiert hat, spricht von gewissen Übereinkommen, als ob sie aus dem Zustande eines Projekts schon in den Zustand des Vertrages übergegangen wären. Erstens sind sie in dem Zustande eines Projekts verblieben und es ist nicht unsere Schuld, wenn das die Situation ist. Aber selbst wenn es schon Vertragskraft hätte, welch sonderbare Anwendung bildet man sich ein, davon machen zu können. Man war übereingekommen — immer nur als Projekt — sich überall und immer über eine gemeinschaftliche diplomatische Handlungsweise in Einvernehmen zu setzen. Heute, ohne uns um Rat zu fragen, ohne uns auch nur vorher zu benachrichtigen, aufgepaßt zu rufen, geht man kühn vor, stellt und löst die Frage des Krieges gelegentlich einer Sache, die uns in keiner Weise etwas angeht und hält es für selbstverständlich, daß es uns genügte, informiert zu werden, um unsere Armee in Kriegsbereitschaft zu setzen, und ein Korps zusammenzubringen, bedeutend genug, um die preußische Armee zu paralysieren.

„Und zu dieser Stunde hat man uns noch nicht einmal gesagt, wo und wie die französische Armee zu operieren gedenkt.

„Ferner spricht man uns von dem günstigen Terrain, das man eingenommen habe, indem man die Kriegsfrage anregte in einer Frage, die die deutsche Nation weder zu interessieren, noch aufzuregen vermöge.

„Ich bin der erste gewesen, dies bei Beginn der Diskussion anzuerkennen. Aber ich sehe mit tiefem Bedauern, daß man in Paris sein möglichstes thut, um dieses günstige Terrain in ein sehr ungünstiges umzuwandeln, und daß man geradeswegs die öffentliche Meinung gegen sich erregt, sowohl in Deutschland wie auch in Spanien.

„Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, meiner Meinung nach mußte man den Angriff auf die Kandidatur Hohenzollern richten und nicht auf Preußen. Und wenn man absolut vom König Wilhelm fordern wollte, daß er auf die Kandidatur des Prinzen Leopold verzichte und sie verhindere, mußte man ein Vorgehen anwenden, das ihn im Falle der Weigerung ins Unrecht gesetzt hätte gegenüber Europa und gegenüber Deutschland im besonderen.

„Sicherlich wird ganz Deutschland nicht verstehen, warum es sich für Preußen schlagen soll, das mit aller Gewalt einen Prinzen in Spanien auf den Thron bringen will; aber es wird seine Grenzen verteidigen, wenn es angegriffen wird; und es wird ebensowenig verstehen, daß eine fremde Macht notwendig mit ihm Krieg führen müsse, weil der König, der an der Spitze des Norddeutschen Bundes steht, sich weigert, Drohungen zu weichen und den spanischen Cortes überläßt sich zu arrangieren wie sie Lust haben.

„Möglich, daß ich mich in meinen Voraussetzungen täusche. Vielleicht wird die Sache gelingen durch den Druck, der von den anderen Mächten unterstützt wird, ich würde nichts lieber sehen, als das. Sie wissen, daß wir auch unser Kontingent stellen. Aber wenn es nicht gelingt, dann mache man uns nicht solidarisch für die möglicherweise eintretenden Unglücksfälle, die ich signalisiere und die man hervorruft.

„Tausend Grüße.

Beust."

Dieses Schreiben ist in vielfacher Beziehung interessant. Es zeigt, wie selbst der so nah befreundete Beust das beleidigende Auf-

treten Gramonts gegen Preußen mißbilligte und fand, daß Preußen überhaupt nicht die richtige Adresse für die Beschwerde sei. Es zeigt aber weiter, daß Beust keineswegs das französische Bündnis und den Krieg gegen Preußen an sich verwarf, sondern nur die verkehrte und thörichte Art, wie die französische Diplomatie die Sache führte.

Als dieses Schreiben und ein zweites offizielles, das noch stärker zum Frieden riet, in Paris ankam (13. Juli) und der österreichische Botschafter in diesem Sinne mit dem Herzog von Gramont sprach, da wurde dieser, wie er selbst später schrieb,*) für einige Tage sehr beunruhigt, denn gerade an dem Tage vorher (12. Juli) hatte man die neuen gesteigerten Forderungen an König Wilhelm gestellt, die zum Kriege führen konnten und wohl auch sollten.

Wie, wenn Österreich trotz der festgestellten Ideen- und Interessengemeinschaft nicht mitmachen und sich dem Kriege entziehen wollte? Ohne Österreich hatte man auch Italien nicht.

An demselben Tage (13. Juli) kam die Nachricht, daß König Wilhelm die neue Forderung abgeschlagen habe.

Das Steuer des französischen Staatsschiffes begann zu vibrieren.

Den ganzen folgenden Tag (14. Juli) dauerten die Beratungen, eine Minister-Sitzung folgte auf die andere. Es wurde beschlossen, die Reservisten einzuberufen und der Beschluß wieder zurückgenommen.

Am Abend war man entschieden, den Frieden zu erhalten. Napoleon teilte es selbst dem italienischen Botschafter und den Herren seines Hofes mit. Er fühlte sich unendlich erleichtert, daß der furchtbare Entschluß noch einmal hinausgeschoben war. König Wilhelm hatte zwar die Zukunfts-Garantie verweigert, aber doch erklärt, daß er den Verzicht des Prinzen Leopold approbiere. Damit konnte man ganz gut die Akten über den Zwischenfall schließen und um das Siegel darauf zu drücken, wurde noch beschlossen, einen europäischen Kongreß zu berufen.

Wäre man dabei geblieben, so war das Geringste der augenblickliche Triumph, den die französische Politik davongetragen. Wir sind jetzt ganz sicher, daß der Krieg selbst deshalb keineswegs unterblieb, sondern daß er im nächsten oder übernächsten Frühjahr nach sorg-

*) Beust, Aus Dreiviertel-Jahrhunderten II, 373.

fältigster Vorbereitung, wahrscheinlich nach Abschluß eines festen Vertrages mit Österreich und Italien dennoch ausgebrochen wäre.

Bei Sybel ist die Situation eine völlig andere. Da er das große französisch-österreichisch-italienische Bündnis für ein bloßes Hirngespinst erklärt, und bei den beteiligten Staatsmännern, Napoleon und Beust nicht weniger als bei Bismarck, nichts als Friedensliebe sieht, so handelt es sich bei der kommenden Entscheidung bei ihm statt des Zeitpunktes, um den Krieg selbst: wäre das jetzt folgende nicht geschehen, so hätte die Welt den Frieden behalten. Was kam, hat nicht sowohl den Krieg in einem für Deutschland günstigen Moment zum Ausbruch gebracht, sondern es hat einen Krieg, der sonst hätte vermieden werden können, verbrecherischer Weise entzündet.

Schon nach wenigen Stunden, noch vor Mitternacht desselben 14. Juli hatte derselbe französische Ministerrat, der sich am Abend für den Frieden entschieden, beschlossen, auf der Stelle mobil zu machen und den Krieg zu erklären.

Was war geschehen? Wie ist das gekommen?

Als die spanische Krisis so plötzlich hereinbrach, waren die deutschen Staatsmänner sämtlich auf Urlaub. Graf Bismarck gebrauchte in Varzin eine Karlsbader Kur und der König hatte in Ems keinen der Minister bei sich. Am 9. Juli war Benedetti bei ihm in Ems erschienen, drei Tage darauf, am 12., hatte sich Bismarck von Varzin aufgemacht, um ebenfalls nach Ems zu fahren, war jedoch in Berlin geblieben, als er dort die Nachricht vorfand, daß der Prinz bereits auf die Kandidatur verzichtet habe. Wir haben gesehen, von welchem Zorn er über den Verlauf der Angelegenheit erfüllt war: er hatte dem König bereits mitteilen lassen, daß er nicht mehr Kanzler bleiben werde. Da kam die erste Nachricht aus Paris, daß die Franzosen noch nicht zufrieden seien, sondern neue Forderungen stellen wollten. Jetzt atmete er auf.

Er sandte dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Werther, den telegraphischen Befehl, auf der Stelle seinen Urlaub anzutreten. Das war noch keine Abberufung: diese hätte er ohne den König nicht verfügen können, aber ein Botschafter, der in dem Augenblick, wo zwei Großmächte das Schwert gegen einander zucken, auf Urlaub geht, wird sich in der thatsächlichen Wirkung von einem abberufenen nicht so sehr unterscheiden.

An demselben Tage empfing Bismarck den englischen Botschafter in Berlin, Lord Loftus. Er erklärte ihm, daß er nicht glaube, daß der Streit bereits beendigt sei. Die Mäßigung des Königs gegenüber dem drohenden Ton der französischen Regierung habe in Preußen Befremden hervorgerufen. Frankreich stelle jetzt neue Forderungen. Die spanische Frage sei offenbar nur ein Vorwand gewesen: der wirkliche Zweck Frankreichs sei die Rache für Königgrätz. Unter diesen Umständen sei es die Aufgabe Preußens, seinerseits Garantien gegen irgend einen plötzlichen Anfall Frankreichs zu verlangen. Man müsse wissen, ob nach Beseitigung der spanischen Schwierigkeit nicht noch ein geheimer Plan existiere, der plötzlich wie ein Gewitter sich über Preußen entladen könne. Preußen müsse daher verlangen, daß Frankreich vor den europäischen Mächten eine formelle Erklärung abgebe, mit der Lösung der spanischen Frage zufriedengestellt zu sein, und ferner daß es für seine drohende Sprache eine Genugthuung gewähre.

An dem Abend eben dieses Tages speiste Bismarck mit Roon und Moltke. Während des Essens kam die Depesche aus Ems, daß Benedetti seine neue Forderung wegen der Garantie für die Zukunft gestellt und daß der König diese Forderung abgelehnt habe. Ein Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" that der Welt das Ereignis kund mit den Worten:

„Ems, 13. Juli 1870. Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Noch in der Nacht wurde eben dieses Telegramm den norddeutschen Vertretungen allenthalben amtlich mitgeteilt, um bei den fremden Regierungen davon Gebrauch zu machen.

Eine nach der anderen liefen alle diese Nachrichten in Paris ein, gerade indem man im Begriff war einzulenken. Da erschien der

deutsche Botschafter und meldete, selbst ganz verstört, daß er den Befehl erhalten habe in Urlaub zu gehen und die Geschäfte abzugeben. Da telegraphierte der Geschäftsträger aus Berlin die Depesche der „Norddeutschen Allg. Zeitung“. Da kam Meldung auf Meldung von allen Gesandtschaften, daß die Depesche den fremden Regierungen mitgeteilt sei. Endlich erhielt Gramont auch schon an diesem Tage einen ausführlichen Bericht über die Absichten, die Graf Bismarck dem englischen Botschafter Lord Loftus entwickelt hatte.

Der Sinn aller dieser Meldungen war klar und ein und derselbe: bisher hatten sich die französischen Staatsmänner noch gewiegt in dem Gefühl, auf jeden Fall einen Erfolg errungen zu haben: es handelte sich für sie nur darum, ob sie für diesmal damit zufrieden sein oder aber weiter, etwa direkt in den Krieg gehen sollten. Diese Stellung war ihnen jetzt entrissen. Sie hätten sich vielleicht zufrieden gegeben mit dem Marktgeschrei, „wir haben Preußen gedemütigt“ — aber ein Staat, der aller Welt verkünden ließ: unser König hat dem französischen Botschafter durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß er ihm nichts weiter mitzuteilen habe — diesen Staat hätte niemand mehr für gedemütigt gehalten. Und nun gar im Hintergrund die Möglichkeit, daß Preußen den Spieß umkehre und seinerseits anfange, Forderungen zu stellen und Genugthuung zu verlangen, wie Graf Bismarck dem Lord Loftus angekündigt hatte! Wie stand man dann da vor der öffentlichen Meinung? Schon jetzt tobte und wütete sie über die feige Regierung, die den Kriegsbeschluß nicht zu fassen wage. Dann mußte man doch in den Krieg. Der Schluß war gegeben: da war es viel besser, den Rausch der nationalen Erregung und den kleinen Vorsprung in den Vorbereitungen, den man hatte, zu benutzen, um auf der Stelle loszuschlagen. War der „dynastische“ Kriegsgrund durch den Verzicht des Prinzen Leopold auch verloren, so hatte man in der Beleidigung des französischen Botschafters in Ems einen noch viel schöneren, wenigstens für das französische Volk. Aus der Mitteilung der Depesche der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ wurde mit einer kleinen Steigerung eine amtliche „Note“ der Regierung gemacht: damit war die „Beleidigung“ ein Faktum und mit einem Kopfsprung stürzte sich die „große Nation“ in die Flut des rettungslosen Verderbens.

Die Rede geht: die Depesche, die diese ungeheure Wirkung her

vorbrachte, sei gefälscht gewesen. Fürst Bismark selbst hat sie als ein Beispiel angeführt, daß man imstande sei, durch bloße Auslassungen den Sinn eine Rede in das Gegenteil zu verkehren, und erzählt, daß Moltke nach seiner Redaktion gesagt habe: vorher war's Chamade, jetzt ist's Fanfare.

Stellen wir den Text der Urdepesche und den für die Veröffentlichung redigierten zusammen:

Urdepesche:

Ems, den 13. Juli 1870.

Seine Majestät der König schreibt mir: „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt, etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement **wiederum außer Spiel sei.**“

Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät **dem Grafen Benedetti gesagt, daß er** Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu em**pfangen, sondern ihm nur durch einen** Adjutanten sagen zu lassen: daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Bene**detti aus Paris schon gehabt, und dem** Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Euer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Bene

Redaktion:

„Ems, 13. Juli 1870. Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich **spanischen amtlich mitgeteilt worden** sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forde**rung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er** nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft ver**pflichte, niemals wieder seine Zustimmung** zu geben, wenn die Hohenzollern auf **ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat** es darauf abgelehnt, den französischen **Botschafter zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter** nichts weiter mitzuteilen habe.“

detti̇s und ihre Zurückweisung sogleich,
sowohl unsern Gesandten, als in der
Presse mitgeteilt werden soll.

gez. Abeken.

In der Wiedergabe der Thatsachen weicht die Veröffentlichung so wenig von der Urdepesche ab, daß man fragen möchte: wie ist der Fürst Bismarck eigentlich zu seiner Erzählung und Moltke zu seinem Witz gekommen? Sybel eignet sich sogar (N. Mitt. S. 69) einen Ausspruch an, Bismarcks Streichungen hätten nur Milderungen des Textes bewirkt.

Vergleichen wir auch noch die Berichte, die Benedetti über dieselben Vorfälle nach Hause sandte. Er telegraphierte: „Der König hat unbedingt abgelehnt, mich zu ermächtigen, Ihnen eine solche Erklärung zu übermitteln.“ „Der König hat unsere Unterhaltung beendet, indem er sagte, daß er eine derartige Verpflichtung weder eingehen könnte noch wollte.“ („Le roi a absolument refusé de m'autoriser à vous transmettre une semblable déclaration.“ „Le roi a terminé notre entretien, en me disant qu'il ne pouvait ni ne voulait prendre un pareil engagement.“) Ferner in seinem ausführlichen Bericht: „Der König hat unserer Unterhaltung auf der öffentlichen Promenade bald ein Ende gemacht, indem er bedauerte, uns nicht, was er nannte eine neue und unerwartete Konzession machen zu können“ („a bientôt mis fin à notre entretien sur la promenade publique, en m'exprimant ses regrets de ne pouvoir nous faire ce qu'il a appelé une concession nouvelle et inattendue“). Endlich: „Auf meine Bitte um eine nochmalige Audienz hat der König mir antworten lassen, daß er sich nicht dazu verstehen könne, die Erörterung über Bürgschaften für die Zukunft mit mir nochmals aufzunehmen.“

Alle Aussagen und Darstellungen stimmen so vollständig überein, daß von einer Fälschung an keiner Stelle die Rede sein kann.[1] Aber

[1] Daß die Depesche nicht in der Form, wie Abeken sie telegraphiert hatte, veröffentlicht werden konnte, ist selbstverständlich. Wenn aber Sybel angiebt (S. 329) zwischen der Note des Königs und dem Bericht Benedettis sei insofern ein Unterschied, als nach jener er den König, nach diesem der König ihn angeredet habe, so ist das nicht richtig. Der Botschafter konnte niemals den König zuerst anreden. Wenn ein so hoher Herr schreibt „er fing mich auf der Promenade ab,“ so heißt das nicht „er redete mich an,“ sondern er stellte sich so auf, daß es bemerklich war, er wünschte angeredet zu werden und ich konnte nicht wohl umhin, es zu thun.

wenn Sybel sagt, daß Bismarck nichts gethan habe, als den Befehl des Königs auf Publikation auszuführen, und der König auch nichts anderes darin gesehen habe, so ist das nicht richtig.

Erst vor kurzem ist eine Erzählung veröffentlicht worden,*) die sich auf Mitteilungen des Ministers Grafen Eulenburg beruft, wonach der König, der die Depesche am nächsten Tage auf der Morgenpromenade erhielt, nachdem er sie zweimal gelesen, sie, betroffen über den Ton, dem Minister überreicht habe mit den Worten: „Das ist der Krieg." Auch Sybel selbst in seiner Erzählung hebt hervor, daß durch die Fassung der Eindruck der Mitteilung „gründlich verwandelt" worden sei, und es ist wahrlich kein Grund das zu verhehlen. Die Fassung und Versendung dieser Depesche war keineswegs eine bloß geschäftsmäßig korrekte Publikation, sondern sie war eine ungeheure politische That, denn gerade auf den Ton der Publikation kam alles an. Die Urdepesche bot dazu das Material: das ist wohl zu bemerken. Moltkes Witz von Chamade und Fanfare und Bismarcks Erzählung von der Verkehrung in das Gegenteil sind bloß auf den Wortlaut der beiden Fassungen bezogen, nicht zutreffend, denn es steht in beiden genau das gleiche. Aber dieser Witz und diese Erzählung sind die Exponenten der Empfindungen der beiden Herren über die ganze Situation vorher und jetzt. Man stand ja bisher unter der Furcht, das ganze Ereignis werde mit einer Demütigung Preußens abschließen. Wenn man, wie sonst in der Diplomatie üblich, aus der Depesche für die Publikation alle Schärfen entfernte, so blieb es dabei: durch die Fassung, die Bismarck ihr gab, war es nicht nur abgeschnitten, sondern in das Gegenteil verkehrt.

Die Depesche ist das Senfkorn gewesen, aus dem im Umsehen der Baum der Emser Legende emporwuchs. Gern ruht der deutsche Patriotismus aus in seinem Schatten. „König Wilhelm saß ganz heiter —." Wir brauchen diese Legende nicht zu zerstören.

Benedetti hat später gesagt, in Ems gab es weder einen Beleidiger noch einen Beleidigten. Ganz richtig: nämlich was den König und Benedetti angeht. Aber gab es wirlich keinen Beleidiger und keinen Beleidigten in den Emser Verhandlungen? Ich denke, es gab einen Beleidiger und einen Beleidigten, das waren die französische und

*) Augsburger Abendzeitung vom 17. Juli 1895. Ich bin in der Lage, die Richtigkeit der Erzählung zu bestätigen.

die deutsche Nation. Diese Beleidigung war keine andere, als daß das französische Volk einen Vorrang vor dem deutschen zu haben und zu behalten beanspruchte und als Zeichen dessen dem deutschen Volke eine Demütigung auflegen wollte. Daß sich das deutsche Volk diesen französischen Anspruch nicht, man darf sagen, nicht länger gefallen lassen wollte, das war der wahre Kriegsgrund, und alle einzelnen Ereignisse sind nur Momente des Ausdrucks für diesen einen alles umspannenden Gegensatz. Wir Deutschen fühlten, daß wir das Recht hatten, als ebenbürtig dazustehen unter den großen Völkern der Kulturwelt. Eben deshalb verlangte unser Volk den nationalen Staat und empfand den alten deutschen Bund, der uns unser Recht nicht zu wahren vermochte, als die nationale Schande. Die Franzosen empfanden, wie der General Jarras es mit einer gewissen treffenden Naivetät ausdrückt, 1866 als eine Niederlage und „konnten" sich in ihrer Stellung als „große Nation" nicht verkleinern lassen" („la grande nation ne pouvait pas se laisser amoindrir"). Wir stehen heute fest genug in unseren Schuhen, um uns darüber nicht mehr zu entrüsten. Im Gegenteil, es war ja ganz richtig, daß die Franzosen bis dahin eine geistig wie politisch fast hegemone Stellung in Europa inne hatten. Über zwei Jahrhunderte haben sie sich trotz der großen Niederlagen, die sie zwischendurch erlitten, trotz der ungeheuren inneren Erschütterungen, die sie durchgemacht, in dieser Stellung behauptet. Ludwig XIV., das Zeitalter Voltaires und Rousseaus, die große Revolution, Napoleon, das sind Fahnen und Standarten, die ein Volk hoch flattern lassen darf. Der größte König, den Deutschland gehabt, der König, der den Deutschen erst wieder das Bewußtsein eines großen Volkes gegeben hat, dachte, sprach und empfand selber französisch und noch nicht 100 Jahre war es her, seit der große Friedrich von dieser Erde geschieden. Ist es unnatürlich, wenn ein Volk, dessen geistige Superiorität solche Zeugen aufzuweisen hat, darauf pocht? Immer neue Ideen, Talente und Kräfte sind aus diesem Boden aufgesprudelt; wie haben die Franzosen selbst die Niederlage von 1870 überwunden, wie groß, angesehen und leistungsstark steht heute dieser Staat, der jeder festen Regierung entbehrt, da! Gern erkennen wir das heute an, wo sie nicht mehr den Anspruch machen, mehr zu sein, als wir. Vor 1870 aber machten sie ihn und drohten ihn mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Da wäre es ja, möchte man fortfahren, ganz konsequent und passend gewesen, wenn sie dieser

Gesinnung in einer persönlichen Beleidigung des Oberhauptes der deutschen Nation Ausdruck gegeben und ein solcher Konflikt zum blutigen Austrag der Rivalität geführt hätte, wie es die Legende von der Emser Promenade erzählt. Aber in so einfachen geraden Linien bewegt sich das Leben nicht. Versetze man sich nur einen Augenblick hinein, daß in Ems wirklich jene Scene gespielt und zum Kriege geführt hätte, so würde das den wahren Zusammenhang nicht zum Ausdruck gebracht, sondern verdunkelt haben. Es wäre dann der Schein erweckt, als ob ein weltgeschichtlicher Kampf, der mit Strömen von Blut und Thränen dahinrauschte, um einer leeren Schale willen wäre entfesselt worden. Wir, die wir noch immer mit einer gewissen Leidenschaft in jenen Gegensätzen leben, würden das nicht so sehr empfinden, aber die Nachwelt würde es empfinden. Zwei Herren wie der König von Preußen und der Botschafter des Kaisers der Franzosen dürfen niemals gegeneinander aus den Formen der vornehmen Gesellschaft heraustreten. Freilich die Helden von Troja schimpfen sich bei Homer recht gründlich zwischen ihren Kämpfen; aber wenn wir das heute lesen, lächeln wir auch dabei über das naive Zeitalter. Schon im Nibelungenliede verweist es Dietrich seinem alten Hildebrand, als einmal ein Ansatz dazu gemacht wird. „Wie ziemt solchen Degen sich mit Worten schelten, wie alte Weiber pflegen!" Man braucht nicht zu verhehlen, daß die preußischen Minister mit dem Verhalten des Königs in Ems unzufrieden waren. Aber das Urteil der Mithandelnden ist befangen und ist nicht das Urteil der Geschichte. Es wäre nur gerechtfertigt, wenn der König sachlich zu viel nachgegeben hätte. Das hat er aber nicht gethan. Daß er sich überhaupt auf die Verhandlungen einließ, war, wie wir gesehen haben, sehr erklärlich, und daß er in den Formen die äußerste Langmut und die äußerste Höflichkeit bewahrte, gereicht ihm zum Ruhm und hat Deutschland zum höchsten Vorteil gereicht. Die ideale Haltung, wenn jemand in Händel gerät, ist äußerste Nachgiebigkeit in der Form und bis auf einen gewissen Punkt zu verbinden mit äußerster Festigkeit in der Sache. Das ist sehr schwer und wird meistenteils verfehlt. Durch die Rollenverteilung, wie sie die Emser Ereignisse 1870 zwischen König Wilhelm und seinem Minister mit sich brachten, hat die deutsche Regierung vor dem eigenen Volke und vor der Nachwelt diese Position gewonnen. König Wilhelm behandelte alles höflich, wohlwollend, langmütig; es kann kein Zweifel sein, daß er den Krieg

nicht wollte. Aber dafür hat ein König seine Minister, um die falsche Auslegung zu verhüten, als ob die Liebenswürdigkeit jener Formen Schwäche der Gesinnung bedeute. Die in Berlin redigierte Emser Depesche ist es gewesen, die dieses Mißverständnis abschnitt. Diese Depesche hat nicht den wahren Sachverhalt gefälscht, sondern umgekehrt, sie hat die Umkleidung, mit der die unverbrüchlichen Formen der Diplomatie und der modernen Gesellschaft den wahren Hergang, nämlich die Herausforderung der französischen Nation an die deutsche, verhüllten, mit einem Ruck hinweggerissen und nackt und groß das ungeheure Bild der Wahrheit aller Welt vor Augen gestellt. Wohl gemerkt: das Bild der Wahrheit. Die Wahrheit selbst ist ein Begriff, ein Gedanke, der nicht angeschaut, sondern nur mit dem Verstande gefaßt werden kann. Nur der kleinere Teil der Menschheit, der fähig ist, abstrakt zu denken, vermag sie sich in dieser Form anzueignen. Das Volk aber will Anschauung, womöglich die stärkste der Anschauungen, die Personifikation, das Ereignis. Was ist ihm ein Begriff wie „Vorrang" einer Nation vor der anderen, oder gar „Hegemonie"? Die Sprache des Volkes ist deshalb die Legende und die echte Legende ist die, welche die Wahrheit giebt im Schleier der Dichtung. So bemächtigte sich die dichterische Volks-Phantasie auf der Stelle der Auslegung der Emser Depesche, daß ein persönlicher Konflikt stattgefunden habe, und die Erzählung, das Lied, die Stelle, der Denkstein an der Emser Promenade, wo König Wilhelm Herrn Benedetti den Rücken drehte, sind da und werden dem Gedächtnis und dem Glauben des deutschen Volkes niemals wieder entrissen werden.

Unaufgeklärt ist noch immer, welche von den verschiedenen Meldungen eigentlich in Paris das Gefäß zum Überlaufen und damit die Entscheidung gebracht hat. Der Kriegsminister Leboeuf hat später (1872) vor der parlamentarischen Untersuchungs-Kammission ausgesagt, daß eine bestimmte Depesche am Abend um 11 Uhr in den Ministerrat gebracht, dort vorgelesen worden sei und den Ausschlag gegeben habe. Da es feststeht, daß um 6 Uhr wirklich die Mobilmachung zurückgenommen war, so muß in der That irgend eine besondere Nachricht, in Verbindung mit der inzwischen erlangten Wahrnehmung von dem Wüten und Toben der öffentlichen Meinung, noch am Abend spät den Umschwung herbeigeführt haben. Sorel hat nun

nachgewiesen, daß die Meldungen schon alle im Laufe des Tages eingegangen waren: die einzige Nachricht, die übrig bleibt, ist die Meldung von dem Gespräch Bismarcks mit Lord Loftus. Sybel aber will es für eine dreiste Erfindung Gramonts erklären, daß er dieses am 13. geführte Gespräch schon am 14. gekannt habe, und es ist in der That auffällig, daß Gramont in seiner Aussage vor der Kommission im Jahre 1872, obgleich er sich ausführlich über das Gespräch ergeht, doch nicht ausdrücklich sagt, daß gerade diese Meldung die Entscheidung gegeben habe. Sybel geht so weit, auseinanderzusetzen, daß, wenn diese Depesche dem französischen Kronrat vorgelegen hätte, sie den Weg zum Frieden gezeigt haben würde. Bismarck forderte danach, daß Gramont seine drohende Sprache vom 6. Juli zurückziehe oder genügend erläutere. Die hierin „hervortretende Entschlossenheit und Mäßigung des deutschen Staatsmannes" hätte die notwendige Ehrenerklärung ohne Blutvergießen erlangt (N. Mitt. S. 67). Stärker ist der Charakter einer politischen That und zugleich der Charakter der französischen Nation wohl nie verkannt worden.

Es kommt immer wieder auf denselben Unterschied heraus. Sybel meint, daß die Vorgänge des 13. und 14. Juli den Krieg herbeigeführt hätten und will Fürst Bismarck von der Schuld daran möglichst entlasten. Wir glauben, daß diese Ereignisse den Krieg nur in einem für Deutschland vorteilhaftesten Moment zum Ausbruch gebracht haben und erkennen deshalb in den verschiedenen Handlungen höchster Entschlossenheit und selbstbewußten deutschen Stolzes, die die Franzosen zum Losbruch trieben, das weltgeschichtliche Verdienst unseres großen Staatsmannes, das wir wahrlich keine Veranlassung haben zu verschleiern.

Bei dem Mangel einer völlig zuverlässigen Aussage möchte ich es wagen, eine andere Vermutung auszusprechen, was jene letzte mysteriöse Depesche gebracht hat. Das Auffällige ist, daß die sämtlichen französischen Staatsmänner in ihren Aussagen vor der parlamentarischen Kommission geflissentlich um den Punkt herumgegangen sind. Marschall Leboeuf sagt, die Depesche sei vorgelesen: „je ne peux en dire les termes, mes souvenirs ne sont pas assez précis".*) Er macht aber auch im allgemeinen keinerlei Andeutung über den

*) Annales de l'assemblée nationale. T. 23. Enquête sur les actes du gouvernement de la défense nationale. Dépositions des témoins S. 47.

Inhalt und kein Mitglied der Kommission hat ihn weiter darüber interpelliert. Nun wissen wir von Gramont, daß er einige Tage sehr beunruhigt gewesen ist, über die Haltung Österreichs, aber, fährt er fort, ein Austausch von Explikationen habe diese Unruhe zerstreut, Graf Vitzthum sei nach Paris gekommen und alle Kälte sei verschwunden gewesen.*) Eben an diesem Tage, dem 14. Juli, ist Graf Vitzthum in Paris angekommen. Bringen wir das damit zusammen, daß Gramont noch ausdrücklich sagt, die Mitteilung von dem Bismarck-Loftusschen Gespräch sei ihm über Wien zugegangen,**) so liegt die Vermutung sehr nahe, daß es eben eine Nachricht aus Wien gewesen ist, die ihm neue Hoffnung auf das Bündnis machte und die letzten Zweifel des französischen Ministerrats zerstreute. Im Jahre 1872 vor der parlamentarischen Kommission waren die französischen Staatsmänner noch äußerst vorsichtig und zurückhaltend bezüglich dieser Bündnisverhandlungen und ihr Schweigen wie die Diskretion der untersuchenden Kommission deshalb sehr erklärlich.***)

Wir haben gesehen, wie ungehalten Beust über das stürmische Vorgehen Frankreichs war. Da er es nun aber einmal nicht bremsen konnte, so blieb ihm nichts übrig, als seine politischen Ideen trotzdem zu verfolgen. Verharrte Österreich in der Neutralität, so schien ihm nichts gewisser, als daß Napoleon sehr bald mit Preußen auf Österreichs Unkosten Frieden schließen würde,†) und um das zu verhindern, mußte Österreich sich an dem Kriege beteiligen. Eine bloße

*) Brief Gramonts an Beust in dessen Memoiren II, 374.

**) Dies hat Sybel ganz übersehen und spricht deshalb auch mit Unrecht von einer Abschrift des Loftusschen Berichts nach London, die Gramont erhalten haben wolle. Er sagt ausdrücklich, er habe eine noch ausführlichere Meldung von dem Gespräch gehabt als diesen Bericht. Das ist durchaus möglich, wenn Loftus noch am 13. oder selbst am Morgen des 14. dem österreichischen Vertreter in Berlin das Ganze erzählt hat.

***) Auch seit dem ersten Erscheinen dieses Aufsatzes ist über diese so wesentliche Frage nichts weiter ans Tageslicht gekommen. Ich sprach einmal mit Lord Acton darüber, der gerade eine Reise nach Frankreich machen wollte und erwähnte, daß er voraussichtlich Herrn Ollivier sprechen werde. Er nahm sich vor, wenn die Möglichkeit gegeben sei, ihn, als einen der wenigen überlebenden Teilnehmer an jenem Ministerrat, nach dem Inhalt der mysteriösen Depesche zu fragen. Ob und mit welchem Erfolg diese Absicht ausgeführt worden ist, ist mir unbekannt, da ich Lord Acton bis zu seinem Tode nicht wiedergesehen habe.

†) Beust an Andrássy 22. April 1874. Beust, Memoiren II, 342.

Vermittelung hätte nichts genutzt: im Gegenteil, die hätte ja ganz sicher mit dem geendet, was Beust am meisten fürchtete, nämlich Vereinigung ganz Deutschlands unter Preußen hier, Annexion Belgiens dort. Nichts natürlicher also, als daß er sofort seinen Vertrauten Vitzthum nach Paris schickte, mit der Nachricht von den Äußerungen Bismarcks zu Lord Loftus und der Versicherung, daß Frankreich trotz allem die Hilfe Österreichs nicht fehlen solle. Über die Einzelheiten der Verhandlung, die nun folgt, sind wir noch nicht genügend unterrichtet. Die Aussagen von Gramont auf der einen, Vitzthum, dem Sybel folgt, auf der anderen Seite widersprechen sich direkt. Nach allem vorhergehenden kann kein Zweifel sein, daß Gramont im wesentlichen recht hat: er fühlte sich ganz sicher, daß binnen kurzem der Vertrag über die Triple-Alliance abgeschlossen sein würde.*) Auch Lebrun erzählt jetzt in seinen Memoiren, daß, als er ihm am 26. Juli beunruhigende Mitteilungen aus Österreich gebracht habe, der Herzog ihm gemütlich mit den Worten „soyez confiant“ auf die Schulter geklopft habe. Natürlich war Beust so klug, da er ja jetzt das Spiel in der Hand hatte, keine formelle Verpflichtung einzugehen, sondern nur die Hilfe Österreichs in Aussicht zu stellen. Wir haben ja oben (S. 307) seine Depesche am Tage nach der französischen Kriegserklärung (20. Juli) ausführlich wiedergegeben und bitten sie jetzt noch einmal zu lesen. Wenn Beust hier die Russen vorschiebt, wegen deren Österreich nicht sofort den Krieg erklären könne, so ist das ein durchsichtiger, diplomatischer Vorwand. Auch im Herbst waren die Russen nicht aktionsunfähig und in seinem Memorandum an den Kaiser vom 25 Dezember (s. o. S. 312) fürchtet Beust sich gar nicht vor ihnen. Die österreichische Armee fing wirklich an, mobil zu machen; die Delegationen haben dafür nachher 20 Millionen Gulden bewilligen müssen. Ohne eine positive Verpflichtung einzugehen, also mit der Möglichkeit in jedem Augenblick nach den Umständen, nämlich den Leistungen der Franzosen zu handeln, begann man in die längst vorgesehene Stellung zu rücken. Erst die deutschen Siege sind es gewesen, die die Verhandlungen zerrissen und damit verhindert haben, daß die große Triple-Alliance nicht doch noch nachträglich zustande gekommen ist.

Wie weit ist sich Graf Bismarck, als er am 13. Juli einen Pfeil

*) Vgl. die jetzt im Staatsarchiv Bd. 57 (1896) abgedruckten, aus Gramonts Nachlaß im Figaro vom 20. März 1895 veröffentlichten Briefe.

nach dem andern entsandte, wohl bewußt gewesen, welche Schlachten er damit gewann? Wenn er dem Lord Loftus sagte: „Wir müssen wissen, ob nach Überwindung der spanischen Schwierigkeit nicht noch irgend ein geheimer Plan existiert, der plötzlich wie ein Gewitter über uns hereinbrechen könnte" — so klingt das, als habe er die geheimsten französisch-österreichischen Verhandlungen mit angehört. Aber im einzelnen kann er doch nicht davon unterrichtet gewesen sein. Nur die feindselige Gesinnung ringsum kannte er, aber er fürchtete sich nicht, und stets ist es der hohe Lohn der Kühnheit, daß sie die Hälfte der Gefahr bereits auf dem Wege, den sie ihr entgegengeht, überwindet. Indem Bismarck den Mut hatte, sich von den Franzosen nichts gefallen zu lassen, zerstörte er die Grundlage ihrer Kooperation mit den Österreichern und Italienern, und das gute deutsche Schwert that das Übrige.

Die Jubelfeier der Errichtung des Reiches.

(18. Januar 1896.)

„Ziehe deine Schuhe von deinen Füßen, denn der Ort, da du auf stehst, ist ein heiliges Land" — so sprach Gott zu Moses, und das will sagen: Thue heute ab alles, was werktäglich ist, lege Hammer und Hobel beiseite, vergiß deinen Kummer und deine Sorgen, deinen Mißmut, deine Unzufriedenheit, den Parteihader, die Vorwürfe nach rechts und links, nach oben und unten, reinige dein Herz von allem Kleinen und führe herauf die Gedanken der Größe und des Stolzes, denn der Tag, den wir heute feiern, ist ein heiliges Fest.

Heute vor einem Vierteljahrhundert, an dem Tage der Königskrönung seines Ahnen, proklamierte, siegreich und ehrwürdig unter allem Volk, König Wilhelm die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde und des Deutschen Reiches.

Hundert Jahre ist es her, da erzählte einer der Heroen unserer Litteratur, Wieland, er könne sich nicht entsinnen, daß er in seiner Jugend das Wort „deutsch" jemals ehrenhalber habe aussprechen hören.

In demselben Jahre, in dem Wieland starb, 1813, wurde zum erstenmal den Deutschen „die Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reichs aus dem ureigenen Geist des deutschen Volkes" verheißen; die Völkerschlacht bei Leipzig wurde geschlagen, und nach der letzten Niederwerfung des furchtbaren Korsen in der Schlacht bei Belle-Alliance setzte Gneisenau jenen Tagesbefehl an die preußische Armee auf, der mit den Worten schloß: „Nie wird Preußen untergehen, wenn Eure Söhne und Enkel Euch gleichen."

Die Ehre des deutschen Namens war wiedergewonnen, aber nur damit um so tiefer empfunden werde, daß nicht erreicht war, was allein diese Ehre schützen konnte, das Deutsche Reich.

Der Tagesbefehl von Belle-Alliance richtete sich ja nur an die Preußen, und Preußen war zwar ein großer, berühmter und ehrenreicher Staat, aber doch nur ein Zufallsstaat, den die Politik, nicht das ewige Gesetz der Natur zusammengefügt hatte. Weshalb sollten gerade der Ostpreuße, der Schlesier und der Rheinländer zusammen einen Staat bilden? Warum nicht der Mecklenburger, Sachse und Hesse? Nur mit dem größten Widerstreben hatten sich die Sachsen und die Rheinländer 1815 dem preußischen Staate einverleiben lassen; ja Preußen selbst hätte die Rheinlande gar nicht gern genommen, sondern hätte statt dessen viel lieber ganz Sachsen mit Leipzig und Dresden, das so viel näher und bequemer lag, einverleibt.

Nun aber gar die Bewohner der Mittel- und Kleinstaaten, die nicht einmal durch den Ruhm einer großen Vergangenheit und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft mit ihrem Staatswesen sich verbunden fühlten, die, wenn sie ins Ausland kamen, erlebten, daß man sie mit spöttischem Ton nach dem Namen und der Lage ihres „engeren Vaterlandes“ fragte, von dem man noch nie gehört hatte, die in der Stickluft ihres Zwergendaseins die großen Gedanken des öffentlichen Lebens überhaupt nicht zu ergreifen vermochten, es sei denn, sie hätten sich vorher mit einem grimmigen, leidenschaftlichen Haß erfüllt, einer Todfeindschaft gegen das, was nach der sittlichen Weltordnung die mütterliche Pflegerin und Hüterin des Einzelnen sein soll: den Staat die Gesellschaft, das Vaterland, dem der Mensch durch die Geburt eingegliedert ist.

Wirtschaftliche Entwickelung, Verkehr, Ausbildung der Kräfte sind die Ideen des 19. Jahrhunderts. Wie mußte Deutschland da hinter den anderen großen Nationen zurückstehen! Wollte ein Staat einen Rheinhafen schaffen, so ließ ihm der Nachbar Steine in den Strom hineinwerfen, damit die Schiffe nicht durchkommen konnten. Wollte ein Staat eine wohlüberlegte Zollpolitik einführen, so ließ der kleine Nachbar auf seinem Gebiet, das mitten hineinsprang, große Schmugglerlager bilden. Das sind nicht Anekdoten, sondern wahre und wirkliche historische Thatsachen. Mit unsäglicher Mühe brachte man wenigstens allmählich einen Zollverein zustande, der noch nicht alle, aber doch einen großen Teil der deutschen Staaten umfaßte. Auch der Zollverein aber konnte keine wirkliche große Wirtschaftspolitik betreiben, denn zu

jedem seiner Beschlüsse gehörte Einstimmigkeit, und er war überhaupt immer nur auf zwölf Jahre geschlossen. Ihm fehlte jede Einwirkung auf Eisenbahnen, Tarifpolitik und Wegebau. Das schlechteste und drückendste aller Steuersysteme mußte ausgebildet werden, weil der lose Verband des Zollvereins ein besseres nicht zuließ. Dabei war er nicht einmal imstande, gleiches Maß und Gewicht, gleiches Geld, einheitliche Post, zuverlässige Rechtshilfe von einem Bundesstaate in den anderen zu gewähren. Langsam, ärmlich, sich selbst verhöhnend über dem Widerspruch zwischen dem Gefühl innerer Kraft und äußerer Leistung schleppte das deutsche Leben sich hin. Das Vaterlandslied des Deutschen war ein Fragelied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Wohl lautete die Antwort: „Das ganze Deutschland soll es sein", aber ein Geschlecht starb hin und das zweite, und immer blieb es noch bei der bloßen Forderung, bald wehmütig und sehnsüchtig, bald zornig, drohend, leidenschaftlich, aber die Forderung wollte sich nicht zur Thatsache gestalten: Kaiser und Reich wollten nicht werden.

Es ist ein Beweis für die im tiefsten Grunde monarchische Gesinnung unseres Volkes, daß es in dieser langen und schweren Zeit der Prüfung doch nicht aufgehört hat, die zukünftige Gestaltung des Reiches nicht anders als unter einem Kaiser zu ersehnen. Warum, wenn das neue Reich eine monarchische Spitze haben sollte, nicht unter einem König, warum unter dem fremdländischen Ausdruck „Kaiser"? — Es handelt sich keineswegs bloß um ein Wort: in diesem Wort liegt für den, der es versteht, der ihn zu heben weiß, ein unermeßlicher Schatz.

Zuerst möchte man meinen, Kaiser sei einfach der höhere Begriff, der vornehmere Rang, den das Haupt eines Bundes, dem mehrere Könige angehören, naturgemäß haben muß. Streng staatsrechtlich ist das nicht richtig, da auf dem Wiener Kongreß 1815 die Mächte sich ausdrücklich darüber geeinigt haben, daß die Kaiser- und Königswürde sich im Range gleichstehen sollen. Thatsächlich freilich, in den Augen der öffentlichen Meinung hat die Kaiserwürde den höheren Rang.

Das Wort hat aber noch einen tieferen Sinn. Als die alte römische Republik in dem Widerstreit zwischen einer verdorbenen Aristokratie und einer zuchtlosen Volksmasse zu Grunde ging und ein

siegreicher General und Volksführer als Einzelherrscher an die Spitze des Staates trat, nahm dieser, um die republikanische Empfindlichkeit in den Formen noch möglichst zu schonen, nicht den Titel König an, sondern ließ sich neben anderen Ausdrücken einfach als den „Feldherrn“ (imperator) bezeichnen oder noch einfacher mit dem Namen des Gründers dieser Art Monarchie „Cäsar“ (sprich „Käsar“). Aus diesem Namen ist unser „Kaiser“ geworden, wie aus „imperator“ die französische Bezeichnung für dieselbe Würde „empereur“. „Kaiser“ bedeutet also einen Monarchen, der kraft Volksgunst und Heeresmacht den Staat regiert, indem er den Streit der Stände ausgleicht und überwindet.

Im Mittelalter, seit der erste Deutsche, Karl der Große, diese Würde erneuerte, nahm dasselbe Wort einen ganz anderen Sinn an: Man verstand jetzt unter dem Kaiser, im Unterschied von den Königen, denjenigen Herrscher, dem der höchste weltliche Schutz der Kirche als Recht und Pflicht zukomme. Als die mächtigsten der damaligen Fürsten erlangten die deutschen Könige diese Stellung, und deshalb knüpft sich die Erinnerung des deutschen Volkes an die Zeit seiner Größe und seines Ruhmes im Mittelalter an den Kaisertitel, obgleich dieser Titel damals nicht eine nationale Würde bedeutete und auch nicht „deutscher“, sondern „römischer“ Kaiser lautete.

In unserer Zeit hat zum dritten Male das Wort seinen Sinn geändert. Einen höchsten, allgemeinen weltlichen Schutzherrn der Kirche giebt es längst nicht mehr und kann es nicht mehr geben, da jeder Staat sein Verhältnis zur Kirche selbst ordnet und die Kirche keine einheitliche mehr ist, sondern sich vielfältig gespalten hat und ihre Angelegenheiten auch selber regiert. Indem Napoleon I. aber den Kaisertitel erneuerte, griff er zurück auf die ursprünglichste Bedeutung: der französische Kaiser-Begriff ist etwas ganz Ähnliches wie der altrömische unter Cäsar und Augustus — demokratisch und militärisch.

Was bedeutet aber die deutsche Kaiserwürde? Weder der mittelalterliche noch der napoleonische Sinn kann ihr voll entsprechen, aber sie ist nicht ohne Berührung mit beiden. Mit dem mittelalterlichen Kaisertum hat sie gemein nicht den Inhalt, denn diese neue Kaiserwürde hat weder einen kirchlichen Charakter, noch einen römischen, noch einen universalen irgend welcher Art, sondern sie ist umgekehrt durch

und durch national, die eigentliche Repräsentation und Personifikation des nationalen Gedankens; sie hängt also mit dem Mittelalter nur zusammen durch den historischen Zusammenhang: weil im Mittelalter unsere Könige diesen Titel führten und ihn im ganzen 1000 Jahre geführt haben, deshalb, zum Zeichen, daß wir noch immer dieselben Deutschen und unser Reich die Fortsetzung des alten Reiches und seines Ruhmes ist, deshalb ist derselbe Name von Neuem gewählt worden. Aber der uralt-ehrwürdige Name hat sich auch wieder mit neuem Inhalt erfüllt, eben aus der Schale, die unser furchtbarster Gegner und doch in vielem zugleich unser fruchtbarster Lehrer Napoleon I. bereitete: das neue Kaisertum ist nach dem Ausspruch des deutschen Sängers Ludwig Uhland gesalbt mit einem Tropfen demokratischen Öles. Das alte preußische Königtum war in gar zu fester Verbindung mit dem ständischen Staat, dem grundbesitzenden Adel; es vermochte dem Fortschritte der Zeit, dem es so oft in früheren Zeiten vorangeeilt war, nicht mehr recht zu folgen; mit der Kaiserkrone ist auch eine neue Art von Monarchie geschaffen: die nationale des gleichen Staatsbürgertums. Indem das neue Reich ins Leben trat, wurde es geschaffen auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller seiner Bürger, wie das Heer auf dem der allgemeinen Wehrpflicht. Von allem, was Fürst Bismarck gethan hat — ewig werde seiner in Dankbarkeit gedacht, wo Deutsche sich als Deutsche grüßen — ist dies das Größte: die Begründung des neuen Deutschen Reiches in Verbindung mit dem Gedanken des Jahrhunderts, dem gleichen Rechte des allgemeinen Staatsbürgertums, verkörpert in dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zum Reichstag.

Von diesem Punkt aus mag man, was für wilde Wogen oder trübe Fluten auch den Augenblick bedrohen, tröstlich und zuversichtlich in die Zukunft schauen. Ein Volk, das die starke nationale Monarchie auf der einen, das gleichberechtigte Staatsbürgertum in der Volksvertretung auf der anderen Seite gewonnen hat, ein solches Volk kann alle Fährlichkeiten überstehen und wird überhaupt nicht wieder auf die Dauer aus den richtigen Bahnen herausgedrängt werden. Wir stehen nicht am Ende, wir stehen erst am Anfang einer großen Entwickelung. Wir haben noch nicht einmal das erste Stadium völlig überwunden, wo neue Zustände in ihrer Ungewohntheit als unbequem oder gar

schmerzhaft empfunden werden. Wer sich von solchen Empfindungen gepeinigt fühlt, der richte seinen Blick in die Zukunft und von da kehre er zurück in die Vergangenheit und schaue auf die hehren Gestalten, die heute vor 25 Jahren das neue Reich geschaffen haben. Wer wagt's zu sagen, daß die Söhne und Enkel solchen Voreltern nicht nachstreben würden oder gar, wenn einmal die große Entscheidungsstunde schlagen sollte, sich ihrer nicht würdig erweisen?

Hermann Walther †.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 84, Mai-Heft 1896.)

Am Gründonnerstag starb, noch nicht 45 Jahr alt, der Verleger der „Preußischen Jahrbücher", Hermann Walther. Wenig über drei Jahre hat er die geschäftliche Leitung unserer Zeitschrift in Händen gehabt, aber wenn die „Preußischen Jahrbücher" einmal in der Geschichte des geistigen und politischen Lebens Deutschlands eine Rolle spielen, so wird sein Name dabei nicht übergangen werden dürfen. Verdoppelung des Umfanges und Erweiterung des Leserkreises um die Hälfte bezeichnen die Epoche seiner Thätigkeit, und wenn seiner geschäftlichen Energie dabei nicht das Wenigste zu danken ist, so rührte das wieder daher, daß er für das Wesen unserer Zeitschrift ein Verständnis hatte, das seine Thatkraft und Rührigkeit auch die richtigen und passenden Wege finden ließ.

Auch unser Leserkreis wird diese Persönlichkeit gerne kennen lernen wollen; es ist ein Stück modernen deutschen Kulturlebens, wie diese Natur sich in dem Getriebe der sozialen Gegensätze entwickelt hat, und mir ist es der letzte Dienst an meinem lieben Freunde, ihm an der Stelle unseres gemeinsamen Wirkens den Nachruf zu widmen.

Hermann Walther stammte aus einer althessischen Beamtenfamilie. Sein Vater, der sich Hassenpflug als Bezirksdirektor versagt hatte, war zur Zeit seiner Geburt Amtmann in Witzenhausen, wurde später Stadt-Gerichtsdirektor in Kassel, zuletzt General-Auditeur der hessischen Armee und 1866 von Preußen als solcher pensioniert. Seine Mutter war eine Tochter des Kapellmeisters Guhr, den Riehl „das musikalische Genie des Leichtsinns" genannt hat. Von diesem Groß

vater, der zuletzt die Oper in Frankfurt dirigierte, soll er viel Eigenschaften geerbt haben. Freilich weder den Leichtsinn, noch die Musik, noch die Liebe zu äußerem glänzenden Auftreten, wovon der Enkel öfter mit einer gewissen Ironie selber erzählte, aber die Thatkraft, den ästhetischen Sinn, die Lebendigkeit zugleich und Feinfühligkeit des Geistes. Obgleich von je zarten Körpers, so war sein Jugendmut ursprünglich auf die Soldatenlaufbahn gerichtet — ein Vorfahr hatte als Oberstleutnant bei Belle-Alliance gefochten —, sein Vater hatte ihn zum Juristen bestimmt, aber er war noch auf der Schulbank, als der Tod des Ernährers 1867 allen Plänen auf höhere Karriere plötzlich ein Ende bereitete. Die Mutter als vermögenslose Beamtenwitwe war nicht imstande, den Kindern viel abzugeben: da entschloß sich Hermann, der jüngste, ganz selbständig seinen eigenen Weg einzuschlagen. Er verließ die Obersekunda des Gymnasiums und damit die Traditionen seiner Familie, ernährte sich durch Stundengeben und trat, sobald er eine Stelle gefunden, in ein Bankgeschäft. Nach zwei Jahren glückte es ihm, ohne eigentliche Empfehlungen, in einer großen Berliner Bank eine sehr auskömmlich dotierte Stellung zu erhalten und da gerade die goldenen Zeiten des Geschäfts eintraten, so war er in der Lage, eine Reise nach Italien zu machen und noch einige Ersparnisse zurückzulegen. Das Bank- und Börsenleben aber sagte seiner Natur auf die Dauer schlechterdings nicht zu. Er ging in die Museen und studierte namentlich die plastischen Werke; er vertiefte sich in religionsphilosophische Studien. Er lebte nicht, wie sonst meist die jungen Leute, in einem möblierten Zimmer und hatte daneben seinen Mittagstisch, sondern er trat in Pensionen ein, wo er mit den verschiedensten Menschen, namentlich Ausländern, in Berührung kam, Lebensanschauungen austauschte und Beziehungen, darunter sehr wertvolle, anknüpfte. Seine eigene Tisch Unterhaltung hatte eine solche Anziehungskraft, daß, wo er lebte, sich der Tisch bald verlängerte und die pensionshaltenden Damen von einer dankbaren Freundschaft für ihn erfüllt wurden.

Um nun zu einem befriedigenden Dasein zu gelangen, mußte er einen Beruf wählen, in dem der Geschäftsmann in ihm, was er nun einmal war, sich mit seinen ererbten und selbst anerzogenen geistig litterarischen Tendenzen vermählen konnte. Er sattelte um, gab seine gutbezahlte Comptoirstellung auf und trat als Volontär ein in die

Stuhrsche Buchhandlung Unter den Linden (1876). Sehr schnell arbeitete er sich in das neue Gebiet ein, da es dem Chef, wie dem Geschäftsführer ein Vergnügen war, einen Mann von solcher Intelligenz zu unterrichten. Bücher-Kenntnis auf einigen Gebieten brachte er bereits mit, Buchführung kannte er, Wesen des Verlages, der Druckerei, Papier-Kenntnis, Bedürfnisse des Publikums gingen ihm bald auf.

Aber wie mit den geringen Ersparnissen, die er in seiner Bank-Thätigkeit hat machen können, je zur Selbständigkeit gelangen? Ein reicher Kaufmann, in dessen Haus er durch einen Neffen eingeführt war, bot ihm, als er von seinen Wünschen hörte, aus freien Stücken Kapital an. Er suchte sich einen Socius und eröffnete einen Buchladen in der Markgrafenstraße (1879).

Nun galt es dem Sohn des General-Auditeurs, dem Enkel Guhrs, durch die Arbeit hinter dem Ladentisch die Grundlagen für ein Verleger-Geschäft zu gewinnen. Mit der Ironie des wahren Menschenkenners nahm er die Thatsache hin, daß es nicht die guten Bücher sind, die das Geschäft machen, aber nur um desto mehr wußte er zu unterscheiden, was ein wirklich gutes Buch, wirkliche Bildung und eine ernste Persönlichkeit sei. Sein Laden und das kleine Hinterstübchen, das sein Comptoir bildete, war ein Platz, wo die entgegengesetzten Naturen und Bestrebungen zusammentrafen und direkt oder durch die Vermittelung seiner Unterhaltung miteinander in Austausch traten. Seine Intelligenz machte es ihm möglich, jeden Standpunkt zu würdigen; sein Takt, seine Selbstbeherrschung vermied den Zusammenstoß, wo er nicht übereinstimmte. Sein Verlag wurde ein vorwiegend politischer; er selbst aber stand jeder Politik kühl und skeptisch gegenüber. Er hatte sich selber gezwungen ein Geschäftsmann zu werden; so betrachtete er auch seinen politischen Broschüren-Verlag vom Standpunkt des Geschäfts. Sehr selten, daß ihn selber einmal die Leidenschaft packte, und dann war es nicht eine Partei-Tendenz, die ihn ergriff, sondern Entrüstung über irgend eine gar zu große Thorheit oder Bewunderung für eine Persönlichkeit. Das Objektive an der Politik interessierte ihn nicht; was er wog, waren die Personen. Die Politik des Fürsten Bismarck war ihm gleichgiltig oder gar zuwider, aber vor dem „Reckenhaften“ beugte er sich.

Der sachliche Maßstab, den er anlegte, war der ästhetische, der

des Geschmacks; er hatte ein überaus feines Stilgefühl: selbst eine wissenschaftliche Monographie, wie meine „Perser- und Burgunderkriege“, die er verlegte, hat er mir auf Stilfehler hin durchkorrigiert. Sehr mit Recht ist Otto Schroeders Buch „Vom papierenen Stil“ in seinem Verlage erschienen.

Das Sortimentsgeschäft schlug so gut ein, daß Walther sich allmählich mehr und mehr dem Verlage zuwenden und endlich sich ganz aus dem Sortiment zurückziehen konnte. Jetzt hatte er ganz, was er sich wünschte: er war glücklich verheiratet, er war ein unabhängiger erfolgreicher Geschäftsmann in einem Beruf, der die geistige Welt zu seinem Objekt machte, in fortwährender Berührung mit den Menschen, nicht mit der Menge, sondern mit den Individualitäten in der Menge, an denen sich seine Menschenkenntnis übte und vertiefte, um daraus Kräfte zu weiteren Erfolgen zu schöpfen.

Wir kannten uns seit dem Jahre 1881, als ich im Herbst 1892 zufällig mit ihm auf Helgoland zusammentraf und ihm hier auf der Düne meinen Plan einer Reform der „Preußischen Jahrbücher“ vortrug, der endlich dazu führte, daß er sie selbst in seinen Verlag nahm und wir nunmehr in die engste, nie von irgend einer auch nur vorübergehenden Mißhelligkeit getrübte Arbeitsgemeinschaft eintraten. Selten haben gewiß der Redakteur und der Verleger einer Zeitschrift so zusammen gearbeitet, wie wir beide diese drei Jahre. Es sind buchstäblich wenige Tage vergangen, wo wir nicht wenigstens ein telephonisches Gespräch darüber hatten. Wenn je das Wort von gegenseitiger Ergänzung berechtigt war, so traf es bei uns beiden zu.

Wie wenig dachten wir beide an Sterben, als wir unseren Vertrag schlossen und noch als wir ihn im vorigen Dezember erneuerten! Wie freuten wir uns der gemeinschaftlichen Erfolge! Den Tagen der Arbeit folgten jetzt die Tage der Ernte. Eine trübe Wolke war über seinem Lebenshimmel dahingezogen, als das einzige Kindchen, das ihnen nach mehrjähriger Ehe beschieden, bald nach der Geburt den Eltern wieder entrissen wurde. Aber die innige Lebensgemeinschaft mit einer liebevollen Frau ließ den Mangel an Kindern kaum empfinden. In breiten Auen lag das Leben vor ihm.

Da klopft das Schicksal an die Pforte — ein Leberleiden, harmlos angeblich: binnen kurzem erfahre ich, es ist Krebs.

Reißend schnell verfielen die Kräfte; keine Sorgsamkeit der Pflege konnte retten. Ihn selbst verließ bis zuletzt die Hoffnung nicht. Wir Freunde beweinten ihn schon vor dem Tode und was kann trauriger stimmen, als eine edle Natur mitten in freudig-fruchtbarem Schaffen niedergeworfen und dahingerafft zu sehen?

Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit.

Referat auf dem VII. Evangelisch-sozialen Kongreß zu Stuttgart, Mai 1896.

Nach dem stenographischen Bericht.

Als Mitglied eines sozialen Kongresses und als Referent eines sozialen Kongresses will ich mit dem Bekenntnis beginnen, daß ich ein Anhänger der individualistischen Wirtschaftsordnung bin, die auch weniger liebenswürdig die kapitalistische genannt wird. Ich halte es schlechterdings für notwendig, sowohl für die Ausbildung starker in sich selbst begründeter Persönlichkeiten, als auch für das Gedeihen des nationalen Wirtschaftslebens, zum Erreichen der höchsten Leistung, daß der Stachel des Erwerbstriebes, der Stachel, daß der Mensch für sich selbst erwerben will, erhalten wird, und das geschieht in der individualistischen oder kapitalistischen Wirtschaftsordnung. So wenig wir in der Politik, in der Ordnung der Staaten und dem Fortschreiten der Staatenbildung den großen persönlichen Ehrgeiz der Staatsmänner und Feldherren entbehren können, so wenig können wir im Privatleben diesen Stachel des Egoismus (ich scheue das Wort nicht) in jedem einzelnen Menschenherzen entbehren. Aber indem ich so dieses Prinzip in seiner ganzen Energie hinstelle, erkenne ich zugleich, daß es voll durchgeführt zu unerträglichen Härten führen muß. Es ist notwendig, daß diesem Prinzip ein entgegengesetztes Gesetz eingefügt wird, welches die Härte mildert und nach Möglichkeit aufhebt. Selbst von rein wirtschaftlichem Gesichtspunkt ist die individualistische Wirtschaftsordnung als solche nicht imstande, das höchste Ziel zu erreichen. Das postulierte entgegengesetzte Prinzip pflegen wir das soziale, meinetwegen auch das sozialistische zu nennen. Man hat gefragt, wie weit soll das eine oder andere Prinzip gelten? Die einen sagen möglichst individualistisch,

die anderen möglichst sozial. Das ergreift die Prinzipien nicht in der Tiefe: das Wort „möglichst“ ist bis zum Äußersten dehnbar; der eine sagt dies, der andere, das ist die äußerste Möglichkeit, bis zu der man gehen darf. Die idealistische Philosophie im Anfang unseres Jahrhunderts hat dafür das prachtvolle Bild der Polarität gefunden. Die magnetischen Pole kann man nie voneinander trennen oder abgrenzen. An den äußersten Enden ist immer die größte Stärke, und schneidet man einen Magneten entzwei, so bilden sich immer wieder zwei Pole. So sind auch oft zwei Prinzipien so ineinander verflochten, daß eine äußere Abgrenzung nicht möglich ist. Die Praxis, die Kunst der Politik muß es entscheiden, wie wir das eine oder andere im Leben anwenden wollen. Wir müssen also auf das praktische Bedürfnis achten und hier eine Fragestellung zu finden suchen. Auch die Individualisten leugnen nicht, daß Arbeitslosigkeit vorhanden und daß sie ein großes Übel ist, und dieses Zeugnis kann uns genügen.

Fragen wir zuerst: Wie groß wird wohl das Übel sein, das wir zu bekämpfen haben? Die Reichsstatistik hat im vorigen Jahre zweimal die Frage der Arbeitslosigkeit aufgenommen, aber die Zahlen werden erst im nächsten Herbst veröffentlicht werden. Sehr viel Wert wird auf diese Statistik aber nicht zu legen sein, aus Gründen, die noch zu erörtern sind. Früher ist einmal die Schätzung ausgesprochen, daß 200000 Vagabunden und Arbeitslose durchs Deutsche Reich dahinstreichen. Nehmen wir diese Zahl als richtig an, so würden also 200000 arbeitsfähige Menschen nicht arbeiten und doch leben. Wie leben sie? Menschenunwürdig, von Betteln, unerlaubtem Erwerb, Diebstahl. Aber sie leben und wenn sie einmal, was auch öfter vorkommt, zu einer größeren Geldsumme gelangen, so wird sie in Branntwein angelegt. Was kostet uns ein solcher Arbeitsloser? Wenn wir absehen von dem Verlust an Arbeitskraft, welche die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen unter diesen Leuten besitzen, und die Erhaltung eines jeden täglich nur auf eine Mark rechnen, so würden wir, 200000 mit 360 multipliziert, auf einen jährlichen Verlust unseres Nationalwohlstandes von 72 Mill. Mark kommen.

Wenn es uns gelingt, das Übel der Arbeitslosigkeit in dieser vorausgesetzten Zahl zu beseitigen, so würden wir also eine Verbesserung des Nationaleinkommens um eine so enorme Summe erzielen. Wir haben damit von vornherein die Frage gestellt nicht unter dem

Gesichtspunkt einer Ausgabe, sondern einer Ersparnis, und Deutschland ist schon einmal in der Lage gewesen, wo auch eine große Institution unter diesen Gesichtspunkt gestellt werden konnte. Als es noch keine stehende Armee in Deutschland gab, da warb man Landsknechte an, wenn der Krieg drohte. Es wurde schwer sie zu erhalten, bis sie wirklich gebraucht wurden. Um über diese Schwierigkeit wegzukommen, erließ beispielsweise der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg im Jahre 1620 ein Edikt über das „Garden".

Was das heißen soll, mögen Sie aus dem Wortlaut entnehmen.

Das Edikt verfügt:

„— daß diese (Truppen) sonderlich bis zu der Zeit, so zur Musterung bestimmt, herumlaufen und mit vielem Bitten dem armen Landmann beschwerlich sein würden, dafern nicht in diesem sein gewisses Maß und Ordnung gegeben würde. Als befehlen wir demselben unserem Kriegsvolk hiermit ernstlich, daß sie über 10 stark und dazu nicht ohne ihrer Hauptleute und Befehlshaber Kundschaft, nicht herum laufen, auch daran ersättigt sein sollen, wenn ihnen auf ein Trupp von zehn stark in einem jeden Dorf 3 Reichsgroschen oder 36 Pfennige gegen Vorzeigen ihrer Kundschaften gegeben werden.

„— — Laufen sie aber einzeln herum und es verreicht ihnen abermals ein jeder Bauer oder Hüfner zwei und der Kossäthe oder Gärtner einen Pfennig, so sollen sie auch daran begnügig sein und niemanden darüber beleidigen, weniger oder an Hühnern oder sonsten etwas entfernen: oder geht's einem oder mehreren ungleich darüber, also daß er oder sie mit Schlägen abgewiesen würden oder auch sonsten ein Mehreres darüber ausstehen müßten, sollen es sie niemanden als ihnen selbsten klagen.

„Wir wollen auch gar nicht, daß sie zu oft oder zu viele an einen Ort sich zu kommen gewöhnen und also die Armut des Ortes gar aussaugen: sondern, sobald sie in ein Dorf kommen, sollen sie, wie gemeldet, ihre Kundschaft aufweisen und weil selten oder nimmer ein Dorf zu finden, da nicht jemand wäre, der schreiben könne, so sollen an einem jeden Orte die Namen derer, so zu diesem Mal gegardet, wie auch der Tag, an welchem sie gegardet, aufgezeichnet und hinterlegt werden ꝛc."

Verehrte Anwesende!

Wenn wir dieses Edikt lesen, so fragen wir uns, waren denn die

Staatsmänner in der Mark Brandenburg nicht bei Troste? Warum schrieben sie nicht eine Steuer aus und gaben jedem Dorfschulzen den Auftrag, die Gelder einzusammeln und nach Berlin zu schicken? Sie machten statt dessen die Kriegsleute zu Steuereinnehmern, und wenn der Kurfürst vorschrieb, sie sollten nicht Hühner oder Gänse dabei mitnehmen — wenn die 10 Mann mit Hellebarde und Seitengewehr erschienen, wer wollte es ihnen wehren? Ich glaube, es ist ein Euphemismus, wenn es heißt, sie sollen sich nicht beklagen über etwaige Prügel. Wenn geprügelt worden ist, sind es schwerlich die Landsknechte gewesen, die das Meiste bekommen haben. Der Bauer wird froh gewesen sein, wenn sie mit dem „Pfennig“ und vielleicht noch etwas mehr das Dorf verließen. Also so ungeschickt waren unsere Vorfahren: statt eine regelmäßige Steuer einzurichten und die Soldaten zusammenzuhalten, daß sie keine Unordnung begehen konnten, wissen sie sich nicht anders zu helfen, als daß sie die Leute selber um ihres Unterhaltes willen durch die Dörfer laufen lassen, und als Wallenstein kam, hatte man von dieser Art Soldaten nicht einmal einen Schutz.

Wir lachen über unsere Vorfahren, aber machen wir es besser?

Ist es nicht genau dasselbe, wenn wir 200000 Menschen durch Deutschland streichen sehen und geben ihnen keine Arbeit, sondern verweisen sie aufs Betteln? Zwar ist das Betteln verboten, aber es läßt sich nicht verhindern, und der Nationalwohlstand verliert mehr, als wenn wir sie regelmäßig ernährten. Ich zweifle nicht, daß unsere Nachkommen nach 100 Jahren mit ebensoviel Ironie auf uns herabsehen werden, wie wir auf den Kurfürsten Georg Wilhelm wegen seines Gardeedikts herabsehen.

Nun, wir unsererseits wollen suchen, wie dem Übel zu steuern wäre. Zunächst die Frage: wie groß ist es denn? Es sind allerhand Untersuchungen gemacht worden über die Arbeitslosigkeit namentlich von sozialdemokratischer Seite.

Der Wert derselben ist jedenfalls ein begrenzter. Hier in Stuttgart sind einmal über 2000 Arbeitslose gezählt worden, aber als öffentliche Arbeiten ausgeschrieben wurden, meldeten sich ca. 200. An einigen Gewerben sind besondere Beobachtungen gemacht worden. Bei den Buchdruckern z. B. wird behauptet, es seien 10% Arbeitslose. Ob das zutrifft, kann ich nicht nachprüfen, es wäre eine überaus große

Zahl: aber jedenfalls ist sie nicht für die Gesamtheit maßgebend. Das Buchdruckergewerbe zählt zu denjenigen, die einen besonderen Grad von Bildung und Tüchtigkeit beanspruchen, es gehört zu den allerhöchststehenden, und es ist nicht anders möglich, als daß in einem gesunden Volk zu den höher stehenden Arbeiterklassen ein besonders starker Andrang stattfindet. Das erstreckt sich noch viel höher hinauf. Wo ist die größte Arbeitslosigkeit? Meine Herren! bei den Assessoren und bei den Kandidaten der Theologie und Philologie! Hier ist der allergrößte Überschuß an Angebot. Diejenigen jungen Männer, die das Abiturientenexamen gemacht, 3 Jahre studiert und zwei schwere Examina gemacht haben und schon in der zweiten Hälfte der 20er Jahre stehen, von denen würden heute viele froh sein, wenn sie den Tagelohn eines 20jährigen Berliner Maurers hätten. Und das sind Tausende aus den besten durchgebildetsten Schichten unseres Volkes, herangezogen durch die besten Schulen mit dem höchsten Aufwand aus ihren eigenen und öffentlichen Mitteln: dieser Elite der Nation sagt man: wartet bis man euch verwenden kann. Das ist ein so großes soziales Übel, wie es nur irgend eins giebt, und ganz analog der Arbeitslosigkeit der Buchdrucker.

Ich halte es für einen wesentlichen Grund, weshalb die sozialen Zustände in England so gesund sind — der soziale Körper in England hat ja auch seine Leiden, macht aber doch im großen Ganzen den Eindruck der Gesundheit, — daß ein großer Teil dieses Überschusses der höheren Stände in Indien Verwendung findet. Nur 60000 Engländer leben hier unter 300 Millionen Eingeborenen, aber sie sind alle aus den höheren Schichten des englischen Volkes. Der Überschuß der gebildeten Klasse des Mutterlandes findet in dem riesenhaften Kolonialreich seine Verwendung und läßt nicht seine Kräfte unthätig zu Hause verkommen. So hängt an dieser Stelle die Frage der Arbeitslosigkeit auch mit der Frage der auswärtigen Politik zusammen.

Ich erwähne das nur beiläufig, ohne näher darauf einzugehen, und ebenso wie diese Arbeitslosigkeit der höheren Stände scheide ich auch die höheren Schichten des eigentlichen Arbeitsstandes aus. Man leitet die Übermasse von Arbeitern in der Buchdruckerei von der Lehrlingszüchterei ab. In jeder höheren Industrie muß aber ein gewisser Überschuß von Arbeitern vorhanden sein, einfach infolge des natürlichen Zuges von unten nach oben, der in jedem gesunden Volke stattfindet.

Eine solche Zuflußquelle darf nicht verstopft werden. Wie will man einem ordentlichen, tüchtigen Jungen, der glaubt, es als Buchdrucker zu etwas bringen zu können, verbieten, das Gewerk zu ergreifen? Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, die Arbeitszeit in den Druckereien herabzusetzen, um dem Überschuß an Arbeitern Raum zu schaffen. Ganz recht — aber wie lange würde es helfen? Schon jetzt ist der Zudrang zu diesem Gewerbe zu stark; wenn nun durch den achtstündigen Arbeitstag die Vorzüge und Annehmlichkeiten dieses Berufs noch verstärkt werden, so würde der Zudrang so groß werden, daß er auf keine Weise mehr untergebracht werden könnte und eine große Krisis eintreten müßte. In den höheren Berufen wird also stets ein gewisser Überschuß, eine „Reservearmee", wie die Sozialdemokraten sagen, vorhanden sein. Das bedeutet aber noch keineswegs eine allgemeine Arbeitslosigkeit.

Wir müssen dieses Übermaß von Angebot in allen den Klassen und Ständen, die über der Masse stehen, vollkommen ausscheiden. Existiert nun überhaupt, wenn wir das ausgeschieden haben, eine Arbeitslosigkeit? Meine Herrschaften! Man kann darauf heutzutage mit Nein antworten. Warum giebt es eine solche Arbeitslosigkeit nicht? Weil wir im Osten Deutschlands zahllose Güter haben, die zu wenig Arbeiter haben. Man könnte also sagen: deckt den Bedarf an Feldarbeiten aus dem Überschuß der Industriearbeiter der Großstädte statt aus Polen und Rußland. Dagegen wäre im Prinzip nichts einzuwenden. Aber praktisch bringt uns das nicht weiter: denn die Erfahrung lehrt, daß die Arbeiter, die einmal in der Industrie verwendet wurden, schlechterdings unbrauchbar geworden sind für die ländlichen Arbeiten. Das erfordert eine Körperkraft und auch eine seelische Disposition, die der Arbeiter der großen Städte nicht mehr hat. Die ländlichen Arbeitgeber wollen diese städtischen Arbeiter gar nicht. Also wir müssen dabei bleiben: es ist wahr, im Osten giebt es einen gewissen Mangel an Arbeitern, und wir haben dennoch vielleicht Arbeitslosigkeit. Ich frage nun weiter, giebt es eine dauernde Arbeitslosigkeit? und sage abermals: nein. Im Jahre 1872 hat es in Deutschland keinen Arbeitswilligen gegeben, der nicht Arbeit gefunden hätte, und im Jahre 1889 war es so ziemlich ebenso. Es kommen immer wieder Zeiten, wo alle Arbeitskräfte, die vorhanden sind, auch Verwendung finden. Dann aber folgen wieder Zeiten, wo der hagere,

verdüsterte Arbeiter durch die Industriestädte zieht und vergebens seine Kraft und seine Kunstfertigkeit anbietet. Es handelt sich also um die Wellenbewegung der Industrie und zwar um eine mehrfache, eine allgemeine, eine die der Jahreszeit folgt und für jedes Gewerbe eine besondere.

Es giebt Arbeiter, die immer nur im Sommer zu arbeiten haben, wie zum Beispiel die Bauhandwerker. Je mehr die Arbeitsteilung fortschreitet, desto mehr wird die Saisonindustrie, die sich zum Beispiel auch an die Weihnachts- oder Osterzeit anschließt, wachsen. Diese sich kreuzende wirtschaftliche Wellenbewegung ist schuld an der Arbeitslosigkeit.

Diesem ersten und hauptsächlichen Grund der Arbeitslosigkeit ist nun ein zweiter hinzuzufügen, das einfache Nichtwissen der Arbeitsgelegenheit. Der Fabrikant sucht einen Arbeiter, der Arbeiter Arbeitsgelegenheit, und beide können nicht zusammen kommen. Es ist daher eine große Aufgabe, den Leuten, die momentan keine Arbeit haben, eine neue Arbeitsgelegenheit zu zeigen. Dieses System des Arbeitsnachweises ist schon stark entwickelt; aber auch die Frage des Arbeitsnachweises scheide ich hier aus. Sie ist viel komplizierter, als es auf den ersten Blick scheinen möchte. Wahrscheinlich wird sich ein großer Teil des sozialen Kampfes in den nächsten Jahren darum drehen. Die Arbeiter möchten den Arbeitsnachweis in die Hände bekommen. Denn wer diesen hat, der beherrscht den Arbeitsmarkt und hat damit auch die Herrschaft über die Industrie. Dann ist jeder Fabrikant auf Gnade und Ungnade den Arbeitern überliefert. Haben umgekehrt die Fabrikanten den Arbeitsnachweis in den Händen, so sind sie in der Lage, schwarze Listen anzufertigen und alle ihnen nicht genehmen Arbeiter auszuschließen von der Arbeit und sie so wirtschaftlich zu ruinieren. Indessen bilden diese Dinge ein Kapitel für sich, das nicht im Rahmen meiner Aufgabe liegt. Ich habe es nur mit der Arbeitslosigkeit zu thun, die durch die Krisen, durch die industrielle Wellenbewegung entsteht.

Es ist empfohlen worden, dagegen Versicherungen zu schaffen, die man geradezu Krisenversicherungen nennen könnte. Andere sagten, das gehe nicht an; helfe nichts; schaffen wir lieber die Krisen aus der Welt, sorgen wir, daß keine Krisen entstehen — freilich, wenn das möglich wäre, das wäre gut. Es ist genau dasselbe, wie dem Medi-

ziner empfohlen wird, die Krankheiten nicht erst zu heilen, nachdem sie ausgebrochen sind, sondern durch eine vernünftige Gesundheitspflege dafür zu sorgen, daß die Krankheit überhaupt nicht entsteht. Ganz sicher werden wir es aber nie so weit bringen, daß die Menschen nicht mehr krank werden, und so werden wir auch durch eine gesunde Wirtschaftspolitik niemals die Ursachen der Arbeitslosigkeit gänzlich zu beseitigen vermögen. Wir müssen die Krankheit hinnehmen, so lange wir die individualistische Wirtschaftsordnung haben. Die Krankheit gehört dazu. Wir müssen sie nur einzuschränken suchen und dann das richtige Heilmittel finden, sodaß sie als Krankheit völlig verschwindet, d. h. durch Heilung verschwindet.

Der nächstliegende Gedanke ist wieder der der Versicherung.

In den letzten Jahren wurde sie in Deutschland viel diskutiert. Wir haben schon schöne Erfolge erzielt mit der Kranken- und Invaliditätsversicherung, und ich möchte gerade diese Erfolge betonen, weil unsere Mitglieder das zuweilen vergessen, wie vieles bei uns schon geleistet worden ist durch die soziale Gesetzgebung. Es ist sehr bedauerlich, daß wir schon wieder in Ermattung verfallen sind, aber daß wir einen Anlauf genommen haben, der uns an die Spitze der Nationen gebracht hat, das müssen wir auch an dieser Stelle sehr entschieden aussprechen. Nach dem Muster dieser Erfahrung also könnte man auch eine Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit schaffen. Wir haben schon Versuche dieser Art in der Schweiz, und in Köln wird soeben ein Versuch gemacht für Bauhandwerker, Maurer und Zimmerleute.

Nun verehrte Anwesende, so gut und schön der Gedanke erscheint, man mag ihn drehen und wenden, wie man will, Hilfe in wirklichem Sinne ist hier nicht zu finden. Welches soll die Grundlage sein? Man könnte die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit anschließen an die Alters- und Invaliditätsversicherung. Diese hat aber keine Organe zur Ausführung. Das wichtigste und notwendigste Organ für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist die Feststellung: ist der Mann wirklich arbeitslos? ist er aus zureichenden Gründen arbeitslos? Das kann nicht schematisch festgestellt werden, dazu gehört im einzelnen Falle eine individuelle Untersuchung, die kann die Altersversicherung nicht machen. Vielleicht könnten sie die Krankenkassen machen, die stets in enger Beziehung zu ihren einzelnen Mitgliedern

stehen. Sie sind aber nicht geeignet als Versicherungsträger, weil sie viel zu klein sind. Wenn große Krisen eintreten, so sind große Mittel erforderlich, und diese Kassen würden Bankerott machen.

Die Unfallversicherungsgesellschaften sind größer, aber haben wieder nicht die Mittel, dem Mann persönlich auf den Leib zu rücken und zu untersuchen, ob er wirklich arbeitslos ist oder nicht. — Alle Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit aber leiden generell daran, daß der Begriff Arbeitslosigkeit nicht festzustellen ist. Man hat in Köln eine freiwillige Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen. Ja, wer wird hingehen? Alle diejenigen, die gewiß wissen, im Winter haben wir keine Arbeit. Alle die, die nicht in die Lage kommen, arbeitslos zu werden, kommen nicht.

Die Folge davon wird sein, die Kasse kann sich nicht halten. Sie würde sich nur halten können als Wohlthätigkeitsanstalt. Zwang ist notwendig. Dazu gehört eine genaue Untersuchung, um denjenigen, die einzahlen und die Hilfe der Kasse nicht beanspruchen, kein Unrecht zu thun. Weshalb bist du also arbeitslos? Ist ein Uhrmacher arbeitslos, wenn er nicht Uhren machen, aber als Feinmechaniker Beschäftigung finden könnte? Nein. Wenn aber als Grobschmied? Oder Straßenkehrer? Ist ein Mann arbeitslos, der in Köln keine Arbeit findet, aber in Bonn? Soll er auswandern? Wo soll er die Familie hinbringen? Ist ein Mann arbeitslos, der im Sommer tüchtig verdient hat — nehmen wir einen Maurer — und im Winter aussetzt? Er hat ein Häuschen, er hat Acker, er kann sich über die Zeit, wo er nicht in seinem Handwerk thätig ist, mit häuslichen Verrichtungen beschäftigen. Ist der Mann arbeitslos? Ist er arbeitslos, wenn er Portier ist und als solcher nur im Sommer Nebenbeschäftigung hatte — kurz: Wir finden schon bei der einen Frage: „ist der Mann arbeitslos oder nicht?" Dinge, die rein individuell entschieden werden müssen. Eine rein individuelle Entscheidung aber kann eine Behörde nicht treffen. Das würde die reine Willkür werden. Nun aber erst kommen die Fragen: Warum bist du arbeitslos geworden? Hast du Streit gehabt? Warst du faul? Oder hat dir ein Meister etwas Unrechtes zugemutet? Wer ist im Recht gewesen? Wie soll das entschieden werden? Ist er zu ungeschickt oder hat er sich wiederholt etwas zu Schulden kommen lassen? Oder hat der Fabrikant einen Haß auf ihn und ihn unter irgend einem Vorwand weggeschickt? Das sind Untersuchungen, die nicht ausführbar

sind. Also: eine öffentliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist schon wegen des mangelnden Begriffes der Arbeitslosigkeit im legislatorischen Sinne nicht durchführbar.

Jede Versicherung beruht auf Abschätzung eines Risiko. Nun ist dieses Risiko ganz unermeßlich verschieden. Bei den Krankenkassen haben wir eine Menge robuster Leute, die für die Älteren und Schwächlichen die Last tragen helfen müssen. Das ist schon eine gewisse Ungerechtigkeit, die aber im Interesse des Gemeingefühls ertragen wird. Hier aber ist der Unterschied viel größer. Es giebt Tausende und aber Tausende von Arbeitern, die so verwachsen sind mit ihren Betrieben, daß sie sich als unentbehrlich ansehen dürfen und fast wie Beamte eine ganz sichere Lebensstellung genießen; andere wissen ganz sicher, daß sie im Winter oder wenn die Aufträge zurückgehen, entlassen werden. Den ersteren wird man nicht mit Recht zumuten können, für letztere zu zahlen. Dann giebt es Verhältnisse, die ganz unberechenbar sind. Handelskrisen, die durch Kriege oder Zollgesetze in fremden Staaten herbeigeführt werden: denken wir beispielsweise an die Baumwollkrise in England während des amerikanischen Bürgerkrieges, durch welche eine Masse Arbeiter beschäftigungslos wurde. Da sollte man denken, schon auf diese Möglichkeit hin müßten sich alle Baumwollarbeiter versichern: sie werden sagen „nein". Sie werden sagen: eine entfernte Möglichkeit liegt zwar vor, aber darum kann ich keine Opfer bringen, darum kann ich mich nicht auf dieselbe Linie stellen lassen mit den Leuten, die heut in Arbeit, morgen auf der Straße sind. Das Risiko ist eben nicht berechenbar. Ganze Industrien können durch eine neue Erfindung, durch bloßen Wechsel der Mode aufs Trockene gesetzt werden, die Arbeiter müssen dann suchen, anderswo unterzukommen, aber durch Versicherungen kann man solche Umwälzungen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens nicht ausgleichen.

Die einzige Methode zu einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu kommen, die wenigstens einigermaßen dem Bedürfnisse abhelfen könnte, scheint mir zu sein auf Grund der Gewerkvereine, weil hier die Arbeitsgenossen sich gegenseitig kontrollieren, und da es sich um ihr eigenes Geld handelt, die Unterstützung niemand zukommen lassen werden, der ihrer nicht bedürftig ist. In größeren Krisen aber versagen auch die Mittel der Gewerkvereine und vor allem: in den Gewerkvereinen ist nur ein Teil der Arbeiter und zwar gerade die besten und tüchtigsten,

welche dem Übel der Arbeitslosigkeit nicht so ausgesetzt sind: die weniger Tüchtigen und namentlich die ungelernten Arbeiter sind nicht darin. Die Gewerkvereine übernehmen aber auch die Arbeitslosenunterstützung sehr ungern, weil ihnen damit ungeheure Ausgaben erwachsen und sie die Ausgabe eigentlich für die Fabrikanten machen. Bisher kam es öfters vor, daß ein Fabrikant Arbeiter, auch wenn er keine volle Arbeit für sie hatte, aus Humanität und um sich den guten Stamm zu erhalten, in ihrer Stellung ließ. Haben aber die Arbeiter erst eine gute Versicherung durchgeführt, so kann der Fabrikant ganz rücksichtslos nach seinem Vorteil vorgehen: die Arbeiter füttern ihm ja die etwa nötige Reservemannschaft durch. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, wie sie die Gewerk- und Fachvereine bieten, wird daher immer nur in geringem Maße ihren Zweck erreichen.

Nun komme ich zur Lösung der Frage, die in meinem Thema besonders angegeben ist. Das Recht auf Arbeit.

Wäre es nicht die allereinfachste Lösung? Die Allgemeinheit, die ohnehin keinen verhungern läßt, giebt denen, die sich darum bewerben, Arbeit. Dann leisteten die jetzt Arbeitslosen etwas Nützliches, und der moralische Schade, der jetzt so häufig eintritt, daß der anfänglich Arbeitswillige bei dem vergeblichen Suchen nach Arbeit allmählich erst zum Vagabunden wird, dann zum Strolch herabsinkt, wäre gehoben.

Im Jahre 1884 hat Fürst Bismarck das Recht auf Arbeit anerkannt mit den Worten: „Ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf meinem Platz sein werde." Er hat sich dabei auf die Grundsätze des preußischen Landrechts berufen, das vorschreibe, daß den Leuten, welchen es an Mitteln zu ihrem Unterhalt fehlt, eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeit angewiesen werden solle. Obgleich nun Bismarck dieses Recht proklamierte, hat er für die Ausführung nichts gethan und auch nichts thun können, denn zunächst nahm das große Werk der Alters- und Invaliditätsversicherung die ganze kolossale Kraft des Staatsmannes voll in Anspruch, und dann trat Ermattung ein, zuerst nicht bei dem Staat, sondern bei den Parteien, auf die die Regierung sich stützen muß. Aber wenn wir uns vorstellen, daß das Recht auf Arbeit einmal der Grundsatz werden könnte, nach dem das Übel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen wäre, wie wäre es anzustellen und durchzuführen? Ich sehe davon ab, daß schon seit der

französischen Revolution aus den allgemeinen Menschenrechten und dem Recht der Existenz ein Recht auf Arbeit abgeleitet ist. Ich suche nur nach einem Mittel, das uns zu einer praktischen Lösung des Übels der zeitweiligen Arbeitslosigkeit führt. Wie soll es gemacht werden? Es ist ganz klar, daß keine Rede davon sein kann, daß der Staat verpflichtet wäre, zum Beispiel einem arbeitslosen Uhrmacher Uhren zu machen zu geben. Dann könnten Advokaten kommen und Prozesse verlangen, und zuletzt erschiene der Chirurg und sagte: ich muß amputieren. (Heiterkeit.) Also von Berufsarbeit kann keine Rede sein. Sondern wenn wir den Gedanken des Rechtes auf Arbeit verfolgen wollen, so kann dieses Recht nur aufgefaßt werden als Recht auf Notarbeit. Zwei treffliche Männer, der jetzige Geheimerat Post im preußischen Handelsministerium und Landrat Wessel in einem Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern" haben sich mit der Festsetzung dieses Begriffes befaßt und gefunden, daß als Grundsatz gelten muß, daß der Arbeitslose weder ein Recht auf Berufsarbeit noch auch ein Recht auf den üblichen Tagelohn habe, sondern nur auf soviel, um sich in seinem Dasein zu erhalten. Am besten wird der Lohn in Naturalien gegeben, aber auch wenn er in Geld gegeben wird, jedenfalls immer in einem Betrag, der niedriger ist als der übliche Tagelohn, damit niemand sich meldet, den die Not nicht zwingt.

Die Maßregel ist allerdings hart für einen Mann, der an einen bestimmten Lohn gewöhnt ist; aber sie muß durchgeführt werden, damit niemand kommt, der es nicht nötig hat; es soll ein Notbehelf sein. Nehmen wir nun an, das wäre eingeführt. Womit sollen wir nun die Arbeitslosen beschäftigen?

Für die große Menge der rüstigen Männer wäre es so schwer nicht. Auch jetzt werden ja, wenn die Not da ist, häufig öffentliche Arbeiten angeordnet, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Man könnte also gesetzlich alle Kommunen, Kreise resp. die Staatsregierung selbst verpflichten, stets Notstandsarbeiten in Reserve und soweit vorbereitet zu halten, daß sie eintretenden Falles sehr bald in Angriff genommen werden können. Allenthalben giebt es noch in Deutschland Straßen und Bahnen zu bauen, Kanäle zu graben, Ödländereien und Grünmoore anbaufähig zu machen.

Schwieriger ist es im Frostwetter, wo keine Erdarbeiten gemacht

werden können, und für die schwächlichen Personen, die nicht dazu fähig sind.

Wir können ja nicht einmal für die Gefängnisse entsprechend Arbeit genug auftreiben; sonst heißt es gleich in dieser oder jener Industrie: wir werden durch die Gefängnisarbeit tot gemacht. Am besten wäre es, wenn der Staat ein Monopol auf irgend einen passenden Artikel hätte; dann könnte der Staat in Zeiten der sonstigen Arbeitslosigkeit auf Vorrat arbeiten lassen. Wenn die heutigen Gefängnisse so schwer Arbeit finden, so liegt es daran, daß sie immer an die Unternehmer gewiesen sind. Diese wollen ein bestimmtes Quantum von bestimmter Qualität zur bestimmten Zeit, und das ist schwer durchzuführen, weil der Ersatz unregelmäßig ist, und die geeigneten Leute nicht in gleicher Zahl vorhanden sind. Wenn wir ein Monopol hätten, dann fiele das weg. Aber schwer wird es sein — ich will mir das nicht verhehlen — die wenigst geschickten, die wenigst gutartigen Arbeiter werden es sein, die sich zur Notarbeit melden, und die moderne Industrie kommt zu immer komplizierteren Maschinen, die man solchen Leuten kaum in die Hand geben kann. Es wird nun vielfach auch befürchtet: es könnte zu viel produziert werden. Der Begriff Überproduktion ist aber einer der verkehrtesten. Überproduktion kann es nur an bestimmten Stellen und Gegenständen geben, aber Überproduktion im allgemeinen giebt es nicht. Wir haben Millionen von Menschen, die im Winter nicht warm gekleidet sind, Millionen, die keine Schuhe haben, Millionen, die elend wohnen, die schlecht ernährt werden; also Überproduktion ist nicht vorhanden, es wird im Gegenteil noch immer viel zu wenig produziert. Nehmen wir irgend einen Artikel, z. B. wollene Unterjacken. Da mag soviel produziert werden, als man will, wenn der Fabrikant sie nicht los werden kann, so liegt es nicht daran, daß zuviel vorhanden ist, sondern daran, daß es zu wenig Leute giebt, die die Sachen kaufen können; es liegt an der Unterkonsumtion. Ich würde es für einen Fortschritt halten, wenn wir uns gewöhnten, immer an Stellen, wo wir in den Zeitungen lesen „Überproduktion", „Unterkonsumtion" zu setzen. Also auch das, was nun diese Arbeitslosen arbeiten würden, würde uns nicht zur Last werden; sie würden uns bereichern, und indem sie verdienen, selber Konsumenten ihrer Produkte werden. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, ob man Gegenstände findet, die so stapelweise von wenig ge-

schickten Leuten angefertigt werden können. Die Kapitalaufwendung scheue ich nicht. Sie wird immer kleiner sein als das, was die Arbeitslosigkeit uns jetzt kostet.

Aber auch wenn wir uns vorstellen, dieses Recht der Notarbeit, das wäre das richtige Gegenstück zu dem Erlaß des Kurfürsten Georg Wilhelm mit seinem „Garden", so haben wir noch eine ganz ungenügende soziale Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit, und zwar deshalb, weil glücklicherweise der Zudrang aus den besseren Arbeiterschichten zu den Notarbeiten nicht sehr groß sein würde. Sie wollen nicht unter dem Preis arbeiten und in einer Art, die ihrem eigentlichen Beruf nicht entspricht, vielleicht geradezu entgegengesetzt ist. Für die besten, tüchtigsten und charaktervollsten Elemente der Arbeiterschaft ist die Notarbeit ein Ausweg, den man ihnen nicht anbieten kann. Für die untersten Schichten muß man es thun, aber für die höheren Schichten ist das nicht der richtige Weg.

Da ist nun ein alter Gedanke wieder neu aufgenommen worden in einem trefflichen Buch, dem ich hauptsächlich das Vorgebrachte entnehme, von Professor Schanz, „Zur Frage der Arbeitslosenversicherung". Nachdem Professor Schanz die Schwierigkeiten, die die eigentliche Versicherung darbietet, in der Weise klargelegt hat, wie ich es Ihnen wiederholt habe, kommt er zu dem praktischen Vorschlag des „individuellen Sparzwanges". Er sagt, dem einzelnen den Zwang aufzuerlegen, daß er zahlen soll für andere Leute, während er selbst sicher ist, niemals etwas davon zu bekommen, das ist unmöglich. Aber wir können jeden zwingen, für sich selbst einen Sparpfennig zurückzulegen. Am besten schließen wir das der Krankenkasse an: es muß vorgeschrieben werden, daß der Arbeitgeber außer dem bisherigen Kassenbeitrag wöchentlich, sagen wir 30 Pfg., einzahlt, wovon er selbst 10 Pfg. zu tragen hat, der Arbeiter 20 Pfg. Die Krankenkassen legen die Einzahlungen auf einer öffentlichen Sparkasse an, wo es für den Arbeiter bis zu 100 Mark gesperrt bleibt. Wird er arbeitslos, so wird er bei der Krankenkasse abgemeldet. Nun wird nicht untersucht, ob er mit Recht oder Unrecht arbeitslos ist. Er ist nicht mehr in der Kasse, er kann sein Spareigentum verbrauchen, nicht auf einmal, aber sagen wir etwa wöchentlich 7 Mark. Das Geld gehört ihm: er kann es für sich verwenden, auch wenn er aufhört, Arbeiter zu sein, wenn er etwa ein Geschäft anfangen will. Er hinterläßt es

seiner Familie. Wenn wir uns diese Spareinrichtung kombiniert denken mit dem Recht auf Notarbeit und dem Arbeitsnachweis, so wird bei weitem in den meisten Fällen das Übel der Arbeitslosigkeit überwunden sein. Der allgemeine, organisierte Arbeitsnachweis überhebt den Arbeiter des Herumlaufens und Suchens nach Arbeit, und er hat den Minimallohn des Notarbeitsrechtes oder kann sich von seiner Sparbüchse das Nötigste abheben oder vielleicht auch beides zusammen haben.

Es giebt nun allerdings gegen diesen Vorschlag allerlei Einwände.

Man kann sagen, der Arbeiter habe so wie so schon viel zu tragen an Kassenbeiträgen: aber der Mann spart ja nur für sich, er giebt es nicht für andere weg, er behält es: er wird nur gezwungen, sein Eigentum etwas anders einzuteilen als bisher. Überdies gewinnt er ja den Zuschuß des Arbeitgebers. Dieser Zuschuß aber kann wieder mit Recht verlangt werden, denn es ist für den Fabrikanten eine große Entlastung, wenn die Arbeiter versorgt sind: denn dann kann er rücksichtslos entlassen, sobald er weniger Arbeit hat. Die Arbeiter wollen ja keine Wohlthaten, sie wollen ihr Recht; das würde damit geschaffen werden.

Nun aber noch ein besonderer Umstand. Der Arbeiter hat heute eine Zeit, wo er zu viel Lohn hat, dann wieder eine Zeit, wo er zu wenig hat, und wieder eine, wo er gar nichts hat. Für die letztere Zeit ist jetzt gesorgt durch die Invaliditäts 2c. Gesetzgebung. Für die Zeit, wo er zu wenig hat, zu sorgen, das wird eine besondere Aufgabe sein. Nun aber die Zeit, wo er zu viel hat. Diese existiert wirklich. Der jugendliche Arbeiter hat sehr häufig eine Zeit, wo er zu viel verdient und sich Bedürfnisse angewöhnt, die er später nicht mehr befriedigen kann. Das ist ein ganz ungeheures soziales Übel. Es wäre zu wünschen, daß man ihm einfach den Lohn wegnehmen und wiedergeben könnte, wenn das vierte Kind ankommt. Die unverheirateten jugendlichen Arbeiter, die schon soviel verdienen, wie ein Familienvater, diese wären ganz besonders mit sehr hohen Beiträgen zu den Zwangssparkassen heranzuziehen, und durch diese hohen Beiträge wäre die „obligatorische Selbstversicherung“, wie man sie auch nennen kann, von vornherein auf eine genügend breite Basis gestellt. Solche jungen Leute können sehr häufig

eine, ja zwei Mark und noch mehr, ohne jeden Druck in der Woche zurücklegen. Zwar durch die Gesetzgebung ist die Höhe der wöchentlichen Einzahlung nicht zu fixieren, da die Verhältnisse zu verschieden sind und zu schnell wechseln, sehr gut aber durch ein Kuratorium, das ausschließlich aus Arbeitern bestände. Dieses würde die Höhe der Einlagen in die Zwangssparkasse für den einzelnen bestimmen. Die vernünftigen und soliden Arbeiter würden das nicht etwa als Beleidigung empfinden, denn diese sparen sowieso schon; die weniger soliden Arbeiter würden einfach gezwungen und würden diesen Zwang nicht so sehr empfinden, weil er ja von ihresgleichen ausgeht, von dem Kuratorium. Diesem käme auch die Befugnis zu, in besonderen Fällen, z. B. wenn die Eltern zu unterstützen sind, oder bei Unglücksfällen zu dispensieren oder das gesperrte Sparkassenbuch freizugeben. Eine staatliche Behörde kann das nicht so gut entscheiden, wie es die Arbeiter selbst thun können, und die Arbeiter würden sich auch einer solchen Eigenbehörde eher fügen.

Ich habe damit, meine Herrschaften, einen Versuch gemacht, Ihnen ein ganzes zusammenhängendes System zu entwickeln. Wir hätten also eine allgemeine Organisation des Arbeitsnachweises, das Notarbeitsrecht und endlich den Sparzwang.

Ich wage kaum zu hoffen, daß ich damit Ihre Erwartungen befriedigt habe. Man könnte vielleicht sagen: erst ist uns ein prächtiges Portal gezeigt worden: ein Recht auf Arbeit, was wir uns nur vorstellen können, als ein ewiges, allgemeines Menschenrecht, und als wir eingetreten sind, ist uns eine recht dürftige Bescheerung zu teil geworden: Notarbeit und Sparmarken. Aber meine verehrten Herrschaften, was ich in Wahrheit fürchte, ist vielmehr der entgegengesetzte Vorwurf: daß das, was ich Ihnen vorgetragen, unausführbar, daß es bloße Projektmacherei sei, und es ist wahr, solche Dinge auszudenken, ist leicht, sie auszuführen, unermeßlich schwer. Was ist denn Großes an der Organisation unserer Kranken, Unfall und Invaliditätseinrichtungen? Und doch gehörte ein Staatsmann von der Größe des Fürsten Bismarck dazu, sie ins Leben zu rufen. Kein Geringerer wäre damit zustande gekommen. Wenn also schon so einfache, nüchterne, beinahe kleinliche Ideen so schwer durchzuführen sind, wie muß dann der praktische Politiker erst über die sozialistischen Zukunftsvorstellungen denken? Eigentlich diesen Eindruck bei Ihnen hervorzubringen, war

der Zweck meines Vortrages. Wir sind allesamt nicht berufen, einen wirklich brauchbaren Plan für die Bekämpfung des Übels der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. Wenn ich hier doch etwas Ähnliches vorgetragen habe, so geschah es, um die Verhandlungen unseres Kongresses aus den Höhen der allgemeinen Ideen einmal möglichst auf den Boden der gemeinen Wirklichkeit herunterzuführen. Indem wir uns hier überzeugen, wie schwer die praktische soziale Arbeit ist, erheben wir uns aber von neuem zu dem, was unsere eigentliche Aufgabe ist, nämlich den Willen und die Überzeugung des deutschen Volkes für diese Arbeit zu beleben, damit, wenn die Regierung einmal wieder den Entschluß zum Anpacken findet, ihr aus dem Volke die rechte Unterstützung zu teil werde. Wenn heute die soziale Arbeit stockt, so bedenken Sie wohl, ist es in erster Linie nicht die Reichsregierung, welche daran schuld ist, sondern die Parteien, das heißt das Volk. Das hat man ja an einem so unbedeutenden Gegenstand, wie der Bäckereiverordnung gesehen, die, von der Regierung erlassen, sofort aufs Wütendste angefeindet worden ist. Unsere Aufgabe ist es, die idealen Kräfte unseres Volkslebens wieder aufzurufen, damit sie die Regierung mit fortreißen, vor allem aber den Widerstand der Trägheit und der Selbstsucht, den heute die höheren Klassen leisten, überwinden. Das ist die praktische evangelisch-soziale Aufgabe, die dem Kongresse gestellt ist.

Kaiser Wilhelm I. in seiner Bedeutung für Handel und Industrie.

Vortrag bei einem von dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller und dem Zentral-Ausschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine veranstalteten Festakt am 19. März 1897.

(Nach dem stenographischen Bericht)

Hochgeehrte Festversammlung!

Die Feier, die wir begehen, ist ein Blatt in dem mächtigen Kranze der Liebe und Dankbarkeit, der in diesen Tagen an dem Grabe Kaiser Wilhelm I. niedergelegt wird. Erst neun Jahre ist's her, daß er uns entrissen wurde, und schon dürfen wir die hundertste Wiederkehr seines Geburtstages begehen. Es wird kaum jemand unter uns sein, der ihn nicht noch persönlich gekannt, gegrüßt, ihm zugejubelt hat. Und die als Knaben einmal dabei gewesen sind, wenn um 1 Uhr am Denkmal Friedrichs des Großen das Volk sich sammelte in der Erwartung, daß der alte Kaiser ans Fenster trete, um die Wache zu begrüßen, denen wird das Herz noch warm werden, wenn sie dereinst nach vielen Jahren den Enkeln wiedererzählen von dem Anblick. Ich erinnere mich noch, mit welcher Ehrerbietung ich als Knabe zu einem alten Herrn emporgeschaut, dem Großvater eines meiner Spielkameraden, von dem uns gesagt wurde, daß er als Junge noch den alten Fritz gesehen. So schließt sich Generation an Generation und die Erinnerung an die erhabenen Gestalten der Vergangenheit stärkt die Kraft des lebenden Geschlechts in den Kämpfen der Gegenwart.

Aber mein Zweck ist es heute nicht, ein Lebens- und Charakterbild unseres alten Herrn vor Ihnen zu entwerfen, sondern mir ist eine andere bestimmte Aufgabe gesetzt: seine Bedeutung, die Bedeutung

seiner Regierung für Handel und Gewerbe darzulegen. Da stößt uns sofort eine Schwierigkeit auf, die jeder, der eine lebendige Vorstellung von dem alten Kaiser besitzt, empfunden haben wird. Kaiser Wilhelm I. hat keineswegs unter den vielen Zweigen des öffentlichen Daseins ein besonders nahes Verhältnis zu Handel und Industrie oder Gewerbe gehabt. Er hat nicht etwa da seine persönliche Kraft am meisten eingesetzt, etwa auf diesem Gebiet das meiste geleistet, so daß er aus diesem Grunde von dieser Stelle aus am besten charakterisiert werden könnte. Aber gerade diese negative Eigenschaft wird uns sofort weiter helfen zu einem sehr glücklichen Schlaglicht auf seine Persönlichkeit. Der Kaiser beschränkte sich auf das, was ihm am nächsten lag und was er glaubte, am sichersten und besten zu verstehen, und für die anderen unendlichen Zweige des öffentlichen Lebens berief er die Männer, die er am fähigsten dazu hielt und überließ ihnen diese Verwaltung. Ich kann darüber aus meiner eigenen Erinnerung etwas erzählen. Als im Jahre 1877 das neue schöne Gebäude der Reichsbank fertig geworden war, wurde es den kaiserlichen Herrschaften gezeigt. Bei der Gelegenheit hielt der Reichsbankpräsident eine Ansprache an den Kaiser, und dieser erwiderte sie mit einigen kurzen Worten. Diese kleine Rede des Kaisers ist nicht veröffentlicht worden, ich habe jetzt vergebens die Zeitungen darüber nachgesehen und auch in der Reichsbank hatte man keine Aufzeichnung davon. Aber ich selbst war damals als junger Mann Erzieher des jüngsten Sohnes des Kronprinzen, des in früher Jugend verstorbenen Prinzen Waldemar, und als solcher habe ich jene Ansprache mit angehört, und erinnere mich ihrer sehr genau. Der Kaiser sagte, er habe das höchste Interesse für Handel und Gewerbe, die gewissermaßen ihren Mittelpunkt in der Bank fänden, denn er wisse sehr gut, daß die Armee in ihrer Stärke und Tüchtigkeit nicht erhalten werden könne, ohne eine gedeihliche und blühende Volkswirtschaft. Das war seine Anschauung: in der Armee lebte und webte er, ihr wendete er sein ganzes Interesse zu, auf sie bezog er und von dieser Stelle aus überblickte er alles übrige. Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, wo man diese Beschränkung des Kaisers scharf kritisierte, ja sogar bespöttelte, aber ich denke, es werden wenige gewesen sein, die nicht eines Tages diese Kritik nicht nur ganz und gar zurückgenommen, sondern sich auch gesagt haben: diese Selbstbeschränkung gerade war

die höchste Weisheit. Niemals ist das Wort Goethes besser anwendbar gewesen als hier: „in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister". Der Kaiser hielt seinen prüfenden und wohlwollenden Blick über das Ganze, aber für seine persönliche Thätigkeit hatte er nur sein ganz bestimmtes Gebiet: die Armee. Und von dieser speziellen Betrachtung aus können wir nun weiter zu einem tieferen Einblick in seinen Charakter gelangen. Wenn spätere Zeiten auf die Epoche Kaiser Wilhelms I. zurückkommen und seine Person ins Auge fassen werden, so wird ihnen als das Wunderbarste und vielleicht Schönste und Anmutigste erscheinen, daß es diesem schlichten und einfachen Manne gelungen ist, zwischen zwei solchen gewaltigen Riesen wie Bismarck und Moltke zu stehen und von ihnen nicht verdunkelt zu werden; ja, in der Liebe und Verehrung des Volkes nicht nur neben, sondern über ihnen sich zu behaupten. Das war nicht etwa bloß, weil er eben der König war, denn es hat andere Verhältnisse in der Weltgeschichte gegeben, die sonst ähnlich, in dieser Beziehung aber nicht analog sind. Frankreich ist groß gemacht worden durch den mächtigen Kardinal Richelieu, aber Richelieu hat die Figur seines Königs, Ludwigs XIII. von Frankreich, vollkommen verdrängt, und es ist daher das persönliche Verdienst Kaiser Wilhelms I., daß er neben dem unvergleichlichen Staatsmann und neben dem unübertrefflichen Feldherrn in ganz einziger Weise die Würde des Königtums dargestellt und festgehalten hat.

Durch welche wunderbare Eigenschaft ist ihm dies gelungen? Ich denke, man muß es dadurch erklären, daß er zwei ganz entgegengesetzte Strömungen in sich vereinigte. Zuerst jene Selbstbeschränkung, die mit Bescheidenheit die Berufenen ihres Amtes walten ließ. Aber mit der Bescheidenheit allein ist es nicht gethan. Bescheiden, demütig sogar war er als Mensch, aber er hatte ein sehr stolzes Bewußtsein von der Höhe und Würde seines Königtums. Wenn es ihn persönlich anging, so drückte er sich auch darüber unendlich einfach aus. Erst vor wenigen Tagen habe ich einen kleinen Zug erzählen hören, den ich glaube auch hier einflechten zu dürfen. Einer seiner ehemaligen Flügeladjutanten erzählte mir, wie einmal ein alter Bekannter zum Kaiser gekommen, der lange nicht in Berlin gewesen war, und wie man von den Veränderungen gegenüber dem ehemaligen Berlin gesprochen, da habe der Kaiser die Wendung gebraucht: „Als ich mein jetziges Amt noch nicht bekleidete," d. h. als ich noch nicht König war. So

einfach sprach er von seinem Königtum als einem Amt. Aber das verkenne man nicht: er war durch und durch davon durchdrungen, daß dieses Amt ein einziges, schlechthin unvergleichliches ist — wie man es nennt und wie er es gern hervorhob, „von Gottes Gnaden“, das Amt, das nicht von Menschen verliehen wird, sondern nur von Gott gegeben. Diese wunderbare Vereinigung von menschlichster Bescheidenheit und königlichem Bewußtsein gab Kaiser Wilhelm die Fähigkeit, die staatsmännischen und strategischen Größen neben sich stehen zu sehen und sich doch neben und über ihnen zu behaupten.

Meine Herrschaften! Wenn wir von Handel und Industrie ausgehend zu einem Blick auf den Charakter Kaiser Wilhelms I. gelangt sind, einem Eindruck so herzerquickend und anmutig, wie immer, wenn man das Bild des alten Herrn sich einmal wieder vor Augen hält, so kehren wir nun den Standpunkt um und fragen: wie hat sich Handel und Wandel zu seiner Regierung verhalten, welche Bedeutung hat seine Regierung für Handel und Industrie? Da liegt es nahe, ein Bild von dem glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunge zu entwerfen, den diese Epoche aufzuweisen hat. Namentlich uns Berliner kann jeder Schritt auf der Straße, wenn wir uns soweit zurückdenken und vergleichen, lehren, welch' ein Reichtum sich hier im letzten Menschenalter angesammelt hat. Häuser, Straßen, Brücken, das Licht, selbst das Wasser und die Luft, ehedem dumpf und trübe, erstrahlen jetzt in Helle und Reinheit, sind erneuert und verschönert.

Aber in solchen Bildern will ich mich nicht ergehen. Noch weniger will ich nun etwa Ihnen in Thatsachen vorführen, was alles geleistet worden ist. Das würde ein Werk der Statistik sein. Ich könnte dann etwa anfangen auf einem Gebiete, von dem man nicht gerne spricht vor einer Festversammlung, nämlich dem Steuerwesen. Als König Wilhelm an die Regierung kam, zog der Staat aus der ganzen Einkommensteuer 9 Millionen, aus der Einkommen- und Klassensteuer zusammen 36 Millionen Mark, heute sind es 126 Millionen. Die Zahlen sind nicht ohne weiteres vergleichbar. Es sind die neuen Provinzen hinzugekommen; auf den höheren Stufen ist die Steuer heraufgesetzt worden, auf den mittleren herab, die unteren sind ganz aufgehoben; es sind andere Einschätzungsmethoden gefunden worden. Also recht vergleichbar sind die Zahlen nicht. Aber es kommt ja auf eine Anzahl Millionen nicht an, man braucht nur nebeneinander zu

halten 36 und 126, um zu sehen, welchen Aufschwung der Wohlstand in dieser Zeit genommen hat. Aber wenn ich nun so fortfahren und sagen wollte: soviel lag damals in den Sparkassen, soviel heute; soviel Export damals, soviel heute, soviel Kaffee, soviel Zucker, soviel Eisen, soviel Korn, soviel Kohlen, soviel Bier, soviel Fleisch auf den Kopf sind verbraucht, so würde Ihre Aufmerksamkeit wohl nicht lange vorhalten. Um so weniger würde uns solche Betrachtung zum Ziel führen, als dieser Umschwung Deutschland nicht ausschließlich betrifft, sondern allen Kulturländern gemeinsam ist, auch denjenigen, welche erst in dieser Zeit aus der Barbarei aufgetaucht sind, wie etwa Rumänien. Namentlich Frankreich, England und Österreich haben ebenfalls große Fortschritte gemacht und man müßte erst untersuchen: wer hat den größten Fortschritt aufzuweisen? Ich glaube Sie sind mit mir einig: nach dieser Seite dürfen wir uns nicht so sehr verbreiten, wir müssen uns mit dem allgemeinen Eindruck begnügen: ein unermeßlicher Fortschritt ist zu konstatieren, ist notorisch, wir brauchen nicht auf Einzelheiten einzugehen. Ich will das Thema also von einer anderen Seite anfassen, und zwar von einer Seite, die ich aus der persönlichen Anschauung Kaiser Wilhelms selbst entnehmen kann, eben aus der kleinen Ansprache, die er in der Reichsbank gehalten hat. Sie stellte, wie wir sahen, Handel und Industrie unter den Gesichtspunkt: was leisten sie für die Kraft des Staates? Hieran anknüpfend können wir unserem Thema eine allgemeine theoretische Seite abgewinnen: wir fragen: wie verhalten sich generell Handel und Wandel, Industrie und Gewerbe zur politischen Macht, in welcher Wechselwirkung stehen sie zu einander?

Die eine Seite dieser Frage, daß ein Staat nur dann eine große Macht, ein großes Heer und eine starke Flotte aufbieten kann, wenn ein blühendes wirtschaftliches Leben vorhanden ist, ist leicht einzusehen. Ohne Geld keine Armee. Ebenso wichtig aber ist die andere Seite: was thut und leistet die Macht des Staates und in wiefern ist sie nötig für das Gedeihen des wirtschaftlichen Lebens?

Gehen wir aus von einer historischen Erfahrung und zwar einer Erfahrung am Körper unsers eigenen Volkes.

Es pflegt heute fast als etwas Selbstverständliches angesehen zu werden, daß das erste Handels- und Industrievolk der Welt die Engländer seien. Man weist hin auf die insulare Lage, die schönen

natürlichen Häfen, den fruchtbaren Boden, die Kohlenschätze und Erzlager. Ganz recht, aber es hat eine Zeit gegeben, wo England in Handel und Wandel sehr weit zurück war, und wo die Deutschen und neben den Deutschen das Volk, das heute am allerweitesten zurück ist, die Italiener, die großen Handels- und Industrievölker waren. Das war die Zeit der deutschen Hansa, in welcher Zeit auch in Italien die großen Handelsrepubliken Genua, Venedig, Mailand, Florenz und so viele andere in Blüte standen. Wie ist es nun gekommen, daß die Hansa, von der man heute noch singt und sagt, in Deutschland groß war zu einer Zeit, wo England noch ganz unentwickelt war? Die Hansa hat geblüht in einer Zeit, wo das Kaisertum in Deutschland am allertiefsten stand. Die gewaltigen sächsischen, salischen und Staufenkaiser hatten Deutschland groß gemacht, aber nachdem der letzte Staufe Konradin fern im Süden, in Neapel, sein junges Leben auf dem Schaffot geendet, ist das deutsche Kaisertum bis in unsere Tage nicht wieder stark geworden, und es begannen die Zeiten des „elenden Reichs". Aber in diesem elenden Reich haben Jahrhunderte lang die Städte geblüht, als sie sich zu ihrem Hansabunde zusammenschlossen. Wodurch haben sie das erreicht? Neue Untersuchungen haben es völlig klar gestellt. Die Städte in Deutschland hatten ihre großen kommerziellen Erfolge durch eine überaus geschickte Handelspolitik; sie waren regiert von einem Rat, der wesentlich aus der Kaufmannschaft hervorging. Diese Städte — man nannte sie Reichs- und freie Städte — waren so gut wie kleine Staaten, die ihre eigene Politik treiben konnten, und die nun diese Politik ganz nach kaufmännischen und merkantilen Gesichtspunkten einrichteten.

Allenthalben in Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, England hatten sie es durchzusetzen gewußt, daß die einheimischen Fürsten ihnen nicht nur Rechtsschutz gewährten, sondern auch Privilegien und sie sogar ihren eigenen Unterthanen vorzogen, und dadurch geschah es, daß die deutsche Kaufmannschaft, die sich zu diesem Hansabund zusammenthat, den ganzen Norden Europas mit ihren Schiffen kommerziell beherrschte. Von Nowgorod bis London waren alle Städte mit deutschen Kontoren besetzt. Also der deutsche Kaufmann ist einmal groß geworden nicht durch das Reich, sondern gerade, weil das Reich ihn sich selbst überließ, und die anderen Länder, an sich zum Teil von ebenso hoher Kultur wie Deutschland, kamen nicht vorwärts, weil sie von

ihren eigenen Königen nicht in ihrem Handelswesen genügend geschützt und gefördert wurden.

Es war nicht bloß der deutsche Kaufmann, den das Reich sich selbst überließ. Das Reich war so aufgelöst, daß jeder Stand eigentlich für sich lebte. Die deutsche Ritterschaft that sich zusammen im deutschen Orden, eroberte Preußen und setzte an die Stelle des eingeborenen Stammes deutsche Bevölkerung. Von dieser Leistung des deutschen Rittertums ist bis auf unsere Tage etwas unermeßlich Wichtiges übrig geblieben. Die deutschen Grenzen sind an dieser Stelle dauernd erweitert, die Mündungen der Weichsel, des Pregel und Memel sind mit deutschen Städten besetzt, und als ganz Deutschland in die Hände des großen korsischen Eroberers gefallen war, blieb diese alte Ritterkolonie die letzte Zuflucht König Friedrich Wilhelms III., hier sammelten sich die letzten Deutschen unter dem schwarzweißen Banner und von hier aus konnte die neue Erhebung Deutschlands ihren Ausgang nehmen.

Also die Ritter, die eine wirkliche Herrschaft, eine politische Macht aufrichteten, haben doch noch etwas Dauernderes geschaffen als der Kaufmann trotz aller Herrlichkeit der Hansa. Was ist von ihr übrig geblieben? Eine Reihe schöner Bauten, Kirchen, Rathäuser in Lübeck, Stralsund, Greifswald und anderen Städten des Ost- und Nordsee-Gebiets. Das ist alles.

Woran ist nun das kaufmännische hansesche Wesen zu Grunde gegangen? Man hat früher gemeint, die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien seien die Ursache. Das ist als unrichtig nachgewiesen, denn erst nach dem Verfall der Hansa sind diese neuen Handelswege wirklich bedeutsam geworden. Man hat den dreißigjährigen Krieg für schuldig erklärt. Gewiß, der dreißigjährige Krieg hat auch das seine gethan, aber auch da war die eigentliche Blüte schon vorbei. Bereits bald nach der Reformation ist der Verfall eingetreten, und zwar darum, weil in den Staaten, die das eigentliche Arbeitsfeld der Hansa bildeten, allmählich ein Verständnis für Handelswesen erwachte und dieses Verständnis sehr bald dazu führte, daß die Regierenden sich sagten: wozu lassen wir hier den deutschen Kaufmann wirtschaften — das wenden wir unseren eigenen Staatsangehörigen zu.

So wurden die Hansaleute in Rußland, Schweden, Norwegen, Dänemark, England, den Niederlanden von den Königen ihrer Privi-

legien beraubt und ausgeschlossen. Die politische Macht wandte sich jetzt gegen sie und sie hatten ihrerseits nicht die Macht, sich dagegen zu behaupten. Lübeck hat unter dem stürmischen Bürgermeister Wullenweber einen letzten Versuch gemacht, die Herrschaft über den Sund zu erwerben, aber die Hansa-Städte waren unter sich selbst uneinig und Wullenweber ist darüber zu Grunde gegangen. Die Städte waren nicht mächtig genug, und das Reich konnte nichts thun und wollte auch nichts thun, es hatte ganz andere Interessen und war nach anderen Richtungen engagiert.

So war also die Blüte der Hansa nur eine vorübergehende, und es kam bald noch schlimmer. Auf den Niedergang folgte allmählich ein vollständiger Verfall, ein Verfall, dessen Spuren noch heute nicht ganz verblichen sind. Wenn man fragt, wo sind die blühenden Dörfer geblieben, die vor Zeiten auf jenen Stätten gestanden haben, so ist die Antwort immer: der dreißigjährige Krieg hat sie verschlungen, er hat die Kulturblüte Deutschlands geknickt. Das ist richtig, aber es genügt nicht. Nicht bloß Deutschland hat einen so verwüstenden Krieg durchmachen müssen: Frankreich hat die Hugenottenkriege, die ebenfalls dreißig Jahre dauerten, durchgemacht und vorher einen hundertjährigen Krieg mit England, den Krieg, der durch die Jungfrau von Orleans endlich zu Gunsten Frankreichs entschieden wurde. Andere Völker also haben ähnliches erduldet und überwunden. Den Deutschen aber gelang es nicht, sich aus dem Elend des dreißigjährigen Krieges wieder emporzuarbeiten, weil die einzelnen Landschaften sich gegen einander abschlossen und die natürliche Zirkulation der Säfte in dem großen Volkskörper allenthalben unterbunden wurde.

Nehmen wir als Beispiel hier unsere Gegend! Die obere Oder mit Schlesien gehörte Österreich, die mittlere dem Kurfürsten von Brandenburg, die untere mit Stettin Schweden. Nun entstand eine gewaltige Eifersucht zwischen den Österreichern, Schweden und Brandenburgern, die den Handel an ihre Städte Breslau, Frankfurt und Stettin zu reißen suchten, und sie chikanierten sich gegenseitig so, daß endlich in allen drei Städten der Handel zu Grunde ging. Die Schiffe, die die Oder herunter kamen, wurden mit so vielen Plackereien behelligt, daß der Wasserweg, der damals noch viel wichtiger war, als heute, nahezu unbrauchbar wurde. Am Rhein ist im achtzehnten Jahrhundert der Handel zwar nicht eingeschlafen, aber wer den Rhein herunter fahren

wollte, mußte auf dem einen Ufer an 15 und auf dem anderen an 17 Stellen Zoll bezahlen. Daß der Handel dabei nicht gedeihen konnte, war natürlich. Aber es kam immer wieder ein neuer Bischof, Abt, Fürst oder Ritter und erhob seinen Tribut. Man hatte wieder einmal die Henne, die die goldenen Eier legte, geschlachtet. Dazu kam, daß niemand etwas that für die Erhaltung und Pflege der Wasserstraßen, weil jeder es nicht dem andern zu gute kommen lassen wollte. Der dreißigjährige Krieg also hat wohl den deutschen Wohlstand zerstört, der Partikularismus aber ist es gewesen, der ihn nicht hat wieder aufleben lassen. Dieselbe Auflösung des Reichs, die anfänglich, solange die anderen Völker noch nicht die rechte Einsicht hatten, dem deutschen Kaufmann zu gute gekommen war, gereichte ihm jetzt zum Verderben. England und Frankreich waren große geschlossene Wirtschaftsgebiete, die von klugen Staatsmännern geleitet, ihre natürlichen Kräfte entwickelten. In Deutschland konnte etwas Ähnliches nur da geschehen, wo der Fortgang der Geschichte wieder größere Gebiete zusammenschweißte.

Kommen wir wieder auf unser Beispiel, die Oder: Als Friedrich Wilhelm I. die untere Oder mit Stettin und der alte Fritz die obere Oder mit Breslau erworben hatte, war es möglich, die natürlichen Vorteile dieser Wasserstraße wirklich auszunutzen. Schon der Große Kurfürst hatte oberhalb Berlins die Oder durch einen Kanal mit der Spree verbunden, Friedrich der Große schuf den Finow-Kanal unterhalb Berlins und so war hier ein Netz von Wasserstraßen entstanden, auf dem ein lebhafter Verkehr sich entwickelte. Also erst in dem Augenblicke, wo wieder politische Macht da war, wo ein Staat anfing, zu entstehen, war auch in Deutschland wieder die Möglichkeit für ein allmähliches neues Emporwachsen von Handel, Wandel und Industrie gegeben.

Beleuchten wir die Wechselwirkung von Politik und Wirtschaftsleben noch an einem speziellen Beispiel, der Geschichte Berlins.

Wie oft ist schon die Frage aufgeworfen: Wie kommt es, daß die Hauptstadt des Reiches gerade an dieser Stelle liegt? Berlin ist ja nicht entfernt der Mittelpunkt des Landes und Berlin ist in Bezug auf die natürliche Lage nicht zu vergleichen mit London oder Paris. London liegt an einer Stelle der Themse, bis zu der die größten Seeschiffe heraufkommen können, sodaß es zugleich See- und Landstadt ist. Kleine Seeschiffe können auch die Seine hinauf bis Paris. In Deutschland liegt z. B. Cöln sehr viel besser, als Berlin — die Seeschiffe

im Mittelalter fuhren auch bis nach Cöln hinauf — und Magdeburg liegt ebensowohl in einer viel fruchtbareren Gegend, wie an einem viel größeren Strom, wie endlich mehr in der Mitte von Deutschland, als Berlin. Immerhin ist auch die Spree kein verächtlicher Wasserlauf, sondern für den Handel besonders gut zu gebrauchen, wegen seines Wasserreichtums und wegen seines geringen Gefälles, das eine leichte Bergfahrt ermöglicht. Berlin liegt nun an derjenigen Stelle, wo die Spree für die Verbindung von Ost nach West den besten Übergang bietet. Hier ist der natürliche Mittelpunkt der Mark Brandenburg, und die schon erwähnten Kanäle, die der große Kurfürst und der große König bauten, thaten das übrige, um Berlin zu einem Zentral-Handelspunkt für ein sehr weites Gebiet zu machen. Sehr wichtig war endlich, daß die Kurfürsten von Brandenburg naturgemäß hier im Mittelpunkt ihrer Landschaft residierten, daß hier eine große Hofhaltung sich entfaltete, endlich ein zahlreiches Beamtentum und eine bedeutende Garnison die Stadt vergrößerten und einen kaufkräftigen Kundenkreis darboten. Als der große Kurfürst nach Berlin kam, war es ein Städtchen von 6000 Einwohnern. Zu Beginn unseres Jahrhunderts hatte es nahezu 200 000 Einwohner und war damit schon, wenn wir von Wien absehen, die bei weitem größte Stadt Deutschlands. Als König Wilhelm zur Regierung kam, hatte Berlin etwa eine halbe Million Einwohner, aber als er starb, da hatte es das dreifache, und jetzt hat es nahezu zwei, mit den Vororten weit über zwei Millionen Einwohner.*) Bis zum Regierungsantritt Kaiser Wilhelms sehen wir ein fortwährendes, aber doch nicht sprunghaftes Emporsteigen, aber von seinem Regierungsantritt an ein ganz gewaltiges Emporschnellen, das in gar keinem Verhältnis steht zu allem, was vorherging.

*) 1648 hatte Berlin etwa 6000 Einwohner.
1700 „ „ „ 50000 „
1740 „ „ „ 90000 „
1786 „ „ „ 150000 „
1804 „ „ „ 182000 „
1820 „ „ „ 200000 „
1840 „ „ „ 320000 „
1850 „ „ „ 420000 „
1860 „ „ „ 520000 „
1888 „ „ „ 1500000 „

Wie ist das gekommen? Von neuem hat die Politik mit einer ganz besonderen Naturbevorzugung, die Berlin eigentümlich ist, zusammengegriffen. Berlin liegt mitten in einer Ebene, einer zwar recht unfruchtbaren, aber doch einer Ebene, und das erwies sich als ein großer Vorzug, als die Eisenbahnen aufkamen. Zuerst war das Publikum den Eisenbahnen gegenüber sehr mißtrauisch und Preußen hat auf diesem Gebiet nicht den Vortritt gehabt. Die erste Eisenbahn war die von Nürnberg nach Fürth, dann kam die von Leipzig nach Dresden. Als man nun aber erkannte, daß der Eisenbahnbau etwas sehr vorteilhaftes sei, da fanden sich sehr schnell eine Reihe von Privatgesellschaften, die auf Aktien Eisenbahnen nach Berlin bauen wollten, erstens weil Berlin schon ein großer Mittelpunkt war, und zweitens, weil von Berlin die Eisenbahnen sich sehr billig bauen ließen und eine Rente versprachen. Frankfurt a. M. und Köln waren Städte, die in gewisser Beziehung damals noch mit Berlin wirtschaftlich konkurrieren konnten, aber nicht weit von diesen Städten begannen Gebirge, die dem Eisenbahnbau große technische Schwierigkeiten in den Weg legten. Solche Schwierigkeiten gab es in der Mark nicht und sehr schnell bildeten sich Gesellschaften, die für den Bau der Linien Berlin-Potsdam—Magdeburg, Berlin—Halle—Leipzig Dresden, Berlin—Stettin, Berlin—Hamburg das nötige Kapital zusammenbrachten, und diese natürliche Bewegung zu Gunsten Berlins wurde sofort wieder vom Staate unterstützt. Der Staat erkannte, welch eine große strategische Bedeutung die Eisenbahn habe, und da sich für die Verbindungen nach Osten keine Privatgesellschaften finden wollten, so kam er zuerst für eine Bahn von Berlin über Frankfurt nach Breslau mit einer Zinsgarantie zu Hilfe und baute selber als erste Staatsbahn die Ostbahn von Berlin nach Königsberg. Nun war Berlin die erste große Stadt, die nach allen Seiten ein strahlenförmig durchgebildetes Eisenbahnnetz hatte, und dadurch wurde es der Mittelpunkt des gewerblichen und kommerziellen Lebens von Deutschland. Die Ostbahn leitete den ganzen, so wichtigen Produktenhandel nach Berlin. Breslau, Stettin, Hamburg, Magdeburg, Leipzig verkehrten miteinander über Berlin; die Großindustrie regte die Flügel und schuf einen neuen Erwerbszweig nach dem andern; Berlin wurde auch der erste Geldplatz von Deutschland. Das ist geschehen in den 40er und 50er Jahren unter Friedrich Wilhelm IV., aber die großen Wirkungen kamen

natürlich nicht sofort, sondern etwas später, unter Wilhelm I., und als nun unter diesem König der neue politische Aufschwung einsetzte, als die Schlachten von Königgrätz und Metz die königliche Residenz in eine kaiserliche verwandelt hatten, als durch weitere Bauten der sechsstrahlige Stern der Eisenbahnen zu einem elfstrahligen verstärkt war, da hatte Berlin eine solche Überlegenheit über alle anderen, auch von der Natur an sich mehr begünstigten Orte in Deutschland erlangt, daß ihm der Vorsprung vermutlich niemals wieder entrissen werden kann und es nicht bloß die politische, sondern auch die wirtschaftliche Hauptstadt Deutschlands für alle Zeit bleiben wird.*)

Die Betrachtung über Berlin war in dem Fortgang meiner Gedanken nur eine Abschweifung. Ich wollte zeigen, wie sich Deutschland allmählich zu einem großen geschlossenen Handelsgebiet wieder zusammengefunden hat und wie sich erst auf dieser politischen Grundlage ein großes, bedeutendes wirtschaftliches Leben wieder entwickeln konnte. Die erste Stufe war im vorigen Jahrhundert die Bildung eines preußischen Groß-Staates; die zweite wird bezeichnet durch die Gründung des Zollvereins unter Friedrich Wilhelm III. in unserem Jahrhundert. Als sich nach der harten Zeit der Napoleonischen Kriege, die ja wieder einen großen Teil von Deutschland wüste gelegt hatten, das wirtschaftliche Leben von neuem entwickelte, fand man bald, daß die vielen kleinen Staaten mit ihren durcheinanderkreuzenden Grenzen ein unerträgliches Hindernis bildeten. Wie sollte ein wirtschaftliches Leben aufkommen, wenn zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preußens eine Reihe von Kleinstaaten, Hannover, zwei Hessen, Nassau, Frankfurt, Hamburg, Braunschweig und in Thüringen allein acht Staaten ihre eigene Wirtschaftspolitik verfolgten und sich in Zollgrenzen einschlossen? Auch Süddeutschland konnte für sich nicht wirtschaftlich bestehen. Es ist das hohe Verdienst der preußischen Minister Motz, Maaßen und des vortragenden Rates im Auswärtigen Amt, Eichhorn, daß sie den Zollverein schufen, der in seinen Grundzügen am 1. Januar 1834 ins Leben trat. Durch diese wirtschaftliche Einheit ist der Einheit des Reichs vorgearbeitet worden,

*) Diese Exposition der wirtschaftlichen Genesis Berlins stützt sich wesentlich auf das ebenso instruktive wie prachtvoll ausgestattete Werk „Berlin und sein Verkehr 1846—1896“. Herausgegeben im Auftrage des Kgl. Preuß. Ministers der öffentlichen Arbeiten. Zwei Bände. Berlin, Julius Springer. 40 Mark.

und Kaiser Wilhelm, indem er uns das Reich gründete, hat insofern nur das vollendet, was in Gedanken schon im Zollverein konzipiert war. Durch das Reich ist der Zollverein zunächst sehr vergrößert worden, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Elsaß-Lothringen sind dazu gekommen, und endlich, zu ihrem Heile gezwungen, auch die Hansastädte Hamburg und Bremen, die früher nicht hatten eintreten wollen. Dann fehlten auch im Innern des Zollvereins noch viele Dinge zur Einheit, die erst das Reich ergänzt hat; wir können uns heute kaum noch vorstellen, daß man noch 1870 von Berlin nach Hamburg fahrend dreierlei Geld in der Tasche haben mußte, daß der Preis des Billets auf dreierlei Weise ausgedrückt war, in preußischen Thalern zu 30 Silbergroschen, Mecklenburger Thalern zu 48 Shilling und Hamburger Kourant. Einheit von Münze, Maß und Gewicht ist erst durch das Reich geschaffen worden. Man könnte hierin gleich einschließen die Reichsbank, die Reichspost und die sonstigen Verkehrseinrichtungen, auch die, die über das Reichsgebiet hinausgreifen, wie der Weltpostverein; ferner die Rechtseinheit, die gleichmäßige Gewerbegesetzgebung — aber alles das, so bedeutend es ist, ist doch nicht das eigentlich Charakteristische, das Originale der Regierung Kaiser Wilhelms für unser wirtschaftliches Dasein. In allen diesen Dingen ist nur der im Zollverein liegende Keim entwickelt, die Idee des Zollvereins zu voller Ausgestaltung gebracht worden. Um die wirkliche wirtschaftliche Bedeutung der Wilhelminischen Regierung zu erfassen, müssen wir noch tiefer graben.

Aber ehe wir den Spaten in die Hand nehmen, müssen wir uns diese Regierung in zwei verschiedene Perioden einteilen. Ich komme da wieder auf ein Gebiet, das für einen Festvortrag so ungeeignet wie möglich ist, nicht weil es sich wieder um trockene statistische Zahlen, sondern weil es sich hier um Parteifragen handelt, um die großen Fragen Schutzzoll oder Freihandel. Wenn man sich einer festlichen Stimmung hingeben will, so soll man nicht an Parteihader denken, aber, meine Herrschaften, wir kommen nicht drum herum, denn wir wollen die Bedeutung der Regierung Kaiser Wilhelms für Handel und Gewerbe untersuchen, und eben hier liegt die Bedeutung. Ich kann also nur raten, daß wir uns einigen, das Wort Schillers im Tell einmal umkehren und das gärende Drachengift des Parteihaders in die Milch der frommen Denkungsart verwandeln zu wollen. Wir wollen ganz

friedlich über diese Dinge sprechen, dem Gegner immer die besten und rationellsten Motive zutrauen und alles, was an Partei erinnert, in unserem Gedächtnis zurücktreten lassen.

Also, die erste Epoche Kaiser Wilhelms kann man kurzweg die freihändlerische Epoche nennen: es ist die Zeit, wo die Regierung eine Reihe großer Handelsverträge namentlich mit Frankreich abschloß, Verträge, um deren Zustandekommen ein Mann ganz besonders Verdienst hat, — Sie gestatten, daß ich das hinzufüge — dessen Namen auch ich stolz bin zu tragen. Diese Verträge haben noch nicht eigentlich den reinen Freihandel durchgeführt, aber sie waren doch auf dieses Prinzip begründet. Mit ihnen in innerlichem Zusammenhang stand die Aufhebung aller bis dahin noch festgehaltenen Bewegungsbeschränkungen, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Koalitionsfreiheit, Aufhebung des Paßzwanges, und was alles derartige Begriffe sind, die immer darauf hinauskommen, das Individuum von den Schranken einer freien Kräfte-Entfaltung zu befreien. Hier bestand die Wechselwirkung von Staat und Volkswirtschaft wesentlich in der Zerstörung rückständiger, veralteter Formen und infolgedessen einer Scheidung und Trennung voneinander.

Nun aber, gegen Ende der siebziger Jahre, kam der vollkommene Umschwung, da trat die zweite Periode ein, die wir als eine Wiederaufnahme der Schutzzollprinzipien, verbunden mit einer sozialen Gesetzgebung, zu bezeichnen haben. Wie ist dieser Umschwung nun zu erklären?

Zunächst müssen wir beachten, daß in die Regierung Kaiser Wilhelms ein sehr merkwürdiger Abschnitt unserer wirtschaftlichen Entwickelung fällt. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts war Preußen und der Zollverein ein Getreide exportierendes Land. Man spricht heute viel von einem „Industriestaat“. Wann fängt der Industriestaat an? Es hat noch kaum einen Staat gegeben, der nicht beides zugleich, den Ackerbau neben der Industrie betrieben hätte. Man könnte sagen, der Industriestaat fängt da an, wo Getreide importiert werden muß, weil das Land selbst für seine Ernährung nicht genug hervorbringt, und das begann in Deutschland mit dem Roggen schon in den fünfziger Jahren, und mit dem Weizen anfangs der siebziger Jahre. Mit diesem Wechsel war natürlich eine ganz neue Grundlage für alle Handelsbetrachtungen gegeben, und nun geschah es, daß in eben diesen siebziger

Jahren aus Gründen, über die die Gelehrten verschiedener Ansicht sind, ein allgemeiner Preissturz sich einstellte, ein Sinken der Preise, das bis auf den heutigen Tag anhält, das sich auf alle Gegenstände erstreckt, ganz besonders aber auf die Agrarprodukte. Nun habe ich nicht die Ehre, vor einer agrarischen Versammlung heute zu sprechen (Heiterkeit), aber umsomehr müssen wir suchen, uns unbefangen klar zu machen, wie die agrarischen Ideen, die einen entscheidenden Einfluß auf die neue Gesetzgebung gewonnen haben, entstanden sind. Unsere Landwirte im Osten waren gewohnt, für ihren Roggen 140 bis 150 Mk. per Tonne zu bekommen, und im Laufe der Jahre ist der Weltmarktpreis auf 90, 80, 70 und noch weniger heruntergesunken. Ähnlich ist es bei anderen Produkten, z. B. Spiritus, der auf weniger als die Hälfte gesunken ist. Nun mache man sich einen Landwirt klar, dessen Gut zur Hälfte — was noch gar nicht für viel gilt — verschuldet ist, der dafür Zinsen zahlen soll, der aber plötzlich für den größten Teil seiner Produkte nur noch zwei Drittel oder die Hälfte von dem, was er früher bekommen, einnimmt.*) Das kann ja durch vieles ausgeglichen werden, durch Herabsetzung der eigenen Einkaufspreise, Vermehrung der Produktion, durch Zinsherabsetzung, aber wir müssen uns darüber klar werden, daß der Niedergang der Preise ja nicht von der Einnahme des

*) Fab. Landau hat soeben im 2. Heft des 13. Bandes d. „Jahrb. für Nat. Ökon. u. Statistik" höchst interessante Index-Nummern für 85 Hamburger Import-Artikel berechnet, denen ich folgendes entnehme:

	1876/80	1892	1893	1894	1895
Weizen	100	85	63	53	56
Roggen	100	100	61	52	53
Getreide überh. Reis u. Erbsen	100	83	71	64	63
Animalische Kost	100	88	91	86	85
Lebensmittel überhaupt	100	87	84	78	78
Mineralien	100	76	72	66	68
Textil	100	86	86	83	69
Rohprodukte, Halbfabrikate u. Materialien	100	86	85	82	81

Der Preis-Abfall würde vermutlich noch viel stärker hervortreten, wenn als Vergleichszahl nicht der Durchschnitt der Jahre 1876/80, wo das Sinken schon sehr stark begonnen hatte, sondern die erste Hälfte der 70er Jahre, oder da auch diese Zeit nicht als normal anzusehen ist, das Jahrzehnt 1860–70 genommen wäre.

Landwirtes im ganzen abgeht, sondern von seiner Netto-Einnahme. Die Hauptausgabe, der Arbeitslohn, ist eher noch gestiegen und die Zinsen nur sehr langsam und allmählich gesunken. So entstand die landwirtschaftliche Not und aus ihr die agrarische Bewegung, und da ein großer Teil der Industrie ebenfalls unter den niedergehenden Preisen zu leiden hatte, so kam man darauf, vom Freihandel wieder zur Schutzzollpolitik zurückzukehren, und diese Politik ist mit der größten Energie durchgeführt worden. In jüngster Zeit ist durch die Handelsverträge, die Graf Caprivi abgeschlossen hat, nicht etwa eine Rückkehr zur Freihandelspolitik eingetreten, sondern nur eine Stabilisierung des durch den Fürsten Bismarck geschaffenen Zustandes unter gewissen Ermäßigungen.

Auf die Prinzipienfragen, die da in Betracht kommen, gehen wir nicht ein: wir fragen rein praktisch: hat der große Umschwung in der Wirtschaftspolitik unter Kaiser Wilhelm I. einen ungünstigen Einfluß auf das deutsche Erwerbsleben gehabt? Nun, das ist ganz gewiß nicht der Fall. Über das Wirtschaftsleben des Zollvereins haben wir nur sehr unsichere statistische Nachrichten, man wird sich aber nicht gar zu weit von der Wahrheit entfernen mit der Annahme, daß, als Kaiser Wilhelm zur Regierung kam, der Export des Zollvereins etwas über eine Milliarde an Wert hatte.*) Wenn Sie damit vergleichen, daß der deutsche Export im Jahre 1895 auf 3318 Millionen geschätzt worden ist, so sehen Sie, daß trotz des Schutzzolls, der eigentlich dem Export schädlich ist, doch ein ungeheurer Fortschritt stattgefunden hat. Der Einwand liegt nahe, zu sagen: Ja, das hat die Tüchtigkeit der deutschen Industrie, des deutschen Kaufmanns und Gewerbetreibenden fertig gebracht; wären die Schutzzölle nicht dazwischen gekommen, wir wären vielleicht noch viel weiter. Das ist natürlich nicht zu widerlegen, aber es läßt sich dagegen einwenden, daß wir mit unserem Fortschritt keineswegs zurückstehen hinter dem Land, das sich von der Schutzpolitik frei gehalten hat, hinter England. Deutschland hat sogar viel größere Fortschritte gemacht, als England, und wenn Eng-

*) Bei Bienengraber, „Statistik des Verkehrs und Verbrauchs des Zollvereins", ist für 1864 die Einfuhr des Zollvereins auf 360383165, die Ausfuhr auf 377051220 Thaler geschätzt. Man hat schon für 1860 die Einfuhr auf 365 Mill. Thaler, die Ausfuhr auf 465 Mill. Thaler geschätzt, aber eine so große Differenz zu Gunsten der Ausfuhr hat damals schwerlich existiert.

land auch heute noch in seinem Export uns um über eine Milliarde voraus ist, so wird doch der Abstand immer kleiner.

Nach einer Berechnung des Franzosen Leroy Beaulieu hat der englische Export an eigenen Produkten in den Jahren 1887—95 sich nur um 80 Millionen Mark vermehrt, der deutsche um 200 Millionen.*) Die englische Eisenproduktion, ein besonderer Stolz der Briten, steht seit dem Jahre 1880 still, die deutsche ist seitdem auf das Doppelte gewachsen und hat alle Aussicht, die englische, von der sie jetzt bereits zwei Drittel leistet, einzuholen.**) Die englische Handelsflotte ist freilich noch immer siebenmal so groß wie die deutsche, aber sie ist zum großen Teil nur im Zwischenhandel zwischen anderen Nationen beschäftigt. Die Transportfähigkeit der deutschen Flotte hat sich seit 1873 um 165 %, die der französischen, um auch dies Land einmal zum Vergleich heranzuziehen, nur um 32 % gesteigert, sodaß die deutsche Flotte, wohlgemerkt die Handelsflotte, jetzt nach der englischen vor allen anderen Nationen rangiert.***)

Der Grund, daß unter der Herrschaft der 1879 eingeführten hohen Schutzzölle der allgemeine Wohlstand nicht nur überhaupt so gestiegen, sondern namentlich auch der Export sich so sehr gehoben hat, dürfte vor allem darin zu finden sein, daß das allgemeine Sinken der Preise auf dem Weltmarkte nur sehr gemildert und allmählich über den Wellenbrecher der Zollschranke hin sich über Deutschland verbreiten konnte und die deutsche Industrie einen sicheren und ruhigen Inlandsmarkt behielt. Von dieser gesicherten Stellung aus konnte sie nun die Produktions-Überschüsse auch einmal zu schlechten Preisen ans Ausland abgeben. Ganz besonders wichtig aber war die Erhaltung

---

*) Leroy nimmt den englischen Export an eigener Ware für 1895 auf 4500 Mill., den deutschen auf 3300 Mill. Mark an; die Reichsstatistik giebt 3424 Mill., wovon 106 Mill. Edelmetalle abgehen.

**) Eisen-Produktion in Mill. Tonnen:

	1880	1890	1894
England	7800	8033	7546
Deutschland	2700	4658	5380

***) Handelsflotte, Schiffe über 100 Tonnen:

England	13242000	Tonnen
Deutschland	1887000	„
Frankreich	1095000	„

einer kaufkräftigen Landwirtschaft. Hätte man die Landwirte dem ungeheuren Preissturz ohne Schutz überlassen, so hätte ein allgemeiner Besitzwechsel eintreten müssen. Hätten alle Rittergüter in Pommern, Schlesien, Preußen, Brandenburg im Laufe der letzten 20 Jahre Bankerott gemacht, so hätten auch Industrie und Handel die übelsten Wirkungen davon verspürt. Die Besitzer hätten ja nicht beim ersten Sturm das Gewehr in den Graben geworfen, sondern so lange wie möglich gekämpft: lange Jahre hätten sie ihre Güter devastiert, hätten keine Verbesserungen vorgenommen, hätten gesucht, sich durch Einschränkungen zu erhalten, ehe sie mit dem weißen Stab davon gegangen wären. Indem sie jetzt durch die Schutzzölle, durch Maßregeln bei der Besteuerung des Spiritus und Ähnliches in ihrem Besitz erhalten sind, ist das unserer gesamten Volkswirtschaft zu gute gekommen.

Aus dem eben Gesagten erklärt sich auch, weshalb England nicht zum Schutzzoll-System übergegangen ist. Das agrarische Element spielt bei den Engländern eine viel geringere Rolle, als bei uns. In Deutschland lebt doch noch immer weit über ein Drittel der Bevölkerung*) von der Landwirtschaft, in England nach einer Berechnung 15, nach einer anderen nur noch 10 Prozent. Ferner gehört fast der ganze englische Grund und Boden, etwa $^3/_4$, wenigen tausend Familien, etwa 6000; all dieser Besitz ist Majorat, kann nicht mit Hypotheken belastet werden und geht immer auf den ältesten Sohn über, während bei uns, mit Ausnahme der Fideikommisse, durch die Erbteilung eine fortwährende Belastung mit Hypotheken eintritt. Das Erbe wird vollkommen umgeworfen, wenn die Grundrente sinkt und der Sohn, der das Gut übernommen hat und seinen Geschwistern jährlich 20000 Mk. herauszahlen soll, in der Meinung 40000 Mk. im ganzen herauszuwirtschaften, plötzlich nur noch 10—15000 Mk. als Ertrag bucht. Einem englischen Lord mag es unangenehm sein, wenn seine Einnahme heruntergeht, aber ruiniert ist er darum noch nicht. Die deutschen Landwirte sind nicht so gestellt, sondern brechen unter solchem Wechsel zusammen: ja selbst viele englische Lords haben den heutigen Preis-

*) Nach der Berufszählung von 1895 beträgt die erwerbsthätige Bevölkerung (männlich und weiblich) 22913691 Personen, davon treiben Landwirtschaft im Hauptberuf 8292692 = 36,19 %. Überdies treiben im Nebenberuf Landwirtschaft 3649445 Personen.

stand auf die Dauer nicht ertragen können. Wenn Sie in unsere Museen gehen, so werden Sie hören, daß viele von den neuangekauften Bildern aus den Sammlungen großer englischer Familien stammen, die von den Vorfahren zusammengebracht, von den heutigen Besitzern haben verkauft werden müssen.

Viel wichtiger und mächtiger aber als die Landwirtschaft ist in England die Industrie und wiederum noch wichtiger als die Industrie ist der Handel, der ja ebensogut und ebensogern auswärtige Produkte vertreibt und verfrachtet wie inländische. Dem Handel aber ist jeder Schutzzoll ein Hemmnis und deshalb hat der Freihandel in England die Oberhand behalten.

Sehr merkwürdig zeigt sich der Wechsel der deutschen Wirtschafts-Politik in dem Verhältnis von Export und Import. In den siebziger Jahren war der Import nach Deutschland viel größer, als der Export. Anfangs hatten wir natürlich infolge der französischen Milliarden, die nur zum Teil in barem Gelde, zum großen Teil in Waren nach Deutschland hineingebracht wurden, einen ungeheuren Import, aber auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre überwiegt noch der Import um mehr als 1/2 Milliarde.*) In den 80er Jahren, unter Einwirkung des neuen Zollsystems hielten sich Import und Export ziemlich die Wage. Vom Jahre 1889 ab, seitdem Hamburg und Bremen in das Zollgebiet hineingezogen sind, ist der Import wieder viel stärker, etwa um 800 Millionen. Das ist dadurch zu erklären, daß der deutsche Reichtum vielfach außerhalb des deutschen Gebietes angelegt ist in fremden Staatspapieren und Aktiengesellschaften und die Zinsen und Dividenden in Form von Waren nach Deutschland einströmen.**)

*) Nach einer Berechnung von E. Philippi in den Preuß. Jahrb., Bd. 52, S. 314, betrug der Mehrimport 1872–76 im Mittel 1276 Mill. Mk., 1877—1881 558 Mill. Mk. jährlich. In den beiden letzten Jahren überwog jedoch schon der Export. Ich mache jedoch noch einmal darauf aufmerksam, daß diese Zahlen nur cum grano salis vergleichbar sind. Namentlich über den Export sind die Angaben erst seit 1880, wo genauere Aufnahmen stattfinden, zuverlässig.

**) Auf Anregung von Prof. Schmoller hat W. Christians im „Deutschen Ökonomist" v. 30. Januar 1897 eine Berechnung des gesamten deutschen Mobiliar-Vermögens unternommen. Auf Grundlage der Steuereinschätzungen kommt man zu einer Gesamtsumme von 52 Milliarden. Christians weist jedoch nach, daß diese

Meine Herrschaften! Wir haben konstatiert, daß nach dem großen Umschwung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die unter der Regierung Kaiser Wilhelms stattgefunden hat, das Wirtschaftsleben nicht nur nicht gelitten, sondern sich sehr günstig und stetig weiter entwickelt hat, und dieser Umschwung, machen wir uns nun weiter klar, beruhte auf politischen Kräften. Er wäre nicht möglich gewesen im alten Zollverein; er war nur möglich in einem geeinten Reich. Im Zollverein gehörte zu jeder Zollveränderung ein einstimmiger Beschluß aller beteiligten Staaten. Eine solche Verfassung genügte, solange es nur darauf ankam, nach den Prinzipien des Freihandels allmählich immer mehr Hindernisse hinwegzuräumen. Die Verfassung genügte aber nicht, eine positiv neue Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Ganz dasselbe ist zu sagen von der Sozialpolitik, dem originalsten Stück der Bismarckschen Regierungskunst, deren Segen eigentlich jetzt von keiner Seite mehr bestritten wird.

Man versteht das Wesen der sozialen Gesetzgebung am besten, wenn man den modernen Fabrikarbeiter vergleicht mit einem seiner Vorfahren, zwar nicht mit einem unmittelbaren, aber doch einem Vorfahren, nämlich dem früheren erbunterthänigen ländlichen Arbeiter. Der Erbunterthänige war an die Scholle gefesselt, er mußte bei seinem Herrn bleiben und gegen bestimmte Vergütung für ihn arbeiten; dagegen hatte der Herr die Verpflichtung, für den Unterthanen zu sorgen, wenn er oder seine Familie erwerbslos war, wenn er krank oder alt wurde. Nun wurde die Erbunterthänigkeit aufgehoben und die allgemeine Freizügigkeit eingeführt, die dieses Band naturgemäß zerriß. Mit der Freizügigkeit hörte jede Pflicht des Herrn auf. Denn wenn der Arbeiter von einem Herrn zum andern geht, so hat keiner eine Verpflichtung, für ihn zu sorgen, und es mußte nun an die Stelle der sozialen Organisation ein Armenrecht treten, also eine überaus kümmerliche Grundlage für eine soziale Existenz. Da man erkannt hatte, daß das unmöglich ein befriedigender Zustand für die Arbeiterbevölkerung sein könne, so schuf man einen neuen sozialen Organismus, die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, eine ungeheure

Summe viel zu klein ist und berechnet selber 73641 Millionen. Dabei setzt er für ausländische Wertpapiere 10 Milliarden an, meint jedoch, daß das die Minimal-Grenze bezeichne und daß die Summe in Wahrheit viel höher sei.

Leistung, die noch kein anderer Staat uns hat nachmachen können und für die der alte Zollverein vollends unfähig gewesen wäre.

Da sieht man: was die Macht, was die Politik, was das Staatsleben für Handel, Wandel und Gewerbe thut. Wie der Staat eine positive Handels- und Wirtschaftspolitik treibt, so hat er das ganze Arbeits- und Gewerbeleben von Grund aus neu konstruiert.

Meine Herrschaften! Wir könnten mit dieser Betrachtung über die großen Erfolge der Regierung Kaiser Wilhelms für Handel und Gewerbe schließen.

Es ist ein großes farbenreiches und prächtiges Bild, was die Tüchtigkeit des deutschen Gewerbsmannes, des deutschen Industriellen, des deutschen Kaufmannes im Verein mit den großen Staatsmännern seit Erstehung des Reiches geleistet hat, und doch glaube ich, ist damit das Allerwesentlichste noch nicht gesagt. Was wir bisher ins Auge gefaßt haben, das ist die Bedeutung der Regierung Kaiser Wilhelms nach der wirtschaftlichen Seite, wie wir sie historisch hinter uns haben. Aber es giebt gewisse Anzeichen, als ob die Bedeutung in der Zukunft noch viel größer werden könne und müsse.

Es ist eine oft angestellte Betrachtung, daß die Kriege, die in der Reformationszeit geführt worden sind, bis zum dreißigjährigen Kriege, wesentlich religiöse waren; in der folgenden Epoche hatten sie, nachdem die religiöse Leidenschaft einigermaßen sich ausgelebt hatte, einen merkantilen Charakter. Die Kriege unseres Jahrhunderts hatten einen ausgeprägt nationalen Charakter. Nicht, daß diese Ideen immer ausschließlich die Epoche beherrschten, es ist immer ein Komplex, ein Zusammenwirken verschiedener Tendenzen, aber eine darunter ist die stärkste und hat die Führung. Nun deuten die Zeichen der Zeit darauf hin, daß, wenn das nächste Jahrhundert wieder große Verwickelungen bringt, das merkantile Interesse höchstwahrscheinlich die Führung übernehmen wird. Rußland, das heute schon ein Riesenreich ist, ist im Begriff, sich immer weiter nach Asien auszudehnen, und die Untersuchungen seines politischen und Wirtschaftslebens haben gezeigt,*) daß dabei ein starkes kommerzielles Interesse mitspricht. Rußland hat eine recht bedeutende Industrie bereits geschaffen; sie ist aber durch

*) v. Schulze-Gävernitz hat das vortrefflich dargelegt in den Preuß. Jahrb. Bd. 75 (1894).

viele Umstände niedergehalten: sie ist nicht imstande, mit der deutschen oder englischen zu konkurrieren: sie lebt nur durch einen enorm hohen Schutzzoll und die Masse der russischen Bevölkerung ist zu arm, um eine kaufkräftige Kundschaft zu bieten. Die Moskauer Industriellen sind daher die eigentlichen Träger der russischen Expansionstendenz: sie müssen ein Land nach dem anderen in Asien in Besitz nehmen, ein Land und Volk nach dem anderen in die russische Herrschaft und in die russische Zolllinie hineinziehen, um neue Kundschaft für die russische Industrie zu gewinnen. Auf der anderen Seite der Welt sehen wir eine ganz ähnliche Erscheinung: es ist der mächtige Nordamerikanische Freistaat, der ebenso geneigt ist, die Politik eines geschlossenen Industriegebiets für sich zu befolgen. Gerade in den letzten Tagen sind Nachrichten gekommen, daß die Zölle wieder erhöht werden sollen, damit die deutsche und englische Industrie nach Möglichkeit ausgeschlossen werde. Es besteht eine Partei dort, die zwar in letzter Zeit recht still gewesen ist, aber vor einigen Jahren viel Aufsehen erregte, und manche Leute meinen, sie habe eine große Zukunft: es ist dies die sogenannte panamerikanische Bewegung, die wünscht, das ganze Amerika, Canada und Mexiko, dann Südamerika unter die Führung der Vereinigten Staaten zu stellen und ebenso wie Rußland ein geschlossenes industrielles amerikanisches Gebiet zu schaffen. Endlich giebt es noch eine dritte Erscheinung, anderer Natur, und doch ähnlich. In England besteht eine sogenannte imperialistische Bewegung, die erstrebt, England mit allen seinen großen Kolonien zu einem Zollverein zusammenzuschließen und diesen ganzen Verkehr für England zu monopolisieren. Ich glaube nicht, daß das so leicht zustande kommt, ich glaube auch nicht einmal, daß die panamerikanische Bewegung vorläufig viel Aussicht auf Erfolg hat. Die gefährlichste und mächtigste scheint mir die russische zu sein. Aber wenn wir die drei Dinge zusammenhalten, so finden wir eine ganz merkwürdige Übereinstimmung, die nicht zufällig sein kann, sondern die auf allgemeinen inneren Trieben beruht, und allenthalben spontan hervorgetreten ist. Nun bitte ich Sie, sich zu erinnern an das, was ich Ihnen vorhin erzählt habe von dem Niedergang der ersten großen Blüte des deutschen Handels- und Gewerbelebens. Warum ist die Hansa untergegangen? Weil die Handelsgebiete, auf denen sie groß geworden war, ihr durch die politische Macht verschlossen wurden.

Es ist nicht unmöglich, daß bei den Verwickelungen des nächsten Jahrhunderts wieder solche Bewegungen entstehen. Drei Ländergruppen, die zusammen den bei weitem größten Teil der ganzen Erde ausmachen, heute die Hauptabsatzgebiete unserer Industrie, bereiten sich vor, uns auszusperren. Wenn man in einer friedlich aufblühenden Periode lebt, wie wir, so giebt man nicht gern die Vorstellung auf, daß es so bleiben werde, daß kein Grund vorliegt, die Phantasie mit Sorgen und Ahnungen der Zukunft zu beschäftigen. Es ist merkwürdig: alle Welt weiß, die Weltgeschichte steht nicht still, wohl auf kurze Zeit stockt sie einmal, aber sie geht weiter; jeder weiß das, aber keiner macht sich's gerne klar, weil immer Gefahren und Besorgnisse damit heraufbeschworen werden. Aber das Auge des weitausschauenden Staatsmannes darf sich vor diesen Möglichkeiten nicht verschließen. Es muß darüber nachgedacht werden: was wird das nächste Jahrhundert uns auf diesem Gebiete bringen? Es sind große Brandherde vorhanden, auf allen flackert's und flammt's, und alle Tage kann die Lohe emporschlagen. Es ist unmöglich, daß im Orient die Dinge noch Jahre oder Jahrzehnte so weiter gehen wie bisher, und niemand kann wissen, was das für Rückschläge für Deutschland bringen wird.

Was aber auch der Schooß der Zukunft bergen möge, jeder Sorge darf man mit der Vorstellung begegnen: wir leben nicht mehr unter dem deutschen Bund, wir leben nicht mehr in einem lockeren Zollverein, sondern unter der fest zusammengeschmiedeten Macht des Deutschen Reiches. Wenn wieder Prüfungen an uns herantreten, wie sie an unsere Vorfahren, die Hansamänner, herangetreten sind, dann wird es uns nicht so gehen, wie Georg Wullenweber in Lübeck; dann sind wir nicht ein loser Bund von Städten, der heute zusammentritt und morgen auseinanderfallen kann, dann ist der deutsche Kaufmann nicht bloß Bürger seiner Stadt, sondern Bürger des großen Deutschen Reiches. Dann erst wird man vollständig erkennen und sagen, was für den deutschen Kaufmann, für das deutsche Gewerbe und den deutschen Handel die Regierung Kaiser Wilhelms des Alten für eine Bedeutung gehabt hat.

Deutschland und der Ultramontanismus.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 90, Oktober-Heft 1897.)

Der Ultramontanismus. Sein Wesen und seine Bekämpfung. Von Graf Paul von Hoensbroech. Berlin, Verlag von Hermann Walther (Friedrich Bechly). 313 S. 4 Mk.

Seitdem Graf Paul von Hoensbroech im Mai 1893 in diesen „Jahrbüchern" seinen „Austritt aus dem Jesuitenorden" erklärte und begründete, ist er ein regelmäßiger Mitarbeiter unserer Zeitschrift geblieben und hat unsern Lesern über das innere Leben der heutigen katholischen Kirche und die Beziehungen dieser Kirche zur übrigen Welt nach den verschiedensten Richtungen Aufschlüsse gegeben und Belehrung geboten. Seine Beiträge werden unsern Lesern stets ein ganz besonderes Interesse gewährt haben und sie mußten einen um so größeren Eindruck machen, als trotz der allmählich immer tiefer und breiter werdenden Kluft zwischen dem ehemaligen Ordensmann und seiner ehemaligen Kirche und ehemaligen Freunden die Schriften des Grafen nach wie vor, bei aller Entschlossenheit des Kampfes, doch frei von jeder persönlichen Gehässigkeit, stets ein ruhiges, sachliches Urteil bewahrten und nie durch Leidenschaft, sondern immer nur durch die Wucht der Thatsachen und die Logik der Schlußfolgerung zu gewinnen suchten.

Graf Hoensbroech hat sich nunmehr entschlossen, seine Auffassung von dem Wesen des Ultramontanismus und dem Verhältnis, in dem das Deutsche Reich zu ihm steht und sich zu ihm stellen sollte, systematisch auszuarbeiten und in einem handlichen Buche der politischen Welt Deutschlands vorzulegen. Vieles davon ist den Lesern der „Preußischen Jahrbücher" bereits bekannt, noch sehr viel mehr aber ist an dieser Stelle zum ersten Male ausgesprochen und verdient allseitige Beachtung und sorgfältigste Prüfung.

Graf Hoensbroech geht aus von der prinzipiellen Unvereinbarkeit der heutigen katholischen Kirche mit der Staatsordnung. Der Herrschaftsanspruch dieser Kirche ist so unbeschränkt und absolut, daß schlechterdings kein selbständiger Staat, kein selbständiges Recht neben ihm bestehen kann, sobald die Kirche die Macht erlangt, ihren Anspruch durchzusetzen. Graf Hoensbroech belegt diesen Satz mit einer Fülle authentischer Erklärungen der Päpste und unbestrittener Thatsachen und unter historisch und politisch gebildeten Persönlichkeiten kann darüber überhaupt kein Streit herrschen: die Lehre der heutigen katholischen Kirche schließt prinzipiell jede selbständige Staatsgewalt aus. Dieser Herrschaftsanspruch der Kirche aber, sagt Graf Hoensbroech weiter, ist nicht ein Ausfluß der katholischen Religion, im Gegenteil, er ist ein Mißbrauch, eine sehr weit zurückgehende Mißbildung, das Widerspiel der Religion. Es giebt katholische Religion ohne diesen Herrschaftsanspruch; denn es hat sie viele Jahrhunderte gegeben. Erst vom 8. und 9. Jahrhundert an hat sich die Kirche in diese falsche Bahn reißen lassen. Aussprüche älterer Päpste, namentlich Gelasius I. und Gregors I., die der Autor nicht unterläßt, zum Besten katholischer Leser wörtlich anzuführen, verdammen die Einmischung der Kirche in die weltlichen Dinge ausdrücklich und in der stärksten Weise. Die Kirche muß sich von diesen ihren weltlichen Gelüsten wieder befreien; die heutige katholische Kirche ist in Wahrheit nicht katholisch, diesen Namen darf man ihr nicht zugestehen, sie ist ultramontan.

Ähnliche Sätze sind schon oft ausgesprochen worden, aber ebenso oft ihnen die Behauptung entgegengesetzt, daß die ultramontane Kirche mit Papst und Hierarchie, und die katholische Religion eine untrennbare Einheit bilde: es gäbe keine katholische Religion ohne das Priestertum und kein Priestertum ohne seinen Herrschaftsanspruch. Wer den Ultramontanismus bekämpfen und bloß ihn bekämpfen wolle, bekämpfe darum doch immer und ohne es vermeiden zu können, den Katholizismus und die katholische Religion.

Die Wahrheit ist, daß beide Behauptungen, so entgegengesetzt sie einander sind, einander doch nicht völlig ausschließen. Graf Hoensbroech geht darin zu weit, daß er die heutige „ultramontane" Kirche für eine bloße Mißbildung erklärt. Sie ist allerdings erst seit dem 9. Jahrhundert so geworden, aber eine durchaus konsequente und historisch notwendige Ausbildung der katholischen Grundgedanken. Die Jahrhunderte

und nun gar die Jahrtausende irren sich nicht so sehr: eine so große, so alte, so mächtige Thatsache wie die römische Kirche ist schon sich selbst ihr Beweis ihrer eisernen, unerbittlichen Notwendigkeit.

Trotzdem ist sie nicht identisch mit der katholischen Religion. Sie lebt in einem inneren Widerspruch, zu dem ihre eigene Entwickelung sie geführt hat: der Papst will der Statthalter Christi sein, der gesagt hat, „mein Reich ist nicht von dieser Welt“, und beansprucht doch direkt ein weltliches Königreich, den Kirchenstaat für sich und indirekt ein Oberkönigtum über die ganze Erde und alle anderen Könige. Wer da sagt, nur auf jenen Ausspruch Christi ist unsere Religion aufzubauen, muß zu dem Schluß kommen, daß in der heutigen katholischen Kirche überhaupt keine Religion, daß sie zum Widerspiel der Religion ausgeartet sei. Wer weiter sagt: die unbedingte Anerkennung des päpstlichen universalen Oberkönigtums ist ein integrierender Bestandteil der katholischen Religion, muß zu dem Schluß kommen, daß kein getreuer Unterthan eines anderen Königs, überhaupt kein treuer Bürger irgend eines selbständigen Staates Katholik sein kann. Prinzipiell ist diese Antinomie unlösbar: praktisch wird sie gelöst. Der Herrschaftsanspruch des Papstes ist so weit von der Verwirklichung entfernt, daß die Menschen leben, glauben und sterben können, ohne von beiden Seiten zugleich in Anspruch genommen zu werden. So bildet sich die Vorstellung einer katholischen Religiosität, die nur einen Teil, einen kleineren oder größeren, vielleicht nur einen sehr kleinen Teil des hierarchischen Herrschaftsanspruches thatsächlich gelten läßt. Mag die Inkonsequenz noch so groß sein — die Menschheit lebt überhaupt in, ja man darf vielleicht sagen, von der Inkonsequenz. So giebt es auch inkonsequente Katholiken, das heißt Katholiken, in denen der hierarchische Gedanke das Christentum nicht erstickt hat, Katholiken, die im Staate und mit denen der Staat leben kann. Es ist fast spaßhaft, zu lesen, wie Graf Hoensbroech die Inkonsequenz der katholischen Politiker in Deutschland schildert. „Peter Reichensperger und Graf Landsberg Vehlen wissen nicht, was eine päpstliche Verurteilung bürgerlicher Staatsgesetze zu bedeuten hat: Windthorst weiß nicht, daß der Ausdruck „Schwesterkirche“, auf die evangelische Kirche angewandt, eine „Ketzerei“ ist: Freiherr von Loë weiß nicht, daß die römische Inquisition die schwersten Strafen bis zur grausamsten Todesstrafe über „Ketzer“ verhängte: Dr. Dittrich weiß nicht, daß der Staat dem Ultramontanismus gegen

über keine wahre Selbständigkeit hat und daß die Schule ausschließlich der ultramontanen Kirche gehört; Kaplan Dasbach weiß nicht, daß der Ultramontanismus das Recht beansprucht, Fürsten abzusetzen: die Herren Gröber und Rintelen wissen nichts von den wichtigen Bestimmungen des ultramontanen Eherechts." Der Nachweis dieser „Unwissenheiten" ist zum Teil z. B. Professor Dittrich gegenüber in unseren „Jahrbüchern" geführt worden und hat in der ultramontanen Presse kein Wort des Widerspruchs erfahren: Beweis genug, daß man sich in unentrinnbarer Verlegenheit befindet: man wagt mit der Sachkenntnis dieses Gegners den Kampf gar nicht aufzunehmen.

Soll der Staat, soll im besonderen das Deutsche Reich sich nun mit solchen Staatsbürgern, ihrem Gehorsam und ihrer Treue aus Inkonsequenz oder „Unkenntnis" zufrieden geben?

Um vor dieser Politik zu warnen, hat Graf Hoensbroech sein Buch geschrieben. Es ist richtig, sagt er, daß Rom gegen alle die Irrlehren und Ketzereien, die die deutschen katholischen Parlamentarier vortragen, um die Rolle guter deutscher Staatsbürger spielen zu können, schweigt und sie ruhig hingehen läßt, aber nur um den richtigen Augenblick abzuwarten, wo die wahre katholische Lehre im Sinne Roms ihr Haupt zu enthüllen hat. Die Ideen haben ihre Konsequenz, die sich wohl eine Zeit lang verbergen, aber nicht dauernd unterdrücken läßt. Mit unfehlbarer Sicherheit wird der Tag einmal kommen, wo alle jene Versuche der Abschwächung, der Vermittelung, der Vertuschung beiseite geworfen und den deutschen Katholiken die ganze Folgerichtigkeit der päpstlichen Lehre abverlangt wird. Dann sind sie viel zu tief in das ultramontane System verfangen, zu sehr verstrickt in den Banden des kirchlichen Gehorsams, um sich dem Gebot des Vaters der Gläubigen entziehen zu können, dann müssen sie sich gefallen lassen, zu den Sturmkolonnen gegen den protestantischen deutschen Kaiser, der nicht anerkennen will, daß alles was getauft ist, dem Papste angehört, zusammengeballt zu werden.

Dieser Gefahr vorzubeugen, ist die höchste Aufgabe der deutschen Politik. Nichts ist falscher, als die große Zukunfts-Gefahr des Deutschen Reiches in der Sozialdemokratie zu sehen: so groß diese Gefahr sein mag, sie ist verschwindend gegen die Gefahr des Ultramontanismus. Der Abschnitt, in dem Graf Hoensbroech diese beiden Bewegungen miteinander vergleicht, bildet meines Erachtens den Höhepunkt der

Darstellung. Mit unausweichlicher Logik und in hinreißender Sprache führt er Punkt für Punkt, nach Prinzipien, äußerer Erscheinung, realer Macht, Supposition eines Sieges den Vergleich der beiden Tendenzen durch, um unwiderleglich zu zeigen, daß der Ultramontanismus der bei weitem bösere und gefährlichere Feind des Deutschen Reiches ist.

Vor 25 Jahren wäre eine solche Darlegung in Deutschland mit einem Sturm des Beifalls begrüßt worden: heut ist es die Stimme eines Predigers in der Wüste. Selbst die alte Garde des Kartells von 1887, wenn sie gegen das reichsfeindliche Zentrum zum Sammeln bläst, wagt doch nicht soweit zu gehen, daß sie die sozialdemokratische Gefahr dagegen für die mindere erklärt: sie will gegen beide zugleich schlagen, um desto sicherer in die Luft zu treffen. In Wahrheit ist auch der Kampfesmut sehr gering: schon seit langem wird keine positive Forderung mehr aufgestellt, sondern nur noch negativ Abwehr des wachsenden ultramontanen Einflusses verlangt. Ja in dem Kartell-Reichstag von 1887 selbst dauerte der Zusammenschluß gegen das Zentrum ja nur einen Moment: wenige Monate nach dem Zusammentritt war — bei der großen Frage der Erhöhung der Getreidezölle — das Zentrum bereits wieder Herr der Situation und der Abgeordnete Windthorst der Führer des Parlaments.

Um eine Liga zur Bekämpfung und Unterdrückung des Ultramontanismus zu bilden, muß vor allem ein positives Programm aufgestellt, ein System von Maßregeln vorgeschlagen werden, das geeignet erscheint, den Drachen zu überwältigen. Einfach auf die alte Kulturkampfgesetzgebung zurückzugreifen, ist in jeder Beziehung ausgeschlossen und wird von niemand entschiedener verworfen, als von Graf Hoensbroech. Auch er schließt sich der allgemeinen Meinung an, daß der Kulturkampf ein verlorener Krieg des Fürsten Bismarck gewesen sei und will, indem er den Kampf wieder aufnimmt, daß er in ganz anderer Art geführt werde.

Ob die Mittel, die er vorschlägt, zum Ziel führen würden und durchführbar sind, darauf kommt es an. Aber ehe wir darauf eingehen, müssen wir noch ein Wort über den Kulturkampf reden.

Der Inhalt der kirchlichen Gesetzgebung von 1874/75 war, dem katholischen Klerus durch ein staatliches Miterziehungsrecht ein gewisses Maß nationaler Bildung zu sichern, ihn in seiner weltlichen Stellung

nicht bloß vom Bischof abhängen zu lassen, sondern ihn auch unter einen gewissen Einfluß des Staates zu bringen und auch den einzelnen katholischen Kirchengemeinden eine gewisse Unabhängigkeit von den geistlichen Oberen zu gewähren. Durch alle diese Einwirkungen sollte der starre ultramontane Geist des neueren Katholizismus abgestumpft und eingedämmt, ein von Rom einigermaßen unabhängiger, deutscher katholischer Klerus erzogen und so die katholische Hälfte des Volkes mit der evangelischen zu einer Annäherung gebracht und zu einer engeren, durch die religiöse Spaltung weniger gefährdeten nationalen Einheit verbunden werden.

Den größten Teil dieser gesetzlichen Bestimmungen hat man fallen lassen müssen. Statt einer Annäherung der katholischen Bevölkerung an die evangelische, statt der Anbahnung einer trotz konfessioneller Verschiedenheit doch im Grunde einheitlichen christlichen Gesinnung ist eine schärfere Spannung zwischen Protestanten und Katholiken eingetreten, als seit Jahrhunderten. Enger als je sind die deutschen Katholiken mit Rom verbunden und durch sie ist der Papst eine Art Mitregent in Deutschland: ein Viertel bis ein Drittel der deutschen Volksvertretung gehorcht ihm. In dieser Richtung also hat der Kulturkampf sein Ziel völlig verfehlt und es ist nur natürlich, daß der Krieg schlechtweg als ein verlorener gilt.

Es giebt Leute in Deutschland, die meinen, der Kulturkampf sei nur deshalb verloren worden, weil man nicht lange genug ausgehalten habe: ja die Katholiken seien bereits nahe daran gewesen, sich zu unterwerfen, als der Staat plötzlich anfing, weich zu werden. Diese Anschauung darf wohl einfach als eine naive bezeichnet werden: man kann die Wirklichkeit der Dinge nicht stärker verkennen, die richtigen Begriffe nicht mehr verwirren, als durch solche Luftspiegelungen von angeblich nahen Erfolgen.

Ganz anders lautet das Urteil eines so eingeweihten Sachkenners wie des Grafen Hoensbroech. Der Kulturkampf ist nicht bloß verloren gegangen, er mußte verloren gehen, sagt er, weil er auf eine ganz falsche Weise geführt wurde. Das Programm war zwar richtig und vom Fürsten Bismarck selber deutlich und bestimmt bezeichnet: den Ultramontanismus, d. h. die hierarchische Gewalt, zu bekämpfen und die katholische Religion zu schonen, aber es ist nicht eingehalten worden. Man hat thatsächlich die Katholiken in ihrer Religion an-

gegriffen und verletzt und das hat den stärksten Widerstand hervorgerufen, dessen die menschliche Natur überhaupt fähig ist. Dieser religiöse Widerstand der festgeschlossenen Masse der deutschen Katholiken war unüberwindlich. Graf Hoensbroech meint, wesentlich die bureaukratische Ungeschicktlichkeit des preußischen Beamtentums in der Formulierung wie in der Durchführung der Maigesetze sei schuld gewesen an dieser großen Verirrung, die in die Niederlage führte.

Sollen wir aber wirklich glauben, daß Fürst Bismarck sich so sehr von seinem Beamtentum ins Schlepptau nehmen ließ? daß er gar nicht beachtet und gemerkt habe, daß er einen ganz anderen Weg geführt wurde, als er wollte? daß in dem jahrelangen Kampf der Fehler ihm nie zu Bewußtsein gekommen, oder daß er nicht mehr imstande gewesen sei, sich auf den rechten Weg, den er doch prinzipiell mit solcher Sicherheit bezeichnet hatte, zurückzufinden? Er selber hat unter den zahlreichen Maskenscherzen, mit denen er in den letzten Jahren die Welt unterhalten, wohl auch einmal die Lämmlein Miene angenommen, aber wer es erlebt hat, weiß, was das zu bedeuten hat.

Wenn ich den Fürsten Bismarck recht beurteile, ist er sehr weit entfernt, zuzugestehen, daß der Kulturkampf mit einer einfachen Niederlage des preußischen Staates geendigt hat: deshalb, weil er sich niemals der Illusion hingegeben hat, daß er durch den Zwang der Gesetzgebung die deutschen Katholiken mit einem neuen Geiste erfüllen könne. Der Kampf ist ihm nie etwas anderes als eine politische Aktion gewesen. Es kam ihm nicht darauf an, irgendwie den kirchlich-religiösen Sinn der deutschen Katholiken zu beeinflussen, sondern es kam ihm darauf an, ihnen als den Feinden der neuen Reichsbildung unter preußischer Führung eine Schlacht zu liefern. Als es ihm gelungen war, Herrn von Mühler zu stürzen und er sich nach einem neuen Kultusminister umschaute, da verlangte er nach „einem Saupacker auf Schwarzwild". Wie dieser Kampf im einzelnen geführt wurde, war ihm gleichgiltig: nur Schärfe, immer größere Schärfe verlangte er vom Kultusministerium. Diese Katholiken hatten dem Neubau des Reiches entgegengearbeitet: nun wohl, sie sollten fühlen, was es heiße, „Reichsfeind" zu sein.

Vom modernen Standpunkt erscheint es unter allen Umständen als ein Fehler, daß man sich nicht auf die Unterdrückung und Unter

bindung der kirchlichen Herrschaftsmittel beschränkte, sondern auch in das innerste Herzensgebiet der religiösen Überzeugung eingriff. Aber dieser Vorwurf ist leichter erhoben als vermieden. Es ist damals durchaus nicht zugegeben worden (vielleicht einzelne Fälle ausgenommen), daß man die Gewissen bedränge oder gar bedrängen wolle, und wenn es geschah, so hieß es, das sei nicht Schuld der Staatsgesetze, sondern der katholischen Hierarchie, die sich diesen Gesetzen nicht unterwerfen wolle, sondern gegen sie rebelliere und dadurch die geordnete Seelsorge verhindere. Nicht der Staat störe die Religion, sondern die Kirche treibe Politik.

Ist aber Religion von Kirche und Kirche von Politik überhaupt abzuscheiden? Es ist eine zwar sehr verbreitete, aber sehr oberflächliche Vorstellung, daß das möglich sei. Die Religion ist nicht bloß etwas Subjektives, sondern hat ihre Wurzeln in dem tiefsten menschlichen Gemeingefühl. Die Menschheit schließt sich nicht bloß in dem einen Verband zusammen, den wir Staat nennen, sondern hat zugleich den Trieb auf eine zweite Vereinigung, die in ihrem Wesen grundverschieden ist, die religiöse. In welchem Verhältnis diese beiden geistigen Organismen, Staat und Kirche, zu einander stehen, wie sie zusammen, wie sie gegeneinander wirken, darauf beruht, neben dem Gegensatz der Nationen, ganz wesentlich der Fortgang der Weltgeschichte. Die Wirtschaftsformen, die gewisse moderne Pseudo-Historiker in den Mittelpunkt stellen wollen, bilden nur die materielle Grundlage. Ist es wahr, daß die Kirche oder ganz allgemein die religiöse Genossenschaft nicht bloß eine Äußerung oder ein Bedürfnis des Individuums ist, sondern auf die Allgemeinheit hinstrebt, so ist damit gesagt, daß sie ihrer Natur nach und notwendig ein politisches Element in sich schließt. Die vielverlangte absolute Trennung von Religion und Politik ist also ein Unbegriff: noch nie ist es jemand gelungen, die Grenzen zwischen beiden aufzuzeigen. Der Vorwurf, daß der preußische Staat durch die Maigesetzgebung der Religion zu nahe getreten sei, löst sich daher auf in den Streit um die Grenze: der Staat setzte sie anders als die Kirche; der Staat hat in der That die religiösen Gefühle der Katholiken verletzt, aber nicht deshalb, weil er gewisse natürliche Grenzen, sondern weil er die von der katholischen Kirche gesetzten Grenzen der Religion überschritten hat. Hätte er das nicht gethan, so hätte er überhaupt keinen energischen Kampf führen können.

Auf einen wirklichen, energischen Kampf aber kam es an: nicht bloß Übergriffe und Anmaßungen zurückzuweisen, sondern Wunden, schmerzende, schwere Wunden zu schlagen, war die Absicht des Führers, der Befehl des Feldherrn. Bedrängnis der Gewissen? Wohl, das Gewissen ist ein besonders empfindliches Organ — drückt schärfer, dann werden sie bald Frieden anbieten. Der humane Sinn des Jahrhunderts ließ ohnehin keine wahrhaft grausamen Mittel zu und nach der religiösen Auffassung des Protestantismus waren es noch gar keine Gebiete des Gewissens, in die man eindrang.

Was ist unter diesem Gesichtspunkt der Erfolg des Kampfes gewesen? Zunächst der, daß eine brauchbare Reichstags-Majorität zusammengeschweißt wurde. Seit 1866 stand die Regierung ja auf dem Kompromißfuß mit den Nationalliberalen. Aber noch hatte diese Partei die alten politischen Unarten des Liberalismus keineswegs völlig abgelegt und überwunden. Das Wohlgefühl, Opposition zu sein, wollte man nicht sogleich ganz entbehren: wie vielen schienen eigentlich Liberalismus und Opposition identische Begriffe! Auf das Heftigste wurde bei dem neuen Strafgesetzbuch darum gekämpft, ob die Todesstrafe abgeschafft werden solle. In der Grundfrage des neuen Staatsgebildes, der Sicherung des Bestandes der Armee, war die nationalliberale Partei nicht weiter zu bringen, als bis zu einer provisorischen Lösung und noch heute schleppen wir uns mühselig von einer Septennats-Station zur andern. Trotz allen Gegensatzes gegen den Rumpf der in der unentwegten Opposition verharrenden Fortschrittspartei konnte man sich doch nicht entschließen, dem Ideal der großen allumfassenden liberalen Partei zu entsagen. Erst der Kulturkampf ist es gewesen, der trotz allem die nationalliberale Partei zu einer brauchbaren Regierungspartei erzogen hat. Die unbedingte Notwendigkeit, im Kampfe gegen den katholischen Obskurantismus mit der Regierung zusammenzugehen, machte die Partei auch auf den anderen Gebieten des politischen Lebens gefügig und da nun im Kampfe gegen die katholische Kirche sogar die Fortschrittspartei Anwandlungen von Regierungsfreundlichkeit empfand — ist es doch Herr Virchow gewesen, der das Wort „Kulturkampf" geprägt hat — und die Konservativen als protestantisch Orthodoxe sich zur Gefolgschaft verpflichtet hielten, so kamen Reichstage mit zwar nicht ganz geschlossener, aber verwendbarer Majorität zusammen. Was ist es,

was die Leute vermissen, wenn sie heut von Versumpfung des Parteilebens sprechen? Was sie vermissen, ist der große Gegner, gegen den sie sich ereifern, gegen den sie sich zusammenscharen, auf den sie herzhaft losschlagen können. Einen ordentlichen Gegner zu haben, ist immer einer der ersten Grundsätze der Bismarckschen Staatskunst gewesen: erst die Liberalen, dann die Ultramontanen, dann die Sozialdemokraten, zuletzt versuchte er es mit den Polen. Als er 1871 aus dem Kriege zurückkam, fand er das neugebildete Zentrum vor: er konnte sich nichts Besseres wünschen: die Kampfesleidenschaft gegen das Zentrum schuf ihm das kampfesfähige parlamentarische Heer.

Noch größer aber war der Erfolg bei dem Zentrum selbst. Kein Zweifel, daß das Zentrum, als es gegründet wurde, „reichsfeindlich" war. Heute ist dieses Wort so gut wie verschollen. Zwar nehmen die konservative und die nationalliberale Partei für sich in besonderem Maße in Anspruch, „nationale Parteien" zu sein und sprechen damit dem Zentrum diese Eigenschaft ab, aber das ist nur noch eine indirekte Ächtung. Direkt wird dem Zentrum die „Reichsfeindlichkeit" nicht mehr vorgeworfen. Wie wäre es auch möglich, da das Zentrum bei der Schaffung der Zölle, „zum Schutze der nationalen Arbeit", für die soziale Gesetzgebung, für die nationale Rechtseinheit des bürgerlichen Gesetzbuches so wesentliche Hilfe geleistet hat? Noch fehlt zwar viel, daß das Zentrum in den entscheidenden Fragen, den Fragen der Wehrmacht, irgend welche Zuverlässigkeit zeigte, aber von der prinzipiellen, partikularistischen Opposition der 70er Jahre hat es sich weit entfernt: durch niemandes anderen Verdienst, als des Fürsten Bismarck und des Kulturkampfes. Das scharfe Schwert des ersten Kanzlers hat in diesem Kampfe die Partei solange verfolgt, bis sie auf den Boden des Reiches hinüber getrieben war. Aus dem Kulturkampf heraus zu kommen, gab es kein anderes Mittel, als dem Reiche bei einer großen Aufgabe der nationalen Politik einen dankenswerten Beistand zu leisten. Das geschah zuerst bei der Zollgesetzgebung im Jahre 1879. Seitdem ist Schritt für Schritt das Zentrum weitergegangen und zu einer Partei geworden, mit der man paktieren kann. Der jüngst abgehaltene Katholikentag in Landshut ist wahrhaft übergeflossen von Versicherungen nationaler Gesinnung und Verehrung für den Kaiser.

In diesem politischen Zusammenhang verschwindet die Niederlage,

die der Staat im Kulturkampf erlitten haben soll und die ganze Aktion erscheint als eine Kette von Triumphen der Bismarckschen Staatskunst. Er hat die Gesetze, die er der katholischen Kirche aufzuerlegen suchte, zum großen Teil wieder fallen lassen müssen: gewiß, aber diese Gesetze waren ihm nicht Zweck, sondern Mittel. Die Nachgiebigkeit, die er gezeigt hat, war in seinen Augen ebensowenig eine Niederlage, wie das Indemnitätsgesetz und all die Nachgiebigkeit, die er nach 1866 den Liberalen erwies, mit denen er sich in der Konfliktszeit so furchtbar geschlagen hatte. Einmal war es Lasker, einmal Windthorst, mit dem er verhandelte; in seinen Augen machte das keinen wesentlichen Unterschied. Nur durch die Katastrophe im März 1890 ist verhindert worden, daß der Stratege des Kulturkampfes in eine noch viel engere Beziehung zu dem alten Gegner trat. Wer auch die Initiative bei seiner Besprechung mit dem Zentrumsführer gehabt haben mag und was auch der thatsächliche Gegenstand dieser Besprechung gewesen ist, die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" sprach bereits eine sehr deutliche Sprache. Vor den Stichwahlen hatte sie die Konservativen und das Zentrum zusammen gepriesen, als „die beiden großen Parteien, welche sich auf den Boden der deutschen Wirtschaftspolitik und Sozialreform gestellt haben". (24. Febr.) Am 12. März war der Besuch Windthorsts bei dem Fürsten gewesen: am 13. rechnete das offiziöse Blatt aus, daß die Konservativen mit dem Zentrum und seinem Anhang die Mehrheit in dem neugewählten Reichstag hätte, und fügte hinzu, wer sich damit „vertröste, die Aspirationen des Zentrums seien derart, daß die Mehrheit der Konservativen sich nicht mit ihnen verständigen könnte," der „besitze nicht den Mut, der Zukunft ins Auge zu sehen".

So ist durch die politische Pädagogik des Fürsten Bismarck der merkwürdige Widerspruch entstanden, daß gleichzeitig die katholische Bevölkerung Deutschlands mehr als je früher und mehr als die katholische Bevölkerung jedes anderen Landes vom Geiste des Ultramontanismus erfüllt und in ihm zusammengefaßt ist — und doch eben diese Bevölkerung sich der Regierung als Stütze für eine deutsch-nationale Politik anbietet. Graf Hoensbroech hat, wie wir oben zitierten, ausgeführt, welche Unkenntnis die angesehensten Führer der deutschen Katholiken häufig über die Grundlehren ihrer Kirche gezeigt haben. Man mag es dahingestellt sein lassen, wie weit diese Unkenntnis un-

bewußt ist — genug, daß diese Herren sich allenthalben bemühen, die schärfsten Spitzen der ultramontanen Doktrin für den praktischen Gebrauch in Deutschland abzubiegen, zu überkleiden oder wenigstens zu verleugnen. Solange und soweit sie bei diesen Lehrmeinungen verharren, mag man sogar sagen, daß der Kulturkampf es erreicht habe, den ultramontanen Geist zu dämpfen und die religiös-sittliche Grundanschauung der deutschen Katholiken einigermaßen derjenigen ihrer evangelischen Volksgenossen anzunähern.

Aber wie lange wird das dauern? Muß der innere Widerspruch, die innere Inkonsequenz nicht einmal notwendig herausbrechen? Wenn nun Rom eines Tages erklärt, daß es jene Ketzereien nicht länger dulde? Sollte der Jesuiten-Orden wieder in Deutschland zugelassen werden, so wird vielleicht mit dem Tage seines Einzuges dem katholischen Latitudinariertum ein Ende gemacht werden.

Sollen wir diesen Moment sorglos herankommen lassen? Graf Hoensbroech warnt davor und verlangt die systematische Bekämpfung des ultramontanen Geistes, die im Kulturkampf verfehlt worden sei. Neben gesetzlichen Maßregeln, die den älteren ähnlich sind, wie Verschärfung des „Kanzelparagraphen", Ausschluß der Orden, die er aber nur als Beiwerk aufgefaßt haben will, sind es hauptsächlich zwei, die unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Das eine ist die prinzipielle Nicht-Anerkennung der weltlichen Stellung des katholischen Klerus und insbesondere des Papstes mit allen ihren äußeren Ehren, Rang, Titeln, Orden, gesellschaftlicher Präponderanz. Merkwürdig viel Gewicht legt der Autor auf diesen Punkt und nennt ihn geradezu „Durchschneidung der ultramontanen Wurzel". Er behauptet aus seiner Kenntnis der katholischen Welt heraus, daß diese äußere Ehrenstellung des Klerus, das „Kirchenfürstentum" und Dinge wie z. B. das Schiedsgericht des Papstes im Karolinenstreit von unermeßlicher Bedeutung für die Herrschaft über die Menge seien. Die ausführliche Darlegung dieser Verhältnisse bildet das eigentliche Hauptstück des Buches. Immer wieder versichert der Autor, daß man sich in protestantischen Kreisen gar keine Vorstellung mache, wieviel dieser äußere Aufbau, diese anscheinend bloße Dekoration der Kirche bedeute. Gegen eine solche Behauptung ist schwer zu streiten: man mag es dem Sachkenner auch glauben, daß die amtliche und gesellschaftliche Ignorierung und Unterdrückung der hierarchischen Herrlichkeit die religiösen Gefühle der wahr-

haft frommen Katholiken nicht verletzen, sondern eher befriedigen, daß also damit der Fehler des Kulturkampfes vermieden und die hohe autoritative Stellung des Klerus in der Bevölkerung wesentlich vermindert werden würde — aber wie es sich auch damit verhalte, sicher ist, daß das Deutsche Reich schlechterdings nicht in der Lage ist, auf diesem Gebiete irgend etwas zu thun. Wirksam wäre ein solches Verfahren nur, wenn es von allen Staaten gleichmäßig und durch Generationen hindurch beobachtet würde. Daran ist gar nicht zu denken: im Gegenteil, nichts ist sicherer, als daß, wenn ein Staat, z. B. Deutschland, dem Papste die üblichen Ehren als Souverän, die ja als solche zur Religion nicht gehören, versagte, andere darin nur um so eifriger sein würden, um sich die Bundesgenossenschaft der katholischen Hierarchie in einem Konflikt mit Deutschland zu sichern. Die Maßregel würde also unwirksam sein.

Ganz anders steht es mit dem zweiten, durchaus neuen Vorschlag. Alle Maßregeln, die den Charakter einer Feindseligkeit gegen die römisch-katholische Kirche haben, wie sie heute einmal besteht, werden in der Geburt erstickt werden durch den Gedanken, daß keine parlamentarische Möglichkeit für die Durchführung existiert. Unsere Verhältnisse haben sich ja seit 1871 wesentlich verändert. Das Zentrum, damals auf allen Seiten, bei Liberalen wie Konservativen feindlich angesehen, hat sich jetzt allenthalben Freunde erworben. Die Sozialdemokraten, seitdem eine mächtige Partei geworden, stehen ihm bei in dem Kampf gegen jede Ausnahmegesetzgebung. Die Konservativen sehen sich mit ihm verbunden durch das agrarische Interesse. Die Liberalen, und nicht bloß die „Freisinnige Volkspartei", sind ihm dankbar für die Abwehr der jüngsten Attentate auf die bürgerliche Freiheit durch die verschiedenen sogen. Umsturzgesetze. Fast einstimmig pflegt ja der Reichstag schon lange die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu fordern. Wie ist unter solcher Konstellation an eine systematische Gesetzgebung gegen den Ultramontanismus oder auch nur an die Zerstörung der gesellschaftlichen Stellung des Klerus zu denken? Du lieber Gott — wir sind in Deutschland so entfernt von solchen Bestrebungen, daß wir ganz umgekehrt zu fragen haben, was für Konzessionen uns nächstens noch bevorstehen und wie wir bei dem nächsten unvermeidlichen do-ut-des-Geschäft vielleicht noch am billigsten wegkommen möchten.

Hier eröffnet nun der Vorschlag des Grafen Hoensbroech eine

erstaunliche Perspektive. Er zeigt ein Verfahren auf, das nach seiner Ansicht dem Ultramontanismus den schwersten Abbruch thun, nichtsdestoweniger aber von der katholischen Kirche nicht als ein Akt der Feindseligkeit, sondern als eine dankenswerte Konzession aufgefaßt werden würde. Das ist durchaus nichts von vornherein Unmögliches. Mancher Waffenstillstand im Kriege beruht ja darauf, daß jede von den beiden Parteien glaubt, ihr würde er den größeren Vorteil bringen: der Erfolg entscheidet endlich, wer richtig gerechnet hat.

Graf Hoensbroech untersucht, weshalb der katholische Klerus in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal einen so auffallend geringen Einfluß auf die Bevölkerung ausübe, und erklärt, der Grund liege in der isolierten Erziehung des priesterlichen Nachwuchses. Wir verlangen von unseren katholischen Theologen, daß sie mit der übrigen Jugend des Landes das Gymnasium besuchen und sich die allgemeine deutsche Bildung aneignen: dann gehen sie auf die Universität, und wenn auch unter strenger Aufsicht und Absonderung von der übrigen akademischen Jugend, bleiben doch zahlreiche Beziehungen und Berührungen mit der universitas literarum und der Welt. Der junge romanische Geistliche geht nicht in die allgemeine Schule und nicht auf die allgemeine Universität, sondern lebt von seinem Knabenalter an innerhalb der Mauern der bischöflichen Seminarien und verliert dadurch so sehr das Verständnis für die Außenwelt und die allgemeinen menschlichen Interessen, Gefühle und Bedürfnisse, daß er die richtigen Handgriffe, auf sie einzuwirken, nicht mehr anzuwenden vermag. Wir statten durch die vom Staat erzwungene allgemeine Bildung unsere Gegner selber mit den Waffen aus, mit denen sie uns bekämpfen. Verzichte der Staat darauf, lasse er die Illusion fahren, daß er imstande sei, katholischen Klerikalen eine nationale Gesinnung einzuimpfen, die sie doch nicht haben, und übergebe sie ohne jeden Vorbehalt dem Bischof. Er wird sich Fanatiker erziehen — vielleicht: aber Priester, die keine Fühlung mehr mit der Volksseele haben, die deshalb keine Volkspriester mehr sein und keinen politischen Einfluß mehr ausüben werden.

Mir scheint dieser Gedankengang von einleuchtender Richtigkeit. Schon heute wird ja in katholischen Kreisen allenthalben die Inferiorität der katholischen Bildung empfunden. Professor Schell hat es offen ausgesprochen: Professor von Hertling hat ihn deshalb angefeindet, aber die Thatsache ebenfalls zugegeben. Eine katholische Zeitung

klagte neulich, es sei jetzt nicht mehr ein Nachteil, sondern ein Vorteil, Katholik zu sein, wenn man im Staatsdienste Karriere machen wolle, aber das nütze nichts, da zu wenig akademisch gebildete Katholiken vorhanden seien. In der bayrischen Kammer der Reichsräthe wurde auf die Klagen über Imparität in der Besetzung der Professuren erwidert, es sei wohl so, aber leider notwendig, da man qualifizierte Katholiken für die Neubesetzungen schlechterdings nicht gefunden habe.

Ist es unser Interesse, dem Bildungs-Defizit des Ultramontanismus aufzuhelfen? Überlassen wir ihn seiner geistigen Verarmung. Es ist das einzige Mittel, das einmal den gesunden Instinkt unseres Volkes zur Reaktion gegen diese Priesterherrschaft treiben wird. Die Dürftigkeit der „katholischen Wissenschaft" ist bereits heute so groß, daß sie nicht einmal auf dem Gebiete der Theologie mehr Früchte zu treiben vermag. Mit der Naturwissenschaft lebt sie in einem prinzipiellen Krieg: in der Geschichte nährt sie sich von mehr oder weniger geschickt arrangierten Advokaten-Kunststücken. Madonnen-Erscheinungen, heilige Wässer, geweihte Medaillen, Teufelsaustreibungen, stigmatisierte Jungfrauen, Freimaurer-Enthüllungen sind ihre Lieblingsobjekte. In der Philosophie bin ich schon vor 25 Jahren von einem Gelehrten examiniert worden, der die Unfehlbarkeit des Papstes mit Gründen der Metaphysik bewies.

Einige wenige Namen, Willmann, Denifle, Pastor halten mühsam die schmale Brücke des Zusammenhanges mit der wahren Wissenschaft aufrecht: unser Schade wird es nicht sein, wenn sie einmal ganz einbricht. Auch von der Wissenschaft, nicht bloß von der Religion gilt der Spruch: Gott läßt sich nicht spotten. Der Fluch, den die römische Kirche einmal auf sich lud, als sie Galilei zum Widerruf zwang, lastet auf ihr fort und fort und wird nie wieder von ihr genommen werden.

Jede Gewaltmaßregel des Staates verstärkt das Ansehen der Hierarchie beim Volke: sich selbst überlassen, wird ihre innere Armut erst den gebildeten Teilen und dann auch breiteren Schichten der Bevölkerung offenbar werden. Ich knüpfe damit an an einen Gedanken, den es mir vor Jahren schon gelungen ist, zur That werden zu lassen: ich meine das Gesetz, durch das die Parität zum ersten Male durchbrochen wurde, indem es die katholischen Theologen von der Wehrpflicht befreite und die protestantischen nicht. Fahren wir auf dieser

Bahn fort: je weiter die katholische Geistlichkeit sich von den nationalen Institutionen und von der nationalen Bildung entfernt, desto mehr muß sie allmählich die Fähigkeit verlieren, mit der Nation zu empfinden, und nur wer mit der Nation empfindet, vermag auch über den nationalen Geist eine Herrschaft auszuüben.

Deutschland steht vor großen Entscheidungen. Es nützt nichts, sich in Vermutungen und Weissagungen zu ergehen, in welche Prüfungen die konfessionelle Spaltung noch einmal unser Volk stürzen wird: in diesem Augenblick sind wir in der Lage, daß das Zentrum für ein ordnungsmäßiges, konstitutionelles Regiment in Deutschland nicht zu entbehren ist. Der modus vivendi, der durch den Abbruch der Maigesetzgebung allmählich geschaffen wurde, muß fortgebildet werden. Es handelt sich darum, Formen zu finden, die die Gefahr des konfessionellen Konflikts für Deutschland in der Zukunft nicht vermehren, sondern vermindern: Konzessionen zu machen, von denen wir hoffen dürfen, daß die innere Überlegenheit der protestantischen Bildung, die ja unermeßlich ist, sie einmal zu unseren Gunsten wendet.

Es ist eine sehr äußerliche Auffassung, die die Macht nach der Ausdehnung der Funktionen mißt. Wir haben einen Fall in der nächsten Nähe, wo eine äußerliche Konzession das Gegenteil der Absicht bewirkt hat. Die Zivil-Ehe ist eine Errungenschaft des Liberalismus: man hoffte von ihr eine Minderung des kirchlichen Einflusses. In Wahrheit hat nichts den kirchlichen Einfluß so sehr gestärkt, die ernste Auffassung vom Wesen der christlichen Ehe erneuert, als die Einführung der staatlichen Eheschließung und die völlige Freigebung der kirchlichen. An dieses Beispiel halte man sich, wenn es jetzt umgekehrt gilt, mit dem Ultramontanismus zu paktieren: man gebe ihm, was er will, an den Stellen, wo wir sicher sein dürfen, daß sein eigener Wille ihn in die Wüste führt. Der Vorschlag des Grafen Hoensbroech ist ein Fingerzeig, der, wenn unsere leitenden Staatsmänner ihn verstehen, von der höchsten Bedeutung für die Zukunft Deutschlands werden kann.

Das Wilhelms-Denkmal.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 88, Mai-Heft 1897.

Zu den wohlthuenden Erscheinungen in dem Chaos unangenehmer Eindrücke, mit denen die Gegenwart ein deutsches Gemüt bedrängt, habe ich in unserer vorigen Monats-Betrachtung das Begassche Kaiser Wilhelm-Denkmal gerechnet. Soviel ich sehe, ist das auch allenthalben der erste Eindruck bei der Enthüllung gewesen: er wurde noch verstärkt dadurch, daß man eigentlich nichts Gutes erwartet hatte. Die Kritik hat ihrer Zeit die Entwürfe sehr abschätzig behandelt, Idee, Komposition, Ausführung und Dimensionen bekämpft und den Platz prinzipiell verworfen. Man war also erstaunt und erfreut, daß so vielerlei Besorgnisse nicht in Erfüllung gegangen und durch die That widerlegt schienen.

Sehr bald aber hat die Kritik wieder die Oberhand behalten und ist mit solcher Energie aufgetreten, daß ich mich gedrungen sehe, mein Urteil zu verteidigen und zu begründen.

Ich gebe zunächst die Hauptsätze einiger der Kritiken, die mir besonders aufgefallen sind, wieder.

Ferdinand Avenarius sagt im „Kunstwart“:

„Da steht es nun, eine Art von Vorbau vor dem Schloß, von keiner Stelle als von den Schloßfenstern aus gut zu sehen, ungroß und uneinfach, beinahe stumpfsinnig im Wiederholen derselben abgebrauchten Motive, kunstgewerblich, wo monumentale Kraft am Platze, in seinem Besten von theatralischem Schwunge, grundfremd dem Geiste nach ihm, den es feiern soll und der vor allem eine würdige Mitehrung der Männer gewünscht hätte, die ihm halfen, ja, die ihn leiteten, als Ganzes ein Prachtstück etwa à la Louis XIV. Was hilft's diesen Thatsachen gegenüber, daß manche Einzelheit sehr schön

herausgekommen ist, weil ja doch Begas in der That ein Meister wenigstens im äußerlich Formalen ist? Was ist denn bei einer solchen Aufgabe mit kalter äußerer Schönheit gethan? Wie wird man in hundert Jahren über dieses sogenannte Nationaldenkmal denken? Man wird nicht der Zeit Wilhelms I. zum Vorwurf machen, daß keine Größe darin ist."

Etwa in demselben Ton urteilt ein Anonymus „Azo" in der „Nation" (Nr. 27):

„Oben sitzt in nicht übler Porträtähnlichkeit Wilhelm I.: sein Porträtkopf ist auch das Einzige, was an seine Zeit erinnert, an jene ernste vergangene Zeit großer Kämpfe, harten Ringens, langsamen Fortschreitens und schließlicher Erfüllung, an jene Zeit des Aufbauens, die keine Überhebung kannte und die sich weder durch die theatralische Pose noch durch das theatralische Pathos eine Größe anschminkte, die ihr nicht eigen war. Sie hatte das nicht nötig. Zwischen einer Reihe genialer Menschen stand Wilhelm I. mit dem nicht geringen Verdienst, jene in ihre Stellungen gebracht und ihnen die Möglichkeit der Wirksamkeit eröffnet zu haben. Ein Monarch an der Spitze eines Staates wie Preußen wirkt mit seinem großen Einfluß wie ein Magnet: die tüchtige, sachliche, nüchterne, kluge Natur zieht die tüchtigen, sachlichen, klugen Naturen an, auch wenn sie gesteigert sind bis zur Genialität und bringt sie zur Entfaltung. Das that Wilhelm I.

Jener Wilhelm I. auf dem Denkmal hat neben sich ein hübsches schlankes Mädchen, leider mit recht steifen Beinen, die sein Pferd führt: man nennt sie einen Genius. Wilhelm I. auf dem kraftvoll und kühn vorwärtsschreitenden Pferde ist das beste des ganzen Denkmals, aber dieses Beste in seiner realen, wenngleich für den Dargestellten der besonderen Charakteristik ermangelnden Natürlichkeit erhält sofort einen Stich ins Ballethafte durch die Pferdeführerin, die nur dekorativ wirkt und wirken soll; und die als Dekoration doch auch gleichzeitig Wilhelm I. herabdrückt: denn nicht er reitet dem Siege und Triumphe entgegen, sondern sein Pferd wird dem Triumphe entgegengeführt und geleitet. Das ist eine unbeabsichtigte erzene Ironie, und so bezeichnend bei einem Denkmal, das Größe und Eindruck durch Pomp und durch malerisch-theatralische Gruppierung, aber nicht durch eine zur Monumentalität gelangte Charakteristik eines Mannes und seiner Art und seiner Zeit zum Ausdruck bringt.

Und diese Mischung findet sich überall am Denkmal wieder: das Ziel ist nicht die tiefere Charakteristik: das Ziel ist die malerische Wirkung, aber auch diese malerische Wirkung gelangt nicht zu einer schönen und wirkungsvollen Gesamtentfaltung: sie zerstiebt in lauter Einzelheiten: sie zerstiebt in Einzelheiten, die in den Linien auseinander fallen, und sie zerstiebt in Einzelheiten, die in ihrem Charakter gegeneinander schreien.

Dieses Denkmal ohne Gesamtwirkung ist auch ohne Stil in höherem Sinne; meisterhaft zum Teil in der Technik, interessant in vielen Einzelheiten: eine Schöpfung, die ein ungewöhnliches Können zeigt, aber alles Können ist nur angewendet, um eine äußerlich pomphafte Wirkung zu erzielen.

Ein Theaterarrangement ohne echteren Wert und dem zugleich die große theatralische Gesamtwirkung fehlt.

Als Dekadence in der Kunst bezeichnet man es, wenn mit den kleinen Mitteln des Pompes und der Geschicklichkeit das Unvermögen, große Aufgaben zu lösen, verschleiert wird.

Als Dekadence in der Kunst bezeichnet man es, wenn für diese Verschleierung die virtuose und geistlose Mischung gegeneinander schreiender Stilarten zu Hilfe gerufen wird.

Als Dekadence in der Kunst bezeichnet man es, wenn die Form in ihrem Detail interessant geblieben ist, und wenn das Interesse schließlich doch nur der virtuosen Geschicklichkeit gelten kann.

Die Aufgabe, die gestellt war, ist an jener Stelle, auf jenem Raum und bei jener Umgebung überhaupt nicht zu lösen gewesen. Das ist oft genug gesagt worden: aber die Verantwortung trägt doch schließlich nur der Künstler, der es mit seinem künstlerischen Gewissen vereinbar fand, das Undurchführbare gleichwohl in Angriff zu nehmen.

Man kann in diesem Denkmal die instruktivsten Beobachtungen machen. Je nachdem man seinen Standpunkt wählt und je nachdem das Denkmal alsdann einen andereren Hintergrund erhält, vermindern sich für das Auge die Größenverhältnisse des Ganzen und jedes einzelnen Teiles. Bald sinkt die Säulenhalle zur Unbedeutendheit zusammen: bald das Denkmal; bald ist Wilhelm I. hoch zu Roß zusammengeschrumpft, und ein Löwe steht in riesiger brutaler Größe vor dem Beschauer; bald ist die eine Quadriga mächtig und die andere winzig oder umgekehrt.

Und dieser schwankenden Veränderlichkeit der Größenverhältnisse entspricht es, daß das Denkmal, von wo man es auch betrachtet, fast stets als Fragment erscheint: die ganze Anlage schiebt sich bald auf diese, bald auf jene Weise ineinander: sie verdeckt sich gegenseitig; von hier aus sieht man die Spitzen von ein paar Adlerfittigen spitzig in die Luft ragen, ohne daß man den Körper des Adlers zu erblicken vermöchte, von dort aus sieht man eine sich bauschende Fahne, ohne die Viktoria, die sie trägt, mit dem Blick erhaschen zu können; oder man sieht einen Löwenschwanz ohne den dazu gehörigen Löwen; oder einen Menschenkopf über einer Balustrade, ohne den Leib dazu. Das ist nicht eine unglückliche Einzelheit, sondern das ist ein immer wiederkehrender unglücklicher Augenblick: dies zeigt, wie alles nur für sich besteht und aus der Gesamtwirkung herausfällt.

Noch weit schlimmer ist die Barbarei, die in der theatralischen Zusammenschweißung von widereinanderschreienden Elementen der Kunst besteht. Wenn jemand in ein zartes Flötenkonzert plötzlich mit Trommelwirbel und Paukenschlag hineinführe, so würde sich alle Welt die Ohren zuhalten: aber vor die auf Kugeln preziös balancierenden beflügelten Genien an den abgestumpften Ecken des Denkmals durfte Begas mächtige zähnefletschende Löwen hinsetzen, die den auf die länglich zarten, idealen Göttinnen blickenden Betrachter mit realistisch schreckhaftem Menageriegebrüll anfallen.

Solche Löwen können schön sein, und sie sind es hier; solche Genien können auch schön sein: sie sind es hier weniger: aber zu solcher Zusammenstellung von leibhaftiger Menagerie und ätherischem Olymp kommt nur der, dem das eine und das andere nichts als theatralisch leere Form und ein Spielen mit der Form ist. Tiefere Künstler, denen die Form ein lebendiges Leben ist, können nicht zu einer solchen Entgleisung des Geschmacks kommen, und sie stellen nicht die brutalste packende Realistik leibhafter, wild brüllender Löwen vor den die Lyra zart berührenden Genius. Da hört der Geschmack auf und die Barbarei fängt da an.

Dieser ganze Aufwand von Pferden und Löwen und Adlern und Menschen und Menschenleibern und Trophäen wirkt nur wie eine Häufung von G e n r e m o t i v e n, die im Detail vielfach reizvoll, in der Technik vielfach vollendet sind, und die Steigerung dieser einzelnen Genremotive ins Kolossale und ihre Massenhaftigkeit zeigt die innere

Leere der gegebenen Aufgabe gegenüber. An innerem Wert ist es eine Ballettapotheose aus Stein und Erz.

Der Entwurf schon gab zu vielen Bedenken Anlaß: die Wirklichkeit zeigt, daß Begas, der ausgezeichnete Techniker, der als Porträtbildhauer und im engen Gebiet des Genre so Hervorragendes leistet, dieser monumentalen Aufgabe gegenüber unterlegen ist."

In der „Zeit" hat R. Neubauer, in der „Welt am Montag" Heimann, anderswo andere, ganz Ähnliches geschrieben. Neubauer schätzt in Begas einen vielfach begabten Künstler, der die Mitlebenden um mehr als Haupteslänge überrage. Aber vor dem Heroischen stutze er. Die Kraft werde bei ihm zum Pathos. Dem Denkmal fehle das Monumentale. Es sei nicht groß in der Gesamterscheinung: es biete bloße Einzelheiten ohne wahre Einheit: dekorative Wirkung. Heimann spricht von „der Freude an dem schönen Ganzen". „Aber," fährt er fort, „auch diese Schönheit des Ganzen, was ist sie? Es ist die Schönheit eines Festzuges oder der Gruppen auf einem Kostümball, oder einer Parade oder einer rhetorischen Glanzleistung."

Diese Besprechungen, in etwas gereiztem Tone vorgetragen, spiegeln wohl auch etwas die allgemeine politische Verstimmung. Wenden wir uns deshalb zu einer anderen, die in dem vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Zentralblatt der Bauverwaltung" erschienen ist. Hier heißt es:

„Betrachten wir zunächst die Denkmalsanlage als Ganzes und hinsichtlich ihrer Stellung im Rahmen des Platzbildes, so ist zuvörderst freudig anzuerkennen, daß man der außerordentlichen Schwierigkeiten, die die gewählte Denkmalstelle bot, in den Grenzen des Erreichbaren Herr geworden ist. Insbesondere dürften die Befürchtungen widerlegt sein, daß das Denkmal dem Schlosse zu nahe stehen würde. Der Abstand — etwa 46 Meter von der Front des Eosanderschen Portales bis zur Mitte des Reiterbildsockels — genügt vollauf, um gute Standpunkte für die Betrachtung der Anlage zu gewinnen. Auch der Maßstab des Ganzen im Vergleich zum Schlosse erscheint getroffen: mit welchen Nachteilen die zur Erreichung dieses Einklanges notwendige Steigerung der Standbildhöhe verbunden ist, bleibt eine andere Frage. — Gewährt also die Vorderansicht, und zwar auch was das Verhältnis des eigentlichen bildnerischen Denkmals zu seinem architektonischen Hintergrund anlangt, von allen Rich-

tungen her über Erwarten befriedigende Bilder, so ist auch für den Anblick der Rückseite das Mögliche geleistet. Unzweifelhaft liegt ja hier die Schwäche der Gesamtanlage. Der Denkmalbau rückt der ihm gegenüberliegenden Ufermauer, der Bauakademie, überhaupt den in westlicher Richtung befindlichen Anlagen zu nahe: von der Schloßbrücke her sitzt er nicht gut vor seinem südlichen Hintergrunde, abgesehen davon, daß sich die Halle und ihr bildnerischer Schmuck mit den sichtbar werdenden Teilen des Standbildes hier nicht glücklich überschneiden. Es fehlt eben die unmittelbare Deckung der Rückseite durch große Baumbestände u. dergl. mehr, auf die eine derartige Anlage angewiesen ist, um zu voller, ruhiger Wirkung zu gelangen. Immerhin hat man sich mit diesen Schwierigkeiten, mit der Anforderung, daß der den Denkmalhintergrund bildenden Architektur doppelte, ja vierseitige Front gegeben werden mußte, in meisterhafter Weise abgefunden. Und zwar beruht der glückliche Wurf, mit dem dies gelungen ist, vornehmlich in der Gestaltung des Hallen-Grundrisses. Durch seine Gliederung in ein längeres, dem Wasserlaufe zugekehrtes, gerades Mittelstück und zwei mit diesem durch viertelkreisförmige, nach innen gekrümmte Zwischenhallen verbundene pavillonartige Seitenteile ist eine Umrißform gewonnen, durch die der sich dem Denkmale auf den westlichen Hauptzugangswegen nähernde Beschauer einer Architektur gegenübergestellt wird, die selbständig und abgerundet genug behandelt ist, um die Rückseite zunächst vergessen zu machen.

Über dem dergestalt kräftig bewegten Grundrisse erhebt sich auf dem aus dem Wasser aufragenden grauen Sandsteinunterbau die im Anschluß an die Westfront des Königsschlosses in reicher Barockarchitektur entworfene Säulenhalle. Ihr gerades Mittelstück bietet freiere Durchblicke zwischen den jonischen Säulenpaaren, während die seitlichen Teile durch die geschlossenen Massen der an jedem Grundrißknick angeordneten Flachnischenpfeiler und durch die sich hier ergebenden Überschneidungen dem Ganzen Kraft und festen Halt geben. Dem reichen, fließenden, aus dem Grundrisse entwickelten Wechsel der Aufbauerscheinung gesellen sich tadellose Verhältnisse und formvollendete Einzelheiten, und die feinen gelblichgrauen und goldigen Farbentöne des edlen Warthauer- und Heuscheuer Sandsteines verleihen der Architektur warmes Leben.

Durch die Umgebung ist das von Begas im wesentlichen eigen-

händig geschaffene eigentliche Kaiserdenkmal vorbereitet, das sich am vorderen Rande der Plattform erhebt, leuchtend in seiner ganzen Pracht, mit all seinen bedeutenden Vorzügen, aber doch auch — wie das Licht nun einmal nicht ohne Schatten ist — nicht frei von mancher befürchteten Schwäche. Die Ausführung weicht in der Gesamtanordnung von dem Modelle von 1893 nicht ab. Die Auffassung des Denkmals war durch die Aufgabe von vornherein bestimmt. Diese Aufgabe forderte ein „Nationaldenkmal", also auch für das Kaiserbild selbst mit seinem unmittelbaren Zubehör eine erheblich über den Rahmen des Porträtstandbildes hinausgehende Schöpfung, die des bereichernden und den weitergefaßten Gedanken erklärenden Beiwerks und vor allem des sehr bedeutenden Maßstabes nicht entraten konnte. Erhebt sich das Denkmal doch zu einer Höhe von mehr denn 20 Meter über dem Fußboden, wovon etwa 9 Meter auf das Reiterbild allein entfallen! In solcher Höhe den Kopf des Kaisers noch bildnismäßig verinnerlicht und durchgeistigt zur Geltung zu bringen, war nicht möglich: er mußte, wie die ganze Gestalt, mehr in äußerlich großen Zügen, gewissermaßen dekorativ behandelt werden und damit war Begas gezwungen, sich einer seiner größten Stärken, seiner von kaum einem anderen erreichten Bildniskunst zu begeben. Dieser Verzicht war es wohl, der den ja auch im vollen Einklange mit der ganzen Denkmalauffassung stehenden Gedanken nahe legte, den in allen Äußerlichkeiten realistisch behandelten kaiserlichen Reiter dadurch zu idealisieren, daß ihm die palmentragende Siegesgöttin beigesellt wurde, die das ruhig dahinschreitende Roß des verklärten Helden dem Schlosse seiner Väter zulenkt. — Die Gruppe hat außerordentliche Schönheiten und darf den bedeutendsten Werken des Meisters zugezählt werden. Einige nebensächliche Ausstellungen, die an dem, einem Leibrosse des regierenden Kaisers nachgebildeten Pferde gemacht werden, können nicht ins Gewicht fallen. Von bezwingender Anmut ist die schwebenden Ganges neben dem Rosse einherschreitende Siegesgöttin, sind die geflügelten, den Ecken des Sockels vorgestellten Genien, sind Einzelheiten aus den köstlichen Darstellungen, die an der Südseite des Postaments die Segnungen des Friedens versinnbildlichen. Und neben dieser Fülle weiblichen Liebreizes, welche markige, männliche Kraft in den prachtvollen Löwen, die sich, als Wächter des Denkmals auf den übereck aus dem Stufenunterbau vorgeschobenen Granitsockeln aus Kriegsgerät

und starrendem Waffenwerk aufrichten! Aber dennoch, all diese Schönheit, all dieses in realistisch-malerischer Bewegung sprudelnde Leben ist nicht dienstbar gemacht denjenigen Kunstgesetzen, die für ein Denkmal solchen Ranges gefordert werden müssen. Die Anmut ist geschmeidige Grazie, die männliche Kraft ist lautes Pathos geworden, und so hohe Bewunderung das in vieler Beziehung so herrliche Werk verdient, das man zutreffend einen stolzen, machtvoll gen Himmel steigenden Siegeshymnus genannt hat, eins fehlt ihm, das ist die ruhige, ernste architektonische Gebundenheit, die tiefe, denkmalmäßige Strenge, die wirkliche Monumentalität. Die geflügelten Huldgöttinnen, am Modell von 1893 doch noch in festerer Geschlossenheit mit dem Standbildsockel verbunden, schweben jetzt Blumen streuend und Kränze niederlegend in reizendster Bewegung von diesem hinweg oder suchen mit fast ängstlicher Gebärde Halt an ihm zu gewinnen auf ihrem unsicheren Standorte; die Jünglingsgestalten an den Langseiten des Denkmals, die den Krieg und den Frieden versinnbildlichen, sie sind mit ihren Riesenleibern, nicht im geringsten architektonisch vorbereitet, unmittelbar auf den Denkmalstufen gelagert, denen Abmessungen gegeben sind, wie sie eben für den Fuß des gewöhnlichen Sterblichen passen: und die Löwen auf ihren zerfetzten, stachlichten Trophäen — man vergleiche sie mit den Denkmalwächtern bei verwandten Aufgaben der Antike, um zu erkennen, was ihnen bei oder vielmehr infolge aller ihrer realistischen Schönheit fehlt, um „wie in Erz gegossen“ zu sein. Die Größe des Maßstabes bessert bei alledem nichts, im Gegenteil, gerade sie ist es, in deren Verhältnis zum Inhalt und zur Zweckbestimmung hier der Mangel an Monumentalität wesentlich mitberuht.“

Wenn man es recht betrachtet, so stimmt das „Zentralblatt“ mit den vorhergehenden Kritikern sachlich überein. Temperament und Stimmung sind entgegengesetzt, aber die Substanz des Urteils ist so sehr dieselbe, daß sogar vielfach dieselben Worte wiederkehren: schöne Einzelheiten, aber Mangel an Monumentalität, Pathos statt der Kraft, malerisch, dekorativ. Wenn die erstaufgeführten Kritiken noch von „theatralisch“, „Pomp“, „Pose“, „Kunstgewerbe“, „Genremotiven“, endlich, „Balletapotheose aus Stein und Erz“ sprechen, so sind das nur höher potenzierte Ausdrücke und hindern die Kritiker nicht, mit diesen leidenschaftlichen Ausbrüchen doch auch wieder anerkennende

Worte für Schönheiten im einzelnen zu mischen. Nach allem scheint es zuletzt von der subjektiven Grundstimmung abzuhängen, mit der der einzelne an das Denkmal herantritt, ob er sich mehr diesem oder jenem Gesamturteil anschließen will.

Daß die Raisonneurs aber in ihrer Abwägung von Lob und Tadel nicht so durchaus im Recht sein können, empfindet man sofort, wenn man dieses Nationaldenkmal mit dem analogen Werk der Epoche Wilhelms I. selbst vergleicht — der Siegessäule. Die Kritiker haben sich gehütet, diesen Vergleich zu ziehen. Die Tonart wäre sofort eine ganz andere geworden. Neben dem Ungetüm auf dem Königsplatz ist das neue Werk sicherlich eine Perle des Geschmacks und weist nicht auf Dekadence, sondern auf frische, kräftig pulsierende Kunsttriebe.

Alle die Herren, die jetzt so harte und zornige Worte über die Begassche Schöpfung gebraucht haben, würden doch nicht umhin können, dieses Zugeständnis zu machen und damit ist die Wucht des Angriffs eigentlich schon gebrochen und man ist nicht mehr weit von dem bei aller Reserve freudig anerkennenden Urteil des „Zentralblatts".

Ich glaube aber, es läßt sich für die Beurteilung des Begasschen Werkes noch ein festeres Fundament gewinnen als ein Wohlwollen, das erzeugt ist durch die Betrachtung, daß es jedenfalls noch schlechtere Nationaldenkmäler giebt als das jüngst enthüllte.

Alle Kritiker, auch der freundlichstgesinnte, sind darin einig, daß dem Monument die Monumentalität fehlt. Mehr oder weniger ausgesprochen suchen sie den Grund dafür in der Person des Künstlers und seiner Begabung. Suchen wir einmal, ob er nicht auch in der Sache zu finden ist.

Wir gehen dabei am besten aus von noch einer anderen Kritik, die einer unserer ersten Historiker und zugleich ein feiner Kunstkenner, Professor Erdmannsdörffer in Heidelberg, über das Denkmal ausgesprochen hat. Er hat den politischen Maßstab angelegt und vermißt eine Erinnerung an den großen Kanzler und den großen Feldherrn. Kaiser Wilhelm selbst, meint er weiter, habe die Trias Bismarck Moltke Roon immer neben sich gesehen, er habe das Werk seines Lebens niemals als sein ausschließliches persönliches Verdienst angesehen. Er sei keine einsam ragende Größe gewesen, wie Friedrich der Große. Selbst diesen aber hat man mit seinen Paladinen zusammen dargestellt.

Ich erwidere auf diesen Einwurf: wie stellt man sich eine Kombination Kaiser Wilhelms mit seinen Paladinen vor? Zunächst ist schon die Frage: wer soll zu den Paladinen gerechnet werden, kaum zu beantworten. Erdmannsdörffer selbst hat geschwankt, indem er einmal nur den Kanzler und den Feldherrn, das andere Mal die Trias nennt. Darf man aber Roon, bei aller Anerkennung seiner Verdienste, mit jenen beiden andern in eine Reihe stellen? Wenn Roon mitauftreten soll, müßte dann nicht gerechterweise wenigstens auch Blumenthal danebengestellt werden? Und dann würden sofort auch die beiden Prinzen-Feldmarschälle in Frage kommen. Wo ist da die Grenze? Auf der anderen Seite aber, kann man auch nur Moltke so einfach neben Bismarck rangieren? So groß Moltkes Leistung war, die Aufgaben Bismarcks waren doch unendlich schwierigere, Aufgaben, die an originaler Kraft, an Tiefe und Vielseitigkeit des Geistes, Zähigkeit zugleich und Geschmeidigkeit des Charakters unendlich viel höhere Anforderungen stellten, als es 1866 und 1870 die des Strategen thaten.

Vor allem aber, wie will man den Kaiser, sei es nun mit Bismarck, sei es mit Bismarck und Moltke, sei es mit Bismarck, Moltke und Roon zusammen gruppieren? Erdmannsdörffer erinnert an das Denkmal Friedrichs des Großen. Aber das Verhältnis dieses Königs zu seinen Paladinen war doch gerade das entgegengesetzte. Bei Friedrich zweifelt niemand, daß seine Generäle einfach auf den Sockel gehören. Man darf untersuchen, ob die Auswahl durchaus gerecht ist. Schwerin und Winterfeldt waren zweifellos viel bedeutendere Männer und haben auch den König viel näher gestanden, als etwa Zieten und auch Seydlitz, obgleich dieser letztere wirklich eine Art von Genialität hatte. Aber wie dem auch sei, diesen beiden hat das Geschick es vergönnt, den siebenjährigen Krieg zu überleben und bis zum Schluß an der Seite ihres Königs zu streiten: als die Lebenden haben sie auch neben den Prinzen Heinrich und Ferdinand von Braunschweig das Recht auf den Denkmalsplatz gewonnen. Im Geist des Ganzen kam es auch nicht so sehr viel darauf an, wer an die vier Eck- und Ehrenplätze gestellt wurde. Jeder einzelne ist das, was er ist, doch nur durch Beziehung auf den Heros, dem das Denkmal gewidmet ist und den der Sockel trägt.

Gerade die Analogie zu dem Friedericianischen Denkmal verbot

von vornherein irgend ein ähnliches Arrangement für das Wilhelms-Denkmal.

Wenn aber für Bismarck — denn auf ihn kommt es an — ein richtiger Platz an einem Wilhelms-Denkmal nicht zu finden ist, so folgt, daß überhaupt niemand außer dem Kaiser selbst auf dem Denkmal dargestellt sein durfte.

Hätte nun der Künstler seine Absicht auf eine monumentale Reiterstatue nach der Art des großen Kurfürsten richten sollen? Wiederum beweist die Analogie, daß das falsch gewesen wäre. Nicht etwa bloß, daß es schwerlich gelungen wäre, ein völlig würdiges Seitenstück zu dem Meisterwerk Schlüters zu schaffen, sondern wegen der fundamentalen Verschiedenheit in der Sache. Das deutsche Kaiserreich ist etwas anderes als das Kurfürstentum Brandenburg. Das deutsche Kaiserreich rivalisiert nicht mit dem Kurfürstentum, auch nicht in der Aufstellung eines Denkmals. Auch Kaiser Wilhelm rivalisiert nicht mit seinem großen Vorfahren. Das Kaiserreich ist der Nachkomme des Kurfürstentums, unendlich gewachsen an Macht und Pracht, aber doch bloß der Nachkomme. Ein richtig gedachtes Denkmal durfte also den großen Kurfürsten weder überbieten noch unterdrücken, noch ihm überhaupt ähnlich sein wollen, ebensowenig wie Friedrich dem Großen.

Jetzt können wir sofort auf den Kernpunkt des Problems, die originellste und eigentlich charakteristischste Erscheinung an dem ganzen Denkmal losgehen: es ist der Genius, der dem Kaiser das Pferd führt, oder noch richtiger ausgedrückt, es ist die Thatsache, daß das Roß des Kaisers von einem Genius geführt wird.

Obgleich ich sonst auf die Einzelheiten nicht eingehen will, möchte ich doch beiläufig die Behauptung Azos, daß der Genius „steife Beine" habe, zurückweisen: sie kann nur von der Übellaunigkeit eingegeben worden sein. Ganz im Gegenteil darf man sagen, daß dieser Genius wunderbar schön, leicht und glücklich gebildet und mit der Reiterstatue zusammen gruppiert ist.

Was aber bedeutet der Genius? Der eine nennt ihn eine Sieges-, der andere eine Friedensgöttin. Er trägt die Palme in der Hand: das ist das Symbol des Friedens. Was aber soll gerade ein Friedensgenius als Führer eines Kaisers, dessen Größe darin besteht, daß er aus drei blutigen Kriegen ein neues Reich hat erstehen lassen? Soll

er bedeuten, daß der Kaiser trotz seiner Kriege eine im Herzen friedlich und freundlich gesinnte Natur war? Ein solcher Gedanke mag wohlthuend mit anklingen, würde aber doch sehr unschicklich als entscheidendes Charakteristikum gewählt werden für jemand, der sich vor allem als Soldat fühlte. Azo in seinem Zorn erscheint es wie eine „unbeabsichtigte erzene Ironie", daß der Kaiser nicht selbst dem Triumph entgegenreite, sondern ihm entgegengeführt werde.

Weshalb Ironie? Ist es — richtig verstanden — nicht wirklich so gewesen?

Wer weiß, ob spätere Generationen, da schon die heutigen nicht recht wissen, wie sie den Engel nennen sollen, nicht kurzweg sagen werden, es ist der Genius Bismarcks oder es ist der Genius Moltkes, oder es ist die höhere Leitung ideell, die den Kaiser zu seinen unvergleichlichen Triumphen geführt hat und der er selbst in seiner menschlichen Demut nach seinem größten Siege den schönen Ausdruck gegeben hat: „Welche Wendung durch Gottes Führung!"

Man wirft vielleicht ein, so hat es der Künstler nicht gemeint. Ich weiß nicht, wie weit sich Reinhold Begas dessen bewußt gewesen ist und sich sein Wirken begrifflich klar gemacht hat; es ist nicht Sache des Künstlers, selber sein Kunstwerk zu kommentieren. Aber wie ist er denn dazu gekommen, den Genius, für den doch ein rechter Name nicht zu finden ist, mit auf das Denkmal zu stellen?

Er sollte ein Denkmal schaffen, das nicht bloß ein Denkmal für den Kaiser persönlich, sondern zugleich ein Nationaldenkmal darstellen sollte, mit anderen Worten, ein Denkmal für eine große Epoche, die durch Kaiser Wilhelm repräsentiert ist, aber sich nicht in ihm verkörpert. Keine Möglichkeit, aus diesem vornehm-schlichten Offizier, der unter allen Umständen in realistischer Porträtähnlichkeit erscheinen mußte, eine ideelle Heroenfigur nach Art des großen Kurfürsten zu meißeln. Es gab keinen anderen Ausweg, als durch irgend ein äußeres Mittel das Standbild aus der Reihe der konventionellen Reitermonumente herauszuheben und zur Konzeption eines originalen Kunstwerkes zu gelangen. Soweit führt die einfache historische Betrachtung. Das künstlerische Genie löste die Aufgabe durch die Kombination der Reiterstatue mit dem führenden Engel. War eine andere möglich? Ich weiß es nicht. Auch Begas hat sie erst allmählich gefunden: in seinem ersten Entwurf war sie noch nicht. Für uns genügt es, klar

zu machen, daß eine tiefere sachliche Begründung für die viel angefochtene Zusammenschweißung idealistischer und realistischer Motive thatsächlich vorhanden ist.

Man darf sogar den Gedanken noch eine Strecke weiter verfolgen.

Mit Notwendigkeit gehörte zur Regierung und zu der Person Kaiser Wilhelms, daß er sich durch den Genius anderer großer Männer ergänzte: dieselbe Notwendigkeit hat jetzt auch den Künstler dazu getrieben, ihm einen Genius an die Seite zu stellen. Was kommt es jetzt, wenn das wahr ist, noch darauf an, ob der Künstler sich diese oder jene Allegorie unter seinem Engel vorgestellt hat? Er hat, vielleicht ganz unbewußt und doch in dem Zuge der inneren Logik der Dinge gearbeitet.

Von hier aus ist nun die Anlage des ganzen Denkmals leicht zu verstehen.

Es ist zu groß, haben wir gehört, um eine völlige Einheit zu bilden; immer sieht man nur die Einzelheiten; die verschiedenen Motive und Stilarten widersprechen sich; es ist infolgedessen nicht monumental, sondern willkürlich, dekorativ, barock — lauter Einwände von einer gewissen inneren Berechtigung im einzelnen und doch im ganzen verfehlt. Deshalb verfehlt, weil jedes große Kunstwerk zu allererst das Recht hat, an sich selbst und seinem Zweck, seiner Aufgabe gemessen zu werden.

Ein „Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I." konnte gar nicht in sogenanntem „monumentalem Stil", sondern mußte groß, glänzend und prächtig, deshalb mit einer gewissen subjektiven Willkür und Phantastik, barock, gebrauche man auch den Ausdruck „dekorativ", angelegt werden. Nenne man es einen „rauschenden Sieges-Hymnus", nenne man es eine „Apotheose in Stein und Erz" — gerade das war es, was hierher gehörte und was der Künstler, der seine Aufgabe verstand, anstreben mußte.

Man sagt, die Pracht des Denkmals stehe in Widerspruch mit dem einfachen Charakter des Verewigten, der von innerer Bescheidenheit erfüllt war, wie er seinen alten Mantel austrug und in einer eisernen Feldbettstelle schlief.

Aber darf man einem einfachen Manne nicht ein prächtiges Denkmal setzen? Soll die Bescheidenheit darin ihren Lohn finden, daß sie nur ein bescheidenes Denkmal bekommt? Und liegt nicht auch zuletzt

eine gewisse persönliche Einfachheit darin, daß der Kaiser in seiner realistischen Generalsuniform durch diese Märchenwelt von Genien und Löwen reitet?

Man sagt, dem Denkmal fehle das Individuelle: statt der Porträt-Statue Kaiser Wilhelms könnte jede andere Monarchen-Figur hineingestellt werden, ohne daß eine Dissonanz entstände.

Versuche man einmal, sei es den Großen Kurfürsten, sei es den großen König, oder sei es Napoleon oder Cäsar auf dies Roß zu setzen, von diesem Genius führen zu lassen, mit diesem Hof von Löwen, Adlern, Viktorien und Riesen zu umgeben. Man fühlt sofort die Unmöglichkeiten, die entstehen, und der Widerspruch, der sich erhebt, ist ein hinlänglicher Beweis, daß dem Wilhelms-Denkmal ein starker individueller Zug eignet, nicht individuell in dem Sinne, daß einzelne Charakter-Eigenschaften des Kaisers oder seiner Zeit allegorisiert würden, sondern so, daß das Ganze einer Empfindung über ihn und seine Epoche Ausdruck verleiht.

Die höchste Lebensregel, die für den Menschen lautet: „bleibe dir selbst getreu", kann auch auf das Kunstwerk angewendet werden. Wo sie erfüllt wird, ist darum noch nicht jeder Anforderung, die überhaupt gestellt werden könnte, Genüge geleistet. Aber wer sich auf sie berufen kann, beendigt damit zum wenigsten immer die Debatte.

Die Idee eines Kaiser Wilhelm-Denkmals im großen Stil führt mit wohlzusammenhängender Konsequenz auf eine Lösung hin, wie wir sie in der Begasschen Schöpfung vor uns sehen. Wird nun auch von allen Seiten, auch von der mißmutigsten, zugegeben, daß sie voll der schönsten Einzelheiten ist, darf man da nicht einmal die Genugthuung genießen, sich für befriedigt zu erklären und freudigen Beifall zu rufen?

Constantin Rößler.

Geboren den 14. Nov. 1820. Gestorben den 14. Okt. 1896.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 78, November-Heft 1897.)

Ein Jahr ist es jetzt, seit wir Constantin Rößler begraben haben, den originalsten und anregendsten Mitarbeiter dieser „Jahrbücher", meinen unendlich verehrten väterlichen Freund. Längst, ich möchte sagen, schon als er noch unter uns weilte, habe ich es als meine Aufgabe empfunden und hat er es wohl selber so angenommen, daß ich ihm seinen litterarischen Nachruf zu schreiben hätte. Aber das Werk ist so schwer, sein Wesen war so vielseitig, tiefgründig, zart, daß ich immer wieder davor zurückschreckte. Fortwährend umging ich die Aufgabe im Kreise, um den Punkt zu finden, von wo ich diesen wunderbar komplizierten, edlen Charakter weiteren Kreisen begreiflich machen könnte. Manchmal hatte ich es schon aufgegeben, aber nicht bloß die persönliche Pietät, sondern auch das Bewußtsein, daß hier eine bedeutsame Erscheinung unseres Geisteslebens, eine charakteristische Figur des Deutschtums zu behandeln sei und der Nachwelt eine Spur davon erhalten werden müsse, hat mich immer wieder darauf zurückgeführt. Möge es mir jetzt gelungen sein, das rechte Wort zu finden und einen Widerhall von dem, was mich selbst bei dieser Erinnerung bewegt, in den Lesern dieser Blätter zu erwecken.

Rößlers Wesen ist zunächst mit den Worten zu bezeichnen: er war der Gelehrte als Politiker, genauer der deutsche Gelehrte als Berufspolitiker. Auch in anderen Ländern spielen Gelehrte als Politiker eine Rolle, aber der deutsche Gelehrte ist etwas anderes als der französische oder englische Gelehrte. Dieser ist in viel höherem Maße Weltmann, wie die Wissenschaft drüben sich in viel höherem Maße mit der allgemeinen Bildung identifiziert als bei uns. Bei uns ist

der Gelehrte etwas Spezifisches: bei jenen Völkern geht er über in den gebildeten Dilettanten, der sich auch einmal der Wissenschaft widmet. Dieser spezifische deutsche Gelehrte hat sich auch vielfach in der Politik bewegt, aber nicht berufsmäßig. Immer findet er den Mittelpunkt seines Wesens in seiner Forschung, nur ausstrahlend, auf den Grenzgebieten oder stoß- und zeitweise wirft er sich in die Politik. Von allen deutschen Gelehrten am meisten und längsten in der praktischen Politik hat wohl Gneist gelebt und darauf beruht seine außerordentliche Bedeutung: rein wissenschaftlich sind seine Leistungen, auch auf seinem Spezialgebiet, dem englischen Verfassungsleben, viel anfechtbarer, als meist geglaubt wird. Aber er potenzierte sie durch die mächtige praktische Wirkung, die er ihnen zu geben vermochte. Rößler wird in der Geschichte der deutschen Wissenschaft kaum eine Rolle spielen, sein Beruf war allmählich ausschließlich die Politik geworden, aber die praktische Wirkung, die er in diesem Beruf ausübte, beruhte darauf, daß er nicht etwa bloß ein ungewöhnlich gebildeter, ein ungewöhnlich kenntnisreicher Mann, sondern der deutsche Gelehrte war und blieb.

Als Sohn eines Geistlichen in Merseburg aufgewachsen (geb. 14. Nov. 1820), studierte er ursprünglich Theologie. In Halle waren seine Studienfreunde Albrecht Ritschl und Adalbert Delbrück, mit denen er die transscendentalen Probleme disputierte. Das Ende dieser Disputationen war, daß nur Ritschl bei der Theologie blieb: Delbrück wurde Jurist, später der Begründer des Bankhauses in Berlin, Rößler ging über zu Philosophie und Staatswissenschaften. Er habilitierte sich dafür in Jena, wurde auch außerordentlicher Professor; von Anfang an aber war nebenher die Politik gegangen. In Leipzig war er zu den Kreisen der jüngst begründeten „Grenzboten“ in Beziehung getreten, die Gustav Freytag und Julian Schmidt redigierten. Mit diesen, denen er sein Leben lang nahe befreundet blieb, hielt er trotz aller Enttäuschungen durch Friedrich Wilhelm IV. den Punkt fest, daß Preußen, allein Preußen die Zukunft Deutschlands sei, und als die neue Aera in Preußen endlich erschien, brach er (Ostern 1860) seine Lehrthätigkeit in Jena ab und ging ganz zur publizistischen Thätigkeit über.

Ich hörte den Namen Rößler zum ersten Male, ich muß sagen, ich stieß zum erstenmal auf ihn, als ich im Jahre 1871 aus dem Kriege zurückkam. Nicht bloß die Generation, der der Studiosus

Johannes Miquel einst angehörte, hat noch in den Idealen des Radikalismus gelebt: auch ich bin noch ganz in diesen Ideen aufgewachsen. Nur ein Unterschied fällt mir auf, wenn ich die Generationen vergleiche: bei der älteren ist schon soviel von Sozialismus und Kommunismus die Rede: davon habe ich eigentlich in jenen Jugendjahren noch nichts gewußt. Ich erinnere mich aus meiner ganzen Studentenzeit nur eines einzigen Kommilitonen, der sozialdemokratisch schwärmte und von mir verlangte, ich sollte die Schriften Lassalles lesen. Die politische Gesinnung, in der ich selbst und mit mehr oder weniger Temperament wohl die meisten damaligen Studenten lebten, hatte einen sehr geringen positiven Inhalt: sie war wesentlich negativer Natur, nämlich bestimmt durch den preußischen Verfassungskonflikt: Kampf gegen diese despotische Regierung, ungestümes Rufen nach Freiheit, Zorn über den Rechtsbruch, leidenschaftlicher Haß gegen den Mann, der der Träger aller Gewaltsamkeiten und Bosheiten war, Bismarck. Das positive Ideal war das nationale, das einige Deutschland. Darum doppelter Haß gegen die preußische Regierung und die deutschen Fürsten insgesammt, die das deutsche Volk verhinderten, das Ziel seiner Sehnsucht zu erlangen. Auch die monarchische Gesinnung war über diesem Kampf in die Brüche gegangen. Heute würde man glauben, die Säulen der sittlichen Weltordnung brächen bereits im allgemeinen Umsturz zusammen, wenn unter jungen, gebildeten Leuten Äußerungen verlauteten, wie sie damals über den würdigen König Wilhelm gang und gäbe waren. Völlig konsequent war diese Gesinnung freilich nicht. Unmittelbar neben dem unbestimmten Ideal einer demokratischen deutschen Republik standen die preußischen Erinnerungen: der alte Fritz, Leuthen, Roßbach, Schwerin mit der Fahne, die Reformer von 1807, Blücher, Belle Alliance, das sind Bilder und Namen, deren Zauberbann sich das Herz eines geborenen Altpreußen nie ganz entwinden konnte. Merkwürdig genug, daß Düppel und Königgrätz doch noch nicht imstande gewesen sind, diesen Empfindungen ganz das Übergewicht zu verleihen. Als ich 1867 nach Heidelberg kam und dort auf Preußen schimpfen hörte, da fingen wir zwar wieder an: „Ich bin ein Preuße" zu singen. Aber der in der Konfliktszeit aufgesammelte Haß war doch zu stark und bis zum Jahre 1870 lebte man in zwiespältigen und etwas schwankenden Stimmungen. Theoretisch überwog noch das demokratische Freiheitsideal, die Opposition,

wenn auch dieser und jener akademischer Lehrer, namentlich nenne ich eine Vorlesung, die ich bei Aegidi in Bonn hörte, starke Stöße dagegen führte. Erst die praktische Erfahrung des Krieges von 1870, mehr noch als der nationale Zusammenklang, die entgegengesetzte nüchterne Erfahrung des Biwaks und des Schlachtfeldes, daß der Enthusiasmus ohne die Disziplin und Autorität ohnmächtig sei, warf die überlieferten Begriffe endgültig um und postulierte einen Neubau.

Auf dem Zeitungslesezimmer der Universität in Greifswald fand ich, von einem Kommilitonen darauf aufmerksam gemacht, das Heft der Zeitschrift für preußische Geschichte, mit einem Aufsatz von Rößler „Graf Bismarck und die deutsche Nation“. Das war, was unsereiner damals brauchte. Eine ganz neue Gedankenwelt ging mir auf. Obgleich ich schon sechs Semester Geschichte studiert und geistreiche und bedeutende Männer gehört hatte, so trat mir doch hier zum erstenmal das Wesen der wahren historischen Auffassung im Unterschied von der Partei-Beurteilung der historischen Ereignisse lebendig nahe. Hier war aus einer Charakteristik der geistigen Kräfte des deutschen Staats- und Volkslebens heraus entwickelt, daß und warum Herr v. Bismarck, in dem ich früher nichts als den Geßler gesehen hatte, der Recht und Freiheit willkürlich und gewaltthätig unterdrückte, so und nicht anders hatte werden und handeln müssen. Der preußische Staatsgedanke, losgelöst und gereinigt von der entstellenden, gräulichen Übermalung durch die Feudal-Orthodoxen und ebenso streng geschieden von den verderblichen Bestrebungen der liberalen Opposition stand plötzlich strahlend und siegreich vor mir.

Als ich zwei Jahre später nach Vollendung meiner Studien nach Berlin kam, ließ ich mir von Aegidi etwas mehr von dem Manne erzählen, der einen so gewaltigen Eindruck auf mich gemacht. Er sagte mir, Rößler habe schon im Jahre 1859 eine Broschüre über Preußen und die italienische Frage geschrieben, von der man eine Zeitlang geglaubt habe, sie rühre von Herrn v. Bismarck her; dieser aber habe erklärt, sie sei nicht von ihm, aber was gesagt sei, sei ganz seine Auffassung.

Später hörte ich von Wilhelm Scherer erzählen, er sei in der Konfliktszeit einmal in Berlin gewesen, und da sei ihm Rößler auf der Straße gezeigt worden: das sei der wunderliche Mensch, der glaube, Bismarck werde es machen.

Erst heute aber, wo ich die älteren Schriften meines dahingegangenen Freundes durchsehe, da finde ich die dokumentarischen Beweise seines politischen Urteils. Im Anfang des Jahres 1862 schrieb er eine Broschüre „Die bevorstehende Krisis der preußischen Verfassung". Da heißt es zum Schluß, daß es vor allem darauf ankomme, daß das Richtige auch aus dem rechten Munde gesprochen werde. Drei Männer glaubt er in Preußen zu sehen, „deren Kraft, vom König an den richtigen Platz gestellt, sich den Glauben des Landes gewinnen werde": Georg von Vincke, General von Bonin und endlich . . . . .

„Seit lange beschäftigt sich die öffentliche Meinung mit dem gegenwärtigen Gesandten des Königs in Paris. Woher kommt diese Aufmerksamkeit, welche durch eine glänzende, dem Auge der Öffentlichkeit jedoch entzogene diplomatische Thätigkeit nicht erklärt werden kann? Herr von Bismarck hat früher der äußersten Rechten angehört, und wie geistvoll er als Redner die Sache seiner Partei geführt, als Anwalt derselben wird man in Preußen sich weder Anerkennung noch Vertrauen erwerben.

„Vor allem zwei Dinge richten die öffentliche Erwartung auf jenen Staatsmann. Es ist bekannt, daß er das echte Gefühl für die Ehre Preußens hat, und daß er die Politik dieses Staates auf die selbständige Kraft desselben stellen will. Beide Dinge sind etwas so Ungewohnliches gewesen unter denen, welche sich von jeher mit preußischer Diplomatie befaßt haben, daß sie eine außerordentliche Erwartung rechtfertigen. Die Zweifel welche sich gegen diese Erwartung auf den einstigen Parteistandpunkt des Herrn von Bismarck beziehen, sind leicht zu entfernen. Es kommt nur darauf an, daß den Deutschen die Gelehrsamkeit, welche sie bei so vielen Gelegenheiten zeigen, auch zur rechten Zeit einfalle. Hat nicht Pitt, der große Tory, als Whig begonnen und Fox, der große Whig, als Tory? Hat nicht Burke als Whig begonnen und Canning als Tory? War Peel, der Zerstörer der Torypartei, nicht zuvor ihr Führer? Und ist Palmerstons staatsmännische Jugend nicht einst die Hoffnung der Tories gewesen? Die Einseitigkeit eines Standpunktes überwindet eine zur Freiheit befähigte Natur am sichersten durch die Kraft, mit der sie sich in ihn hineinlebt.

„Herr von Bismarck hat einst erklärt, er wolle den Namen des

„Junkers“, wie vormals die holländischen Geusen den ihren, zu Ehren bringen. Er ist vielleicht nahe daran, sein Versprechen zu erfüllen. Ihm kann es auch gelingen, die Kräfte seiner ehemaligen Partei, wenn dieselbe einen der ihrigen als Führer des Staates sieht, von dem trostlosen Wege zurückzurufen, auf den sie sich jetzt verirren.“

Das ist geschrieben im Frühjahr 1862. Im Herbst desselben Jahres war Herr von Bismarck Ministerpräsident geworden, der Konflikt im Zuge, Provokationen hinüber- und herüberflogen, die öffentliche Meinung aufs Äußerste erregt. Rößler schrieb eine Broschüre „Preußen nach dem Landtage von 1862“ und hier lesen wir: „Eine Überzeugung müssen wir jedoch aussprechen, unberührt von dem Aufschrei des Widerspruchs, welchen sie hervorrufen wird. Wenn Herr von Bismarck der Regierung, an deren Spitze er steht, den Impuls zu einer kühnen, fortwirkenden, unwiderruflichen That in der deutschen Frage geben kann, so wird in wenig Tagen vergessen sein, was er noch heute und gestern gesprochen, gethan oder zugelassen hat. Dann ist es mit der Reaktion zu Ende, aber auch mit der Opposition. Unter anfänglichem Widerstreben wird lawinenartig durch die deutschen Provinzen der Ruf einer Nation sich fortpflanzen, welche durch das Reden zur Verzweiflung gebracht ist: der veränderte Ruf eines verzweifelnden Tyrannen, welcher angstvoll fragte: „Ein Pferd! Ein Königreich für ein Pferd!“ Die deutsche Nation wird jubelnd rufen: **„Eine Diktatur für einen Mann!“**

Die Broschüren, die diese lapidaren Sätze enthalten, sind anonym erschienen und wenige Menschen haben erfahren, wer der Verfasser war. Sie konnten auch, als sie erschienen, wenig Eindruck machen, denn wie viele gab es im Jahre 1862, die nicht lachten über die Vorstellung, daß der Junker Bismarck der nationale Held werden könne? Lachen — ist zu wenig: mit Zorn und Verachtung höhnten die Konservativen, die vom nationalen Staat nichts wissen wollten, ebenso wie die Liberalen, die in dem neuen Minister nichts als die Verkörperung der politischen Bosheit sahen oder ihn im besten Falle als einen blassen Renommisten verspotteten. Mit um so größerer Ehrerbietung lesen wir heute jene Sätze und bewundern den Mann, der nicht bloß den aufgehenden Stern Bismarcks so früh erkannte, sondern ihn auch sofort von dem trüben, abscheulichen Nebel, aus dem er auftauchte, der damaligen Kreuz-Zeitungs-Partei zu scheiden

und die Zukunfts-Empfindungen des deutschen Volkes vorauszusagen wußte. Jedes einzelne Wort rollt wie die Tropfen eines edlen Weines über die Zunge: „Gefühl für Preußens Ehre“, „unter anfänglichem Widerstreben“ „lawinenartig sich fortpflanzend“, „durch Reden zur Verzweiflung gebrachte Nation“ — „eine Diktatur für einen Mann“.

Auch im Original ist der letzte Satz in großen Lettern gedruckt, wie wir ihn hier wiederholt haben.

Was der Menge paradox erschien, war, wie denn das wohl öfter vorkommt, das wahre politische Verständnis. Die Wurzel dieses Verständnisses findet sich am besten von unserem Freunde selber an einer anderen Stelle ausgedrückt. Zur hundertjährigen Geburtstagsfeier Schleiermachers, 1868, schrieb er für den „Preußischen Staatsanzeiger“ einen längeren Artikel, „Friedrich Schleiermacher ein Preuße“. „Dieser Mann,“ heißt es hier im Eingang, „an dem die Ursprünglichkeit der Forschung im Gleichgewicht stand mit der Kunstform, die er allen Erzeugnissen seines Nachdenkens einprägte, war ein Kind Preußens, nicht nur durch Geburt, sondern durch Liebe, durch eine Liebe, deren Reinheit und Bewußtsein niemals übertroffen worden sind.“ Als Preußen 1806 zusammengebrochen war, schrieb Schleiermacher an einen Freund: „Außerdem, daß ich ein Deutscher bin, habe ich wirklich aus vielen Gründen die Schwachheit, ein Preuße zu sein: freilich geht meine Leidenschaft auf eine Idee von Preußen, welche in der Erscheinung vielleicht die wenigsten erkennen. Die Schicksale der Menschen mußt Du ein wenig im großen ansehen: sieht man zu sehr auf das einzelne, so wird man schwindlig wegen der Kleinheit der Gegenstände.“

Eine Idee von Preußen, die die gemeine Wirklichkeit nicht zu zeigen scheint, die man aber erkennt, wenn man die Dinge im großen ansieht — wie doch dieser Widerspruch immer von neuem, glücklicherweise allmählich mehr und mehr abgeschwächt in der Generationenfolge hervortritt!

Alle natürlichen Neigungen und Kräfte Rößlers vereinigten sich zu einem impulsiven Zusammenbrennen, als nach der Vollendung des einigen Nationalstaats der Kulturkampf ausbrach. Der alte Theologe in ihm war in dem Philosophen nie untergegangen: jetzt hieß es, die Staatswissenschaften als praktischer Politiker nach dieser Seite wenden und dem preußischen Staat Ziel und Wege weisen, um das richtige

Verhältnis zur Kirche zu finden. Er zog sich aus der Journalistik zurück und schrieb ein umfassendes Buch, „Das deutsche Reich und die kirchliche Frage", das, als der Kulturkampf auf seiner Höhe stand, im Herbst 1875, erschien. Den Inhalt dieses Buches zu referieren, ist unmöglich, denn es ist, wie Leopold Ranke dem Verfasser schrieb, „gleichsam eine Philosophie der vornehmsten Fragen, welche die Welt beschäftigen". Eine Vorstellung davon zu erwecken, will ich zunächst eine Reihe von Einzelheiten herausheben und nebeneinander stellen.

* * *

„Was in der Renaissance der künstlerische und gelehrte Enthusiasmus der Altertumsforschung geleistet hatte, nämlich den positiven Ersatz des Heiligen, das begannen seit dem Ende des 17. Jahrhunderts die beobachtenden Wissenschaften zu leisten."

„Wenn wir sagen, seit dem Untergange der Aufklärung hat sich kein neuer Glaube gebildet, so meinen wir: kein allgemeiner, kein nationaler Glaube. Aber es hat allerdings nicht gefehlt an großartigen Glaubensversuchen, nur daß keiner davon vermocht hat, dem Geist der Nation jenes dauernde Gleichgewicht seiner Grundkräfte zu geben, bei welchem allein ein Glaube die tiefen, mit dem Leben verwachsenen Wurzeln schlägt. Daß mehr als ein kühner Glaubensaufschwung die Nation nicht dauernd in seinen Flug reißen konnte, daß eine bedeutende Reihe solcher Versuche gescheitert, das ist eine weitere und schlimmere Signatur der Glaubenslosigkeit unserer Zeit."

„Der Glaube ist das Streben nach sittlicher Selbstgewißheit."

„Jedes dieser Systeme war eine Vereinigung der schwersten, scientifischen Untersuchungen mit einer eigentümlichen Erhabenheit der sittlichen Anforderungen. Aristokratisch waren diese Lehrgebäude, zugänglich, es ist noch zu wenig gesagt: für die Aristokratie der Menschheit, man müßte sagen: zugänglich nur den wenigen, die auf der Menschheit Höhen wandeln. Und wer in diese Gebäude dringen wollte, der mußte imstande sein, mit dem einen Fuß den Gipfel der Intelligenz, mit dem andern den Gipfel der sittlichen Gesinnung zu berühren und auf dieser doppelten Gipfelreihe dahin zu wandeln. Kants Kritiken, Fichtes Wissenschaftslehre, Hegels Phänomenologie und Logik sind die erhabensten Denkmale menschlicher Geisteskraft auf dem Gebiete rein intellektueller Untersuchung und Entfaltung. Die schwersten Forderungen

andererseits, welche der sittliche Geist an sich gestellt hat, wobei wir selbstverständlich absehen von den Ausschweifungen und Tollheiten der Askese, die mit dem sittlichen Geist nichts zu thun haben, die schwersten Forderungen also, die der Geist, in seinem Elemente verharrend, sich gestellt hat, sind Kants Rigorismus der Pflicht, Fichtes schöpferische Erhebung des Ich über die Sinnenwelt und Hegels Verwandlung der Geschichte mit ihren unermeßlichen Leiden und Kämpfen in den allgegenwärtigen Gottestempel durch die Reinigung und Erweiterung der durch die Macht des Denkens erlösten Seele."

„Strauß verdankte den Sieg nicht seiner Überlegenheit in der Sache, sondern der scholastischen Unbeholfenheit seiner Gegner und demnächst seiner eigenen Trivialität, die jedesmal der mächtigste Bundesgenosse ist, wenn ein geistiger Streit vor der großen Menge ausgefochten wird."

„Durch die aufeinanderfolgenden großen Gedankensysteme des philosophischen Idealismus waren die strebenden Geister in Deutschland und alles, was in die Schulen des Geistes sich ohne Beruf verirrte mit einem gewaltigen Stolze genährt worden, einem Stolze auf die Kraft des Geistes und den Beruf des Menschen, der sich in den kläglichen politischen Zuständen nicht die geringste Genugthuung durch eigene Leistungen und eigene Versuche geben konnte. Im praktischen Leben gab es nichts als banausische Beschränktheit, passiven Gehorsam und mechanische Verrichtungen. Man konnte die stolzen Gebäude der Theorie und der Dichtung nicht immer höher emportürmen. Die edelste Krone des Geistes in seiner Selbstverwirklichung ist die Praxis, der man die Fesseln verworrener Kümmerlichkeit nicht abnehmen konnte. Aus der grenzenlosen Unnatur dieses Widerspruchs entsprang eine Verzweiflung und ein Haß gegen den theoretischen Idealismus selbst." (Dreißiger und vierziger Jahre unseres Jahrhunderts.)

„Alles Esoterische wirkt nur langsam, indem es exoterische Früchte zeitigt."

„So geschäftig die Antiquare des Glaubens die Reliquien der nachreformatorischen Zeit ausgruben und aufputzten, einen Hauptzug derselben ignorierten sie mit wunderbarer Beharrlichkeit, als ob ihre Augen dagegen geblendet wären: den leidenschaftlichen Haß gegen den Katholizismus."

„Das Charakteristische des Glaubens ist der Antrieb zum Schaffen, das Charakteristische des Unglaubens ist die Zerstörung der Schaffens-

freudigkeit, die Leugnung des schöpferischen Berufes, das Zurückwerfen der Menschheit auf das unmittelbare Sein und den unmittelbaren Trieb, der Überdruß an der Vergeistigung des Daseins und endlich am Dasein selbst. Diese Stufen des Unglaubens entsprachen dem damaligen Zeitbedürfnis und sie fanden jede ihre Nahrung und ihre Konsequenz in der Lehre Schopenhauers."

„Wenn man den Menschen weiter nichts sagt, als was sie wissen, oder was so plan ist, daß sie sich einbilden, es gewußt zu haben, oder es selbst erfunden haben zu können, wird man wenig Ehre bei ihnen einlegen."

„Es ist völlige Unfähigkeit, das Christentum zu verstehen, wenn man es auf den Katalog der einzelnen Tugenden verhören will. Dieser Katalog wechselt, wie die Richtungen der menschlichen Thätigkeit, nach den Kulturepochen."

„Jeder Tag der Herrschaft des Christentums verkündet die Wahrheit der Auferstehung in dem Sinne nämlich, daß das Wirken seines Stifters jenseits des Grabes erst wahrhaft begonnen. Die Ansicht von Strauß, daß eine in halber Verzweiflung erfundene, blaß und widerspruchsvoll ausgeführte Dichtung achtzehn Jahrhunderte die Menschheit beherrscht habe und die Bedingung aller ihrer Gedanken über die höchsten Dinge geblieben sei, ist eine Blasphemie gegen den Geist der Menschheit, wie sie erniedrigender gar nicht gedacht werden kann. Man begreift, daß wer an die Abhängigkeit der Menschheit von solchen Zufällen und Einfällen glaubt, daß dem der Geist auf ein paar materielle, mehr oder minder übel und zufällig verbundene Zuckungen sich reduzieren kann. Der Glaube an die Auferstehung Christi ist in Wahrheit das Bewußtsein des Geistes von seiner ewigen Majestät."

„Hat unser Schriftsteller schon gehört von Leuten, die an das Quadrat glauben oder an das Einmal-Eins? Glauben im intensiven Sinne des Wortes heißt, aus der tiefsten Natur des Geistes heraus eine Gewißheit produzieren im Widerspruch mit der empirischen Wahrnehmung und im Widerspruch mit dem empirischen Verstand, der lediglich aus der ersteren schöpft. Aller Glaube, sofern er einen Widerspruch setzt, schafft ein Problem, dessen Lösung die Arbeit des Geistes im langen Zeitenlaufe bildet. Nur an Probleme kann der Geist glauben, und Probleme fordern die Anstrengung der unmittel-

baren Selbstgewißheit des Geistes heraus, die mit dem Wort Glaube im intensiven Sinne bezeichnet wird."

„Nicht die Musik allein macht den großen Tondichter, nicht die Herrschaft über den Pinsel allein macht den großen Maler, sondern der große Schwung der Seele, den der eine in Tönen, der andere in Farben ausdrückt."

„Nur die Staatsbildung, an welche die frischen, sittlichen Lebenstriebe der Bürger gebunden sind, ist von unzerstörbarer Lebendigkeit."

„Das Thema der Beethovenschen Musik und der Goetheschen Poesie ist dasselbe, es ist derselbe Gemütsstoff, derselbe Kampf und dasselbe Problem, dieselben Leiden und dieselben Entzückungen. Aber der Buchstabe der Poesie erstarrt oft auf lange Zeit und wird nur in gewissen Stunden vielleicht nur immer wenigeren Bevorzugten lebendig. Die Musik trägt diese Bewegung eindringlich, mächtig, fortreißend einher und überwältigt das Gemüt des Hörers. Es ist die Gestalt der Religion, welche unsere Zeit einstweilen allein noch besitzt, das unbestimmte gewaltige Herausstreben aus Druck und Angst, aus Niedrigkeit und geistiger Verlorenheit, zu ungeglaubten Geheimnissen, von denen das Gemüt sich gleichwohl nicht losreißen kann, ohne in Verzweiflung und Selbstverachtung zu verfallen."

„Diese Zeit, ungeistlich, weil sie die Einheit des geistigen Lebens verloren hat; unchristlich, weil das Christentum in ihren Kirchen entweder wie eine leblose Antiquität oder als ein sinnenberückendes Herrschaftsmittel gehegt wird: von skeptischen und blasierten Anschauungen erfüllt, einem praktischen Materialismus ergeben, und dann wieder naturphilosophische Träume auf materialistischer Basis übereinander häufend und diese Träume zur Bestätigung bald ihrer Blasiertheit, bald ihrer Genußsucht und ihres Egoismus verwendend, bald zur Beruhigung des Restes von theoretischem Idealismus, der ihr noch geblieben: die nur noch aus dem Segen der Töne, in dem sie bald ein Sinnen-, bald ein Verstandesspiel sehen will, das Wesen und Wirken einer geistigen Welt in überzeugender Gegenwart fühlt — diese Zeit sieht sich plötzlich vor eine Aufgabe religiöser und kirchlicher Gestaltung gestellt, wie seit den Tagen der Reformation dem deutschen Volke keine vorgelegen."

„Kirche und Laienwelt, ecclesia und saeculum, bilden wie immer in Wahrheit eine und dieselbe Zeit. Wie die Theologie den toten

Stoff der Dogmen als angebliches Gefäß der Wahrheit in ihren Schreinen verwahrt, so findet die weltliche Wissenschaft nur toten Stoff. Im einzelnen wird überall viel zusammengetragen, viele Teile werden herbeigeschafft, aber das geistige Band verliert sich immer mehr."

„Man kann die Kantische Lehre zurückweisen. Dann steht man vor der widerspruchsvollen Oberfläche der Erscheinung als einem Rätsel. Man kann die Kantische Lehre annehmen. Dann sieht man in eine unergründete Tiefe, deren Zusammenhang nicht minder ein Rätsel bleibt. Aber das erste Rätsel ist Verwirrung, das zweite ist Geheimnis. Es kommt auf die Geistesbeschaffenheit an, wer die Verwirrung ertragen will oder das Geheimnis, das Geheimnis ist nicht der geschlossene Vorhang vor unserem Auge, sondern der geöffnete Schacht, in dessen Verfolgung das Auge sich verliert."

„Die unverlierbare Bedeutung Kants liegt darin, daß er den Kern der Christenlehre als eine wissenschaftliche Notwendigkeit dargethan hat."

„In der Hegelschen Darstellung des Christentums ermüdet zuerst die Umständlichkeit und wiederholende Ausbreitung der rein logischen oder begrifflichen Momente. Kommt man darüber hinweg, und man kann freilich nur durch das Verständnis darüber hinwegkommen, so ist diese Darstellung in ihrer vollkommen kontemplativen Ruhe das Enthusiastischste, was je in lehrender Darstellung niedergelegt worden. Dieses Logische und dann diese Macht des Gemüts, in deren ruhig bewegter Tiefe sich der Gegenstand spiegelt, gemahnt an die Schöpfungen Sebastian Bachs mit der Strenge und unerschöpflichen Gründlichkeit ihres Formgewandes, des Fugenwerkes u. s. w., aus welchem dann aber scheinbar plötzlich, in Wahrheit aber nicht plötzlich, sondern naturgemäß, an rechter Stelle die ergreifendste Sprache der Empfindung hervordringt, die das ganze Gemüt bewältigt und in der gleichwohl das Sinnliche bis auf das letzte Atom getilgt ist."

„Man muß immer wieder erstaunen, wie genau dasjenige übereinstimmt, was Hegel in den schweren Formen der begrifflichen Erkenntnis oder der in ihre inneren thätigen Elemente aufgelösten Vorstellung gelehrt hat, und was Goethe mit der Prägnanz der anschaulichsten und zur Seele sprechendsten Vorstellung ausgedrückt hat."

„Pseudowissenschaft ist die unkritische Vermischung von Beobachtung und Metaphysik, welche den Charakter der heutigen Naturwissenschaft ausmacht.“

* * *

Niemand, der auch nur diese einzelnen Sätze gelesen hat, wird sich dem Eindruck entziehen können, daß er es mit einem ebenso tiefsinnigen Geist wie großem Gelehrten und sprachgewaltigem Künstler zu thun habe. Dennoch machte das Buch, dem wir die Sätze entnommen haben, kaum einen Eindruck. Der Grund ist zunächst ein ganz äußerlicher. Niemand suchte darin das, was es enthielt und niemand fand darin das, was er suchte. Es war ein gelehrtes Werk in Form einer großen politischen Broschüre: daher für alle Broschürenleser viel zu schwer: von denjenigen aber, die systematisch studieren wollen, als Augenblickswerk nicht beachtet. Das Buch enthält die eindringendste, tiefgründigste Geistesgeschichte des deutschen Volkes seit der Reformation. Wer erwartet sie hier? Das Buch enthält die scharfsinnigste philosophische Widerlegung des Darwinismus. Wer sucht sie hier? Das Buch gipfelt in dem Satz, daß unsere Zeit zwar keinen theoretisch einheitlichen Glaubensinhalt habe, aber dennoch keineswegs irreligiös sei: den lebendigsten Ausdruck finde die religiöse Grundstimmung unseres Geschlechtes in der schweren und ernsten Musik. Es untersucht den inneren Zusammenhang dieser Musik mit der Religion und analysiert in ergreifenden Worten die Bachschen Passionen und die H-Moll-Messe, Händel und Beethoven. Wer sucht das hier?

Ich habe alle diese Einzelheiten vorausgeschickt, um nunmehr erst den Gedankengang des Buches selber anzudeuten.

Rößler geht aus von der Frage, weshalb Bismarck den Kulturkampf entfesselt habe. Er findet den Grund — wohl nicht zutreffend — in den auswärtigen Verhältnissen, vertieft ihn aber dann sofort durch die Zurückführung auf den prinzipiellen Gegensatz zwischen dem modernen Papsttum und dem modernen Staat. Er verwirft die oberflächliche Vorstellung, als ob das Wesen des modernen Staates etwa darin bestehe, gar keine Beziehungen zur Religion zu haben und sucht nun in der Hoffnung, daß es dem Deutschen Reich gelingen werde, den Romanismus aus seinen Grenzen zu vertreiben, das Idealbild der zukünftigen Kirche in dem neugewonnenen deutschen Nationalstaat.

Wird diese Kirche die christliche sein? Kein Geringerer als David Strauß hat die Frage aufgeworfen: sind wir noch Christen? und sie mit Nein beantwortet. Es ist die Frage, die im Mittelpunkt all der verschiedenen Weltanschauungen steht, die heute um die Seele unseres Volkes kämpfen. Von der Beantwortung dieser Frage hängt das Verständnis der geistigen Entwickelung der letzten Jahrhunderte ab. Es ist die schwerste und tiefste aller Fragen, die an die geistige Bildung gestellt werden können. Sie war im Jahre 1875 noch schwerer zu beantworten, als sie es heute ist, denn es ist unverkennbar, daß die Zeit selbst in diesen 20 Jahren ein gutes Stück der Antwort bereits gegeben hat, daß diejenigen, die damals die Kraft der christlichen Konfessionen schon für nahezu erschöpft hielten, gewaltig geirrt haben. Ihre Kraft hat seitdem nicht ab-, sondern sichtlich zugenommen. Rößler hat das schon damals vorausgesehen. Er untersucht den geistigen Kern all der großen Persönlichkeiten, die dem deutschen Volke seine heutige Bildung gegeben haben und in denen diese Bildung zum Ausdruck kommt: Lessing, Kant, Fichte, Hegel, Goethe, Schiller, Beethoven, und er findet, daß sie alle, trotz allem, was hier und da auf den ersten Blick dagegen zu sprechen scheint, im tiefsten auf dem Boden des Christentums erwachsen sind und mit dem Christentum zusammentreffen. Das macht, im Christentum sind Grundwahrheiten an den Tag getreten und zur Herrschaft gelangt, die ewig sind. Die historische Erscheinung der Kirche und der Konfession wechselt in den verschiedenen Epochen und wird wechseln, aber der Grund der Religion ist für alle Zeit gelegt und es wird niemals eine andere und höhere Religion geben als die christliche.

Der Kulturkampf sollte nach seiner Vorstellung dazu führen, daß das Christentum in der neuen Form einer deutschen Nationalkirche sich verjünge.

Wie weit hatte seine schöpferische Phantasie sich da von der Wirklichkeit entfernt!

Daß der Kulturkampf aufgegeben werden mußte, war die größte Enttäuschung seines Lebens: aber nicht Bismarck maß er die Schuld bei. Wirklich gewonnen hätte der Kulturkampf nur werden können, führte er später in einem „Evangelikus“ gezeichneten Aufsatz der „Preußischen Jahrbücher“ (Mai 1886) aus, wenn entweder im Katholizismus selbst regenerative religiöse Kräfte erstanden wären, die dem Staat in dem Kampf gegen die ultramontane Hierarchie entgegenkamen,

oder wenn der Protestantismus religiöse Kraft genug besessen hätte, missionierend in die vom Kulturkampf verwüsteten Gebiete der katholischen Kirche vorzugehen, sie für sich zu gewinnen und mit neuem religiösen Leben zu erfüllen. „Aber," schrieb er (Preuß. Jahrb. 1885, „zum 1. April") „Fürst Bismarck hat mit dem Mosesstab an alle Felsenadern geschlagen, in welchen die Quellen des deutschen Lebens rinnen. Aus manchen Adern sind die Quellen kräftig hervorgeströmt, aus der religiösen Ader nicht!"

Mit nie ganz verzagendem Gemüt aber fügt er hinzu: „Tief im Felsengrunde rührt sich das Wasser des Lebens."

Als Rößler 1860 nach Berlin übergesiedelt war, hatte er unter dem Ministerium der neuen Ära an der offiziösen „Preußischen (Stern) Zeitung" mitgearbeitet und darauf an der „Berliner Allgemeinen Zeitung", die die altliberale Partei schuf und Julian Schmidt redigierte, bis sie, gerade als der Morgen ihres Sieges am Horizonte aufdämmerte, im Jahre 1863, einging. Max Duncker war damals in Berlin das Haupt der alten Kaiser-Partei des Frankfurter Parlaments: Joh. Gust. Droysen, Häußer, der oft von Heidelberg herüberkam, Haym, der Redakteur der „Preußischen Jahrbücher", Ägidi, Treitschke gehörten dazu. Von ihnen allen erkannte Rößler zuerst, daß Bismarck der Heilbringer sei, auf den sie alle warteten: weil, wie mir einer seiner damaligen Freunde es deutete, „er die Verwegenheit des philosophischen Dialektikers hatte, der mit seinem Schluß fertig war, während die anderen noch abwarteten und beobachteten". Er stellte sich dem neuen Minister zur Verfügung und wurde 1865 der preußischen Gesandtschaft in Hamburg für Preßangelegenheiten und die Beobachtung Schleswig-Holsteins beigegeben. Dann hat er von 1868 an wieder in Berlin am „Staatsanzeiger" mitgearbeitet, die Stelle aber niedergelegt (Ende 1871), weil ihm die Zensur, die der vortragende Geheime Rat und Kurator des Staats-Anzeigers ausübte, unerträglich war. Gern wäre er wieder in die akademische Karriere zurückgekehrt, aber für einen Mann seiner Art hatten damals weder die Kultus-Ministerien noch die Fakultäten Verständnis. Die Hegelsche Philosophie, die er vertrat, galt ja für überwunden und tot, und wenn den Politikern sein Buch zu philosophisch war, so war es Gelehrten zu politisch. Es liegt in der Natur der Universitäten, daß sie den korrekten, wenn auch noch so unbedeutenden Fachmann dem Genie vorziehen, das keine Spezial-Forschungen,

keine Bücher mit Anmerkungen oder Editionen aufzuweisen hat. Es gab Professoren genug, die wohl wußten, was an Rößler war, Max Duncker, Kuno Fischer, Dilthey, Erdmannsdörffer, Schmoller; er gehörte auch zu den Begründern des „Vereins für Sozialpolitik" 1872, aber die Fakultäten konnte ihm das nicht wieder eröffnen. Nach irgend einem Broterwerb mußte er suchen: er hatte sich im Jahre 1866 verheiratet und vier Kinder. Da wurde ihm (1877) die Stelle als Direktor des Litterarischen Bureaus angeboten: eine von jenen Stellen, die wie Bibliothekar und Archivar wohl einen Mann von Verständnis und Urteil verlangen, doch aber in ihrem dienstlichen Inhalt nur Hülfsarbeit darstellen. Das litterarische Bureau hat, mit einer Anzahl Lektoren ausgestattet, die Presse zu verfolgen und die Zeitungsausschnitte sowohl für den König wie für die Ministerien zu besorgen und zusammenzustellen. Rößler sagte das zu. Sein Amt verlangte von ihm und gab ihm eine fortlaufende Übersicht über die deutsche und außerdeutsche Presse, welche Kenntnis ihm nun die Grundlage bot für eine freie journalistische Thätigkeit. Er empfing auch Informationen, schrieb vielfach die schon nicht mehr offiziösen, sondern offiziellen Artikel der „Provinzial-Korrespondenz", vermittelte manche Beziehungen der Regierung zur Presse: daneben aber war er Journalist, man darf fast sagen, trieb er Politik auf eigene Faust. Er schrieb zahllose Artikel an den verschiedensten Stellen, namentlich aber die Leitartikel der „Post" über die auswärtige Politik, darunter die beiden, deren sich die Welt noch heute erinnert „Krieg in Sicht" (1875) und „Auf des Messers Schneide" (1887); er war Verfasser der Kometen-Briefe in den „Grenzboten" und später, von 1884 an der ω Korrespondenzen über auswärtige Politik in den „Preußischen Jahrbüchern". Obgleich sein Stil sehr schwer, ja oft schwerfällig war, immer etwas Akademisches, Professorenhaftes behielt, so that das doch seiner journalistischen Wirksamkeit gar keinen Eintrag. Wo auch immer etwas von ihm auftauchte, immer wurde es beachtet, ohne daß irgend jemand draußen ahnte, daß er der Verfasser sei. Ich habe das öfter selber beobachten können, sei es daß es sich um Beiträge in den „Jahrbüchern" handelte, sei es daß er mir etwas anderes zum Lesen gegeben hatte: auch wenn ich es gar nicht so sehr marquant gefunden hatte, machte es doch die Runde durch die ganze deutsche Presse.

Nichts erscheint bei dieser Thätigkeit auffälliger, als daß Rößler

dabei dem Fürsten Bismarck weder näher, noch mit ihm in Konflikt kam. Einer seiner Freunde fragte einmal einen dem Fürsten nahe stehenden Mann, wie es komme, daß der Kanzler einen so bedeutenden Menschen nicht höher bringe. Die Antwort war: Ideen habe Bismarck selbst genug, und als Beamter sei Rößler zu selbständig. Die Antwort muß in der That als treffend bezeichnet werden. Deshalb hatte er ja schon die Anstellung am „Staatsanzeiger“ wieder aufgegeben, weil er sich in die Beamten-Disziplin nicht fügen konnte. Sein Vorgesetzter wird wohl manchmal über den paradoxen Phantasten gescholten haben. Nicht als ob dieser nicht gewußt hätte, daß in der Beamten-Hierarchie und besonders in der Politik eine gewisse Unterordnung unter den Führer schlechthin geboten ist. Aber der eigentliche geisttötende bureaukratische Schematismus, der immer mit einer gewissen Feigheit, der Furcht vor Verantwortung verbunden ist, war ihm unerträglich. Der Gelehrte und Künstler in ihm, der seinem publizistischen Thun die Kraft gab, verhinderte ihn, im Beamtentum eine höhere Stellung einzunehmen, ganz ebenso wie seine leidenschaftliche Neigung zur Politik ihn abgehalten hatte, nach der üblichen Methodik akademischer Wissenschaft die Professoren-Laufbahn zu verfolgen. In den Ministerien kannte und schätzte man seine originale Kraft und ich glaube nicht, daß man ihm wegen der freien Stellung, die er sich nahm, jemals Schwierigkeiten gemacht hat. Bismarck aber konnte Rößlers Selbständigkeit ertragen, weil dieser auch ohne unmittelbare Direktive in gewissen Temperaments- und Charakter-Anlagen auf eine eigentümlich glückliche Weise mit den Intentionen des Fürsten zusammentraf.

Eine Wesenheit der Bismarckschen Staatskunst ist immer die erstaunliche Wachsamkeit gewesen. Wo irgend in der Welt die entfernteste Gefahr auftauchte, wo irgend eine Reizung sich zeigte, ein Funke durch die Luft wirbelte, war der sorgsame Wächter sofort auf dem Platz, warnte, drohte, besänftigte, löschte, ehe sich etwas Bedeutendes entwickelte. Da ist es denn auch wohl zuweilen vorgekommen, daß ein Verdacht unbegründet, große Mittel gegen ein Nichts aufgeboten waren.

Noch heute streitet man darüber, wieweit die Gefahr eines französisch-italienisch-österreichisch-päpstlichen Bündnisses, die der „Krieg in Sicht“-Artikel der „Post“ zerstören sollte (1875), überhaupt vorhanden gewesen ist. Man schieße doch nicht mit den Kanonen auf Spatzen, soll Graf Andrassy darüber gesagt haben. Dem Fürsten hat das sicher

lich nichts gemacht; er ärgerte sich in diesem Fall, daß Gortschakoff den Spieß umzudrehen suchte und damit einigen Erfolg hatte, aber sein Grundsatz war und blieb, wie er es 1888 einem süddeutschen Staatsmanne gegenüber ausgedrückt hat, er liebe es, sein Vorterrain stets unter Feuer zu halten. Kein Journalist konnte ihm das besser besorgen als Rößler, dessen lebendige Phantasie immer Gewitterwolken am Himmel sah und mit ihnen kämpfte. Damit diente er den Bismarckschen Wünschen und Bedürfnissen um so leichter und besser, als er sich ganz in seinen Geist hineinzuversetzen suchte. Denn bei dem höchsten Bewußtsein von der eigenen geistigen Kraft hatte er doch wieder ein fast weibliches Anschmiegungsbedürfnis an einen Heros der Praxis und der That. In seiner Novelle „Der Heilige" hat Conrad Ferdinand Meyer eine derartige anscheinend widerspruchsvolle, in Wahrheit, aber doch einheitliche Individualität gezeichnet. Rößler wußte von sich, daß er kein Weltmann sei, und Anlage wie Schicksal hatten ihn doch dahin geführt, in der praktischen Welt zu wirken. So suchte er seine Ergänzung, indem er sich dem Gewaltigen, den er so inbrünstig herbeigesehnt, den er prophezeit hatte, der in überschwänglicher Weise alle Träume seiner Jugend erfüllt hatte, ganz zu eigen gab. Selbst die Bismarcksche Methode, die politisch-sachlichen Gegensätze persönlich auszufechten, nahm er an. Der Mann, dem Milde und Wohlwollen aus den Augen leuchtete, der Mensch zu Mensch kaum imstande gewesen wäre, eine Unfreundlichkeit zu sagen, gebrauchte in der journalistischen Polemik rücksichtslos die schärfsten Waffen — ich möchte fast sagen, wie Danton, von dem man behauptet, daß, indem er die Tausende aufs Schaffot schickte, er mitleidig die einzelnen zu retten suchte. Rößlers Ansicht war, der Kampf sei das Wesen der Politik. Sobald der Kampf vorbei, kam in ihm der unbefangene Gelehrte zu seinem Rechte; er sah alles in dem reinen Licht der Kontemplation und wußte auch die Stellung und Motive des Gegners freimütig zu würdigen. Einer seiner schönsten Aufsätze ist — anonym — Eduard Lasker nach dessen Tode gewidmet (Preuß. Jahrb. Febr. 1884), den er wenige Jahre vorher, um die Nationalliberalen von ihm loszureißen, aufs Böseste angegriffen hatte.

Als Beispiel der erstaunlichen Wirksamkeit seiner Publizistik sei die Rolle erwähnt, die er beim Kölner Dombau-Fest gespielt hat. Der Kölner Dom wurde vollendet 1880, als der Kulturkampf noch

aufs Wüteuste tobte, das Erzbistum und der Dom des Bischofs beraubt waren, der in der Verbannung lebte. Als nun zuerst der Gedanke einer großen Vollendungsfeier auftauchte, zu der der Kaiser und die ganze kaiserliche Familie erscheinen sollten, gerieten die Liberalen in Unruhe, da sie besorgten, daß die Klerikalen das Fest benutzen würden, um beim Kaiser für den Bischof und den Katholizismus Stimmung zu machen. Wie sollte auch ein Domfest denkbar sein, das nicht als ein Triumphtag der siegenden Kirche erschien? Hatte doch David Strauß prophezeit, daß mit dem Wachsen der Türme des Kölner Doms den Ultramontanen in demselben Maße der Kamm schwellen werde. Ein Artikel Rößlers in der „Provinzial-Korrespondenz“, den er nachher in einem Kometenbrief der „Grenzboten“ ergänzte, warf alles herum: er stellte das Fest dar als ein nationales, die Eigenschaft des Domes als eines katholischen Gotteshauses als eine nebensächliche. Gerade daß das Fest gefeiert werde ohne den Bischof, zeige, wie wenig dieser bedeute. Der Journalist, der mit den Waffen des eindringenden historischen Verständnisses für das Wesen des Mittelalters, der Gotik und Mystik zu kämpfen verstand, gab dem Fest damit wirklich einen ganz eigenartigen Inhalt: die ganze liberale Presse stimmte zu und ertönte in Festesfreude, die ultramontane stand im Schmollwinkel.

Neben der politischen Arbeit blieb unserem Freunde Zeit und Lust, in den rein geistigen Gefilden des Lebens zu wandeln und hier und da einen Baum zu pflanzen. Ihm solle die Welt nach keiner Seite mit Brettern vernagelt sein, war eine Redewendung, die er gern gebrauchte. Noch an den Grenzen der Politik liegt die philosophische „Allgemeine Staatslehre“ die er in Jena schrieb: ein anderes, mehr staatsrechtliches Buch aus den sechziger Jahren ist betitelt: „Studien zur Fortbildung der preußischen Verfassung“, endlich gehört dahin „Gesichtspunkt und Steuerpolitik“ (1868). Dazwischen liegt schon ein Büchlein „Gustav Freytag und die deutsche Dichtung“ (1861). Später finden wir eine Reihe von Abhandlungen, die Goethe gewidmet sind, über die Entstehung des Faust, den Urfaust, Tasso, die große Weimarer Ausgabe der Werke und einzelne Gedichte bis zu den Lesarten und der Interpunktion herunter. Über die Emilia Galotti, Macbeth, Hamlet hatte er sich seine eigene Auffassung gebildet und die über Hamlet auch litterarisch niedergelegt. Heinrich

von Kleist interessierte ihn so sehr, daß er den Versuch ausführte, sein verlorenes Drama „Robert Guiscard“ zu rekonstruieren. Unter dem Namen „Felix Calm“ schrieb er über Richard Wagners „Ring der Nibelungen“. Diltheys Schleiermacher, „Friedrich der Große als Philosoph“ von Zeller, Kuno Fischers Geschichte der Philosophie wurden von ihm mit Essays begleitet. Als eine öffentliche Sammlung für ein Schopenhauer-Denkmal veranstaltet werden sollte, schlug er den Versuch mit einem so wuchtigen Keulenschlag zu Boden (Preuß. Jahrb. 1884, Maiheft), daß keiner der Unterzeichner wagte, die Hand dagegen zu erheben. Dem Philosophen Erdmann widmete er einen Nachruf und für die „Allgemeine Deutsche Biographie“ steuerte er die seines Freundes Julian Schmidt bei. Essays über die Unterrichtsfrage, die Frauenfrage, die Duellfrage erwuchsen ebenfalls auf dem philosophischen Untergrunde seiner Bildung. Clausewitz' großes Werk, „Vom Kriege“ kannte er durch und durch. Als das Problem der Strategie Friedrichs des Großen auftauchte, das zunächst einen ganzen Aschenregen von Mißverständnissen aufwarf, gehörte er zu den Wenigen, die es sofort klar und richtig auffaßten. Die Historie interessierte ihn so sehr, daß er längere Zeit Herausgeber der „Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde“ war, dieselbe, in der er seine Arbeit „Graf Bismarck und die deutsche Nation“ veröffentlichte. Sybels „Begründung des Deutschen Reiches“ wies er fast mit Ironie zurück. Von der Größe Rankes aber fühlte er sich ganz überwältigt und seine Besprechung der „Weltgeschichte“, der ersten Bände in der „Allgemeinen Zeitung“ (1885 Nr. 331), der letzten in den „Preußischen Jahrbüchern“ haben sehr viel zum Verständnis des ungeheuren Werkes beigetragen. Ich habe diese Besprechungen einmal meinen Übungen im „Historischen Seminar“ der Universität zu Grunde gelegt. Wenn das 20. Jahrhundert dereinst den geistigen Zusammenhang des 19. zu ergründen sucht, so wird die Namenreihe Goethe Hegel-Ranke dabei sicherlich eine große Rolle spielen und dann wird man vielleicht auch finden, daß Rößler einer der ersten gewesen ist, die hier eine Einheit erkannt haben.

In dem oben citierten Aufsatz über Lasker heißt es: „Für die deutsche Bildung ist das Vaterland der geistige Zweck, der aus der Fülle des deutschen Denkens und Glaubens stammt und dieser Fülle den Raum gewährt.“ Die wahre Treue, heißt es weiter, hafte nicht

am ersten besten Fertigen — das sei die bloße Treue des Pudels — sondern zermalme dasselbe, wenn nötig, um den wahren Gegenstand der Treue zu finden. Darum seien die wahrhaft Getreuen in Hannover nicht die Welfen, die an dem alten Königshause hingen, sondern die Nationalliberalen, die entschlossen den schädlich gewordenen Partikularstaat hinter sich warfen.

Rößler selbst würde es schwerlich geglaubt haben, wenn ihm jemand gesagt hätte, daß er selber noch einmal in die Lage kommen werde, den ersten dieser Sätze durch den zweiten zu bethätigen. Alle seine politischen Ideale hatte er in Bismarck erfüllt und verkörpert gefunden. Es kam die Zeit, wo diese Einheit sich auflöste.

Fürst Bismarck ist heute der großen Mehrzahl der besten Deutschen die gute alte Zeit. Wäre er an der Regierung geblieben, so hätten wir die gute alte Zeit vielleicht heute noch. Weshalb hat er eigentlich gehen müssen? Es sind unter Umständen die Leute, die am allerunzufriedensten waren, als er noch herrschte, die heute so reden. Zu streiten ist dagegen nicht; es handelt sich überhaupt nicht um eine Ansicht, sondern nur um eine Stimmung, und eine Stimmung, deren Grundelemente man nur gern sehen kann. Wer aber politisch die Gegenwart verstehen will, der muß sich vor allem zu der kalten Klarheit durcharbeiten, daß Fürst Bismarck im Jahre 1890 gehen mußte, weil er fertig war. Nicht als ob nicht ein Staatsmann, der mit seinem Ideenvorrat am Ende ist, unter Umständen noch Jahre lang an der Spitze eines Staatswesens bleiben könnte. Das Staatsleben stagniert dann eben einige Zeit. Aber das ist nicht möglich, wenn eben ein junger thatkräftiger Monarch an die Regierung gekommen ist und vorwärts drängt.

Ein Schriftsteller, von dem ich sonst nichts weiß, Max Bewer, der in einem freudigen Bismarckenthusiasmus hier und da prächtige Wendungen gefunden hat, hat auch in seinem Sinn diese Lage einmal nicht übel beschrieben. Er bestreitet nicht, daß Bismarck im Jahre 1890 kein Programm mehr gehabt habe; aber, sagt er, das sei Ende der 70er Jahre schon einmal so gewesen und der Fürst habe aus der Fülle seines Geistes eine neue Welt von Zwecken geschaffen, den Schutz der nationalen Arbeit, die soziale Gesetzgebung. Warum sollte ihm das in den neunziger Jahren nicht zum drittenmal gelungen sein? Gegen solchen Glauben kann man wieder nicht streiten, aber die Politiker und

Historiker werden sich daran halten, daß umgekehrt nach dem Rücktritt des Fürsten ein ganzer Komplex fruchtbarer Gesetzgebung erging, die längst in der öffentlichen Meinung vorbereitet, ja man kann sagen, auf dem Boden der Bismarckschen Staatsideen erwachsen, nur durch zufällige individuelle Neigungen und Vorurteile des leitenden Staatsmannes so lange zurückgehalten waren.

Die Herrfurthsche Landgemeindeordnung, die Miquelsche Steuerreform, die Berlepschsche Arbeiterschutzgesetzgebung, die Caprivische Heeresreform gehören zu den ausgezeichnetsten Bauwerken moderner Legislatur — nicht in dem Sinne, als ob sie allgemeingiltige Ideale realisierten, sondern sowie sie dem parlamentarischen Baugrund angepaßt sind. Niemand begleitete diese Arbeiten mit freudigerem Interesse und eifrigerer Hilfsthätigkeit als unser Freund. Aber mehr als das. Fürst Bismarck trat in entschiedene und laute Opposition zu dem neuen Kurse. Und der neue Kurs mißhandelte ihn. Rößler billigte das. Es sei politisch notwendig. Der neue Reichskanzler könne niemals das für jede Regierung Unentbehrlichste, die Autorität, gewinnen, wenn in den Augen der Menschheit in und außer Deutschland die Möglichkeit fortbestehe, daß Bismarck eines Tages wieder zurückkehre. Jede persönliche Beziehung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten müsse deshalb abgebrochen werden, die alten Bismarckschen Prinzipien, daß die Politik auf Personen beruhe und deshalb einen persönlichen Kampf bilde, wollte er jetzt rücksichtslos gegen den alten Helden selbst angewandt sehen. Bismarck war ihm nicht mehr der Repräsentant, sondern der Gegner des echten deutschen Vaterlandes. Da wußte er auch nichts mehr von irgend einer Treue, die er ihm schuldig wäre. Jetzt war ihm Caprivi der Mann, unter dessen Fahne er focht. Wäre er der bloße Politiker gewesen, so hätte er diesen Wechsel der Götter entweder gar nicht oder nicht ohne innere Pein vollziehen können. Aber er war ja im letzten Grunde der Gelehrte, der auch die Personen wie objektive Erscheinungen betrachtet. Nicht um Bismarcks willen, sondern um deswillen, was er ihm repräsentierte, war er sein Anhänger gewesen; Pietät um der Person willen kannte er in öffentlichen Dingen nicht und liebenswürdige Illusionen zerlegte er mit der Verstandesschärfe und Verstandeskühle Schopenhauers. Er dürfte wohl der einzige Mensch in Deutschland geblieben sein, der bis an sein Lebensende von einer starken Abneigung gegen den alten Kaiser

Wilhelm erfüllt war und schroff, ja verletzend über ihn sprach. Die schrecklichen Dinge des Jahres 1888, der Immediatbericht Bismarcks gegen das Andenken Kaiser Friedrichs hatten ihn nicht gerührt. Nun wandte er sich ebenso empfindungslos gegen den Fürsten.

Auch unter Graf Caprivi blieb er anfänglich noch in seiner bescheidenen Stellung als Direktor des litterarischen Bureaus, dann trat der Zweiundsiebzigjährige noch auf kurze Zeit als jüngster Legationsrat in das Auswärtige Amt über und wurde 1894 mit dem Charakter als Geheimer Legationsrat pensioniert.

Den heutigen Politikern ist von ihm wesentlich noch der Schreck im Gedächtnis, den er der öffentlichen Meinung einjagte, als er bald nach seiner Verabschiedung eine Broschüre „Die Sozialdemokratie" veröffentlichte, in der er als einziges Heilmittel für die kranke Zeit die Diktatur verlangte. Die Forderung war um so auffälliger, als ein voraufgehender Teil der Broschüre nachgewiesen hatte, daß ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie unter den heutigen Umständen das Schädlichste von der Welt sein würde. „Die Sozialdemokratie ohne Ausnahmegesetz ist ein sich vergrößerndes, aber auch ein sich auflösendes Heer: die Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz war eine festgeschlossene, taktische Einheit." Die Erklärung des Widerspruchs ist sehr einfach die, daß er ein alter Mann geworden war, der — wir sehen ja ähnliches an anderer Stelle — noch immer voller Geist und Leben, doch den realen Dingen der Gegenwart nicht mehr recht folgte, den Widerspruch dunkel empfand und ihr zur Strafe gewisse Lieblingsvorstellungen aus der Vergangenheit hervorholte und an den Kopf warf.

Ich möchte hundert Jahr alt werden, um zu erleben, was aus der Welt noch alles wird, pflegte er zu sagen.

Selig sind, die reinen Herzens sind, predigte der Geistliche an seinem Grabe. Selig ist der Mann, der in jedem Augenblick seines Wirkens sein eigenes Ich ganz hingiebt an das Objekt seines Schaffens. So war unser Freund. Nur einem ganz kleinen Kreise war sein Name bekannt: er lebte in bescheidenen Verhältnissen. Er merkte das gar nicht. Sein persönliches Glück war ihm verbürgt in seinem Familienleben. Ob die große Welt ihm Ehren und Lohn bot, hatte auf seine Gemütsstimmungen keinen Einfluß. Aber zu seinem siebzigsten Geburtstag schrieb ihm Gustav Freytag:

Siebleben, 13. November 1890.

Mein geliebter Freund. Empfangen Sie an Ihrem Geburtstage den innigen Glückwunsch Ihres alten Freundes. Zugleich meinen Dank für Freundschaft und Treue, die Sie mir durch zweiundvierzig Jahre erwiesen haben. Uns beiden ist das hohe Glück zu teil geworden, seit 1848 den Kampf um den deutschen Staat, eine unerhörte Erhebung der Nation aus engen Verhältnissen als treue Preußen mit leidenschaftlichem Anteil zu durchleben und mit nicht unwirksamer Feder zu begleiten. Sie mit größerer Beharrlichkeit und Dauer und mit viel größerer Entsagung. Lassen Sie mich heut rühmen, wie rein, schön und vornehm Ihr enthusiastisches und doch mildes Wesen sich in der schwierigsten Stellung gegenüber Verkennung und gegenüber mächtiger Zumutung bewährt hat, und daß Sie, der Vielbeschäftigte, mit amtlicher Arbeit Überhäufte, sich mitten im politischen Streit die Freudigkeit und die belehrende Einwirkung auf anderen idealen Gebieten des deutschen Schaffens bewahrt haben. Durch den ungewöhnlichen Reichtum in Ihrer geistigen Habe und durch den Übergang aus der Theorie in die Praxis, in der Verbindung eines hohen Idealismus mit wärmster Würdigung des wirklichen Lebens sind Sie für uns eine besonders charakteristische Gestalt aus der Zeit geworden, welche mit dem Kampf gegen die Verirrungen des jungen Deutschlands begann und uns in die großen Aufgaben der Gegenwart hineingeleitet hat.

Daß Ihr Geburtstag im Jahre 1890 Sie aber in voller Kraft findet, rastlos thätig, hilfreich für andere, mitten in fruchtbarer Arbeit, das ist die beste Freude, die wir heut Ihnen gegenüber empfinden, und wir preisen Sie heut als glücklichen Mann, in Ihrer Häuslichkeit an der Seite eines lieben Gemahls und guter Kinder.

Bewahren Sie, mein Freund, auch mir für die Zukunft Ihre Freundschaft, die wie ein guter Wein mit den Jahren immer wärmer und wohlthuender geworden ist.

Da ich nichts habe, was ich Ihnen heut stiften könnte, so lassen Sie sich gefallen, daß ich Sie an meinen Grasgarten erinnere, der sich so gern aufs beste herausputzen möchte, um im nächsten Jahre Sie und Ihr Gemahl zu begrüßen.

In Liebe und Treue

Ihr

Freytag.

* * *

Selig, wem ein solcher Brief von solchem Manne geschrieben werden kann.

Nachtrag.

Im Jahre 1902 hat Walter Rößler „Ausgewählte Aufsätze" seines Vaters herausgegeben mit dem Motto: „Das großartige Epos Hegels setzte die Seligkeit des Menschen in die Selbstvergessenheit in großen Dingen." Diese Sammlung enthält alle in dem vorstehenden Nachruf erwähnten Stücke, eine fast unversiegbare Quelle für das tiefere Bildungs-Bedürfnis, das aus ihnen schöpft.

Fürst Bismarck in der Weltgeschichte.

Ansprache an die Hörer der Vorlesung über Weltgeschichte am Montag, den 1. August 1898, nach der Erinnerung niedergeschrieben und ausgearbeitet.

Preuß. Jahrbücher, Bd. 93, September-Heft 1898.

Allenthalben in Deutschland gedenkt man heute des dahingeschiedenen Fürsten Bismarck. Man erneuert die Erinnerung an Dinge, die jedermann bekannt sind, aber indem man sie sich wechselseitig wiederholt, vertieft man das Gefühl der Verehrung und der Dankbarkeit, das reinen Seelen wohlthut, indem es zugleich die Trauer erhöht und ihren Schmerz lindert. In den Älteren regt sich der Stolz, daß sie durch ihn die Mitlebenden oder sogar die Mithandelnden einer großen Zeit geworden sind; die Jüngeren beschleicht ein Gefühl der Besorgnis, daß sie in einem Geschlecht bloßer Epigonen geboren sein möchten. Ihn im ganzen zu fassen, wird noch niemand sich vermessen wollen. Der eine greift diese, der andere jene große Eigenschaft, dieses oder jenes Stück seiner Werke heraus, den Stamm, das Wurzelwerk, einen Zweig, eine Blüte, eine Frucht, um sich in die Betrachtung zu versenken und sich daran zu erbauen.

Ich möchte versuchen, ihn mir vorzustellen, wie sein Bildnis aufgerichtet steht in dem großen Ahnensaale der Menschheit, neben den Heroen der Vorzeit, wo der Beschauer, der betrachtende Geschichtsforscher einen mit dem anderen vergleicht und in den Gleichheiten den Maßstab, in den Verschiedenheiten das Verständnis für die Individualität des einzelnen gewinnt. Nicht ungefährlich ist diese Art der Betrachtung, denn leicht klingen in dem Hörer Saiten mit, die von dem Redenden nicht gewollt sind und die Empfindung in die Irre lenken, aber diese Gefahr darf uns nicht zurückschrecken, denn jedes

tiefere historische Verständnis bedarf der Vergleichung und niemand vermag sich ihrem Reize zu entziehen.

Der erste Staatsmann in der Weltgeschichte, der uns nicht bloß in seinen Thaten und einzelnen großen Zügen, sondern als Mensch von Fleisch und Blut entgegentritt, ist Themistokles. Gleich in diesem Gewaltigen, seiner genialen Findigkeit und Voraussicht hat Duncker ein Gegenbild zum Fürsten Bismarck sehen wollen. Themistokles hat die athenische Bürgerschaft überredet, noch im letzten Augenblick, zwei Jahre vor der Ankunft des Xerxes die große Flotte zu bauen, die Hellas und die Weltkultur rettete. Er hat es, als Xerxes nahte, durchgesetzt, daß die Athener ihr Land verließen und ihre Stadt opferten, um die Entscheidung auf der See zu suchen. Er hat endlich die heilbringende Schlacht herbeigeführt, indem er scheinbar die Rolle des Vaterlandsverräters auf sich nahm und durch eine Trugbotschaft die Perser zum Angriff bei Salamis verlockte. Die einzelnen Thaten bieten kaum eine Analogie zu Bismarcks Thun, aber die Vereinigung von Kühnheit und Verschlagenheit, die gewaltsame Herbeiführung einer großen Krisis in dem festen Vertrauen auf den Sieg zeigt eine Charakter-Analogie, auf die hingewiesen werden mag.

Entgegengesetzter Art ist ein Vergleich mit Perikles. Die Persönlichkeit dieses Staatsmannes scheint, soweit wir sie erkennen können, zu derjenigen Bismarcks im Widerspiel zu sein. Hoheit und Ruhe wird diesem Athener nachgerühmt, dem deutschen Kanzler die blitzende Kampfeslust und die ungeheure Leidenschaft. Perikles Name ist über dies unsterblich durch die Verbindung mit dem geistigen Leben und der künstlerischen Produktion der Stadt Athen unter seiner Leitung: Fürst Bismarck, so groß seine eigene künstlerische Kraft als Redner und Schriftsteller, namentlich Briefschreiber war, steht in keiner direkten Beziehung zu der Kunst oder der Wissenschaft unserer Epoche. Aber das politische Handeln Perikles und Bismarcks läßt sich doch vergleichen. Die Größe des Perikles ist, daß er auch im Erfolge die Grenze der athenischen Macht begriff, Athen von dem unmöglichen Streben nach einer Hegemonie über ganz Griechenland zurückhielt, Sparta in seiner Machtsphäre ohne Rückhalt anerkannte und den Krieg zwischen beiden Staaten solange als möglich hinausschob. Daß diese Zurückhaltung nicht aus Schwäche entsprang, zeigte sich, als der Krieg endlich doch vom Peloponnes heraufzog. Sobald Perikles sah, daß er unvermeidlich

geworden sei, ging er ihm mit der höchsten Entschlossenheit entgegen und legte den Athenern einen Kriegsplan auf, dessen Willenskraft in der Entsagung so groß ist, daß die Forscher noch heute oft nicht nachzukommen vermögen. Die Selbstbeschränkung der Kraft ist auch in Bismarcks politischem Thun das Charakteristische; sie ist das Wesen der politischen Weisheit. Der schonende Friede mit Österreich unmittelbar nach Königgrätz, die Beschränkung des Reichs auf die außerösterreichischen Teile des alten deutschen Bundes, die Versöhnung mit der liberalen Opposition durch die Indemnität, die unerschütterliche Friedenspolitik seit 1871 sind ihre Denkmäler. Deshalb bildet das Jahr 1866 den Höhepunkt aller Leistungen Bismarcks, weil hier die Vereinigung der Kühnheit mit der Mäßigung in der äußeren wie der inneren Politik ihre höchsten Triumphe feierte.

Gar keine Ähnlichkeit scheint auf den ersten Blick zu walten zwischen Bismarck, dem Real Politiker, und Alexander dem Großen, dem in die grenzenlose Ferne schweifenden Romantiker, dem parlamentarischen Kanzler, der sich mit Vorliebe in den Kreuzwegen der juristischen Dialektik bewegt und dem kriegerischen König, der sich an den Gesängen der Ilias berauscht und den fabelhaften Kriegspfaden des Herakles und Dionysos in Indien nachgeht. Aber wieder zeigt das Werk der beiden so verschieden gearteten Persönlichkeiten einen gleichartigen und sehr wesentlichen Zug: beide haben erfüllt, was seit Generationen die Sehnsucht der Besten der Nation war. Nationale Einigung zum Kampf gegen den Erbfeind hatte Isokrates den Hellenen gepredigt, wie Ernst Moritz Arndt den Deutschen: beidemal war die Nation aus sich heraus nicht imstande, das Ziel zu erreichen, sondern mußte von überlegenen Persönlichkeiten in die rechte Bahn gezwungen werden. Gegen Bismarck wie gegen Alexander ist der Vorwurf erhoben worden, daß, indem sie die nationale Aufgabe erfüllten, sie die politische Freiheit erdrückt hätten. Die Beurteilung Alexanders ist stets durch diesen Gegensatz bestimmt worden: die einen, wie Niebuhr, sehen in ihm nur den allgemeinen Tyrannen, die anderen, wie Droysen, den nationalen Einiger und Helden. Bei Bismarck, dem Schöpfer des Reichstages und des allgemeinen Stimmrechtes ist der Vorwurf der Freiheits-Unterdrückung immer eine bloße Partei-Sentenz gewesen und wird in der Geschichte keinen Platz finden. Bei den macedonischen Königen, denn politisch muß man Alexander mit seinem Vater Philipp zusammenfassen, trifft

er in der That zu. Überdies waren die Macedonier nicht als volle Hellenen anerkannt, sondern galten als halbe Barbaren (süddeutsche Demokraten haben ja manchmal ähnliches von dem Verhältnis der Preußen zu den Deutschen behauptet); endlich war das Bedürfnis der nationalen Einigung bei den Griechen nicht entfernt so intensiv, wie im neunzehnten Jahrhundert bei den Deutschen. Trotzdem bleibt im innersten Kern eine Analogie, und je seltener in der Weltgeschichte der Fall ist, daß eine große Nation das ganze Sehnen eines leidenschaftlichen Herzens auf ein bestimmtes Ziel richtet und endlich der Held ersteht, der ihr über alles Hoffen und Erwarten die Erfüllung bringt, desto mehr darf sie hervorgehoben werden. Wenn Alexanders Haupt von der Aureole der Sagen-Poesie umstrahlt ist, so hat sich auch über den klaren, strengen Rechner Bismarck der Schimmer des Märchen-Ritters gebreitet, der das schlafende Dornröschen mit seinem Kuß weckte und befreite.

Aus der römischen Geschichte wüßte ich keinen Staatsmann, den ich speziell mit dem Fürsten Bismarck vergleichen möchte. Wenn der große Scipio, der Besieger Hannibals, die letzten Jahre seines Lebens mißmutig, fern von Rom auf dem Lande lebte und testamentarisch bestimmte, daß er nicht in der Stadt, die er zur Welt-Kapitale gemacht, nicht bei seinen Ahnen im Erbbegräbnis der Scipionen, sondern auf seinem Landsitz begraben sein wolle, so mag uns das an das Lebensende und den letzten Willen des Fürsten Bismarck erinnern. Das eigentliche Gegenstück aber zu dem politischen Werk des Fürsten ist nicht in dem Thun eines einzelnen römischen Staatsmannes, sondern in dem Charakter des ganzen römischen Staatswesens zu suchen. Die weltbesiegende Kraft der römischen Republik beruhte, wie das schon Polybius erkannt und wundervoll dargelegt hat, darauf, daß das aristokratische und demokratische Element dem Staate dauernd erhalten blieben, niemals die Aristokratie das Volk zur Rechtlosigkeit herabdrückte, niemals die Demokratie den Senat völlig überwältigte, sondern die beiden großen Potenzen politischen Seins in fortwährendem Kampfe miteinander ihre spezifischen Tugenden und Fähigkeiten beide in den Dienst des Staates stellten. Die römische Aristokratie ist eine Beamten-Aristokratie, die man wohl in Vergleich setzen darf mit dem Beamtentum (eingeschlossen das Offizierkorps), das unter der modernen Monarchie den Staat regiert. Durch den von Bismarck geschaffenen

Reichstag mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht ist der Monarchie mit ihrer Beamtenschaft die demokratische Potenz an die Seite gesetzt worden, die in Zukunft in stetem Kampf und steter Wechselwirkung mit jener das Schicksal des Staates bestimmen wird, das ungeheure Gewicht und die lebendigen Impulse der Masse mit der intelligenten Direktion und der politischen Schulung von oben verbindet.

Dieser doppelte Charakter des preußisch-deutschen Staates ist zwar nicht eigentlich von Bismarck frei geschaffen worden. Er geht zurück auf die Stein-Scharnhorstschen Reformen und den „Aufruf an Mein Volk" von 1813, der den alten monarchischen Staat durch das volkstümliche Element verjüngte. Aber indem Bismarck aus freier Erkenntnis nach dem Siege von Königgrätz die große demokratische Konzession des allgemeinen gleichen Stimmrechtes machte, gab er der überlieferten Idee die praktische konstitutionelle Form und Gestalt und verlieh dem neuen Reiche die Eigenschaften, die Rom nicht der Weisheit eines einzelnen Staatsmannes, sondern seiner ganzen geschichtlichen Entwickelung verdankte.

Fürst Bismarck stand nicht bloß außerhalb und oberhalb der Parteien, sondern wußte auch mit erstaunlicher Kunst sich bald mit dieser, bald mit jener zu verbinden, eine gegen die andere auszuspielen, um seine Zwecke zu fördern. Anfänglich stützte er sich auf die Konservativen, dann trat er in enge Beziehung zu den Liberalen, dann wußte er, namentlich für seine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zwecke, sich auch die Ultramontanen dienstbar zu machen. Bei diesen wechselnden Bündnissen mußte er auch Opfer bringen, aber seine Autorität war so groß, daß ihm niemand die Nachgiebigkeit als Schwächlichkeit auslegte. Was er in den Jahrzehnten von 1866 bis 1875 den Liberalen zugestand, neben dem demokratischen allgemeinen Stimmrecht die Freizügigkeit, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Kreisordnung, die Civil-Ehe, war den Konservativen ein Verrat an fundamentalen Prinzipien. Das Zurückweichen aus dem Kulturkampfe wäre für andere Staatsmänner eine Niederlage gewesen, die sie selbst mit umgerissen hätte. Bismarck ging nur um so stärker daraus hervor.

Diese Seite seiner Staatskunst mag mit keinem Geringeren als Kaiser Friedrich Barbarossa verglichen werden. Friedrich Barbarossas Verdienst ist es, nachdem Deutschland bereits durch einen

Generationen lang dauernden, kaum unterbrochenen Bürgerkrieg in völlige Auflösung geraten war, es noch einmal zu einem geschlossenen, in sich befriedeten Staatswesen zusammengefügt und dadurch eine nationale Kraftentwickelung ermöglicht zu haben, auf der wesentlich der Glanz des mittelalterlichen Kaisertums beruht, das Idealbild, das in unserm Jahrhundert die nationale Sehnsucht wieder erweckt hat, endlich die Erwerbung oder wenigstens Befestigung der deutschen Herrschaft im Oder-Elb-Gebiet, Schlesien, Brandenburg, Ost-Holstein, Mecklenburg, Pommern. Barbarossa erreichte das durch eine Politik weiser Mäßigung, die dem Unmöglichen entsagte und dem Kaisertum, das in sich die genügende Kraft nicht mehr hatte, wechselnde Bundesgenossen verschaffte. Er verband sich zuerst mit Heinrich dem Löwen, der mächtiger war als er selber; dann stürzte er diesen wieder an die Spitze der mittleren Fürsten. Er kämpfte einen gewaltigen Kampf gegen das Papsttum durch, aber indem er zuletzt nachgeben mußte, gewann er für seinen Sohn das Königreich Neapel-Sizilien, von wo aus er den Papst mehr bedrohte als je einer seiner Vorfahren, und die lombardischen Kommunen, mit denen er in einem vollen Vernichtungskampf gestanden hatte, richteten die Hochzeit aus. Wie Bismarck zuletzt der fast von Allen gleichmäßig verehrte Vater des Vaterlandes war, so vereinigte der große Staufe am Abend seines Lebens die Ideen der Epoche in sich, indem er als der nationale, ritterliche Held an die Spitze eines Kreuzzuges trat, den die Kirche predigte.

Von Nicht-Staatsmännern vergleicht man Bismarck gern mit Luther, weil beide den deutschen Volksgeist umgeprägt und ihm ein neues Gesicht gegeben haben, aber es ist doch eigentlich nur die germanische Urwüchsigkeit und das Sprach-Genie, das beiden gemeinsam ist. Im übrigen ist zwischen dem praktischen, rechnenden Staatsmann und dem in den Tiefen der Gottheit forschenden Religiosen, dem Diplomaten und dem Professor der Unterschied so groß wie möglich. Beide sind nationale Helden und Männer ohne Menschenfurcht, aber in ihrem Thun durchaus entgegengesetzt: hier die politische Praxis, die eine bestehende Sehnsucht erfüllt, dort die religiöse Idee, die in den Menschen einen neuen Glauben und eine neue Sehnsucht erweckte.

Eine Mittelstellung zwischen Luther und Bismarck darf man dem Freiherrn vom Stein anweisen. Stein war der Mann der

großen Impulse und des schnellen Entschlusses, eine Prophetennatur, der aber die Eigenschaften, die den eigentlichen Staatsmann machen, die umsichtige Berechnung, die Verschlagenheit, das diplomatisch geschickte Hinführen auf den geeigneten Moment durchaus fehlten. Seine politischen Ideen standen häufig untereinander in Widerspruch, seiner Stimmung nach war er aristokratischer Romantiker, die Gesetzgebung, die seinen Namen trägt, war im Geiste der liberalen Aufklärung, nicht etwa im Sinne einer notwendigen Konzession, sondern ohne daß Stein sich des Gegensatzes selber bewußt geworden wäre. Bismarck ist ihm deshalb als Staatsmann weit überlegen, obgleich man auch wieder sagen kann, daß Bismarck nur die Antriebe, die Stein dem preußischen Staate gegeben, aufgenommen und zur vollen Gestaltung gebracht hat.

Zwischen Friedrich dem Großen und Bismarck wüßte ich Ähnlichkeiten, die über die allgemeinsten Eigenschaften jedes großen Weltmannes, Verstand, Verschlagenheit, Kühnheit, Zähigkeit, Menschenverachtung hinausgehen, nicht zu finden. Seiner angeborenen Anlage nach ist Friedrich mehr ein philosophisch-poetischer Schöngeist, den erst der königliche Beruf zum Staatsmann und Feldherrn gemacht hat, und er ist der geborene absolute König, der nur in sich zu beschließen und zu befehlen hat: die Wechselwirkung zwischen innerer und auswärtiger Politik, die Kunst der Behandlung der Menschen und der Parteien, die für Bismarck so charakteristisch ist, fällt bei ihm weg: wo jener mit ganzer Kraft arbeiten muß, braucht dieser bloß sarkastisch zu sein.

Viel mehr Verwandtschaft zeigt Bismarck mit Napoleon, so anders der riesige märkische Junker aussieht, als der kleine braune Korse mit dem klassischen Profil. Beide sind ausschließlich erfüllt von der Staatsidee und haben, obgleich beide selbst hervorragende Stilisten, kein intimeres Verhältnis zu Wissenschaft oder Kunst; beide betreiben die innere Politik nach der Methode der auswärtigen, lieben die Anwendung gewaltsamer Mittel, kämpfen mit ungeheurer Leidenschaft, scheuen nicht die Benützung brauchbarer Bösewichter und suchen ihre Gegner einzuschüchtern und zu verderben. Wie Hagens Spieß in den Rücken des arglosen Siegfried, so traf der Immediatbericht über das Tagebuch das Andenken Kaiser Friedrichs — um des Verdachts einer Intrigue willen, der sich bald als unbegründet herausstellte. Aus

ähnlichen Motiven hat Napoleon Enghien und Palm erschießen lassen.

Wenn dennoch die Politik beider ein so ganz verschiedenes Bild bietet, so beruht das weniger auf verschiedener Charakter und Geistes-Anlage, als auf der unermeßlichen Verschiedenheit der Situation, in die sie gestellt waren. Napoleon war aus einem Emporkömmling ein absoluter Herrscher geworden: Bismarck blieb als Ministerpräsident, Reichskanzler und Fürst im Grunde immer der märkische Edelmann und Vasall seines Königs.

„Auf der Überfahrt von Ägypten las Napoleon abwechselnd im Koran und in der Bibel: er sah die Religionen gleichsam unter sich, er glaubte vor allem an seinen eigenen Stern." Bismarcks Weltanschauung war erwachsen auf dem Boden des Protestantismus, sein Glaube ist ein undogmatisch gehaltenes Christentum.

Die ursprüngliche Anlage zum Ehrgeiz konnte nicht anders als sich bei Napoleon zum Ungeheueren entwickeln. Es ist aber nicht, wie man früher wohl gemeint hat, bloß unersättliche Herrschsucht, die ihn weiter und weiter auf die Bahn der Welteroberung trieb: je länger, je mehr hat die historische Forschung erkannt, daß sachliche Motive, die eine andere Handlungsweise kaum zuließen, ihn von Fall zu Fall weiter führten: schon der Staat, wie er ihn übernahm, stand in einem unausgleichbaren Konflikt mit dem alten Europa. Der Eroberungstrieb war bei den anderen Mächten nicht geringer, als bei ihm. Wenn es im Gegensatz zu dem Imperator als das größte Verdienst Bismarcks erscheint, daß er sich selbst und der preußisch-deutschen Politik eine weise Mäßigung auferlegte, so ist auch das keine Handlung der Willkür, sondern entspringt aus den Verhältnissen, und das Verdienst des Staatsmannes ist, diese von vornherein richtig erkannt und jede Versuchung zu Ausschreitungen abgewiesen zu haben. Ein an sich so maßvoller Mann, wie König Wilhelm, wollte durchaus nicht darauf verzichten, nach dem Siege von Königgrätz in Wien einzuziehen und Österreich Landabtretungen abzufordern: noch viel mehr mußte eine auf das großartige angelegte Natur wie Bismarck sich dazu getrieben fühlen: um so bewundernswerter, wie er nicht nur sich selbst, sondern mit Aufbietung aller Kraft auch seinen Herrn zurückhielt. Hierin liegt der fundamentale, sachliche Unterschied zwischen ihm und Napoleon: es ist aber damit noch nicht gesagt, wie jeder von ihnen in der Lage

des anderen gehandelt haben würde. Taine hat Napoleon charakterisieren wollen als einen italienischen Condottiere des fünfzehnten Jahrhunderts, der in der ganzen Welt nichts als ein Objekt für seine Kraft und seinen Ehrgeiz gesehen habe. Niemals bis zu seinem letzten Atemzuge auf St. Helene hat er sich resigniert: er lebte fort in seinen Leidenschaften und seinem Haß und hörte nicht auf, über dunklen Zukunftsplänen zu brüten: wo er glaubt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich ihm etwas vorwerfe, wälzt er die Schuld auf irgend einen Untergebenen: dem Soldaten, der auf Wellington einen Mordanfall versucht hatte, vermachte er in seinem Testamente ein Legat. Manche haben die Handlungsweise Bismarcks nach seiner Entlassung ähnlich beurteilen wollen: Menschen dieser Art komme es nicht darauf an, was sie geschaffen, auch wieder zu zerstören, um nur der eigenen Leidenschaft genug zu thun. Es ist schwer, solchen Vorstellungen zu folgen und Möglichkeiten, die in den tiefsten Abgründen der Seele schlummern, zu zergliedern. Auch Taines Charakteristik Napoleons halte ich für falsch.

Nicht zu vergessen ist endlich bei der Vergleichung dieser beiden Männer, daß Bismarck nach einer stürmischen Jugend in einer herzbefriedigenden Ehe ein glücklicher, deutscher Familienvater wurde. Napoleon heiratete als junger Mann eine abenteuernde Kokette, die seine sinnliche Leidenschaft dauernd zu fesseln wußte, obgleich sie ihn betrog; aus politischen Gründen schied er sich von ihr und heiratete eine hochgeborene Prinzessin, die ihm noch weniger bot als Josephine. Etwas anderes als Kälte oder Sinnlichkeit hat er nie empfunden. In seiner Jugend hatte er wohl Anflüge von Sentimentalität, die sich an der Lektüre nährten. Er las unendlich viel. Bismarck ließ gern einmal die Bücher und wandte sich hinaus in Feld und Wald; er ist Natur- und Tierfreund und sein Waldes-Träumen nimmt einen leise melancholischen Zug an.

An den Schluß sei der Staatsmann gestellt, der öfter als jeder andere mit dem Fürsten Bismarck verglichen worden ist, der Kardinal Richelieu. Man findet die Ähnlichkeit zunächst in dem mehr Äußerlichen der Stellung: sie waren beide nicht Oberhäupter des Staates selber, sondern nur leitende Minister, die aber als solche eine fast unumschränkte Gewalt erlangten und behaupteten, den Staat wie den Hof, die Parteien wie den König selbst in ihre Bahn zwangen. Richelieu

setzte wie Bismarck die innere Politik in Wechselwirkung mit der auswärtigen und indem er die aristokratische wie die partikularistische wie die religiöse Opposition niederwarf, führte er Frankreich auf die Bahn der Eroberungen, legte die Hand auf das Elsaß und den Grund für die französische Kolonialpolitik. Die Analogie geht aber noch viel tiefer. Richelieu erreichte seine Erfolge gegen das spanisch-deutsche Haus Habsburg, indem er sich mit dessen religiösen Gegnern, den Protestanten, verband. In der Hoffnung auf seine Unterstützung kam Gustav Adolf nach Deutschland und rettete den deutschen Protestantismus. Richelieu war nicht der erste französische Staatsmann, der den Gedanken gefaßt hat, die Habsburgische Übermacht in Europa durch die Protestanten zu brechen: er wandelte auf dem Wege, den Heinrich IV. und vor ihm Coligny gezeigt hatte. Aber diese beiden waren darüber zu Grunde gegangen. Der Gedanke, daß der Hugenot Coligny und der unzuverlässige Konvertit Heinrich IV. Frankreich gegen die Vormacht der katholischen Kirche in den Kampf führen wollten, hatte den Dolch des katholischen Fanatismus gegen sie beide geschärft. Richelieu, der selbst Kardinal der römischen Kirche war und die Selbständigkeit des Hugenottismus im Lande niedergeworfen hatte, nahm ihre Pläne wieder auf und konnte sie durchführen, weil er in seiner Person der katholischen Kirche immer die Garantie bot, daß er nicht zu weit gehen und etwa Frankreich selbst protestantisch machen würde. Das ist das völlige Seitenstück dazu, daß Bismarck als Konservativer und Altpreuße das Programm des Liberalismus in der nationalen Frage durchführte. Hätte die nationale Bewegung 1848 selbst das neue Deutsche Reich geschaffen, so hätte sie auch die historische Gewalt des preußischen Königtums aufgesogen. Deshalb lehnte Friedrich Wilhelm IV. die ihm vom Frankfurter Parlament gebotene Kaiserkrone ab: er trage eine Krone von Gottes Gnaden, schrieb er an E. M. Arndt und wolle nicht der Sklave der Revolution werden. Um ihres Partei-Prinzipes, um der Legitimität willen, waren die preußischen Konservativen jener Zeit Partikularisten und wollten von Deutschland und nationalem Enthusiasmus nichts wissen. Erst indem einer aus ihrem eigenen Lager es unternahm, die deutsche Frage zu lösen und die nationale Fahne zu entfalten, gaben sie ihren Widerstand gegen diese Politik auf und auch so erst allmählich und unter heftigem Sträuben. Noch in Versailles bei der Kaiser-Proklamation selbst erklärte König Wilhelm, er mache

sich gar nichts daraus und halte nur zu Preußen. Schon im Jahre 1866 hatten sich warnende konservative Stimmen erhoben: einer der ältesten politischen Freunde Bismarcks, der Präsident von Gerlach, trat 1871 dem Zentrum bei und Mitte der siebziger Jahre erfolgte der förmliche und öffentliche Bruch des Kanzlers mit der Kreuzzeitungs-Gruppe. Mit den stärksten Mitteln der Gewalt ging Bismarck gegen seine alten Freunde vor: der alte Präsident von Gerlach, wegen einer Beleidigung verurteilt, wurde nicht begnadigt, sondern mußte seine Strafe absitzen. Den Grafen Arnim, der als Botschafter in Paris im Interesse des Legitimitäts-Prinzips die Royalisten unterstützt hatte, während Bismarck in deutschem Interesse die Republikaner unterstützt wissen wollte, verfolgte er mit Kriminal-Prozessen. So lehnten sich auch die eifrigen Katholiken gegen die Politik Richelieus auf und mußten gewaltsam aus dem Wege gebracht werden. Der Beichtvater der Königin Mutter Maria Medici, Berulle erklärte den Kardinal für einen Abgefallenen, einen dämonischen Menschen, vor dem man sich hüten müsse. Man wollte ihn durch den Kanzler Marillac ersetzen, aber Richelieu siegte, und die Königin Mutter selbst, die einst das meiste dazu beigetragen, ihn auf seinen Posten zu erheben, mußte das Land verlassen und ist in der Verbannung gestorben. Richelieu, obgleich er sich mit Ketzern verbündete, obgleich er auch die Hugenotten, nachdem er ihre Macht gebrochen, religiös nicht mehr verfolgte, sondern ihres Glaubens leben ließ, ist immer ein überzeugter Katholik gewesen und geblieben. So ist auch Bismarck, der schon in den fünfziger Jahren zum Entsetzen seiner konservativen Freunde eine Annäherung an Napoleon empfahl, der sich 1866 mit dem revolutionären Italien verbündete, mit ungarischen Insurgenten anknüpfte, legitime Fürsten verjagte, das allgemeine Stimmrecht verlieh, immer ein Konservativer und Legitimist geblieben. Das gerade ist bei beiden Staatsmännern die Größe, daß sie, den Staat über alles stellend, die Partei-Doktrin hinter sich warfen, sie außer Kraft setzten, wo sie hinderlich wurde, ohne sie doch innerlich aufzugeben. Daher besonders der ungeheure Erfolg Bismarcks, der ja noch viel größer ist als derjenige Richelieus, daß er das Kraftvolle aus den beiden entgegenstrebenden Tendenzen seiner Zeit vereinigte, das Ideal des Liberalismus, soweit es berechtigt war, mit den Mitteln des bestehenden Staates, also des Konservatismus durchführte. Man könnte hier auch noch einmal den Vergleich mit Napoleon I. heranziehen, der,

sobald er einmal die Zügel der Regierung in Frankreich ergriffen hatte, seine große Stellung dadurch gewann, daß er die Revolution in ihren populären Ergebnissen zugleich sicherte und schloß: die Demokratie und der Konservatismus konnten ihn beide zugleich für sich in Anspruch nehmen und sich auf ihn berufen. Er hielt das Prinzip der allgemeinen Gleichheit aufrecht und ließ die Emigranten, die die neuen Zustände anerkennen wollten, zurückkehren. Er stellte die katholische Kirche wieder her, die Staatsverwaltung aber blieb freidenkerisch und duldete keinerlei klerikale Mitregierung. Bismarck hat diese Methode, das Entgegengesetzte zu vereinigen, die Parteien zugleich niederzuhalten und zu benutzen, nicht bloß auf Konservatismus und Liberalismus, Legitimität und Revolution, Katholizismus und Partikularismus, sondern auch auf die modernste Erscheinung, die soziale Frage angewandt. Er hat gleichzeitig in weitem Umfang einen praktischen legislatorischen Sozialismus gehandhabt und die sozialdemokratische Partei mit der größten Strenge niedergedrückt.

Die Parallele mit Richelieu hat uns derart wieder auf die wunderbare Doppelheit, man könnte sagen Polarität des heutigen deutschen, von Bismarck organisierten Staatswesens geführt. Es bleibt aber noch ein Punkt, wo diese Parallele ausdrücklich eingeschränkt werden muß. Das ist das Verhältnis des Ministers zum König. Richelieu hat den monarchischen Gedanken in Frankreich, der seit Franz II. seine Autorität eingebüßt hatte, wieder hergestellt. „Die Idee von der königlichen Gewalt ward," sagt Ranke, „wie ein religiöses Dogma aufgefaßt, wer davon abwich, mit derselben Strenge und selbst unter ähnlichen Formen verfolgt, wie sonst ein Ketzer." „Das Verbrechen der beleidigten Majestät selbst nur in Gedanken zu begehen, verdiene Strafe" hat Richelieu in seinen eigenen Memoiren geäußert. Er selber aber verdunkelte und verdrängte die Person seines Königs gänzlich. Ludwig XIII. war eine kränkliche und ängstliche, unbeholfene Natur. Bei den Audienzen brauchte er fast eine Viertelstunde, um nur ein paar Worte herauszubringen, die er, um seine Meinung verständlich zu machen, mit heftigen Gesten begleitete. Er war nicht fähig, weder ein Heer zu führen, noch die Politik zu leiten: in äußerlich bescheidenen Verhältnissen lebte er seinen Liebhabereien und hörte seine tägliche Messe. Der Kardinal hatte nicht nur die gesamte Regierungsgewalt in die Hand genommen, sondern hielt auch einen prächtigen Hof. Eine Leibwache von Edel-

leuten, die in seinem eigenen Solde stand, begleitete ihn, auch wenn er beim Könige erschien. Er verschwägerte sich mit den vornehmsten Familien des Landes und war der Mäcen der Litteratenwelt. Er sei eigentlich der König, sagte man in Frankreich.

Auch von Bismarck ist oft ähnliches gesagt worden, aber doch nur in der Verstimmung oder vom Parteigeist. Kaiser Wilhelm der Alte war weder ein Staatsmann noch ein Feldherr, aber er ist neben und über Bismarck und Moltke doch immer der König geblieben. Erst dadurch ergießt sich über die große Zeit die bezaubernde Anmut, daß diese in all ihrer Einfachheit würdige und vornehme Persönlichkeit die Krone trug und sich in ihrer Selbständigkeit behauptete. Das war nicht etwa nur der Eindruck nach außen, sondern auch innerlich so und läßt sich an Thatsachen nachweisen. Es gab ein großes Gebiet des Staatslebens, in das der Kaiser Bismarck niemals hat hineinregieren lassen: die Armee. Richelieu stellte sich, obgleich Priester, selbst an die Spitze der Armee und kommandierte sie, um in jedem Augenblick das Zusammenwirken von Politik und Kriegführung zu sichern. Mit einem Harnisch angethan, Pistolen im Sattel, führte er das Heer über die Alpen nach Italien: drei Marschälle, Schomberg, Crequy und La Tour dienten unter ihm. Kaiser Wilhelm hat, selbst als es sich nach dem Abgang Roons um die Ernennung eines neuen Kriegsministers handelte, Bismarcks Rat nicht eingeholt, und als der Kaiser sehr alt wurde, wachte der Korpsgeist der Armee selbst mit einer gewissen Eifersucht darüber, daß der Reichskanzler ihr nicht zu nahe trete. Die militärischen Würden, die ihm zuerkannt wurden und auf die er selbst hohen Wert legte, haben ihm doch nie eine positive militärische Autorität gegeben.

Ist es auch in erster Linie die Person Kaiser Wilhelms I. selber, die hier die Grenze zog und das segensreiche Verhältnis schuf, so hat doch auch Bismarck immer dafür gesorgt, daß die persönliche Autorität des Kaisers gehütet und gehoben werde. Oft genug war er außer sich, wenn der Monarch nicht für seine Vorschläge zu gewinnen war oder nicht nach seinem Sinne handelte, aber nach außen drang nichts davon durch. „Es war schwer, aus König Wilhelm einen großen Mann zu machen, ganz unmöglich aber aus Friedrich Wilhelm III.“, hat er einmal zu einem vertrauten Freunde gesagt.

Richelieu hat die königliche Autorität, obgleich er seinen eigenen

Souverän wenig davon genießen ließ, doch auf dessen Sohn voll vererbt. Erst noch eine vormundschaftliche Regierung mit Mazarin an der Spitze, dann die glänzende Selbstherrschaft Ludwigs XIV. haben sein System fortgesetzt. Von Generation zu Generation ist Frankreich nach ihm höher gestiegen und hat nicht nur die politische sondern auch die geistig-litterarische Hegemonie von Europa, die dauernder war als jene, erworben.

Deutschland strebt nicht nach einer solchen Stellung und begehrt sie nicht; es will nichts, als sein Volkstum behaupten und sich gleichberechtigt mit den anderen großen Nationen die Erde unterthänig machen. Daß es dazu imstande sein wird, ist das Erbe Bismarcks. Selbst die größten Staatsmänner wie Perikles und Friedrich Barbarossa haben oft nicht mehr erreicht, als einen gesicherten Zustand für eine Generation zu schaffen und schon das wird ihnen zum höchsten Verdienst gerechnet. Bismarcks Werk ist so geartet, daß es ihn überleben kann und gerade die Fülle von Gegensätzen, die es durchziehen, Protestantismus und Katholizismus, Kaisertum und Bundesstaat, Monarchie und Demokratie sichern ihm ein reiches, stets neuangeregtes politisches Leben. Nie wird es ohne innere Kämpfe sein, aber die Spannungen werden es nur in Bewegung halten und vor Stillstand bewahren, aber nicht mehr imstande sein, seinen Rahmen zu sprengen. Glücklich sind die Massen so verteilt, daß sie sich gegenseitig im Gleichgewicht halten. Zwischen dem von der Auflösung bedrohten demokratischen Frankreich im Westen und dem im Cäsaropapismus erstarrenden Rußland im Osten hält Deutschland die Mitte. Autorität und Freiheit sind in ihm beide gesichert. Aus vielerlei Erz, spröde widerstrebendem, hat der grimme Hagen, der Nibelungenenkel, es mit gewaltigen Hammerschlägen zusammengeschmiedet. So sehr der Parteigeist daran herumstreicht und pocht, es wird ihm nicht gelingen, eines davon wieder auszulösen. Nie war ein Staat gleichzeitig so reich gegliedert und so fest gefügt. Das Deutschland, das Bismarck hinterlassen, steht erst in der Morgenröte seines politischen Seins und geht noch einer großen Zukunft entgegen.

Das Programm der Preußischen Jahrbücher.

(Preuß. Jahrbücher, Polit. Korrespondenz, Bd. 75, Februar-Heft 1899.)

„Wer sich nicht zu einer Zeitungsmeinung bekennt, den nennt man einen Narren", hat Heinrich von Treitschke schon im Jahre 1861 in seinem Aufsatz über die Freiheit geschrieben. Heute könnte ich ihm noch eine ganze Reihe andrer Ausdrücke für einen Menschen, der den Anspruch erhebt, eine eigne politische Meinung zu haben, zur Verfügung stellen. „Der Eingänger", „der Eigenbrödler", „Sonderling", „Querkopf", „schrullenhafte Gelehrte", „Einer der um die Ecke denkt", „Genosse", „Das non plus ultra von doktrinärem Professorentum". Dies sind etwa die Koseworte, mit denen ich in den letzten Wochen in den Zeitungen bedacht worden bin — nicht etwa in den prinzipiell gegnerischen — im Gegenteil, in diesen bin ich nur gar zu sehr bekomplimentiert worden — sondern gerade in solchen, mit denen ich praktisch viele Jahre und noch heute in den wichtigsten Fragen zusammenwirke. Man darf das der Welt und insbesondere den Journalisten und Volksvertretern so übel nicht nehmen. Presse, Parlamentarismus und öffentliche Meinung müssen mit fest ausgeprägten Begriffen operieren, wie der wirtschaftliche Verkehr mit dem Gelde. Einem Thaler, einer Mark oder einem Pfennig sieht man auf der Stelle an, was er ist und was er bedeutet, und die leicht erkennbare feststehende Form schafft die Leichtigkeit des ungeheuren täglichen Verkehrs. So arbeitet der Tagespolitiker mit den ihm bekannten und geläufigen Gegensätzen. Was ein Sozialdemokrat ist und was man über ihn zu sagen hat, steht fest und macht niemandem Kopfzerbrechen, der sich selber Konservativ oder Liberal nennt. Ganz ebenso weiß der Sozialdemokrat, was er von einem Konservativen, einem Nationalliberalen, einem Zentrumsmanne oder einem Freisinnigen

zu halten hat. Wer in diese Schablonen nicht hineinpaßt, ist unbequem, aber man überhebt sich der Mühe, sich mit ihm auseinanderzusetzen: man „nimmt ihn nicht ernst“ (so versichern mir manche Zeitungen schon seit Jahren, ziemlich alle vier Wochen), vermutet, daß nur der Wunsch anderer Ansicht zu sein als andere Menschen alle die „Absurditäten“ erzeuge und erklärt den Autor, um ihn endlich völlig abzuschütteln, für komisch oder gar für unmoralisch und giebt ihn der allgemeinen Verachtung preis.

Gegen so viele und harte Angriffe möchte ich mich doch verteidigen und zu diesem Zweck versuchen, unter Vermeidung der Schlagwörter des Tages meine Ansicht über die praktischen Fragen der Gegenwart im Zusammenhang darzulegen. Es ist das in diesem Augenblick, wo ein Disziplinarverfahren über meinem Haupte schwebt, nicht ohne Bedenken. Nicht in der Sache: denn meine politische Überzeugung spielt ja bei diesem Prozeß keine Rolle und was ich hier äußere, kann auf den Fortgang des Verfahrens keinen Einfluß haben. Zu besorgen ist nur, daß die öffentliche Meinung dies Verhältnis verkennen und in diesem oder jenem Ausdruck, namentlich in der Hervorkehrung der konservativen Elemente meines Denkens Geflissentlichkeit sehen möchte. Die Gefahr wäre aber noch größer, wenn ich, wie sonst in diesen Artikeln eine oder die andere der schwebenden Tagesfragen herausgreifen wollte, und es so dem Zufall anheimgäbe, ob ich gerade in gouvernementalem oder oppositionellem Lichte erscheine. In der Lage, in der ich mich augenblicklich befinde, muß man entweder ganz schweigen oder seine Gesamtanschauung darlegen. Die nordschleswigsche Frage, die Veranlassung zu dem Disziplinar-Verfahren gegen mich gegeben hat, scheide ich aus meiner Betrachtung aus. Ich möchte nichts, als mich gegen die Mißverständnisse und Entstellungen wehren, denen meine politischen Auslassungen in jüngster Zeit in der Presse ausgesetzt gewesen sind und meine Anschauungen, die sonst in Einzelbetrachtungen je nach den gerade auftretenden Fragen in diesen Jahrbüchern dargelegt worden sind, in ihrem, wie ich denke, wohlerwogenen inneren Zusammenhang erscheinen lassen.

Als in den siebziger Jahren eine hohe Persönlichkeit mich einmal fragte, welcher Partei ich mich zurechnete, antwortete ich in jugendlichem Übermut, ich sei konservativer Sozialdemokrat. Auf eine so abschreckende Formel wage ich heute meine Anschauung nicht mehr zu

reducieren: ich möchte die Geduld der Leser für eine ziemlich ausgedehnte Abhandlung in Anspruch nehmen und um so mehr um Geduld bitten, als ich nicht einmal etwas wesentlich Neues sage. Die regelmäßigen Leser der „Jahrbücher“ können sich diesmal die Lektüre der „Politischen Korrespondenz“ eigentlich sparen: sie ist auf diejenigen berechnet, die durch den Lärm der Presse aufmerksam gemacht, sich zum erstenmal bewogen finden, uns das Ohr zu leihen.

Das Kirchenpolitische lasse ich beiseite, da ich auf diesem Punkt jetzt nicht angegriffen worden bin; ich erinnere aber daran, daß ich dem Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz wohl in einigen Bestimmungen eine sehr entschiedene, aber doch nur eine partielle Opposition gemacht und manches, was auch von den Mittelparteien heftig befehdet wurde, verteidigt habe.

Nun zur Sache.

Mit den Konservativen verbindet mich meine Auffassung von der Agrarfrage. Die Konservativen pflegen die Fürsorge für den Bauernstand in den Vordergrund zu stellen. Ich verkenne die Wichtigkeit des Bauerntums gewiß nicht, aber ich halte diesen Stand nicht für so gefährdet, wie es heute oft dargestellt wird. Der Wohlstand in dieser Bevölkerungsschicht hat im Laufe des Jahrhunderts außerordentlich zugenommen und wenn es den Bauern einmal schlecht geht, so sind sie viel mehr als manche Andere in der Lage, sich nach der Decke zu strecken. Der Arbeiter oder kleine Handwerker, dem die Arbeit ausgeht, steht sehr bald vor dem Hunger und der völligen Verzweiflung. Der Bauer kann es ziemlich lange aushalten und im schlimmsten Falle Schulden aufnehmen, bis bessere Zeiten kommen und ihn wieder erleichtern. Der gefährdete Stand in unserer Landwirtschaft sind in erster Linie die Großgrundbesitzer, und für sie trete ich, wenn nicht entschiedener, so doch noch offener ein, als die Konservativen. Der Großgrundbesitz wirtschaftet naturgemäß mehr mit fremdem Kapital und ist deshalb mehr verschuldet als der bäuerliche Besitz. Der Großgrundbesitz ist daher am meisten bedroht, wenn die Preise für die Argrarprodukte heruntergehen und die Hypothekenzinsen dieselben geblieben sind. Der Großgrundbesitz verkauft relativ viel mehr als der Bauer, der von seinem Ackerertrage eine viel größere Portion selber verzehrt. Der Großgrundbesitzer arbeitet mit gemieteten Händen und wird daher viel stärker in Anspruch genommen, wenn die

die Tagelöhne steigen, als der Bauer, der einen großen Teil seiner Arbeit selbst thut. Bei niedrigen Preisen, wie wir sie heute noch zum Teil haben, und gesteigerten Löhnen ist also notwendig der Großgrundbesitz in einer schwierigen Lage. Und deshalb wünsche ich den Großgrundbesitzern zu helfen.

Dieser Großgrundbesitzerstand besteht zum Teil aus altangesessenen Adelsfamilien, in denen ein wertvoller Schatz historischer und sozialer Tradition lebt, und auch die neu eingetretenen bürgerlichen oder geadelten Familien haben meist diese Anschauungen in sich aufgenommen. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Stand auch viel unliebenswürdige, ja gefährliche Eigenschaften hat, daß ihm an wirklicher Durchdringung mit deutscher Bildung auch heute noch viel fehlt, dennoch wäre es ein großer Verlust, wenn dieser ganze Stand zu Grunde ginge und plötzlich allenthalben neue Familien, worunter ja besonders viele jüdische sein würden, sich an diese Stelle setzten. Aus Handel und Industrie wächst heute eine neue Aristokratie in Deutschland heran, aber eine derartige, bloß auf wirtschaftlicher Grundlage aufgebaute Aristokratie ist durchaus nicht wünschenswert. Ein großer unternehmender Kaufmann, ein betriebsamer, anschlägiger Industrieller sind höchst nützliche Glieder des sozialen Körpers. Aber das Standesbewußtsein, das in dieser Stelle erzeugt wird, artet leicht in Protzentum aus. Eine besonnene politische Betrachtung muß deshalb wünschen, daß dieser neuen Aristokratie die Traditionen des alten Schwertadles gegenüber erhalten bleiben, sodaß sie sich gegenseitig einschränken, wenn auch der Edelmann ebenso leicht in den Junker umschlägt wie der Kapitalist in den Mammonisten.

Dies ist der Punkt, wo die Währungsfrage ihre große politische Bedeutung gewinnt und weshalb ich für den Bimetallismus eingetreten bin. Die radikale Linke weiß wohl, weshalb sie so sehr für die Goldwährung ist. Gehen einmal Österreich, Rußland und Indien wirklich auch zur Goldwährung über, oder geben die Goldminen in ihrem Ertrage zurück, so steigt der Wert des Goldes und die Warenpreise sinken, die Hypothekenzinsen aber bleiben. Die Goldwährung kann also einmal (wenn nicht andere Faktoren die Wirkung wieder aufheben) einen großen Teil der grundbesitzenden Familien aus ihrem Besitz heben und andere an die Stelle setzen. Der Kampf um die Währung ist so leidenschaftlich, weil er der Exponent des Kampfes zwischen mobilem

Kapital und Grundbesitz ist. Ob die Gefahr so groß und ob der Bimetallismus das rechte Mittel zur Rettung der Rittergutsbesitzer-familien ist, darüber sind die Fachgelehrten geteilter Ansicht und ich habe deshalb in diesen Jahrbüchern ebensowohl den Verteidigern der Goldwährung, Erwin Nasse (März 1885), Lexis (März 1895) und einem unter dem Pseudonym Quartus schreibenden hohen Beamten (Mai 1895), wie Verteidigern des Bimetallismus, Wagner (Oktober und November 1893), Scharling (Januar 1892, März 1895), wie dem vermittelnden Vorschlag des Bankdirektors Königs (März 1894) die Spalten geöffnet. Augenblicklich ist die Frage nicht brennend, da im letzten Jahrzehnt in Südafrika wieder für einige Milliarden Gold gefunden und die Preissenkung zum Stillstand gekommen ist. Wie man auch darüber denken mag, und ob die Zukunft das Problem wieder auf die Tagesordnung setzen wird oder nicht —, jedenfalls darf ich in Anspruch nehmen, daß in keiner anderen Zeitschrift oder Zeitung dem Für und Wider mit soviel Unparteilichkeit Raum gegeben worden ist, wie bei uns.

Aus den vorstehend entwickelten allgemeinen Grundsätzen ergiebt sich, daß ich in der Sozialpolitik auf dem äußersten rechten Flügel der Sozialreformer stehen muß. Ich bin durchaus Gegner aller sozialistischen oder gar kommunistischen Gleichmacherei. Das schöne Wort „der Reichtum eines Volkes ist sein Reichtum an Individualitäten" ist mir aus der Seele gesprochen. Ich kenne den Wert einer Aristokratie für die soziale Struktur wie für die Bildung wie für die politische Kraft einer Nation. Wenn ich mich zu den Sozialreformern rechne, so geschieht das nur im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit. Die aristokratische Bildung darf nicht überwuchern und alle anderen Triebe im Volksleben ersticken. Auch das demokratische Element hat sein Recht und ist in dem Staate, der auf die allgemeine Wehrpflicht aufgebaut ist, unentbehrlich. Von Jahr zu Jahr wachsen die Massen der aus allen überlieferten sozialen Banden entlassenen industriellen Arbeiterschaft. Diesen Stand zum herrschenden erheben wollen, wäre der Tod aller tieferen und feineren Bildung, die ohne aristokratische Elemente im Volke nicht bestehen kann. Das Perikleische Athen war demokratisch, aber mit einer sehr starken aristokratischen Tradition, in der fast alle die großen Führer des Volkes wurzelten. Die völlige Überwältigung dieses Elementes lieferte Athen aus an die rohe Dem-

agogie, die es zu Grunde richtete. Diesen Weg sollen und dürfen wir in Deutschland nicht einschlagen, aber es ist schlechterdings notwendig, daß für diesen wichtigen und wertvollen Teil unseres Volkes, den die industrielle Arbeiterschaft bildet, neue soziale Formen gefunden werden, die ihr einen befriedigenden Anteil an dem öffentlichen und kulturellen Leben der Zeit ermöglichen. Mit einer Art von Enthusiasmus habe ich seiner Zeit im Reichstage an unserer großen sozialen Gesetzgebung mitgearbeitet und gehöre zu denen, die von je mit der Feder und mit dem freien Wort in der Volksversammlung den unschätzbaren Wert dieser Institutionen darzulegen bemüht gewesen sind. Ich bedaure es tief, daß die höheren Klassen nicht einsehen wollen, daß man auf halbem Wege stehen geblieben ist, daß noch große Stücke, unabweisbare Konsequenzen der Bismarckschen Gesetzgebung fehlen, daß man sich der Meinung hingiebt, der Opfer seien nun genug gebracht und die Arbeiterschaft solle sich zufrieden geben. Selbst Herr von Stumm hat zugestanden, daß die Witwen- und Waisenversorgung noch völlig ungenügend ist und einer ähnlichen Ausgestaltung wie jetzt die Unfall- und Invaliditätsversicherung bedarf. Die Wohnungsfrage, die Frage der Gewerkvereine, der Arbeitslosigkeit, des Arbeitsnachweises bedürfen ebenfalls notwendig einer eingehenden legislatorischen Thätigkeit. Der Gesamtcharakter der sozialen Struktur unserer Epoche, die freie Entfaltung der individuellen Kräfte soll und braucht dabei keineswegs eingeschränkt zu werden. Aber der blöde Egoismus der oberen Stände muß soweit eingeschränkt und gebeugt werden, daß auch den unteren Schichten ein befriedigenderes und sichereres Dasein als heute gewährt wird. Die Vorstellung, die man namentlich in liberalen Kreisen hegt, daß man einfach durch Freigebung und Befördern der Gewerkvereine alle sozialen Übel heilen könne, teile ich nicht. Die Erfahrung in England, die dafür angeführt zu werden pflegt, spricht nach meiner Auffassung viel eher dagegen. Ganz wie Deutschland in den 80er Jahren völlig neue großgedachte Formen für das Arbeiterversicherungswesen gefunden und damit wesentliche Probleme der Sozialpolitik auf das Glücklichste gelöst hat, so ist es nach meiner Auffassung weiterhin berufen, auch für die Frage der Gewerkvereine, d. h. für die Frage des sozialen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern neue soziale Formen zu finden, und mehrfach ist es in diesen Jahrbüchern angedeutet und aus-

geführt worden, in welcher Richtung die Lösung dieser Aufgabe zu suchen ist.

Bildung und Besitz müssen die führenden Potenzen im Staate sein und bleiben. Aber der Besitz verhärtet sich leicht zu grausamer Klassenherrschaft und selbst die Bildung kann zu Mandarinentum verknöchern. Deshalb ist das allgemeine gleiche Stimmrecht für eine Versammlung von beschränkter Kompetenz wie unser Reichstag (der ja keine regierende Behörde ist) ein unentbehrliches Mittel, um stets ein frisches, angeregtes politisches Leben zu erhalten.

Mit der Auffassung der sozialen Frage hängt die Behandlung der sozialdemokratischen Partei zusammen. Wenn es wahr ist, was Fürst Bismarck gesagt hat, daß in den sozialdemokratischen Forderungen ein berechtigter Kern steckt, so kann man mit dieser Partei nicht, wie es jetzt beliebt wird, durch bloße Repression fertig werden. Diese fortwährend verschärfte Repression ist vielmehr äußerst schädlich und führt der Partei, statt ihr Abbruch zu thun, stets neue Kräfte zu. Bis tief in die bürgerlichen Kreise hinein ist ein wachsender Widerwille gegen das heutige Polizei-Regiment verbreitet und läßt eine freudige Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten nicht mehr recht aufkommen. Ich glaube keineswegs, daß wir deshalb einer Katastrophe zutreiben, dazu ist unser Staat viel zu stark und das revolutionäre Element viel zu schwach. Aber es wirft ein häßliches Licht auf unsere Zeit, daß die Regierung nicht als eine unparteiische Gewalt über den verschiedenen Ständen, sondern als der Bundesgenosse, ja sogar als das Instrument der Besitzenden gegen die Nicht-Besitzenden betrachtet wird.

Um die Regierung an sich zu fesseln, wird von kapitalistischen Parteien und Zeitungen die sozialdemokratische Gefahr auf das Ungeheuerlichste übertrieben. Gewiß sind die Ideen, denen die Sozialdemokratie huldigt, staatsfeindlich, aber man vergesse nicht, daß es Zeiten gegeben hat, wo der Liberalismus sehr ähnlich dachte und der Katholizismus ist prinzipiell jedenfalls noch in höherem Sinne international als die Sozialdemokratie. Der Liberalismus hat noch vor einem Menschenalter viel geschwärmt von der allgemeinen europäischen Republik und der Vortrefflichkeit und Billigkeit bürgerlicher Milizheere. Der Katholizismus hat sogar ein sichtbares internationales Oberhaupt und seine Organisation gehört zu seinem Wesen, während das Internationale an der Sozialdemokratie nur ein Accidens ist, das sie morgen

ablegen könnte, wenn die Umstände es ihr rätlich erscheinen ließen. Wie viele, die heute das Zentrum zu den nationalen Parteien rechnen, haben in ihm vor zwanzig Jahren den ewigen und unversöhnlichen Reichsfeind gesehen! Der Liberalismus aber wie der Katholizismus haben sich endlich zu annehmbaren Kompromissen mit dem Staat bereit finden lassen und wenn die Sozialdemokratie das auch, soviel davon auf dem Stuttgarter Parteitag die Rede gewesen ist, vielleicht nie thun wird, so ist sie doch von vornherein viel schwächer als die beiden anderen genannten Parteien und der Staat kann leben, auch wenn sie ihm ewig feindlich bleibt. Der Liberalismus umfaßte einmal fast die ganze Bevölkerung oder zog sie wenigstens hinter sich her: der Katholizismus ist die zäheste und größte Weltmacht, die die Geschichte kennt. Die Sozialdemokratie ist von vornherein auf einen ganz in der Minorität befindlichen, wirtschaftlich sehr schwachen Stand beschränkt. Die Vorstellung, daß dieser Stand fortwährend zunehmen, der ganze Mittelstand allmählich ausschmelzen, die Welt in Millionäre und Proletarier zerfallen würde, ist längst durch die Praxis widerlegt und wird kaum noch hier und da in der Theorie behauptet. Außerhalb Deutschlands und einiger Mittelstaaten bedeutet die Sozialdemokratie überhaupt nichts. Von je, namentlich in der Satire der beiden „sozialdemokratischen Denkschriften" (Nr. 18 und 19 dieser Sammlung) haben die „Jahrbücher" die Auffassung verfochten, daß die Partei bereits dem Höhepunkt ihrer Entwickelung recht nahe sei und die letzten Reichstagswahlen haben das bestätigt. Obgleich die Verhältnisse ganz ungewöhnlich günstig waren, keine allgemeine nationale Wahlparole, Mißstimmung in weiten Kreisen, Zank unter den bürgerlichen Parteien, so haben die Sozialdemokraten doch eine Anzahl ihrer alten Sitze verloren und im ganzen nicht mehr als acht neue gewonnen und auch diese nur durch die Hilfe anderer Parteien in den Stichwahlen. Was sie jetzt noch zu gewinnen haben, ist eine gewisse Minorität in einer Anzahl von Wahlkreisen, wohin sie bisher nicht gelangt waren, aber nur noch äußerst wenig Majoritäten und damit Sitze im Reichstag. Im Gegenteil, die bürgerlichen Parteien brauchen bloß zusammen zu halten und ihnen nicht mehr in den Stichwahlen ihre Stimmen zuzuwenden, so sind die Sozialdemokraten auf einen Schlag 24 von ihren 56 Sitzen wieder los. Wenn die ängstlichen Gemüter trotzdem wieder ein neues Sozialistengesetz verlangen, so pflegt ihnen entgegen

gehalten zu werden, daß das alte Sozialistengesetz ihrem Wachstum keinen Abbruch gethan, sondern daß die Partei im Gegenteil seit dem Erlöschen dieses Gesetzes viel langsamer gewachsen ist, als unter seiner Herrschaft. Nach einer sehr interessanten Berechnung in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 14) sind die Sozialdemokraten auf das Jahr berechnet

von 1881—84 jährlich um 80 000
„ 1884—87 „ „ 70 000
„ 1887—90 „ „ 220 000
„ 1890—93 „ „ 120 000
„ 1893—98 „ „ 64 000

Stimmen gewachsen. Sieben Monate nach der Wahl von 1890 erlosch das Sozialistengesetz, seitdem ist also der Zuwachs immer kleiner geworden: und man könnte aus diesen Zahlen geradezu schließen, daß das Gesetz die Partei gefördert hat. In Wahrheit hat das Gesetz auf das äußere Wachsen der Partei überhaupt wenig Einfluß gehabt. Die langsame Vermehrung seit 1890 erklärt sich einfach daraus, daß die für die umstürzlerischen Lehren empfänglichen Elemente des Volkes allmählich infiziert sind und weiterer Stoff nicht mehr viel vorhanden ist. Um so zweckloser wäre ein neues Gesetz und völlig zweckwidrig, eine Halbheit schlimmster Art ist das Bestreben, durch möglichst extensive Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, also durch immer weitere Ausdehnung der Polizei-Gewalt der Bewegung kleine Hindernisse in den Weg zu legen. Entschließt sich erst die Polizei, die Sozialdemokratie sich selbst zu überlassen, und nimmt der Staat zugleich die soziale Gesetzgebung wieder auf, so ist es gar keine Frage, daß die Revolutionäre unter sich in Zwiespalt geraten und ein nicht geringer Teil der verführten Arbeiterschaft zu patriotischer Gesinnung und den Idealen nationaler Politik zurückkehren wird, an denen sie früher gehangen hat wie die anderen Volksklassen und bei den anderen Kulturvölkern noch heute thut. Nicht Schlechtigkeit des deutschen Volkscharakters, sondern falsche Politik hat so große Bruchteile unserer Nation zu „vaterlandslosen Gesellen“ gemacht.

Auch die Kolonialpolitik sehe ich ebenso unter dem nationalen wie unter dem sozialen Gesichtspunkt an. Mit immer gesteigertem Erfolge und gesteigerter Intensität ist Europa seit 400 Jahren an der Arbeit sich die übrige Welt zu unterwerfen und in seine Kultursphäre

hineinzuziehen. Einige Stellen mögen existieren, namentlich Japan, Indien, wo eingeborene Kulturen oder Halbkulturen imstande sind, der europäischen Umarmung sich zu entziehen und dauernd ein eigenes Dasein zu behaupten. Aber selbst diese Völker und Landschaften treten zum wenigsten unter einen sehr starken Einfluß oder aber unter die äußere Herrschaft europäischer Mächte. Amerika ist bereits vollständig europäisiert. Es ist für die Zukunft der Menschheit von entscheidender Bedeutung, daß bei diesem Prozeß ein gewisses Gleichgewicht der großen Nationen untereinander gewahrt oder wiederhergestellt werde. Fallen alle außereuropäischen Länder nur einer oder zwei Nationen zu, so erdrücken sie mit dieser Übermacht einmal alle anderen. Die Welt darf aber weder einmal vollständig englisch noch russisch werden. Ganz abgesehen davon, daß wir Deutsche uns als deutsches Volk für alle Menschen ermeßbare Zeiten behaupten wollen, selbst unter dem allgemeinsten Gesichtspunkt, selbst vom Standpunkt desjenigen Volkes aus, das am meisten Aussicht haben möchte, einmal das weltbeherrschende zu werden, der Engländer, muß zugegeben werden, daß der geistige Reichtum unserer Epoche auf einem Nebeneinander vieler großer und kleinerer Kulturvölker beruht, von denen jedes seine Eigentümlichkeit entwickeln, die anderen beeinflussen und von ihnen wieder beeinflußt werden muß. Es wäre ein unersetzlicher Verlust, auch vom deutschen Standpunkte aus, wenn die Welt einmal der Mitwirkung einer so genial beanlagten Rasse wie der französischen entbehren sollte. Wäre aber einmal die außereuropäische Welt völlig an ein oder zwei Sprachen, also die englische und russische aufgeteilt, so wäre es unmöglich, daß die unbeteiligten europäischen Völker sich gegen solche Riesenmächte auf die Dauer behaupten. Das ist der Grund, weshalb Deutschland notwendig eine Kolonialpolitik im großen Stile betreiben muß. Deutschland muß nachzuholen suchen, was es in den letzten Jahrhunderten leider versäumt hat. Es muß große außereuropäische Gebiete schaffen, in denen die deutsche Nationalität, die deutsche Sprache und das deutsche Geistesleben die Möglichkeit weiterer Entfaltung haben. Da die Deutschen innerhalb Europas ein verhältnismäßig so großes Sprachgebiet, viel größer als das englische, französische oder italienische besitzen, so ist es keineswegs unmöglich, auch wenn unsere außereuropäischen Besitzungen in mäßigen Grenzen bleiben, doch den gleichen Rang mit den anderen Völkern zu behaupten. Eine ebenso große wie schwierige Aufgabe ist

der deutschen Politik hiermit gestellt; sie ist um so schwieriger, als sie in einem gewissen Widerspruch mit der anderen überlieferten Aufgabe unserer auswärtigen Politik steht, nämlich der Abwehr des französischen Revanchegedankens. Es ist das ein Widerspruch insofern hier Frankreich als der eigentliche Feind Deutschlands erscheint, während in der Kolonialpolitik Frankreich und Deutschland die beiden natürlichen Verbündeten gegenüber den kolonialen Großmächten England und Rußland sind. Auch wenn der Revanchegedanke in Frankreich zeitweilig zurücktritt, auf lange hinaus wird er doch im innersten Herzen des französischen Volkes weiterleben und die deutsche Politik darf sich darüber nicht täuschen. Aber ebensowenig darf sie vergessen, daß hier nur eine negative Aufgabe vorliegt. Die positive Aufgabe des Deutschen Reiches ist die Ausbreitung des Deutschtums in den verschiedenen Formen der Kolonisierung, und hier sind die Franzosen unsere natürlichen Bundesgenossen.

Die Kolonialpolitik ist aber auch sozialpolitisch von höchster Bedeutung. Jedes gesunde Volk hat einen Überschuß an Menschenkraft, für den es neue Gebiete zu erwerben trachtet. Am stärksten aber ist dieser Überschuß in den höheren Ständen. Unausgesetzt drängen die tüchtigsten Elemente aus den unteren Schichten der Bevölkerung nach oben und gerade für sie einen Bewegungsraum zu schaffen, ist, auch wenn die Zahl nicht so sehr groß ist, eine der wichtigsten Bedingungen für ein befriedigtes soziales Dasein. Die Überkraft des deutschen Volkes im Mittelalter hat das heutige Österreich, das halbe Böhmen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Preußen slavischen und anderen Stämmen entrissen und selber bevölkert. Aber der deutsche Ritter, Mönch und Kaufmann, die führenden Stände jener Epoche, fanden selbst auf diesem ungeheuren Gebiet keinen genügenden Raum und haben, noch weiter ausgreifend, Livland, Esthland, Kurland unter die deutsche Herrschaft gebracht und mit deutschem Geiste erfüllt, wenn auch für die Massenkolonisation keine Kräfte mehr übrig waren und infolgedessen die Bevölkerung dieser Landschaften bis auf den heutigen Tag lettisch und esthnisch geblieben ist. Heute haben wir einen ähnlichen Überschuß von Gebildeten vielleicht in noch höherem Maße und es kann keine größere moralische Verschwendung, Verwüstung darf man sagen, geben, als wenn die jungen Männer, auf die die höchsten Mittel der Ausbildung und Erziehung verwendet sind, in den Jahren der größten Leistungsfähigkeit von 24—35, wie es heute so

vielfach geschieht, brach liegen müssen. Mit unseren überzähligen Assessoren, Doktoren der Philosophie, Technikern und Kaufleuten könnten wir ein Indien regieren, so gut wie die Engländer. Unter Kolonialpolitik verstehe ich deshalb nicht bloß die Gründung von Kolonien im eigentlichen Sinne, auch nicht die mittelbare Beherrschung von Gebieten wie Schantung, sondern auch die Eröffnung und Gewinnung von Thätigkeiten, wie sie sich infolge der Orientpolitik und namentlich der letzten Orientreise des Kaisers den Deutschen heute im türkischen Reiche bieten. Hier behält der Deutsche seine Nationalität, die er in Amerika verliert. Ob es auf die Dauer gelingen wird, wirklich das deutsche Element in diesen großen Ländern ältester Kultur, wenn nicht zum herrschenden, so doch zum führenden zu machen, mag dahingestellt sein. Daß es eine Politik nicht ohne Gefahren ist, ein Unternehmen, das uns in scharfe Friktion, namentlich mit Rußland bringen kann, ist unverkennbar. Dennoch ist hier ein richtiges Ziel aufgesteckt und es wäre Mangel an Selbstvertrauen und Mut, wenn man es nicht ins Auge fassen und darauf los gehen wollte. Es ist richtig, daß Fürst Bismarck von dieser Politik nichts hat wissen wollen: er sah die zukünftigen Konflikte, in die sie uns bringen wird. Um so größer das Verdienst der heutigen Regierung. Deutschland konnte sich unmöglich auf die Dauer mit der rein negativen Politik der Abwehrung Frankreichs, der Erhaltung des Friedens und hier und da eines Kolonisationsversuchs unter den Negern begnügen. Ein großes Volk muß große Ziele haben. Für den alternden Gründer des Deutschen Reiches war es gewiß nicht im geringsten ein Vorwurf, daß er sich mit dem Festhalten des Gewonnenen begnügte und nicht von neuem in das Meer unabsehbarer Entwurfe hinaussteuern wollte. Aber die Regierung wäre keineswegs die wahre Erbin Bismarckschen Geistes, die sich nie getrauen wollte, uber das, was er gesagt oder gethan, hinauszugehen. Nur im Fortschreiten bewährt sich die Kraft.

Es braucht kaum ausgesprochen zu werden, daß diese Auffassung von den Aufgaben unserer auswärtigen Politik die höchste Steigerung unserer Wehrmacht zu Lande und zu Wasser fordert, die nur irgend erreichbar ist. Der gesteigerte Wohlstand erlaubt uns, das Allergrößte ins Auge zu fassen und die Zukunft der Nation verlangt gebieterisch, daß nichts gespart und kein Opfer gescheut werde.

Auch im Innern scheint der nationalen Politik eine große Aufgabe

gestellt. Wir haben über 3 000 000 Staatsbürger fremder Nationalität in Deutschland, fast ausschließlich in Preußen und in Lothringen. Die herrschende Vorstellung dürfte etwa so wiederzugeben sein. Es ist die Aufgabe des Staates, die fremden Elemente zunächst dem Deutschtum möglichst zu assimilieren, um sie allmählich ganz in unsere Nationalität übergehen zu lassen. Zu dem Zweck muß die fremde Zuwanderung, besonders die polnische, möglichst beschränkt werden, die Agitation die das polnische, dänische, französische Nationalgefühl anregt, unterdrückt, durch deutsches Schulwesen die deutsche Sprache unter ihnen verbreitet, und damit der Übergang erleichtert werden. Ansetzung deutscher Kolonisten in den fremdsprachigen Gebieten vermag zugleich das deutsche Element direkt zu stärken und den Kern für weitere Ausbreitung abzugeben. — Auch ich habe, als diese Ideen Mitte der 80er Jahre aufkamen, ihnen gehuldigt, allmählich aber mehr und mehr erkannt, daß der hier vorgeschriebene Weg nicht zum Ziel führt. Gegen den Vorwurf, daß es sich um Parteinahme für eine fremde Nationalität handele, daß mich sentimentale Weltverbrüderung treibe, brauche ich mich nicht zu verteidigen. Der Vorwurf gehört zu denen, die erhoben zu werden pflegen, wenn man es vermeiden möchte, in eine sachliche Diskussion einzugehen.

Wer mich bekämpfen will, von dem darf ich verlangen, daß er, statt mich zu verdächtigen und zu beschimpfen, oder wenigstens, wenn man das durchaus nicht lassen kann, neben dem Verdächtigen und Beschimpfen auch auf das antworte, was ich sage, und was ich sage, ist einfach genug. Ich behaupte, daß die Mittel, die man gegen die undeutschen Nationalitäten anwendet, nicht zum Ziele führen können, daß sie die Germanisierung nicht befördern, sondern hemmen, daß, wenn man auf diesem Wege fortfährt, unsere Ostmarken mit der Zeit nicht mehr und mehr germanisiert, sondern polonisiert werden müssen.

Hier noch einmal in kurzem Wort die Gründe, die ich immer wieder für meine Auffassung ins Feld geführt habe, und die keineswegs mir allein einleuchten, sondern von denen ich weiß, daß sie von vielen ausgezeichneten Männern und insbesondere vortrefflichen Kennern der Provinz Posen als zutreffend anerkannt werden.

Man lehrt die polnischen Kinder in der Schule die deutsche Sprache. Über den Erfolg dieses Unterrichts gehen die Berichte auseinander. Die einen sagen, daß thatsächlich den Kindern ziemlich viel

Deutsch beigebracht werde. Die anderen behaupten, daß das Scheinerfolge seien, da ein wirklicher Volksschulunterricht in einer den Kindern fremden Sprache, die der Lehrer ihnen erst beibringen soll, unmöglich sei, und daß nichts als ein wertloses Auswendiglernen vor sich gehe. Die Zahl der Kinder ist viel zu groß, die Zeit des Unterrichts viel zu kurz, als daß die Schwierigkeit der fremden Sprache überwunden werden könnte. Angenommen nun aber auch, es würde thatsächlich ein ganz guter Unterricht auf diese Weise erteilt, so ist es ein Irrtum, daß das Deutschtum dabei irgend etwas gewänne. Ein Pole, der deutsch spricht, ist darum noch lange kein Deutscher: im Gegenteil, es wird ihm, wenn er Pole bleibt, nur eine Waffe in die Hand gegeben, um das Deutschtum desto besser zu bekämpfen. Für den Staat, für den Militärdienst, Gericht und Verwaltung, ist es natürlich sehr viel bequemer, wenn auch die Polen und Dänen einigermaßen Deutsch können. National aber ist es schädlich. Wird es hier und da einem Polen erleichtert, den Übergang zum Deutschtum zu finden, so sind das doch nur einzelne: die große Masse bleibt polnisch und benutzt ihr Deutsch nur, um den Deutschen Konkurrenz zu machen. Wollte man ausschließlich den nationalen Vorteil im Auge behalten, so müßte man die Polen nicht nur nicht im Deutschen, sondern möglichst gar nicht unterrichten, damit die Massen auf einer tiefen, wirtschaftlichen und sozialen Stufe stehen bleiben, und die sich aus eigener Kraft daraus emporheben, kein anderes Mittel haben, als sich an das Deutschtum anzuschließen. Das ist natürlich in einem zivilisierten Staate wie Preußen unmöglich. Wir müssen der polnischen Jugend so gut wie der deutschen eine gewisse Bildung geben, die sie zum weiteren Fortkommen befähigt, aber wir brauchen ihr durchaus nicht mehr zu geben, als die strengste Pflicht erfordert, namentlich also nur das Deutsche so weit, als sie es selber wünschen. Der Unterschied gegen den heutigen Zustand würde wahrscheinlich gar nicht so groß werden, da die Polen sehr gut wissen, wie nützlich und wichtig für sie die Kenntnis der deutschen Sprache ist. Der Gewinn aber, wenn man den Zwang wegläßt und es ganz ihrer eigenen Entschließung anheim giebt, ist, daß die Reaktion, die jeder Zwang hervorruft, zum Wegfall gebracht wird. Der Pole, der heute zwangsweise Deutsch lernt, wird dadurch nicht gleichzeitig mit einem Anflug deutscher Gesinnung erfüllt, sondern im Gegenteil, sein natürlicher Widerspruch gegen das Deutschtum wird

verstärkt. Der energische Zusammenhalt in der Nation, der ihre Stärke ausmacht, wird durch diesen von Jugend auf empfundenen Zwang, der tagtäglich in jeder Familie Klage hervorruft, außerordentlich vermehrt. Der Sohn, der zu Hause klagt, wie schlecht es ihm in der Schule mit der fremden Sprache geht und wieviel er deshalb von dem Lehrer dulden muß, wird von Vater und Mutter in seinem inneren Widerstande bestärkt; hat aber der Vater selber beschlossen, daß er ihn die Sprache lernen lassen will, so arbeitet er den Lehrern in die Hand, um in dem Kinde den natürlichen Widerwillen zu überwinden. Sowohl wenn die Polen gar kein Deutsch lernen, wie wenn sie es freiwillig und aus eigenem Antriebe lernen, ist es für das Deutschtum vorteilhaft. Wenn es ihnen aber zwangsweise beigebracht wird, ist es für das Deutschtum in jeder Beziehung schädlich, ganz besonders schädlich aber ist unser Schulsystem, weil es den Polen nicht gestattet, sich in befriedigender Weise in ihrer eigenen Sprache auszubilden. In der Provinz Posen sind ihnen gewisse, wenn auch ungenügende Zugeständnisse gemacht. In Oberschlesien und Westpreußen nicht. Die Kirchensprache ist nach wie vor polnisch, die Kinder aber kommen in den Konfirmandenunterricht, ohne ordentlich polnisch schreiben und lesen zu können. Infolgedessen hat die Geistlichkeit Veranlassung, täglich ebenfalls die Beschwerde des Nationalitätenkampfes zu erfahren, sich ihrer Beichtkinder anzunehmen und die antideutsche Stimmung zu nähren. Statt die Nationalitäten einander anzunähern, treibt unser Schulsystem sie auseinander.

Bei der Verhinderung der polnischen Einwanderung handelt es sich hauptsächlich um ländliche Arbeiter. Es ließe sich hören, selbst ganz abgesehen vom Nationalitätenstreit, daß man diese Elemente auszuschließen sucht, da sie auf einer sehr niederen sozial-ethischen Stufe stehen und wo sie hinkommen, das soziale Niveau ihres Standes noch herunterdrücken. Dennoch muß man sich dagegen erklären, weil es undurchführbar ist. Das Bedürfnis nach Arbeitern ist in Deutschland so groß, daß wir des polnischen Zuzuges nicht entbehren können. Das Gegenmittel wäre Zerschlagung eines Teiles der Rittergüter und Verwandlung in kleine Bauernstellen, ein Prozeß, der aus vielen Gründen wünschenswert ist, sich aber naturgemäß sehr langsam vollzieht. Der östliche Grundbesitz leidet zur Zeit an Arbeitermangel noch mehr als unter niedrigen Preisen. Statt ihm zu helfen, vermehrt man hier

noch künstlich seine Not. Namentlich hat es gar keinen Zweck, die Zuwanderung polnischer Arbeiter in die rein deutschen Gegenden zu unterbinden; im besonderen die große Menge polnischer Arbeiter im westfälischen Industriebezirk mag wohl augenblicklich Unbequemlichkeiten schaffen, auf die Dauer muß sie sich notwendig germanisieren.

Die Ansetzung deutscher Bauern auf polnischem Boden ist sozial und wirtschaftlich eine höchst nützliche That, national wird damit äußerst wenig geleistet. Der Staat verzinst das Kapital, eingerechnet die General-Unkosten, nur mit 1¾ %, schenkt also jedem Kolonisten im Durchschnitt die Hälfte seines Aufwandes. Alles in allem sind bis jetzt keine 1500 Bauerfamilien in den Osten gezogen worden, von denen jede einzelne dem Staate 16000 Mark gekostet hat, die nur zur Hälfte verzinst werden. (Vergl. den Nachweis, Preuß. Jahrb. Bd. 90 S. 574, Bd. 109 S. 176.)

Für den polnischen Agitator kann es ein besseres System als das unsere kaum geben. Irgend eine wirkliche Zurückdrückung des Polentums findet nicht statt. Die Polen werden wirtschaftlich und kulturell besser gefördert als die Deutschen, und gleichzeitig wird in ihnen das Gefühl, daß sie Unterthanen zweiter Klasse sind, daß der König viel lieber an ihrer Stelle Deutsche hätte, fortwährend genährt. Die Volksschule in fremder Sprache läßt die Agitation keinen Tag einschlafen und nun steigert sich der nationale Gegensatz zu immer größerer Bitterkeit. Erinnern sich die Polen ihrer eigenen Sprache und Geschichte, ihrer ehemaligen nationalen Größe, so wird ihnen sofort entgegengehalten, eure Agitation ist landesverräterisch, ihr arbeitet auf die Lostrennung dieser Provinz von der preußischen Monarchie hin, man muß euch mißtrauen, man muß euch entgegenarbeiten, die Beamtenstellen müssen möglichst mit Deutschen besetzt werden, der polnischen Propaganda muß durch Anregung des deutschen National-gefühls Widerstand geleistet werden. Alle diese Konsequenzen sind gar nicht abzuweisen, aber es ist klar, daß damit auch der Agitation immer neuer Stoff zugeführt wird. Und so sind wir im Zustand des ewigen Krieges, einem Zustand, der notwendig zum Vorteil der Polen ausschlagen muß. Sie sind die Unterdrückten, die naturgemäß besser zusammenhalten und den wirtschaftlichen, gegenseitigen Boykott strenger durchführen; sie haben den Anhalt an der katholischen Kirche; der zufällige wirtschaftliche Umstand, daß aus Russischpolen dauernd Zuzug

stattfindet, kommt ihnen in den unteren Ständen zu Gute, und in den oberen haben sie den Vorteil, daß die ganze Intelligenz, die bei uns vom Staate, von den Behörden und vom Offizierkorps verbraucht wird, bei ihnen dem Wirtschaftsleben zuströmt. Wir haben sie ihres Nationalstaates entledigt, aber ihnen auch damit die Last, die ungeheure Last der Staatsfunktionen abgenommen. So geschieht es, daß unter allem Druck, und man mag ihn verstärken, so sehr man will, die polnische Nationalität nicht zurückgeht, sondern sich behauptet und sogar gegen die sonst so sehr überlegene deutsche noch vordringt.

Verdiene ich Tadel, daß ich auf diese sich immer stärker aufdrängende Erfahrung aufmerksam mache?

Sollte es wirklich kein anderes System der Behandlung abgesprengter Nationalitäts-Bruchteile geben?

Wie haben es denn die Franzosen angefangen, daß die guten elsässer Deutschen sich nicht nur willig, sondern sogar mit zäher inniger Liebe, indem sie ihr Deutschtum doch dabei bewahrten, dem fremden Staate anschlossen?

Das System der Behandlung der Nationalitätsfrage, das in diesen Jahrbüchern vorgeschlagen und vertreten wurden ist, bewegt sich in folgenden Linien: Es ist ausgegangen von dem Satz, daß im Streit der Nationalitäten es das Interesse der höher stehenden, also bei uns des Deutschtums ist, den nationalen Gegensatz möglichst nicht zu verschärfen, sondern abzuschwächen. Je weniger die Polen gereizt werden, je weniger sie unter sich zusammenhalten, je schwächer der moralische Accent ist, der auf die Behauptung der Nationalität gelegt wird, desto leichter entäußert sich der einzelne der Nationalität, desto leichter findet der Übergang von der einen zur anderen, also naturgemäß von der niederen zur höheren, vom Polentum zum Deutschtum statt. Vor allem aber ist darauf hinzustreben, daß die Polen sich spalten. Unmittelbar nach 1870 wäre es nach Ansichten guter Kenner jener Landschaften möglich gewesen, die polnische Bauernschaft für den preußischen Staat zu gewinnen. In diesem Stande gab es noch eine lebendige Erinnerung an die frühere Leibeigenschaft und ein sehr gutes Verständnis für das, was man dem preußischen Staat verdankt. Die Polen haben sich 1866 und 1870 so gut für ihren König geschlagen, wie irgend welche Deutsche. Da kam der Kulturkampf und trieb die ganze Masse des polnischen

Volkes wieder in die Hände der Geistlichkeit und des Adels. Man ist heute geneigt, dem Fürsten Bismarck den Kulturkampf schlechtweg als einen Fehler anzurechnen. Ich thue das nicht. Ich glaube, daß dieser Kampf aus sehr tief liegenden Gründen ganz unvermeidlich war, und daß es auch unrichtig ist, den Ausgang einfach als eine Niederlage des Staates darzustellen. Aber mag man nun über den Kulturkampf im ganzen denken wie man will, in dem Nationalitätenstreit des Ostens hat er einen unendlichen Schaden gestiftet. Aus ihm recht eigentlich haben die Polen die Kraft gesogen, über die sie heute verfügen.

Ein ernsthafter Politiker soll nur Ziele ins Auge fassen, die erreichbar oder wenigstens annähernd erreichbar sind. Strebt man nach unmöglichen Dingen, so gerät man in Halbheiten, die das Übel ärger machen. Das ist es, was ich unserer Polenpolitik vorwerfe. Gewiß ist es höchst unbequem, daß wir in unseren Ostmarken 3 000 000 Mitbürger fremder Zunge haben und wenn es ein Mittel gäbe, alle diese Polen mit der Zeit in Deutsche zu verwandeln oder zur Auswanderung zu vermögen, so würde ich gewiß dafür sein. Daß wir auf dem heute eingeschlagenen Wege nicht dahin gelangen können, wird ja auch indirekt damit zugegeben, daß man amtlich als den Zweck der Polenpolitik immer bloß hinstellt die Unterdrückung der Agitation und Eindämmung der Fortschritte des Polentums. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß man mit den angewendeten Mitteln die Polonisierung nicht hemmt, sondern im Gegenteil befördert. Und was die Agitation betrifft, so ist sie niemals vollständig zu unterdrücken, weil wir in einem konstitutionellen Staate leben. Die Russen haben in ihrem Anteil von Polen und den deutschen Ostseeprovinzen thatsächlich die Agitation mit den furchtbarsten Mitteln völlig erstickt. Ob es ihnen auf die Dauer helfen wird, ist noch sehr die Frage. In Preußen aber, wo die Freiheit der Presse, der Vereine und Versammlungen gesetzlich festgelegt ist, kann zwar im einzelnen manche Repression geübt werden, im ganzen ist wenig zu machen, und eine Agitation, die man nicht völlig unterdrücken kann, wird durch die kleinen Repressionsmaßregeln mehr geschürt und genährt als gestört.

So einleuchtend mir alle diese Erwägungen zu sein scheinen, so bekenne ich doch offen, daß kaum eine Hoffnung besteht, daß unsere Politik in absehbarer Zeit eine bessere werde. Zwei der allerstärksten Faktoren des heutigen Lebens wirken zusammen, uns hier immer

weiter auf der verhängnisvollen Bahn vorwärts zu treiben: der nationale Fanatismus und die bureaukratische Regierungssucht. Von der großen Menge ist nicht zu verlangen, daß sie sich das dänische oder polnische Problem in seinen Einzelheiten klar macht und erwägt, ob die angewandten Mittel zweckmäßig oder zweckwidrig sind. Sie hat nur die Empfindung: hier lebt auf dem Boden unseres Staates ein uns feindliches Element, also, schließt man, muß es auch bekämpft werden, je energischer, desto besser und wer dem widerspricht, hat keine nationale Gesinnung. Ganz ebenso glaubt der richtige strenge preußische Beamte, eine gute Verwaltung könne alles, also auch Polen in Deutsche verwandeln und der Gedanke, daß die Weisheit einmal in der Zurückhaltung der Behörden bestehen könne, schmeckt ihm nach Umsturz und Revolution.

Hier erst tritt die ganze Bedeutung des Gegensatzes zu Tage. Es handelt sich nicht bloß um den Schaden, den die falsche Politik in unseren Grenzmarken anrichtet: dieserhalb würde ich nicht immer wieder auf die Frage zurückkommen. So bedauerlich es ist, daß hier statt der Deutschen die Undeutschen gefördert werden, daß das böse Beispiel außerhalb des Deutschen Reichs allenthalben, wo die deutschen Minoritäten bedrängt werden, gegen sie ausgenützt und daß das moralische Ansehen unseres Staates unter den Völkern beeinträchtigt wird, das alles erscheint geringfügig und nebensächlich, wenn man die treibenden Kräfte und ihren Charakter ins Auge faßt. Nationales Empfinden in den Massen und die Regierung durch ein intelligentes Beamtentum sind die Grundsäulen unseres politischen Daseins. Das hohe Ideal unserer Väter war, daß der deutsche Nationalstaat einmal entstehen solle, ohne daß der Deutsche in die Gehässigkeit und Exklusivität verfalle, die wir bei anderen Nationen als Chauvinismus, Jingotum, Moskowiterei brandmarken. Eine feste Staatsautorität sollte sich vereinigen mit freier Entfaltung die Individualität, die für kein Volk unentbehrlicher ist, weil keines damit so reich begnadet ist, als das unsere. Dieses Ideal droht uns verloren zu gehen. Die edleren Geister beginnen mit Schrecken auf die Formen zu sehen, in denen sich heute das nationale Gefühl bewegt und auf die Sorte von Menschen, die sich erdreistet, in nationalen Fragen die Führung zu übernehmen. Die Staatsautorität erscheint als Vielregiererei und Polizei-Willkür. Das naturgemäße Vorwalten der Besitzenden artet

aus in Klassenherrschaft und alle diese bösen Mächte schließen sich zusammmen, um den freien Geist des deutschen Volkes in die Schranken zu bannen, die sie ihm vorschreiben. Noch ist das alles in den Anfängen, aber die Anfänge sind da: es gilt zu sorgen, daß rechtzeitig Einhalt gethan werde und deshalb muß gewarnt und dem deutschen Volk ebenso wie nach außen „mehr dich", nach innen „wehr dich" zugerufen werden.

22. 1. 99.

Zukunftskrieg und Zukunftsfriede.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 96, Mai-Heft 1899.)

„Der Religionskrieg ist die Blüte der Menschheit," verkündete einmal Friedrich Schlegel. Welch ein furchtbarer Ausspruch! Ist nicht der Religionskrieg die schrecklichste aller menschlichen Verirrungen? Wir schaudern, wenn wir der Opfer des Hexenwahnes gedenken, aber es sind, wenn auch noch so viele, doch immer nur einzelne gewesen, die hier zu Tode gepeinigt wurden. Die Religionskriege aber, nicht minder grausam als die Hexen-Prozesse trafen ganze Völker, verwüsteten ganze Länder, mordeten ohne Unterschied Männer, Weiber, Kinder oder folterten die Gewissen derer, die die körperliche Pein nicht zu ertragen vermochten — und das um der Religion willen, um des ewig Geheimnisvollen, des Unerforschlichen willen, das vielleicht das gläubige Gemüt aus innerstem, eigenem Antrieb erfassen, von keiner äußeren Macht aber sich aufzwingen lassen kann, ohne sich selbst wie das Heilige zu entwürdigen und in sein Gegenteil zu verkehren.

Religion, das Tiefste, Feinste und Heiligste — Krieg das Äußerlichste, Gewaltthätigste, Grausamste: wie konnten diese beiden Begriffe je zu einem zusammengefaßt, wie kann diese Zusammenfassung gar als eine edle Blüte der Menschheit gepriesen werden?

War der Mann von Sinnen, der jenes Wort sprach? War es ein in seinem Amt verhärteter Großinquisitor?

Es war Friedrich Schlegel, der Freund Schleiermachers, eines der Häupter einer großen litterarischen Schule in Deutschland in der Epoche unserer höchsten geistigen Kultur.

Was hat er sich dabei gedacht?

Er meinte, gerade weil die Religion das Wertvollste und Heiligste sei, deshalb sei ein Krieg, um dieses höchste aller Güter geführt, auch

der ruhmvollste. Der Krieg bewährt die Größe der Menschheit im Heldentum. Noch größer als der Held ist der Märtyrer. Giebt es etwas Ehrwürdigeres als einen Menschen, vielleicht eine zarte Frau, die für ihre Überzeugung stirbt? Der Religionskrieg zeugt beide, ebensowohl die Helden wie die Märtyrer. Er bietet beide höchsten aller Erscheinungen: er zeigt die Menschheit auf ihrem Gipfel. Der Religionskrieg ist die Blüte der Menschheit.

Das eben ist das tragische Geschick des Menschen: daß sich das Erhabene nur vollzieht auf dem Hintergrund des Entsetzlichen. Ohne Patroklus' und Hektors Tod keine Ilias. Antigone begräbt den Bruder, der seinen Bruder erschlagen. Jokaste ist Ödipus' Mutter und Gattin zugleich. Desdemona stirbt unschuldig. Treue zu wahren rächt Chrimhilde ihren Gatten, und um ihrem König und ihrem Genossen Hagen die Treue zu halten, müssen alle die herrlichen Nibelungen-Helden sterben und um der Ehre willen Dietrichs Amelungen dazu. Wäre Sokrates ganz er ohne die abergläubische Menge, die ihn zum Giftbecher verdammte? Im Tode, ja im Tode am Kreuz offenbarte sich der Sohn Gottes.

Seit die Menschheit sich zur religiösen Toleranz durchgerungen, zeugt sie keine Märtyrer mehr. Aber sollten wir etwa zu den Scheiterhaufen zurückkehren, damit die Glaubenskraft sich im Feuertode bewähren könne?

Thörichte Frage. Es giebt niemand, der dergleichen verlangt. Ebensowenig sollte man argumentieren: wir müssen den Krieg behalten, damit das Heldentum in der Welt nicht aussterbe. Wohl darf man sagen: über alle Schrecken des Krieges erhebt sich der Heldenmut, der stärker ist als der Tod und das eigene Leben hingiebt für die Pflicht und deshalb ist der Krieg keineswegs bloß eine barbarische, sondern auch eine hohe ethische Erscheinung. Aber man darf nicht um dieses ethischen Wertes willen den Krieg erhalten und führen wollen, wenn er sonst vermeidbar und abschaffbar wäre. Das große gewaltige Schicksal, welches den Menschen erhebt, wenn es den Menschen zermalmt, mag uns solche Prüfungen auferlegen und wir mögen sehen, wie wir sie bestehen und uns darin bewähren. Aber freiwillig darf der Mensch solches Schicksal nicht heraufbeschwören und herausfordern, wenn es zu vermeiden ist, denn das hieße, Gott versuchen. Es ist wahr, daß die Menschheit sehr ärmlich sein würde,

wenn sie keine Helden mehr hätte, und der Rest, den Schiffer und Feuerwehren, Bakterienforscher, Ärzte und Reisende bieten, würde sich dürftig machen, wenn man ihn auch nur mit einem einzigen Bataillon vergleicht, das zum Sturm auf eine Batterie schreitet. Dennoch können die Verteidiger des Krieges nichts schlechteres thun, als den Krieg um des Krieges willen wünschen. Das erscheint als Mutwille und nicht als Tapferkeit. Die Heldendichter selber preisen den Frieden „φιλοφροσύνη γὰρ ἀμείνων λήγεμεναι δ' ἔριδος κακομηχάνου“ (Friedfertigkeit ist besser: aufzuhören mit dem unheilvollen Streit) spricht Peleus zu seinem Sohne, dem streitsüchtigen Achill, und ein anderer alter Grieche, vielleicht Pindar, sang: „Ὦ γλυκεῖ' εἰρήνα πλουτοδότειρα βροτοῖς“ (Süßer Friede, Reichtumspender den Sterblichen).

Wenn nun schon vor tausenden von Jahren die Helden selber so empfanden, weshalb hat die Menschheit sich noch nicht von dem schrecklichen Kriegsübel befreit? Oder haben wir Aussicht, daß endlich unsere Generationen, daß das kommende Jahrhundert die Befreiung bringe? Eine starke Bewegung geht heute durch die gebildete Welt. Seit den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts hat sie sich in immer stärkeren Wellen erhoben*, und jetzt hat der Gebieter des größten aller Kriegsheere, der russische Zar selber sich an die Spitze gestellt, um dem Gedanken des allgemeinen Friedens Raum zu schaffen. Wenn erst alle Welt einsieht, wenn rührige Redner und Vereine, wenn aufklärende Schriften allenthalben eindringen und jedermann beweisen, daß der Krieg ein Übel sei, sollte man ihn dann nicht abschaffen können? Auch die religiöse Toleranz hat viele Jahrhunderte für unmöglich gegolten — heute ist sie eine Thatsache. Daß die Weltgeschichte bisher voller Kriege war, daß, wie Napoleon III. es einmal ausdrückte, die Geschichte der Völker wesentlich die Geschichte der Heere bisher gewesen, ist kein Beweis, daß es so sein muß oder daß es immer so sein werde.

Von der bloßen Aufklärung aber, das sieht man bald, ist wenig zu hoffen. Vermöchte die natürliche Friedensliebe zivilisierter Völker und die Überzeugung von der Schrecklichkeit des Krieges diese Gottes-

* Für die früheren Friedensbewegungen verweise ich auf die beiden grundlegenden philosophischen Schriften von Ad. Lasson: „Das Kulturideal und der Krieg“ (1868) und „Prinzip und Zukunft des Völkerrechts“ (1871) und auf das schöne 1893 erschienene Buch von Max Jähns „Über Krieg, Frieden und Kultur“.

geißel aus der Welt zu schaffen, so wäre der jüngste spanisch-amerikanische Krieg gewiß vermieden worden. Es ist eine im eigentlichsten Sinne blutige Ironie der Weltgeschichte, daß, indem die Friedenspredigt eben anfing Beachtung zu finden, gerade dasjenige Volk zum Kriege schritt, in dem alle Elemente für eine Friedensbewegung am stärksten vertreten sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben kein im Frieden für den Krieg gerüstetes Heer, keinen kriegslustigen Adel, keinen ruhmbegierigen Monarchen, keine an kriegerischer Tradition und Heldenliedern genährte Jugend, sie sind ein ganz und gar von Friedens-Beschäftigungen und Bestrebungen erfülltes Geschlecht, in seinen idealen Trieben hauptsächlich religiös gerichtet — und dieses Volk unternimmt aus freiem Antriebe einen Eroberungskrieg. Was hat da die Friedenspredigt in dem von Waffen starrenden Europa für Aussicht?

Sind denn aber nicht die Religionskriege durch die allmählich durchdringende Aufklärung überwunden worden? Hat sich nicht hier die Kraft der Philosophie gezeigt? Hat nicht die bessere theoretische Einsicht in das Wesen des Glaubens die humanere Praxis im Gefolge gehabt?

Nein, der Zusammenhang war ein anderer. Allerdings ist es ein unermeßliches Verdienst der Philosophen und Litteraten der Aufklärung, die Idee der Toleranz durchgearbeitet und sie in die Herzen eingepflanzt zu haben, aber das konnte nicht geschehen, ohne daß eine politische Abwandlung den Zugang für diese Lehre eröffnete. Die Intoleranz, die zu religiöser Verfolgung und Kriegsgreueln führte, war nicht bloß der Ausfluß eines bösartigen Fanatismus, sondern eine politische Notwendigkeit. Königin Elisabeth von England verfolgte Katholiken und Sektierer mit großer Härte, nicht aus anglikanischem Glaubenseifer, denn sie selber war ein Kind der Renaissance und empfand kaum religiös, sondern weil ihr Statta und ihr Thron auf die Kirche aufgebaut waren. Mit Hilfe der Kirche hatten einst Pippin und Karl der Große das fränkische, Otto der Große das Deutsche Reich neu begründet. Es ist die Signatur des ganzen Mittelalters: der Staat ist zu schwach, aus sich heraus zu bestehen: er sucht deshalb eine Stütze in der geistlichen Autorität, der Hierarchie, und um durch sie zu herrschen, hilft er ihr selbst zur Herrschaft und verfolgt mit dem weltlichen Arm jede Abweichung im

Glauben. Das wird anders, als der Staat endlich soweit erstarkt, um auf eigenen Füßen stehen zu können, das ist, als die stehenden Armeen aufkommen. Der erste große Monarch, der die Toleranz verkündigte, ist der Lord-Protektor von England Oliver Cromwell: seine Eisenseiten sicherten seinen Befehlen genügenden Gehorsam. Elisabeth hatte noch keine Armee und als nach Cromwells Tode die Stuarts auf den englischen Thron zurückkehrten und die Armee wieder abschafften, da führten sie die herrschende bischöfliche Staatskirche wieder ein. Nach der zweiten Revolution bildet sich ein Kompromiß.

An anderen Stellen ist der Zusammenhang zwischen Armee und Toleranz nicht so deutlich. In Frankreich bleibt das Königtum der Ludwige intolerant, obgleich es über eine große Kriegsmacht gebietet. In Amerika gründet sich die große bürgerliche Republik ohne stehendes Heer und ohne herrschende Kirche. Das Leben ist so reich und so kompliziert, daß allgemeine historische Gesetze sich nur sehr selten rein durchsetzen und häufig ganz unter der Fülle von besonderen Umständen verschwinden. Die sogenannte wirtschaftliche Auffassung der Geschichte spricht deshalb auch nur eine sehr einseitige Wahrheit aus, wenn sie schließt: die Toleranz ist das Produkt des erstarkenden Staates, dieser stützt sich auf die stehenden Heere mit den Feuerwaffen: diese sind das Ergebnis der fortschreitenden Kapitalsansammlung, der Geldwirtschaft und der gesteigerten Technik. Also ist die Idee der Toleranz ein Produkt des materiellen Wirtschaftslebens. Wer tiefere Kenntnis von der Geschichte hat, weiß, daß sie sich mit solchen Formeln nicht erschöpfen läßt. Es folgt nicht bloß eines aus dem anderen, sondern alles steht miteinander in Wechselbeziehung. Die herrschenden Ideen sind das Produkt der Politik und des Wirtschaftslebens, aber das Wirtschaftsleben ist noch viel mehr das Produkt der Politik und der Ideen.

So sind wir wieder an dem entscheidenden Punkt angelangt: nicht bloß Aufklärung hat einst die Religionsverfolgung überwunden, politische, selbst wirtschaftliche Abwandlungen waren dazu nötig. Nicht anders wird auch heute Aufklärung und Menschenfreundlichkeit nicht die Kriege abschaffen; es fragt sich, ob die objektiven Bedingungen für eine solche Reform gegeben oder zu schaffen sind.

Hier setzt mit großer Geschictlichkeit das Werk des Herrn von Bloch ein, das der modernen Friedensbewegung neue Kraft und

neues Leben verliehen hat. Johann von Bloch, ein reicher Warschauer Bankier, hat ein gewaltiges Werk in sechs starken Bänden geschaffen: „Der Krieg".*) Ursprünglich in russischer Sprache erschienen, soll es auf den Zaren Eindruck gemacht und dazu beigetragen haben, daß die Friedens-Proklamation erlassen wurde, die jetzt zu dem Haager Kongreß geführt hat. Drei von den sechs Bänden des Blochschen Original-Werkes sind auch in deutscher Sprache erschienen und das Münchener Friedens-Komitee hat einen populären Auszug aus dem Ganzen veröffentlicht. Wissenschaftlich betrachtet, kann man nicht viel Gutes von dem Werke sagen. Es ist eine ziemlich unkritische und mangelhaft disponierte Material-Sammlung, durch Bilder anlockend, aber dilettantisch behandelt und überladen mit massenhaftem Detail, das für das Problem nichts austrägt, und der Auszug ist überaus fehlerhaft und flüchtig gearbeitet. Aber Bücher, die unmittelbar auf das Leben wirken sollen, dürfen nicht bloß mit dem Maßstab der Wissenschaft gemessen werden. Ich wüßte mehr Werke zu nennen, die wissenschaftlich recht inferior, doch dadurch, daß sie einem praktischen Bedürfnis des Augenblicks und einem Bedürfnis von großer Bedeutung entgegenkamen, in der Litteratur und dadurch indirekt auch in der Wissenschaft eine große Bedeutung erlangt haben. Dazu ließe sich vielleicht auch Blochs Buch rechnen. Er hat einen bestimmten Gedanken vermöge eines gewaltigen Apparates sehr eindrucksvoll ausgeprägt und zur Wirkung gebracht und deshalb ist es nötig und der Mühe wert, sich mit ihm zu beschäftigen.

Den Blochschen Grundgedanken glaube ich so formulieren zu dürfen: die moderne Waffen-Technik und das Massen-Aufgebot der Völker würden einen Krieg so fürchterlich gestalten, daß das Elend in gar keinem Verhältnis zu irgend welchen zu erwartenden Folgen stehen

*) Johann von Bloch: Der Krieg. Übersetzung des russischen Werkes des Autors: Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung. Berlin 1899. Puttkammer und Mühlbrecht. Bd. I. Beschreibung des Kriegsmechanismus. 669 S. Bd. III. Der Seekrieg. 448 S. Bd. VI. Der Mechanismus des Krieges und seine Wirkungen. Die Frage vom internationalen Schiedsgericht. 360 S.

Der Krieg der Zukunft. Auszug aus dem gleichnamigen russischen Werke des Staatsrats Johann von Bloch. Mit Genehmigung des Verfassers herausgegeben von Mitgliedern des Münchener Komitees für Kundgebungen zur Friedens-Konferenz. 70 S. Berlin. Deutsches Verlagshaus.

würde. Die Schlachten sind nicht mehr durchführbar, denn das Feuer der modernen Geschütze und Gewehre fegt alles fort, was in ihre Sphäre eintritt. Unsere Militärs selber gestehen, sich von der Zukunftsschlacht kein Bild machen zu können. Eine Theorie vertreibt die andere, wie noch ein Kampf ermöglicht werden soll. Auf den Kriegs-Akademieen lehrt ein Lehrer das Gegenteil von dem, was der andere lehrt. Das moderne Infanterie-Gewehr hat eine Rasanz, daß das Geschoß auf 600 Meter sich nicht über Manneshöhe erhebt, während früher die Geschosse, um ein Ziel zu erreichen, im Bogen über die dazwischenliegenden Objekte hinwegfliegen mußten. Das schon erprobte 5 mm Gewehr bestreicht gar einen Raum von 1100 m. Auf diesem Wege findet es im Getümmel einer Feldschlacht sicher irgend ein lebendes Wesen, sodaß jede Kugel ihr Opfer finden muß.

Das alte Zündnadelgewehr konnte einen Menschenschädel auf 800 m nicht mehr durchbohren. Das heutige deutsche Gewehr durchbohrt ihn noch auf eine Entfernung von 2000 m. Auf 100 m geht es noch durch einen tannenen Block von 1 m Dicke, selbst auf 1800 m noch bietet eine starke kieferne Bohle von 5 cm Dicke keinen Schutz, das Geschoß geht hindurch.

Die modernen Gewehre sind Mehrlader und erlauben dem Schützen, sehr viel schneller zu schießen als früher. Die Patronen sind leichter, sodaß er sehr viel mehr mit sich führen kann.

Ein Techniker (Prof. Hebler) hat berechnet, daß die Leistungsfähigkeit des jetzigen deutschen Gewehres sich zu dem, was nach 1870 eingeführt wurde und das schon das im Kriege gebrauchte weit übertraf, verhält wie 474 zu 100; das 5 mm Gewehr gar wie 1337 zu 100. Vielleicht kommen wir auch noch zum 3 mm Gewehr und zur Verwendung des Aluminiums, das dem Mann erlaubt, über 500 Patronen bei sich zu tragen.

Das rauchschwache Pulver verhehlt den Platz der abgegebenen Schüsse, sodaß die anrückenden Truppen zusammengeschossen werden können, ohne nur zu wissen von wo.

Die Wunden, die die modernen Geschosse schlagen, sind fürchterlich. Sie zermalmen die Knochen und zerreißen die Blutgefäße. Ärztliche Hilfe ist noch weniger zur Hand als ehedem, denn bei der Tragweite der Projektile können die Ärzte und Träger sich nicht

nähern und einigermaßen geschützte Verbandplätze müssen mehrere Kilometer rückwärts errichtet werden.

Ähnlich ist es mit der Artillerie. Die Granate von 1870 zersprang in 19 bis 30 Teile, das moderne Schrapnell versendet 340 Splitter und Kugeln. Schon 1891 berechnete ein Techniker, daß die Geschütze dem Gegner fünfmal mehr Schaden thäten im freien Felde als 1870, wenn die Zahl der abgefeuerten Geschosse die gleiche bleibe. Da aber diese Geschütze in gleichem Zeitraum zweieinhalb bis dreimal mehr Geschosse abfeuern können, so ist die Wirkung des Artilleriefeuers zwölf bis fünfzehnmal größer, als damals. So stand es 1891; seitdem ist die Wirkung abermals verdoppelt. Die Haubitzen treffen, in hohem Bogen schießend, auch was hinter Deckungen liegt.

Der französische Kapitän Nigotte hat von der Zukunftsschlacht ein Phantasiebild entworfen.*) Auf 6000 m Entfernung, wo man kaum etwas vom Gegner zu erkennen vermag, beginnt die Schlacht. Die Batterien fahren auf, die Granaten schlagen ein und zerwühlen den Boden. Die Distanzen werden kontrolliert und festgestellt und von jetzt an platzt jedes Geschoß über den Köpfen des Feindes und die Fläche, die mit Truppen besetzt ist, wird mit Geschossen übersäet. Menschen und Pferde werden von ihnen zerrissen. Die Artillerie vernichtet sich gegenseitig und mittlerweile ist die Infanterie unter schweren Verlusten auf 2000 m herangerückt. Die Artillerie, die das Feuer des Feindes zum Schweigen gebracht hat, richtet sich jetzt gegen die Bataillone, die ihrerseits zu feuern beginnen. Die Gewehrkugeln, die feinen, eleganten, silberglänzenden, spitzen, kleinkalibrigen pfeifen umher und treffen nicht nur einzelne, sondern gehen durch ganze Reihen hindurch. Bald ist die Erde von Blut gerötet. Die Salven werden immer häufiger, die Munition geht aus, neue wird herangeschafft. Die Brisanz-Granaten vernichten Gebäude, Höfe Dörfer, rasieren alles hinweg, was im Wege steht und als Deckung, als Zufluchtsort dienen könnte. Die Hälfte der Streiter liegt in Todeskrämpfen am Boden. Tote und Verwundete bedecken das Feld in langen, dichten Wällen. Die Schützenlinien folgen eine der anderen, ein Bataillon löst das andere ab. Die Reserven rücken ein. Aber noch immer

*) In Blochs Originalwerk Bd. VI, S. 49 und in dem Münchener Auszug ist diese Schilderung sehr abweichend von einander wiedergegeben. Ich habe beide Beschreibungen verkürzend zusammengezogen.

trennt ein Raum von 1000 Schritten die Gegner. In dieser Zone kreuzen sich die Kugeln, sie ist durchackert von Granaten und Kartätschen. Niemand vermag lebend hindurchzukommen, niemand sie zu überschreiten. Der Kampf wird mit Erbitterung fortgeführt, die Leichenhügel wachsen, aber diese Strecke von 1000 Schritt bleibt unantastbar. Wer hat gesiegt? Niemand.

Im Seekrieg dasselbe Bild. Riesen-Kanonen und Panzer schrauben sich gegenseitig immer weiter. Torpedo, Schnellfeuergeschütz und andere Erfindungen spielen dazwischen. Ein modernes Linienschiff kostet 25 Millionen: ein Rammstoß kann es auf den Grund des Meeres versenken, aber der Gegner hat damit wahrscheinlich Selbstmord begangen und versinkt ebenfalls. Eben kommt auch die Ankündigung, daß das Unterseeboot erfunden sei, das Englands ganze Kriegsrüstung wertlos macht und das Inselreich seinen Feinden ausliefern soll.

„Gustave Zédé" heißt das kleine Wunderwerk nach dem Namen des Ingenieurs, der seine Einzelheiten ersonnen und bis zur praktischen Brauchbarkeit vervollkommnet hat. Es fährt unter und über dem Wasserspiegel. Es taucht in beliebige Tiefe nieder und mit derselben Leichtigkeit wieder auf. Seine Mannschaft kann viele Stunden lang in seinen wasserdicht geschlossenen Räumen mehrere Meter unter der Meeresfläche bleiben, ohne im geringsten zu leiden. Mit Hilfe einer optischen Vorrichtung überblickt der Befehlshaber des Bootes den ganzen Gesichtskreis, auch wenn sein Fahrzeug unter Wasser ist. Es kann sich unbemerkt an ein Feindesschiff heranschleichen, taucht plötzlich wie ein sagenhaftes Meerungeheuer auf, sendet ihm aus unmittelbarer Nähe einen Torpedo in die Flanke und verschwindet in demselben Augenblick wieder in den Fluten, wo es höchstens erschüttert, doch schwerlich zerstört werden kann, während der angegriffene stählerne Koloß auffliegt und vernichtet untergeht.

Einem unterseeischen Torpedoboot, das der vorstehenden Beschreibung entspräche, wäre kein Panzerschiff gewachsen. Jede Kriegsflotte würde zu einem veralteten unnützen Spielzeug entwertet werden. Man könnte die stählernen Schlachtschiffe als Schaustücke wegdocken, wie man eines Tages Harnische und Schilde als geschichtliche Merkwürdigkeiten in den öffentlichen Sammlungen aufstellte. — —

Wir wollen die Einzelheiten dieser Schilderung nicht nachprüfen. Einiges wäre wohl zu beanstanden, z. B. ob das 5 mm-Gewehr je

eine kriegsbrauchbare Waffe bilden wird, ist mehr als zweifelhaft: ebenso ob das Unterseeboot praktischen Wert hat. Die Zukunftsschlacht wird wohl schwerlich schon auf 6000, sondern erst auf 4000 m anfangen und wenn sie auf 600 m zum Stehen kommt, so giebt es doch einzelne günstige Stellen für die Annäherung oder Flankenangriffe.

Aber wie dem auch sei, der Gesamt-Eindruck der Blochschen Schilderung entspricht der Wirklichkeit und was die fortschreitende Technik uns noch alles bringen wird, kann man nicht wissen. Es fragt sich nur, was für Konsequenzen daraus zu ziehen sind, und da ist zunächst zu bemerken, daß Bloch irrt, wenn er glaubt, daß die fortschreitende Technik heute zum erstenmal die Menschheit in Verlegenheit setze. Schon die Erfindung der Armbrust erschien unseren Vorfahren so grausam, daß das Lateran-Konzil 1139 die Anwendung unter Christen rundweg verbot, und Papst Innocenz III., von ähnlichen Empfindungen erfüllt wie heute der Zar, erneuerte dieses Verbot. Wieder als die Pistolen im sechszehnten Jahrhundert erfunden waren, klagte der französische Marschall Tavannes, wie mörderisch nun das Gefecht geworden sei: früher hätten die Ritter sich drei, vier Stunden herumgeschlagen, ohne daß mehr als 10 von 500 gefallen seien, jetzt sei in einer Stunde alles aus. Nur mit der höchsten Vorsicht, wie mit einem bleiernen Fuß, solle ein Feldherr in eine Schlacht gehen, rieten die Theoretiker. Die Kriege des sechszehnten, siebzehnten, achtzehnten Jahrhunderts ziehen deshalb oft Jahre lang hin und her, ohne daß es zu einer Schlacht kommt. Friedrich der Große versuchte einigemal, das Schicksal so zu sagen zu zwingen und mit ungeheuerster Anspannung seine Gegner zu packen und zu Boden zu reißen, aber es gelang ihm nicht. Resigniert bezeichnet er in der Einleitung zu seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges die Methode des Marschall Daun als die gute und bemerkt, daß ein General Unrecht haben würde, wenn er darauf losgeht, den Feind in Gebirgsstellungen, oder koupiertem Terrain anzugreifen. „Der Drang der Umstände hat mich bisweilen gezwungen, zu diesem Äußersten zu schreiten: aber wenn man Krieg mit gleichen Kräften führt, so kann man sich sicherere Vorteile durch List und Geschicklichkeit verschaffen, ohne sich so großen Gefahren auszusetzen. Häuft viel kleine Vorteile, ihre Summe bringt große zusammen. Übrigens ist der Angriff eines gut verteidigten Postens ein hartes Stück Arbeit: man kann leicht zurückgeworfen und

geschlagen werden. Man siegt mit einem Opfer von fünfzehn- und zwanzigtausend Mann; das legt eine schwere Bresche in eine Armee. Die Rekruten, selbst angenommen ihr habt deren genug, ersetzen die Zahl, aber nicht die Qualität der Soldaten, welche ihr verloren habt. Das Land entvölkert sich, indem es die Armee erneuert; die Truppen degenerieren, und wenn der Krieg lange währt, findet man sich endlich an der Spitze von schlecht exerzierten, schlecht disziplinierten Bauern, mit denen ihr kaum wagt, vor dem Feinde zu erscheinen. In einer bösen Situation mag man sich mutig von den Regeln emanzipieren, die Notwendigkeit allein kann uns zu verzweifelten Mitteln treiben, wie man den Kranken ein Brechmittel giebt, wenn kein anderes Heilmittel bleibt. Aber diesen Fall ausgenommen, muß man meiner Meinung nach mit mehr Schonung vorgehen und nur mit guter Berechnung agieren, weil im Kriege der, der das Wenigste dem Zufall überläßt, der Geschickteste ist."

Noch stärker schrieb er einige Jahre später in seinem „militärischen Testament".

„Man darf den Angriff starker Stellungen nur im äußersten Notfalle unternehmen. Warum? — Weil alle Nachteile auf Seite des Angreifers sind. Wenn ein geschickter General einen Posten nimmt, wird er keine Höhe bis auf 3000 Schritte von sich unbesetzt lassen, wo man eine Batterie aufwerfen könnte. Ihr dürft beim Beginn der Aktion Eure Kavallerie nicht mit Euch nehmen, wenn Ihr sie nicht unnützerweise ruinieren wollt. Ihr könnt weder Eure Flinten noch Eure Kanonen gegen eine beherrschende Höhe, die Ihr angreift, in Gebrauch setzen; das hieße gegen Menschen, die mit allerlei Waffen versehen sind, Bauern führen, die als einzige Waffe bloße Stöcke haben, und Ihr habt das Kleingewehrfeuer des Feindes, seine Kanonenkugeln und das Kartätschfeuer, unendlich mörderischer als das andere, auszuhalten und die Kavallerie, deren sich der Feind ebenfalls bedienen kann. — —

„Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, die Schlachten in der Ebene seien nicht ebenso gewagt wie die gegen feste Stellungen. Die Kanone wirkt in freier Ebene fürchterlich, und das Schlimme ist, wenn Ihr den Feind angreift, sind alle seine Batterien bereits errichtet und er kann auf Euch feuern, während Ihr die Euren erst ansetzt: und das ist ein ungeheurer Unterschied!"

Überblickt man die Friedericianischen Kriege, so überzeugt man sich, daß es die bitterste Erfahrung war, die den großen König zu diesen Lehrsätzen geführt hat. Seine Siege hatten ihn zuweilen aus großer Bedrängnis und Gefahr befreit, wie namentlich Mollwitz und Leuthen, aber einen großen positiven und ganz besonders einen dauernden Gewinn hatte er kaum je davongetragen. Bei Soor und Lowositz hatte er gesiegt und mußte dennoch zurück und Böhmen verlassen. Bei Hohenfriedberg hatte er die Österreicher aus Schlesien herausgeschlagen, aber nicht weiter als 10—12 Meilen vom Schlachtfelde kamen die Heere schon wieder zum Stehen und blieben sich vier Monate einander gegenüber liegen. Bei Zorndorf besiegte der König die Russen, aber sie machten an seiner Front entlang einen wohlgeordneten Rückzug, blieben im Lande und belagerten Kolberg. Bei Torgau besiegte er die Österreicher, aber drei Märsche aufwärts an der Elbe nahmen sie eine neue Stellung und die Preußen waren nicht imstande, sie daraus zu verdrängen. Bei Kunersdorf waren die Preußen selber geschlagen worden und die Verluste in allen diesen Schlachten waren fürchterlich: etwa der dritte Teil der Armeen (bei Zorndorf 33 %, bei Kunersdorf 35 %, bei Torgau 27 %[1]). 1870 macht es schon einen furchtbaren Eindruck, wenn einzelne Regimenter bei Vionville und St. Privat 1/3 ihrer Stärke verloren, unter Friedrich traf ein solcher Verlust die ganzen Armeen. Bei Kollin verloren die Preußen gar 37, bei Zorndorf die Russen 40 % ihrer Stärke und trotz solcher Opfer weder hüben noch drüben ein entscheidender Gewinn. Haben diese Bilder aus der Vergangenheit nicht eine starke Ähnlichkeit mit Blochs Bildern der Zukunft?

Ähnlichkeit ist aber noch lange keine Gleichheit: die historische Analogie ist belehrend, führt aber auch leicht in die Irre. Es scheint mir noch gar nicht an dem, daß die Strategen unserer Zeit dieselben Konsequenzen aus der Verbesserung der Waffen ziehen, wie seinerzeit Friedrich. Damals war es wesentlich die Vermehrung der Artillerie, die mit ihrem Kartätschen Feuer die in geschlossenen Linien anrückende Infanterie zerschmetterte. Die Einführung des zerstreuten und hinhaltenden Gefechtes seit der französischen Revolution hat gelehrt, diese Schwierigkeit zu überwinden.

[1] Koloff, „Der Menschenverbrauch in den Hauptschlachten der letzten Jahrhunderte". „Preuß. Jahrb.", Bd. 72.

Die verbesserten Feuerwaffen haben die Taktik wieder soweit auf den alten Punkt zurückgeführt, daß die Theoretiker recht uneins sind, wie eigentlich künftig eine Schlacht geschlagen werden soll, und Graf Häseler, der kommandierende General des Armeekorps in Metz, soll einmal zu dem Kaiser gesagt haben, wenn das so weiter geht, so weiß ich nicht wer heil bleiben wird, um die Gefallenen mit Erde zu bedecken. Aber den Schluß, daß man deshalb Schlachten überhaupt nicht mehr schlagen, sondern durch Manöver und Detachementskrieg den Feind niederzudrücken suchen soll, wie Friedrich will, hat heute wohl noch niemand gemacht. Der pessimistische Ausspruch des Generals Häseler soll auch keineswegs, wie Bloch ihn citiert, generell, sondern nur in Bezug auf einen bestimmten Fall, einen fehlerhaft angesetzten Angriff, gemeint gewesen sein. Die Feldherren werden es sicherlich erst noch einmal darauf ankommen lassen, ob das natürliche Gesetz des Krieges, die gewaltsame Vernichtung der feindlichen Streitkraft heute wirklich nicht mehr gilt. Solche Fragen entscheidet endgiltig schwerlich die Theorie, sondern immer erst die Erfahrung. Aber nehmen wir einmal an, Bloch hätte wirklich recht, so wäre mit der Unmöglichkeit, oder besser gesagt, Zwecklosigkeit von großen Schlachten noch keineswegs dasselbe vom Kriege nachgewiesen. Wir wären erst zurückgedrückt auf den Standpunkt der Strategie des sechzehnten bis achtzehnten Jahrhunderts, der Gustav Adolph, Eugen, Marlborough, Friedrich, und man würde mit dem Kriege der kleinen Mittel nur bei besonders günstiger Gelegenheit oder stärkster Spannung mit der Niederwerfung, sonst aber mit der allmählichen Ermattung des Gegners durchzukommen suchen.

Auch diesen Ausweg sucht uns Bloch von vornherein zu verlegen. Ist das Schlachten-Elend so furchtbar, daß keine menschliche Kraft mehr ausreicht, es zu überwinden, so würde das wirtschaftliche Elend des Zukunfts-Krieges nicht geringer sein und gerade auch aus diesem Moment verbietet sich der Krieg. Die früheren Jahrhunderte führten ihre Kriege mit einem verhältnismäßig geringen Aufgebot an Männern. Preußen hatte 1866 und 1870 etwa 3% seiner Seelenzahl unter Waffen: bei Königgrätz und Gravelotte fochten über 200000 Mann. In Zukunft aber werden die Heere nicht nach hunderttausenden, sondern nach Millionen zählen. Für das Jahr 1896 berechnete man die Heeresmacht des Dreibundes im ganzen auf 5135000 Mann, die

des Zweibundes auf 5354000 Mann. Was soll aus dem modernen Wirtschaftsleben werden, wenn ihm nicht bloß alle kräftigen Arme, sondern auch all die leitenden Persönlichkeiten, die Kaufleute, Techniker und Fabrikdirektoren genommen und ins Feld gerufen werden? Wie sollen die Familien derer, die im Felde stehen, ernährt werden? Der Seekrieg zerstört den gesamten Handel, der durch Export und Import unser Wirtschaftsleben reguliert. Kredit- und Bankwesen brechen zusammen. Ja sogar an der allerempfindlichsten Stelle werden die Völker preisgegeben: sie sind dem unmittelbaren Hunger ausgesetzt. Nicht bloß England, sondern auch Deutschland bedarf bereits eines großen Imports an Nahrungsmitteln, Getreide wie Fleisch, um zu leben. Schneidet der Krieg ihm diese Zufuhren ab, so bricht mit ihrer ganzen Gräßlichkeit die Hungersnot herein.

Wäre diese Schilderung Blochs richtig, so wäre die zukünftige Weltherrschaft der getreidebauenden Länder unvermeidlich. Schlachten, so sind wir belehrt, bringen keine Entscheidung: einen Ermattungskrieg können die Deutschen nicht vertragen, da sie dabei verhungern müßten. Die Russen also, die Überschuß an Getreide haben, können uns ausdauern und dadurch die Oberhand behalten.

Dieser ganze Teil der Blochschen Beweisführung ist aber nicht nur im einzelnen, wie der militärische, sondern auch im ganzen verfehlt.

Richtig ist, daß das komplizierte moderne Wirtschaftsleben viel empfindlicher ist, als das einfache früherer Zeiten. Der Reichtum ist gewachsen, folglich haben wir auch mehr zu verlieren. Aber dieser Reichtum hat doch auch Hilfsquellen, die nicht so leicht zu erschöpfen sind. Der Krieg zerstört, aber der Krieg bringt auch neue Anregung und neuen Stoff für das wirtschaftliche Leben. Er ist, wie Cobden sagte, der größte aller Konsumenten. 1789 brach die französische Revolution aus, aus mancherlei Gründen, wesentlich aber auch, weil der französische Staat bankerott war, und fast nicht weniger als die französischen Staatsmänner sorgten sich die englischen über die erdrückende Schuldenlast ihres Staates. Die Revolution kam und stürzte Frankreich nicht bloß in politische, sondern auch in wirtschaftliche Anarchie. Das Papiergeld sank auf 1/3 % seines ursprünglichen Nominalwertes und wurde endlich ganz wertlos. Aus der Revolution aber ging der allgemeine europäische Krieg hervor und dauerte mit

einigen Unterbrechungen 24 Jahre. Das französische Volk hat alles überstanden und war am Schluße vielleicht wohlhabender als am Anfang. Es nährte sich eine Zeitlang von den Kontributionen der Besiegten. Wie ist Preußen sieben Jahre lang ausgesogen worden – aber im siebenten Jahre 1813, stellte Preußen nicht 3 %, wie 1866 und 1870, sondern 5 1/2 % seines Volkes unter Waffen. Man muß etwas weiter zurückgehen, als Bloch es gethan hat, um zu finden, was ein unbedingt entschlossener Volkswille vermag: Selbst wenn das heutige Deutsche Reich 6 % seiner Volksmenge, das ist 3 1/4 Mill. Männer bewaffnet und wenn es selbst 4 Millionen sind, so ist das noch lange kein Drittel, vielleicht ein Viertel der Arbeitsfähigen. So lange England neutral ist, kann uns der Seehandel schwerlich völlig abgeschnitten werden. Das wirtschaftliche Leben geht also weiter. Bei dem Mangel an Arbeitskräften würden die Zurückbleibenden sehr guten Verdienst haben und die Familien der Kämpfenden ohne Schwierigkeit mit ernähren können. Selbst wenn uns die See einmal gesperrt werden sollte, so bieten entweder verbündete Länder wie Österreich und Italien oder neutrale wie die Schweiz, Belgien, Holland oder selbst Dänemark noch offene Thore, die schwerlich alle ganz geschlossen werden können. Aber selbst wenn das Deutsche Reich einmal völlig isoliert werden sollte, so brauchte es darum noch lange nicht, wie Bloch meint, sofort zu verhungern. Es ist richtig, daß wir heute nach Voigt*) und Ballod**) etwa ein Fünftel bis ein Viertel unserer Nahrungsmittel vom Auslande beziehen. Aber Deutschland besitzt eine sehr bedeutende Brennerei, Stärke-Fabrikation und Brauerei, die alle wesentlich beschränkt oder zeitweilig ganz verboten werden könnten, um die Kartoffeln und die Gerste als Nahrungsmittel zu verwerten. Ferner exportieren wir für 250 Millionen Mark Zucker: der ganze jetzt für das Ausland arbeitende Rüben-Acker könnte mit Nähr-Frucht bestellt werden. Weiter könnten wir einen großen Theil unseres Viehbestandes aufzehren. Dadurch würde eine große Ersparnis an Futter erzielt. Nach den Berechnungen des deutschen Landwirtschaftsrats***)

---

*) Deutschland und der Weltmarkt. Preuß. Jahrb., Febr.-Heft 1898.

**) Die Bedeutung der Landwirtschaft und der Industrie in Deutschland. Schmollers Jahrbücher, 1898, S. 889.

***) Nachrichten des Deutschen Landwirtschaftsrat, Nr. 9 und Nr. 11, vom 21. Oktbr. und 18. Dezbr. 1898. Dr. Dade in der Deutschen Landwirtschaftlichen

werden in Deutschland jährlich 1 625 000 Tonnen Roggen zur Verfütterung des Viehs und 175 000 zur Branntwein-Produktion verwendet, das ist zusammen genau soviel, nämlich 1 800 000 Tonnen, wie wir von 1893—97 durchschnittlich an Brodgetreide importiert haben.

Die deutsche Landwirtschaft kann uns also im Kriegsfall noch sehr gut allein ernähren und muß sehen, nach geschlossenem Frieden die unterbrochenen Betriebe wieder einzurichten und den Viehbestand wieder zu ergänzen. Auch die Bevölkerungsvermehrung wird hieran in absehbarer Zeit noch nichts ändern, denn die Agrikultur-Technik hat in jüngster Zeit solche Fortschritte gemacht, daß sie das Wachsen der Bevölkerung noch überholt hat.*) Die Kartoffelernten, die im Durchschnitt des Jahrfünftes 1882–86 240,2 Millionen Doppelzentner ergaben, haben im Jahrfünft 1892—96 300,8 Millionen Doppelzentner, also um ein volles Viertel mehr gebracht.**) Ein wenig davon kommt auf Vergrößerung des Areals, aber die Getreideernten haben deshalb nicht abgenommen, sondern sind ebenfalls gestiegen,***) seit Mitte der 70er Jahre um nicht weniger als etwa 20%.

Unser Ergebnis ist also, daß entsprechend der Größe des Zukunftskrieges auch die wirtschaftlichen Schädigungen, die er bringen wird, wohl sehr groß, aber doch nicht derartig sein werden, um die Völker sofort zur Waffenstreckung zu zwingen. Und nun kehrt sich die Blochsche Schlußfolgerung geradezu um: die wirtschaftliche Schädigung wird den Zukunftskrieg nicht verhindern, sondern im Gegenteil, sie wird ein intensives Mittel der Kriegführung werden. Wenn es wahr sein sollte — was keineswegs schon bewiesen ist — daß große entscheidende Schlachten nicht mehr geschlagen werden können, so kann die Unterbindung des wirtschaftlichen Lebens den Gegner den-

Presse vom 17. Dezbr. 1898. Gegen diese Zahlen kann eingewandt werden, daß der verfütterte Roggen meist minderwertige Hinterfrucht ist; für unsere Betrachtung macht das keinen wesentlichen Unterschied. Auf dem Boden, auf dem für 250 Mill. Mk. Zucker erzeugt wird, könnten 700 000 Tonnen Brotfrucht wachsen. Die Brennerei verbraucht etwa 2 Mill. Tonnen Kartoffeln. Wird der Krieg im Herbst erklärt, so kann sofort in die neue Wirtschaftsweise eingetreten und dadurch für nächste Jahre gesorgt werden. Wird er im Frühling oder Sommer erklärt, so haben wir von dem Import das für das Jahr Nötige schon im Lande.

*) Dade, S. 1052, Sp. 3.

**) Wittelshöfer, Jahresber. üb. d. Spiritusindustrie. 1897.

***) Dade l. c. Ballod l. c. S. 928.

noch zur Unterwerfung bringen. Der Siebenjährige Krieg führte dahin, daß Friedrich sich nur durch Falschmünzerei half und Maria Theresia einen Teil ihrer Truppen mitten im Kriege abdankte, weil sie sie nicht mehr bezahlen konnte, und der Friede wurde endlich geschlossen auf dem status quo ante weil beide Teile völlig erschöpft waren. Nicht sowohl der letzte Mann als der letzte Thaler entschied und da Beide auf den Boden des Säckels sahen, entschied er, daß alles beim alten bleiben solle. Gehen wir ähnlichen Prüfungen entgegen? Es ist doch möglich, daß sie uns erspart bleiben.

Wohl hat der Siebenjährige Krieg einst alles beim alten gelassen, weder hat Österreich Schlesien wiedergewonnen, noch Preußen eine neue Eroberung machen können, aber eben die Feststellung der Gleichheit der Kräfte hatte einen großen Wert. Als wieder eine Frage auftauchte, einigte man sich friedlich (1772) oder nach einem bloßen Manöver-Feldzug (1778). Kriegführen heißt ja nicht mit Unrecht: die Kräfte messen; glaubte nicht zum wenigsten einer der Streitenden, daß er der Stärkere sein werde, so würde es schwerlich je Krieg geben. So geschah es, daß die drei Ostmächte, die im Siebenjährigen Kriege so furchtbar miteinander gerungen, zehn Jahre darauf in allem Frieden eine Übereinkunft über die Teilung Polens schlossen und Polen im Bewußtsein seiner Ohnmacht unterwarf sich diesem Beschluß. Jedermann wußte, ganz wie es heute Bloch vom Zukunftskriege schildert, daß er auch mit der höchsten Anstrengung und unendlichem Blutvergießen kaum etwas zu gewinnen, auf jeden Fall aber sehr viel zu verlieren habe. Es ist nicht unmöglich, daß sich heute unter den Mächten ein ähnliches Verhältnis bildet, ohne daß vorher die blutige Probe gemacht wird. Ganz wie damals wird es sich ja auch in der Zukunft wesentlich um die Teilung nicht mehr lebensfähiger Staatsgebilde handeln.

Die Friedensfreunde empfehlen die internationalen Schiedsgerichte, aber die Einsichtigeren unter ihnen erkennen selber, daß auf diesem Wege nicht viel zu erreichen ist. Der Nutzen eines Schiedsgerichts besteht darin, daß sein Spruch demjenigen, der den Krieg vermeiden möchte, das Nachgeben erleichtert. Es versagt aber notwendig da, wo nicht sowohl der einzelne Streitfall, als die dahinter liegende Machtfrage zum Austrag gebracht werden soll. Klein- und Mittelstaaten können ihre Streitigkeiten meist durch Schiedsgerichte erledigen lassen,

weil die Macht-Rivalität bei ihnen kaum existiert. Der Krieg von 1870 zwischen Deutschland und Frankreich konnte aber nicht vermieden werden, auch wenn die spanische Thron-Kandidatur nie aufgetaucht oder sofort vollkommen beigelegt worden wäre, weil die Franzosen sich als die „grande nation", als das leitende Volk in Europa fühlten und nicht dulden, die Deutschen aber nicht darauf verzichten wollten, sich gleichberechtigt neben sie zu stellen. Selbst der Verlust von Elsaß-Lothringen war nicht das Entscheidende in der französischen Niederlage, sondern der Verlust der hegemonen Weltstellung.

Über solche Fragen kann es kein Schiedsgericht geben, weil es keine Rechtsfragen sind, und noch weniger als ein Recht giebt es für solche Fragen einen Richter. Die Jesuiten freilich wissen einen Richter: den Papst. Als Statthalter Christi steht er hoch und unparteiisch genug über allen weltlichen Streitfragen und über allen Souveränen, um autoritativ zu entscheiden. Er steht den Händeln der Welt nahe genug, um sie zu verstehen und fern genug, um nicht selbst Partei zu sein. Um den Preis, daß alle Völker sich als die Heerde dieses Hirten bekennen, ist der ewige Friede zu haben — in der Theorie wenigstens und unter Auslöschung gewisser widerstrebender historischer Erinnerungen aus dem Mittelalter. Aber selbst der wirkliche ewige Friede möchte um den Preis eines solchen geistlichen Vaters Vielen zu teuer erkauft erscheinen, und es bleibt dabei, daß es Fragen giebt, die kein Volk irgend einem Schiedsrichter je unterwirft. Kein Schiedsgericht hätte die Engländer je bewogen, Faschoda den Franzosen zu überlassen. Es ist denkbar, wenn auch schwer, daß die Franzosen einmal auf Elsaß-Lothringen verzichten, aber ganz gewiß nicht aus Gehorsam gegen irgend ein Schiedsgericht. Könnte ein Richterspruch ohne Soldaten dahinter die Herrschaft der Türken in Macedonien und Armenien oder die Dreiteilung Polens, hätte er den deutschen Bund am Leben erhalten können? Mit welchem Recht bestehen denn die heutigen Staaten? Der Krieg hat Preußen Schlesien, Schleswig-Holstein und Hannover gegeben — wo hat das Recht aufgehört, wo die Gewalt angefangen? Bestand der deutsche Bund und die souveränen Gewalten, die ihn bildeten, zu Recht? In den letzten 25 Jahren haben die europäischen Mächte sich Afrika geteilt — mit welchem Recht? Im nächsten Jahrhundert werden sie Asien aufteilen — mit welchem Recht? Was könnte hier ein Schiedsgericht thun, wo es kein Recht giebt?

Wäre es etwa wünschenswert, daß die Mächte sich resignieren und aus Afrika und Asien wieder herausgehen? Daß die Engländer Indien, Kapstadt und Ägypten, die Franzosen Tonkin, Algier und Tunis, die Russen Sibirien, Turkestan und Kaukasien wieder verlassen und den Eingeborenen anheimgeben, ob sie untereinander in Krieg oder Frieden, europäisch oder asiatisch oder afrikanisch leben wollen? Die Missionare pfählen, Witwen verbrennen und Fetische anbeten? Ob Mandschu oder Japaner über die Chinesen herrschen, der Islam dort neue große Reiche errichtet oder die Eingeborenen ihres Glaubens leben läßt oder ewiger Krieg und allgemeine Anarchie die alten Kulturstätten mit Trümmern bedeckt? Oder soll es alles so bleiben, wie es zufällig gerade in diesem Augenblick ist, daß die Engländer, Russen und Franzosen große Reiche, Deutschland bloß eine kleine Anwartschaft besitzt?

Welch eine erstaunliche Selbsttäuschung, daß man sich einbilden kann, die dunklen Schicksalsfragen, die sich hier erheben, in den Akten einer Gerichtsstube erledigen lassen zu können. Es sind ja nicht Rechts-, es sind Macht-Fragen, und die höchste Hoffnung, zu der wir uns erheben dürfen, ist, daß die Macht-Fragen nicht durch die Probe des Krieges selbst, sondern durch bloße Abschätzung beantwortet und danach von Fall zu Fall über etwa streitige Objekte verfügt werde. Diese Abschätzung aber können nur die Beteiligten selbst, kann kein Schiedsgericht vollziehen, weil das wesentliche Element der Macht der eigene Wille mit seinem Opfermut ist, für den es keinerlei Maßstab giebt, als den Willen selbst.

Folgten die Mächte dem Rate der Friedensfreunde und fingen an, abzurüsten, so würde die Macht-Abschätzung keineswegs erleichtert, sondern im Gegenteil erschwert und dadurch die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nicht verringert, sondern vergrößert werden. Denn die Verhandlungen über den Grad der Abrüstung, der Argwohn, ob sie ehrlich durchgeführt werde, gegenseitige Anklagen über Umgehung, Streitigkeiten, was Rüstungen sind, würden Reizungen hervorbringen und Leidenschaften wachrufen, die der kühlen, diplomatischen Erwägung hinderlich sein würden. Die Zahl der Kriegsvorwände und der Kriegsgründe würde nicht vermindert, sondern vermehrt, die Spannungen unter den Mächten nicht gemäßigt, sondern verstärkt werden.

Dies ist der ernsteste Punkt der ganzen Friedens-Bewegung.

Wird sie, wie das ungeschickter Politik so häufig geschieht, das Gegenteil von dem bewirken, was sie erstrebt, wird sie, indem sie Frieden predigt, das Schwert in der Scheide lockern, daß es um so leichter herausfährt? Wird gerade sie uns in den großen Weltkrieg, der vielleicht noch zu vermeiden wäre, hineindrängen?

Es ist so und daß dem so ist, muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, damit aus den wohlwollenden Bemühungen nicht schmerzliches Unheil entstehe. Beschränkte sich die Friedensbewegung auf eine Agitation für internationale Schiedsgerichte, so wäre sie wohl ziemlich harmlos. Aber an die mehr oder weniger theoretische Forderung der Schiedsgerichte hat man sofort die der praktischen Abrüstung geknüpft und in dieser Verquickung, in der Illusion, daß Abrüstung Frieden bedeute, liegt die Gefahr. Es giebt nur einen einzigen wirklichen Grund, der den zukünftigen Krieg von uns abhalten kann, nämlich die Erkenntnis, daß dadurch nichts zu erreichen ist, und es ist Blochs entschiedenes Verdienst, hierauf, soweit es richtig ist, zuerst mit aller Deutlichkeit unter technischer Begründung hingewiesen zu haben. Erstaunlich genug, daß der Autor nicht bemerkt hat, in welchen Widerspruch er mit sich selbst geraten ist, indem er die Forderung der Abrüstung hinzugefügt hat. Er ist es ja, der uns belehrt hat, daß grade die ungeheure quantitative und qualitative Steigerung der Kriegsgewalt die Möglichkeit des Krieges aufhebt oder wenigstens nahezu aufhebt. Der alte Hegelsche Satz, daß der Begriff an einem gewissen Punkt der Selbstentwickelung in sein Gegenteil umschlägt, hat sich wieder einmal bewährt. Ist dies aber wahr, so ist es völlig einleuchtend, daß mit einer Reduktion der Rüstungen auch die Möglichkeit des Krieges wieder herbeigeschafft ist. Das fürchterliche kleinkalibrige Repetirgewehr, das Schnellfeuergeschütz, die Massenaufgebote der allgemeinen Wehrpflicht, der Torpedo und der Rammstoß der Panzerkolosse sind uns in breiter Anschaulichkeit vorgeführt, um uns zum Frieden zu stimmen. Noch einige solcher Erfindungen, eine noch weitere Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht, und es scheint, daß es wirklich mit dem Kriege vollständig aus sein muß. Statt dessen verlangen die Friedensfreunde, daß wir auf der eingeschlagenen Bahn nicht weitergehen und womöglich einige Schritte zurück thun sollen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Rüstet, müßten sie rufen, rüstet weiter, erfindet immer weiter Waffen von immer größerer Ver-

nichtungskraft, damit die Furchtbarkeit der Mittel mit immer größerer Sicherheit uns die Anwendung erspare: statt dessen klagen sie über den Fortschritt und sehen die Rettung im Stillstand; ja im Rückwärts.

Aber, ruft man aus, in den gesteigerten Rüstungen liegt doch ein natürlicher Anreiz zum Kriege. Die Völker, die fortwährend Waffen anschaffen, werden sie auch einmal gebrauchen wollen. Die Armeen selber wollen endlich auch einmal im Ernst zeigen, daß sie nicht bloß für das Manöver soviel geübt haben.

Diese Erwägung ist, für sich betrachtet, richtig, und man könnte sie mit historischen Beispielen belegen. Friedrich der Große hätte es sicherlich nicht unternommen, seine Ansprüche auf Schlesien durchzufechten, wenn sein Vater ihm nicht die ebenso zahlreiche, wie treffliche Armee gebildet hätte. Stiegen die russischen Rüstungen heute auf einen Punkt, wo die Panslavisten glaubten, Österreich und Deutschland überwältigen zu können, so würde die Kriegslawine sehr bald ins Rollen kommen.

Aber wir haben schon gesehen, daß Rüstungen nicht immer und unter allen Umständen zu dieser Kriegsreizung führen. Das heutige Deutschland mögen wir uns noch so stark vorstellen, es würde sicherlich keinen Krieg beginnen. Umgekehrt die Amerikaner und Spanier sind in ihren jüngsten Krieg geraten, obgleich sie beide so gut wie gar nicht gerüstet waren, ja man könnte wohl sogar sagen: weil sie nicht gerüstet waren. Amerika hätte Spanien sicherlich nicht angegriffen, wenn es einen wirklich starken Widerstand erwartet hätte, selbst dann nicht, wenn es selbst entsprechend stärker gerüstet gewesen wäre, denn je schwerer der Krieg wird, desto schwerer entschließt man sich dazu.

Ob Rüstung den Krieg oder den Frieden fördert, läßt sich also nicht prinzipiell entscheiden, sondern nur von Fall zu Fall für den besonderen Staat und die besonderen Verhältnisse. Man kann nicht einmal sagen, daß eine russische Abrüstung dem Frieden heute unbedingt förderlich sein würde, denn man kann nicht wissen, ob nicht im Hinblick auf künftige Gefahren die Engländer sich dadurch zu einem Angriff auf Rußland verführen lassen würden. Allgemein betrachtet ist es sicher, daß heute die fortschreitende Rüstung der Völker eher Friedensstimmung als Kriegsversuchung erzeugt.

Aber erliegt denn Europa nicht schon unter der Last seiner

Rüstungen? Ruft Bloch nicht mit Recht aus: „Noch fünfzig Jahre bewaffneten Friedens und Europa ist ruiniert!"

Es ist Schade, daß Bloch für diesen Satz nicht auch einen so eingehenden Beweis angetreten hat, wie für seine übrigen Behauptungen. Sechs mächtige Bände hat er zusammengeschrieben, aber weder in den dreien, die mir in der deutschen Übersetzung vorliegen, noch in dem Inhaltsverzeichnis der drei anderen finde ich einen Ansatz dazu. Unendliche Einzelheiten von Gewehr-, Schiffs- und Festungskonstruktionen, Taktik und Strategie, Aussprüche von großen und kleinen Autoritäten sind herangezogen, aber diese wichtige, diese ganz entscheidende Behauptung ist ohne jeden Beweis geblieben. Wie der Zukunftskrieg einmal aussehen wird, ist mehr oder weniger Sache der Phantasie. Ob aber die europäischen Völker unter der Last der militärischen Rüstungen in ihrem Wohlstand zurückgehen, ob sie gar bei noch fünfzigjähriger Dauer des Friedens ruiniert sein würden, das ist eine Frage, die uns nationalökonomisch statistische Untersuchungen mit Sicherheit beantworten können. Ich bitte Herrn von Bloch und die Münchener Friedensgesellschaft, die seine Ideen bei uns einführt, diese Lücke doch baldigst und mit Gründlichkeit auszufüllen. Nicht nur für die Friedensfrage, sondern für die gesamte nationalökonomische Wissenschaft, namentlich auch die soziale Frage, würde ein solcher Nachweis von höchster Wichtigkeit sein. Vorläufig bin ich der Ansicht und glaube dabei die ganze nationalökonomische Wissenschaft auf meiner Seite zu haben, daß der europäische Wohlstand in unserem Jahrhundert nicht zurückgegangen ist, sondern Fortschritte gemacht hat, die in der Weltgeschichte bisher unerhört waren. Armut und Elend giebt es darum noch genug, aber das liegt an schlechten sozialen Einrichtungen, nicht an zu geringem Vorrat. Jede Konsumstatistik beweist, wie außerordentlich der Verzehr der gröberen, wie der besseren und feineren Nahrungs- und Genußmittel, der Verbrauch an Bekleidungsstoffen, an Ausstattungs- und Verkehrsmitteln, der Ertrag der Äcker und der Industrie, die Sparkassenguthaben und Steuer-Kapitalien auf den Kopf der Bevölkerung zunehmen. Der Getreidekonsum hat sich in Deutschland in den letzten 20 Jahren um ein volles Viertel auf den Kopf gehoben.*) Und wer keine Statistiken liest, kann es auf der Straße nicht bloß von Jahr

*) Ballod, Schmollers Jahrbücher, 1898, S. 912.

zehnt zu Jahrzehnt, sondern man möchte fast sagen, von Jahr zu Jahr in Stadt und Land beobachten, wie schnell der Wohlstand wächst. Nach einer sehr feinen Bemerkung des Dr. von Halle in unserem vorigen Heft wird er in nächster Zeit voraussichtlich noch schneller wachsen, weil bisher sehr viel Arbeit auf die Hilfs- und Werkzeug-Maschinen verwandt werden mußte, die ihrerseits erst allmählich in die eigentliche Nutzproduktion eintreten.

Es ist wahr, daß für manche wichtige Kultur-Aufgaben bei uns noch zu wenig aufgewandt wird. Aber weshalb soll das daran liegen, daß für die Kriegsrüstung zu viel ausgegeben wird? Unser Steuer-System ist ja noch immer recht mangelhaft und könnte bei einiger Opferwilligkeit an mehreren Stellen zu größerer Ergiebigkeit gebracht werden, ohne daß irgend ein empfindlicher Druck entstände. Die feineren Sorten Tabak sind sehr gering besteuert, Norddeutschland zahlt irrationeller Weise eine viel geringere Biersteuer als Süddeutschland, die Branntweinsteuer ist reformfähig, einer Reichs-Erbschaftssteuer würde gar nichts im Wege stehen. Die früheren Jahrzehnte und Generationen haben zweifellos relativ viel höhere Steuern bezahlt, als wir es heute thun, wo der Luxus in allen Kreisen so zugenommen hat. Nach einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des Schweizer Bundesrats Numa Droz bezahlt der Bürger des Deutschen Reichs erheblich geringere Abgaben als der Schweizer.

Vielerlei Gründe haben zu dieser Steigerung des Reichtums beigetragen. Am meisten von allen aber sicherlich der lange Friede. Ein Jahrhundert mit so wenig Kriegsjahren wie das neunzehnte oder gar die letzten Jahrzehnte dieses Säkulums ist in der Weltgeschichte nicht wiederzufinden. Wem verdanken wir das? Wiederum mancherlei Umständen, am meisten aber den starken Kriegsrüstungen, die jeden Krieg als etwas so furchtbares erscheinen lassen, daß nur selten sich jemand gefunden hat, der die Verantwortung dafür übernehmen mochte und jetzt, scheints, gar niemand mehr.

Was sollen wir da von den Friedensgesellschaften sagen, die, um einige Millionen zu sparen, sagen wir selbst einige Dutzend oder hundert Millionen, die Intensität der Kriege wieder herabsetzen und uns so unserer besten Friedensversicherung wieder berauben möchten? Ich will den Damen und Herren persönlich keine Vorwürfe machen, sie meinen es gewiß herzlich gut, aber objektiv ist die Forderung der Abrüstung

kulturfeindlich und barbarisch, denn sie treibt zum Kriege. Den Frieden predigen und nach Mitteln zu seiner Erhaltung suchen, ist löblich und vernünftig, aber die Abrüstung fordern ist von alledem das Gegenteil.

Ganz unverantwortlich aber ist eine Agitation für Abrüstung gerade in Deutschland. Eine eigentliche, sei es absolute, sei es proportionale Abrüstung wird ja gar nicht ernstlich erwartet, sondern der Vorschlag, der der Haager Konferenz unterbreitet werden soll, geht auf Stabilisierung des gerade bestehenden Rüstungsstandes. Eine solche Stabilisierung würde aber für die verschiedenen Staaten etwas sehr Verschiedenes bedeuten. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind gerade erst dabei, sich eine Rüstung anzuschaffen und können sich unmöglich eine Grenze setzen lassen. Aber sehen wir von dieser Schwierigkeit ab, nehmen wir an, daß Amerika einen gewissen haltbaren Rüstungsstand erreicht habe, so zeigt sich, daß sämtliche Großstaaten bereits bei einem Grade der Anspannung angelangt sind, wo sie sehr schwer noch einen wesentlichen Sprung weiter machen können, mit einziger Ausnahme Deutschlands. Die Amerikaner sind in einem frische Zuge, aber es ist wahrscheinlich, daß sehr bald ein Rückschlag eintreten wird. Noch spürt das amerikanische Volk nicht, was eine wirkliche Kriegsrüstung kostet und so reich das jugendliche Land ist, man weiß, wie unerhört kostspielig dort die Verwaltung arbeitet. Bewaffnung und Proviantierung, jeder Mann und jeder Invalide kostet dort das drei-, sechs-, zehnfache von dem, was er bei uns kostet. Den Amerikanern werden noch die Augen übergehen, wenn erst die Steuervorlagen da sind, und in dem Augenblick wird die Partei, die grundsätzlich der imperialistischen Politik widerspricht, ihr Haupt erheben. Es scheint noch sehr fraglich, ob bei diesem lockeren Staatswesen, dem außerordentlich leichten Umschlag des Regiments von einer Partei zur anderen, die Vereinigten Staaten überhaupt imstande sind, zu einer großen dauernden Militärstellung zu gelangen. Die augenblickliche stolze Position darf darüber nicht täuschen. Auf eine wirklich schwere Probe sind die Amerikaner noch nicht gestellt worden. Der Bürgerkrieg darf dafür nicht in Rechnung gestellt werden: hier entschieden ganz andere Faktoren, als die, die in Frage kommen, wenn es sich darum handelt, eine dauernde stehende Armee auch in Friedenszeiten zu unterhalten.

In England liegen die Dinge anders. An dem Willen des Volkes, eine große Kriegsrüstung auch mit schweren Opfern zu tragen, ist nicht zu zweifeln. Ungezählte Millionen werden anstandslos bewilligt werden, wenn die Regierung es verlangt, aber die englischen Rüstungen sind bereits auf einem Punkt, wo es fraglich ist, ob man mit dem bloßen Gelde noch viel weiter kommt. Kriegsschiffe kann man noch viele bauen, aber woher die Besatzung? Bisher haben die Engländer keine Schwierigkeit gehabt, ihre gewaltige Flotte zu bemannen, aber einmal erscheint der Moment, wo die Werbung allein nicht mehr das genügende Material liefert. Das harte Wort der Wehrpflicht wird ausgesprochen. Aber ob die Nation ohne eine große Krisis, ohne eine vorausgegangene Katastrophe dies Joch auf ihren Nacken nehmen wird, ist sehr fraglich, ja wohl geradezu ausgeschlossen. Die Engländer sind also dem Endpunkt der Rüstungen sicherlich nicht mehr sehr fern.

Umgekehrt ist es in Rußland. Hier ist die Fülle der Menschen. Aber das moderne Heerwesen verlangt die technische Ausrüstung und die ist für das arme Rußland sehr teuer. Die meisten russischen Eisenbahnen bringen wenig oder gar nichts ein oder verlangen sogar Zuschüsse. Jetzt arbeitet Rußland an dem ungeheuren Werk der transsibirischen Eisenbahn, von der man kaum zu hoffen wagt, daß sie auch nur die Betriebs- und Unterhaltungskosten decken wird. Die fortdauernden technischen Erfindungen und Verbesserungen, die neuen kostspieligen Anschaffungen in der Armee, ausgedehnte Festungsbauten an der Grenze drücken Rußland ganz anders als die alten wohlhabenden Kulturländer des Westens. Augenblicklich scheinen die russischen Finanzen in gutem Stande; manche Kenner wollen das freilich bestreiten, weisen darauf hin, daß der Jahresabschluß von 1898 wieder ein Defizit von 200 Millionen Mark ergeben hat und sprechen von Potemkinschen Dörfern. Aber möge das auch übertriebener Argwohn sein,*) sicher ist, daß Rußland mit seinen ungünstigen klimatischen und geographischen Verhältnissen, seinen ungeheuren Länderstrecken, seiner

*) Zusatz der Buch-Ausgabe. Nach einer neueren Untersuchung von Dr. P. Rohrbach, Preuß. Jahrb. Bd. 109, H. 1 u. 2, „Das Finanz-System Witte" (auch separativ erschienen) scheint der Argwohn keineswegs übertrieben gewesen zu sein, sondern die russischen Finanzen sind thatsächlich überaus brüchig.

ungebildeten Bevölkerung, seiner geringen Kapitalsansammlung den Anforderungen moderner Kriegstechnik wenig gewachsen ist und im Wettlauf der Rüstungen bald atemlos werden muß.

Es ist daher wohl sehr natürlich, daß der Zar durch die Friedens-Konferenz im besonderen die Anwendung neuer technischer Erfindungen, neuer Explosivstoffe verbieten lassen will: in seinem Lande giebt es wenige, die dergleichen erfinden können, und wird es importiert, so vermag der Fiskus es nicht zu bezahlen und die rohen Massen vermögen es nicht zu handhaben. Denn die moderne Kriegstechnik verlangt nicht bloß gesunde Knochen und starke Muskeln, sondern auch eine gewisse Feinheit der Hand und Gewecktheit des Geistes von dem gemeinen Soldaten, die das Moskowitertum nicht recht hervorbringt.*)

Wieder anders steht Frankreich. Wohlstand und Technik sind auf der Höhe. Die allgemeine Wehrpflicht stellt die gesamte junge Mannschaft zur Verfügung, aber mit der jungen Mannschaft selber geht es zu Ende. Frankreichs Bevölkerung stagniert und alles, was gesunde Arme und Beine hat, ist bereits eingereiht. Frankreich ist von allen Großmächten bereits dem Ende am nächsten.

Italien wandelt am Rande des Bankerotts. Österreich-Ungarn scheint einer Auflösung näher als einer Steigerung seiner Kräfte.

Die einzige Großmacht, die ohne jede Schwierigkeit noch eine wesentlich höhere Kraft entwickeln könnte, bleibt das Deutsche Reich. Die allgemeine Wehrpflicht ist bei uns noch immer nicht durchgeführt und Jahr für Jahr wächst das Volk um mehr als 800000 Seelen und stellt neue Scharen zur Verfügung. Trotz allen Wachstums sind immer noch nicht Arbeitskräfte genug vorhanden für die Menge des Kapitals und wir sind in der Verlegenheit, fremdsprachige Arbeiter importieren zu müssen. Alle Geschäfte blühen, der Reichtum wächst, die Finanzen des Deutschen Reiches wie der einzelnen Staaten sind in musterhafter Ordnung und weisen Überschüsse auf. Eine große Steuerherabsetzung (Minderung der Getreidezölle um fast ein Drittel) hat stattfinden können, ohne in der Staatskasse eine Lücke zu verursachen.

---

*) Diesen Beitrag zur Interpretation des Zarischen Manifestes entnehme ich der ausgezeichneten Rede von Fr. Naumann „Zar und Weltfrieden“ (Verlag der „Hilfe“ Schöneberg-Berlin. Preis 10 Pf.).

Auch in England, Frankreich, Rußland ist der Wohlstand im letzten Menschenalter offenbar gewachsen, aber allem Anschein nach in Deutschland am meisten. Unser Export wächst nur noch langsam, weil wir wohlhabend genug geworden sind, immer mehr von den Früchten unserer Arbeit selber zu genießen. Deutschland ist also von allen Großmächten, die einzige, die noch sowohl die Männer wie das Geld hat, um, sobald in der Nation nur ein energischer Wille sich regt, die Land- wie Seerüstung noch außerordentlich zu steigern.

Deutschland ist aber gleichzeitig das Land, das am meisten einer solchen Steigerung bedarf. Es ist möglich, ja es hat eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die nächste große Landverteilung oder Absteckung von Einfluß-Sphären in Asien sich in ähnlicher Weise vollzieht, wie im Jahre 1772 die erste Teilung Polens, ohne Blutvergießen. Nicht mehr lebensfähige oder kulturunfähige Staatsgebilde werden aufgelöst oder unter die Vormundschaft der lebenskräftigen Staaten gestellt. Diese aber vergleichen sich darüber nach Maßgabe der Kräfte, die sie bei einem Waffengang einsetzen würden, ohne den Waffengang selber zu machen. England, Frankreich, Rußland sind bereits im Besitz ungeheurer Kolonialreiche. Ihnen kommt es nicht so sehr darauf an, ob sie noch ein Stück Land mehr gewinnen oder nicht; nur die Machtstellung im allgemeinen müssen sie behaupten. Für Deutschland, das noch so gut wie nichts wirklich Wertvolles in den anderen Weltteilen besitzt, ist jede Quadratmeile, jedes Städtchen von der höchsten Wichtigkeit. In 50 Jahren wird die Welt aufgeteilt sein. Es ist eine Lebensfrage für uns, wenn wir eine große Nation bleiben wollen, hierbei neben den bereits etablierten Kolonial-Nationen einen gleichwertigen Besitz zu erlangen. Wir können es, wenn wir rechtzeitig vorsorgen. Freiwillig werden uns die anderen Nationen nur einen sehr schmalen Anteil gewähren. Warum sollten sie auch? Jedes Volk sorgt für sich selber. Nur wer Macht hat, dem wächst Macht zu, und in diesem Machtgebot liegt ein tiefes sittliches Gesetz. Dasjenige Volk, das die Selbstüberwindung hat, seine täglichen Genüsse einzuschränken, um dafür nationale Machtmittel zu sammeln, das, um es ganz krude auszudrücken, lieber etwas weniger Bier trinkt und weniger Zigarren raucht und sich dafür Kanonen und Schiffe anschafft, das erwirbt damit auch den Anspruch, seine Eigenart zu behaupten, und die geistigen Güter, die es im Laufe der Jahrhunderte erarbeitet, sich selbst und der Menschheit zu

dauerndem Besitz zu vererben. Es giebt keine höhere Aufgabe für die kommende Generation, als zu sorgen, daß die Welt nicht zwischen Engländern und Russen aufgeteilt, sondern auch deutsche und französische Art und zwischen den großen Nationen auch die der kleinen, soweit sie Kulturwert haben, erhalten werde.

Ohne Krieg, wenn es möglich ist, aber es ist ein Gut, das auch um noch so viel Blut nicht zu teuer erkauft wäre.

Russisch-Polen.

Eine Reisestudie.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 98, Oktober-Heft 1899.)

Wer von unseren verehrten Lesern, sofern er nicht von Geburt oder Beruf dem Osten angehört, ist schon einmal über die Spree gekommen? Oder wenn schon, wie weit und wie oft? Betrachtet man es recht, so hört für den Menschen des Westens die Welt an diesem Flußrand auf. Auch der Berliner, soweit er nicht jenseits wohnt, kommt nicht hinüber. Das ganze amtliche Berlin, das Schloß, die Palais, die Ministerien, der Reichstag und Landtag, die Museen, Opern- und Schauspielhaus, die Universität, das Kammergericht, die Denkmäler, die großen Hotels liegen im Westen, auf der Seite, die nach den vornehmen Villen-Orten, nach Potsdam, Sanssouci und nach der Kulturwelt ausschaut: unmittelbar an der Spree liegt noch die Börse und jenseits in dem eigentlichen alten Berlin liegt wohl das Rathaus oder das Wallner-Theater, das ein Westler aufsucht, aber das sind nur einzelne Schaumspritzen, die hinüberfliegen, die eigentliche Völkerwoge reicht nur bis an das Fluß-Ufer: hier brandet sie und staut zurück. Der Sachse, Rheinländer und Süddeutsche, der Berlin besucht, der Engländer, Amerikaner, Franzose, der Deutschland bereist, bis an diese Stelle kommt er und hier kehrt er um. Die Kurfürsten-Brücke am Schloß ist die größte Völker-Scheide der Welt. Der westliche Berliner selbst, wenn wir annehmen, daß er einmal in seinem Leben der Wissenschaft halber den Friedrichshain besucht hat und um geographisch genau zu sein, auf der Reise nach Heringsdorf oder ins Riesen-Gebirge einige Meilen weiter östlich bis ins Oder-Gebiet gekommen ist — der sonstige regelmäßige Lebenslauf führt ihn höchstens bis an die Spree-Brücke und von dem, was jenseits

liegt, sieht er nichts. Verreist er, so verreist er nach dem Westen, Süden oder Norden, aber nicht nach dem Osten. Der ganze Osten selber aber, durch dieses Thor strömt er ein, wenn er den Westen aufsucht. Wie eine Riesen-Klammer verbindet Berlin die östliche und westliche Hälfte des preußischen Staates miteinander, nur über Berlin verkehren sie; ja der ganze andere Nordosten, Stockholm, Petersburg, Moskau, Warschau steht in Verbindung mit dem Westen durch Berlin. Der Westen seinerseits aber kommt ihm entgegen bis an diesen Punkt und nicht weiter. Scharf abgeschnitten, mitten in einem Volk und Staat, ja mitten durch die Stadt selber hindurch geht hier die Grenze zweier Welten. Um über die Spree, über die Brücke mit dem Denkmal des Großen Kurfürsten hinaus nach Osten zu kommen, muß man schon dort geboren sein, oder aber amtlich oder geschäftlich gezwungen sein, die Reise zu machen.

In jener Gegend aber, im fernen unbekannten Osten wohnt die Sphinx, das große Rätsel der Zukunft, das Schicksal der Welt im zwanzigsten Jahrhundert und dritten Jahrtausend. Man spricht von Amerika, das mit seiner aufblühenden Jugendkraft das alternde Europa bedrohe. Ich fürchte nichts davon. Bloße wirtschaftliche Kraft richtet nicht viel aus in der Weltgeschichte: erst wenn sie sich in politische und kriegerische Kraft umsetzt, wird sie gefährlich. Die Vereinigten Staaten aber werden schwerlich jemals dazu gelangen, eine große Militärmacht zu werden. Sie wollen es gar nicht und sie sind ein viel zu lockeres Staatsgebilde, um es, selbst wenn sie es wollten, durchzusetzen. Kriegsmacht läßt sich nicht mehr improvisieren: in langer, hingebender, opferwilliger Friedensarbeit will sie ausgebildet sein. Sollten die Vereinigten Staaten dergleichen wirklich versuchen, so werden sie daran eher selber zu Grunde gehen, als daß sie es erreichen. Von Amerika wird der große Stoß, der das Angesicht der Welt einmal verwandelt, nicht kommen.

Auch aus dem alten Kultur-Europa, der romanisch-germanischen Welt schwerlich. Die Verhältnisse sind hier allenthalben so im Gleichgewicht, daß nirgends eine starke Erschütterung zu erwarten ist. Die großen Gegensätze haben sich so sehr in die Tiefe zurückgezogen, daß, da die Welt einmal Objekte für ihre Leidenschaft gebraucht, sie sich über den ungerechten Richterspruch eines französischen Gerichtshofes aufregt. Von allen Großstaaten der brüchigste ist offenbar Österreich,

aber auch an den Zerfall dieser Mosaik-Monarchie glaube ich nicht. Eine Großmacht hat eine wunderbare Lebenskraft: ohne einen ungeheuren Rammstoß von außen wird die habsburgische Dynastie ihre zehn Nationen noch lange zusammenhalten.

Wie aber sieht es in Rußland aus? Entweder die Welt bleibt noch auf Jahrhunderte ungefähr so, wie sie ist, oder wenn eine Bewegung kommen sollte, die ihr Angesicht verändert, so kann sie nur von Rußland ausgehen. Schon einmal, beim Tode Friedrichs des Großen, war Europa in einem solchen Zustand des Gleichgewichts, daß wesentliche Veränderungen kaum irgendwo möglich schienen. Da brach, drei Jahre nach dem Hinscheiden des großen Preußenkönigs, in Frankreich die innere Bewegung los, deren Gewalt niemand auch nur entfernt geahnt hatte und die in fünfundzwanzig Jahren revolutionärer und kriegerischer Krämpfe nicht bloß Frankreich, sondern auch die Verhältnisse von ganz Europa, die inneren wie die äußeren, die wirtschaftlichen wie die sozialen, die materiellen wie die geistigen um und umwandelte. Es giebt enthusiastische Russen, die da meinen, daß von ihrem Lande einmal die Vollendung ausgehen werde: daß der russische Agrar-Kommunismus die soziale Reform-Idee der zukünftigen Kultur-Welt sein werde. Diese Erwartung halte ich ganz sicherlich für verkehrt. Aber daß das Geheimnis der Zukunft im Innern Rußlands zu suchen ist, glaube ich auch. Ist dieser Staat wahrhaft gesund und stark, so wird er einmal Asien erobern, die Engländer aus Indien vertreiben und die Welt beherrschen. Ist aber die russische Macht nur Schein, bricht dies ungeheure Gebilde einmal auseinander, stürzt es in Anarchie, so wird das ganz andere Folgen haben, als wenn etwa England eine Niederlage erlitte und seine Kolonien verlöre, oder wenn Österreich sich in mehrere Staaten auflöste, oder als der Niedergang und die Niederlage Frankreichs gehabt hat. Die Elemente, aus denen die Staaten des alten Europa zusammengesetzt sind, sind ihrer Natur nach so gesund und harmonisch, daß sie auch nach den größten Krisen in irgendwie modifizierter Gestalt fortleben können. Von Rußland aber gilt der Satz: es wird sein, wie es ist, oder es wird nicht sein. Die starre Einheit von Nationalität, Staat und Kirche, die das Wesen des Russentums ausmacht, läßt die Ideen des westlichen Europa nicht eindringen, oder, wenn sie eindringen, sprengen sie diese granitene Pyramide auseinander.

Es ist wahrlich nötig, daß wir in Deutschland die große Frage des Ostens studieren. Unser Schicksal, da nach Rankes Ausdruck die auswärtige Politik die innere beherrscht, wird davon in höherem Maße abhängen als von unseren eigenen Parteikämpfen. Wie es in England aussieht und in Frankreich und in Amerika, das wissen wir. Über Rußland aber bewegen sich unsere Vorstellungen in einer Art Halbdunkel. Die entgegengesetzten Urteile tönen an unser Ohr; sehr wenige aber haben selber einen Blick in diese eigentümliche Welt gethan: schon über die Kurfürstenbrücke geht ja der Reisende nicht hinaus. Bis nach Tilsit und Memel reicht noch Deutschland; das ist von Berlin noch ebenso weit wie von Straßburg und Metz dahin, viel weiter als von Köln oder Frankfurt, aber schon diese ganze Hälfte unseres eigenen Landes wird nicht mehr besucht und gar über die russische Grenze begiebt sich der zivilisierte Mensch so leicht nicht. Selbst in Westpreußen habe ich kaum jemand gefunden, der einmal Weichsel aufwärts bis Warschau gekommen wäre.

Auch ich kann mich nicht gerade rühmen, mit eigenen Augen und Ohren so sehr viel vom Osten in mich aufgenommen zu haben. Ich habe mich nach Möglichkeit in der Litteratur umgesehen, ich habe mit manchem guten Kenner gesprochen, aber ich beherrsche weder die russische noch die polnische Sprache und bin, abgesehen von einem kurzen Besuch in Posen, auch erst in diesen Wochen soweit gelangt, ein größeres Stück wenigstens des russischen Polen mit eigenen Augen zu sehen und von den Bewohnern direkt über ihre Zustände zu hören. Erst bei dieser Gelegenheit habe ich auch unsern eigenen deutschen Osten kennen gelernt, die Herrlichkeit der Marienburg geschaut und die wunderbare Pracht des alten Danzig auf mich wirken lassen. Das ist ja das Eigentümliche, daß die Völkerscheide, die Berlin bildet, unser eigenes Volk teilt, daß es im ganzen Westen kaum einen oder den anderen giebt, der weiß, daß an der Nogat eine Stadt liegt mit einem Bauwerk, ehrwürdiger und ebenso schön wie das Heidelberger Schloß, ja auch wohl kühn neben dem Kölner Dom zu nennen. Daß Danzig weit mehr bietet als Augsburg, vollauf rivalisieren darf mit Nürnberg und dabei so ganz anders, daß nur, wer beide Städte gesehen hat, sagen darf, er kenne den Charakter des alten deutschen Bürgertums.

Mir ist an dem malerischen Strande der Danziger Bucht erzählt

worden von einem andern deutschen Reisenden, der auf dem Turm der Marienkirche einen Hymnus auf die landschaftliche Schönheit Ostpreußens anhörte. Der Preisende war ein Bayer, ein Alpinist, der über die Dünen der kurischen Nehrung gewandert war und die Einsamkeit dieser wunderbaren Sandhügel zwischen zwei Meeren so erhaben gefunden hatte wie nur je die Schneegipfel seiner Berge. Wer weiß von alledem etwas im deutschen Westen? Aber mein Zweck ist keine Reiseschilderung, sondern die Aufzeichnung einer Reihe von politischen Beobachtungen, die ich auf meiner Reise, namentlich in Warschau, gemacht habe.

Auch die Stadt Warschau hat meine Erwartungen übertroffen. Sehr merkwürdig spiegelt sich in dem äußeren Anblick die verschiedene Geschichte der beiden Städte Warschau und Danzig ab. Warschau ist als Großstadt die jüngere. Die mittelalterliche Hauptstadt Polens war Krakau. Warschau war nur die Residenz der Herzöge von Masovien und erst Ende des sechzehnten Jahrhunderts siedelten die polnischen Könige dahin über. Danzig ist die Stadt des Bürgertums. Ein Patrizierhaus steht neben dem andern; man sieht die üppige Fülle, in der diese Geschlechter lebten. Warschau hat solche Häuser nicht, aber es hat eine Anzahl von fürstlichen Palästen; neben ihnen nur die Häuser kleiner Leute, die seit einem Menschenalter modernen Mietskasernen Platz machen. Gewiß kein gesunder politischer Zustand, ein Volk, das wie das polnische nur aus Adel und beherrschter Masse bestand. Aber man darf sich jenen Adel doch nicht, wie es in Deutschland wohl vielfach geschieht, als fast kulturlos vorstellen. Diese Paläste mit ihren großen Bibliotheken, schönen Sammlungen, geschmackvoller Ausstattung beweisen, daß die polnische Aristokratie teilnahm an jener französisch-europäischen Bildung, die das vorige Jahrhundert allenthalben beherrschte. Den König Stanislaus Poniatowski pflegt man sich als einen liederlichen Schwächling, einen schönen Lumpaci Vagabundus vorzustellen, mißhandelt von seiner eigenen Aristokratie. Aber dieser König hat auch dies prächtige Schloß auf dem hohen Ufer der Weichsel an der Praga-Brücke ausgebaut und sehr sehenswürdig ausgestaltet. Das Lustschloß Lazienki ist höchst originell und Willamow, früher den Potocki, jetzt den Branicki gehörend, ist prächtig und reich wie ein privates Nationalmuseum. Die meisten der großen alten Magnatenfamilien existieren auch heute noch und verfügen über

einen riesigen Grundbesitz, führen aber, aus Politik, Staats- und Hofdienst verdrängt, ein Stillleben, sind auch wohl nicht mehr als die Führer der Nation zu betrachten.

Das Merkwürdigste an Warschau aber ist sein heutiger Zustand. Es gehört zu den Großstädten, deren rapides Wachstum immer von neuem Erstaunen hervorruft. Es hatte vor zwanzig Jahren 325 000 Einwohner, heute hat die eigentliche Stadt nach der letzten Volkszählung 638 000, mit den Vororten aber bereits weit über 800 000 Einwohner. Im Jahre 1840 hatte es erst 1600 massive Häuser. Heute ist es eine Stadt größer als Hamburg, ein Industrie- und Handelsplatz ersten Ranges. Wohl sieht man viel dürftiges Volk auf der Straße, unsaubere Juden in Menge, die aus Rußland ausgewiesen, sich jüngst massenhaft hierhergezogen haben; die Lastwagen sind oft nur mit einem, schlechtgenährten Pferd bespannt. Die ganze Lebenshaltung der unteren Klassen steht noch weit unter derjenigen der deutschen, aber die Physiognomie der Straßen, die Fülle und Bewegung zeigt, daß es modernes Leben ist, was hier pulsiert und mächtig fortschreitet. Aber nicht bloß Warschau ist in dieser Weise aufgeblüht, sondern das ganze Königreich Polen ist im Begriff ein Industrieland zu werden. Es hat in diesem Jahrhundert schneller an Einwohnern zugenommen als sogar Deutschland. Die Gebiete, die heute das Deutsche Reich machen, hatten im Jahre 1815 etwa $24^1/_2$ Millionen Einwohner, heute 55, also erheblich mehr als das Doppelte. Kongreß-Polen aber wurde im Jahr 1815 auf 3 Millionen Einwohner geschätzt und hat jetzt über $9^1/_2$, also mehr als das Dreifache. Es ist dichter bevölkert als Frankreich; es hat 75 Einwohner auf den Quadratkilometer, Frankreich nur 72, Deutschland 100. Neben Warschau existiert die große Fabrikstadt Lodz mit 400 000 Einwohnern und an der Warschau-Wiener Bahn, in dem an Oberschlesien angrenzenden Gebiet, wo die Bergwerke liegen, reiht sich Fabrik an Fabrik.

Als ich mich erkundigte, wie es mit dem Wohlstand der Bauern stände, erhielt ich entgegengesetzte Antworten: der eine sagte gut, der andere schlecht. Endlich aber vereinigte man sich dahin, daß es auf den Standpunkt ankomme: im Vergleich mit der Vergangenheit habe der polnische Bauer erhebliche Fortschritte gemacht; im Vergleich mit den polnischen Bauern in Preußen aber sei er noch auf einem recht niedrigen Standard. Die russische Regierung hat die polnischen Bauern

unter den allergünstigsten Bedingungen von ihren früheren Feudalherren abgelöst und sie zu freien Eigentümern gemacht. Aber sie hat kulturell und intellektuell nichts für sie gethan: Volksschulen existieren auf dem Lande so gut wie gar nicht. Die preußische Regierung hat die Bauern wirtschaftlich bei weitem nicht so günstig gestellt, weil sie auch gegen den Adel gerecht sein wollte, aber sie hat sie durch das Schulwesen, die prompte, tüchtige Verwaltung und die Einführung in die Kultur und das Verkehrswesen des ganzen Landes so sehr gehoben, daß sie es viel weiter gebracht haben als ihre Landsleute unter dem Szepter des Zaren.

So sind zwei Stücke des alten Polen, fremden Staatswesen eingefügt, wohlhabend geworden. Das russische wesentlich auf industrieller, das preußische auf agrarischer Grundlage. „Wie sieht es denn," fragte ich einige polnische Herren, „in dem dritten Teil, in Galizien aus?" „O, das gerade Gegenteil," hieß es: „und wie kommt es," fuhr ich fort, „daß das einzige Land, in dem ihre Nationalität herrscht, nicht blüht?"

Die Antwort war bald gefunden. Sie ist, denke ich, nach vielen Seiten von Interesse. Das russische Polen ist zu einem wohlhabenden Industrieland geworden, nicht etwa durch die bewußte Fürsorge der russischen Regierung. Das größte Werk, was sie für das Wirtschaftsleben Polen hätte ausführen können und müssen, die Schiffbarmachung der Weichsel, hat sie unterlassen. Dieser mächtige Strom wird kaum zu etwas anderem benutzt, als zum Flößen: in unabsehbaren Linien treiben die Stämme aus den galizischen Wäldern hinab nach Danzig, um hier bearbeitet oder verfrachtet zu werden. Selbst flache Kähne sieht man nur wenig und ein vereinzeltes kleines Dampfschiff fährt, wenn der Wasserstand es erlaubt. Beliebig treten die Gewässer in den Niederungen über die Ufer und treiben die Sandbänke hierhin und dorthin, sodaß das Fahrwasser sich täglich verändert. Rußland aber denkt nicht daran, kostspielige Stromarbeiten auszuführen, um den Polen eine Wohlthat zu erweisen. Selbst mit Eisenbahnen ist das Land noch ganz sparsam ausgestattet. Eigentlich nur neun Linien ziehen sich durch dieses Land, das an Umfang einem Viertel des Deutschen Reiches gleichkommt. Keine direkte Linie geht nach Posen oder Breslau: in großen Bogen und Winkeln über Thorn und Skiernewice muß man fahren, wenn man von Berlin nach Warschau will. Dennoch sind es die Russen

gewesen, die freilich sehr wider ihren Willen Polen zum Industrieland gemacht haben: indem sie Polen mit ihrem eigenen Staatskörper verbanden, lieferten sie ihm diesen als Absatzgebiet aus. Um der unfruchtbaren Sandgegend von Lodz einigen Verdienst zu verschaffen, siedelte die Regierung (als sie noch unter russischer Hoheit, aber ihrem Charakter nach polnisch war) deutsche Weber an. Aus dieser Ansiedelung ist die gewaltige Fabrikstadt entstanden. Sie hatte vor aller russischen Konkurrenz den Vorzug, an der Grenze Kultur-Europas zu liegen, von Deutschland die leitenden Persönlichkeiten, wie die Maschinen, wie alle neuen Anregungen, wie die Kapitalien zu beziehen, und konnte dabei, durch den hohen, russischen Zoll geschützt, den Vertrieb immer weiter in die Massen des russischen Volkes hinein ausdehnen. „Die Reisenden haben das Glück von Lodz gemacht," sagte mir mit Selbstbewußtsein ein Mitglied dieses Standes, das seit Jahren ganz Süd-Rußland durchzog. Lodz ist eine fast deutsche Stadt mit deutscher Zeitung; die Sprache in den Geschäften ist deutsch und die Polen lieben die Stadt nicht. Aber von dieser deutschen Industrie auf ihrem Boden haben sie selber gelernt und sind in flottem Zuge, nunmehr, namentlich in Warschau, auch einen eigenen Mittel- und Industrie-Stand auszubilden. Schon rüstet man sich in Warschau, einmal der Ausgangspunkt der sibirischen Bahn zu sein. Warum Warschau? Weil in Warschau das eigentümliche russische Bahn-System mit der etwa zwanzig Zentimeter breiteren Spurweite anfängt. Hier also muß alles, was aus Europa kommt, umgeladen werden. Das ist der natürliche Umschlags-, Sortier- und Pack-Platz. Jede neue Erwerbung, die Rußland für sich macht, macht es zugleich auch für die polnische Industrie, die seiner eigenen, älteren mehr und mehr auf den Leib rückt. Schon bringt Polen, das noch nicht ein Dreizehntel der Volksmasse des russischen Gesamtreichs einschließt, ein Sechstel seiner ganzen Eisen- und Stahl-, ein Viertel seiner Textil-Produktion hervor.*)

Gerade umgekehrt, wie man nun sofort sieht, liegt es in Galizien. Kongreß-Polen wurde verbunden mit einem wirtschaftlich inferioren, Galizien mit einem überlegenen Gebiet. Wien und Böhmen versorgten das österreichische Polen so reichlich mit Industrie-Artikeln, daß eigene Manufakturen nicht aufkommen konnten. Diese natürlichen Verhältnisse

*) Neue Zeit, 24. Jahrgang, 2. Bd., S. 166. (1891.

sind stärker als alle Pläne und Bestrebungen einer Regierung. Galizien ist ein rückständiges agrarisches Gebiet geblieben: erst regierte hier die indolente österreichische Bureaukratie, dann kam der polnische Adel wieder ans Regiment: das Ergebnis ist Fortsetzung dessen, was wir in Deutschland „polnische Wirtschaft“ nennen. Armut, Wucher, Korruption sind die Physiognomie dieser Landschaft und dieser Gesellschaft.

Sollen die Polen den Russen nun dankbar sein, daß sie sie aus solchen Zuständen gerettet und davor bewahrt haben? Dazu gehörte doch wohl, daß die Russen, dies zu leisten, den guten Willen gehabt hätten, wie etwa die preußische Regierung, die doch mit vollem Bewußtsein ihre polnischen Unterthanen in das deutsche Kulturleben übergeführt hat und sie gern und voll daran teilnehmen läßt. Die russische Regierung aber hat alles gethan, was in ihren Kräften lag, den polnischen Aufschwung zu verhindern. Ihre Schutzzölle sollten dienen, in Moskau, am Don und am Ural eine Industrie großzuziehen, aber nicht in Warschau, Lodz und Czenstochau. Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit wurde das amtlich ausgesprochen. Als 1887 die Eisenzölle von neuem erhöht wurden, ordnete der allerhöchste Befehl vom 21. April 3. Mai an: „Den Ministern der Reichsdomänen und der Finanzen wird aufgetragen, baldmöglichst auszuarbeiten und zur Prüfung in vorgeschriebener Ordnung vorzustellen Vorschläge zu Maßnahmen, um in den westlichen Grenzgebieten der weiteren Entwickelung der bestehenden und der Entstehung solcher neuen Gußeisenschmelzereien und Eisenwerke vorzubeugen, welche mit fremdem Material und unter Beihilfe fremder Arbeiter arbeiten“. Aber dieser allerhöchste Befehl ist machtlos geblieben, denn die große Industrie blüht nur auf Kulturboden und davon findet man in Rußland noch immer unendlich wenig, in Polen, dem Nachbarlande Deutschlands, viel mehr, und das giebt den Polen über Rußland ein wirtschaftliches Übergewicht, welches sich durch das Anwachsen des intelligenten polnischen Mittelstandes noch fortwährend weiter ausdehnt. Neben den Deutschen und deutschsprechenden Juden, die ja vorlängst im wirtschaftlich-industriellen Leben Rußlands eine prävalierende Rolle gespielt haben, treten jetzt sehr stark die Polen auf. Ich fragte einen hohen russischen Beamten, der im Unterrichtswesen steht, ob es richtig sei, daß gerade die Verdrängung der Polen aus dem Beamtentum dem polnischen Wirtschaftsleben durch die Intelligenzen, die in diese Sphäre hinüber-

geschoben würden, so sehr zu Gute komme. Nicht nur das, sagte er, sondern schon auf die polnischen Schulen wirkt es. Jedes polnische Kind weiß bereits: ich habe nirgends in den hohen Behörden einen Onkel oder Vetter, der mir einmal helfen wird: nur durch mich selbst kann ich etwas erreichen. So werde schon von früh auf jedes kleinste Talent bei den polnischen Knaben wie Mädchen sorgsam ausgebildet. Die Russen aber wüßten, daß sie im Tschinowniktum auf jeden Fall ihr Unterkommen finden. So geschieht es, daß der Stand der polnischen Techniker weit nach Rußland hinein berufen wird, um die russischen Arbeiter anzuleiten und zu beaufsichtigen. Aus freiwilligen Gaben sind jetzt mehrere Millionen Rubel zusammengebracht, um in Warschau ein Polytechnikum zu gründen.

Der industrielle Aufschwung, den Polen genommen, hat so viel Wohlstand ins Land gebracht, daß man selbst die sehr üble Lage, in der sich der Großgrundbesitz befindet, darüber verschmerzt. Der polnische Großgrundbesitzer hat nicht den hohen Schutzzoll (etwa 25 % des Wertes), der noch heute den deutschen schützt; im Gegenteil, das Land wird überschwemmt mit dem durch die überaus billigen Bahnfrachten mobil gemachten innerrussischen Getreide. Dabei ziehen im Süden die Arbeiter ab in die Fabriken und Bergwerke, im Norden gehen sie als Wanderarbeiter über die Grenze nach Deutschland. So ist in Polen Mangel an ländlichen Arbeitern ganz wie bei uns, und bei ihrem geringen Wohlwollen für den polnischen Adel hat die russische Regierung bisher nichts gethan, dem abzuhelfen. Jetzt freilich soll sie ernstlich der Frage der Wanderarbeiter näher getreten sein und Prüfungen anstellen. Unsere Landwirte mögen sich das gesagt sein lassen: sperrt die russische Regierung einmal die Grenze und entzieht den Arbeitern das Benefizium der billigen Pässe, so bricht über unsere östliche Landwirtschaft eine Katastrophe herein.

Von der eigentümlichen wirtschaftlichen Symbiose Polens mit Rußland wird man ausgehen müssen, wenn man den heutigen politischen Zustand verstehen will. Die Russen regieren in Polen, aber die Polen nutzen Rußland wirtschaftlich aus. Als ich die (in den Preuß. Jahrb., Sept.-H. 1899 veröffentlichte) Denkschrift des General-Gouverneurs Fürsten Imeretinsky las, hatte ich das Gefühl: wie kann ein so kluger Mann, wie dieser georgische Fürst offenbar ist, sich der Hoffnung hingeben, daß die Polen sich jemals dem russischen Staatsgedanken

unterwerfen werden? Er selber schildert uns ja, wie schlechthin ablehnend gegen alles Russische sich die oberen Stände bisher verhalten und wie auch der Bauernstand, der bisher zu Rußland hielt, anfängt in das andere Lager überzugehen. Wenn er schließlich behauptet, eine neue Strömung lasse sich bemerken; ein Kreis von Intelligenzen habe die Kühnheit, laut zu erklären, es sei im Interesse der polnischen Gesellschaft, mit der russischen Regierung in Frieden und Einverständnis zu leben, wenn nur die Regierung keine Invasion in das Gebiet des katholischen Glaubens, der polnischen Sprache und Nationalität mache — darf man das glauben? Der Aufenthalt in Polen hat mich belehrt, daß die Hoffnungen Imeretinskys doch nicht so völlig illusorisch sind. Freilich ein Teil der Polen, namentlich die Jugend, hält an dem alten Ideal eines zukünftigen, unabhängigen Nationalstaates fest. Aber ein sehr großer Teil und wie mir scheint, die eigentliche Intelligenz und der maßgebende Teil des Polentums hat erkannt, daß alle Träume vom zukünftigen Nationalstaat Utopien sind. Früher wurden alle Hoffnungen auf Frankreich gesetzt. Frankreich ist herabgestürzt von seinem früheren Stand und findet seine letzte Zuflucht in der Allianz mit Rußland. Österreich hat den Polen immer noch gewisse Aussichten geboten; Österreich ist in vollem desolatem Zustand. Eine Zeit lang hat man die Hoffnung auf Deutschland gesetzt; Deutschland ist wieder guter Freund mit Rußland geworden und haßt die Polen. An eine Erhebung aus eigener Kraft denken selbst die Phantasten nicht mehr. So hat sich eine opportunistische Partei gebildet, die geneigt ist, dem Fürsten Imeretinsky entgegen zu kommen. Das ist nicht etwa die alte panslavistische Partei, die auf die Eigenart der Nationen verzichten will, zu Gunsten einer slavischen Rasseneinheit. Diese Partei hat — zum Heile Europas — bei den Polen doch immer noch wenig Anklang gefunden. Man will sich nicht der russischen Nationalität, sondern nur dem russischen Staatsgedanken unterwerfen unter der Bedingung, daß die polnische Nationalität dabei erhalten bleibe. Das ist also in der That das, was Imeretinsky anbietet.

Daß dieser Gedanke ein sehr künstlicher ist, leuchtet ein. Aber die absolute politische Notwendigkeit erzwingt zuweilen so künstliche Bildungen und es fehlt nicht an Analogien. Soeben sind die Delegierten von acht deutschen Universitäten in Siebenbürgen gewesen, um

der Enthüllung des Denkmals für den Bischof Teutsch beizuwohnen und den fernen Volksgenossen Zeugnis abzulegen, daß wie sie mit uns, so wir mit ihnen uns Eins fühlen in der nationalen deutschen Gesinnung. Diese Siebenbürger Sachsen aber, in der Unmöglichkeit, je mit dem Vaterlande politisch vereinigt zu sein, haben im vollen Ernst sich dem ungarischen Staatsgedanken angeschlossen unter der Bedingung, daß man ihnen ihre Nationalität ungekränkt läßt. So haben sie nicht nur den magyarischen Staatsmännern, sondern auch den deutschen Gästen versichert und es ist nicht möglich, einen Zweifel in ihre Worte zu setzen. Etwas ähnliches nun, wenn auch ganz von fern erst, scheint sich mir in Russisch-Polen anzubahnen. Gegenüber den alten Intransigenten bildet sich eine opportunistische Partei, die auf die europäische Lage, die Nutzlosigkeit des revolutionären Strebens, die Opfer und Schmerzen, die das ewige Martyrium kostet, endlich auf das wirtschaftliche Gedeihen und die Vorteile der Vereinigung mit Rußland, die Schädigung, die eine Zollgrenze im Osten anrichten würde, hinweist und auf Grund all dieser Betrachtungen nach einem modus vivendi sucht.

Wie weit diese Stimmung bereits um sich gegriffen hat, mögen einige kleine Erlebnisse und Zwischenfälle bezeugen, wo sie ganz absichts- und zusammenhangslos zu Tage trat.

Ich fragte in Gesellschaft einiger polnischer Herren, ob schon Söhne der alten Magnaten Geschlechter in die russische Armee eingetreten seien. Die Frage wurde verneint und ein junger Gelehrter, der eben erst dazu getreten war, fügte ohne weiteres ein „leider noch nicht“ hinzu.

Indem ich mein Erstaunen über das Wachstum der polnischen Industrie aussprach, wandte sich das Gespräch auch auf die russische. Es hätte nahe gelegen, diese der polnischen gegenüber herabzusetzen. Aber ganz im Gegenteil, so gern man auch hervorhob, wie der polnische Techniker und Administrator auch von den russischen Kapitalisten und Gutsherren den eigenen Landsleuten vorgezogen werde, so hatte man doch auch volle Anerkennung für das Gedeihen und die Solidität der russischen Industrie, die ja freilich zum großen Teil von Fremden und mit fremdem Gelde betrieben wird. Umgekehrt gab man zu, daß das überhastige Wachsen Warschaus mancherlei Schwindel im Gefolge gehabt habe. Man war gerade in Besorgnis vor einem

Krach. Aber die wirtschaftliche Zukunft Rußlands wie im besonderen der russischen Staatsfinanzen wurde höchst günstig beurteilt. Die militärische Kraft Rußlands, hieß es, werde im Westen vielleicht überschätzt, die wirtschaftliche aber unterschätzt. Nur der russische Weinbau fand wenig Anerkennung: der Krimwein ist sehr gut, Sitzbäder darin zu nehmen, sonst aber nicht, wurde mir erklärt, als ich wünschte, auch dieses Landesprodukt kennen zu lernen. Andere freilich behaupten, es gäbe auch sehr gute Lagen.

Eine wahrhaft freudige Anerkennung fand endlich das russische Branntwein-Monopol. Es wirke überaus segensreich, da die staatlichen Agenturen ein von schädlichen Substanzen freies, gereinigtes Getränk in verschlossenen Flaschen verabreichen,*) die verderblichen jüdischen Schänken aber und der Vertrieb auf Borg mit dem daran hängenden Wucher beseitigt sind. Vereine zur Veredelung der Volksfeste suchen den Alkoholismus noch weiter mit Erfolg zu bekämpfen.

Ich glaube kaum, daß man früher, als der böse Feldmarschall Gurko noch in Warschau waltete, soviel unbefangene Anerkennung für Russisches aus polnischem Munde hätte hören können, und sehe darin ein Zeichen, daß das Streben des Fürsten Imeretinsky auf gegenseitige Annäherung nicht ohne Widerhall geblieben ist, denn nicht nur an einer Stelle, sondern an ganz verschiedenen und bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich stets dieselbe Beobachtung gemacht. Ob nun aber der modus vivendi wirklich gefunden werden wird, das ist eine Frage, die ich noch keineswegs bejahen möchte. Die Bedingung ist ja, daß die Polen den russischen Staatsgedanken annehmen und der russische Staat ist ein Joch, das die Russen selber kaum zu tragen vermögen. Nur durch Absperrung von der europäischen Gedankenwelt und strengste, stete Beaufsichtigung glaubt der russische Staat seine Autorität aufrecht erhalten zu können. Die Zensur prüft jedes Wort, ehe es gedruckt werden darf, ja selbst jede Inschrift, jedes Firmen-Schild. Jedes Buch, jede Zeitschrift, jede Zeitung, die die Grenze passiert, wird einer Untersuchung unterworfen und was dem

*) Ich berichte, was ich gehört habe. In starkem Widerspruch damit steht, was Fr. K. Witte in seinen jüngst erschienenen „Russischen Reiseeindrücken" (Rostock 1899) erzählt. Er findet zwar auch die erste Qualität des Monopol-Branntweins sehr gut, die zweite, für den gemeinen Mann bestimmte aber „abscheulich" und dabei zu billig.

Geiste eines loyalen russischen Unterthanen schädlich sein möchte, ausgeschnitten oder durch Überstreichen mit Druckerschwärze unleserlich gemacht. Man denke, welche Ärgerlichkeiten, welche Thorheiten, welche unwürdigen Eingriffe hier täglich das Leben das gebildeten Mannes mit Bitterkeit erfüllen müssen. Auch der persönliche Verkehr mit Kultur-Europa soll möglichst unterbunden werden. Für jede Reise bedarf man eines Passes, der in Warschau etwa sechsunddreißig Mark kostet. Katholische Priester aber, es sei denn, daß sie ein ärztliches Attest beibringen, erhalten überhaupt nicht die Erlaubnis zu einer Reise ins Ausland.

Das führt bereits auf die besonderen Beschwerden und Beschränkungen, denen Polen unterworfen ist. Zum russischen Staatsgedanken gehört die Einheit von Staat und Kirche. Zwar die bestehenden religiösen Abweichungen werden toleriert, aber unverbrüchlich gilt das furchtbare Gesetz, daß, wer einmal zur orthodoxen Kirche gehört, nicht aus ihr austreten darf. Hunderttausende von Katholiken sind einmal in sogenannten unierten Kirchen getauft worden, die ein Ukas wieder von der katholischen Kirche getrennt und zur orthodoxen hinübergeführt hat. Nun sollen auch alle in jenen Kirchen Getauften und ihre Nachkommen orthodox sein. Sie weigern sich dessen: sie lassen sich in den orthodoxen Kirchen nicht trauen, schleichen über die Grenze, um in Galizien einen katholischen Priester zu finden oder leben lieber in wilder Ehe. Anarchisch-soziale Zustände sind die Folge.

Russisch ist in Polen die Staats- und Schul Sprache. Das ist nicht so sehr drückend, da Russisch und Polnisch sehr nahe verwandt sind. Es sei nicht verschiedener als Hochdeutsch und Plattdeutsch sagen die einen, als Hochdeutsch und Holländisch die anderen. Die russische Schrift macht fast die größte Schwierigkeit. Aber das russische Schul System im ganzen genügt den Polen nicht. Die Russen behaupten zwar, es sei besser als das frühere polnische, aber das besagt vielleicht nicht soviel und die Polen verlangen heute mehr. Der russische Aberglaube verhindert die Einführung des richtigen Kalenders: infolge dessen müssen alle großen Feste in Polen doppelt gefeiert werden, einmal nach dem kirchlichen (europäischen), zwölf Tage später nach dem russischen Kalender. Die Schulen haben auf diese Weise nur einhundertundfünfzig Unterrichtstage im Jahr: da kann das Lern Pensum des modernen Menschen schwerlich bewältigt werden. Überdies

verlangen die Polen, daß wenigstens die polnische Sprache und Litteratur in der eigenen Sprache gelehrt werde.

Die ländliche Volksschule fehlt noch in Polen wie in Rußland so gut wie ganz und das ist nicht ein bloßes Manko, sondern System. Derselbe russische Staat, der die oberen lesenden Klassen in Vormundschaft nimmt und ihnen vermöge der Zensur nur die Gedanken zukommen läßt, die er selber approbiert, derselbe Staat wünscht ein geistiges Leben bei den unteren Klassen überhaupt nicht und hält es nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich und gefährlich, wenn sie Lesen und Schreiben lernen. Auch das Aufsteigen der begabteren Söhne des Volkes zu höherer Bildung wird möglichst hintangehalten. Die Zahl der Schulen ist gering und die Stellenzahl in jeder Klasse beschränkt, sodaß es selbst für gebildete Familien oft sehr schwer ist, die Schulplätze für ihre Kinder zu erobern. Selbst die Zahl der Studenten in den verschiedenen Universitäten ist neuerdings auf ein Maximum festgesetzt worden, um die jungen Männer besser beaufsichtigen zu können, und um den Geist der Auflehnung, der ja in diesem Sommer zu Unruhen führte, völlig zu brechen, ist vor wenigen Wochen ein Ukas erschienen, wonach die Behörde jeden Studenten, der sich an einem akademischen Spektakel beteiligt, ohne weiteres auf zwei oder drei Jahre als gemeinen Soldaten in die Armee stecken kann. Das sind heute noch die russischen Ideen über Bildung, Recht und Kriegerstand. Die Armee eine Strafanstalt, die akademische Jugend unter der Fuchtel, Bildung ein Gift, das nur in kleinen Dosen gegeben werden darf. Aus solchen Unterrichtsanstalten gehen die Klassen hervor, die das Weltreich zu regieren haben.

Macht man sich klar, was der russische Staatsgedanke thatsächlich ist, so scheint es unmöglich, daß ein Volk wie die Polen, das den Anspruch erhebt, ein Glied der westlichen Kulturwelt zu sein, sich ihm jemals unterwerfe oder auch nur einen modus vivendi mit ihm finde. Aber die Not, sagt das Sprichwort, macht wunderliche Schlafgesellen. Los von Rußland können die Polen einmal nicht, und werden sie besser daran sein, wenn sie in der ewigen absoluten Opposition verharren? Es giebt doch auch wieder Momente, die den Ausgleich erleichtern. In erster Linie kommt den Russen in merkwürdiger Weise die Abwandlung zu Gute, die sich jüngst in den politischen Ideen des westlichen Europa vollzogen hat und die ich als den Bankerott des

parlamentarischen Idealismus bezeichnen möchte. Man will ja bei uns keineswegs wieder zum Absolutismus zurückkehren, aber die Vorstellung, daß man im Konstitutionalismus den Idealstaat erreichen würde, die die Köpfe und Herzen unserer Väter beherrschte, ist vergangen. Wer spricht heute vom deutschen Reichstag oder preußischen Landtag, Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus mit besonderem Respekt? Du lieber Gott! Wer verherrlicht heute noch die freie Presse? Man weiß nicht verächtlich genug von den Zeitungsschreibern zu reden. Es ist ein Rückschlag in den Stimmungen eingetreten, der bis nach Rußland hin gewirkt hat. Ich war ganz erstaunt, aus polnischem Munde zu hören, das die Autokratie doch eigentlich die beste Regierungsform sei. Goethe hat sich ja einmal für die Einschränkung der Preßfreiheit ausgesprochen: „Eine Opposition, die keine Grenzen hat, wird platt. Die Einschränkung aber nötigt sie, geistreich zu sein und das ist ein sehr großer Vorteil." Man dürfe nicht direkt und grob seine Meinung heraussagen, sondern müsse sie feiner auf indirekte Weise zu verstehen geben. Als drastisches Gegenstück zu diesem erlauchten Ausspruch mag ich das Wort eines Polen wiederholen, der zu mir sagte: „Wir leben hier unter der Kosakenpeitsche, aber das macht klug. Wir sind hier mehr als unsere Landsleute in Preußen, die an der deutschen Bildung teilnehmen. Was spielen diese denn für eine Rolle in Ihren Parlamenten?"

Das zweite Moment, das in Betracht kommt, ist die soziale Folge der Umwandlung Polens aus einem Agrar- in ein Industrieland. Trotz aller Absperrung dringen die sozialdemokratischen Ideen auch in die polnische Arbeiterschaft ein und je weiter das fortschreitet, desto mehr wird die Neigung der oberen Klassen wachsen, sich an die bestehende Staatsgewalt, und wenn es auch die russische ist, anzuschließen. Auf diesen Punkt ist schon von der sozialdemokratischen Seite selber, durch Rosa Luxemburg, aufmerksam gemacht worden. „Der polnische Adel, die polnische Geistlichkeit und Bourgeoisie fühlen sich wohl im Hundeloch und fangen an, die insurrektionelle Fahne abzuschwören" zeterte ein polnisch-sozialistischer Aufruf.

Das dritte sehr wichtige Moment, das eine polnisch-russische Annäherung ermöglichen würde, ist die Leichtigkeit, mit der die Bedingung der Polen, Wahrung ihrer Nationalität, erfüllt werden kann. Die Gefahr einer Russifikation ist für die Polen thatsächlich nicht vorhanden. Alle Gewaltsamkeiten Gurkos haben darin nicht das Geringste erreicht,

und einsichtige, unbefangen urteilende Russen haben mir gegenüber auch entschieden bestritten, daß sie je beabsichtigt gewesen sei. Was man wolle und gewollt habe, sei die Durchführung der russischen Staatssprache, denn Rußland sei kein Föderativ-Staat. Man berief sich darauf, daß eine große polnische Presse ungehindert existiere und daß der russische Staat das polnische Nationaltheater in Warschau nicht nur dulde, sondern aus öffentlichen Mitteln sogar unterstütze. Was nun auch die Absicht Gurkos gewesen sei, der jetzige Gouverneur Imeretinsky will jedensfalls von dem Gedanken der Russifizierung nichts wissen. Er selber spricht mit den Polen auf seinen Gesellschaften polnisch und er hat den Polen erlaubt, dem Dichter des Patriotismus, Mickiewicz, dessen Werke nur zu besitzen, früher Sibirien in Aussicht stellte, ein stattliches Denkmal mit polnischer Inschrift zu setzen. Daß er damit in der That den Polen ein starkes Pfand für seinen Willen auf Aussöhnung gegeben hat, wird erhellen, wenn man etwa folgende Lieder der Gefangenen aus Mickiewicz' „Dziady" liest:

Der erste: „Damit ich gläubig werde, muß ich erst Jesus und Maria den Zaren, der mein Land besudelt, züchtigen sehen. So lange der Zar lebt und Nowosilcow trinkt und ich selbst Sibirien fürchten muß, solange darf niemand erwarten, daß ich rufen werde: Jesus, Maria!"

Der zweite: „Was thut es, wenn ich Verbannung, Zwangsarbeit, Ketten ertragen muß, wenn mir nur als treuem Unterthan gestattet wird, für meinen Zaren zu arbeiten! — Wenn ich in den Bergwerken mit Fleiß und Kunst schmieden muß, so sage ich mir: Dieses graue Eisen wird eines Tages eine Axt für den Zaren. — Falls ich aus dem Zuchthause herauskomme und mir ein junges tatarisches Frauenzimmer zum Weibe gegeben wird, so sage ich zu ihr: Gebäre mir einen Pahlen für den Zaren (Pahlen, der Mörder Pauls I.). — Schickt man mich als Kolonisten aus, werde ich Hetman oder Bojar, so will ich auf meinem Acker Hanf säen, nur Hanf, für den Zaren. Aus Hanf macht man einen Strick, einen grauen Strick, den man mit Silber einflechten kann; vielleicht wirft ein Orlow die Schärpe um den Hals des Zaren. (Orlow, der Mörder Peters III.)"

Der dritte: „Mein Geist war verstummt, mein Lied lag im Grabe, aber mein Genius hat Blut gewittert, und mit einem Schrei erhebt er sich wie ein Vampyr, begierig nach Blut. Er durstet nach

Blut, nach Blut. Ja, Rache, Rache! Rache über unsere Henker! Rache, wenn Gott will, und wenn Gott nicht will!“

Was Imeretinsky sonst beabsichtigt, ist durch die von Herrn Rohrbach veröffentlichte Denkschrift (oben S. 535) bekannt geworden, auch der Widerstand, auf den er in Petersburg stößt. Die Einführung einer Anzahl polnischer Unterrichtsstunden an den Gymnasien, worauf die Polen natürlich bestehen müssen, ist bisher noch nicht genehmigt.

Mag nun aber der General-Gouverneur durchdringen oder nicht, jedenfalls ist seine Idee die eines klugen Realpolitikers, denn die Russifizierung Polens ist eine Utopie. Ich stellte einmal in einer Gesellschaft polnischer Herren in Warschau die Frage: Wenn ein Pole sich entnaturalisiert, wird er dann leichter ein Deutscher oder ein Russe? Ein jüngerer Schriftsteller war zunächst geneigt, sich für den Russen zu entscheiden, indem er auf die Einheit der Rasse und die Verwandtschaft der Sprachen hinwies. Dann aber schloß er sich doch auch den anderen Herren an, welche einstimmig ihre Meinung dahin abgaben: leichter ein Deutscher. Denn beim Übergang zum Deutschtum sei es dem Polen noch möglich, seine Religion zu behalten; vom Russentum aber sei unzertrennlich die orthodoxe Kirche und zu dieser hinabzusteigen, sei schlechterdings unmöglich. Es hätte zwar in Petersburg einmal einen Mann gegeben, der zugleich Pole und griechisch-orthodox sein wollte, aber er sei auch einzig in seiner Art gewesen und werde es bleiben.

Gerade diese Unmöglichkeit, daß die Polen jemals Russen werden, auch wenn sie die russische Sprache lernen und sich dem russischen Staatsgedanken anschließen, erleichtert nun die Annäherung, weil die Polen dabei für ihre Nationalität nichts zu besorgen haben. In kompakter Masse zusammensitzend, bleiben sie unter allen Umständen, was sie sind. In Preußen steht es umgekehrt. Hier sind sie über vier Provinzen weit auseinandergezerrt, von Pleß bis an die Ostsee, von Meseritz (zwanzig Meilen von Berlin) bis Lyck verteilt und fast allenthalben mit Deutschen gemischt. Die Provinz Posen selber hat über ein Drittel Deutsche; rein polnische Kreise und Städte giebt es nur wenige. Der Übergang vom Polentum zum Deutschtum und vom Deutschtum zum Polentum findet ziemlich häufig statt. Mischehen sind zahlreich. Hätten wir statt der jetzigen Halbheit eine wahrhaft mutige, von Selbstvertrauen erfüllte nationale Politik, so würde die

Germanisierung vermutlich bald Fortschritte machen. Die Polen selber sind sich darüber auch ganz klar. Am Schlusse einer Gesellschaft in Warschau sagte mir einer der polnischen Herren, als der Wein etwas die Zunge gelöst hatte: „Herr Professor, ich will Ihnen etwas sagen, Sie sind ein sehr liebenswürdiger Mann, aber Sie sind wie jene Zahnärzte, die in die Zeitung setzen: „Schmerzloses Zahnausziehen." Sie wollen uns die Schmerzen dabei ersparen, aber unsere Nationalität wollen Sie uns nehmen, so gut wie die Anderen. Aber ich sage Ihnen, wir haben eine Vitalität, die nicht zu überwinden ist. Unsere Politik ist jetzt, möglichst viel Kinder in die Welt zu setzen und Wohlstand zu erwerben, wir sind noch zu arm. Europa, fügte er mit trotzigem Humor hinzu, hält Polen für den Krebs an seinem Körper, aber der Krebs ist nicht zu operieren."

Wie wunderbar sind doch die Geschicke der Völker. Mit welchen Hoffnungen blickten die Italiener in die Zukunft, welche Erwartung hegte die Welt von der in Jahrtausenden bewährten Genialität dieser Nation, als sie die Zerrissenheit, die Fremdherrschaft, den Priesterdruck überwand, ihre nationale Einheit fand und als gleichberechtigtes Volk in die Reihe der Großmächte eintrat! Wie gar sehr sind diese Hoffnungen enttäuscht worden. Arm, elend, ohne Ideale, ohne Talente, ohne Erfolge kriecht dieses moderne Italien über den Erdboden hin. Noch schlimmer steht es in Spanien. Als einzige von allen katholischen Nationen hält die französische sich noch aufrecht, aber ohne wahre Freude am Dasein. Dagegen Polen, das in völlige Auflösung versunken, endlich von den Nachbarn, ohne daß es auch nur einen wahrhaft großen, heroischen Widerstand geleistet hätte, aufgeteilt wurde und zum Tode verurteilt, ausgelöscht schien unter den Namen der Völker! Gerade unter der fremden Herrschaft hat es erst sein Volkstum gefunden. Zwischen einer stumpfen Bauernschaft und einem wilden, ziellosen, verräterischen Adel ist ein kräftiger Mittelstand emporgewachsen. Die Dreiteilung hat das einheitliche nationale Bewußtsein so wenig zerrissen, und vielleicht weniger als das der Deutschen, die ja auch zerteilt, unter nicht weniger als vier Staaten, das Reich, die Schweiz, Österreich und Rußland leben. Von allen katholischen Nationen sind die Polen, die früher besonders gern als Beispiel angeführt wurden, wie der Katholizismus die Völker herunterbringe, das einzige, das vorwärts schreitet. Man könnte noch an Ungarn denken,

aber es ist nicht zu vergessen, daß fast ein Drittel der Magyaren protestantisch ist. Auch die Polen waren einmal für einen Augenblick dem Protestantismus gewonnen. Heute sind sie katholisch, weil der Katholizismus national ist und sie wahren ihre Nationalität, weil sie katholisch sind. Die großen polnischen Dichter waren katholische Romantiker. Aber sie faßten die Kirche anders auf, und die Kirche ist hier auch etwas anderes, als in anderen Ländern. Da sie nicht daran denken kann, nach Herrschaft zu streben, so ist sie hier tolerant: sie hütet sich, den Freidenker zu verfolgen und der Freidenker hütet sich, sie anzugreifen, denn sie sind Bundesgenossen gegen einen gemeinschaftlichen Feind. Wird sie auch einmal mit diesem Feinde in ein Bündnis eintreten? Hier sind wir wieder bei dem Ausgangspunkt unserer Betrachtung angelangt. Im Osten wohnt die Sphinx. Von einem Pol zum anderen schwanken die Rätsels-Lösungen, die Antworten, die Urteile. Hier heißt es: Rußland ist der Koloß mit den thönernen Füßen, binnen kurzem wird er zusammenbrechen. Dort aber: nein, seine Kraft wurzelt in einem Boden, der unerschöpflich ist und Kraft zieht Kraft an, nächstens wird es sogar die Polen seinem Staatsgedanken unterworfen und eingegliedert haben und dann kann es ganz Europa in die Schranken fordern.

Moltke.

I.

Zum neunzigsten Geburtstag.

(Preuß. Jahrb., Bd. 66, November-Heft 1890.)

Moltke hat es mit seinem Vorgänger Scharnhorst gemein, zu den am schwersten zu charakterisierenden Persönlichkeiten der Weltgeschichte zu gehören. Es ist die unendliche Selbstbescheidung in der Größe, die so schwer zu fassen ist. Die Größe hat das Recht, selbstbewußt aufzutreten in der Welt, gewaltig, auch gewaltsam sich der Dinge zu bemächtigen, deren Meister zu sein sie sich berufen fühlt. Um so anziehender erscheint sie, wo sie sich freiwillig dieses Rechtes begiebt. Aber indem die Menschheit diese stille Selbstbeschränkung verehrt, wird es ihr schwer, sie völlig zu begreifen. Die zukünftigen Historiker werden noch damit zu ringen haben: die Kunst, die den Menschen nach dem Leben bildet, hat es bereits erfahren. Wir können das unseren Lesern mit einer kleinen Erzählung belegen, die statt weiterer Worte, unseren Beitrag zum Moltkejubiläum bilden mag.

Nicht alle Bilder des Meisters Lenbach dürfen als gelungen gelten. Da er den Menschen von innen heraus, nicht bloß nach seinen äußeren Zügen malt, so giebt's auch für ihn wie für den Historiker schwerer und leichter zu charakterisierende Individualitäten. Der Titan Bismarck und der kleine verhutzelte Gelehrte Döllinger, das sind so die rechten Erscheinungen für sein Auge und seinen Pinsel. Noch nach Jahrhunderten wird man vor seinen Bismarckbildern stehen und sagen: so muß er ausgesehen haben, der Begründer des neuen Deutschen Reiches. Nicht so mit den Bildern seines die Schlachten schlagenden Genossen. Lenbach selbst war sich bewußt, hinter seiner Aufgabe zu-

rückgeblieben zu sein, als er das erste Porträt Moltkes für die Nationalgalerie lieferte und Moltke selber hat einem Kunstkenner, mit dem er über das Bild sprach, den Grund dafür angegeben. Ich ging einmal durch die Nationalgalerie, erzählte er, und als ich an mein eigenes Bild kam, standen davor Leute aus der Provinz, die mich nicht erkannten und sich über das Bild unterhielten. „So bös sieht er aber gar nicht aus," sagte einer von ihnen. „Das kommt davon," erklärte der Feldmarschall, „daß Lenbach etwas vom Helden hat in mich hineinlegen wollen, das ich gar nicht habe."

Nichts schöner, als wenn der Held das von sich selber sagt — sollen wir es ihm darum glauben? Sollen wir jenen zustimmen, die in ihm einen bloßen „Schlachtendenker" feiern oder ihn gar damit besonders zu rühmen meinen? Ganz und gar nicht. Die Aufgabe der Kunst, der historischen wie der bildnerischen, wird gerade sein, das Heldenhafte, das im Krieger immer das Höchste bleibt, in dieser eigentümlichen Moltkeschen Ausprägung zu fassen: Meister Lenbach war sich des rechten Zieles wohl bewußt, er hat es nur noch nicht gleich erreicht.

II.

Bei seinem Tode.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 67, Mai-Heft 1891.)

Schon zum neunzigjährigen Geburtstage des Feldmarschall Moltke habe ich es ausgesprochen, daß es als eine der allerschwersten historischen Aufgaben erscheint, diesen Mann zu charakterisieren. Ich habe damals statt einer Charakteristik nur eine kleine Erzählung gegeben, welche mir das Wesen des großen Kriegsmannes ganz besonders schön wiederzuspiegeln schien. Auch nunmehr, da Deutschland seinen Helden betrauert, mag ich mich kaum an die Aufgabe einer Charakteristik wagen, und soweit ich sehe, ist ein solcher Versuch auch nur selten in Angriff genommen. Seine Thaten sind erzählt und gepriesen, seine

einzelnen Eigenschaften sind mit schönen und warmen Worten geschildert, Jedermann hat eine anschauliche Vorstellung von diesem in sich so wunderbar klaren, reinen und durchsichtigen Wesen, aber das, worauf es eigentlich ankommt, wäre, das Spezifische seiner historischen Größe auszusprechen, das was er mit andern großen Feldherren gemein hat und worin er sich von ihnen unterscheidet. Es ist kein Widerspruch, wenn ich die Persönlichkeit klar und einfach und die Charakteristik doch so schwierig nenne: gerade diese einfache Klarheit macht es schwer, die Größe, die aus dunklen, geheimnisvollen Zusammenhängen und außerordentlichen Erscheinungen von selbst hervorleuchtet, darzustellen.

Vor allem ist immer im Auge zu behalten, daß jeder Mann nur auf dem Hintergrunde seiner Situation zu verstehen ist. Moltke unterscheidet sich von den anderen großen Feldherren, mit denen man ihn vergleichen muß, dadurch, daß er ausschließlich Soldat war. Alexander, Gustav Adolf, Friedrich, Napoleon waren zugleich Könige. Hannibal, Cäsar, Cromwell königsgleich. Das ist nicht eine bloß äußerliche Kumulation verschiedener Thätigkeiten, sondern ein tief-innerer Unterschied. Der Krieg ist ja nach der berühmten Definition von Clausewitz nichts als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die höchste aller Thätigkeiten besteht daher in der Vereinigung von Politik und Kriegführung in der Person des Inhabers der höchsten Gewalt selbst. Die Wechselwirkung der kriegerischen mit der eigentlich politischen Aktion ist das Charakteristische in den großen Königen. Friedrich schrieb nach der gewonnenen Schlacht noch mehr diplomatische Noten, als Armee-Befehle. Das Höchste der Napoleonischen Kriege besteht darin, daß der Kaiser in dem Augenblick, wo er den militärischen Erfolg auf den Gipfel geführt hat, die politische Verhandlung einspannt, um das Ziel zu erreichen. Das Vortreiben des Sieges von Jena bis nach Tilsit, der Gewinn aus dem Siege von Friedland war nur möglich in der Verbindung mit dem Gedanken eines Friedens, der dem einen der beiden Besiegten nicht nur keine Opfer auferlegte, sondern ihn zum Bundesgenossen des Siegers machte. Zu dem Siege von Austerlitz über Russen und Österreicher gehörte die gleichzeitige hinhaltende diplomatische Verhandlung mit Haugwitz, dem Gesandten Preußens. Ohne den Einschlag dieser Staatskunst,

die wieder in der wunderbaren Menschenbehandlung wurzelte, wäre auch die Strategie Napoleons nicht möglich gewesen.

Auch die Feldherren, die nicht in königlicher Machtvollkommenheit walteten und doch zu den ersten gerechnet werden, wie Miltiades, Themistokles, Epaminondas, Scipio, Prinz Eugen, Marlborough haben einen eminent staatsmännischen Zug und nicht weniger stark, wenn auch besonderer Art, ist dieser Zug in den beiden preußischen Generalen, deren Vergleichung mit Moltke am nächsten liegt: Scharnhorst und Gneisenau. Diese haben nicht nur die Schlachten der Befreiung geschlagen, sondern sie waren auch die Träger des Geistes der Befreiung und der eigentliche Genius ihrer Persönlichkeit entbrennt gerade aus dieser in der Tiefe des Gemüts wurzelnden Kraft. Selbst Wellington, der gewiß ein sehr hervorragender Feldherr war, war daneben auch ein sehr thätiger Staatsmann; doch liegen die Thätigkeiten bei ihm mehr nebeneinander, als daß sie eine organische Einheit bildeten und ihre Kraft aus dieser Einheit entspränge. Moltke unterscheidet sich von ihnen allen zunächst dadurch, daß er ausschließlich Soldat war.

Auch diese Eigenschaft pflegt nun noch weiter dadurch eingeschränkt zu werden, daß man sagt, er war sogar ausschließlich Strateg. Er hatte nicht jene eigentümliche persönliche Beziehung zu den Truppen, in der sich die großen Feldherren zuweilen in der äußersten Not an die Spitze der Kämpfenden stellten, sie zur höchsten Tapferkeit entflammten und so selbst dem widerwilligen Schicksal endlich den Sieg entrissen. Daß Moltke diese Seite des Feldherrntums fehlte, lag nun wohl schon von vornherein in seiner Stellung als bloßer Chef des Stabes, der notwendig mit seiner Person zurücktreten muß. Die Eigenschaft wird aber auch wohl leicht überschätzt und in ihrer Wirkung oft anekdotisch, z. B. bei Blücher, übertrieben. In den modernen Massenheeren kann sie ohnehin keine Rolle mehr spielen und muß durch Vertrauen zur Führung im allgemeinen ersetzt werden.

Die viel tiefergehende und bedeutsamere Beschränkung Moltkes liegt in dem erstgenannten, der Trennung des Militärischen von dem Politischen. In einem etwas anderen Sinne als dem üblichen läßt sich hier sogar der Spruch verwenden, daß in der Beschränkung der Meister sei. In dem sehr geistreichen Nachruf, den die „Post“ (Const. Rößler)

dem Feldmarschall gewidmet hat, ist die Wendung gebraucht, er habe den Krieg in methodischer Weise geführt. Das Wort „methodisch" ist etwas verrufen in der Kriegsgeschichte, weil es bezogen zu werden pflegt auf verknöcherte Anschauungen im vorigen Jahrhundert, welche das wahre Wesen eines Kriegsmannes, die freie Thatkraft der starken Seele ersticken. So ist es natürlich hier nicht gemeint, sondern jene höchste Thätigkeit des Geistes, welche nicht aus dunklem, wenn auch genialem Triebe, sondern mit vollem Bewußtsein das Große und Richtige thut. So war es bei Moltke. Indem er aus dem Reichtum einer großen, menschlich nach allen Seiten fortgebildeten Anlage als praktische Thätigkeit den einen ausschließlichen Beruf des Soldaten hervorgehen ließ und erst in hohen Lebensjahren zur vollen Ausübung kam, gelangte er dazu, den Kreis dieser Berufsthätigkeit auch gedanklich vollständig zu beherrschen und Theorie und Praxis in absoluten Einklang zu bringen. Von allen großen Feldherren ist er am meisten Theoretiker. Die Kriegskunst, welche Napoleon in naiver — im Schillerschen Sinne — Genialität übte, übte Moltke systematisch. Clausewitz, der die Gesetze der Napoleonischen Kriegskunst begrifflich auffand und darstellte, ist der Vermittler zwischen Napoleon und Moltke, der „Lehrer von Königgrätz". Daher die wundervollen Denkschriften, in denen Moltke die strategischen Situationen und Pläne darlegte. Hier ist er schlechthin einzig und wird von keinem, auch von Friedrich und Napoleon nicht erreicht. Friedrich, trotz einer gewissen theoretischen Neigung, hatte doch nicht die dialektische Schulung, Napoleon folgte mehr dem genialen Instinkt; ebenso Gneisenau, der bis zur Unvorsichtigkeit wenig vorausberechnete. Auch Scharnhorst, bei dem man es vielleicht vermuten möchte, ist im Räsonnement keineswegs von unbedingter Klarheit. Der einzige, der hierin neben Moltke genannt werden könnte, Clausewitz, war niemals praktischer Heerführer. Die methodisch-logische Klarheit des Moltkeschen Denkens ist bedingt durch die Ausscheidung des Politischen, insofern dieses eine Vielheit von Möglichkeiten schafft, die systematisch gar nicht mehr zu bewältigen sind. In Moltkes Gedankenwelt stehen an der Spitze eine Reihe einfacher Sätze wie „die Entscheidung liegt in der Vernichtung der feindlichen Streitkraft"; „im Kriege ist nicht alles zu berechnen, sondern muß das Unberechenbare gewagt werden; wer im Kriege völlig sicher gehen will, wird nichts erreichen". Von hier aus

geht er dann mit unbeirrbarer Sicherheit den geradesten Weg auf den praktischen Beschluß. Das Volk hat eine Ahnung von diesem Verhältnis, indem es Moltke den „Schlachtendenker“ nennt; ich liebe den Ausdruck nicht, weil er die falsche Nebenvorstellung erweckt und auch wohl aus ihr entsprungen ist, als ob in der Denk-Operation der strategische Wert liege. Es ist aber nur ein Teil, ein kleiner Teil des Wertes. Erst in den Charakter-Eigenschaften, die ihn tragen, in der Entschlußkraft, der Kühnheit, der Beharrlichkeit, der Kaltblütigkeit wird der Wert praktisch. Auch der Stratege ist vor allem Kriegsmann und Held. In Moltke aber wurde gewiß die Festigkeit des Willens, der hinter seinem Urteil stand, gestärkt durch das Bewußtsein der nicht bloß instinktiven, sondern auch, ich möchte geradezu sagen, doktrinären Richtigkeit des Urteils. Während Theorie und Doctrin sonst leicht die praktische Fähigkeit und die Sicherheit des Handelns lähmen, weil sie mit der Realität der Dinge sich nicht ganz im Einklang befinden, war es bei Moltke umgekehrt. Seine theoretische Einsicht war der Erfahrung so durchaus konform, daß er sich auch in der Praxis auf sie unbedingt verlassen konnte. Während der Prinz Friedrich Karl mit Vorsicht und Langsamkeit in Böhmen vorrückte, stieß ihn Moltke, aus der Theorie den Wert der Initiative und der Offensive kennend, von Berlin aus mit dem Telegraphen vorwärts auf Gitschin. Während der General Werder vor Belfort zweifelte, ob er die Schlacht gegen die dreifache Übermacht Bourbakis annehmen dürfte, wies ihn Moltke von Versailles aus dazu an, da er psychologisch wußte, daß Bourbakis Angriffs-Entschluß durch die Operation Manteuffels in seinem Rücken gelähmt sein würde. Moltke hatte sich klar gemacht, daß große Massen nur dann gut geführt werden können, wenn den Unterführern ein großer Spielraum gelassen wird. Als älterer Mann in seine Stellung gelangt, hatte er auch die Selbstbeschränkung, welche der Höchstbefehlende sich zu diesem Zwecke auferlegen muß. So hat er mit wunderbarer Sicherheit die Kunst ausgebildet und geübt, die beiden entgegengesetzten Tendenzen, die feste Führung von oben und die spontane Thätigkeit unten unausgesetzt in Einklang zu halten.

Die Aufgabe des Politikers war es, den Krieg zu machen und ihm sein Ziel zu setzen. Hier galt es, in immer neuen Wendungen, mit unerschöpflicher Originalität die Dinge und Menschen zu be-

handeln und zu beherrschen. Als Parlamentarier und Hofmann, Diplomat und Volkswirt, Journalist und Kavalier mußte Fürst Bismarck zu handeln wissen, um zu seinen Zwecken zu gelangen. Sein ganzes Wesen ist Subjektivität. In bestimmt umgrenztem Kreise, wie eine Person gewordene Objektivität, die Kriegskunst selbst, waltete Graf Moltke seines Amtes. Es ist nur eine andere Seite desselben Krystalls: der edle, gebildete, liebenswürdige, bescheidene Mann, der Besieger der halben Welt, der doch keinen persönlichen Feind hatte. Mit einem Schlage hat er Österreich niedergeworfen und vier Heere Frankreichs nacheinander, in Sedan, in Metz, in Paris, über die Schweizer Grenze vernichtet. Größere Kriegsthaten sind in der Weltgeschichte nicht geschehen. Mit solcher Vollkommenheit wurde die gestellte Aufgabe gelöst, daß der Meister sich selbst um die letzte und höchste der Proben seiner Feldherrngröße brachte — die Überwindung der Niederlage.

III.

Zum hundertsten Geburtstag.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 102, Oktober-Heft 1900.)

Alle deutschen Stämme sehen heute den Ruhm Preußens als ihren eigenen Ruhm an. Die Nachkommen der Pommern, die mit den Schweden bei Fehrbellin besiegt worden sind, die Nachkommen der Reichstruppen, die bei Roßbach Reißaus nahmen, die Rheinländer, die noch an der Katzbach, bei Dennewitz und Leipzig unter den französischen Fahnen gefochten, selbst die Sachsen und Süddeutschen, die 1866 mitbesiegt worden, und endlich sogar viele Österreicher, deren Niederlagen der Fußschemel der Größe Preußens geworden sind — sie alle haben nicht nur kein Gefühl von Besiegtsein oder gar von Trauer und Rache im Busen, sondern sie fühlen sich als die Genossen, Brüder und Teilhaber des Siegers und des Sieges. Das macht: Preußen ist Deutschland geworden — nicht Deutschland im Sinne einer äußerlichen,

mechanischen Einheit, aber im Sinne der Vertretung der nationalen Idee. Weder das Deutsche Reich ist identisch mit Preußen, noch weniger ist das Deutschtum identisch mit dem Deutschen Reich. Ein volles Viertel der Deutschen wohnt außerhalb des Reiches; das Reich aber und Preußen als der Kern des Reiches ist der politische Halt und der politische Stolz jedes Deutschen, und deshalb sieht jeder Deutsche in dem allmählichen Wachsen und Werden des Reiches die Geschichte seines Staatswesens, die Ruhmeserzählung, an der auch er persönlichen Teil hat. Nicht die eigenen menschlichen Ahnen bestimmen ihm die Geschichte, an der sein Herz hängt, sondern die Geschichte des Staates, dessen dienendes und tragendes Glied oder wenigstens Bundesfreund zu sein, ihm Freude und Pflicht ist.

Preußen ist es gewesen, das diesen Staat geschaffen hat und empfängt dafür mit Recht den deutschen Dank. Aber Preußen hat nicht bloß gegeben, sondern auch empfangen: nicht bloß die eigenen, sondern die Kräfte ganz Deutschlands haben Preußen groß gemacht, Denn ein Staat wird groß nicht allein durch die mechanischen Kräfte, welche ihm seine Volksmasse und der Regierungs-Organismus zur Verfügung stellen, sondern vor allem durch die großen Männer, die den Geist wecken und diese Kräfte benutzen. Die großen Männer aber, die Preußen geschaffen haben, hat es nur zum geringeren Teil selbst gezeugt, die Mehrzahl haben ihm die anderen deutschen Stämme geliehen und geliefert, und da der Ruhm eines Volkes seine großen Persönlichkeiten sind, so ist auch aus diesem Grunde der Ruhm Preußens nicht bloß Preußens, sondern Deutschlands.

Sehen wir ab von den Generalen Friedrichs des Großen, wo neben Leopold von Dessau und Schwerin noch andere als Nichtgeborene Preußen zu nennen wären, so sind die Wiederhersteller des Staates, nach dem tiefen Fall alle ohne Ausnahme, Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau und auch Blücher nicht geborene Unterthanen Friedrich Wilhelms III. gewesen, und von den drei Generalen, denen in der Kriegsepoche Kaiser Wilhelms der Preis wahrhaft genialer Heerführer zuerkannt wird, stammt nur einer aus einer altpreußischen, brandenburgischen Familie, Blumenthal, die beiden anderen aber, Moltke und Goeben, sind dem preußischen Dienst von anderen deutschen Stämmen erzogen worden. Erst indem die hohenzollernschen Könige neben ihren Winterfeldt und Zieten, York und Bülow, Bismarck und

Roon das politisch-kriegerische Ingenium des ganzen übrigen Deutschland ihrem Staate dienstbar machten, wurden sie fähig, von Mollwitz fort und fort zu marschieren bis nach Sedan, und in Versailles die verlorene uralte Kaiserkrone des deutschen Volkes zu erneuen. Auch darum haben nicht nur die altpreußischen Landschaften, sondern das ganze deutsche Volk hat das Recht, in dem preußischen Ruhm den eigenen Heldengesang erklingen zu hören.

Moltke stammte aus einem alten mecklenburgischen Adelsgeschlecht: seine Großmutter war französischen Blutes, eine Hugenottin; sein Vater, einer von zehn Brüdern, war preußischer Leutnant und heiratete die Tochter eines reichen Lübecker Patriziers, Paaschen. Nach dem Wunsch des Schwiegervaters nahm der Leutnant den Abschied und wurde Landwirt. Mehrfach den Wohnort wechselnd, lebte er auch kurze Zeit in Parchim, wo ein Bruder mecklenburgischer Offizier war: hier wurde Helmuth geboren (26. Oktober 1800), war also nur durch Zufall wie sein Geschlecht ein Mecklenburger. Die Jugend verlebte er teils in Lübeck, teils in Holstein auf dem Lande, vom 11. Jahr an aber in dem dänischen Kadettenkorps in Kopenhagen. Sein Vater hatte in den kriegerischen Zeitläuften sein Vermögen zugesetzt, der Großvater ebenfalls; so mußte die Familie Moltke sehen, die zahlreichen Kinder unterzubringen und der Vater nahm wieder Dienst bei seinem jetzigen Landesherrn, dem König von Dänemark, in dessen Armee er noch bis zum Generalleutnant avanciert ist.

Im Jahre 1822 stellte der dänische Leutnant von Moltke, nachdem er bereits drei Jahre, in Rendsburg garnisonierend, Offizier gewesen war, den Antrag, in preußische Dienste übernommen zu werden. Er hatte mit dem Vater eine Reise nach Berlin gemacht und dort zum erstenmal preußische Soldaten gesehen. Eine Schwester des Vaters war mit dem Geheimrat Ballhorn in Berlin verheiratet und erzog einen jüngeren Bruder Helmuths bei sich. Über das Motiv seines Übertritts hat unser Held sich niemals geäußert. Von nationalen Regungen kann natürlich nicht die Rede sein; mit den Kreisen, in denen die nationale Idee damals geboren war und gepflegt wurde, hatte der junge Moltke nie irgend eine Berührung gehabt, und die deutschen Offiziere der schleswig-holsteinschen Regimenter des Königs von Dänemark fühlten sich, soweit der nationale Unterschied überhaupt empfunden wurde, ganz ebenso deutsch wie die Preußen. Das Motiv

des Leutnants von Moltke, den preußischen Dienst zu suchen, wird kein anderes gewesen sein, als das, welches einst Blücher, Scharnhorst, Gneisenau und so viele andere tüchtige Männer zu demselben Entschluß bestimmte: der Ruhm und die Größe der preußischen Armee, die einem hohen Ehrgeiz Aussicht gewährte und dem geheimen inneren Bewußtsein mächtiger Thatkraft und höchsten Könnens die Möglichkeit der Bethätigung bot.

Binnen kürzester Zeit zeigte sich, daß man auch in jener trüben Zeit in der preußischen Armee das Talent zu würdigen verstand. Nur anderthalb Jahr war der Leutnant von Moltke bei seinem Regiment (Nr. 8) in Frankfurt a. O., da wurde er zur Kriegs-Akademie einberufen und nachdem er dort drei Jahre studiert und wieder wenige Monate Kompagnie-Dienst gethan, erhielt er die Leitung der Fähnrichs-Schule seiner Division, und wieder nach einem Jahre, 28 Jahre alt, kam er erst in das topographische Bureau und dann in den Generalstab selbst, dem er von da an dauernd angehörte, bis er im Jahre 1857 an seine Spitze gestellt wurde.

Es war eine der ersten Regierungshandlungen des Prinzen von Preußen, nachdem er die Regentschaft übernommen, diese Ernennung: hat er damit schon den zukünftigen Heerführer seiner Kriege designieren wollen? Das war keineswegs der Sinn dieser Ernennung, und es ist ein besonderes Stück Geschichte, wie Moltke eigentlich der preußisch deutsche Feldherr geworden ist.

Der Große Generalstab war, wie die kommandierenden Generale der Armee-Korps, eine selbständige Behörde und stand nicht unter dem Kriegsministerium, sondern direkt unter dem König. Der Chef hatte das Recht des unmittelbaren Vortrages. Aber von diesem Recht Gebrauch zu machen, war so wenig Gelegenheit, daß es fast vergessen war. Während die kommandierenden Generale Generale der Infanterie oder Kavallerie waren und Generalleutnants nur durch Vorwegnahme in jene Stellung kamen, war die Stellung des Generalstabschefs nur als Generalleutnantsposten dotiert, und Moltke war erst seit einem Jahr Generalmajor, als er mit der Geschäftsführung beauftragt wurde. Während ein kommandierender General gegen 1000 Offiziere unter sich hat, hatte Moltke bei seinem Eintritt deren nur 64 unter sich. Diese Offiziere beschäftigten sich zum größten Teil mit Landesaufnahmen, Kartenzeichnen, Forschungen über Kriegsgeschichte, theoretischen Studien

der verschiedenen Kriegsschauplätze und jedes Jahr einmal mit einer praktischen Übungsreise. Daß in den Freiheitskriegen nicht der Feldmarschall Blücher, sondern sein Generalstabschef der eigentliche Führer des Schlesischen Heeres gewesen sei, wußte man wohl, und König Wilhelm war eine innerlich viel zu bescheidene Natur, um nicht, falls er selber noch einmal das Feld-Kommando führen sollte, dabei von vornherein einen maßgebenden Ratgeber an seiner Seite zu denken, aber der Grundsatz, daß dies gerade der Chef des Großen Generalstabes im Frieden sein müsse, existierte noch nicht, diese Frage wurde noch gar nicht aufgeworfen. Der Generalstab wurde so zu sagen als ein gelehrtes und technisches Bureau, als eine hohe theoretische Schule aber keineswegs etwa als das Hirn des Heerkörpers angesehen. Als der Prinz-Regent eine Kommission von Generalen berief um die Reorganisation der Armee zu begutachten, war der Chef des Generalstabes nicht dabei. Als im Jahre 1864 der erste Krieg ausbrach, wurde nicht Moltke, sondern Vogel von Falckenstein dem Feldmarschall Wrangel als Stabschef beigegeben und Moltke soll darüber recht unglücklich gewesen sein; erst in der zweiten Periode des dänischen Krieges wurde er hingeschickt. Er war auch nicht etwa der Vertrauensmann des Königs in Berlin, sondern diese Stellung hatte der Kriegsminister. Das Kriegsministerium war es, das den Kommandierenden im Felde die strategische Instruktion gab, und nicht einmal der Minister selbst, sondern einer seiner Abteilungsdirigenten schrieb an den Chef des Generalstabes und ersuchte ihn, auch seinerseits ein Gutachten einzureichen, wie der Feldzug zu führen sei. Als Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hauptquartier und Berlin auftauchten, fragte Roon schriftlich bei dem König an, ob er auch Moltke davon unterrichten dürfte, und der König schrieb an den Prinzen Friedrich Karl: „weder ich noch Roon denken daran, Hofkriegsrat spielen zu wollen“ — den Chef des Generalstabes erwähnt er gar nicht. Ja, noch am 25. März 1866, als die Mobilmachung beschlossen wurde, schrieb der Chef des Militär-Kabinets an den Kriegsminister, er sei „vielleicht damit einverstanden, daß es sich empfehlen möchte, den Generalleutnant von Moltke schon jetzt öfter zu den Besprechungen bei Sr. Majestät heranzuziehen, wenn es sich um Dinge handelt, die in das Ressort des Generalstabschefs gehören.“ Lange Zeit blieb es auch jetzt noch unklar, ob eigentlich das Kriegsministerium oder der Generalstab die leitende Behörde sei. Gegen

Moltkes Meinung wurden schon im Mai die preußischen Truppen aus Oberschlesien herausgezogen, wurde der Abmarsch des Garde-Korps um vier Tage verschoben, wurde endlich, sogar ohne sein Wissen, das 8. Armee-Korps am Rhein gelassen, und diese letzte Anordnung hätte für den ganzen Feldzug tödlich werden können, wenn nicht Moltke noch nachträglich seinen Willen durchgesetzt hätte. Erst am 2. Juni 1866 wurde angeordnet, daß die Befehle des Königs über die operativen Bewegungen der Armee durch den Chef des Generalstabes an die Kommandobehörden gehen sollten: bis dahin waren sie von diesem nur entworfen, aber durch das Kriegsministerium ausgefertigt und den Truppen zugestellt worden. In der Armee drang die neue Vorstellung von der Funktion des Generalstabschefs naturgemäß erst während des Krieges selbst allmählich durch. Vogel von Falckenstein hielt es nicht für nötig, den Befehlen Moltkes nachzukommen, und noch während der Schlacht bei Königgrätz, als Moltke einen vom Prinzen Friedrich Karl verfrüht angesetzten Angriff der Brandenburger inhibieren ließ, antwortete der General von Manstein dem Offizier, der ihm den Befehl brachte und erläuterte: „Das ist alles sehr richtig, wer aber ist der General Moltke?"

Nach dem Angeführten wird es klar sein, daß Moltke nicht schon im Jahre 1857 in dem Sinne, den wir heute damit verbinden, an die Spitze des Generalstabes gestellt worden ist. Der Generalstab erschien damals als eine Art akademisches Institut, an dessen Spitze man den gelehrtesten General stellte. Daß gerade die Wahl auf Moltke fiel, hatte noch seine besondere Bewandtnis. Er, der ja keinerlei ererbte Familien- oder sonstige persönliche Beziehungen in Preußen hatte, war zuerst in den Gesichtskreis des Hofes getreten dadurch, daß er im Jahre 1840 in den Stab des IV. Armee-Korps kam, das der Prinz Karl kommandierte. Dann hatte man ihn im Jahre 1845 dem alten Prinzen Heinrich, der als Sonderling in Rom lebte, als Adjutanten beigegeben, zweifellos ebensowohl in Berücksichtigung seiner gelehrten Neigungen, von denen seine herrlichen Briefe über seinen Aufenthalt in der Türkei (1835–39) und seine dortigen topographischen Aufnahmen Zeugnis ablegten, wie seines vornehmen, klugen und taktvollen Wesens, worüber sein kommandierender General berichtet haben wird. Nach dem Tode des Prinzen Heinrich war er wieder Generalstabsoffizier geworden und wurde als Oberst von

Friedrich Wilhelm IV. 1855 zum ersten Adjutanten des Prinzen Friedrich Wilhelm (Kaiser Friedrich) ernannt. Wieder war es die Lieblingskunst unseres Helden, die Topographie, die ihm diesen Weg hatte bahnen helfen. Er hatte den Aufenthalt in Rom zu einer mit gelehrten Quellenstudien verbundenen Aufnahme der Umgebung der ewigen Stadt benutzt und durch die Vermittlung Alexander von Humboldts war die Aufmerksamkeit des geistvollen Königs auf diese Arbeit gelenkt worden. Die neue Adjutanten-Stellung aber war sehr delikater Natur. Der König hatte sie befohlen, der Prinz von Preußen aber wollte sie nicht. Er war nicht gegen die Person Moltkes, sondern gegen die Stellung als solche und hatte sich sogar „mit großer Gereiztheit" dagegen geäußert. Die erste Berührung Moltkes mit seinem zukünftigen Kriegsherrn war eine peinliche.

Weshalb der König gegen den ausgesprochenen Willen des Vaters des Prinzen die neue Adjutantur bei ihm schuf, ist nicht völlig klar. Es ist möglich, daß politische Motive dabei im Spiel waren. Es ist die Zeit schärfster Spannung zwischen den königlichen Brüdern. Der Oberst von Moltke lehnte es zwar ab, mit der „Kreuz Zeitung" zu gehen,*) die damals, während des Krim-Krieges, ganz im russischen Fahrwasser segelte, aber er markierte auch,**) daß er sich nicht zu der Gruppe rechne, die damals um den Prinzen von Preußen war und zu der u. a. auch sein treuer Gefährte und Duzbruder aus der Türkei, der Oberstleutnant von Vincke, gehörte. Prinz Friedrich Wilhelm sollte damals in die Provinzen gehen, eine Reise nach Preußen machen, dann in Breslau residieren und ein Regiment führen; es war auch nicht mehr weit bis zu seiner Verlobung. Wohl möglich, daß der König ihm für diese Zeit einen älteren, streng konservativ gesinnten Mentor an die Seite stellen wollte, während der Prinz von Preußen darin eine unerwünschte Bevormundung sah. Die Auswahl der Persönlichkeit hat nun die Differenz schnell ausgeglichen. Nichts lag Moltke ferner, als sich oder seine Ansichten irgendwie aufdrängen zu wollen. Am kronprinzlichen Hofe ist mir erzählt worden, er habe die Reise in den Osten mit seinem Prinzen in tiefem Schweigen zurückgelegt. Der zweite Adjutant, Hauptmann von Heintz, ein Jugendfreund und Ver-

*) Brief an seine Frau vom 4. Juni 1855. Ges. Schriften VI, 208.

**) Gespräch mit Th. v. Bernhardi 1. April 1857. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis II, 345.

trauter des Prinzen, dem Moltke durch seine Ernennung nunmehr vorgesetzt war, forderte ihn einmal auf, mehr mit dem Prinzen zu sprechen: „Er kann mich ja fragen," war die Antwort. Nach einem halben Jahre konnte Moltke seinem Freunde, dem Obersten Fischer, berichten,*) er habe Grund, anzunehmen, daß weder der Prinz von Preußen noch die Prinzeß gegenwärtig etwas gegen ihn einzuwenden hätten. Es wird ihm dabei auch zustatten gekommen sein, daß nicht weniger als drei seiner nächsten Freunde, seine Genossen aus der Türkei, Vincke, der den Prinzen von Preußen 1848 auf der Flucht begleitet hatte, Fischer, der drei Jahre lang der militärische Begleiter des Prinzen Friedrich Wilhelm auf der Universität gewesen war, und Laue, Flügel-Adjutant, das Ohr des hohen Herrn hatten. Nichtsdestoweniger, die Stellung, die Moltke inne hatte, blieb eine dem Prinzen von Preußen oktroyierte, und es sind Spuren vorhanden, daß, als er, Regent geworden, ihn von dem Adjutanten-Posten entband und an die Spitze des Generalstabes stellte — wunderbare Ironie der Geschichte — das ebensowohl eine Wegversetzung, wie eine Beförderung war. In den Tagebüchern Theodor von Bernhardis finden wir die Eintragung: „Fräulein Elisabeth von Küster bei uns — will über Moltke und seine Ernennung zum Chef des Generalstabes orientiert sein. Man sei — sagt sie — in Schlesien nicht zufrieden mit ihm, er sei nicht liebenswürdig gewesen und habe den Prinzen auf manche schlesischen Verhältnisse nicht aufmerksam gemacht (d. h. man ist unzufrieden mit dem Prinzen! Die Kreuzzeitungspartei ist betroffen, daß es ihr nicht gelungen ist, den Prinzen ganz einzufangen, und sie spricht ihr Mißvergnügen in Beschwerden über seine Umgebung aus — wie immer.)" Soweit Bernhardi. Wie schade, daß er die Erzählung des Fräuleins nicht genauer aufgezeichnet hat, — aber wer konnte ahnen, welche weltgeschichtliche Bedeutung diese Ernennung haben würde! Richtig ist, daß sie dem Prinzen von Preußen von der reaktionären Partei am Hofe, den bisherigen Machthabern bereits entgegengebracht wurde. Schon am 7. Oktober, dem Todestage des Generals von Reyher, 14 Tage ehe die Regentschaft proklamiert wurde, schrieb der Generaladjutant von Gerlach in sein Tagebuch: „Wieder eine wichtige Stelle zu besetzen. Der beste ist Moltke", und der Chef des Militär

*) Ges. Schriften V, 153. 4. Nov. 1855.

Kabinets, der den Regenten dabei beraten hat und ebenfalls jener Richtung angehörte, Edwin von Manteuffel, hat sich immer etwas darauf zugute gethan, Moltke an die Spitze des Generalstabes gebracht zu haben. Daß dabei jenes von Bernhardi beargwöhnte politische Motiv mitgespielt hat, wird ein müßiger Verdacht sein: wohl aber ist möglich, daß umgekehrt der Regent so schnell und gern auf den ihm gemachten Vorschlag einging, weil die gegen seinen Willen geschaffene Stellung des ersten Adjutanten bei dem Prinzen Friedrich Wilhelm damit in Wegfall kam, denn in der Ernennungs-Urkunde Moltkes*) finden wir die merkwürdige Wendung: „Sie haben hierin einen besonderen Beweis meines in Sie gesetzten Vertrauens zu erblicken" — Du lieber Gott: wenn heute der Kaiser einen General zum Chef des Großen Generalstabes macht, braucht er ihm nicht noch besonders zu versichern, daß das ein Beweis des Vertrauens sein solle. Der wohlwollende Prinz-Regent aber hat damals Moltke wirklich versichern wollen, daß seine Entfernung von der Person des Thronfolgers kein Zeichen des Mißtrauens gegen ihn selbst sein solle, und, mag das auch bloß zu vermuten, nicht aber eigentlich zu beweisen sein, jedenfalls leuchtet der ganze Unterschied zwischen der damaligen Einschätzung der Funktion des Chefs des Generalstabes und der heutigen aus dieser Wendung hervor, und es ist von Wichtigkeit, sich diesen Unterschied nach allen seinen Dimensionen klar zu machen, weil erst hieraus die Frage sich ergiebt: wie ist Moltke eigentlich Chef des Generalstabes, nämlich im heutigen Sinne geworden. Wir haben gesehen, daß er es bis zum Jahre 1866, ja bis zum Ausbruch des Krieges selbst noch nicht war.

Moltke wird dem König allmählich, sowohl bei der Leitung der Manöver, wie durch die Erwägungen bei dem Dänischen Kriege nähergekommen sein. 1865 (14. März) schrieb Manteuffel an Roon: „Zu General Moltke hat der König Vertrauen als Chef des Generalstabs, und im Innersten denkt der König doch noch die Armee in einem Kriege zu kommandieren und ist in seinem Gedankengange da an Moltke gewöhnt". Trotzdem war es, wie wir sahen, noch weit bis zu der Stellung, wie sie Moltke für richtig hielt und wie er sie in dem 1861/62 geschriebenen Buch „Der italienische Feldzug von 1859"

*) Ges. Schriften I, 263.

selber charakterisiert hat. Hier wird verlangt, daß dem Komandierenden im Felde durchaus nur eine Meinung von einer Person vorgetragen werde. „Möge auch das Angeratene nicht jedesmal das unbedingt Beste sein — sofern nur folgerecht und beständig in derselben Richtung gehandelt wird, kann die Sache immer noch einer gedeihlichen Entwickelung zugeführt werden. Man umgebe aber den Feldherrn mit einer Anzahl von einander unabhängigen Männern — je mehr, je vornehmer, je gescheidter, um so schlimmer — er hörte bald den Rat des einen, bald des andern; er führe eine an sich zweckmäßige Maßregel bis zu einem gewissen Punkte, eine noch zweckmäßigere in einer andern Richtung aus, erkenne dann die durchaus berechtigten Einwürfe eines dritten an und die Abhilfevorschläge eines vierten, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß er mit vielleicht lauter wohlmotivierten Maßregeln seinen Feldzug verlieren würde." Noch im Frühjahr des Jahres 1866, in den Vorbereitungen des Krieges, war es in der Umgebung König Wilhelms nicht viel anders, als Moltke es hier abschreckend geschildert hat. Endlich aber drang er durch. Man darf das nicht so erklären, daß König Wilhelm mit richtigem Instinkt in ihm nunmehr den rechten Mann erkannt gehabt hätte. Schon im Frieden zu erkennen, daß ein General als Kriegsführer qualifiziert sei, ist unendlich schwer; auch das Urteil, die allgemeine Meinung innerhalb des höheren Offizierkorps selbst ist darüber öfter sehr in die Irre gegangen und durch die Praxis nachher sowohl nach der einen wie nach der andern Seite widerlegt worden, und König Wilhelm persönlich war durchaus nicht etwa ein hervorragender Menschenkenner, der mit Sicherheit stets den richtigen Mann an den richtigen Platz gestellt hätte. Auch Bismarck hat er sich nicht eigentlich gewählt, sondern sich erst zu ihm entschlossen, als ihm schlechterdings nichts anderes übrig blieb, als er vor der Abdankung stand und Roon ihm sagte, noch sei in Herrn von Bismarck ein Mann da, der fähig und bereit sei, die Krone zu retten. Auch unter den kommandierenden Generalen, die er ernannt hat, sind erstaunlich viele minderwertige gewesen. Wäre im Frühjahr 1866 noch die ganz freie Wahl an ihn herangetreten, wen er zum Stabschef machen solle, so würde sie schwerlich auf Moltke gefallen sein, denn diesem fehlte eine Bedingung, die mit Recht schon damals so wie jetzt als wesentlich angesehen wurde: er hatte niemals selbst eine Truppe komman-

diert. Wären nicht die ganz besonderen Umstände gewesen und hätte man nicht seine praktischen Dienste in der Türkei als Kompensation annehmen können, so hätte man ihn schwerlich auch nur im Frieden, 1857, zum Chef des Generalstabes gemacht, denn der Wechsel zwischen der Praxis der Truppenführung und der Bureau-Arbeit des Generalstabes galt als das pädagogische Grundgesetz der höheren Offiziers-Ausbildung. Moltke aber hat nie weder eine Kompagnie, noch ein Bataillon, noch ein Regiment, noch eine Brigade, noch Division, noch Korps geführt. Man sieht, gemessen am lebendigen Menschen wird auch der schönste und berechtigtste Grundsatz zu nichts. Als ein gelehrter Offizier von ungewöhnlich tüchtigen persönlichen Eigenschaften war Moltke trotz jenes Mankos Generalstabschef im Frieden geworden. Er war als solcher dem König näher getreten, diesem hatte seine ruhige, klare und sichere Art zugesagt — nun aber kam noch ein eigentümliches Moment hinzu, das zuletzt vielleicht das wichtigste gewesen sein dürfte. Das moderne Kriegswesen bringt es mit sich, daß der Aufmarsch der Armee im Kriegsanfang fast die wichtigste strategische Handlung des ganzen Krieges ist. Wichtig ist die Art und der Ort der Versammlung der Armee für den Krieg natürlich zu allen Zeiten gewesen, aber je größer die Armeen geworden, je leistungsfähiger die Mittel des Verkehrs, je schneller infolge dessen der Verlauf der Kriegshandlung, das Abbrennen des Kriegsfeuers — desto wichtiger jener erste Ansatz. Fehler, die im Aufmarsch gemacht werden, sind im Verlauf des ganzen Krieges kaum mehr zu korrigieren, hat einmal Moltke selber gesagt. Man kann auch umgekehrt sagen: der Aufmarsch bestimmt die erste große Aktion und dadurch mittelbar den ganzen weiteren Verlauf des Krieges. Diesen ersten Aufmarsch vorzubereiten und zu dirigieren, gilt heute für eine der erheblichsten Funktionen des Generalstabes und der Chef des Generalstabes im Frieden, dem diese Aufgabe zufällt, ist daher auch der gegebene Chef im Kriege selbst. Diese untrennbare Einheit von Frieden und Krieg hat erst der Krieg von 1866 zur vollen Evidenz gebracht: in ihr ist es gegeben, daß damals sozusagen die Frage gar nicht aufgeworfen werden konnte, wer Stabschef sein solle: es konnte gar kein anderer sein, als der bisherige Chef im Frieden. Dieses „konnte nicht“ ist natürlich nicht absolut zu nehmen, sondern psychologisch; in Österreich ist damals thatsächlich ein neuer „Chef der Operationskanzlei“ ernannt

worden. In Preußen aber wuchs Moltke auf diesem Wege in seine neue Stellung hinein. Anfänglich, wie wir gesehen haben, wurden seine Ideen zuweilen auch durch andere, namentlich des Kriegsministers durchkreuzt. Sobald aber einmal die Befehlserteilung an die Truppen unmittelbar durch sein Bureau ging (2. Juni 1866), hatte er auch die Leitung fest und sicher in der Hand. Eine der hervorragendsten Regenten-Eigenschaften und Regenten-Tugenden Kaiser Wilhelms kam jetzt zur Geltung: seine Achtung vor dem Begriff des Amtes und sein Grundsatz, die Ressort-Verhältnisse einzuhalten. Dieser Grundsatz ist zuweilen auch weniger qualifizierten Personen zu Hilfe gekommen. Aber im letzten Ergebnis macht die Selbstbescheidung, die in ihm liegt, verbunden mit dem Takt und der Würde, die dem König eigen waren, recht eigentlich den Charakter und die Größe seines Königtums aus und sie ist für die glückliche Durchführung der beiden großen Kriege schlechthin entscheidend gewesen: sobald die Dinge einmal soweit gediehen waren, daß die Kompetenz des Generalstabschefs sich klar und deutlich aus den militärisch-politischen Vorbereitungen heraushob und abgrenzte, hat Moltke auch ohne Störung durch andere Ratgeber die militärische Leitung in der Hand behalten.

Auch der größte Menschenkenner hätte damals nicht mit Sicherheit sagen dürfen, daß Preußen in dem General von Moltke einen wahren und genialen Strategen besitze. Er war 65 Jahre alt, hatte niemals kommandiert, und da man weder den türkisch-ägyptischen Krieg, noch die kurze Zeit, wo er an dem kleinen dänischen Krieg aktiv teilnahm, für ganz voll rechnen kann, sehr wenig Kriegserfahrung. Sein Gegner aber, der Feldzeugmeister Benedek genoß und zwar mit Recht, den Ruf eines im Feuer der Praxis glänzend bewährten Generals. Als gelehrter Offizier war Moltke in die Stellung eines Generalstabschefs im Frieden hineingekommen und allmählich, mehr durch die Macht der Gewohnheit und durch den Zug und Zusammenhang der Dinge als durch eine bewußte Wahl in die Stellung des Stabschefs hineingewachsen. Daß er ein Mann von einem außerordentlich klaren und zugleich ruhigen Urteil war, mußte jeder erkennen, der mit ihm zu thun hatte — aber sind für einen Strategen nicht noch viele andere Eigenschaften nötig, und konnten Studien und Manöverleitungen die wirkliche Kriegserfahrung ersetzen?

Die vorherrschende Auffassung in der allgemeinen Meinung ist

wohl, daß in der That der „Schlachtendenker“, der Theoretiker Moltke den Praktiker Benedek besiegt habe, daß Moltke eine durchgebildete Verstandsnatur gewesen sei, ein mathematischer Kopf, der mit unfehlbarer Berechnung alle Verhältnisse von weither richtig wertete und deshalb immer dem König die richtigen Anordnungen vorschlug. Ohne Zweifel enthält diese Auffassung ein Stück Wahrheit, aber bei weitem nicht die ganze Wahrheit, und diese fehlenden Züge dem Bilde einzufügen, muß die Aufgabe jedes Versuchs einer Charakteristik des alten Helden sein.

Der Krieg ist nicht bloß Berechnung des Berechenbaren wie das Schachspiel, sondern vor allem Beherrschung des Nichtberechenbaren durch die Kräfte des Willens und des Gemütes, und gerade darin zeigt sich Moltke als der große Theoretiker, daß er dieses irrationale Element der Strategie nicht durch irgend welche Klügelei doch noch rational zu machen suchte, sondern es von vornherein in seine Berechnung aufnimmt und die angeborene Kraft des Willens, es zu überwinden, stählt durch die wissenschaftlich gefestete Erkenntnis, daß es so sein müsse, daß der Krieg der Tummelplatz des Zufalls ist, daß aber das Glück dem Kühnen hold und der Kühnere deshalb die bessere Chance hat als der Vorsichtige. Hier schlägt das „Schlachten-Denken“ und Berechnen in das gerade Gegenteil um: der Feldherr muß, um zu gewinnen, auch wagen. Das ist die Summe der Lehren Clausewitz', die dieser aus dem Wesen des Krieges wie aus der Kriegsgeschichte ableitete. Er war Direktor der Kriegs-Akademie, als der Leutnant von Moltke dort studierte: eine persönliche Beziehung hat jedoch nicht bestanden, da Clausewitz nicht selber unterrichtete und die Kriegsschüler auch von seiner persönlichen Bedeutung keine Ahnung hatten. Erst die nach seinem Tode (1831) erschienenen Werke haben ihn offenbart, und in allen Schriften Moltkes ebenso wie in seinen Thaten spürt man Clausewitzschen Geist. Clausewitz, als Jünger und Freund Scharnhorsts und Gneisenaus stellt also die geistige Verbindung zwischen den beiden großen Kriegsepochen des neueren Preußens dar. Indem er ihn studierte, ist Moltke von allen großen Feldherren der Weltgeschichte der am meisten theoretisch Vor- und Durchgebildete geworden. Auch daß er erst in so hohem Alter zur That kam, hat natürlich dazu beigetragen, der weisen Erwägung mehr Raum zu geben, als den Impulsen des Temperaments — aber seine Größe besteht

doch wie bei allen Anderen in der Vereinigung des scharfen, umfassenden Verstandes mit dem Mut, die großen Entschlüsse zu fassen, und der Festigkeit, sie unter allen verwirrenden und beängstigenden Eindrücken der neuen, unerwarteten, wahren und falschen Meldungen, der Zwischenfälle und Friktionen durchzuhalten. Sehen wir bei anderen Feldherren eine ungeheuere Leidenschaft, die sie das Schicksal herausfordern und über alle Hindernisse hinweggehen läßt — wie auch etwa bei Bismarck — so ist Moltkes Stärke die unerschütterliche Ruhe, die den Eindruck erweckt, als ob dieser Mann nichts als sublimierter Intellekt sei, im tiefsten Grunde jedoch die angeborene und durch den Verstand nur weitergeformte Kraft des Charakters ist.

Die größte strategische Leistung Moltkes bleibt immer gleich die erste große Probe, auf die er gestellt wurde, die Einleitung des Feldzuges von 1866. Das erkennt man schon daran, daß gerade diese Aktion von Anfang an und noch immer Kritiker findet, die sie nicht gelten lassen wollen; sie war so schwierig, daß sie selbst hinterher nicht leicht zu würdigen ist. Die Schlacht bei Königgrätz selber und alle die großen Thaten des französischen Krieges sind in ihren Grundlinien soviel einfacher, daß man sie leicht verstehen und einschätzen kann. Ein charakteristisches Wort aus dem vielgelesenen Buche von Friedjung über den Krieg von 1866 mag das erläutern. Hier (II, 13) werden diejenigen zurückgewiesen, die in der ursprünglichen Aufstellung des preußischen Heeres an den Grenzen Sachsens und Böhmens das Werk unübertrefflicher strategischer Weisheit sehen: sie sei nur eine leidige Notwendigkeit gewesen, und der daraus sich ergebende Vormarsch mit getrennten Armeen „die verständig angeordnete und energisch durchgeführte Abhilfe einer ungünstigen aber notwendigen Situation“. Jede einzelne dieser Wendungen ist vollständig richtig, der letzte Satz stammt sogar von Moltke selbst, und das Ganze ist doch zum wenigsten in der Stimmung und im Ton das gerade Gegenteil des Richtigen. Was ist denn die höchste strategische Weisheit anderes, als Abhilfe zu schaffen aus einer leidigen Situation? Ist die Situation von vornherein einfach und günstig, so gehört um so weniger strategische Weisheit dazu, aus ihr weiter zu kommen. Die strategische Situation des Aufmarsches zum Kriege von 1866 war aber — übrigens für beide Teile — vielleicht die komplizierteste, die die Welt-Kriegsgeschichte bisher erlebt hat. Sie wäre umgekehrt für Preußen außerordentlich

einfach gewesen unter einer einzigen Bedingung — wenn nämlich König Wilhelm den Krieg gewollt hätte. Dann hätte er eines Tages die Mobilmachung befohlen und hätte mit seiner ganzen Armee in Mähren oder Böhmen gestanden, ohne bis dahin irgend welchen Widerstand besorgen zu müssen. Denn Preußen war durch seinen kleineren Umfang, seine straffere Organisation und sein entwickeltes Eisenbahnnetz Österreich in der Schnelligkeit des Aufmarsches so sehr überlegen, daß dieses nirgends seine Grenze hätte verteidigen können. Nun aber wollte König Wilhelm den Krieg nicht und wurde erst ganz allmählich in ihn hineingezogen. Erst wurden einige Vorbereitungen getroffen, dann wurden fünf Armeekorps mobil gemacht, dann noch zwei, dann die beiden letzten. Die Folge war, daß Preußen nicht nur den Vorsprung im Aufmarsch verlor, sondern sich sogar darauf gefaßt machen mußte, die eigenen Lande und die Hauptstadt gegen einen Angriff zu decken. Das ergab bei der Ineinanderschiebung der österreichischen und preußischen Lande, dem Vorspringen von Schlesien hier, Böhmen da, und dazu der Bundesgenossen unzählige Möglichkeiten. Die Österreicher konnten von Mähren aus in Schlesien einfallen oder von Böhmen aus: sie konnten durch Sachsen auf dem rechten Elb-Ufer auf Berlin operieren; sie konnten sich auf dem linken mit den Bayern vereinigen wollen. Dazu standen Österreicher in Holstein und konnten sich mit Hannoveranern zusammenthun. Die österreichische Haupt-Armee konnte aber auch wieder von der Offensive absehen und im eigenen Lande, sei es hier, sei es da, in Böhmen oder in Mähren eine Aufstellung zur Verteidigung nehmen. Alle diese Möglichkeiten mußte Moltke berücksichtigen und dabei auch noch an die Franzosen denken. Endlich blieb Preußen doch noch die Initiative, und nun faßte Moltke den großen, entscheidenden Entschluß, den Entschluß des weltgeschichtlichen Feldherrn, die preußischen Korps nicht erst an irgend einer Stelle rückwärts im eigenen Lande zu versammeln, sondern sie konzentrisch, zuletzt in zwei großen Gruppen aus der Lausitz und aus Schlesien nach Böhmen zu führen. Man wußte, daß die österreichische Hauptmacht dort noch nicht versammelt sei (sie war auf dem Marsch nach Mähren), und nahm an, daß die preußischen Gruppen jenseits der böhmischen Grenzgebirge schneller den Anschluß aneinander erreichen würden, als Benedek zur Stelle sein und eine von ihnen isoliert anfallen könne. War es aber so sicher, daß diese Annahme eintreffen würde? In der unmittelbarsten Nähe des Königs

erhoben sich die Bedenken über die ungeheuere Gefahr, in die man sich mit dem getrennten Anmarsch begebe. Neben dem General von Manteuffel hatte in der Konfliktszeit ganz besonders das Ohr des Königs der Generaladjutant Gustav von Alvensleben, 1870 Kommandierender des IV. Armeekorps. Manteuffel war jetzt fern, Alvensleben aber begleitete den König 1866, und dieser einflußreiche Mann schrieb hintereinander an Moltke (19., 20. und 22. Juni) drei Briefe,*) in denen er warnte und warnte. Es stehe zu viel auf dem Spiel, um nicht sicher gehen zu sollen. Die Versammlung jenseits der Gebirgspässe könne nur der Feind wünschen. Er stehe nahe genug, um sich zwischen die beiden preußischen Armee-Gruppen zu drängen und sie geteilt zu schlagen. Er sei jeder einzelnen weit überlegen, da auch noch die Bayern dazustoßen würden. Ganz ebenso äußerte sich einer der Abteilungschefs Moltkes, Oberst von Döring, der mit seinem Chef bisher durchaus übereingestimmt hatte, und fand für seine Auffassung die Zustimmung Podbielskis. Alvensleben wollte, daß man sich Zeit lasse, sich diesseits des Gebirges konzentriere, Dresden befestige, weitere Rüstungen mache, erst Hannover und ganz Norddeutschland unterwerfe. Man verliere dadurch nichts und gewinne an Stärke und Rückhalt.

Es ist nicht bekannt, ob Moltke Alvenslebens Briefe beantwortet hat: wahrscheinlich hat er sie nicht beantwortet — denn was hätte er sagen sollen? Alvensleben hatte ja vollkommen recht — vom Standpunkt des bloßen strategischen Rechners aus. Hier aber sehen wir, daß Moltke eben mehr als ein bloßer Operations-Mathematiker war. Seine an Clausewitz gebildete Theorie lehrte ihn, daß es prinzipiell falsch sei, im Kriege immer völlig sicher gehen zu wollen, und er hatte den Mut, nach dieser Theorie auch zu beschließen. Er vertraute, daß, selbst wenn die Österreicher schon in Böhmen auf der inneren Linie zwischen den preußischen Gruppen stehen sollten, doch jede dieser Gruppen stark genug sein werde, um wenigstens eine Zeit lang zu widerstehen:

*) Lettow, Geschichte des Krieges von 1866. II, 117. Ein überaus wertvolles Buch, leider in der aktenmäßigen, stillosen Art geschrieben, wie sie gerade in unserer besten Militär-Litteratur eingebürgert ist und die Lektüre weiterer Kreise fast ausschließt. Man bedauert das um so mehr, wenn man an einzelnen Abschnitten immer wieder empfindet, daß der Verfasser durchaus der Mann ist, der nur den Entschluß zu fassen brauchte, um sich von dieser Mode zu emanzipieren und ein wirkliches historisches Kunstwerk zu schaffen.

daß mittlerweile die andere Gruppe zur Stelle sein werde, und daß die Preußen dann gerade durch die Umfassung den anfänglichen strategischen Nachteil in den entscheidenden taktischen Vorteil verkehren würden. Eben indem ich diese Zeilen schreibe, geht mir eine neue Schrift vom General von Schlichting „Moltke und Benedek“ zu,*) in der mit vorzüglicher Klarheit dieser Gedanke durchgeführt und aller aus dem getrennten Vormarsch abgeleiteter Tadel gegen Moltke bis in die Einzelheiten als durchaus nichtig dargethan wird. Nichts zeigt den Moltkeschen Genius glänzender und großartiger, als daß er sich von vornherein des taktischen Vorteils, den ihm der getrennte Vormarsch bringen sollte, voll bewußt war und die stategische Gefahr deshalb kaltblütig auf sich nahm. Weiter legt Schlichting dar, daß mit Unrecht Moltkes Methode als die der Umklammerung bezeichnet werde: ob es eine solche wurde, hing ja nicht bloß von ihm, sondern ebenso sehr von dem Gegner ab, dem es freistand, dieselbe breite Front anzunehmen. Moltkes Operation wurde erst dadurch — am vollständigsten bei Sedan — zur Einkreisung, daß der Gegner sich mit kurzer Front in dichten Massen ihm gegenüberstellte. Weshalb zog Benedek das enge Zusammenhalten, die tiefe Aufstellung vor? Es ist zu betonen, daß es aus Vorsicht geschah. Der Feldherr sollte die Truppen in der Hand haben, es sollte jede Zersplitterung vermieden werden, zur Schlachtentscheidung alles unmittelbar zur Verfügung stehen. Selbstverständlich ist nicht generell und ein für alle Mal die breite Aufstellung die kühnere, die tiefe die vorsichtigere. Es kommt auf die Zeit, Truppen und Waffen an. Aber im Jahre 1866 war es nicht bloß die bessere Einsicht, die die moderne Technik der Waffen, Wege und Telegraphen für die breite Front richtig wertete, sondern auch der strategische Mut, der sich durch die anscheinende Gefahr, die daraus entsprang, nicht schrecken ließ, und der Lohn der Kühnheit blieb nicht aus: gerade durch dieses System des vorsichtigen Zusammenhaltens, nicht etwa durch einzelne Fehler oder Versäumnisse, hat Benedek den Feldzug verloren, und durch die Überlegenheit des Angriffes aus zwei Fronten hat Moltke ihn gewonnen. Überzeugend weist Schlichting nach, wie auch ich es immer aufgefaßt und dargestellt habe, daß selbst wenn Benedek den durch die Fehler einzelner preußischer Führer gebotenen günstigen Moment zu einem An-

*) Berlin, E. S. Mittler & Co. 154 S.

griff auf Steinmetz (28. Juli) voll ausgenützt hätte, er dennoch den Feldzug nicht gewonnen, sondern fast noch sicherer verloren haben würde. Diese Thatsache mögen wir heute gemütsruhig feststellen. Die Erzählung darf aber darum nicht unterlassen, mit aller Kraft hervorzuheben, daß der Pfad, den Moltke einschlug, eine Stelle hatte, wo er hart an dem furchtbaren Abgrund der vollständigen Niederlage vorüberführte. Seine Berechnungen waren klar und richtig, aber die Ausführung hing nicht allein von ihm, sondern sehr wesentlich von den Unterführern ab, und von diesen versagten einige. Am meisten der Prinz Friedrich Karl, der ganz ähnlich wie Benedek aufs Ängstlichste beflissen war, seine Streitkräfte stets eng zusammenzuhalten und infolgedessen nicht vorwärts kam. Er traute sich mit seinen drei Armeekorps nicht vorzugehen, bis er auch noch die drei Divisionen Herwarths an sich gezogen hatte, obgleich man wußte, daß er nur zwei, allerhöchstens drei Korps gegen sich habe. Er hat zu den 70 Kilometern von der Grenze bis Gitschin 7 Tage gebraucht, obgleich er lange nur einige Husaren-Schwadronen gegen sich hatte.*) Moltke hatte ihm geschrieben, daß er rasch vorgehen müsse, um den Kronprinzen zu entlasten, der nahe der österreichischen Hauptmacht über das Gebirge zu gehen hatte; er erwartete, daß er am 25. Juni bei Gitschin sein werde.**) Der Prinz langte erst am 29. an, und auch da erst auf den direkten, wiederholten Befehl des Königs und Moltkes von Berlin aus. Wäre Friedrich Karl nur zwei Tage früher bei Gitschin gewesen, so hätte der Übergang des Kronprinzen über das schlesische Gebirge (am 27.) sich leicht genug vollzogen. Nun ließ sich aber Friedrich Karl, statt die Annäherung zu suchen, durch die geschickten Manöver des Kronprinzen von Sachsen auch noch in der entgegengesetzten Richtung nach Münchengrätz fortziehen,***) und endlich brachte die Kopflosigkeit eines der kommandierenden Generale des Kronprinzen selber, des Generals von Bonin, den ganzen Aufbau der Operation ins Schwanken. Bonin stand bei Trautenau mit gleichen Kräften, Korps gegen Korps, dem Feinde gegenüber; er war bereits aus dem Paß heraus und im Besitz der entscheidenden Höhen; ein großer Teil seiner Truppen hat gar nicht gefochten; das Korps hatte überhaupt nicht mehr als 1339 Mann, der Feind aber

*) Lettow II, 171, 178.

**) Lettow II, 103.

***) Schlichting, Moltke und Benedek, S. 41.

4787 Mann Verlust. Trotzdem ergriff, man kann es gar nicht anders ausdrücken, Bonin die Flucht, und zwar gleich einen ganzen Tagemarsch weit, ohne an die übrige Armee zu denken, sodaß der Kronprinz an dem folgenden, entscheidenden Tage mit dem Rücken unmittelbar an oder noch in den Pässen nur $2^1/_4$ Armee-Korps zur Verfügung hatte, und die österreichische Hauptmacht war ganz in der Nähe. Aber die Moltkesche Strategie bestand nicht bloß aus Raum-, Zeit- und Zahl-Berechnungen, sondern zu ihren Elementen gehörte auch der Glaube, daß Preußen ebensowohl tapfere und entschlossene Generale wie Soldaten habe. Was die einen versagten, thaten die anderen doppelt. Der von Blumenthal beratene Kronprinz hielt fest, und Steinmetz, der sich schon am Tage vorher bei Nachod herrlich bewährt hatte, erfocht in der schönsten Vereinigung von Heldentum und Besonnenheit den entscheidenden Sieg bei Skalitz. Mit diesem einen Schlage war alles gewonnen. Während am Tage vorher noch die Entscheidung auf des Scheermessers Schneide stand, Preußen nur den einen Erfolg bei Nachod erlangt hatte, gleichzeitig aber Trautenau und Langensalza verloren und schon vorher die Italiener die große Schlacht bei Custozza, so war durch den Skalitzer Sieg strategisch der Feldzug bereits endgiltig für Preußen gewonnen, die Krisis vorüber. Moltkes Operationsidee hatte sich als so stark bewährt, daß sie selbst die stärksten Ausfälle in der Durchführung zu ertragen vermochte.

Nicht bloß Moltkes, des Kronprinzen, Blumenthals und Steinmetz' müssen wir aber an dieser Stelle gedenken, sondern auch noch einmal das ganz entscheidende persönliche Verdienst des Königs hervorheben. Wir wissen nicht, ob die Stimmen der Vorsicht und der Besorgnis, als Moltke den getrennten Einmarsch in Böhmen vorschlug, auch sein Ohr bestürmt haben — aber so oder so: die drei Alvenslebenschen Briefe sind mittelbar das denkbar schönste historische Zeugnis für den König. Mag er den General-Adjutanten erst gehört oder mag dieser von sich aus gar nicht an ihn damit herangetreten sein: unverbrüchlich stand eben der Grundsatz fest, daß, nachdem er sich Moltke einmal als strategischen Ratgeber erwählt hatte und der Krieg erklärt war, kein anderer Rat sich zwischen sie drängen dürfe. Wer es glaubte, besser zu wissen, konnte sich an Moltke selber wenden und es mit ihm ausmachen.

Unter unseren Militärschriftstellern ist eine Diskussion darüber

eröffnet worden, ob Moltke durchaus nach den Grundsätzen der napoleonischen Strategie gehandelt habe, oder ob die Methode, in der breiten Front oder gar aus zweifacher Front anzurücken und die Armee erst auf dem Schlachtfeld selber zu vereinigen, einen wesentlichen Unterschied zwischen ihm und Napoleon und einen prinzipiellen Fortschritt der Strategie bilde. Napoleon hat einmal gesagt (Schlichting S. 14): „Es ist ein feststehender Grundsatz, daß sich die Vereinigung von verschiedenen Heeresabteilungen niemals am Feinde vollziehen soll!“ Aber dieser Grundsatz, so bestimmt Napoleon ihn ausspricht, ist doch für ihn nicht zur starren Regel, zur Schablone geworden. Er hat vorwiegend danach gehandelt, hat auch z. B. bei Austerlitz wie bei Wagram das Korps Davoust, das unmittelbar in die Flanke des Gegners hätte vorgehen können, lieber erst an sein Gros herangezogen. Aber die Fälle, wo er mit recht breiter Front vorging, oder aus ganz anderer Front anmarschierende Truppen in eine Schlacht eingreifen ließ, sind doch auch nicht so ganz selten, z. B. bei Bautzen. Die Fortentwickelung, die die Strategie durch Moltke erfahren hat, beruht also nicht sowohl auf dem Ersatz eines Prinzips durch ein entgegengesetztes, sondern darauf, daß Moltke aus dem Überlieferten das für die neue Kriegsepoche passende herausfand und zur Entwickelung brachte. Die beiden Prinzipien: Zusammenballen der Masse, um zu stoßen, oder Ausdehnen, um zu umklammern, sind so alt wie die Kriegskunst selbst. Aus guten Gründen zog Napoleon das Zusammenballen vor: Moltke hatte erkannt, daß die Abwandlung der Verhältnisse dem entgegengesetzten Prinzip zustatten komme. Napoleon konnte noch hoffen, durch einen Gewaltstoß das feindliche Zentrum zu durchbrechen; das ist heute und war schon 1866 durch die verbesserten Waffen sowohl der Infanterie als der Artillerie, so gut wie unmöglich geworden. Napoleon wünschte die Truppen möglichst nah beisammen zu halten, um die Meldungen schnell genug zu empfangen und die Befehle schnell genug geben zu können; sonst war das Zusammenwirken nicht mehr verbürgt; Truppen auf einige Meilen Entfernung waren damals nicht mehr sicher in der Hand des Feldherrn. Das ist anders geworden durch die Erfindung des Telegraphen, zum Teil auch durch die Verbesserung der Wege und die vorzüglichen genauen Karten in der Hand aller Führer. Der Befehls-Apparat des Feldherrn erstreckt sich dadurch über einen viel größeren Raum. Napoleons

Heere endlich waren um ein Bedeutendes kleiner, als die der neuesten Kriegsepoche, sodaß sie sich ohne gar zu große Schwierigkeit schnell aus der Tiefe entwickeln ließen, was bei den großen modernen Heeren nicht mehr möglich ist.

Macht man sich all die einzelnen Momente dieser Abwandlung klar, so ist man geneigt, wieder den scharfen Verstand des Denkers Moltke zu bewundern, der das bereits zu einer Zeit alles erkannt hatte, wo die herrschende Theorie sich an den Haupttypus Napoleonischer Taktik haltend, durchaus noch dem Prinzip des Zusammenhaltens der Massen huldigte. Sehr schön führt der General von Schlichting aus, wie sehr es Benedek zur Entschuldigung gereiche, und dasselbe darf man vom Prinzen Friedrich Karl sagen, daß er mit seinem freilich fehlerhaften Verfahren doch ganz korrekt nach der herrschenden Lehre handelte. Umso größer erscheinen Moltke und, wie hinzuzufügen ist, Blumenthal, der darin ganz ebenso dachte und handelte, indem sie sich von dieser Lehre emanzipierten. Wiederum aber erscheint uns diese Emanzipation nicht bloß als eine That des Intellekts, sondern der starken, freien, in sich selbst sichern, mutigen Persönlichkeit.

* * *

Ich breche hier ab: es ist nicht möglich, ein Leben voll so großer Thaten im Rahmen eines Aufsatzes zu verfolgen. Es kam mir hier darauf an, eine bestimmte Grundlinie für die tiefere Auffassung dieses so großen wie ehrwürdigen Mannes festzulegen.

Als ich an die Studien zu diesem Aufsatz herantrat, geschah es zu einem etwas andern Zwecke. Es war mir nahegelegt worden, für den hundertsten Geburtstag des Feldmarschalls ein kurzes, volkstümliches Lebensbild zu verfassen. Teils aus äußern, teils aber auch aus innern Gründen ist es nicht dazu gekommen. Wir besitzen bereits eine sehr lesenswerte, schöne Biographie Moltkes von Max Jähns*), aus der auch für das vorstehende viel Material entnommen ist. Aber das Wunderbare ist: eine Biographie des Feldmarschalls in dem eigentlichen, rechten Sinne des Wortes läßt sich in Wirklichkeit nicht schreiben. Man kann seine Lebensgeschichte erzählen, viele schöne und

*) In der Sammlung „Geisteshelden“, Ernst Hofmann & Co., Berlin 1900. 4 Bändchen. 667 S. Ungeb. 7,20 Mk. In Leinew. geb. 9,60 Mk. Halbfr. 11,40 Mk.

herrliche Stellen aus seinen Briefen und Schriften einflechten, die Kriege darstellen, die er geleitet hat, die Verehrung schildern, die er genossen, aber ein Wesentliches fehlt. Der Gegenstand der Biographie ist der Mensch in seinem inneren Widerspruch und daher seiner Entwickelung, seinem unausgesetzten Werden. Von einer solchen inneren Entwickelung Moltkes wissen wir nicht nur nichts, sondern man darf sagen, er hat eigentlich keine gehabt. Einer seiner Kameraden auf der Kriegsakademie aus dem Jahre 1823 hat über ihn, als er ein großer Mann geworden war, geschrieben: „Drei volle Jahre bin ich täglich mit ihm zusammen gekommen. Er sah damals ganz so aus wie später und war auch ungefähr derselbe. Nie habe ich einen Mann wieder getroffen, der zeitlebens sich so wenig geändert hat wie Moltke." Dies Urteil wird durch die Briefe und Schriften des Feldmarschalls bestätigt. Das Material ist reichlich und geht ziemlich weit hinauf,**) zahlreiche Briefe an die Mutter, Geschwister, Freunde und besonders die Braut und Frau, daneben schriftstellerische Produktionen verschiedener Art, eine Novelle aus der Jugend, philosophische Betrachtungen aus dem höchsten Alter. Natürlich erkennt man darin erst das Reifer-, dann das Älter-Werden, aber keine inneren Kämpfe, keinen Sturm und Drang, keine differenzierten Epochen der Weltanschauung oder der Lebensführung. Auf allen Gebieten der gleiche und gleichmäßige, klare, mächtige, aber still dahinflutende Strom. Auch religiös denkt er ernst, aber rationalistisch. Nichts ist interessanter, als ihn in seiner Denkweise nicht bloß mit Bismarck, sondern auch mit dem wackeren Waffenschmied Roon zu vergleichen. Roon ist unausgesetzt bis an das Ende seines Lebens im Ringen mit sich selbst und mit seiner Zeit: er ist religiös ein Mann der inbrünstigen Gläubigkeit und des Gebets. Roon ist aber auch nicht bloß Soldat, sondern auch Politiker, ein Kämpfer voll gewaltiger Leidenschaft, der doch wieder seine Leidenschaft durch den Verstand in Schranken hält. Über Moltke als Politiker müßte einmal eine eigene Studie geschrieben werden, seine Äußerungen sind sehr zahlreich, sein Interesse lebhaft, nichtsdestoweniger käme man vielleicht zu dem Ergebnis, daß er im Grunde eine unpolitische Natur war. Seine Grundanlage ist eine künstlerische: auch der Krieg, den er führt, ist ihm wie ein Kunstwerk,

**) Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten. 7 Bände. E. S. Mittler & Sohn, Berlin. Ferner „Moltkes militärische Werke", ebenda.

das sich ihm von dem übrigen Weltendasein nahezu loslöst und für sich behandelt wird. Für alle andern großen Feldherren war der Krieg immer nur ein Mittel ihrer Politik. Moltke, nicht bloß nach seiner äußeren Stellung, sondern auch nach seiner innern Natur, überließ die Verwertung seiner Siege einem anderen: eine unschätzbare Gunst des Schicksals, denn wie hätte ein Generalstabschef, der auch Politiker hätte sein wollen, neben Bismarck Raum haben können? Erst die Selbstbescheidung auf diesem Gebiet, die ebenso sehr in seiner Natur lag, wie er sie sich auferlegte, machte die Größe, Sicherheit und Dauer seiner Stellung möglich. Auch hier sind wir wieder auf dem Punkt, daß er uns als der Mann der reinen Klugheit erscheint, der nie in Versuchung kommt, in innerem Drang die Grenzen seiner Kompetenz zu überschreiten, des angeborenen Verstandes, der sich wohl durch Lernen erweitert, aber nicht verändert.

So ist es, aber so ist es glücklicherweise doch auch wieder nicht. Er ist der Mann der Weisheit, der Pflicht und Selbstbescheidung. Wäre er aber nur das, so würde bei aller Achtung, die man solchen Tugenden zollt, uns die nähere Betrachtung den Helden bald zu einem unerträglichen Menschen machen: er würde uns als ein Musterknabe im großen erscheinen. Aber die Gelassenheit seines Wesens ist keineswegs Philistrosität, seine Vornehmheit etwas anderes als Indolenz. Wir haben die kriegerische Entschlossenheit kennen gelernt, die hinter seinen strategischen Berechnungen steckte und die den wahrhaft wertvollen Kern seiner Weisheit ausmacht. Hier ist es, wo man den wahren Moltke suchen muß, wo man zwar keine Biographie, aber eine Charakter-Studie von höchstem Reichtum entwickeln kann.

Haftet die Betrachtung zunächst bei dem rein Intellektuellen, das bei der Erscheinung des Abgeklärten, Weisen, Leidenschaftslosen am meisten in die Augen springt, so hat für die unmittelbare Anschauung und Empfindung seine Erscheinung doch noch Niemandem einen philiströsen Eindruck gemacht. Die Stärke der Persönlichkeit leuchtet allenthalben hindurch und prägt sich unmittelbar ein.

Als Topograph und Gelehrter hat er den Grund zu seiner Karriere gelegt: aber dieser Gelehrte war ein so schneidiger Reiter, daß man noch den Sechziger fragte, weshalb er lauter wütende Bestien reite. In seinen Briefen sieht er die Welt an mit den Augen eines Künstlers, sein Beruf aber ist, auf den Manövern

alles zu ordnen, daß alle die tausend Räderchen der Maschine richtig ineinandergreifen, jeder Truppenteil und jeder Prinz an jedem Abend in die richtigen Quartiere kommt, seine Pferde findet und seine Verpflegung hat. Vierzig Jahre alt, als wettergebräunter Mann aus der Türkei und den Abenteuern des syrisches Feldzuges zurückkehrend, verlobte er sich mit einem schönen, ausgelassenen Kinde, der 15jährigen Marie Burt, der Stieftochter seiner Schwester, und hat mit ihr in der glücklichsten Ehe gelebt. Ihr Leben lang blieb sie neckisch, zu lustigen Streichen aufgelegt, und eben darum dem verständigen, reservierten Eheherrn die rechte Ergänzung, weil er bei all seiner Weisheit selber so recht von Grund des Herzens lachen konnte und sei es über eine Clown-Quadrille auf Papp-Pferden im Cirkus. Seine Briefe haben ihren Reiz nicht nur durch die Anschaulichkeit und Pracht ihrer Naturschilderungen, die Kunst, den Menschen und seine Geschichte auf dem Hintergrunde des Landschaftsbildes erscheinen zu lassen, sondern auch den frischen und fröhlichen Humor, der dozierende Gelehrsamkeit nicht aufkommen läßt. Durch diesen Humor, der die Formen des reinen Denkens zu milder Menschlichkeit auflöst, wird uns seine Persönlichkeit erst vollständig. So wenig wie bei anderen Helden die kochende Leidenschaft, die sie uns zugleich groß erscheinen läßt und menschlich nahe bringt, darf man bei Moltke unterlassen, den Humor in seiner Charakterisierung hervorzuheben, ohne dessen warmes, goldenes Licht uns seine Ruhe als Kälte erscheinen würde.

Ernst und klug, pflichtgetreu und fleißig, das sind die Ecksteine des Moltkeschen Charakters. Heldensinn aber ist der Untergrund und Schönheitssinn und Humor bauen die Zwischenmauern auf. So vereinen sich Weisheit und Kraft zu einem Bilde der Anmut. Der Lenker des wilden Krieges steht vor uns als ein Mann, der keinen Feind hatte.

Die glücklichste Partei.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 103, Februar-Heft 1901.)

Welcher Stand, welche Klasse, welche Partei, welche Gruppe fühlt sich wohl heute am wohlsten in Deutschland? Wenn man es objektiv betrachtet, sind unsere Zustände ja derartige, daß zum wenigsten niemand sagen kann, es sei anderwärts oder zu einer anderen Zeit wesentlich besser gewesen. Es geht im Grunde uns allensamt recht gut. Die Parteien aber denken anders, und geht man die Presse und parlamentarischen Verhandlungen dieses Winters durch, so scheint es, daß mit einer einzigen Ausnahme alle Parteien, wenn nicht von augenblicklichen Leiden, doch von schweren Sorgen um die Zukunft bedrückt sind. Die Konservativen, die eigentlich herrschende Partei und anscheinend so hochgemut, sind in einer Bedrängnis, die geradezu mit ihrem Untergang und zwar binnen kürzester Frist endigen kann. Ihre Macht beruht auf ihrem Verhältnis zur Krone, und ebensowohl der Zwiespalt in der Kanalfrage, wie die ungeheuerlichen Übertreibungen in den Ansprüchen ihrer agrarischen Wählerschaft scheinen unausweichlich zu einem Konflikt mit jener führen zu müssen. Alle die freundlichen Worte und prinzipiellen Zusagen, die heute verkündet werden, bedeuten noch nicht, daß man sich nachher auch über die konkreten Zahlen wirklich einigt und vor allem nicht, daß Rußland auf die von Deutschland gewünschten Zollsätze eingehen wird. Ist der Konflikt aber erst da und die Regierung greift zu energischen Maßregeln, z. B. zu einer Reform des Drei-Klassenwahlrechts im Abgeordnetenhause oder zu einer Neuverteilung der Wahlkreise, entsprechend den veränderten Bevölkerungs-Verhältnissen im Reichstage, so ist die parlamentarische Macht der Konservativen für alle Zeit gebrochen. Die nationalliberale Partei ist wohl gerade nicht von solchen Krisen bedroht, hat aber im

Volke nur noch einen sehr schmalen Boden: die freisinnige Vereinigung einen noch schmaleren. Die freisinnige Volkspartei führt ihr bescheidenes Dasein überhaupt nur noch in der Person des jüngst durch seine Bescheidenheit berühmt gewordenen Herrn Richter. Das Zentrum ist erfüllt von dem stolzen Bewußtsein, die ausschlaggebende Partei zu sein — aber es ist merkwürdig: für die Partei selbst kommt dabei recht wenig heraus. Die Herren mögen gouvernemental oder oppositionell sein, es hilft ihnen nichts; ins Regiment kommen sie nicht, und da sie sich darüber nicht einmal so geradeheraus beschweren dürfen, so arbeiten sie mühselig in Paritätsklagen. Die Sozialdemokratie? In Worten ist sie noch recht stolz, das ist nicht zu leugnen, und wenn ihr einmal ein ordentlicher Hunnenbrief oder ein Schreiben des Herrn Bueck in die Hände fällt, so hat sie auch ihre Herzensfreunde, die ihr des Tages Not und Sorge tragen hilft. Im Innern aber nagt auch an ihr der Wurm des Zweifels und der Hoffnungslosigkeit. Ehernes Lohngesetz, Zukunftsstaat, Marxismus, allgemeiner Zusammenbruch, wer glaubt noch daran? Fest und glänzend wie die Fixsterne standen alle diese Begriffe am Firmament des sozialdemokratischen Ideen-Himmels: jetzt hat sich einer nach dem anderen geschneuzt und die Sternschnuppen eilen, in dem ewigen Dunkel des Gewesenen zu verschwinden. Es bleibt die Klassenvertretung: gerade wie im Konservatismus Vertretung des Agrarinteresses. Aber was sind Parteien, die zu bloßen Interessen-Vertretern herabgesunken sind? deren ganzes Dichten und Trachten sich darin erschöpft, in Steuer-, Zoll- oder Lohn-Schiebungen einen kleinen Profit herauszuschlagen? Welche Partei also bleibt, die mit gleicher Befriedigung auf die Gegenwart schauen und in die Zukunft blicken kann? Die letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses haben es mit voller Deutlichkeit gezeigt: es sind die Polen. Die Polen sind als Partei die einzigen, denen es im Deutschen Reiche wirklich durchaus gut geht und die weder im Stillstand, noch gar im Rückgang begriffen, von keiner Gefahr bedroht, ihres Wesens völlig sicher, ihre Hoffnung auf die Zukunft setzen.

Die ganze Landwirtschaft des Ostens klagt, nur die Polen nicht. Nicht etwa weil der polnische Rittergutsbesitzer von Natur bescheidener wäre als der deutsche, sondern weil er thatsächlich besser dran ist. Der deutsche Rittergutsbesitzer ist ein Mitglied des traditionell herrschenden Standes und sucht mit Mühe und Not diese Stellung aufrecht zu er-

halten: sein polnischer Nachbar hat sich darin gefunden, nicht mehr Inhaber und Repräsentant der Staatsgewalt zu sein; die untauglichen Elemente sind aus dem Stande ausgeschieden; das alte Polentum mit seinem Anflug von Barbarei, die „polnische Wirtschaft“ liegt hinter ihm. Er ist ein moderner, gebildeter, kapitalkräftiger Landwirt geworden und freut sich seiner Erfolge. Wenn aber noch Leute darunter sind, die in dem heftigen Wogen der Zeit sich nicht auf ihren eigenen Beinen zu erhalten vermögen, so hat der freundliche preußische Staat einen Fonds von 200 Millionen Mark extra dafür gestiftet, immer solchen bankerotten polnischen Besitzern ihre Güter abzunehmen. Er zahlt die höchsten Preise, sichert und befriedigt alle Gläubiger und läßt dem Abgemeierten noch ein hübsches Stück Geld übrig, damit er ein neues Leben beginnen kann.

Noch viel größere Fortschritte hat der polnische Bauer gemacht und macht sie fortwährend. Der gesicherte deutsche Rechtsstaat, das preußische Schulwesen, die unablässige Fürsorge einer aufgeklärten und aufklärenden Regierung haben einen ganz neuen Menschen aus ihm gemacht.

Wie ein wahrer Eroberer ist ein neuer polnischer Mittelstand auf den Plan getreten und dehnt sich unausgesetzt aus. Die preußische Regierung giebt ihm Schulen, lehrt ihn die deutsche Sprache, eröffnet ihm dadurch den Zugang zu jeder Art Kultur und Technik und führt ihm selbst unausgesetzt neue Elemente der Intelligenz zu. Alle die strebsamen jungen Leute aus den gebildeten deutschen Familien, die der Staatsdienst, Beamtentum und Offiziersstand verbrauchen, im Polentum werden sie alle dem nationalen Wirtschaftsleben zugeführt und nutzbar gemacht.

Ohne einen sehr lebendigen angeregten Nationalgeist würde das alles freilich den Polen wenig nützen: eingesprengt in die deutsche Nationalität und fast allenthalben mit starken deutschen Volksteilen durchsetzt, würden die Polen bald von der ungeheuren Überlegenheit aufgesogen werden, wenn sie sich nicht ganz mit dem Bewußtsein ihres Volkstums erfüllten und sich kämpfend widersetzten. Daß sie darin keinen Augenblick schwach werden, dafür sorgt vor allem ein eifrig nationaler Klerus, aber nicht ohne die energische Nachhilfe einer hohen Regierung. Nicht etwa nur soweit sie es wünschen und wollen, sondern mit Gewalt wird den Polen die deutsche Sprache beigebracht. Wir

wissen aus den Klagen unserer Landsleute in den baltischen Provinzen und in Ungarn, was es für eine Familie bedeutet, ihre Kinder einer Schule mit einer fremden Sprache zuführen zu müssen, und damit jedes polnische Kind und jede polnische Mutter sich auch ja dessen bewußt werde, welch ein Unrecht ihnen geschehe, wird der Konflikt bis in den Religionsunterricht hinein getrieben, wo der Kaplan schon auf Posten steht, um die Entrüstung, die nicht von selber kommen will, genügend anzufachen.

Was aber der Kaplan nicht thut, und was die polnischen Zeitungen nicht erreichen, das vervollständigen die deutsche Presse, der Verein zur Erhaltung des Deutschtums und die hohen Behörden.

Sollte ein Pole je in die Lage kommen, seines Volkstums einen Augenblick zu vergessen, so erinnert ihn gewiß sehr bald irgend eine kleine Häkelei mit einem Beamten über den Gebrauch der deutschen Sprache, über die Orthographie eines Namens, über ein Vereinsfest oder über eine Briefaufschrift, daß er in nationalem Kriegszustand lebt.

Das große Kriegsmittel der Polen ist der wirtschaftliche Boykott, der langsam aber sicher die deutschen Geschäftsleute und Handwerker, die früher den Mittelstand in dieser Landschaft bildeten, aus der Provinz herausdrängt. Die Deutschen sind nicht imstande, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, denn sie sind unter sich gespalten und kein Appell an die nationale Gesinnung und den Patriotismus kann die Spaltungen beseitigen. Einig ist ein Volk immer nur, wenn es in der Opposition ist. Die Deutschen in der Ostmark aber gehören allen verschiedenen Parteien an. Manche halten zur Regierung, manche zu Eugen Richter; manche sind Agrarier, manche nicht; manche halten den Ostmarken-Verein für nützlich, manche für schädlich; die einen sind Protestanten, die anderen Katholiken und dazu noch die Juden. Die Geschlossenheit des Polentums können sie niemals erreichen und überdies versteht der polnische Geschäftsmann immer beide Landessprachen und der deutsche nur eine. So rufen die Deutschen von der Übermacht bedrängt nach der Hilfe der Regierung, und die Regierung klagt, daß sie alles allein thun solle und in dem Kampf nicht die rechte Unterstützung finde.

Thut die Regierung aber einmal etwas besonderes für den Osten wem wird es mehr zu Gute kommen, dem aufsteigenden oder dem zurückweichenden Volkstum? Die paar hundert deutschen Bauern, die

die Ansiedelungs-Kommission im Jahre ansetzt, verschwinden in der Masse und gegen die Überzahl derjenigen, die die Polen ansetzen.

Noch fehlen die großen Zentral-Institute für das national-polnisch-wissenschaftliche Leben: die polnischen Studenten leben verteilt auf den zahlreichen deutschen Hochschulen. Dem Mangel wird bald abgeholfen sein. Schon baut der preußische Staat in Posen eine große Bibliothek und in Danzig eine technische Hochschule. Die deutschen Professoren an dieser Hochschule werden die polnischen Techniker so wenig zu Deutschen machen, wie es bisher die Gymnasial lehrer gethan haben; aber vereinigt mit einem reichlichen Zustrom aus Russisch-Polen werden die polnischen Studenten bald das große Wort an dieser Hochschule führen, die Deutschen majorisieren, und den Ort des Zusammenschlusses, der ihnen bisher fehlte, gefunden haben.

Es muß anders werden, sagen sich die Deutschen aller Orten, und der H.-K.-T.-Verein hat sich auf langes, langes Zureden endlich aufgerafft und gesagt, was geschehen muß. Es ist nicht nötig, auf seine Vorschläge im einzelnen einzugehen, man kann mit einem einzigen Wort ihren Inhalt wie ihren Wert bezeichnen: sie sind „russisch“. Hat aber diese Methode in Rußland nichts ausgerichtet, wie kann sie bei uns, die wir bis zur Knute und Sibirien schwer gehen können, etwas wirken? Niemand hält es für nötig, diese Ergebnisse eines achtjährigen staatsmännischen Nachsinnens auch nur zu diskutieren, und die Polen lachen darüber.

Sie lachen? Ist das wirklich wahr? Ist ihnen nicht das Weinen viel näher? Haben sie nicht tagelang das Abgeordnetenhaus und den Reichstag mit ihren Klagen beschäftigt? Wie stimmen diese Klagen überhaupt damit, daß es ihnen so besonders gut gehen soll?

Als ein katholischer Bischof einmal verhaftet wurde, rief er aus: „Gott sei Lob und Preis, es geschieht Gewalt.“ Nicht jeder, der über Gewalt klagt, ist deshalb unglücklich, und keinem Menschen geht es besser in der Welt als dem, dem es erstens wirklich gut geht, und der zweitens auch noch klagen darf dazu. In dieser Lage sind heute unsere Polen. Wohl muß der Einzelne Ungemach erleiden und fühlt sich hier und da gehemmt. Der ungenügende Schul-Unterricht in der Muttersprache muß privatim ergänzt werden, und das macht Mühe und Schwierigkeiten, giebt auch Kampf mit der Polizei und bleibt für die unteren

Volksklassen oft unvollkommen. Aber für das Volk als Ganzes macht das wenig, und der Schweiß, der hier aufgewendet werden muß, begießt den Baum des polnischen Patriotismus. „Billiges Martyrium" heißt die Methode, nach der die preußische Regierung die polnischen Unterthanen regiert, und nichts in der Welt ist für das Gedeihen eines Volkstums förderlicher; es wird dabei nicht bloß stark, sondern zuletzt auch noch frech. Die Herren Minister haben da mit hübschen Geschichten aufzuwarten gewußt. Aber was nützt das alles? Schließlich haben sie doch einer nach dem anderen erklärt, daß sie die heutige Regierungsmethode für richtig hielten, und daß sie mit aller Konsequenz auf diese Art fortzufahren gedächten. Keine Auskunft konnte für die Polen erfreulicher sein. Es ist wirklich ein vielleicht etwas spitzer, aber kein falscher Satz, den wir oben ausgesprochen haben, daß von allen unseren Parteien heute die Polen am besten dran sind.

26. 1. 01.

Erzherzog Carl.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 105, September-Heft 1901.)

v. Moltke, Der Feldzug 1809 in Bayern. (Geschrieben 1859.) In Moltkes „Militärischen Werken III, 2. Kriegsgeschichtliche Arbeiten, herausgeg. v. Gr. Gen.-Stab, Abteil. f. Kriegsgesch., 1899. E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Ausgewählte Schriften weiland Seiner Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Carl von Österreich. Herausgegeben im Auftrage seiner Söhne, der Herren Erzherzöge Albrecht und Wilhelm. 7 Bde. 1893/1894.

M. v. Angeli, Erzherzog Carl von Österreich als Feldherr und Heeresorganisator. 5 Bde. 1896/1897.

Heinrich Ommen, Die Kriegführung des Erzherzogs Carl. Berlin, E. Ebering. 1900. 4 Mk.

August Menge, Die Schlacht von Aspern. Eine Erläuterung der Kriegführung Napoleons und Erzherzog Carls. Berlin, Georg Stilke. 1900. 6 Mk.

Kurt Simon, Erzherzog Johann bei Wagram. Berlin, E. Ebering. 1900. 1,50 Mk.

Männer machen die Geschichte. Sie machen sie nicht willkürlich, sondern indem sie die vorhandenen allgemeinen Kräfte und Tendenzen erkennen, sich ihrer bemächtigen, sich an ihre Spitze stellen, sie vorwärts führen und mit den entgegengesetzten, die von Andern in derselben Weise ergriffen worden sind, kämpfen. Auch der einzelne Mann selbst ist schon von seiner Geburt an und vielleicht durch Vererbung beeinflußt durch die Vorstellungen und Bestrebungen seiner Epoche. Aber wie es das vergeblichste Bemühen ist, den Genius aus seinem Milieu erklären zu wollen, so ist es die platteste Auffassung der Geschichte, die den Fortgang der Ereignisse glaubt aus den bloß objektiven Kräften oder Massenbewegungen ableiten zu können. Es sind auch fast ausschließlich Dilettanten, die mit dergleichen Geschichtsphilosophemen in der Öffentlichkeit auftreten und vor der Menge einen vorübergehenden Ruhm erringen; sie schöpfen ihre Historie mehr aus

der Tiefe des Gemüts, als aus einer wirklichen Kenntnis der That-
sachen: sie sind noch Philosophen in jenem alten Sinne, die der
empirischen Grundlage für die Erkenntnis der Dinge glaubten ent-
behren zu können. Unbestimmte Schulerinnerungen und im besten
Falle fleißiges Studium eines beschränkten Spezialgebiets sollen ge-
nügen, den Geist der Weltgeschichte zu ergründen, und der Parteigeist,
in dessen Dienst man arbeitet, schafft die gläubige Menge. Da die
Parteien ihr Recht haben, mögen auch die Partei-Geschichts-Philo-
sophien als solche zu Recht bestehen. Sie sind jedenfalls immer noch
mehr wert, als die Arbeiten jener Pseudogelehrten, die wohl ein fach-
mäßiges Studium hinter sich haben, aber ohne den Ernst und die
Kraft echter Wissenschaft das höchste Ziel der philosophischen Erkennt-
nis im Fluge glauben erhaschen zu können. Die Mode und das
demokratische Zeitbedürfnis haben es ja mit sich gebracht, daß alle
solche Konstruktionen heutzutage mit „Massen-Psychologie" arbeiten
und der Persönlichkeit in der Geschichte die Bedeutung abzusprechen
suchen. In der Tages-Presse fehlt es nicht an Beifall, die Wissen-
schaft kümmert sich kaum um die Elaborate: selbst Karl Marx, der
doch selber ohne Zweifel eine historische Persönlichkeit war, wird von
der historischen Wissenschaft als Historiker der Beachtung nicht für
wert gehalten und mit Recht.

Ein besonders schönes Beispiel für den empirischen Beweis, daß
es die Männer sind, die die Geschichte machen, bietet der Krieg vom
Jahre 1809.

Es ist, nachdem Spanien vorangegangen, der erste Versuch einer
nationalen Erhebung gegen Napoleon in Deutschland. Österreich
rechnete darauf, daß nicht nur Preußen, sondern auch ein großer Teil
der übrigen Deutschen sich seiner Schilderhebung anschließen würde.
Es geschah nicht. Österreich allein gelassen, unterlag. Erst indem vier
Jahre später Rußland sich an die Spitze stellte, gelang es, Deutsch-
land von der französischen Herrschaft zu befreien. Es ist nicht ab-
zusehen, welche Folgen es gehabt hätte, wenn die Deutschen schon im
Jahre 1809 mit eigner Kraft das Joch des Korsen gebrochen hätten.
Indem im Jahre 1813 die Russen halfen, während der bei weitem
größere Teil der Deutschen auf der Seite des Unterdrückers kämpfte,
war die unausweichliche Folge, daß Deutschland für Generationen unter
den vorwaltenden Einfluß des Zaren geriet.

War es von vornherein, nach der Verteilung der Massen, der materiellen Kräfte unmöglich, die Franzosen aus eigner Macht zu vertreiben? So war es nicht. Es ist von der höchsten Bedeutung, sich klar zu machen und zu wissen, daß alle objektiven Bedingungen für das Gelingen schon im Jahre 1809 gegeben waren. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß man schon damals Napoleon hätte über den Rhein zurücktreiben, zum allerwenigsten, daß man ihm hätte die Waage halten, daß man sich hätte behaupten können. Man hätte ihm vielleicht das linke Rheinufer nicht entreißen, man hätte noch weniger ihn vom Thron stoßen können. Was dann aus der Welt geworden, welche Beziehungen sich gebildet, was es noch für Rückschläge gegeben — Niemand vermag das zu ermessen. Es genügt aber auch vollständig, daß man behaupten darf: der Mißerfolg der Erhebung von 1809 war nicht von vornherein unvermeidlich: er steht ganz und gar auf dem Schuld-Konto von zwei entscheidenden Persönlichkeiten, das sind Carl, Erzherzog von Österreich, und Friedrich Wilhelm III., König von Preußen.

Der Krieg im Jahre 1809 war im vollsten Sinne des Wortes eine österreichische und deutsche Erhebung. Man hat ihn wohl mit einer natürlichen Verschiebung als einen bloßen Verteidigungskrieg gegen den welterobernden Korsen angesehen und sieht ihn noch heute in diesem Licht. Ideell ist diese Auffassung auch nicht unrichtig, da Österreich sich erhob gegen die in der Zukunft drohende völlige Unterordnung unter das französische Kaisertum. Von einer augenblicklichen Gefahr aber war Österreich nicht bedroht. Wir wissen es jetzt aus den allergeheimsten Korrespondenzen Napoleons selber, wie ungelegen ihm dieser Krieg kam, wie gern er ihn vermieden hätte. Vom Standpunkt der praktischen Tagespolitik ist thatsächlich nicht er, sondern Kaiser Franz der Angreifer gewesen. Man könnte zuletzt vielleicht sagen, daß der Krieg aus einem bloßen persönlichen Mißverständnis entsprang. Von dem Heroismus, der, um der zukünftigen Gefahr zu begegnen, den Kampf kühn auf der Stelle herausfordert, war nichts in Kaiser Franz. Freiwillig hätte er sich gewiß zu dem Kriege nicht entschlossen, aber Napoleon machte den Fehler, als er bemerkte, daß Österreich rüstete, es durch Drohungen einschüchtern und ruhig halten zu wollen. Er erreichte damit das Gegenteil von dem, was er wollte: die österreichischen Staatsmänner, namentlich Metternich, damals öster-

reichischer Botschafter in Paris, wurden von dem Argwohn ergriffen, daß seine Drohungen die Einleitung zu einem neuen Angriff sein sollten, und erst dieser Argwohn war es, der den positiven Entschluß zu dem Kriege in Wien entband.

So hatte man sich gegenseitig in den Krieg hineingesteigert. Die Initiative aber blieb bei Österreich. Es greift an, während noch das Gros des französischen Heeres in Spanien beschäftigt oder erst in der Bildung begriffen ist, und diese politische Genesis des Krieges beherrscht auch den Aufmarsch der Heere, die strategische Einleitung.

Die Österreicher versammelten ihre Armeen in der vorgeschobensten ihrer Landschaften, das war, seit sie 1805 Tirol verloren hatten, Böhmen. Von hier aus konnte man am Main entlang am schnellsten bis an den Rhein vordringen. Die Franzosen standen noch in Nord und Süddeutschland verteilt, als das österreichische Hauptheer hier versammelt war. Kein Zweifel, daß man bloß vorzugehen brauchte, um die vereinzelten feindlichen Korps mit großer Übermacht anzufallen und auseinanderzutreiben. In solchem Zuge bis an den Rhein gelangt, ist es weiter keine Frage, daß die Österreicher einen Teil der deutschen Fürsten, die norddeutsche Bevölkerung und namentlich Preußen auf ihre Seite gebracht und mit sich fortgerissen hätten. Kein Vorwurf ist falscher, als daß Österreich den Krieg „vorzeitig" begonnen oder daß es seine militärischen Kräfte überschätzt habe: es war nichts mehr nötig als ein Entschluß und man packte den Sieg, zunächst den ersten vorläufigen Sieg an der Stirnlocke.

Da erwachte in dem Führer des österreichischen Heeres, dem Erzherzog Carl, die Besorgnis, daß die französischen Rüstungen doch vielleicht schon weiter gediehen seien, als man bisher angenommen, und daß, während er selbst durch Franken gegen den Rhein vorgehe, Napoleon im Donauthal, gestützt auf die Zufuhrstraße des großen Stromes gegen Wien vordringe. In dieser Besorgnis befahl er, daß das bereits in Böhmen versammelte Heer statt gegen den Feind, nach Süden marschiere und sich am Inn aufstelle.

Die Besorgnis, die diesen ungeheuerlichen Beschluß hervorrief, war durchaus unbegründet. Selbst als das österreichische Heer nach seinem langen Quermarsch südlich der Donau ankam und nunmehr vorging, selbst da waren die Franzosen noch nicht vollständig versammelt. Napoleon selbst kam eben erst an und war so überrascht,

daß er zu einem seiner Minister sagte: „Sie können sich nicht vorstellen, in welchem Zustande die Armee sich befand und welchen Unglücksfällen wir ausgesetzt gewesen wären, wenn man es mit einem unternehmenden Feind zu thun gehabt hätte." Aber selbst wenn er früher zur Stelle gewesen, wenn er schon ein bedeutendes Heer südlich der Donau versammelt gehabt hätte, — welch ein Ungedanke, daß er mit diesen Truppen hätte auf Wien vorgehen können, während die Österreicher seine noch auf dem Norduser befindlichen Korps auseinandersprengten und ganz Norddeutschland in Feuer setzend zum Rhein vordrangen!

Jede gesunde Empfindung mußte sich sagen, daß Österreich einen unzweifelhaften erheblichen Vorsprung im Aufmarsch habe und daß jetzt das wichtigste sei, die Übermacht an der Stelle, wo sie war, auszunutzen; daß wenn man nur erst einen erheblichen Teil der feindlichen Steitkräfte besiegt und zerstört habe, damit auch für das nächste Stadium des Krieges das Übergewicht gesichert sei und bei der Stimmung Deutschlands jeder Schritt vorwärts eine Steigerung der eigenen Streitkräfte bedeute.

Erzherzog Carl aber hatte die umgekehrte Ansicht. Lesen wir seine theoretischen Schriften, so stoßen wir auf Ausführungen, die auf den ersten Blick ganz und gar das zu sagen scheinen, was die Situation im Frühjahre 1809 von dem österreichischen Feldherrn forderte. In den schon 1806 erschienenen „Grundsätzen der höheren Kriegskunst für die Generäle der österreichischen Armee" sagt der Erzherzog:*)

„In dem Offensivkriege muß die Hauptabsicht des Generals dahin gehen, Vorteile, welche ihn in die Lage setzen, einen Angriffskrieg führen zu können, so bald als möglich zu benutzen und durch entscheidende Operationen gleich im Anfang die Absichten des Feindes zu vereiteln und ihn außer Stand zu setzen, jemals mehr eine Superiorität zu gewinnen."

„Zu diesem Ende muß der Feldzug mit der ganzen Macht auf dem entscheidenden Punkt eröffnet, alle übrigen Grenzen des Staats hingegen nur mit soviel Truppen besetzt werden, als unumgänglich nötig sind, um diese Provinzen vor feindlichen Streifereien

*) Ausgew. Schriften, Bd. I, S. 7.

zu decken und den Feind abzuhalten, der Armee die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu entziehen."

„Entweder ist das zum Kriegstheater bestimmte Land offen oder durch Festungen verteidigt, durchschnitten oder gebirgig."

„In jedem Fall ist der Punkt, gegen welchen mit der ganzen Macht vorgedrungen und operiert werden muß, derjenige, der uns am kürzesten und geschwindesten in das Innere des Landes führt, ohne daß wir dabei Gefahr für unsere Kommunikationen laufen."

„Nichts muß einen General vermögen, von diesem Grundsatz abzugehen. Sein erstes Bestreben muß demnach dahin zielen, den Feldzug durch eine entscheidende Schlacht zu eröffnen und den Feind zu zwingen, sie anzunehmen".

Sollte man hiernach etwas anderes erwarten, als im Jahre 1809 eine entschlossene Offensive gegen die schwächeren und noch geteilten Franzosen in der Richtung auf den Rhein? Aber man beachte wohl, daß in jener Ausführung die Offensive doch nur mit gewissen Einschränkungen gefordert wird, nämlich „auf dem entscheidenden Punkt" — welcher ist das? Und „ohne daß wir dabei Gefahr für unsere Kommunikationen laufen". Wie der Autor das verstanden wissen will, ersehen wir aus einer anderen Stelle, wo es als unverbrüchliche Regel aufgestellt wird „nie mit der Hauptmacht eine solche Operationslinie oder Stellung anzunehmen, bei welcher der Feind näher auf unsere Kommunikationslinien, zu unseren Magazinen Zufuhren u. s. w. hat, als wir".*) Noch stärker betonen das Carls im Jahre 1813 erschienenen „Grundsätze der Strategie", wo es rundweg heißt: „Der Besitz strategischer Punkte entscheidet im Kriege".

Danach freilich war es ein grober Fehler, daß Napoleon schon 1796, ohne irgendwie an „strategische Punkte" zu denken, die Sarden in seinem Rücken gelassen hatte, um die Österreicher bei Montenotte, Millesimo, Dego zu schlagen, und ebenso Marengo, ebenso Ulm, endlich Jena und Auerstedt, wo stets Schlachten mit verkehrter Front geschlagen wurden. So regelwidrig und unmethodisch, wie Napoleon hier allenthalben seine „Kommunikationen preisgegeben" hatte, so richtig handelte Carl, indem er auf die Offensive in Franken im Jahre 1809 verzichtete, um schleunig ins Donau Tal zu marschieren,

* Ommen, S. 112.

als die Vorstellung auftauchte, auch dort könnten schon Franzosen sein und seine Kommunikation bedrohen! Und zum Überfluß war diese Vorstellung auch noch thatsächlich falsch!

Nun wurde der Erzherzog, der trotz allem seine Truppen nicht beisammen hatte und dem die Verpflegung auf dem langen Quermarsch nicht hatte schnell genug folgen können, bei Eckmühl-Regensburg geschlagen und mußte zurück auf Wien. Napoleon rückte vor auf dem Süd-Ufer, Carl maschierte auf dem Nord-Ufer. Die Franzosen kamen zuerst an, obgleich sie doch im feindlichen Lande Hindernisse zu überwinden, während die Österreicher bloß zu marschieren hatten. Aber der Erzherzog wußte nicht, wohin sich Napoleon wenden, ob er etwa, wenn Carl nach Wien eilte, über die Donau gehen und Böhmen bedrohen würde. So machte er von Zeit zu Zeit halt, um zu sehen, was die Franzosen anstellten. Das Verfahren war so unklug wie möglich. Wenn der Erzherzog nicht die Kraft in sich fühlte, sofort wieder die Offensive zu ergreifen, so hätte er ungesäumt bis vor Wien zurückgehen und sich hier — wozu seine Steitkräfte groß genug waren — zu einer Defensiv-Schlacht aufstellen müssen. Ging Napoleon mittlerweile nach Böhmen, so war der Verlust immer nicht so groß, wie der der Hauptstadt und die Österreicher gewannen Zeit, sich zu erholen und zu verstärken. So aber wurde, um das Kleinere vor einer möglichen Gefahr zu decken, das Größere mit Sicherheit preisgegeben.

Aber für Napoleon ist auch Wien nur ein vorläufiges Ziel. Schon am siebenten Tage nach der Kapitulation der feindlichen Hauptstadt setzt die französische Armee bei Aspern über die Donau, um die österreichische Armee, die es nicht gewagt hatte, ihre Kaiserstadt zu verteidigen, ihrerseits aufzusuchen.

Man hat die Führung der österreichischen Armee bis zur Schlacht bei Aspern in der Litteratur überaus milde beurteilt, weil nunmehr doch endlich der Tag in der Geschichte leuchtet, der alle Fehler, die bis dahin vielleicht begangen sind, wieder auszulöschen scheint: die Franzosen werden bei ihrem Versuch, den Strom zu überschreiten, geschlagen, und bis auf den heutigen Tag glänzt der Name des Erzherzogs Carl in der Geschichte als der erste Feldherr, dem es gelungen ist, Napoleon zu besiegen. Ein herrliches Monument verewigt diese That und der Name des Siegers von

Aspern scheint ein Feldherrn-Zeugnis, an dem alle Kritik ohnmächtig abprallt. Erzherzog Carl hat der Welt bewiesen, daß der Korse nicht unbesiegbar sei und die Hoffnungen aller unterdrückten Völker haben sich an seinem Ruhm wieder aufgerichtet.

Lernen wir diesen Sieg von Aspern näher kennen. Die musterhafte Monographie von Menge, die die exakteste Untersuchung mit einem glänzenden, charaktervollen Vortrag zu verbinden weiß, hat endlich nach fast hundert Jahren Licht in diesen Urwald widerspruchsvoller Fabeln gebracht. Daß Napoleonischen Bulletins nicht ganz zu trauen sei, hat der Haß gegen den allgemeinen Tyrannen sehr bald erkannt; daß aber die österreichische amtliche Relation, der man bisher die Schlacht von Aspern gutmütig nacherzählte, es an Erfindungsgabe mit jedem Napoleonischen Bulletin aufnehmen könne, hat erst jetzt die unbestechliche historische Kritik offenbar gemacht. „Ich bin nicht mehr Fanfaron als andere", scheint Napoleon mit Recht zu dem Russen Tschernitscheff gesagt zu haben.

Als der französische Kaiser am 21. Mai dicht unterhalb Wiens über den breiten Donaustrom setzte, ahnte er nicht, daß das österreichische Hauptheer in seiner unmittelbaren Nähe sei und vom Bisamberge aus jede seiner Bewegungen beobachtete. Plötzlich wurde gemeldet, daß es in dichten Massen anrücke. Schleunig befahl Napoleon, die beiden nächst der Brücke gelegenen Dörfer Aspern und Eßling zu besetzen und zur Verteidigung einzurichten, aber als die Österreicher am Nachmittage gegen vier Uhr zum Angriff schritten mit 87000 Mann Infanterie und Kavallerie und 258 Geschützen, da hatte er ihnen noch nicht mehr als 22500 Mann und 48 Geschütze entgegenzustellen.

Er hoffte, während des Dorfgefechtes fortwährend seine Verstärkungen heranströmen zu sehen, als plötzlich gemeldet wurde, daß seine Donaubrücke zerrissen sei. Es sind an diesem Tage nur noch 9000 Franzosen hinübergekommen, und von diesen die meisten (Division Carra St. Cyr) so spät, daß sie gar nicht mehr am Gefecht teilgenommen haben.

Trotzdem war es den Österreichern nicht gelungen, den Franzosen die Dörfer vollständig zu entreißen und sie in den Fluß zu werfen. 50000 Mann wandten sich gegen Aspern; der Marschall Massena verteidigte es mit 6400 Mann. Napoleon hatte seine ganze In-

fanterie für die beiden Dörfer und eine unentbehrliche kleine Reserve verbraucht, im freien Felde zwischen Aspern und Eßling bloß Kavallerie. Als die Österreicher ansetzten, hier durchzubrechen, warf sich ihnen die französische Kavallerie mit kühner Offensive entgegen. Napoleon hatte 6500 Reiter zur Stelle, Erzherzog Carl 15000. Da rühmen die österreichischen Berichte, wie tapfer ihre Truppen die furchtbaren französischen Attacken ausgehalten: in Wahrheit sind es die Franzosen gewesen, die durch ihr opfermutiges Draufgehen die österreichische Offensive im Zentrum zum Stehen brachten und dadurch ihr Heer retteten. Die Österreicher nahmen die unterbrochene Offensive an dieser Stelle nicht wieder auf und ihre wiederholten Stürme auf die Dörfer drangen nicht durch.

In der Nacht stellten die Franzosen ihre Brücke wieder her. Schon morgens um 3 Uhr warfen sie die Österreicher aus dem Teil von Aspern, den sie am Abend behalten hatten, wieder heraus, und als Napoleon etwa 30000 Mann neue Truppen zur Stelle hatte, begann er morgens gegen 7 Uhr seinerseits die Offensive zur Durchbrechung des österreichischen Zentrums: Lannes, der bisher Eßling verteidigt hatte, kommandierte sie. Schon war der Erzherzog drauf und dran, den Rückzug anzuordnen, als andere Generale in ihn drangen, noch seine Reserven einzusetzen. Es war das Grenadierkorps, das er am Tage vorher, statt mit ihm den Franzosen den Gnadenstoß zu geben, überhaupt nicht ins Gefecht gebracht, sondern anfänglich über eine Meile weiter rückwärts hatte stehen, dann etwas näher hatte heranrücken lassen, und das jetzt mit 17 frischen Bataillonen die wankende Schlachtlinie verstärkte.

Bei den neueren habsburgischen Schriftstellern erscheint der Zusammenhang etwas anders. Sie übergehen das Eingreifen der Grenadiere und erzählen statt dessen, wie der Erzherzog Carl persönlich die Fahne des Bataillons Zach ergriff und wie diese That nach dem ersten (Welden) „wie ein elektrischer Schlag“, nach dem zweiten (Wertheimer) „wie ein Blitzschlag“, nach dem dritten (Angeli) „wie ein Zauberschlag“ alles verwandelte, die Ordnung und Zuversicht bei den Österreichern wiederherstellte und den Angriff der Franzosen zum Stehen brachte.

An dem persönlich tapferen Eingreifen des Erzherzogs ist kein Zweifel. Wenn es aber auf der einen Seite unterstützt wurde durch

das Vorgehen eines ganz frischen Korps, so wirkte vielleicht noch stärker ein entgegengesetztes Ereignis auf der anderen.

Napoleon hatte seine Offensive begonnen, während noch die Truppen im Defilieren über die Donaubrücke waren. Das Korps Davoust, 27 Bataillone und 24 Schwadronen, das noch jenseits stand, war bestimmt, dem Vorgehen Lannes zu folgen, ihm als Reserve zu dienen, es zu stützen und den Sieg zu vollenden. Da kam, eben als Lannes durch das Einrücken der österreichischen Grenadiere zum Stehen gebracht wurde (8 Uhr morgens) die Nachricht, daß die Donaubrücke abermals gebrochen und so zerstört sei, daß die Herstellung nicht abzusehen. Lannes mußte zurück, die Österreicher waren gerettet.

Hätten sie nicht noch etwas mehr sein können? Napoleon verfügte in diesem Augenblick über einige 60000 Mann mit 174 Geschützen, ohne eine Verbindung hinter sich, sodaß sich sogar bald Munitionsmangel einstellte. Der Erzherzog verfügte über einige 90000 Mann mit 379 Geschützen. Sie schritten zum Angriff, zu wiederholten Angriffen, aber die Franzosen behaupteten sich. Napoleon selbst ritt durch die Reihen der Kämpfenden und stählte ihre Festigkeit durch die ruhige, kalte Zuversicht in seiner Haltung. Nie soll er persönlich so sehr der Gefahr ausgesetzt gewesen sein, wie in dieser Schlacht, wo es nicht galt, die Truppen zu einem wilden Sturm anzufeuern, sondern sich durch Ausharren zu retten.

Endlich erlahmte die Kraft der Österreicher. Noch hatte der Erzherzog ein völlig unberührtes Korps von 6900 Mann am Bisamberg stehen: er zog es nicht heran. Von Mittag an (den 22. Mai) schlief das Gefecht allmählich ein.

Die Franzosen hatten als Übergangspunkt eine Stelle gewählt, wo die Donau sich teilt und eine ziemlich große Insel, die Lobau, bildet, die mit Wald bestanden war. Der Hauptstrom des Wassers ist der südliche Arm und hier war auch die Brücke zerstört: der nördliche Flußarm ist nur von mäßiger Breite. Am Nachmittag und in der Nacht gingen nun die Franzosen auf die Insel Lobau zurück, ohne daß die Österreicher sie störten, ja es auch eigentlich nur bemerkten. Erst am nächsten Morgen bei hellem Tage um 6 Uhr zogen, nachdem die so lange verteidigten Dörfer Aspern und Eßling geräumt waren, die letzten Bataillone der alten Garde hinüber. Die Österreicher thaten ihnen nichts. Drei Tage lang mußte die französische Armee

abgeschnitten auf der Donau-Insel zubringen. Dann erst gelang es, die Brücke über den eigentlichen Donaustrom wiederherzustellen. Die Österreicher standen in dieser ganzen Zeit drüben mit 374 Geschützen und thaten nichts.

Neuere österreichische Darsteller haben, um das Verhalten des Erzherzogs zu erklären, behauptet, nicht nur die Franzosen, sondern auch die Österreicher hätten, als die Schlacht zu Ende ging, keine Munition mehr gehabt. Menge hat nachgewiesen, daß das falsch ist: in den ursprünglichen Berichten steht nichts davon.

Die Erklärung liegt einzig und allein in der Person des Erzherzogs. „Es ist kaum faßbar, aber wahr," sagt Menge (S. 186), „der Erzherzog hat die Schlacht von Aspern als eine Verteidigungsschlacht angesehen." Als die Franzosen verhindert waren, auf das nördliche Donau-Ufer zu kommen und in die Lobau zurückgingen, sah er seinen Zweck als erreicht an und sparte den Rest seiner Munition für den Fall, daß sie etwa ihren Angriff erneuerten.

Der alte Blücher war kein Strateg; „von der Heerführung versteht er nichts", schrieb Scharnhorst, aber er habe einen „guten Geist", und jeder patriotische deutsche Junge weiß heute, was dieser gute Geist des Alten sagen ließ, als er die Franzosen über die Katzbach anrücken sah: genug herüberkommen zu lassen, um sie zu schlagen. Es giebt keine einfachere und einleuchtendere strategische Regel: der Feind, der es wagt, angesichts unserer Hauptmacht über einen Fluß zu gehen, braucht nicht von Anfang an daran verhindert zu werden, aber während er noch im Übergang begriffen ist und seine Kräfte weder vollständig zur Hand hat, noch entwickeln kann, muß man ihn angreifen und wird dann, wenn dieser Angriff durchgeführt wird, die Übergegangenen vielleicht vernichten.

Erzherzog Carl war ein Klügler: ihm war solche Wahrheit zu einfach. Er hatte den Grundsatz, daß die Reserve dazu da sei, — nicht die Entscheidung zu geben, sondern den Rückzug zu decken. Diese Anschauung ist so bedeutsam und so charakteristisch, daß wir sie wörtlich kennen lernen müssen. „Die Reserve," schreibt Carl in einer seiner Schriften, „darf nur dann in das Gefecht gezogen werden, wenn ihre Mitwirkung ohne allen Zweifel entscheidet." „Sie darf wohl hier und dort zum Gefecht gezogen werden, wenn es nur eines letzten Druckes zur Vollendung des Sieges bedarf; sonst ist ihr Hauptzweck

stets die Versicherung und Deckung des Rückzuges." Aus dieser Anschauung heraus hat der Erzherzog am ersten Tage von Aspern, wo er die mehr als dreifache Überlegenheit hatte, seine Reserve überhaupt nicht in die Schlacht gebracht und die von der Siegesgöttin wahrhaft aufgedrungene Palme stumpfsinnig fallen lassen. Man stelle sich vor, daß der österreichische Feldherr die an jenem Tage übergesetzten 31600 Franzosen durch Einsetzung aller seiner Kraft vernichtet und sich dann sofort Donauaufwärts in Bewegung gesetzt hätte, um selber über den Strom zu gehen, auf der Rückzugsstraße der Franzosen zu erscheinen und ihnen vielleicht eine Schlacht mit verkehrter Front zu liefern! Napoleon hatte alles in allem in der Gegend von Wien nicht mehr als 110000 Mann: wurden ihm mit kräftigem Zupacken davon 30000 am 21. Mai entrissen, so blieben 80000, von denen er schwerlich mehr als 60000 hätte zur Schlacht aufstellen können, während der Erzherzog 120000 über den Strom führen konnte.*)

Aber was am ersten Tage versäumt war, war auch am zweiten sogar in noch höherem Maße möglich, als der österreichische Strom das fremde Joch zum zweitenmal abwarf und Zweidrittel der feindlichen Macht der anderthalbfachen österreichischen Überlegenheit preisgab. Ja, diese Überlegenheit hätte noch viel stärker sein können, wenn der Feldherr nur gewollt hätte. In Preßburg, in Krems, in Linz hatte er allenthalben Truppen stehen, die hätten auf dem Schlachtfelde sein können, in Linz ein ganzes Armeekorps: der Erzherzog hatte sie alle nicht herangezogen, da sein Sinn ja nicht auf den Sieg, sondern

*) Außer den 110000 Mann bei Wien hatte Napoleon noch 40000 Mann aufwärts an der Donau, namentlich bei Linz, und 20000 Mann in Salzburg und Tirol. Der Erzherzog hatte, außer den 102700 Mann exkl. Artilleristen im Marchfelde, bei Krems und Preßburg 16200 Mann, bei Linz 22500 Mann, außerdem hätte er aus Böhmen noch 10000 bis 15000 Mann heranziehen können. Nach dem Siege brauchte er auf dem nördlichen Donauufer so gut wie nichts stehen zu lassen, konnte also nach Abzug des Verlustes am 21. 120000 Mann vereinigen und stand, wenn er etwa bei Tulln oder Krems überging, zwischen den getrennten französischen Korps. Er hatte nach Angeli IV, 299 „so reichliche Mittel für den Uferwechsel, daß es ihm möglich war, seine Armee an einem oder auch mehreren Punkten mit überraschender Schnelligkeit über die Donau zu bringen." Auch wenn Napoleon Wien sofort preisgab und sich rechtzeitig mit Bernadotte bei Linz vereinigte, so stand man sich mit gleichen Kräften gegenüber. Eben in diesen Tagen hatten sich auch die Tiroler zum zweitenmal erhoben, drängten die feindlichen Truppen zum Lande hinaus und nahmen Innsbruck.

nur auf Abwehr gerichtet war. Die Übergangspunkte über die Donau sollten allenthalben verteidigt sein.

Auch die etwa 105000 Mann, die thatsächlich auf dem Marchfelde in der Hand des Erzherzogs vereinigt waren, hätten wohl genügen müssen, die noch nicht 70000 Franzosen, die alles in allem über die Donau gekommen sind, zu besiegen. Wohl muß man dem österreichischen Feldherrn zu Gute rechnen, daß seine Truppen qualitativ den französischen nicht gleich waren. Er hatte zum Teil nicht ganz durchgebildete Neuformationen, und aus dem jüngsten deutsch-französischen Krieg 1870 haben wir gelernt, daß gute Truppen Neubildungen, auch wenn sie von bestem patriotischem Eifer beseelt sind, selbst bei doppelter und dreifacher Überlegenheit besiegen können. Aber so groß war der Unterschied bei Aspern nicht. Auch der Kern des österreichischen Heeres bestand doch aus alten, schon kriegserfahrenen Soldaten, und im französischen Heere, namentlich im Korps Oudinot, waren sehr viele Rekruten.**) Noch dicht vor der Schlacht hat der Erzherzog 7000 Mann wegen ungenügender militärischer Ausbildung zurückgeschickt, was man ihm schwerlich zum Lobe anrechnen kann, aber doch der Qualität des Restes zu Gute kam. Haben die Franzosen dennoch größere Tapferkeit bewährt, so lag das an dem ganzen Geist der Armee, der geschlossenen nationalen Einheit, dem Feuer des obersten Kriegsherren, das alle Adern des Heeresorganismus durchströmte. Auch das höhere französische Offizierskorps war unzweifelhaft dem österreichischen überlegen. Dem gewaltigen Lannes, der Eßling verteidigte, dem eisernen Massena, der Aspern hielt und mit Löwenmut immer wiedernahm, dem so kraftvollen wie umsichtigen Bessières, der die großen, rettenden Kavallerie-Attacken kommandierte, hatten die Österreicher ähnliche Männer kaum entgegenzusetzen und der Graf Bellegarde und Fürst Rosenberg waren als Korpsführer mehr als minderwertig.

Zieht man aber in Betracht, daß die Österreicher nicht bloß die große Überlegenheit der Zahl, sondern vor allem den unermeßlichen Vorteil hatten, einen aus einem engen Defilee debouchierenden Feind

*) Nach Menges Berechnung enthielt die gesamte an der Donau befindliche französische Streitmacht (ausschl. d. Bundesgenossen) einschließlich aller im April auf dem Marsch befindlichen Rekruten 108767 gediente Leute und 29058 Rekruten, zusammen 137825 Mann Infanterie und Kavallerie. Die Infanterie enthielt 23.81 Procent sehr notdürftig ausgebildete Rekruten.

überraschend anzugreifen, so bleibt der mangelnde positive Erfolg doch wieder die Schuld des Oberfeldherrn. So vorzüglich wie auf der französischen Seite die verschiedenen Waffen zusammenwirkten und sich ergänzten, so wenig auf der österreichischen. Die ungeheuere Überlegenheit an Artillerie wurde sehr wenig, die an Kavallerie gar nicht ausgenutzt. Am ersten Tage konnte Napoleon den zwei Kilometer breiten Raum zwischen Aspern und Eßling fast nur mit Kavallerie ausfüllen. Mit einem kräftigen Stoß hätten die Österreicher dieses dünne Zentrum zertrümmern und dann die Besatzung der beiden Dörfer gefangen nehmen können: der Erzherzog hatte 15 000 Reiter, Napoleon am Nachmittag 6500, am Abend 8000. Aber die österreichische Kavallerie kam überhaupt zu keiner Massenverwendung, und in seiner Ängstlichkeit, die Truppen zusammenzuhalten und die Anlehnung an den Bisamberg nicht zu verlieren, bildete der Erzherzog sich selber nur ein ganz schwaches Zentrum und dirigierte fast seine ganze Infanterie in dichten Kolonnen auf die Dörfer. Zum Sturm auf Aspern, das von 6400 Mann verteidigt wurde, wurden thatsächlich etwa 50 000 Mann angesetzt, die nun nicht zusammen, sondern nur nacheinander zur Verwendung kamen und von den zähen Verteidigern immer wieder abgewehrt wurden. Ganz ebenso griff Fürst Rosenberg Eßling, statt es von links ausholend zu umgehen, immer wieder in der Front an. Er hat sich nachher entschuldigt, er habe geglaubt, das Dorf grenze auf jener Seite an die Donau. Der letzte Grund, daß man nicht einmal zusah, ob denn das Dorf nicht auch vom Rücken anzugreifen sei, wird das schematische Zusammenhalten der Truppen gewesen sein, das mangelnde kriegerische Selbstvertrauen, das trotz aller Überlegenheit die Umgehung nicht wagt, aus Furcht, sich dabei zu zersplittern. Auch theoretisch und prinzipiell hat Erzherzog Carl in seinen Schriften Flankierungen und Umgehungen verworfen und historisch nachzuweisen gesucht, daß sie meist zu einem Mißerfolg geführt hätten.*) Die theoretische Frage möge auf sich beruhen: bei Aspern hatten die Österreicher jedenfalls eine so große numerische Überlegenheit, daß sie sie anders als durch Ausbreitung gar nicht voll in Thätigkeit setzten konnten. Statt dessen preßten sie sich hintereinander zusammen und verbrauchten ihre gewaltige Kavallerie zu noch größerer Sicherheit, statt mit ihrer Masse zu attackieren, als bloße

*) Ommen, S. 75, S. 93.

Begleittruppe. Ein ganzes Korps aber, 6900 Mann, die am Bisamberg standen, wurde gar nicht ins Feuer gebracht. Bei solcher Führung mußte numerische Überlegenheit wie Tapferkeit der Soldaten nutzlos verpuffen.

Der Titel des Siegers von Aspern gebührt, wenn man denn nicht von ihm lassen will, allein dem wackeren Hauptmann Magdeburg, der, oberhalb der Lobau postiert, die losgelösten Wassermühlen des Stromes und einen schwer geladenen Kahn nach dem andern die Donau heruntertreiben ließ und so geschickt in den Strom dirigierte, daß diese Rammstöße immer von neuem die französische Brücke durchbrachen.*) Von der Spitze des Bisamberges beobachtete man seine Erfolge und signalisierte sie dem Erzherzog; aber Blüchers Wahlspruch, daß das Glück dem Kühnen hold sei, kann auch umgekehrt werden: kein Glücksfall kann dem Feldherrn etwas nutzen, der nicht wagt, ihn zu ergreifen — sondern der Überzeugung huldigt, daß es die Hauptbestimmung der Reserve in der Schlacht sei, den Rückzug zu decken, oder mit der „Österreichischen Militär-Zeitschrift" (II, 58**) glaubt, „die Idee, ein ganzes Heer vernichten zu wollen, ist abgeschmackt und widerstrebt schon von Haus aus."***)

Hören wir auf, von dem Siege bei Aspern zu sprechen; es war eine unentschiedene Schlacht. Aber so standen die Dinge und

*) Die Brücke über dem Hauptarm der Donau, schon mehrfach beschädigt, brach vollständig das erste Mal am 21. Mai, 4—5 Uhr. Die letzten Truppen, die hinüberdefiliert waren, 1500 Kürassiere, kamen erst 7 Uhr auf dem Schlachtfelde an. Um Mitternacht war die Brücke wieder hergestellt und brach zum zweitenmal am 22. Mai morgens gegen 8 Uhr.

**) Menge, S. 189.

***) Nachträglich versuchte Carl in der Nacht vom 23./24. einen Überfall auf die Lobau; er wurde aber nicht ausgeführt, da der Fluß sehr anschwoll und die Pontons nicht reichten. Als der Versuch einer wirklichen Ausnutzung des Sieges von Aspern kann dies Unternehmen nicht gelten; im Gegenteil, es war für die Österreicher ein großes Glück, daß es nicht ausgeführt wurde. Carl war der Meinung, das französische Heer habe die Lobau bereits verlassen und stehe bei Laa, Napoleon selbst sei in Ebreichsdorf (über drei Meilen südlich der Donau). Brief an den Kaiser Franz vom 24. Mai, Hist. Zeitschr. Bd. 72, S. 555. Carl bestimmte deshalb zu dem Überfall nur zwei Brigaden. Da aber noch ein sehr großer Teil des französischen Heeres auf der Lobau war und Napoleon selbst in unmittelbarer Nähe, in Ebersdorf, so würde der Versuch auf die Lobau nur zu einer empfindlichen Schlappe für die Österreicher geführt haben.

deshalb konnte sich die Legende von dem Siege des Erzherzogs Carl bilden und so lange behaupten: schon diese Nicht-Entscheidung bedeutete einen Gewinn für Österreich, der noch sehr bald und leicht zum wirklichen Siege hätte gesteigert werden können.

Wenden wir den Blick hinüber nach Preußen. Seit dem Herbst 1808 sah man den neuen Krieg zwischen Österreich und Frankreich heraufziehen. In Friedrich Wilhelm III. war von impulsivem Heroismus nicht mehr als in Kaiser Franz. Als ihm Kaiser Alexander hatte erklären lassen, daß er Preußen gegen Napoleon schützen werde, hatte der König Österreich erklären lassen, er werde neutral bleiben (25. März 1809). Das war aber keineswegs der Wunsch des Zaren, der sich in eine höchst verschlagene, widerspruchsvolle Politik verstrickt hatte. Er war seit Tilsit der intime Bundesgenosse Napoleons: gestützt auf ihn hoffte er große Stücke der Türkei zu erobern, mußte aber bemerken, daß der französische Freund ihm heimlich entgegen wirkte. Als nun Österreich sich zu neuer Schilderhebung anschickte, war er verpflichtet, Napoleon Hilfstruppen zu stellen, hätte aber viel lieber gesehen, daß die Österreicher sich siegreich behaupteten. Daß, wenn sie fielen, auch an Rußland die Reihe kommen würde, war deutlich genug. So geschah es, daß die Russen, obgleich sie als Bundesgenossen der Franzosen in Polen Truppen gegen die Österreicher auftreten ließen, doch diesen nichts thaten. Der preußische Gesandte in Petersburg konnte darüber mit großer Sicherheit nach Berlin berichten (16. April 1809), und mit plötzlichem Umschlag, aber, wie es scheint, sehr kluger Berechnung, ließ der Zar gleichzeitig dem König erklären, daß er nicht imstande sein werde, Preußen zu schützen.[1] Friedrich Wilhelm sah also jetzt die Möglichkeit vor sich, daß Napoleon, sobald er Österreich besiegt habe, mit ihm nach Belieben verfahre, und diese Gefahr trieb ihn vorwärts. Schon acht Tage vor der Schlacht von Aspern (am 14. Mai) gab er seinem Minister des Auswärtigen, Grafen von der Goltz, die Instruktion, mit Österreich über Bündnis und Krieg zu verhandeln.

Nun folgen unmittelbar aufeinander die Nachrichten der Kapitulation von Wien und der Schlacht von Aspern. So niederschmetternd die erste Nachricht war, so erhebend die zweite. Hätte Preußen in

[1] Bericht des Generals Schöler über seine Unterredung mit dem Zaren am 9. April.

diesem Augenblick einen leitenden Staatsmann gehabt, so wäre der Sturm auf der Stelle losgebrochen. Schon war der Major von Schill auf eigene Hand von Berlin ausmarschiert und stand noch im Kampf. Aber nicht umsonst hatte Napoleon im Jahre 1807 Friedrich Wilhelm gezwungen, den Minister von Hardenberg und 1808 den Minister vom Stein zu entlassen. Graf Goltz konnte sie nicht ersetzen, und zu allem Unglück hatte der König sich noch nicht entschlossen, nach Berlin zurückzukehren, sondern residierte in Königsberg, während Goltz in Berlin war. Wären beide zusammengewesen, so wäre es unter dem Zuspruch Scharnhorsts vielleicht zu einem Entschluß gekommen, aber auf eigene Verantwortung wagte der Minister die große Entscheidung nicht zu fällen. Er berichtete nach Königsberg, die Botschaften gingen hin und her — und mittlerweile wurde es klarer und klarer, daß der angebliche Sieg der Österreicher bei Aspern keine Folgen hatte, kein wirklicher Sieg war, dem König in Preußen nicht die geforderte Bürgschaft weiteren Erfolges bieten konnte.*)

*) Die richtigen Linien für das Verständnis der preußischen Politik im Jahre 1809 sind erst von Max Lehmann in seinem „Scharnhorst" gezogen. In der Dissertation von Gäde „Preußens Stellung zur Kriegsfrage im Jahre 1809" (Berlin 1897) ist noch einiges verbessert und vertieft, aber dieses Verdienst wird sehr verdunkelt dadurch, daß der Verfasser die Hauptsachen wieder in heillose Konfusion gebracht hat. Er meint, daß der König zuletzt doch richtig handelte, neutral zu bleiben, da 1. wenn Preußen in den Kampf eintrat, „Napoleon sicherlich weit gewaltigere Streitmittel auf den Kampfplatz geworfen haben würde"; 2. der Zar Frankreichs Niederwerfung durch Österreich und Preußen nicht geduldet haben würde. Das zweite ist ein einfacher Nonsens: vorläufig kam das Niederwerfen Napoleons gar nicht in Betracht, sondern die Befreiung Deutschlands und die Herstellung eines Gleichgewichts. Das erste ist insofern richtig, als, wie das Jahr 1813 gezeigt hat, die Menschenkräfte Frankreichs noch sehr groß waren. Aber Napoleon hatte sich bereits am 21. Januar 1808 das Rekruten-Kontingent von 1809 — 80000 Mann — bewilligen lassen und im Frühjahr 1809 wieder 30000 + 50000 + 30000 + 30000 = 140000 Mann ausgehoben. Mit Mühe und Not kamen dazu im Oktober noch 36000 Mann, nicht weil keine junge Männer mehr dagewesen wären, sondern weil der passive, moralische Widerstand der Nation kaum zu überwinden war. Frankreichs Kräfte waren also im Sommer 1809 bereits ziemlich soweit angespannt, wie Napoleon es damals vermochte und auch Preußens Schilderhebung gegenüber hätte er nur auf seine allerdings noch gut gefüllten Rekrutendepots zurückgreifen können. Man bedenke aber, daß Preußen im Jahre 1813 270000 Mann in Waffen gehabt hat und im Jahre 1809 auch noch eine große englische Armee (die nachher vor Antwerpen scheiterte) nach Deutschland hätte geworfen werden können.

Der Erzherzog that nichts, schlechterdings nichts. „Seitdem er von sich sagen kann, daß er Bonaparte geschlagen habe“, schrieb Gentz am 2. Juli in sein Tagebuch, „glaubt er, daß seine Aufgabe erfüllt ist.“ Sein Generalstabschef Graf Wimpffen hatte schon vor der Schlacht von Aspern die Lehre entwickelt*): „Fabius rettete Rom, Daun Österreich nicht durch Eile, sondern durch Zaudern. Diese Beispiele müssen wir nachahmen und den Krieg nach ihrem Muster führen.“ Richtiger müßte es wohl heißen, fügt Menge beißend hinzu, „Daun rettete Preußen durch Zaudern“, und schon Erzherzog Johann schrieb damals an die Kaiserin, als er hörte, daß sein Bruder sich auf Fabius „qui cunctando restituit rem“ berufen habe: „Zögern ist weise, doch zögern, wo Thätigkeit Rettung bringt, kann ich nicht begreifen.“**) Es wird auch nur begreiflich, wenn man liest, daß der Generalissimus des österreichischen Heeres bald darauf an seinen Pflegevater, Herzog Albrecht, schrieb (23. Juni): „Seit der Schlacht von Regensburg und besonders seit der Schlacht von Aspern predige ich unausgesetzt: Frieden, Frieden, Frieden. Lieber etwas opfern, als alles verlieren. . . . . Die Schlacht von Aspern hat ihn (Napoleon) milder gemacht (l'a radouci), man benutze dies Glück, welches wir schwerlich ein zweites Mal haben werden.“ Er wolle stehen bleiben, schrieb der Erzherzog weiter, sich von seinem Verlust erholen, nichts riskieren, da Österreich eine weitere Armee nicht habe, und beobachten, ob Napoleon einen Fehler begehen werde, von dem man profitieren könne. Statt für die bevorstehende endgiltige Entscheidung alles, was nur ein Gewehr tragen konnte, im Marchfelde zu vereinigen, rückte ein österreichisches Korps aus Böhmen in Sachsen ein und leistete sich den Triumph, Dresden und Leipzig zu nehmen, während die sächsischen Truppen an der Donau standen und bei Wagram dem alten Österreich den Todesstoß versetzen halfen. Noch drei Tage vor dieser Schlacht kam der Generalstabschef Wimpffen mit dem Minister Stadion überein, alle detachierten Korps in Tirol, Kroatien, Sachsen und Polen zu verstärken, sich mit dem Hauptheer im Marchfelde aber nur defensiv zu verhalten.

Napoleon verstand das Kriegführen anders. Während Erzherzog Carl seinen Gegner nach sich beurteilte und ganz naiv — man darf

*) Mem. v. 18. Mai, Menge, S. 185.

**) Mitteil. von Fournier, Hist. Zeitschr. Bd. 58, S. 556.

auch wohl den deutschen Ausdruck gebrauchen und sagen: einfältig — schrieb, die Unthätigkeit, der er und Napoleon sich jetzt hingäben, liege eigentlich nicht in ihrer beider Natur, zog Napoleon mit Anspannung der äußersten Energie von allen Seiten Truppen heran und ließ nur die allerunentbehrlichsten Detachements und Etappen hier und da zurück. Bei der Kapitulation von Wien hatten die Österreicher auch ihre Arsenale mit den schweren Belagerungsgeschützen den Franzosen in die Hände fallen lassen. Diese Beute ermöglichte es jetzt Napoleon, von der Lobau aus das nördliche Donauufer so weit unter Feuer zu nehmen, daß er unter dem Schutz der schweren Batterien an einer etwas anderen Stelle als das erste Mal mit völliger Sicherheit seine Brücken schlagen und die Truppen hinüberführen konnte.

Über die Schlacht bei Wagram 5. 6. Juli, sechs Wochen nach Aspern, existiert noch keine wissenschaftlich zuverlässige Bearbeitung wie diejenige Menges über Aspern. Man nimmt bisher an, daß Napoleon eine sehr erhebliche numerische Überlegenheit gehabt habe, bis zu 60000 Mann (etwa 180000 gegen 120000), und bei der Konzentration der Streitkräfte auf der einen, der künstlichen Verzettelung auf der anderen Seite scheint das nicht unmöglich. Die Berechnungen sind aber so unklar, daß eine genauere Forschung zuletzt vielleicht doch eine viel geringere Differenz ergeben mag. Aber selbst bei gleicher Stärke wäre der Sieg der Franzosen nur natürlich. Die Führung der Österreicher ist ganz wie bei Aspern so unsicher, so zusammenhanglos, die Aktion der einzelnen Korps griff so wenig in einander ein, der Erzherzog, der nun doch wochenlang sich auf diesen Fall hatte vorbereiten können, schwankte noch im letzten Augenblick so sehr in seinen Entschlüssen, daß die Niederlage schon hierdurch ganz ausreichend erklärt wird.

Carl selbst, der sehr die Neigung hatte, die Schuld auf andere zu schieben, hat seinen Bruder Johann angeklagt, durch seine Verspätung die Niederlage verschuldet zu haben. Johann hat sich herauszureden gesucht. Aber die Spezialuntersuchung von Simon hat festgestellt, daß er in der That den ihm rechtzeitig zugegangenen Befehl seines Bruders nicht ausgeführt hat. Das Verhältnis zwischen den beiden Brüdern war bereits vorher sehr gespannt: Johann hatte den Befehl, von Preßburg eine Diversion zu machen und war gerade im Begriff, das auszuführen, als er auf das Schlachtfeld gerufen wurde.

Im Ärger über die plötzliche Kontreordre glaubte wohl Johann, ganz wie einige Jahre später der General Bülow, als er plötzlich aus Lüttich zu der zu erwartenden Schlacht bei Ligny gerufen wurde, daß das Oberkommando nervös geworden und solche Abhetzung der Truppen nicht gar so nötig sei. Die verlorenen Stunden haben beide Führer, als der Kanonendonner zu ihnen herüberschallte, durch alle Anstrengung der eine wie der andere nicht einholen können. Aber wenn Ligny für die Preußen durch diesen Fehler wirklich verloren gegangen ist, so kann man dasselbe von Wagram nicht sagen. Bülow hatte über 30000, Johann nur 13000 Mann bei sich, und das Übergewicht Napoleons bei Wagram war schon so stark, daß auch das Korps Johanns schwerlich einen Umschwung hätte herbeiführen können. Der Hauptfehler bleibt immer der des Generalissimus, der nicht von weit her alle verfügbaren Truppen auf den Fleck gebracht hatte.

Ja, wenn noch 80000 Preußen unter Blüchers Führung bei Wagram gewesen wären, so hätte vielleicht sogar Erzherzog Carl über Napoleon siegen können.

Es ist doch ein eigen Ding um die patriotische Legende. Die Zeitgenossen haben diesen Feldherrn des Nichts Sieges ganz gut durchschaut. Die kluge und tapfere Kaiserin Maria Ludovica schrieb schon vor Wagram an den Erzherzog Johann: „Carl ist natürlich von Natur schwach . . . zu jung Held genennet, ohne die Eigenschaften zu besitzen, gewöhnte er sich, allein gelobt zu werden; er scheut jeden militärischen Verdienst in andern zu bemerken; er unterdrückt jeden, der sich auszeichnet; zu schwach um gut zu handeln, will er durch Verkleinerung aller übrigen seine Scharten auswetzen.“ Gentz aber schrieb um dieselbe Zeit in sein Tagebuch. „Er ist ohne Seele, er kennt nur die kleinen Leidenschaften.“ Und etwas später (13. Juli): „à la fin tout le monde convient de l'incapacité absolue, de la nullité honteuse de l'archiduc Charles. Toute l'armée jette les hauts cris: „L'ineptie de l'archiduc Charles.“

Nicht die Massen mit ihren dumpfen Instinkten, sondern die einzelnen starken Persönlichkeiten an ihrer Spitze machen die Geschichte und machen auch in seinem wahren Sinn das Volk. Was bist Du wert? — heißt bei einem Volk: was hast du für große Männer hervorgebracht. Das eben ist der letzte und tiefste Unterschied zwischen

Österreich und Preußen: daß jenes in seiner Erhebung doch keine einzige große Persönlichkeit erzeugt hat, Preußen die drei wahrhaft großen Persönlichkeiten, die nach der politischen Seite damals deutschen Blutes existierten und führen konnten, Stein, Scharnhorst und Gneisenau zwar nicht selbst erzeugt, aber doch in seinen Dienst genommen, und schließlich im Freiheitskampf selbst an Hardenberg einen leitenden Staatsmann besessen hat, der, wenn er auch sonst nicht gerade über Metternich zu stellen ist und selber kein großer Mann war, doch die Anempfindung für wahre Kraft hatte, und Scharnhorst und Gneisenau im entscheidenden Augenblick an die entscheidenden Stellen brachte.

Hat Österreich keine solchen Männer gehabt oder hat es sie nur nicht emporkommen lassen? Clausewitz, obgleich er vom Erzherzog Carl schrieb, er „war unentschlossen und blieb immer auf dem halben Wege stehen", hat doch an anderer Stelle von ihm gesagt, er sei unzweifelhaft damals der beste General gewesen, über den Österreich verfügte. Armes Österreich! War wirklich unter seinen 23 Millionen Menschen, in seiner von soviel Kriegen immer wieder durchgeschüttelten Armee, mit soviel überlieferter und im einzelnen erprobter Tapferkeit kein wirklicher Held? Niemand vermag diese Frage zu beantworten. Der General Schmidt, der dem Erzherzog Carl in seinen früheren Feldzügen zur Seite gestanden, war 1805 bei Dürrenstein auf dem Felde der Ehre geblieben. Der General Mayer, der den ausgezeichneten Feldzugsplan für 1809 entworfen hatte, wurde kurz vor Ausbruch des Krieges, ehe Carl beschloß, jenen Plan fallen zu lassen und aus Böhmen an den Inn zu marschieren, auf Antrag des Erzherzogs seines Postens als Chef des Generalstabes enthoben und als Kommandant in die Festung Brod verschickt. Er war „der Fähigste", schreibt Erzherzog Johann in seinen Denkwürdigkeiten.*)

Der General Hiller, der die Schlacht von Aspern nicht hatte abbrechen, sondern die Lobau-Brücke stürmen wollen, reichte „aus Gesundheitsrücksichten" nach der Schlacht seine Demission ein.

Ob diese oder andere wirklich von dem Holz waren, aus dem die großen Führer zu schnitzen sind?

Wer keinen Gott hat, macht sich einen Götzen. Ein Volk, das große Männer nicht hat, fabriziert sie sich. Dem guten Andreas Hofer,

*) Hist. Zeitschr. 58, S. 554.

der es ehrlich mit seinem Blute bezahlt hat, mag man sein Denkmal gönnen. Den Erzherzog Carl aber kann man doch nicht so durchgehen lassen. Schon Clausewitz mit seiner unfehlbaren Sicherheit des Blicks hat ihn richtig beurteilt und Menge hat dies Urteil nunmehr nach allen Seiten quellenmäßig begründet und sichergestellt. Man höre aber, in welchen Tönen die habsburgische Historiographie eben diesen Mann preist! Er selber hat ihr sozusagen den Weg gewiesen, indem er in einer historischen Betrachtung die Worte schrieb: „Endlich erschienen im Frühjahr 1796 zwei junge Feldherren, Bonaparte in Italien und Erzherzog Carl von Österreich in Deutschland und mit ihrer Erscheinung stieg die Kunst auf eine der gleichzeitigen Kultur angemessene Stufe.“ Hat er selbst auch richtige Empfindung genug gehabt, sich aus dieser Parallele doch wieder wesentlich herunterzusetzen und an anderen Stellen wohl mit einer Art selbstquälerischer Bescheidenheit von sich zu sprechen, so haben andere geglaubt, ihn wegen dieser Bescheidenheit — die übrigens im Grunde doch auch nur ein Schein ist — doppelt loben zu dürfen. Heller von Hellwald hat rundweg erklärt: „Wir stellen den französischen Kaiser nicht höher als den Erzherzog Carl“. Er ist „der Meister der Kriegskunst“, von „antiker Größe“. Die Zahlen-Verhältnisse bei Aspern werden nach Möglichkeit verdunkelt und verschoben. Der Verlust der Franzosen, der etwa 16000 Mann betragen haben mag, wird ins Ungeheuerliche vergrößert: 29773 Verwundete sollen in Wien und den Vorstädten gelegen haben und der ganze Verlust 44073 Mann gewesen sein. Durch diese positiven falschen Angaben sind auch viele deutsche Militär-Schriftsteller, die sonst nach objektiver Würdigung streben, in die Irre geführt worden. Das treffliche Werk von Schulz-Schütz glaubt für den zweiten Schlachttag 80000 Franzosen gegen 66000 Österreicher zählen zu sollen, was dann freilich die Beurteilung wesentlich modifizieren muß.

Alle diese Verdunkelungen sind jetzt verscheucht und gerade die große Ausgabe seiner Schriften, die ihm zum Ruhm dienen sollte, hat ganz klar gemacht, daß Carl auch theoretisch voller Halbheiten und Widersprüche steckte. Er hat sich niemals von den strategischen Vorstellungen und Regeln des ancien régime losgemacht und auch nachträglich nicht zu erkennen vermocht, daß seit der französischen Revolution und durch Napoleon die Kriegführung eine andere geworden war. Wo er sich zuweilen den Napoleonischen Ideen nähert, geschieht es im

Widerspruch mit seinen sonstigen Darlegungen. Nicht übel sagt Ommen (S. 115), daß solche Widersprüche einem Systematiker eher zum Lobe als zum Tadel gereichen, nämlich, wie man hinzudenken muß, wenn ein gesunder Instinkt in der Praxis, wie etwa bei Blücher, das jedesmal Richtige zur Ausführung gelangen läßt. Dem Feldherrn, der verstanden hat zu siegen, wird man nicht bloß Mangel an theoretischer Bildung, sondern sogar falsche Theorien gern zu Gute halten. Da aber auch die inkonsequenten Wendungen zum Richtigen, selten genug wie sie sind, bei Erzherzog Carl reine Theorien geblieben sind, so muß auch dieser Ruhm vergehen wie ein Schaum.

„So kann Österreich, wie Preußen auf Friedrich, Frankreich auf Napoleon mit gleichem Stolz auf seinen Erzherzog Carl hinblicken," sagt der Herausgeber der erzherzoglichen Schriften in seiner Einleitung. Die Wissenschaft sagt dazu: das ist nicht wahr.

„Der unvergleichliche Held, dessen Andenken fortleben wird, solange eine österreichische Armee besteht, brachte in jenen zwei blutigen Tagen dem französischen Kaiser eine vollständige Niederlage bei, und das von seinem Geist durchglühte Heer bewies, daß es für Kaiser und Vaterland in die Schranken zu treten wisse mit Gut und Leben." So schreibt ein „österreichischer Veteran" über den Erzherzog Carl in der Biographie des Feldmarschalls Radetzki: die historische Wissenschaft darf solche Worte nicht länger gelten lassen, möge der österreichische Patriotismus sehen, wie er sich damit abfindet. Vorläufig hilft man sich, indem man erklärt, Clausewitz sei nicht mehr der „kompetenteste Beurteiler jener Epoche", und ein Buch wie das Mengesche zu widerlegen, „würde sich nicht lohnen."*) Wir müssen zugestehen, daß der Konflikt schmerzlich ist, aber die Wissenschaft darf weder „Prestigen schonen", noch Kompromisse schließen. In Preußen existiert heute nichts mehr von

*) Das ist wirklich geschehen in der „Deutschen Litt. Zeit." vom 22. Juni d. J. Sp. 1568. Obgleich die Rezension mit Namen gezeichnet ist (Hauptmann im K. K. Kriegsarchiv O. Christe), so ist für einen solchen Lapsus doch auch wohl die Redaktion der „D. L. Z." verantwortlich zu machen. Sie muß genügend mit wissenschaftlichen Kreisen Fühlung haben, um zu wissen, daß ein Buch wie das Mengesche, selbst angenommen, sein Ergebnis sei unrichtig, eine sehr ernste Leistung ist und eine „Widerlegung lohnt". Sie mußte daher von ihrem Mitarbeiter verlangen, daß er sein Urteil sachlich begründe, und im Weigerungsfalle die Rezension ablehnen. Es steht ja aber nichts im Wege, daß sie noch nachträglich unter Hinweis auf den von mir erhobenen Protest, den Herrn Mitarbeiter um die sachliche

den leidenschaftlichen Haß gegen Österreich und das Haus Habsburg, wie er noch Heinrich von Treitschke beseelte: im Gegenteil, auch unser Wunsch ist heute, Österreich nach Kräften zu stützen und zu fördern um seines immer noch so kräftigen und unausrottbaren Deutschtums willen. Aber wir können das nicht auf Kosten der historischen Wahrheit, und die Wahrheit enthält in diesem Falle auch wieder ein Stück Rechtfertigung: wir wissen jetzt, was früher unbegreiflich schien, weshalb Kaiser Franz im Jahre 1813 das Kommando nicht von neuem in Carls, sondern in Schwarzenbergs Hände gelegt hat. Während man früher wohl gar kleinliche Eifersucht in dieser Übergehung sah, dürfen wir sie jetzt dem Kaiser als hohes Verdienst anrechnen. Auch Schwarzenberg war kein großer Mann, aber er hatte die Eigenschaften, die für den überaus schwierigen Posten notwendig waren, und das Urteil, das Theodor von Bernhardi über ihn gefällt hat, ist mehr und mehr als zu hart anerkannt und gemildert worden. Ob der Krieg unter dem Erzherzog Carl hätte erfolgreich geführt werden können, mag man aber [illegible] billig bezweifeln.

Denn das bleibt überall bestehen, das Wort Treitschkes „Männer machen die Geschichte", und als Zeugnis für dieses Wort sei auch dieser Aufsatz geschrieben.

Die österreichischen Staatsmänner, die im Jahre 1809 die Fahne der Völkerbefreiung entfalteten, haben nicht unbesonnen gehandelt in der Berechnung der physischen Kräfte, die sie gegen Napoleon ins Feld zu stellen vermochten. Ihre Truppen waren zahlreich genug, sich mit denen Napoleons zu messen und der erste Sieg hätte ihnen sofort noch die Preußen und weitere Deutsche zugeführt. Worin sie sich verrechnet haben, das war allein der Mann, den sie an die Spitze der Heeresmacht stellten.

[illegible]nnung ersucht, mit der Bitte, Fragen, ob der Ort „Aspern" oder „Aspann" [illegible] u. dgl., als nicht zur Beurteilung des Erzherzogs Carl gehörig, dabei beiseite [illegible] lassen.

Zusatz der Buch-Ausgabe. Die Aufforderung hat, soviel mir be[illegible] geworden ist, bisher keinen Erfolg gehabt.

Kaiserin Friedrich.

(Preuß. Jahrbücher, Bd. 106, Oktober-Heft 1901.)

Mit tiefer innerer Wehmut hat mich die Nachricht von dem Ableben der Kaiserin Friedrich erfüllt und die ganze Tragik des menschlichen Daseins durchschauerte mich, als ich hinter dem Leichenwagen einherschritt auf derselben herrlichen Allee durch die Anlagen Friedrichs des Großen vom Neuen Palais zur Friedenskirche, wo wir vor dreizehn Jahren in derselben Stimmung Kaiser Friedrich zur letzten Ruhe geleiteten. Lange erwartet, fast herbeigewünscht als Erlösung von schwerstem Leiden ist der Tod selbst doch erst der Seelenherrscher, der den innersten Regungen gebietet, herauszutreten und sich ihrer selbst bewußt zu werden. Wie oft ist mir schon in diesen letzten Jahren der Gedanke nahe getreten, ich müsse einmal der hohen Frau, der ich eine so tiefe, rein menschliche Verehrung dargebracht, ein Gedenkblatt stiften und darstellen, was ich von ihr erfahren und mit ihr erlebt habe, aber erst jetzt komme ich zum wirklichen Niederschreiben. Persönliches habe ich nicht viel neues zu erzählen, aber ich will versuchen aufzuzeigen, wo eigentlich der Konflikt, in dem sich ihr Leben zerrieben hat, seinen Sitz hatte und damit einige persönliche Erinnerungen verbinden in Ergänzung der Aufzeichnungen, die ich nach dem Tode Kaiser Friedrichs an eben dieser Stelle veröffentlichte.

Daß in dem Leben der hohen Verblichenen ein tragischer Zug sei, ist bei ihrem Heimgang wohl die allgemeine Empfindung gewesen. Man sucht ihn vielleicht zunächst darin, daß sie jene höchste Stellung, die ihr das Schicksal bestimmt zu haben schien, nie vollständig erreicht, nur gerade berührt und endlich, nachdem sie den Gemahl an einem schrecklichen Leiden verloren, eben diesem Leiden in der qualvollsten Art hat erliegen müssen. Sieht man aber näher zu, so ist das eigent-

lich noch nicht tragisch, sondern nur traurig. Es ist ein Los und ein Kreuz, wie es auch die Menschenkinder in den niederen Regionen zahllos tragen müssen. Als Gemahlin eines Kronprinzen, dem kriegerischer Ruhm und Liebe des Volkes doch auch schon eine glänzende Stellung gaben, als Mutter eines Kaisers, der hoch emporragt unter den anderen zeitgenössischen Souveränen Europas, hätte die Stellung, die die Kaiserin Friedrich thatsächlich inne gehabt hat, trotz allem, was ihr versagt geblieben ist, noch keineswegs unbefriedigend zu sein brauchen. Ihr tragisches Verhängnis liegt vielmehr in dem unausgeglichenen und ausausgleichbaren Widerspruch zwischen ihrer Weltanschauung, dem, was sie erstrebte und wollte, und ihrer Stellung, der Unmöglichkeit, in die sie versetzt war, sich jemals voll auszuleben, die geistige Kraft, die ihr innewohnte, jemals wirklich in Schwung zu bringen. Schon im bürgerlichen Leben nennen wir es tragisch, wenn wir sehen, wie edle Kräfte, reiner Wille, höchste Begabung in eine falsche Bahn gedrängt oder durch widrige äußere Umstände erstickt, sich unfruchtbar verzehren und die Persönlichkeit endlich unzufrieden und gebrochen aus dieser Welt scheidet. Aber solche Fälle rühren nur die Nächsten: sie sind zu häufig, um die Allgemeinheit zu interessieren, und die Menschheit mag andere, glücklichere Talente erzeugen. Bei Fürsten wird der Maßstab ein anderer. Wenn man von der bürgerlichen Tragödie gesagt hat, sie wirke deshalb weniger als die heroische, weil dem gemeinen Sterblichen die Fallhöhe fehle, die dem Schicksal der Könige die Erhabenheit verleiht, so empfindet man auch im Leben: das Schicksal dieser hohen Frau war tragisch, weil ihre glänzende, ja großartige Begabung, ihr thatkräftiger Wille, durch Geburt und Ehebund zur höchsten Bethätigung bestimmt, niemals zum vollen, wirklichen Thun gelangten, das feurige Herz sich immer wieder zusammenpressen lassen mußte und endlich das schwerste Leiden diesem unbefriedigenden Dasein ein Ende machte. Es ist kein Widerspruch, daß dieses Leben doch auch reich an Glück gewesen ist. In der Ehe, in der Familie, in den Anstalten für Wohlfahrt und Gesundheit, in der Beschäftigung mit Wissenschaft, Litteratur und Kunst, zuletzt noch in dem Bau und der Ausstattung des mit vollendetem Geschmack ausgeführten Schlosses Friedrichshof am Taunus hat die Kaiserin Glück und Befriedigung gefunden in Fülle. Aber ihr stolzer, königlicher Sinn wollte mehr, und hier eben, wo die fürstliche Persönlich

fen sich von der noch so reichen Privat-Persönlichkeit scheidet, setzt der tragische Zug ein, der ihr Leben durchzieht.

Als die Princeß royal von England ihre Lebensanschauungen bildete, kam in ihrem Vaterland gerade jenes politisch-soziale Ideal zur Herrschaft, das wir als das bürgerlich liberale zu bezeichnen pflegen. Dieses Ideal wird heute in Deutschland nicht gerade besonders hoch mehr eingeschätzt und ist auch in England sehr verblaßt. Es ist das das Schicksal aller politischen Ideale: ihre eigentliche Blütezeit ist diejenige, wo noch um sie gekämpft wird; sobald sie einigermaßen den Sieg errungen haben und in die Wirklichkeit übergeführt sind, treten auch ihre Schwächen zu Tage, die Menschen werden ihrer müde, verkennen vielleicht gar den Fortschritt, den sie gemacht haben und sehen in dem ganzen Streben eine Verirrung. So ist es weiten Kreisen ja sogar mit der Reformation ergangen, und wer auf unseren Reichstag blickt, ist nicht mehr so ganz imstande, die Begeisterung, mit der unsere Großväter von den Segnungen einer konstitutionellen Verfassung sprachen, nachzuempfinden. Die Mängel, die wir heute in dem Ideal des bürgerlichen Liberalismus erblicken, sind verschiedener Art: man fühlt durch, daß in dem idealistischen Gewande zuletzt ein materialistischer Kern steckt, daß das Streben nach irdischem Wohlergehen und Reichtum durch den ihm eingeschmolzenen Humanitätsgedanken nicht genügend in Schranken gehalten wird und nicht völlig die Oberherrschaft gewinnen kann. Die soziale Fürsorge für die untersten Klassen kommt, bei aller Pflege der menschenfreundlichen Gesinnung im einzelnen, zu kurz. Der Staatsgedanke ist zu einer bloßen Rechtsform verflüchtigt und die Erhaltung und Durchbildung der Nationalität tritt zurück hinter einem unklaren Kosmopolitismus.

Das alles aber hindert nicht, daß dieses bürgerlich-liberale Ideal doch seine Zeit und unermeßliche Verdienste gehabt hat. Ganz besonders wirksam und wohlthätig aber hat es sich im 19. Jahrhundert in England bewährt, wo es gelungen ist, ohne jede revolutionäre Erschütterung den alten aristokratischen Staat und die aristokratisch gegliederte Gesellschaft in die modernen Lebensformen schrittweise hinüberzuführen. In England konnten diese Ideen so ganz besonders leicht und tief Wurzel schlagen, weil hier der kosmopolitische Zug des Liberalismus mit dem Egoismus der nationalen Politik nicht nur

nicht zusammenstieß, sondern sich sogar lange Zeit amalgamieren zu können schien. England war ja selbst eine Art kosmopolitische Macht. Von einer ernsthaften Rivalität anderer Nationalitäten auf dem Erdball war noch nicht die Rede. Von keiner Seite war England irgendwie ernstlich bedroht. Waren von Rußland in ferner Zukunft Gefahren zu erwarten, so konnte England sich sagen, daß es an der Spitze der Zivilisation gegen die Barbarei kämpfen würde, indem es Rußland Schranken setzte. England also konnte sich einer angenehmen Lässigkeit in der Anspannung der Staatskräfte und der Staatsautorität hingeben, die Steuern erleichtern, die Wohlfahrt pflegen, dem Individuum jede Art freier Bewegung gönnen, ohne dabei seine nationale Stellung in der Welt als Großmacht zu gefährden. Seine Kräfte reichten immer noch hin, die etwa eintretenden Krisen, nicht nur die zahllosen kleinen Kolonialkriege, sondern auch den Krimkrieg und den indischen Aufstand zu überwinden. Der Stolz altbegründeter nationaler Macht und angesammelten Reichtums vermählte sich mit dem Bewußtsein höchster Kultur. Welches Volk konnte sich mit diesem messen?

Aus dieser Sphäre kam die Tochter und als ältestes Kind eventuelle Erbin der Königin von England nach Preußen — in was für Zustände! Man kann sich die Verhältnisse in Preußen in der zweiten Epoche Friedrich Wilhelms IV., in der Reaktion gegen die Revolution von 1848 kaum trübe genug vorstellen. Mit wahrhaft furchtbaren Worten ist ja diese Zeit gebrandmarkt worden durch keinen anderen als König Wilhelm selber in der Ansprache an seine Minister, mit der er als Prinzregent die Regierung übernahm. Ohne Ehre und Ansehen nach außen stand Preußen da, ohne jedes positive Ziel in seiner Politik; der einzig herrschende Gedanke beim König wie bei der Regierung die Angst vor dem Dämon der Revolution; der König noch fortwährend beschäftigt mit Plänen, wie er die Verfassung wieder los werden könne, das Volk erfüllt von Mißtrauen und Erbitterung. Gewaltsam, durch ein Polizeiregiment von unglaublicher Brutalität, durch politische Prozesse und Maßregelungen wurde die Ordnung aufrecht erhalten. Die Regierenden selber waren sich bewußt, daß ein Staatswesen dieser Art keinen Bestand haben könne. Aus den jüngst veröffentlichten Papieren des Ministerpräsidenten von Manteuffel ist das Geständnis an den Tag gekommen, er, der

leitende Staatsmann habe den Glauben an die Zukunft Preußens verloren.

Eben als das jungvermählte kronprinzliche Paar in Berlin einzog, schien sich ein Umschwung vollziehen zu sollen. Der Prinz von Preußen, bis zum Jahre 1848 starrer Absolutist, hatte sich durch die Erfahrungen dieses Jahres und unter dem Einfluß aufgeklärter Persönlichkeiten, namentlich des Prinzgemahls von England, den liberalen Ideen genähert und versuchte, Prinzregent geworden, Preußen in neue Bahnen hinüberzuleiten. Fast als eine Rechtfertigung Friedrich Wilhelms IV. erscheint es, wenn wir sehen, wie er dabei scheiterte. Die Führer der Liberalen, an die er sich wandte, erwiesen sich als absolut unfähig, und in voller Verzweiflung, drauf und dran die Krone niederzulegen, wandte sich König Wilhelm zu den Reaktionären zurück.

Niemand ahnte, daß dieser Rückfall in die Reaktion nur ein scheinbarer war, daß der Weg durch die öde, unfruchtbare Wüste diesmal nicht im Kreise herumführen, sondern in dem lachenden, unerschöpflichen Fruchtgefilde einer großen nationalen Politik enden sollte, und noch Jahre vergingen, ehe der erste Blick in das Land der Verheißung sich dem erstaunten Auge des Volkes aufthat.

Ich bin im einzelnen nicht näher unterrichtet über die Empfindungen und Bestrebungen des kronprinzlichen Paares in dieser Zeit. Aber schon die allgemeinen Gegensätze lassen uns erkennen, an einen wie dornenreichen Platz die Kronprinzessin geraten war.

Geistvoll, lebendig, thatkräftig, erfüllt von den Ideen, unter deren siegreichem Vordringen sie ihr Heimatland glücklich, zufrieden, blühend hatte werden sehen, konnte sie kein höheres Ziel haben, als das Land ihres Gemahls, an den sie sich, wie er an sie, mit der ganzen Innigkeit ihres Gemüts anschloß, desselben Glücks teilhaftig werden zu lassen.

Die Umgebung, in die sie kam, hatte ganz andere Anschauungen.

Die englischen Parteien unterscheiden sich sehr wesentlich von den deutschen. Die Whigs und Tories sind nicht unterschieden wie Bürgertum und Aristokratie, sondern sie sind beide aristokratisch, zwei Faktionen innerhalb der Aristokratie. Daher kommt es, daß am

englischen Hofe von je beide Parteien gleichmäßig und mit gleichem sozialen Ansehen und moralischem Recht einander gegenüberstanden. Die Parteien in Deutschland haben als wesentliches Element das ständische. Die konservative Partei ist aristokratisch, und so kommt es, daß am Hofe so gut wie ausschließlich diese eine Richtung vertreten ist. Es ist die selbstverständliche, die „gute" Gesinnung. In der Reaktionszeit bekam diese gute Gesinnung noch eine besondere Färbung durch höhnische Ablehnung des national-deutschen Gedankens und namentlich durch die engste Verkoppelung mit Kirchlichkeit und Orthodoxie. Die Hofbeamten Friedrich Wilhelms IV. rapportierten dem König hierüber, welche hohen Beamten und Militärs regelmäßig in die Kirche gingen und welche nicht. Mit der wirklichen Bildung aber stand es, erstaunlich genug in der Umgebung eines so hochgebildeten Fürsten wie Friedrich Wilhelms IV. und später der Königin Augusta, der Enkelin Karl Augusts, zum Teil noch sehr schwach. Die Kronprinzessin zeigte mir einmal halb lachend, halb verächtlich einen Brief eines sehr hohen Hofbeamten, freilich eines recht alten Herren, voll der gröbsten grammatikalischen und orthographischen Fehler. Erst in den fünfziger Jahren sind in der preußischen Armee die Stabsoffiziere, die mit „mir und mich" auf gespanntem Fuß standen, ausgestorben.

In der englischen Aristokratie wird in Summa schwerlich mehr allgemeine Bildung verbreitet sein als in der deutschen, aber die ungebildeten Elemente werden viel weniger bemerkt, weil die Aristokratie als Ganzes nicht so kastenmäßig abgeschlossen ist. Ist es schon für die Freiheit des Geistes von unschätzbarem Werte, daß es nicht eine, ein für allemal abgestempelte „gute Gesinnung" giebt, so kommt vor allem die ganz andere ständische Organisation in Betracht. Den Engländern fehlt bekanntlich unser niederes Adels-Prädikat. Nur die wenigen hundert Lords haben eine Titel-Unterscheidung; zur Aristokratie gehören aber noch viele Tausend äußerlich nicht erkennbare Familien, und noch viel mehr, mangels jeder festen Grenze, rechnen sich dazu. Für die politisch-soziale Gesundheit eines Volkes kann es kein besseres System geben als diese historisch gebildete, offene Aristokratie, in die fortwährend unmerklich die tüchtigsten Elemente des Volkes aufsteigen, aus der die unbrauchbar gewordenen Glieder ebenso unmerklich herabsinken.

Die Kehrseite des Systems ist das Fehlen des eigentlichen Bürgerbegriffes. Der Engländer hat nur ein einziges Ideal: das ist der Gentleman. Das Wort ist für uns unübersetzbar, weil es die Ausprägung spezifisch englischer Zustände ist. Der deutsche Bürger und der deutsche Bauer, der etwas auf sich hält, will nicht nur kein Edelmann sein, ahmt ihm auch nicht einmal nach, sondern hat sein eigenes Standesbewußtsein, in dessen Formen er sich frei bewegt. Der englische Bürger hat, wie der ausgezeichnete Volkspsychologe Sidney Whitman, der Verfasser des „Kaiserlichen Deutschland" bemerkt hat, etwas Seelenloses. Er hat kein eigenes Selbst, er ahmt nur nach. Daher die für uns Deutsche bald lächerliche, bald ärgerliche englische Steifheit und Anmaßung. Kein Mr. Brown spricht von seiner Frau anders als von „Mrs. Brown" und ganz England horchte auf, als der preußische Kronprinz einmal bei seinem ersten Besuch drüben einfach „meine Frau" sagte.

In der englischen Aristokratie selber merkt man von dieser Rückwirkung auf das Volksganze natürlich nichts. Hier empfindet man nur die Annehmlichkeit des in fester einheitlicher Sitte zusammengeschlossenen Volkes hinter seiner Aristokratie und bewegt sich selber in den Formen des vornehmen Lebens mit voller Freiheit. Im Gegensatz dazu mußte die junge Prinzessin Victoria in Preußen bemerken, daß sie von einer dem übrigen Volk exklusiv, fast feindlich gegenüberstehenden Kaste umgeben war, die eine politisch-religiöse Gesinnungs-Tyrannei auszuüben trachtete. Wohl gab es auch in dieser Sphäre Damen und Herren von vollendeter Bildung und unbefangenen, aufgeklärten Anschauungen und das kronprinzliche Paar wußte Persönlichkeiten zu finden, die ihm sympathisch waren, aber das waren doch immer nur einzelne — die vornehme preußische Gesellschaft als Ganzes atmete einen Geist, der der Kronprinzessin Widerwillen einflößte.

Ein Herr, der sehr lange in ihrer Umgebung gelebt und sie sehr genau gekannt hat, sagte zu mir am Tage der Beisetzung: man sagt, sie sei antipreußisch gewesen; das ist nicht wahr — sie war antipotsdamisch. Dies bon mot enthält thatsächlich alles. Potsdam ist der Ausdruck jenes aus Junkertum, Frömmelei und Kommiß zusammengesetzten Preußentums, dem die romantische Phantasie Friedrich Wilhelms IV. vergeblich einen wirklich lebendigen Geist einzuhauchen

versuchte. Der wahre preußische Staat aber war nicht Potsdam, sondern brach, wie wir alle wissen, mit der Kraft eines sieghaften jungen Recken aus der harten, häßlichen Kruste der Reaktion hervor, um das schlafende Dornröschen Deutschland zu erwecken und das hoffnungsfrohe neue Deutsche Reich zu begründen.

In dieser Neubildung hat das alte feudalbureaukratische Preußen sehr wesentliche Elemente des bürgerlichen Liberalismus aufgenommen. Der Kronprinz stellte sich mit aller Kraft in den Dienst der neuen Entwickelung und hat nicht bloß als Feldherr, sondern auch politisch sehr große Verdienste um das Gelingen. Kaiser Friedrich hat mir selber einmal erzählt, wie er in Nikolsburg bei dem Zwiespalt zwischen dem König und Bismarck glücklich vermittelte. Er habe auch persönlich mit dem Abgeordneten Twesten verhandelt, um den Ausgleich zwischen der Regierung und den Liberalen zu befördern. Ich habe schon in den „Persönlichen Erinnerungen" davon gesprochen und betont, wie wichtig dieses Eingreifen geworden ist. Auf der andern Seite hat bekanntlich Bismarck seinen konservativen Freunden, die von ihm verlangten, daß er den Sieg von Königgrätz für eine konservative Politik im Inneren ausnutze, mit dem Hinweis auf den Kronprinzen, der dieser Art Konservatismus doch auf alle Fälle ein Ende machen werde, abgelehnt.

Trotz dieser starken direkten wie indirekten Mitwirkung ihres Gemahls, trotz des Stolzes auf seinen kriegerischen Ruhm, konnte die Kronprinzessin der neuen Entwickelung eine reine Freude doch nicht abgewinnen. Persönliche Beziehungen erschwerten ihr die Aussöhnung. Sie hatte sich mit Enthusiasmus der nationalen Stimmung angeschlossen, die der Kampf um die Befreiung unserer Nordmark von der dänischen Herrschaft entfesselte und die ihr Ziel in einem selbständigen Herzogtum Schleswig-Holstein unter dem Herzog Friedrich von Augustenburg erblickte. Es ist vielen braven Männern schwer geworden, sich darin zu finden, daß diese Lösung unmöglich war; politische Ideen werden nicht bloß mit dem rechnenden Verstande, sondern mit dem Gemüt ergriffen, sie verdichten sich zu Gesinnungen, die man zwar nicht aus bloßem Eigensinn und Rechthaberei als unabänderlich behaupten soll, aber auch nicht wechseln kann wie ein Kleid.

So klar es heute ist, daß die Verbindung mit Preußen auch für

die Schleswig-Holsteiner selbst das Segensreichste war, so war es doch im Jahre 1863 unmöglich, daß die nationale Aufwallung im deutschen Volke sich dieses Ziel setzte, und es ist mir stets als eine große Unbilligkeit erschienen, daß Sybel in seiner „Begründung des Deutschen Reichs" den Herzog Friedrich mit Ironie, ja geradezu mit Spott behandelt. Er that doch nur, was die Nationalgesinnten in Deutschland von ihm verlangten, und war ein Mann, wie die Kronprinzessin mir einmal versicherte, der nie sich selbst, sondern immer nur das allgemeine Beste im Auge hatte. Sie empfand das Unrecht, das diesem von ihr so hoch geschätzten, ihr verwandten und befreundeten Fürsten geschah, auf das bitterste und sah in dieser Stimmung auch das, was sonst geschah, mit weniger günstigen Augen an.

Das, was sie gewünscht, gehofft und gewollt hatte, war es ja doch noch lange nicht, und wie langsam und stückweise vollzog sich der Fortschritt! König Wilhelm wollte sich von den Männern, die die schwere Konfliktszeit treu mit ihm ausgehalten, nicht trennen. Noch Jahre lang mußte Preußen einen so unglaublichen Justizminister wie den Grafen Lippe ertragen, und ein Mann von den Bildungs-Idealen des Herrn von Mühler stand bis 1872 an der Spitze unseres Kultusministeriums. Nun kam Falk — aber er brachte den Kulturkampf. Die Kronprinzessin hatte keinerlei Sympathien für den Katholizismus als solchen, aber sie huldigte der Vorstellung von der freien Kirche im freien Staat. Der italienische Minister Marco Minghetti, zu dem sie freundschaftliche persönliche Beziehungen pflegte, schien ihr darüber die richtigsten Grundsätze zu haben, und — wie man auch über die taktische Notwendigkeit der Bismarckschen Politik in dieser Frage denken mag — heute haben sich ja auch die eifrigsten alten Kulturkämpfer jenen Anschauungen sehr genähert.

Als nun der Kulturkampf zu Ende ging, kamen die Schutzzölle, der Antisemitismus, das Sozialistengesetz, die soziale Gesetzgebung — lauter Dinge, die dem politischen Ideal, das die Kronprinzessin treu im Herzen trug, schnurstracks widersprachen.

Als sie mich einmal fragte, welcher Partei ich denn angehörte, sagte ich — es waren schon einige humoristische Wendungen voraufgegangen: — „Kaiserliche Hoheit, ich bin konservativer Sozialdemokrat." „So," antwortete sie spitz und fast böse, „das ist ja recht hübsch auf beiden Seiten um das Richtige herum."

Die Entwickelung, die in diesem Scherzwort angedeutet ist, hielt die oppositionelle Stimmung der Kronprinzessin nicht nur wach und lebendig, sondern verschärfte sie in gewisser Beziehung noch. In der Konfliktszeit hatte sie sich damit trösten können, daß der größte und gebildetste Teil des Volkes hinter ihr und ihren Anschauungen stehe: sie hatte der sicheren Hoffnung gelebt, daß über kurz oder lang ihre Weltanschauung, wie sie in England herrschte, so auch in Preußen und Deutschland siegreich durchbrechen müsse. Nun mußte sie sehen, wie der größte Teil der Männer, auf deren Mitarbeit sie gebaut hatte, teils Kompromisse schloß, die manches opferten, teils überhaupt sich anderen und neuen Ideen zuwandte. Die einzige Partei, deren Bestrebungen noch einigermaßen mit ihrem Ideal zusammentrafen, die Fortschrittspartei, schwand zu einem kleinen Häuflein dahin, und wenn man sie darauf hinwies, unter welcher Führung diese Gruppe stehe, so konnte sie auch nicht mehr sagen, daß sie ihr gefiele. Freilich, gegen Rudolf Virchow ließ sich nichts einwenden, und diesem ausgezeichneten Manne bewahrte sie stets ein großes Vertrauen. Aber im ganzen konnte sie sich doch nicht verhehlen, daß sie mit ihrer Gesinnung in Vereinsamung geraten sei. Als die nationalliberale Partei sich spaltete, und endlich der linke Flügel sich mit der Fortschrittspartei zur freisinnigen Partei verschmolz, schienen einen Augenblick andere Verhältnisse heraufziehen zu sollen. Es ist mir nicht bekannt, ob die neue Partei mit dem kronprinzlichen Paare Beziehungen gehabt oder sie gesucht hat: jedenfalls zeigte sich ja sehr bald, daß diese Fusion eine gänzlich unfruchtbare verfehlte Gründung war, wie sie sich ja auch nach wenigen Jahren wieder aufgelöst hat. Ich lobte einmal sehr Georg von Bunsen, weil er rechtzeitig die Unmöglichkeit einer Politik der „freisinnigen Partei“ gegen Bismarck eingesehen und den einzig mögichen Ausweg, den Rücktritt aus dem öffentlichen Leben gewählt habe. Die Kronprinzessin widersprach zwar, aber sagte doch eigentlich nichts Positives dagegen.

Man hat der Kaiserin Friedrich nachgesagt und vorgeworfen, daß sie englisch gesinnt gewesen und geblieben sei. Man wird nunmehr erkannt haben, daß, soweit die Thatsache richtig ist, sie nicht auf einer blinden Voreingenommenheit beruhte, sondern mit den tieferen Wurzeln ihrer ganzen Weltanschauung zusammenhing. Die Heimat durch Auswanderung oder durch Verehelichung in ein anderes Volk zu wechseln, ist für jeden tiefer empfindenden Menschen schwer, und die hohe Frau

hing mit der ganzen Innigkeit ihres Gemüts an dem Lande ihrer Geburt. Diese Empfindung mit einer warmen und wahren Liebe zu Deutschland zu verbinden, wäre ihr an sich nicht schwer geworden. Ihr über alles geliebter Vater war Deutscher, im Grunde ja auch die Familie ihrer Mutter; sie nannte sich von Geburt an nicht bloß Princeß royal von Großbritannien und Irland, sondern auch Herzogin zu Sachsen; von Kindheit auf hatte sie ebensoviel und vielleicht mehr deutsch als englisch gesprochen; die deutsche Wissenschaft, Kunst, Litteratur, Musik erfüllte sie mit Begeisterung. Sie wünschte, sagte sie einmal zu mir, die Einheit zu vertreten, die in den beiden Völkern der Deutschen und Engländer vorhanden sei.

Indem nun Preußen-Deutschland keineswegs, wie sie und mit ihr viele der besten Deutschen, ich erinnere nur an Rudolph Gneist, gehofft hatten, eine ähnliche politisch-soziale Bahn einschlug wie England, sondern aus den abgelebten ganz neue und eigentümliche Lebensformen entwickelte und endlich sogar in starke internationale Spannungen mit England trat, wurde jene Vorstellung unrealisierbar. Die Differenz, die sie so gern überbrückt hätte, trat klaffend zu Tage, und wenn die Deutschen nun ihr neues Staatswesen und seine Fortschritte rühmten, so war sie viel zu ehrlich und temperamentvoll, um mit ihren abweichenden Ansichten, die nun eben englische waren, zurückzuhalten. Sie wußte wohl, daß sie dadurch unpopulär wurde, und empfand es schmerzlich, aber sie hätte ihr ganzes Selbst aufgeben müssen, um anders zu sein. Ich erzählte einmal im Jahre 1888, wie Kaiserin Katharina II. von Rußland sich als Fremde im russischen Volke dadurch ihre Stellung gemacht habe, daß sie, die Freigeistin, die Freundin Diderots, öffentlich stundenlang vor den Heiligenbildern kniete; man müsse auch den nationalen Götzen opfern. Sie verstand mich wohl, sagte aber, sie wisse nicht, wie sie dies anfangen solle.

Ganz falsch ist es, hiermit in Zusammenhang zu bringen, daß im Hause manches englisch eingerichtet und viel englisch gesprochen wurde. Es giebt keine Hausfrau, die nicht vieles aus den Gewohnheiten ihres Elternhauses in das ihres Mannes übertrüge, und was die Sprache betrifft, so liegt die Sache viel einfacher. Man kann eine fremde Sprache weder lernen noch beherrschen ohne unausgesetzte Übung. In fürstlichen Häusern, wo man notwendig mehrere Sprachen gebrauchen muß, werden daher auch stets mehrere Sprachen gesprochen. Es ist

einfach eine Sache der Pädagogik. Man kann von Prinzen kaum sagen, welches im strengen Sinne des Worts ihre Muttersprache sei. Pädagogische Nachteile, die man von dieser Sprach-Hypertrophie vielleicht erwarten möchte, sind nach meiner Erfahrung nicht besonders bemerkbar, ebensowenig besondere Vorteile schnellerer oder reicherer geistiger Entwickelung. Die zweite, vielleicht auch dritte Sprache ist eine wertvolle Fertigkeit, die man sich durch Übung erhält. Das ist alles und wird in allen fürstlichen Häusern ziemlich dasselbe sein. Hier und da macht es sich vielleicht einmal in einem fremden Accent geltend; wenigstens habe ich einmal gehört, die Engländer machten es ihrem Königshause zum Vorwurf, die Herrschaften sprächen das Englische mit deutschem Accent. Die Kaiserin Friedrich hatte in ihrem Deutsch, so vollkommen sie es sprach, einen leisen englischen Accent, den ich aber nur anfangs, später, als ich mich daran gewöhnt hatte, nicht mehr heraushörte. Ihre Kenntnis des Deutschen erstreckte sich nicht nur auf die hochdeutsche Schriftsprache, sondern auch auf die Dialekte. Fritz Reuter kannte sie durch und durch und flocht wohl drastische Redewendungen von ihm ins Gespräch: „Wat den Eenen sin Uhl is, is den Annern sin Nachtigall." Wenn Herr von Normann, ebenso wie ich geborener sprachlicher Landsmann Fritz Reuters, zusammen platt sprachen, so „högte sie sich mächtig darüber".

Der Gegensatz deutsch-englisch entlud sich natürlich häufig in Diskussionen wie in Neckereien. Ich verlangte einmal von Mr. Fox, dem englischen Gesellschafter der älteren Prinzen, der mit diesen oft zum Besuch im Neuen Palais war, einem sehr feinen, liebenswürdigen Mann, er solle mir sagen, wie „ein verrückter Engländer" in der englischen Sprache selber heiße. Er antwortet trocken „a man, who does what he likes and does not care for other people's opinions", was ihm ein lautes „Bravo, Mr. Fox," aus dem Munde der Herrin eintrug.

In ihren Augen galt ich natürlich als ein großer England-Gegner. Ich hatte dem Prinzen Waldemar einmal erzählt von den kleinen Jungen in den Straßen von London, die, wenn ein Herr bei Schmutzwetter über den Damm will, schnell einen Übergang fegen und dafür einen Penny erhoffen. Mein Prinz hatte das so ausgelegt, daß die Straßen in London sehr schmutzig seien. „Aha," hieß es, „das hat ihm Dr. Delbrück gesagt."

Noch kurz vor seinem Tode, als wir in den Cirkus Renz fuhren, fragte er mich: „Herr Doktor, ist es wahr, daß London größer ist als Berlin?“ „Jawohl, viel größer.“ Kurze Pause, dann sagte er — „aber wir haben die meisten Soldaten.“ Der Zusammenhang ist nicht schwer zu erraten.

Daß die dürftige märkische Landschaft den kürzeren zog bei dem Vergleich mit den herrlichen grünen Matten Englands, seinen Parks mit den uralten Bäumen, ist natürlich. „Hier wächst ja nichts als Kiefern und Kartoffeln“ — „und die Helden“, fügte jemand aus der Umgebung hinzu. „Ja,“ erwiderte die Kronprinzessin, „das muß man ihnen lassen, tapfer sind sie.“

Der Leser hat bereits bemerkt, welche Freiheit der Diskussion im kronprinzlichen Hause waltete. Bei aller Leidenschaft für ihre eigne Überzeugung hatte die Kronprinzessin doch viel zu viel Freude an der Debatte, um sie zu beschränken. Sie ertrug jeden Widerspruch, weil sie sich fähig wußte, sich mit ihm auseinanderzusetzen, und es hat mir nichts geschadet, daß ich aus meinem eifrigen Bismarckianismus kein Hehl machte. Auch sonst fehlte es nicht an Diskussions-Objekten. Ich warf mich auf zum Propheten Böcklins, den die hohe Frau nicht gelten lassen wollte. Auf dem Marsch über die Insel Capri ist der Naturgenuß für uns fast zu kurz gekommen, weil die Böcklin-Debatte, sich stundenlang hinziehend, die Geister völlig in Anspruch nahm.

In den „Gedanken und Erinnerungen“ des Fürsten Bismarck wird die Kaiserin Friedrich viel freundlicher angesehen, als die Kaiserin Augusta. Das wird daher rühren, daß, obgleich sie, wie wir gesehen haben, im stärksten inneren Gegensatz zu ihm stand, zuletzt doch eine gewisse Annäherung stattgefunden hat. „Wir stehen besser miteinander als Sie denken,“ sagte sie einmal zu mir im Jahre 1888, und als ich von den schnöden Preß-Angriffen auf Allerhöchstihre Person sprach, erwiderte sie, davon wisse der Kanzler gar nichts; solche Dinge drängen nicht bis zu ihm hin.

In den achtziger Jahren hatte der Fürst sich dem Kronprinzen einmal genähert und ihm mit unverkennbarer Absicht gesagt, Preußen könne ebenso gut mehr in konservativem und mehr liberalem Sinne regiert werden, je nachdem der Monarch es befehle.

Eine wirkliche innere Übereinstimmung zwischen der Kaiserin Friedrich und dem Fürsten Bismarck hat natürlich niemals stattgefunden,

und als dieser im Jahre 1890 nun wirklich zurückgetreten war, sagte die hohe Frau einmal mit einer gewissen Bitterkeit zu mir, „warum war es denn jetzt möglich?“ Ich antwortete, „weil wir die Alters-Versicherung jetzt durchgebracht hatten“, und denke auch heute, daß die zukünftige Geschichtsschreibung so ungefähr diese Antwort geben wird. Der wahre Grund, weshalb der Begründer des Reiches zuletzt abtreten mußte, war, daß nach 27 jährigem, unendlich fruchtbarem Walten seine Ideen erschöpft waren. Er hatte weder nach innen noch nach außen ein positives Programm mehr. Im Inneren widersetzte er sich all den einschneidenden Reformen, die die Ressort-Minister in der Finanz- und in der Gemeinde-Verwaltung, in der Gewerbeordnung, im Heer seitdem durchgeführt haben, und nach außen hielt er das Prinzip der Saturierung fest, das Deutschland von der Weltpolitik ausschloß. Ein Staat aber, der nicht vorwärts geht, geht zurück. Alle Dankbarkeit und alle Verehrung für die weltgeschichtliche Größe des Fürsten Bismarck darf uns nicht abhalten auszusprechen, daß sein Rücktritt im Jahre 1890 für eine fortgesetzte glückliche Entwickelung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkstums eine absolute Notwendigkeit war.

Die schwerste Beschuldigung, die Fürst Bismarck gegen die beiden Kaiserinnen erhoben hat, ist, daß sie das Wohl und Wehe der deutschen Armee einem sentimentalen Mitgefühl für die Welthauptstadt Paris aufgeopfert und indem sie durch Einwirkung auf die beiden hohen Gatten das Bombardement verhinderten, den Krieg verlängert hätten. Die vollkommene Absurdität dieser Beschuldigung ist jetzt (vergl. Nr. 12 dieser Sammlung S. 165) eingehend nachgewiesen worden. Fürst Bismarck, dessen eindringender Verstand sonst eigentlich alle Lebensgebiete beherrschte, verstand, wie eine Reihe von Aussprüchen darthun, gerade von militärischen Dingen sehr wenig und wußte sich, obgleich die sämtlichen strategisch mitsprechenden Offiziere, Moltke, Podbielski, Bronsart, Verdy, Brandenstein, Hindersin, Kleist, Blumenthal mit dem König und dem Kronprinzen darin völlig einig waren, daß sowohl eine förmliche Belagerung wie ein Bombardement eine ganz zwecklose Kraftverschwendung sein würde, diese Auffassung nicht anders als durch unerlaubte Einflüsse zu erklären. Der einzige hohe General, der ihm beistimmte, statt ihn aufzuklären, ihn in seinem Irrtum bestärkte und deshalb als der eigentlich Schuldige an dieser unseligen Wirrnis anzusehen ist, ist Roon. Ich habe lange

vergeblich nach einer Erklärung für diese unbegreiflich erscheinende Haltung gesucht, glaube sie aber jetzt gefunden zu haben. Man erinnere sich jener Äußerung Moltkes, der Kriegsminister gehöre nicht ins Hauptquartier, sondern müsse von der Hauptstadt aus der Fürsorge für die Armee obliegen. So einleuchtend richtig das ist, so hat Roon doch weder 1866 noch 1870 die Selbstüberwindung gehabt, zu Hause zu bleiben, während die Armee in den Krieg zog. Es lag ihm um so ferner, als bis dahin er, nicht Moltke, der nächste militärische Berater des Königs gewesen war. Indem er nun für das Strategische mehr und mehr hinter Moltke zurücktreten mußte, geriet er in die üble Lage des fünften Rades am Wagen, und das erzeugte in ihm eine psychologisch nur zu erklärliche Fronde-Stimmung gegen den Generalstab. Schon am Abend der Schlacht bei Gravelotte war es zu einem Zusammenstoß gekommen. Der Kriegsminister war gewiß ein höchst bedeutender Mann, aber nicht eigentlich genial. Will man nachträglich die Frage aufwerfen, wie etwa der französische Krieg noch kräftiger geführt und noch schneller hätte zu Ende gebracht werden können, so war unzweifelhaft die einzige Möglichkeit die, welche Blumenthal vorschlug. Der Feldmarschall hat es mir selbst erzählt, wie er in den Kronprinzen gedrungen sei, er solle sich vom König, gleich nach der Durchführung der Einschließung von Paris, zwei Armee-Korps geben lassen und mit den gesamten Truppen, die die Einschließung nach außen deckten, die Offensive ergreifen. Dann hätte man die Gambettaschen Armeen auseinander gejagt, ehe sie gebildet waren. Heute, wo wir wissen, wie gering die Ausfallkraft der Pariser war, wird man die Ausführbarkeit dieser Idee wohl zugeben können. Aber wir werden es dem König und Moltke nicht verdenken, daß sie die schon so überaus schwache Einschließungs-Armee, die auf einen Gürtel von 11 Meilen verteilt war, nicht noch mehr schwächen wollten, und auch Bismarck und Roon, die, wenn sie denn eine gesteigerte Leistung forderten, nur jenen wahrhaft großartigen Gedanken hätten unterstützen dürfen, kamen statt dessen auf die traurige Halbheit von Bombardement und Belagerung, die uns viele brave Leute und unsägliche Anstrengung gekostet hat, ohne irgend etwas zu nützen.

Bei der Zähigkeit, mit der sich die entgegengesetzten Vorstellungen zum Schaden des Andenkens der beiden Kaiser und der beiden Kaiserinnen noch immer in der öffentlichen Meinung behaupten, war

es wohl nicht unangebracht, auch an dieser Stelle noch einmal den wahren Zusammenhang etwas eingehender darzulegen.

Um die religiöse Stellung der Kaiserin Friedrich zu verstehen, ist es auch wieder nötig, auf ihre Jugendeindrücke, auf die englischen Verhältnisse zurückzugehen. Der englische Protestantismus unterscheidet sich dadurch von dem deutschen, daß er einen viel ausgebildeteren Kirchenbegriff und reicher ausgestatteten Kultus, dagegen eine viel weniger ausgeprägte Dogmatik besitzt. Während der religiöse Genius des deutschen Volkes sich in immer erneuten Anläufen bemüht hat, das religiöse Geheimnis begrifflich zu fassen, die deutsche Kirchengeschichte seit Luther daher zum großen Teil in Dogmenstreitigkeiten verläuft, drehen sich die großen englischen Kirchenkämpfe immer um Verfassungsfragen und ihre symbolischen Exponenten im Kultus. Die gewaltige Bewegung des Puritanismus im 17. Jahrhundert hatte keinerlei dogmatischen Inhalt, sondern bewegte sich um anscheinend rein äußerliche Dinge. Tracht der Geistlichen, Bilder und Lichter in der Kirche, Kreuzschlagen, Empfang des Abendmahls sitzend oder knieend, an einem Tisch oder vor einem Altar, als Hostie oder als Brod. Was endlich die Oberhand gewonnen hat, ist ein reich ausgestatteter Gottesdienst, feste äußerliche Formen, namentlich in der Sonntagsheiligung, eine ziemlich nebensächliche Behandlung der Predigt und daher auch des eigentlich Theologischen, des Dogmas.

Wer in einem derartigen Kirchentum aufgewachsen ist, der wird an der deutschen Art des Gottesdienstes nur dann Gefallen finden, wenn angeborene Gemütsart gerade der Betrachtungsweise der Predigt besondere Neigung entgegenbringt. Bei der Predigt hängt wieder sehr viel, fast alles von der Person der Prediger ab. Weder die Predigt, noch die Prediger, die sie in Berlin und Potsdam fand, konnten der jungen Prinzessin Victoria besonders zusagen. Ihr ganzes Wesen war auf Klarheit und rationelle Erkenntnis gerichtet; alles Mystische widerstrebte ihr. Konnten ihr Prediger, die sie intellektuell weit überschaute, religiöse Erbauung geben? Zu allem war die dogmatisch orthodoxe Auffassung der Religion, die am Hofe als die allein zulässige angesehen wurde, im engsten Bunde mit der politischen Reaktion, die die Ideale des deutschen Volkes mit Gewalt niederdrückte und am Boden hielt. So kam die Prinzessin auch in ihrer Religion niemals in volle Harmonie mit dem Kreise, in dem sie lebte. Noch in ihren

letzten Leidenstagen hat sie sich ein so sehr ernstes Buch, wie Harnacks „Wesen des Christentums“, vorlesen lassen, aber sie bestimmte durch Testament, daß bei ihrer Beisetzung keine Begräbnisrede gehalten, sondern nur ein Gebet gesprochen werden solle.

Einer besonderen kleinen Eigenschaft als Zeugnis ihrer in sich sicheren Geistesfreiheit möchte ich noch erwähnen. Es giebt bekanntlich viele sonst hochintelligente Menschen, die doch irgend einem kleinen Aberglauben in bestimmten Zahlen, Tagen oder Vorzeichen huldigen. Die Kaiserin Friedrich war völlig frei davon, obgleich sie, wie sie erzählte, einmal etwas erlebt habe, was einen Menschen, der sonst dazu geneigt sei, wohl hätte abergläubisch machen können. Als sie ihren dritten Prinzen geboren hatte, fragte der Kronprinz beim König an, wie er ihn nennen solle. König Wilhelm erwiderte, es sei ihm gleich, nur den Namen Ferdinand möge er nicht, der habe dem Hause kein Glück gebracht. Die kronprinzlichen Herrschaften beschlossen, den Sohn Sigismund zu nennen. Da geschah es, daß der Hofprediger bei der Taufe statt Sigismund, Ferdinand sagte. Der König sah seinen Sohn vorwurfsvoll an; es schien ja, als ob er ihm absichtlich diesen Tort angethan hätte. Die Sache mußte aufgeklärt werden; das merkwürdige war, daß nicht etwa der Hofprediger vorher davon gehört hatte, daß der Prinz nicht Ferdinand heißen solle und eben deshalb in den Irrtum verfallen war, sondern es war wirklich reiner Zufall, daß er sich gerade mit diesem Namen versprochen. Aber das Wort König Wilhelms ist eingetroffen, dem kleinen Prinzen ist kein Glück beschieden gewesen, er ist 2 Jahr alt im Jahr 1866 während des Krieges gestorben.

Wie sehr fürstliche Persönlichkeiten unter anderen Bedingungen leben als andere Sterbliche, läßt sich besonders an Thatsachen erkennen, wo man es am wenigsten erwartet, umsomehr möchte ich auch folgendes noch erwähnen.

Man hat in Deutschland niemals gewußt, wie schön die Kaiserin Friedrich war. Das scheint bei einer Dame, die fortwährend den Blicken der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, so unbegreiflich, daß man es auf eine vereinzelte Aussage hin vielleicht noch bezweifeln möchte. Aber es ist nicht nur wahr, daß sie viel schöner war, als man im Volke wußte, sondern auch gut erklärlich. Als sie in Deutschland ankam, war sie noch ganz unentwickelt; in den Bildern jener Zeit vermag

man kaum eine Ähnlichkeit mit ihrer späteren Erscheinung zu entdecken, Frauen, deren Schönheit wesentlich mit auf der Intelligenz des Ausdrucks beruht, erreichen den Höhepunkt naturgemäß erst später als andere, bei denen der regelmäßige Schnitt der Züge den schönen Eindruck macht. Nun war die Prinzessin Victoria nicht nur noch unreif, sondern erschien an der Seite eines Mannes, der das Bild regelmäßiger Schönheit und von ungewöhnlich stattlicher Gestalt war. Sie selbst war keineswegs klein, aber neben ihrem Manne erschien sie doch so. So war der erste Eindruck der äußeren Erscheinung nicht zu ihren Gunsten, und dieser erste Eindruck ist nie überwunden worden – aus politischen Gründen: weil sehr bald die Zeit eintrat, wo sie in hohem Grade unpopulär wurde und eine derartige, nicht schematische, sondern ganz individuelle Schönheit auch etwas mit den Augen der Liebe und Verehrung angesehen werden will, um entdeckt zu werden. Es kommt noch dazu, daß die große Staatstoilette ihr am wenigsten stand, bei weitem nicht so gut wie das Hauskleid. Ich glaube dieses Urteil wird man sich von jedem, der der hohen Frau einmal näher getreten ist, bestätigen lassen können. Als ich mit meinem damaligen Reichstagskollegen, dem verstorbenen Herrn von Wedell-Malchow, einem, wie ich glaube, sehr nüchtern denkenden Manne, einmal darüber sprach, stimmte er mir nicht nur zu, sondern sagte: „Wenn sie einen mit ihren braunen Augen so freundlich ansah, man hätte für sie durchs Feuer gehen können.“ Als der zu früh verstorbene Maler Christian Wilberg, der im Neuen Palais eingeladen war und im Sanssoucipark Studien machte, dort einmal mit mir von der Schönheit der Kronprinzessin sprach, sagte ich zu ihm: „Lachen Sie mich nicht aus, aber wissen Sie, in welchem Augenblick sie mir einmal besonders schön erschienen ist? — als sie gähnte. Können Sie mir das als Künstler erklären?“ Wilberg aber lachte mich gar nicht aus, sondern sagte, das sei ganz richtig beobachtet: sie habe einen so schönen Mund, daß selbst jene an sich unschöne Bewegung ihr vorteilhaft sei.

Die großen Nationen malen ihren Volkscharakter selbst in den volkstümlichen Erzählungen, Legenden und Sagen, die sie schaffen. Die Typen, die in Abraham, Isaak und Jakob, in Juda und Joseph, in Sarah, Rebekka und Rahel geschaffen sind, sehen wir noch heute allenthalben unter den Juden. Das große Spiegelbild der Deutschen ist das Nibelungenlied. Schon längst hat man erkannt, daß der

grimme Hagen in dem Fürsten Bismarck wieder auferstanden war; im Kaiser Friedrich sieht das Volk eine blonde Siegfriedsgestalt; in der stillen Kraft Dietrichs oder Gernots kann man Moltke erblicken; Volker, der zugleich ein Ritter und ein Spielmann ist und die Sorgen der Männer löst mit Geigen; Rüdiger, der in dem Konflikt der Freundschaft und der Ehre die Ehre wahrt: der Heißsporn Wolfhart, sie wandeln alle unter uns. Sollte ein Sänger, der nach 1000 Jahren von der Begründung des Deutschen Reiches singt, aus der Kaiserin Friedrich eine Chrimhilde machen können? Die lieblichste Mädchenblume, in der unter dem Unrecht, das ihr geschehen, die Leidenschaft der Rache herausbricht und endlich alles andere überwächst und verzehrt? Heiterer, ja fröhlicher Gemütsart von Natur hat auch die germanische Königstochter des 19. Jahrhunderts den Umschlag in Verdüsterung und Verbitternng bis zu leidenschaftlichen Ausbrüchen durchgemacht, und der Vergleich würde daher ebenso gut gemacht werden können, wie etwa der zwischen Bismarck und Hagen, aber in Wirklichkeit fehlte doch gerade das Wesentlichste, nämlich die Leidenschaft der Rache. Die hohe Frau war treu in der Liebe und stark im Haß, konnte auch wohl hart sein — aber die Begier der Rache an ihren Gegnern und Feinden habe ich nie an ihr bemerkt. Ich habe Persönlichkeiten im Auge, die wirklichen Verrat an ihr und ihrem Gemahl begangen haben — ich bin immer erstaunt gewesen, wie milde sie darüber urteilte.

Als Historiker, der auch die Gegenwart schon mit der unbefangenen Wahrhaftigkeit der Wissenschaft anzuschauen und in den Einzelerscheinungen und Persönlichkeiten die allgemeinen Kräfte der Geschichte zu entdecken sucht, habe ich aus warmer Verehrung heraus, ohne Schmeichelei, dem Andenken der hohen Verblichenen gerecht zu werden versucht. Ich will schließen mit einem Bilde, das aus der Vergangenheit wechselvollen Tagen wie ein Sonnenstrahl das Treiben der Wolken und Nebelmassen durchbricht.

Im Frühjahr 1881, als ich schon nicht mehr im Dienst war, hatte ich die Ehre eingeladen zu werden, die Kronprinzessin auf einer Reise von Rom nach Neapel zu begleiten. Wir besuchten auch das Kloster Monte Cassino, das älteste im Abendlande, und dieser Eigenschaft wegen von der italienischen Regierung bei der allgemeinen Säkularisierung mit der Einziehung verschont. Das Kloster liegt auf

einem hohen Berge. Die Mönche sind Benediktiner: auch viele Deutsche waren da, durch den Kulturkampf aus Deutschland vertrieben und die Erlaubnis zur Rückkehr abwartend. Einer von ihnen war beschäftigt, die Klosterwände mit neuen Wandgemälden zu schmücken, und zwar im strengsten byzantinischen Stil. Die Kronprinzessin gewann diesen Kunstwerken keinen Geschmack ab, mir aber machten sie gerade in ihrer Steifheit den Eindruck eines ungeheuren Ernstes, die ganze Kraft der mönchischen Askese schien mir aus diesen Gesichtern zu leuchten. Wir besahen das Kloster und die Kirche, die nicht alt ist, sondern, aus der Barockzeit stammend, zwischen Mittelalter und Gegenwart wieder ein eigenes Zeitalter ausprägt. Aus dem düstern Dämmerleben der Klosterkirche traten wir auf eine große Freitreppe, vor uns in der Tiefe und Weite die Herrlichkeiten der Welt in dem blendenden Licht der italienischen Sonne.

Welche Kontraste waren in diesem Augenblick vereinigt! Voran schritt die protestantische Fürstin, Tochter der Königin von England, zukünftige deutsche Kaiserin, die schöne Frau, die wahre Inkarnation der modernen Bildung; neben ihr der Abt mit dem Amethystkreuz auf der Brust und dem feinen italienischen Prälatengesicht, dahinter die Hofdame, die schöne hochgewachsene Gräfin Pauline Kalkreuth, dann mit den Herren des Gefolges das schwarze Gewimmel der sämtlichen Mönche, die sich neugierig und ehrerbietig dem Zuge angeschlossen hatten. Der heilige Benedikt, der einst vor anderthalb Jahrtausenden an dieser Stelle das Kloster gegründet, Byzanz, das so merkwürdig zwischen Altertum und Mittelalter steht, das Mönchtum, das unter allen Neuerungen der Zeit seine uralten Ideen der Weltflucht festhält, in einer Gruppe mit den vornehmsten Damen, Repräsentantinnen der Schönheit und Anmut, des Germanentums und des 19. Jahrhunderts. Die Größe der Natur und der in tausend Gestalten entgegengesetzter Art durch die Jahrhunderte sich entfaltende Reichtum des menschlichen Geistes in dem kleinen Ring eines Bildes und eines Augenblicks.

Wilhelm Hecker, Buchdruckerei, Gräfenhainichen.







